

# DIE TEILNEHMER

## Die Männer der Wannsee-Konferenz

Reichsarchiv

166

Ausfertigungen  
16. Ausfertigung

Besprechungsprotokoll.

I. An der am 20.1.1942 in Berlin, Am Großen Wannsee Nr. 56/58, stattgefundenen Besprechung über die Endlösung der Judenfrage nahmen teil:

- Gauleiter Dr. Meyer und Reichsamtssleiter Dr. Leibbrandt Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
- Staatssekretär Dr. Stuckart Reichsministerium des Innern
- Staatssekretär Neumann Beauftragter für den Vierjahresplan
- Staatssekretär Dr. Freisler Reichsjustizministerium
- Staatssekretär Dr. Bühler Amt des Generalgouverneurs
- Unterstaatssekretär Luther Auswärtiges Amt
- H-Oberführer Klopfer Partei-Kanzlei
- Ministerialdirektor Kritzinger Reichskanzlei

K210400

4. II. 29. 9. 42.

372024

K210401

372025

- 2 -

167

- Leiter der Sicherheitspolizei und des SD
- Leiter der Rasse- und Siedlungshauptamt
- Leiter der Reichssicherheitshauptamt
- Leiter der Sicherheitspolizei und SD
- Leiter der Sicherheitspolizei und SD
- Leiter der Sicherheitspolizei und des SD, Oberführer Heydrich, teilte die Bestellung zum Beauftragten für die Endlösung der europäischen Judenfrage mit und wies darüber hinaus, dass bei dieser Besprechung geladen wurde, grundsätzliche Fragen zu schaffen. Der Reichsmarschall, ihm einen Entschuldigenden, sachlichen und klaren im Hinblick auf die Endlösung der Judenfrage zu übersenden, erforderlich. Die gemeinsame Behandlung aller Angelegenheiten mittelbar beteiligten Zentralstellen auf die Parallelisierung

Erstmals vermitteln biografische, quellenbasierte Porträts ein tiefen- und trennscharfes Bild aller 15 Teilnehmer der später so genannten Wannsee-Konferenz – jener „Besprechung mit anschließendem Frühstück“, auf der hohe Repräsentanten des NS-Regimes die Planung, Organisation und Umsetzung der Ermordung der europäischen Juden erörterten.

Dabei beschränken sich die Autorinnen und Autoren nicht auf die Erforschung des jeweiligen Anteils der Konferenzteilnehmer an der Durchführung der „Endlösung“. Sie verfolgen die Lebensläufe der Protagonisten – leitende Vertreter aus Ministerien und Sicherheitsbehörden – vom Anfang ihrer politischen Tätigkeit in den Jahren unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg und in der Formierungsphase der NS-Bewegung über ihre Karrieren im „Dritten Reich“ bis in die Nachkriegszeit.

**Herausgegeben im Auftrag der  
Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz**



Haus der Wannsee-Konferenz – Gedenk- und Bildungsstätte

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der  
Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur

Umschlagbild:

Protokoll der «Besprechung über die Endlösung der Judenfrage» vom 20.

Januar 1942, S. 1 und 2

PA AA Berlin, R 100857, Bl. 166 und 167

Online: <http://www.ghwk.de/ghwk/deut/protokoll.pdf>

ISBN: 978-3-86331-306-7

© 2017 Metropol Verlag Ansbacher Strasse 70

D-10777 Berlin

[www.metropol-verlag.de](http://www.metropol-verlag.de) Alle Rechte vorbehalten

Druck: buchdruckerei.de, Berlin

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

# Inhalt

<b>Von Wannsee nach Auschwitz</b> .....	7
Geleitwort von Otto Dov Kulka	
<b>Die Teilnehmer. Die Männer der Wannsee-Konferenz</b> .....	13
Hans-Christian Jasch • Christoph Kreuzmüller	
<b>Die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz im Blick der Forschung</b> .....	29
Mark Roseman	
<b>Otto Adolf Eichmann • Reichssicherheitshauptamt</b> .....	45
<b>Der Organisator</b>	
Bettina Stangneth	
<b>Reinhard Heydrich • Reichssicherheitshauptamt</b> .....	63
<b>Der Vollstrecker des nationalsozialistischen Terrors</b>	
Robert Gerwath	
<b>Otto Hofmann • Rasse- und Siedlungshauptamt der SS</b> .....	79
<b>Ein Pragmatiker der Rassenpolitik?</b>	
Isabel Heinemann	
<b>Rudolf Lange • Reichssicherheitshauptamt</b> .....	97
<b>Akademiker, Weltanschauungskrieger, Massenmörder</b>	
Peter Klein	
<b>Heinrich Müller • Reichssicherheitshauptamt</b> .....	111
<b>Prototyp des Schreibtischtäters</b>	
Johannes Tuchel	
<b>Eberhard Schöngarth • Reichssicherheitshauptamt</b> .....	129
<b>Ein unterschätzter Praktiker des Massenmords</b>	
Olaf Lösschke	

<b>Josef Bühler • Regierung des Generalgouvernements</b> .....	<b>145</b>
<b>Ein Hintermann</b> Ingo Loose	
<b>Roland Freisler • Reichsjustizministerium</b> .....	<b>163</b>
<b>Politischer Soldat Hitlers</b> Silke Struck	
<b>Gerhard Klopfer • Partei-Kanzlei</b> .....	<b>181</b>
<b>Völkischer Ideologe und Bürger der Bundesrepublik</b> Markus Heckmann	
<b>Friedrich Wilhelm Kritzinger • Reichskanzlei</b> .....	<b>197</b>
<b>Ein preussischer Beamter im NS-Staat</b> Lore Kleiber-Stefan Paul-Jacobs	
<b>Georg Leibbrandt • Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete</b> ....	<b>213</b>
<b>Ein gelehrter Radikaler</b> Martin Munke	
<b>Martin Luther-Auswärtiges Amt</b> .....	<b>227</b>
<b>Ein hemdsärmeliger Aufsteiger</b> Christopher Browning	
<b>Alfred Meyer • Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete</b> .....	<b>247</b>
<b>Vom kaisertreuen Bürger zum Verwaltungsmassenmörder</b> Heinz-Jürgen Priamus	
<b>Erich Neumann • Beauftragter für den Vierjahresplan</b> .....	<b>263</b>
<b>Ein farbarmer, willfähriger Preusse</b> Christoph Kreutzmüller	
<b>Wilhelm Stuckart • Reichsministerium des Innern</b> .....	<b>277</b>
<b>Ein heikler Gesetzesonkel</b> Hans-Christian Jasch	
<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>295</b>
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>299</b>
<b>Die Autorinnen und Autoren</b> .....	<b>329</b>
<b>Personenregister</b> .....	<b>331</b>

# Von Wannsee nach Auschwitz

## Geleitwort

■ Über die Bedeutung der Wannsee-Konferenz für die «Endlösung der Judenfrage» wurde in der Geschichtsschreibung viel diskutiert und publiziert. Der vorliegende Sammelband, der die Studien ausgewiesener Historiker über die Teilnehmer der Konferenz enthält, ist eine bedeutende Leistung zur Erforschung der Tätergeschichte. Ein besonderer Wert liegt in dem ungewöhnlichen Konzept, die Lebensläufe aller Teilnehmer in biografischen, quellenbasierten Darstellungen zu untersuchen. Die Autorinnen und Autoren beschränken sich nicht nur auf die Erforschung des jeweiligen Anteils der Konferenzteilnehmer an der Organisation der «Endlösung», sondern folgen den Biografien der Protagonisten bis zum Anfang ihrer politischen Tätigkeiten, die meist unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg und in den formativen Stadien der NS-Bewegung begannen.

Hier wird der in der grossen Einzelbiografie von Ulrich Herbert «Best: Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989»<sup>1</sup> verfolgte Ansatz ergänzt und weitergeführt. Im Unterschied jedoch zu der kollektiven Biografie von Michael Wildt «Generation des Unbedingten: Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes»<sup>2</sup> über das homogene Korpus des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) erarbeiten die Autorinnen und Autoren des vorliegenden Bandes einerseits eine Studie über ein zeitlich begrenztes historisches Ereignis und seine Beteiligten und befassen sich andererseits mit der heterogenen Zusammenkunft von leitenden Vertretern verschiedener Staatsministerien, Sicherheitsorgane, Beauftragten für die besetzten Gebiete und Parteivertretern. All diese von Reinhard Heydrich zu der Konferenz eingeladenen hohen Repräsentanten des NS-Regimes waren für die Planung, Organisation und Durchführung der Vernichtung der europäischen Juden unentbehrlich. Nicht nur die Weiterentwicklung der vorangegangenen historiografischen Ansätze, sondern die biografische Zusammenführung der Leitungsebene des NS-Regimes muss als besonderer Beitrag dieses Bandes verstanden werden und bestimmt seinen innovativen Wert. Die Herausgeber und die Autoren der Einzelstudien haben durch sein Entstehen eine besondere Forschungsleistung erbracht.

Mein kurzes Geleitwort möchte ich indirekt mit meiner Biografie und mit einem der Beteiligten der Wannsee-Konferenz in Zusammenhang bringen. Zuerst möchte ich einige Stellen aus dem Konferenzprotokoll zitieren und sie ihrer Realisierung in Auschwitz-Birkenau gegenüberstellen.

Die ersten – im Protokoll der Konferenz von Eichmann kryptisch erwähnten – improvisierten Judenvernichtungsmethoden, «die im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung sind», wurden von ihm «lediglich als Ausweichmöglichkeiten» bezeichnet. Diesen Methoden fiel allerdings der Grossteil der Juden aus den damals besetzten Gebieten der Sowjetunion zum Opfer.

Die zentrale Stelle im Protokoll ist die Aufzählung aller 35 europäischen Länder und des jeweiligen Anteils ihrer jüdischen Bevölkerung, die hier für die geplante und teilweise schon in Gang gesetzte «Endlösung der europäischen Judenfrage» aufgeführt wurden. In den Jahren 1942 bis kurz vor der Befreiung von Auschwitz im Januar 1945 vernichteten die Gaskammern der fünf Krematorien dieses grössten aller NS-Vernichtungslager die Juden, die aus allen diesen Ländern hierher deportiert worden waren, ausgenommen derjenigen aus den fünf neutralen Ländern, aus dem verbündeten Finnland und dem unbesiegten Grossbritannien.

In der Tat wurde, wie es im Protokoll der Wannsee-Konferenz heisst, «im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung» der europäische Kontinent mit dem einzigen Ziel der Deportation und Vernichtung «von Westen nach Osten durchgekämmt». So wurde Auschwitz zum Endziel und zum ultimativen Ende der auf der Wannsee-Konferenz geplanten und vorgesehenen «Endlösung». Ein weiteres Zitat aus dem Protokoll gibt die Erklärung des Chefs des SS-Sicherheitsdienstes Reinhard Heydrich über das Schicksal des «widerstandsfähigsten Teils» des jüdischen Volkes im Rahmen der «Endlösung» wieder: «Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. (Siehe die Erfahrung der Geschichte.)»

Heydrich sprach damals über die ersten improvisierten Methoden der Massenvernichtung. Als die sozusagen industrielle Vernichtung der Juden aus ganz Europa in Auschwitz schon in vollem Zug vonstattenging, erliess Himmler am 5. Oktober 1942 den in der Geschichtswissenschaft mehrfach übersehenen Befehl zur «Deportation aller jüdischen Häftlinge aus Konzentrationslagern aus dem Reichsgebiet nach Auschwitz»<sup>3</sup> – von dort gab es keinen Ausweg mehr. Dies war die ultimative Realisierung der im Wannsee-Protokoll vorgesehenen «Endlösung der Judenfrage» im Sinne der Erklärung Heydrichs.



Unter den aus dem Konzentrationslager Neuengamme gegen Ende des Jahres 1942 nach Auschwitz deportierten jüdischen, meist politischen Häftlingen befand sich auch mein Vater. Meine Mutter und ich, zehnjährig, waren mit einem Transport aus dem Ghetto Theresienstadt im September 1943 ebenfalls nach Auschwitz deportiert worden. Dort, im sogenannten Familienlager der Juden aus Theresienstadt, traf uns mein Vater wieder.

Das Familienlager bestand von September 1943 bis Juli 1944. Eichmanns Absicht für seine Errichtung war es, die Weltöffentlichkeit über die Deportationen und die Vernichtung der Juden in den Konzentrationslagern «im Osten» zu täuschen.

Entgegen der in Auschwitz herrschenden Routine, der unmittelbaren Selektion und der Ermordung in den Gaskammern wurden die Deportierten aus Theresienstadt in diesem Lager für eine gewisse Zeit am Leben gehalten. Der Grund dafür war eine zwischen Eichmann und dem Internationalen Roten Kreuz vereinbarte Inspektion in dem sogenannten Musterghetto Theresienstadt. Danach wurde die Möglichkeit eines weiteren Besuches dieser Delegation in einem, «jüdischen Arbeitslager im Osten» erwogen. Nachdem das Rote Kreuz die Situation in Theresienstadt jedoch für äusserst befriedigend befunden hatte, schien Eichmann den geplanten zusätzlichen Besuch nicht mehr für notwendig zu halten. Demzufolge wurden beinahe alle Häftlinge des Familienlagers in den Gaskammern – ich benutze hier den Nazibegriff – liquidiert und das Lager selbst aufgelöst.<sup>4</sup>

Hier wurde das Schicksal der «nach Osten» deportierten Juden zu dem undenkbar zynischen Zweck missbraucht, über ihre eigene Massenvernichtung hinwegzutäuschen. Dieses in der Geschichtsschreibung bis zur Veröffentlichung meines Buches «Landschaften der Metropole des Todes» fast unbekanntes Kapitel beleuchtet aber auch die ambivalente Haltung einer internationalen Organisation, die sich erklärermassen der Verteidigung der universalen Menschenrechte verschrieben hatte.

Mit dieser indirekten autobiografischen Episode möchte ich auch derer gedenken, die der Konferenz nicht beigewohnt hatten, deren Schicksal aber Gegenstand der Besprechung war.

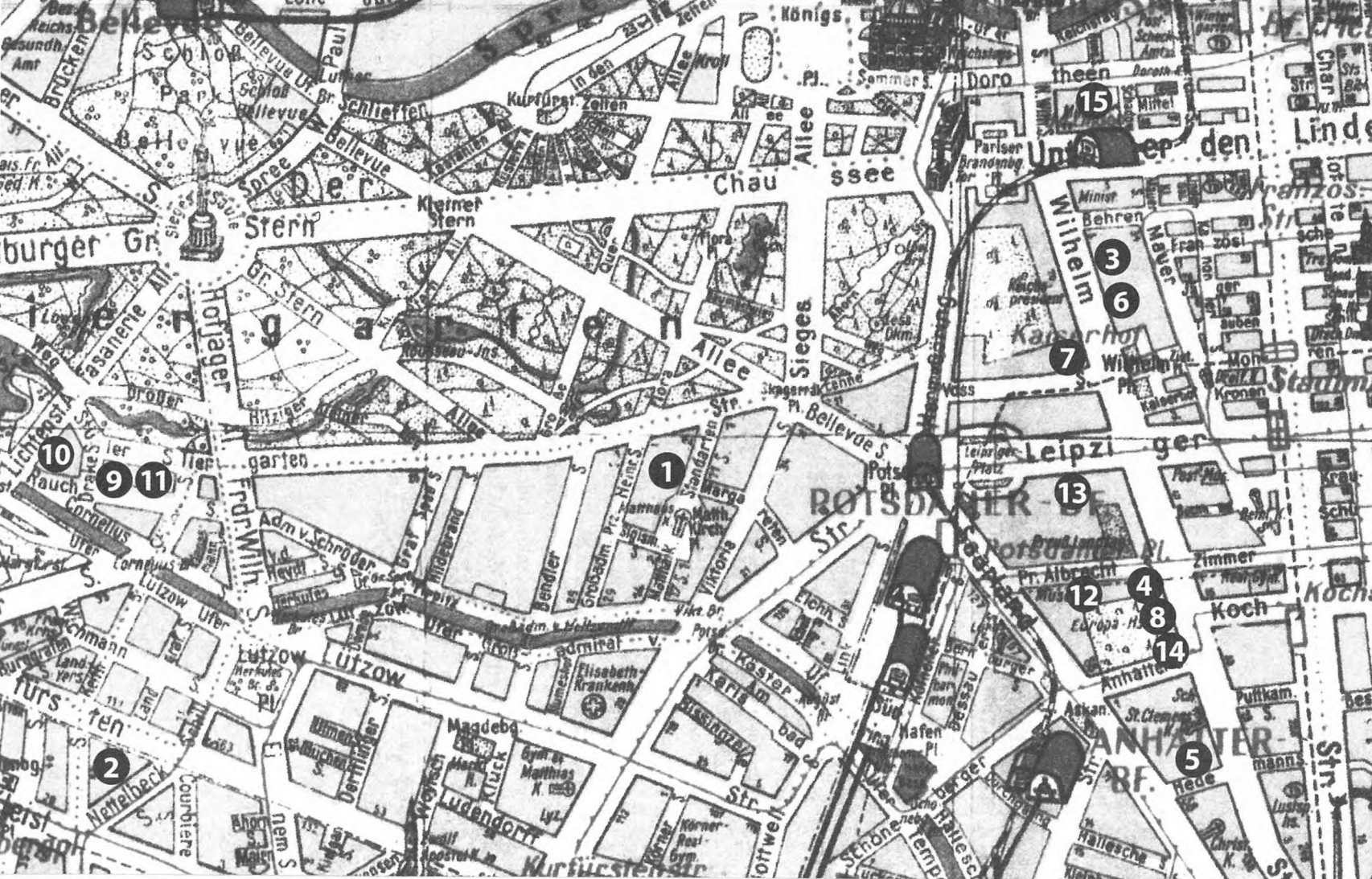
*Otto Dov Kulka*

1 Herbert, Best.

2 Wildt, Generation des Unbedingten.

3 Vgl. Kulka/Jäckel, Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten, S. 645.

4 Vgl. Kulka, Landschaften der Metropole des Todes, insbesondere die im Anhang publizierte wissenschaftliche Studie und Dokumentation über das «Familienlager» und seine Rolle in der Geschichte der Judenvernichtung.



## Die Dienstsitze der Teilnehmer der Wannsee-Konferenz in Berlin

- |    |            |  |
|----|------------|--|
| 1  | Bühler     | Regierung des Generalgouvernements, Standartenstrasse 14           |
| 2  | Eichmann   | Reichssicherheitshauptamt, Kurfürstenstrasse 116                   |
| 3  | Freisler   | Reichsministerium der Justiz, Wilhelmstrasse 65                    |
| 4  | Heydrich   | Reichssicherheitshauptamt, Wilhelmstrasse 101                      |
| 5  | Hofmann    | Rasse- und Siedlungshauptamt der SS, Hedemannstrasse 24            |
| 6  | Klopfer    | Partei-Kanzlei, Wilhelmstrasse 64                                  |
| 7  | Kritzinger | Reichskanzlei, Wilhelmstrasse 77                                   |
| 8  | Lange      | Reichssicherheitshauptamt, Wilhelmstrasse 101                      |
| 9  | Leibbrandt | Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, Rauchstrasse 17/18 |
| 10 | Luther     | Auswärtiges Amt, Rauchstrasse 11                                   |
| 11 | Meyer      | Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, Rauchstrasse 17/18 |
| 12 | Müller     | Reichssicherheitshauptamt, Prinz-Albrecht-Strasse 8                |
| 13 | Neumann    | Beauftragter für den Vierjahresplan, Leipziger Strasse 3           |
| 14 | Schöngarth | Reichssicherheitshauptamt, Wilhelmstrasse 101                      |
| 15 | Stuckart   | Reichsministerium des Innern, Unter den Linden 72                  |

## Die Teilnehmer

### Die Männer der Wannsee-Konferenz

■ Was waren das nur für Menschen, die in diesem grossbürgerlichen Ambiente mit Blick auf den winterlichen See am 20. Januar 1942 zu einer «Besprechung mit anschließendem Frühstück» zusammentrafen, um über die «Gesamtlösung der Judenfrage»<sup>1</sup> in Europa zu sprechen? Das ist wohl die Frage, die sich den meisten Besuchern der Gedenk- und Bildungsstätte stellt, wenn sie das Haus der Wannsee-Konferenz betreten und das ehemalige Speisezimmer sehen, in dem die Konferenz aller Wahrscheinlichkeit nach stattfand.<sup>2</sup> Der vorliegende Band versteht sich als Angebot, Antworten auf diese wichtige Frage zu finden. Natürlich können die Antworten nicht allumfassend sein. Denn während die Wannsee-Konferenz nicht zuletzt als Chiffre des bürokratisch organisierten Massenmords an den europäischen Juden bekannt ist, sind es ihre Teilnehmer weit weniger.<sup>3</sup>

Die fünfzehn Männer der Wannsee-Konferenz sollen auf relativ begrenztem Raum ebenso lesbar wie quellennah vorgestellt werden. Dabei ist es unser Anspruch, durch einen verschränkten biografischen Ansatz, durch Verknüpfung und Querverweise ein möglichst tiefen- und trennscharfes Bild von ihnen zu vermitteln. Damit möchten wir einerseits einen Beitrag zur Täterforschung liefern,<sup>4</sup> die der Analyse des Holocaust wichtige Impulse gegeben hat und ein zentrales Element der pädagogischen Arbeit in der Gedenkstätte bildet,<sup>5</sup> und andererseits einen Einblick in das soziale Leben der Beamten der Berliner Wilhelmstrasse und in die Strukturen dieses Machtzentrums der deutschen Reichsregierung geben, die noch immer ein Desiderat der Forschung sind.<sup>6</sup>

Wer waren also die Teilnehmer? Zunächst einmal gilt es, das Offensichtliche festzuhalten: Unter den eingeladenen Teilnehmern befanden sich keine Frauen. Angesichts des ausgesprochenen Chauvinismus der Nationalsozialisten, die Frauen in Führungspositionen allenfalls in Fürsorgeberufen duldeten, ist dieser Befund wenig überraschend. Anders als es der Film «Die Wannsee-Konferenz» suggeriert,<sup>7</sup> insbesondere das dramatische Bild von Heydrich (gespielt von Kenneth Branagh), waren die Konferenzteilnehmer keine Charaktere, die das Zeug hatten, aus Shakespeares Dramen zu

entsteigen, und sie waren – jedenfalls auf den ersten Blick – auch keine diabolisch-psychoopathischen Bestien. Tatsächlich haben wir es mit «ganz normalen Männern» (Christopher Browning) zu tun, die sich zu benehmen wussten, einer bürgerlichen Ästhetik (Villa mit Seeblick) zugetan waren und die Annehmlichkeiten des Lebens genossen – wie z. B. den mutmasslich aus Beutebeständen aus ganz Europa zusammengestellten Imbiss nach der Besprechung. Obzwar keine fest etablierte Gruppe, sondern eine vorübergehende Personenkonstellation, bildeten die Männer der Wannsee-Konferenz einen repräsentativen Querschnitt der höheren Führungsebene des NS-Regimes.

Lange Zeit wurde dieses Treffen entsprechend den Kriterien der Ende 1940 erschienenen, äusserst einflussreichen Analyse Ernst Fraenkels als eine Koordinierungssitzung zwischen den Vertretern des Normenstaates auf der einen mit denen des Massnahmenstaates auf der anderen Seite interpretiert.<sup>8</sup> Zwar befanden sich unter den Teilnehmern der Konferenz hochrangige Vertreter der alten Verwaltungseliten, und man findet auch Repräsentanten des «neuen Staates» mit hohen Partei- und SS-Rängen; die Verteilung ist jedoch keineswegs eindeutig, und die neuere Forschung macht deutlich, dass diese Kategorien nur bedingt aussagekräftig sind. Keinesfalls wurden die klassischen Ministerien – von der Reichskanzlei bis zum Justizministerium – nur von «traditionellen» Beamten vertreten, die in Wannsee den Parteiangehörigen und Praktikern des Mordens begegneten, sondern hier traf sich ein heterogener Kreis auf Einladung des Chefs des Reichssicherheitshauptamtes, einer Institution, die ebenso hybrid war wie die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz und in der Polizei, d.h. alte staatliche Strukturen, mit der SS, einem Verband der NSDAP, verschmolzen, was der Staatsrechtslehrer Theodor Maunz bereits 1943 als «Verklammerungsphänomen» beschrieb.<sup>9</sup> Auch dies zeigt, dass «moderne Arbeitsteilung», wie Gerald D. Feldman und Wolfgang Seibel betont haben, eine zentrale Voraussetzung des Massenmords an den europäischen Juden war.<sup>10</sup>

Betrachtet man die Lebensläufe, die in den einzelnen Beiträgen dieses Bandes nachgezeichnet werden, so wird deutlich, dass die Männer der Wannsee-Konferenz trotz ihrer hohen Dienstränge mit einem Durchschnittsalter von etwas über 42 Jahren vergleichsweise jung waren.<sup>11</sup> Mit Ausnahme von Martin Luther und Wilhelm Stuckart kamen sie aus eher bürgerlichen Elternhäusern. Sie waren Söhne von Bauingenieuren, Bäckern, Landwirten und Fabrikanten. Einer (Friedrich Wilhelm Kritzinger) war der Sohn eines Pfarrers. Elf waren protestantisch geprägt, drei katholisch. Otto Hofmann gab zwar nur an, «gottgläubig» zu sein, kam aber aller Wahrscheinlichkeit nach ebenfalls aus einer katholischen Familie. Die Mehrheit der Teilnehmer waren Preussen, doch sassen auch zwei Sachsen (Rudolf Lange und Eberhard Schöngarth), ein Würt-

temberger (Josef Bühler), ein Bayer (Heinrich Müller), ein Österreicher (Otto Hofmann) und ein Russlanddeutscher (Georg Leibbrandt) am Konferenztisch.

Sieben (Roland Freisler, Otto Hofmann, Friedrich Wilhelm Kritzing, Alfred Meyer, Heinrich Müller, Erich Neumann und Martin Luther) hatten im Ersten Weltkrieg gekämpft und waren nach dem damaligen generationellen Selbstverständnis in «Stahlgewittern» (Ernst Jünger) gehärtet. Nur einer von ihnen (Müller, der freilich auch kein Abitur hatte) war dabei nicht bis zum Leutnant oder zu einem höheren Rang avanciert. Neumann wurde im «grossen Krieg der weissen Männer» (Arnold Zweig) schwer verwundet, während ein hoher Anteil – Freisler, Hofmann, Kritzing und Meyer – in Kriegsgefangenschaft geriet. Die anderen acht Teilnehmer sind der Kriegsjugendgeneration zuzurechnen, die Ernst Gläser in seinem grossartigen – am 10. Mai 1933 von Berliner Studenten auf dem heutigen Bebelplatz verbrannten – Roman «Jahrgang 1902» beschrieben und die Michael Wildt treffend als «Generation des Unbedingten» charakterisiert hat.<sup>12</sup> Sie hatten als Heranwachsende sowohl den Hurra-Patriotismus und die Mangelversorgung der Kriegszeit als auch das Chaos der Revolution 1918/19 aus nächster Nähe erlebt, ebenso wie die brutalen Kämpfe der Freikorps in Schlesien und im Baltikum, die Besetzung der linksrheinischen Gebiete und des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen und die Hyperinflation. Kein Zweifel, dass diese Umwälzungen sie nachhaltig prägten. Letztlich wollten sie den Krieg gewinnen, den ihre Väter verloren hatten, und ihre Härte und ihren Handlungswillen unter Beweis stellen.

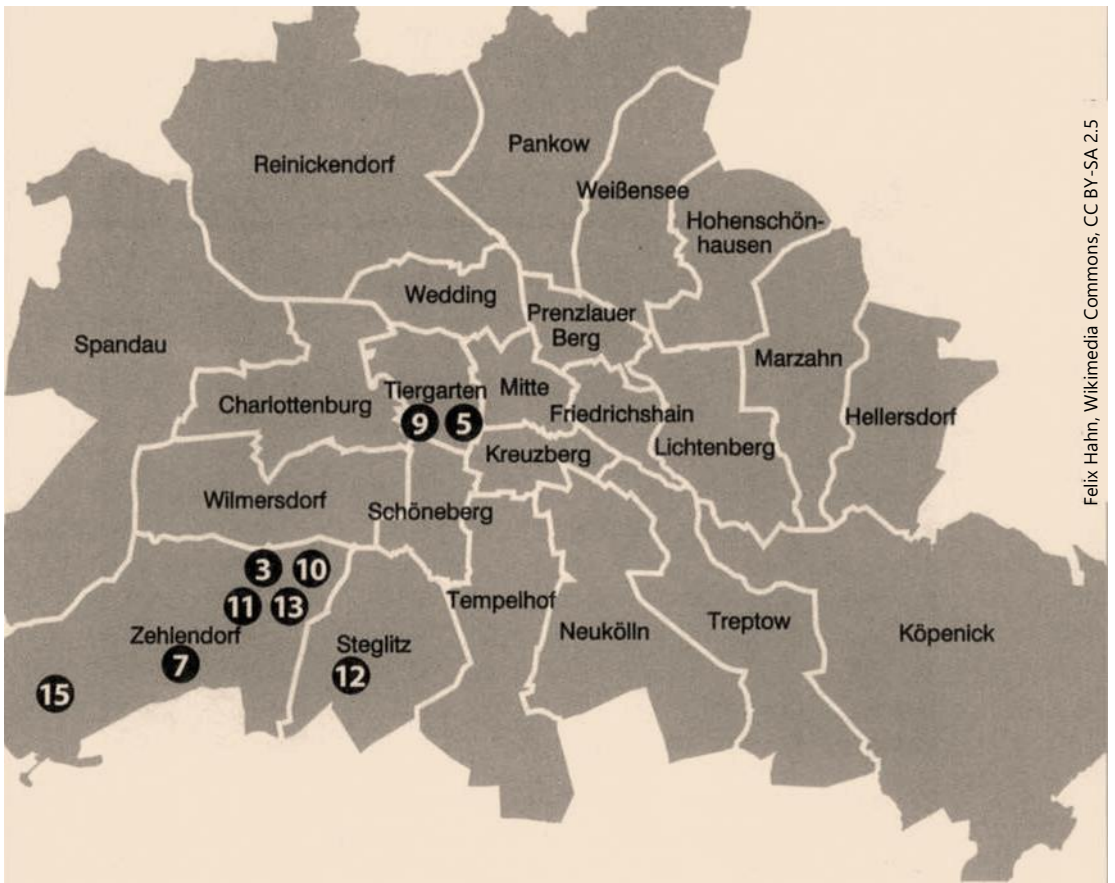
Zehn der Fünfzehn hatten studiert, acht sogar einen Dokortitel erlangt – wobei freilich festzuhalten ist, dass in den 1920er-Jahren eine Promotion an der juristischen oder philosophischen Fakultät einer Universität wesentlich weniger aufwendig war als heute. Neun hatten eine juristische oder staatswissenschaftliche Ausbildung absolviert, was damals wie heute für Spitzenpositionen in der öffentlichen Verwaltung nicht untypisch ist. Viele radikalisierten sich in Freikorps und Studentenverbindungen weiter.<sup>13</sup> Auffällig ist, dass mehrere Konferenzteilnehmer (Freisler, Klopfer und Lange) in Jena studiert hatten. Die Jenaer Universität war bereits in den 1920er-Jahren ein besonders fruchtbarer Boden für völkisches Gedankengut und entwickelte sich unter dem Rektorat des überzeugten Nationalsozialisten, Rasseforschers und späteren SS-Hauptsturmbannführers Karl Astei zu einer «nationalsozialistischen Musteruniversität», an der auch der NS-Rasseforscher Hans Günther wirkte.<sup>14</sup> Andere, wie Reinhard Heydrich, fanden in der SS eine (letzte) Karrierechance und radikalisierten sich erst nach ihrem Eintritt in den «Orden unter dem Totenkopf» (Heinz Höhne).<sup>15</sup> Einige Konferenzteilnehmer verstanden sich – wie Freisler, Hofmann, Meyer und auch Stuckart – als «alte Kämpfer». Sie hatten sich bereits seit den 1920er-Jahren in der NSDAP betätigt und

trugen als verdiente «Parteigenossen» das goldene Parteiabzeichen am Revers. Als NS-Gauleiter ragte Meyer in der Parteihierarchie besonders hervor und führte deshalb auch die Liste der Teilnehmer im Besprechungsprotokoll an. Während Eichmann, Heydrich und Luther 1931/32, in der Zeit der grossen Wahlerfolge, in die NSDAP eingetreten waren, hatten andere, wie Bühler, Klopfer, Neumann, Leibbrandt und Schöngarth – sogenannte Märzgefallene oder Maikäfer –, die NSDAP-Mitgliedschaft aus karriere-taktischen Gründen erst beantragt, als deren Herrschaft bereits konsolidiert war.<sup>16</sup> Lange, Müller und Kritzinger waren sogar erst nach der Aufhebung der Beitrittssperre 1937 in die NSDAP aufgenommen worden.

Nicht nur die Vertreter des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) und der Leiter des SS-Rasse- und Siedlungshauptamtes, Hofmann, bekleideten hohe SS- Ränge. Auch Klopfer, Stuckart und Neumann waren langjährige SS-Mitglieder. Stuckart wurde zehn Tage nach der Konferenz – am neunten Jahrestag der sogenannten Macht-ergreifung – zum SS-Gruppenführer, Klopfer zum Brigadeführer befördert; sie erlangten damit Generalsränge.

Eine Analyse der Lebensläufe zeigt sehr deutlich, dass mehrere Teilnehmer sich schon lange vor dem 20. Januar 1942 begegnet waren, wenn sie nicht sogar – wie beispielsweise Eichmann und Luther – dienstlich in engem Kontakt standen. Viele von ihnen wohnten im alten Westen oder im vornehmen Südwesten Berlins, einige waren Mitglied in einem jener Herrenclubs, die als «Knotenpunkte» in den Netzwerken der höheren Beamten der Wilhelmstrasse fungierten.<sup>17</sup> Freisler, Heydrich und Stuckart sowie der ebenfalls ursprünglich zur Konferenz eingeladene Höhere SS- und Polizeiführer des Generalgouvernements, Friedrich-Wilhelm Krüger, gehörten dem unter Görings Schirmherrschaft stehenden Aero Club von Deutschland an.<sup>18</sup> Freisler, Meyer und Heydrich waren Mitglieder des Reichstages, während Kritzinger auf der Regierungsbank sass.<sup>19</sup> Freisler, Kritzinger, Neumann und Stuckart kannten sich aus dem Preussischen Staatsrat und dem «Ministerrat für die Reichsverteidigung». Bühler, Freisler und Stuckart werden sich in der Akademie für Deutsches Recht begegnet sein.

Zumindest Eichmann, Heydrich, Müller, Neumann und Stuckart waren am 12. November 1938 auf der hochrangigen Konferenz im Reichsluftfahrtministerium anwesend, bei der Göring Hitlers Weisung verkündete, dass die «Judenfrage jetzt einheitlich zusammengefasst werden soll und so oder so zur Erledigung zu bringen ist».<sup>20</sup> Auf dieser vierstündigen Besprechung hatte Heydrich angeregt, nach dem Wiener Vorbild auch in Berlin eine Zentralstelle für jüdische Auswanderung aufzubauen, um die Emigration der Juden – die nach den Pogromen immer mehr Formen einer regellosen Flucht



## Wohnsitze der Teilnehmer

1	Bühler	Krakau
2	Eichmann	Prag
3	Freisler	Habelschwerdter Allee 9/Hüttenweg 14 a, Zehlendorf
4	Heydrich	Breschan bei Prag
5	Hofmann	Woyrschstraße 48, Tiergarten
6	Klopfer	Pullach
7	Kritzinger	Blücherstraße 6, Zehlendorf
8	Lange	Riga
9	Leibbrandt	Keithstraße 22, Tiergarten
10	Luther	Reichensteiner Weg 34-36, Zehlendorf
11	Meyer	Finkenstraße, Zehlendorf
12	Müller	Corneliusstraße 22, Steglitz
13	Neumann	Schwendener Straße 1, Zehlendorf
14	Schöngarth	Münster
15	Stuckart	Am Sandwerder 28, Zehlendorf





Gesellschafts-, Bierabende oder Empfänge waren Anlässe, auf denen sich ein Teil der späteren Teilnehmer bereits vor der Wannsee-Konferenz begegnete. Bei dem Gesellschaftsabend des Reichsinnenministeriums sassen sich 1937 Heydrich und Stuckart gegenüber. Neben Heydrich sitzt Kurt Daluege und zwei Plätze neben Stuckart – vor einem vollen Bierglas – Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei Heinrich Himmler. Unbekannter Fotograf, 1937; SV-Bilderdienst, 00028000

annahm – weiter zu forcieren.<sup>21</sup> Dieser Vorschlag fand den Beifall Görings, der im Januar 1939 die «Reichszentrale für jüdische Auswanderung» im Reichsministerium des Innern unter Leitung Heydrichs gründete.<sup>22</sup>

Den Einladungen an den Wannsee fügte Heydrich eine am 31. Juli 1941 von Göring unterzeichnete «Ernennungsurkunde» bei, mit der er zum Koordinator der «Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa» bestimmt worden war. Diese «Ermächtigung» erweiterte ausdrücklich die Befugnisse, die Heydrich mit der Gründung der «Reichszentrale für jüdische Auswanderung» erhalten hatte. Implizit wurde dadurch auch Bezug auf die Konferenz vom 12. November 1938 genommen. Insofern führte ein roter Faden vom Pogrom über die Göring-Zusammenkunft im Reichsluftfahrtministerium zur Wannsee-Konferenz.

Die «Lösung der Judenfrage» wurde in den Medien mit erstaunlicher Offenheit erörtert. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 und nach den ersten reichsweiten Deportationen von Juden im Oktober 1941 verschärfte sich die anti-jüdi-



Auch im Rahmen der Akademie für Deutsches Recht trafen sich einige Männer der Wannsee-Konferenz – so auf einem Treffen der «Verwaltungs- und Polizeirechtler» vom Herbst 1936. Von links nach rechts: der Chef der Ordnungspolizei Kurt Daluge (mit Sporen), Wilhelm Stuckart, Reichsminister Hans Frank, Heinrich Himmler, Reinhard Heydrich, sein Stellvertreter Dr. Werner Best, der Berliner Polizeipräsident Wolf-Heinrich Graf von Helldorff sowie ein Unbekannter.

Fotograf: Heinrich Hoffmann, 12. Oktober 1936; bpk/Bayerische Staatsbibliothek/Heinrich Hoffmann, Bild-Nr. 50059276

sche Propaganda. Die gleichgeschaltete deutsche Presse folgte beispielsweise weitgehend der von Reichspressechef Otto Dietrich<sup>23</sup> in der «Tagesparole» vom 26. Oktober 1941 herausgegebenen Vorgabe, an Hitlers «Prophezeiung» vom 30. Januar 1939 zu erinnern, in der dieser «lange vor Ausbruch des jetzigen Krieges das Weltjudentum ausdrücklich davor warnte, gegen das nationalsozialistische Deutschland einen Krieg zu entfachen». So wie «der Führer» es damals prophezeit habe, sei es auch gekommen, «die Juden büßen heute das, was sie durch ihr eigenes Verbrechen als Blutschuld auf sich geladen haben. Die Juden sind die einzigen Verantwortlichen, die diesen Krieg auf dem Gewissen haben. Dieses Thema ist auf der ersten Seite zweispaltig zu bringen.»<sup>24</sup> In der auflagenstarken Wochenzeitung «Das Reich» erschien am 16. November 1941 ein Leitartikel des Reichspropagandaministers und Berliner Gauleiters Joseph Goebbels, dessen Staatssekretär Leopold Gutterer ebenfalls zu jenen zählte, die auf der

ersten Einladungsliste zur Wannsee-Konferenz standen. Unter dem Titel «Die Juden sind schuld!» stand dort:

«Wir erleben eben den Vollzug dieser Prophezeiung, und es erfüllt sich damit am Judentum ein Schicksal, das zwar hart, aber mehr als verdient ist. Mitleid oder Bedauern ist da gänzlich unangebracht. Das Weltjudentum hat in der Anzettelung dieses Krieges die ihm zur Verfügung stehenden Kräfte vollkommen falsch eingeschätzt, und es erleidet nun einen allmählichen Vernichtungsprozess, den es uns zgedacht hatte und auch bedenkenlos an uns vollziehen liesse, wenn es dazu die Macht besässe. Es geht jetzt nach seinem eigenen Gesetz: ‚Auge um Auge, Zahn um Zahn zugrunde.‘»<sup>25</sup>

Mit dem Beginn der sowjetischen Gegenoffensive, dem japanischen Angriff auf Pearl Harbour und der deutschen Kriegserklärung an die Vereinigten Staaten am 11. Dezember 1941 war der Krieg zum Weltkrieg geworden. Goebbels berichtete am Tag darauf in seinem Tagebuch über eine Besprechung, die Hitler am Nachmittag in seiner Dienstwohnung mit den NSDAP-Reichs- und Gauleitern – darunter Meyer – abgehalten hatte:

«Bezüglich der Judenfrage ist der Führer entschlossen, reinen Tisch zu machen. Er hat den Juden prophezeit, dass, wenn sie noch einmal einen Weltkrieg herbeiführen würden, sie dabei ihre Vernichtung erleben würden. Das ist keine Phrase gewesen. Der Weltkrieg ist da, die Vernichtung des Judentums muss die notwendige Folge sein. Diese Frage ist ohne jede Sentimentalität zu betrachten. Wir sind nicht dazu da, Mitleid mit den Juden, sondern nur Mitleid mit unserem deutschen Volk zu haben. Wenn das deutsche Volk jetzt wieder im Ostfeldzug an die 160'000 Tote geopfert hat, so werden die Urheber dieses blutigen Konflikts dafür mit ihrem Leben bezahlen müssen.»<sup>26</sup>

Auch in der Zeitschrift «Deutsches Recht», die bei vielen NS-Juristen zur Pflichtlektüre gehörte, wurde «ohne Sentimentalität» von der Lösung der Judenfrage gesprochen.<sup>27</sup> Das Judentum sei «dem geschichtlich-irdischen Tod unterworfen [...], soweit es sich um die historische Erscheinung des Juden in Europa handelt».<sup>28</sup> Mangels Quellen wissen wir sehr wenig darüber, was die Teilnehmer unmittelbar vor und nach der Dienstbesprechung an jenem Dienstag – einem klaren, kalten Wintertag in einer ungewöhnlich langen Frostperiode<sup>29</sup> – gemacht haben. Die meisten werden einen Blick in die Zeitungen geworfen haben, die sich in ihrer Berichterstattung auch den ausserhalb Europas gelegenen Kriegsschauplätzen zuwandten. Die Berliner Ausgabe des offiziell-

len NS-Parteiblatts «Völkischer Beobachter» titelte am 20. Januar 1942 «Japanische Truppen an der Südspitze von Malakka» (Malaysia) und berichtete, dass auf der Krim die Stadt Feodosia «zurückerobert» worden sei, die Rote Armee – als «Bolschewisten» bezeichnet – aber an der Donezfront mit «starken Kräften» angreife. In einem Propagandakompanie-Bericht wurden unter dem Titel «Schwere Abwehrkämpfe einer Infanterie-Kompanie» Verluste und unzureichende Ausrüstung der Wehrmacht angedeutet. Der Leitartikel tat eine Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten als «Bluff» ab, in der dieser einen drastischen Ausbau der amerikanischen Kriegsproduktion ankündigte.

«Der Angriff», das lokale Berliner NS-Blatt, titelte «Deutsche und Rumänen nahmen in kühnem Angriff Feodosia wieder» und berichtete ebenfalls von den Erfolgen der japanischen Armee in Malaysia. In dem Artikel «Der unbeugsame Trotz» behauptete der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Robert Ley, dass «von ehrlichem Fanatismus» ergriffene Kämpfer unbesiegbar seien. «Deutsche Männer, deutsche Frauen. Deutscher Arbeiter, Bürger und Bauer. Nur der unbeugsame Trotz erringt den Sieg. [...] Nun erst recht. Wir kapitulieren nie!», schrieb Ley und gab damit indirekt preis, wie schwierig die Lage war. Auf der letzten Seite des «Angriff» warb neben einer Reklame für das Schmerzmittel «Togal» die Zeitschrift «Weltkampf. Wissenschaftliche Vierteljahresschrift zur Judenfrage» damit, die «führende Zeitschrift auf dem Gebiete des Judenproblems» zu sein.

Am Tag der Konferenz machte die Zeitschrift «Die Judenfrage in Politik, Recht, Kultur und Wirtschaft» mit der bereits oben angeführten verbreiteten Verschwörungstheorie auf, wonach die Juden schuld am Eintritt der USA in den Krieg seien und den Staatshaushalt der USA ruinierten. Im Rezensionsteil der vom Institut zum Studium der Judenfrage herausgegebenen Zeitschrift wurde eine in vierter Auflage erschienene Abhandlung «Die Judenfrage. Stoff und Behandlung in der Schule» positiv besprochen, jedoch kritisch angemerkt, dass «der methodische Teil bei einer Neuauflage erweitert werden» sollte. In der nicht zur Veröffentlichung bestimmten Beilage «Judentum und Recht» wurde auf einen Erlass hingewiesen, der den mit dem gelben Stern gekennzeichneten Juden verbot, öffentliche Telefonzellen zu benutzen.

Es ist wohl davon auszugehen, dass die Teilnehmer mit dieser Bestimmung bereits vertraut waren, dass sie nach der Zeitungslektüre morgens gearbeitet hatten und die meisten dann direkt von ihren Dienststellen rund um die Wilhelmstrasse mit dem Dienstwagen in die Villa am Wannsee gekommen waren. Möglicherweise wurden Fahrgemeinschaften gebildet, um Benzin zu sparen und sich abzusprechen. So ist von Klopfer überliefert, dass er gemeinsam mit Kritzinger zum Tagungsort gekommen war. Auch Meyer und sein Adlatus Leibbrandt führen sicherlich zusammen vor. Anzuneh-

men ist zudem, dass die Mitarbeiter des RSHA, die von ausserhalb Berlins angereist waren – Schöngarth und möglicherweise auch Lange –, im Gästehaus des RSHA untergebracht waren. Es war mit geraubten Möbeln aus jüdischen Haushalten aus Prag ausgestattet<sup>30</sup> und wurde im «Befehlsblatt der Sicherheitspolizei und des SD» als Unterkunft beworben, die «allen Komfort» biete.<sup>31</sup> Die Gäste brauchten zur Dienstbesprechung nur von den Gästezimmern im ersten oder zweiten Geschoss die Treppe hinunterzugehen. Auch Eichmann, der in Berlin keinen festen Wohnsitz hatte und am Vortag über Theresienstadt aus Prag gekommen war, übernachtete möglicherweise am Tagungsort. Dies hätte den Vorteil gehabt, dass er morgens die Vorbereitungen vor Ort bequem überwachen konnte.

Nach der «Besprechung mit anschliessendem Frühstück», die um 12:00 Uhr begann und wahrscheinlich bereits um 14:00 Uhr offiziell beendet war, blieben – nach Eichmanns Erzählung – Heydrich, Müller und Eichmann im Gästehaus des RSHA zurück, um sich in der Bibliothek bei einem Cognac zu entspannen und die Grundzüge des Protokolls abzustimmen. Das unbekannte Personal – womöglich sogar jüdische Zwangsarbeiter, die bis Februar 1943 das Haus und die Gartenanlagen besorgten – wird derweil den Konferenzraum aufgeräumt haben. Eichmann dürfte sich dann sofort an die Abfassung des Protokolls gemacht haben – wobei er sich auf Notizen und Ausarbeitungen sowie nach eigener Aussage auch auf die Mitschrift einer Stenotypistin stützen konnte.<sup>32</sup> Heydrich muss sofort nach Prag zurückgefliegen sein, weil er bereits um 19:00 Uhr auf der Prager Burg die Mitglieder der neuen Regierung des Protektorats empfing.<sup>33</sup> Was die anderen Teilnehmer am Nachmittag machten, ist unklar. Wahrscheinlich fuhren die Ministerialbeamten zurück in die Wilhelmstrasse, um dort an ihren Schreibtischen weiterzuarbeiten oder ihren Vorgesetzten und Mitarbeitern über die Ergebnisse der Dienstbesprechung zu berichten. Vielleicht besuchten sie nach Dienstschluss noch einen der Clubs – den «Nationalklub» oder den «Aero Club» – oder eine Bar an der Friedrichstrasse oder am Kurfürstendamm. Was erzählten sie dabei oder danach zu Hause von ihrem Arbeitstag?

Luther erhielt das Protokoll, von dem nur eine Ausfertigung überliefert ist, gut sechs Wochen nach der Konferenz. In dem von Heydrich unterzeichneten Anschreiben wurde der in der Villa am Wannsee erzielte Konsens unterstrichen: «Da nunmehr erfreulicherweise die Grundlinie hinsichtlich der praktischen Durchführung der Endlösung der Judenfrage festgelegt» sei und «seitens der hieran beteiligten Stellen völlige Übereinstimmung» herrsche, könnten jetzt auf Referentenebene die «organisatorischen, technischen und materiellen Voraussetzungen zur praktischen Inangriffnahme der Lösungsarbeiten aufgezeigt» und für Göring die gewünschte Vorlage zum weiteren

Vorgehen erstellt werden. Heydrich bat die «beteiligten Stellen», einen Sachbearbeiter für eine Nachfolgekonzferenz am 6. März 1942 «abzustellen».<sup>34</sup> Bevor Luther den Vorgang zu den Akten nahm, notierte er auf dem Anschreiben die Anweisung, dass sein Referatsleiter Rademacher sich bei Eichmann zu melden habe. Eine dritte Hand markierte auf dem Protokoll den für das Auswärtige Amt zentralen Passus: «Anstelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten.»<sup>35</sup> Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass die anderen Ministerien nicht ganz ähnlich mit den ihnen zukommenden Ausfertigungen des Protokolls umgegangen sind.

Nur zehn Tage nach der Wannsee-Konferenz berief der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete eine Besprechung ein, auf welcher der auf der Wannsee-Konferenz erreichte Beratungsstand von Stuckarts Mitarbeiter Bernhard Lösener referiert und über den Entwurf einer Verordnung verhandelt wurde, mit der bestimmt werden sollte, wer in den besetzten Ostgebieten als Jude zu gelten habe. Die erste Folgekonferenz, zu der Heydrich in dem Übersendungsschreiben des Protokolls eingeladen hatte, fand am 6. März 1942 in Eichmanns Dienststelle in der Kurfürstenstrasse 116 statt. Auf dieser Besprechung, wie auch auf der zweiten Folgebesprechung am 27. Oktober 1942, wurde weiter über die Behandlung der sogenannten Mischlinge, deren Unfruchtbarmachung und die Zwangsscheidung von «Mischehen» beraten, gegen die das nunmehr vertretene Propagandaministerium politische Bedenken insbesondere im Hinblick auf die «zu erwartende Stellungnahme des Vatikans» geltend machte.<sup>36</sup> Die Protokolle sowie der in Luthers Akten überlieferte weitere Schriftwechsel machen deutlich, dass die NS-Behörden bestrebt blieben, die Rahmenbedingungen des bereits angelaufenen Genozids politisch und rechtlich zu gestalten. So wurde der Massenmord – auch wenn die meisten Dokumente als Verschlussachen mit der höchsten Geheimhaltungsstufe «Geheime Reichssache» eingestuft waren und nur über Sonderboten und Geheimregistaturen ausgetauscht wurden – letztlich in Form eines formal normalen, arbeitsteiligen Verwaltungsvorganges abgewickelt.<sup>37</sup>

Nicht einmal fünf Monate nach der Konferenz, am 4. Juni 1942, starb Heydrich an den Folgen eines Attentats tschechischer Widerstandskämpfer in Prag; Freisler kam im Februar 1945 bei einem alliierten Bombenangriff auf Berlin ums Leben; Lange und Müller starben mutmasslich bei Kampfhandlungen in Posen und Berlin, während sich Meyer – wie Zehntausende andere – beim Anrücken der Alliierten das Leben nahm.<sup>38</sup> Luther war 1943 in Ungnade gefallen und kam als Sondergefangener in das Konzentrationslager Sachsenhausen; er starb kurz nach der Befreiung des Lagers durch die Rote Armee. Schöngarth wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit zum Tode verurteilt,

wobei jedoch nicht seine Beteiligung am Judenmord, sondern seine Mitwirkung an der Tötung eines alliierten Piloten Hauptgegenstand des Prozesses war – obwohl die New York Times bereits 1945 über die Einladung zur Wannsee-Konferenz berichtet hatte.<sup>39</sup> Aufgrund seiner Rolle in der Verwaltung des Generalgouvernements wurde Bühler 1948 von einem polnischen Gericht zum Tode verurteilt. Bei dem Verfahren spielte die Wannsee-Konferenz eine zentrale Rolle. So war Bühler der erste Teilnehmer, der die Staatssekretärsbesprechung erwähnte – noch vor dem Auffinden des Protokolls im Jahr 1947. Währenddessen wurden Kritzinger und Neumann in Nürnberg als Zeugen verhört und später aus gesundheitlichen Gründen entlassen. Kritzinger starb bereits 1947, Neumann 1951. Kritzinger war der einzige Teilnehmer der Wannsee-Konferenz, der in einem Verhör Scham über seine Teilnahme bekundete.<sup>40</sup>

Im Rahmen der Nürnberger Nachfolgeprozesse wurden Hofmann und Stuckart von amerikanischen Militärgerichten verurteilt, wobei jedoch nur im Verfahren gegen Stuckart die Teilnahme an der Wannsee-Konferenz eine wichtige Rolle spielte.<sup>41</sup> Die überlebenden Konferenzteilnehmer hatten nach dem Krieg unisono – und wohl in Absprache – behauptet, dass Heydrich die Vernichtung der Juden am 20. Januar 1942 mit keinem Wort erwähnt habe.<sup>42</sup> Stuckart erhielt dank seiner geschickten Verteidigung, in der er sich zum Widerstandskämpfer stilisierte, und unter Berücksichtigung seines schlechten Gesundheitszustandes nur eine geringe Haftstrafe.<sup>43</sup> Hofmann, der zu einer Freiheitsstrafe von 25 Jahren verurteilt worden war, wurde 1954 vom amerikanischen Hohen Kommissar John Jay McCloy amnestiert.<sup>44</sup>

Obwohl der Bund der Verfolgten des Nazi-Regimes bereits 1952 eine erste Edition des Protokolls der Wannsee-Konferenz veröffentlichte und Strafanzeige gegen die Teilnehmer erstattete,<sup>45</sup> lebten Hofmann, Klopfer und Leibbrandt weitgehend unbehelligt noch bis in die 1980er-Jahre unter ihren richtigen Namen in der Bundesrepublik Deutschland und fanden dort in ein bürgerliches Leben zurück. Staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren gegen Klopfer und Leibbrandt wurden – wie viele andere Verfahren auch – mit Rücksicht auf Verjährungsfristen und vorgebliche Beweisprobleme eingestellt. Insofern können die Nachkriegs-Biografien der überlebenden Teilnehmer der Konferenz durchaus auch als Beleg für die gesellschaftlichen und juristischen Fehler und Versäumnisse im Umgang mit den Tätern gelesen werden, die sich letztlich auch in dem Umstand widerspiegeln, dass die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz erst 1992 eröffnet wurde.<sup>46</sup>

Wie die «Dienstbesprechung» und ihre Teilnehmer im Laufe der Zeit wahrgenommen wurden, analysiert Mark Roseman, dessen 2002 publizierte Studie über die Wannsee-Konferenz bis heute grundlegend ist. Dem folgen Beiträge über die einzelnen Teil-

nehmer. Gruppieren wurden sie nach (hauptamtlicher) Zugehörigkeit zur SS oder zur Ministerialbürokratie. Innerhalb der Gruppen haben wir uns dann für eine alphabetische Anordnung entschieden. Einer Idee Gideon Botschs folgend haben wir die Autoren gebeten, jeweils ein Foto aus dem dienstlichen Alltag und eines aus dem Privatleben der von ihnen dargestellten Teilnehmer auszusuchen. Dies war freilich oft nicht möglich, weil es sich bei einigen Teilnehmern nicht um besonders prominente Personen handelte und deshalb in öffentlichen Archiven nur wenige Fotos von ihnen überliefert sind.

Robert Gerwarth, Professor für Moderne Geschichte am University College Dublin, analysiert auf der Grundlage seiner auch von Hans Mommsen hoch gelobten, 2011 erschienenen Biografie Reinhard Heydrich als sozialen Aufsteiger, Machtmenschen und Massenmörder. Isabel Heinemann, die Neueste und Neuere Geschichte an der Universität Münster lehrt, widmet sich im Anschluss an ihre langjährige Forschung zur Germanisierungs- und Siedlungspolitik dem Leiter des SS-Rasse- und Siedlungshauptamtes, Otto Hofmann, der nach dem Krieg mit einer Freiheitsstrafe davonkam und später begnadigt wurde. Der Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Johannes Tuchel, setzt sich mit dem sphinxhaften «Gestapo-Müller» auseinander, der vom unpolitischen Berufspolizisten zum Weltanschauungstäter wurde. Die Philosophin Bettina Stangneth, die sich intensiv mit dem Aufstieg und Fall Eichmanns beschäftigt hat, skizziert dessen Charakter jenseits der «Banalität des Bösen» (Hannah Arendt). Die SD-Kommandeure, die im Osten unmittelbar als Praktiker am Massenmord mitwirkten – Lange in Riga und Schöngarth in Lemberg –, werden von Peter Klein und Olaf Löschke porträtiert. Klein lehrt Holocaust Studies am Berliner Touro College und ist der Gedenkstätte seit vielen Jahren eng verbunden. Löschke hat sich dem Konferenzteilnehmer Schöngarth schon in einem erfolgreichen Dokumentartheaterprojekt genähert. Dem Gegenspieler Schöngarths im Generalgouvernement, Josef Bühler, widmet sich Ingo Loose, ein Experte für deutsche Besatzungspolitik in Polen. Er hat hierfür erstmals die polnischen Prozessakten ausgewertet. Der Doyen der NS-Täterforschung, Christopher Browning, beschreibt den hemsärmeligen Aufstieg des Underdogs Martin Luther in das elitäre Auswärtige Amt. Auf der Grundlage umfassender Forschungen widmet sich Markus Heckmann dem ehemaligen Staatssekretär der Reichskanzlei, Gerhard Klopfer, der sich nach dem Krieg in der Heimatstadt des Autors niedergelassen hatte. Der in der Gegend von Odessa geborene «Ostraumforscher» und Vertreter des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete, Georg Leibbrandt, den seine Forschungen zum Deutschtum im Osten vor der Machtübernahme der NSDAP als Rockefeller-Stipendiat in die USA geführt hatten, wird von Martin Munke porträtiert. Den



Lebensweg und das Wirken von Leibbrandts Vorgesetztem Alfred Meyer, Ständiger Vertreter des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete Alfred Rosenberg und Gauleiter von Westfalen-Nord, zeichnet Heinz-Jürgen Priamus auf Grundlage seiner einschlägigen Studie aus dem Jahr 2011 unter Berücksichtigung lokalgeschichtlicher Aspekte nach. Silke Struck, eine langjährige freie Mitarbeiterin der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, stellt Roland Freisler dar, den späteren Blutrichter des Volksgerichtshofes, der bis Sommer 1942 als Staatssekretär die Strafrechtsabteilung des Reichsjustizministeriums leitete. Der Historiker Stefan Paul-Jacobs und die Mitarbeiterin am Haus der Wannsee-Konferenz Lore Kleiber analysieren den preussischen Beamten Friedrich Wilhelm Kritzinger, der in der Reichskanzlei die Fäden der Kommunikation des Regimes zusammenhielt. Exemplarisch thematisieren sie dabei auch das Verhältnis seines Sohnes zu seinem Vater und zur Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz. Die Herausgeber Hans-Christian Jasch und Christoph Kreuzmüller haben sich mit Wilhelm Stuckart und Erich Neumann, zwei ministerialen Schreibtischtätern, befasst.

Grossen Dank schulden wir der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur, die diesen Band grosszügig und unbürokratisch gefördert hat. Dank sind wir auch dem Verleger Fritz Veitl vom Metropol Verlag schuldig, der die Publikation von Anfang an begleitet und unterstützt hat. Der Metropol Verlag hat bereits 1992 den wichtigen Band von Kurt Pätzold und Erika Schwarz veröffentlicht, der die bislang umfassendste Sammlung von biografischen Daten der Teilnehmer enthält.<sup>47</sup> Die Unterstützung der Kolleginnen von der hauseigenen Joseph Wulf Mediothek mit ihren wunderbaren Beständen, von Marcus Gryglewski bei der Recherche der Fotografien und die Hilfe zahlreicher anderer engagierter Kollegen und freier Mitarbeiter sowie die redaktionelle Arbeit von Angela Martin und Sandra Keil haben zum Gelingen des Bandes wesentlich beigetragen. Unser Dank gilt darüber hinaus den Autoren, die in spannenden und intensiven Diskussionen die Arbeiten am Buch geprägt haben, und Otto Dov Kulka für sein bewegendes und richtungweisendes Geleitwort.

*Hans-Christian Jasch & Christoph Kreuzmüller*

1 Schreiben von Reinhard Heydrich an Martin Luther, 8.1.1942, PA AA, R 100857.

2 Zur Geschichte des Hauses vgl. Haupt, Das Haus der Wannsee-Konferenz; Tuchel, Am Grossen Wannsee 56-58. Zur Geschichte der Gedenkstätte: Schoenberner, Der lange Weg nach Wannsee; Kühling, Schullandheim oder Forschungsstätte?

3 Die Wannsee-Konferenz selbst wird in der Dauerausstellung der Gedenk- und Bildungsstätte dargestellt und in zahlreichen Publikationen analysiert. Erwähnt seien hier nur: Klein, Die Wannsee-Konferenz 1995/2017; Longerich, Die Wannsee-Konferenz; Kampe/ Klein (Hrsg.), Die Wannsee-Konferenz; Roseman, «Wannsee» als Herausforderung.

- 4 Zu neueren biografischen Ansätzen vgl. Roseman, Lebensfälle. Einen Überblick geben Welzer, Täter; Paul, Die Täter der Shoah; Wildt, Generation des Unbedingten; Herbert, Best.
- 5 Kaiser, Die Wannsee-Konferenz.
- 6 Kreuzmüller/Wildt (Hrsg.), Berlin 1933-1945, S. 16.
- 7 Die Wannsee-Konferenz, Regie: Frank Pierson.
- 8 Fraenkel, The Dual State.
- 9 Maunz, Verklammerungsphänomen.
- 10 Feldman/Seibel, The Holocaust as Division-of-Labor-Based Crime, S. 1.
- 11 Götz Aly zufolge hat Goebbels anlässlich einer statistischen Erhebung in der Kriegszeit festgestellt, dass das Durchschnittsalter der führenden Persönlichkeiten in der mittleren Schicht der Partei 34 und innerhalb des Staates 44 Jahre betrage und man in der Tat sagen könne, dass «Deutschland heute von seiner Jugend geführt» werde. Vgl. Aly, Hitlers Volksstaat, S. 12. Vgl. Welzer, Täter, S. 53.
- 12 Wildt, Generation des Unbedingten.
- 13 Kampe, Studenten und «Judenfrage»; Heither/Gehler/Kurth/Schäfer, Blut und Paukboden.
- 14 Hossfeld/John/Lehmuth/Stutz, «Im Dienst an Volk und Vaterland».
- 15 Höhne, Der Orden unter dem Totenkopf.
- 16 Vgl. Weigel, «Märzgefallene».
- 17 Hachtmann, Wissenschaftsmanagement, S. 153.
- 18 Mitgliederliste des Aero Clubs von Deutschland, Januar 1939, Archiv zur Geschichte der Max-Planck-Gesellschaft, I Abt., Rep. 0001A. Für diesen Hinweis danken wir Rüdiger Hachtmann, Berlin.
- 19 Dies ist mutmasslich einer der Gründe, warum die Konferenz nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbour kurzfristig vom 9. Dezember 1941 auf den 20. Januar 1942 verschoben wurde, da Hitler am 11. Dezember 1941 vor dem Grossdeutschen Reichstag die Kriegserklärung des Reiches gegen die Vereinigten Staaten von Amerika verkünden wollte.
- 20 Stenographische Niederschrift der Besprechung über die Judenfrage bei Göring, 12.11.1938, in: IMT, Bd. 28, S. 499-540, Dok. 1816 PS. Vgl. Protokoll einer Vernehmung von Erich Neumann, 18.11.1947, IfZ, ZS 1259.
- 21 Ebenda. Zur Auswanderung der Juden aus dem «Dritten Reich» vgl. Wetzel, Auswanderung, S. 413-498. Nach dem von Himmler im Herbst 1941 verhängten Auswanderungsverbot für Juden gelang nur noch schätzungsweise 8'500 Personen die Flucht, vgl. Richarz, Jüdisches Leben, Bd. 3, S. 53.
- 22 Görings Schreiben vom 24.1.1939, PA AA, R 100857, Bl. 4 f.
- 23 Zu Dietrich vgl. Krings, Hitlers Pressechef.
- 24 Zit. nach: Dörmer, Die Deutschen und der Holocaust, S. 160 f.
- 25 Die Juden sind schuld, in: Das Reich, 16.11.1941. Vgl. Dörmer, Die Deutschen und der Holocaust, S. 162 f.
- 26 Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil II: Diktate 1941-1945, Bd. 2: Oktober – Dezember 1941, S. 487 f.
- 27 Gross, Die rassenpolitischen Voraussetzungen, S. 8. Der Artikel war bereits Anfang 1941 erschienen in: Weltkampf 18 (1941) 1/2, S. 52-63.
- 28 Ebenda, S. 2.
- 29 Schlaak, Das Wetter in Berlin, S. 182.
- 30 Dies ist dokumentiert in einem Schreiben der Gestapo Prag vom 20. August 1943, in dem es um den Verbleib konfiszierter Möbel geht, die nach Berlin abtransportiert wurden und die «in Wannsee für die Einrichtung eines Gästehauses des Reichssicherheitshauptamtes Verwendung gefunden» hatten, StA Prag, UPR-ST-AMV 109, Karton 160, Sign. 109-12-140.
- 31 Befehlsblatt des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD 2, Nr. 45 (15.11.1941), S. 253.

- 32 Protokoll der Vernehmung Adolf Eichmanns, 5.7.1960, abgedruckt bei: Kampe/Klein (Hrsg.), Die Wannsee-Konferenz, S. 88.
- 33 Regierungsneubildung im Protektorat Böhmen und Mähren, in: Völkischer Beobachter, 21.1.1942.
- 34 Schreiben von Heydrich an Luther, 26.2.1942, PA AA, R 100857, Bl. 165.
- 35 Protokoll der Besprechung über die Endlösung der Judenfrage, 15 Seiten (Bl. 166-180), <http://www.ghwk.de/ghwk/deut/protokoll.pdf> (28.11.2016).
- 36 Vgl. das Einladungsschreiben und die mit Begleitbrief von Eichmann am 3.11.1942 übersandte Besprechungsniederschrift, PA AA, R 100 857, Bl. 127 f. Zur Besprechung vgl. Jasch, Staatssekretär Wilhelm Stuckart, S. 330 f.; Essner, Die «Nürnberger Gesetze», S. 434-442.
- 37 Der Soziologe Bauman hat den Genozid an den europäischen Juden in den Kontext der Moderne gestellt, da er inmitten einer modernen, rationalen Gesellschaft konzipiert und von einer «Bürokratie in Reinkultur» durchgeführt wurde. Vgl. Bauman, Dialektik der Ordnung, S. 10 und 31.
- 38 Vgl. Goeschel, Selbstmord.
- 39 Nazi Jewish Files Found. Papers Confirm Aim to Exterminate People in Europe, in: New York Times, 21.8.1945, abgedruckt bei: Kampe/Klein (Hrsg.), Die Wannsee-Konferenz, S. 60 f.
- 40 Protokoll der Vernehmung Friedrich Wilhelm Kritzingers, 5.3.1947, IfZ, ZS 988-2.
- 41 In einem «Statement on the Extension of the «Ministries Case to Include some Additional High Nazis Responsible for the Extirpation of Jews» vom 20. November 1947 hatte sich der World Jewish Congress (WJC) vergeblich dafür eingesetzt, den Kreis der Angeklagten auf weitere Teilnehmer der Wannsee-Konferenz – Neumann, Leibbrandt, Hofmann (hier Hoffmann) und Kritzinger – und, soweit möglich, auf zwei Mitarbeiter Eichmanns – Krumei und Girzick (hier Girzik) – auszudehnen. In dieser Stellungnahme wies der WJC daraufhin, dass Stuckart als einziger Konferenzteilnehmer in Nürnberg angeklagt werde, obgleich sich auch andere Teilnehmer in US-amerikanischem Gewahrsam (Krumei in britischem) befänden. Da die US-Behörden sich entschlossen hätten, die Verfolgung von Kriegsverbrechern mit dem Wilhelmstrassenprozess abzuschließen, biete der Fall Nr. 11 die einzige Gelegenheit, einen «major case of action by the U.S. authorities against the German initiators (and main culprits) of anti-Jewish action in all of Europe» zu schaffen. Um den Fall zu verfolgen «and to assist in the Jewish aspect of this extremely important case», entsandte der WJC einen eigenen Vertreter nach Nürnberg. Records of the WJC, Jacob Rader Marcus Center of the American Jewish Archives, [http://www.trumanlibrary.org/whistlestop/study\\_collections/nuremberg/documents/index.php?page-number=1&documentdate=1947-11-20&documentid=C194-3-6&studycollectionid=nuremberg](http://www.trumanlibrary.org/whistlestop/study_collections/nuremberg/documents/index.php?page-number=1&documentdate=1947-11-20&documentid=C194-3-6&studycollectionid=nuremberg) (21.9.2016).
- 42 Vgl. Eidesstattliche Versicherungen Gerhard Klopfers vom 16.12.1947 und vom 12.6.1948, BArch 99 US 7, Fall XI, 871, Bl. 44-54; Verhör mit Otto Hofmann am 7.1.1948 vor dem Militärgerichtshof Nr. 1 im Fall VIII, BArch 99 US 7, Fall XI, 871, Bl. 62-68; die eidesstattlichen Versicherungen Georg Leibbrandts vom 4.6.1948, BArch 99 US 7, Fall XI, 871, Bl. 55-58 und Erich Neumanns vom 29.6.1948, BArch 99 US 7, Fall XI, 874, Bl. 34-37 sowie die Einlassungen Stuckarts im Wilhelmstrassenprozess, BArch NL Stuckart, N 1292/125. Siehe auch Essner, Die «Nürnberger Gesetze», S. 414 f.
- 43 Nuremberg Terms run 4 to 25 years, in: New York Times, 15.4.1949.
- 44 Vgl. den Beitrag von Isabel Heinemann in diesem Band.
- 45 Abschrift eines Schreibens des Staatsanwalts an den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht, 23.1.1957, LAB, B Rep. 058, 4481.
- 46 Kühling, Streit um das «Haus der Endlösung»; Frei, Karrieren im Zwielicht.
- 47 Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord.

# Die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz im Blick der Forschung<sup>1</sup>

## I.

■ Seitdem das Protokoll 1947 entdeckt wurde, galt die Wannsee-Konferenz für die breite Öffentlichkeit als derjenige Punkt, an dem die Entscheidung zur Ermordung des europäischen Judentums fiel. Es ist jedoch unter Historikern seit Langem unumstritten, dass der Konferenz mit Blick auf den Zeitpunkt des Treffens und den Kreis der Eingeladenen keine derart grundlegende Bedeutung zugeschrieben werden kann. Das Protokoll ermöglicht allerdings aufschlussreiche Einsichten in eine entscheidende Phase der NS-Politik, in der ein europaweites Mordprogramm konkrete Gestalt annahm und ein globales Vernichtungsprogramm ins Auge gefasst wurde. Ausserdem markiert die Konferenz einen deutlichen Geländegewinn der SS im Konkurrenzkampf um die Kontrolle der «Judenangelegenheiten», der Ende der 1930er-Jahre innerhalb der NS-Hierarchie entbrannt war.

Besonders bemerkenswert an dem Treffen war der Kontrast zwischen der Verhandlung eines Genozides einerseits und dem eleganten Ambiente, der protokollarischen Form und (soweit wir wissen) den kollegialen Freundlichkeiten unter den Teilnehmern andererseits. Betrachtet man die beiden Doku-Dramen über die Wannsee-Konferenz, so scheint deren faszinierendster Aspekt tatsächlich das Aufgebot erwachsener Männer von Rang und Würde gewesen zu sein – einige steif und kultiviert, andere eher vulgär und aggressiv –, die das Völkermordprojekt über den Konferenztisch hinweg debattierten. Vor diesem Hintergrund ist es auf den ersten Blick überraschend, dass der vorliegende Band den ersten gebündelten, umfassenden biografischen Ansatz zu den Teilnehmern präsentiert.<sup>2</sup> Hieran zeigt sich freilich der grundlegende Wandel, den die Forschung der NS-Zeit und des Holocaust im Laufe der letzten ein bis zwei Jahrzehnte erfahren hat. Der vorliegende Beitrag skizziert diesen Wandel, um anschliessend einige Betrachtungen über die Herausforderungen von Täterbiografien anzustellen.

## II.

Es mag verwundern, dass Täterbiografien erst in den letzten Jahrzehnten ein Grundelement der Holocaust-Forschung geworden sind. Schliesslich waren die Nachkriegsgesellschaften in und ausserhalb Deutschlands deutlich stärker von den führenden Nationalsozialisten fasziniert als von den Protagonisten irgendeiner anderen Diktatur. Die Biografien von üblen Anhängern des Nationalsozialismus, von schneidigen, jedoch makelbehafteten Generälen, und natürlich von Hitler, Hitler und wiederum Hitler hatten zunächst stets einen sicheren Platz in den Regalen der Buchhandlungen. Das Leben der Derschkinskis und Berias aus Stalins Herrschaftskreis hingegen übte, wenn überhaupt, deutlich weniger Faszination aus.

Trotz des öffentlichen Interesses haben sich die Berufshistoriker das Genre der Biografie nur zögerlich angeeignet. Abgesehen von einigen grundlegenden wissenschaftlichen Hitler-Biografien verfassten bis in die 1980er-Jahre meist Aussenseiter die Lebensbeschreibungen von Nationalsozialisten, die die Öffentlichkeit in ihren Bann zogen. Selbst einige herausragende Arbeiten, die die Wissenschaft beeinflussten und die trotz mancher Unzulänglichkeiten weiterhin lesenswert sind – Hannah Arendts Bericht über Eichmann, Sebastian Haffners kurze, gleichwohl aufschlussreiche Hitler-Biografie oder Gitta Serenys Begegnung mit Franz Stangl, um nur einige Beispiele zu nennen –, stammen von Nicht-Historikern oder Publizisten ausserhalb des Universitätsbetriebs.<sup>3</sup>

Dies hatte mehrere Gründe: Zum einen dauerte es bekanntlich eine ganze Weile, bis die akademische Beschäftigung mit der NS-Zeit überhaupt begann und sich die Geschichtswissenschaft in Deutschland, wenn auch zögerlich, mit dem Holocaust befasste. Zum anderen sind biografische Ansätze nur dann von Nutzen, wenn zwei Voraussetzungen gegeben sind: Erstens müssen Historiker davon überzeugt sein, dass die Fokussierung auf bestimmte Personen des NS-Regimes zu einem wissenschaftlichen Ertrag führt. Zwar herrschte weitgehend Einigkeit darüber, dass Hitler Deutschland, Europa und der Welt seinen verheerenden Stempel aufgedrückt hatte. Wie aber verhielt es sich mit den Männern der unteren Hierarchien? Zweitens lohnte die Beschäftigung mit Biografien nur, wenn die Forschenden der Auffassung waren, dass den Protagonisten als Individuen grössere Bedeutung zukam als den Ämtern, die sie innehatten, dass beispielsweise aus ihrem persönlichen Lebenslauf Wesentliches und Spezifisches in ihre Tätigkeit einfluss. Bis vor nicht allzu langer Zeit schienen für die meisten Historiker diese beiden Voraussetzungen nicht gegeben gewesen zu sein. Hinzu kam, dass in der späteren Nachkriegsphase der Einfluss sozialwissenschaftlicher Ansätze wuchs. Dies führte dazu, dass die Geschichtswissenschaft die herkömmliche Betonung auf die

«grossen Männer der Geschichte» verwarf und sozialen Strukturen den Vorrang einräumte. Biografien gerieten ausser Mode.

Was die Geschichte des «Dritten Reiches» betrifft, reichte die Hervorhebung gesellschaftlicher Kräfte allerdings nie als alleinige Erklärung für die Irrationalität und Zerstörungswut des NS-Regimes aus. Bei allem Zweifel an den Theorien über die Zentralität «grosser Männer» stellten nur wenige Historiker Hitlers wegweisende Rolle bei der Ausgestaltung der verbrecherischen Diktatur infrage. Im Hinblick auf seine Untergebenen war man allerdings kaum bereit zu glauben, dass sich ihren Vorstellungswelten oder Biografien viel entnehmen liesse. Dies war umso mehr der Fall, da die meisten Historiker dazu tendierten, in Begriffen von berechenbaren gesellschaftlichen Interessen zu denken. Die NS-Politik erschien ihnen vollkommen irrational, so dass die Annahme, eine breite Schicht intelligenter Männer habe sich diese Politik aktiv und rational zu eigen gemacht, wenig Sinn ergab. Eine Verstrickung in das mörderische und letztlich selbstmörderische Projekt der Nationalsozialisten wurde deshalb mit dem Verweis auf die deformierten politischen Strukturen und Prozesse des Dritten Reiches erklärt.

Den sogenannten Intentionalisten ging es ausschliesslich um Hitler. Seine grössenwahnsinnigen Ideen hätten sich unter den Funktionären verbreitet, die ihrerseits der Zauberspruch der autoritären Herrschaft in Bann gezogen habe: drei Teile Verführung, zwei Teile Terror und ein Teil Routine. Die sogenannten Strukturalisten gestanden der Tatkraft und dem Konkurrenzstreben der zweiten und dritten Riege der Nationalsozialisten mehr Bedeutung zu. Diese hätten sich rücksichtslos und intrigant ihren Weg nach oben gebahnt, indem sie Hitlers Agenda noch radikalisierten.<sup>4</sup> Hitler stand damit nicht mehr allein im Fokus der Betrachtungen. Aber wie die zwei Bezeichnungen für diese eine Interpretationsschule – «Strukturalisten» und «Funktionalisten» – bekunden, war den unverwechselbaren Beiträgen oder den Ideen einzelner Personen viel weniger Bedeutung zugeordnet als der verhängnisvollen Dynamik eines unausgewogenen Systems. Für den Bestand dieses Systems hätte bis zum bitteren Ende die zentripetal wirkende Kraft von Hitlers unangreifbarem Status gesorgt. Zugleich aber hätte die Zentrifugalkraft der ungezügelten Konkurrenz seiner Untergebenen das System in sich immer wilder und destruktiver drehende Kreise verwickelt. Ende der 1960er- und in den 1970er-Jahren konzentrierten sich die historischen Debatten auf immer feiner gerasterte Darstellungen des Entscheidungsprozesses zum Genozid. Man stritt darüber, ob Hitler metaphorische Mordtelegramme versandt oder nur metaphorische Fahnen geschwenkt habe. Ulrich Herbert hat darauf hingewiesen, dass diese Fokussierung auf den Entscheidungsprozess den Verlust einer vormaligen Einsicht über die Bedeutung

der intellektuellen und geistigen Welt der Eliten für den Nationalsozialismus mit sich gebracht habe.<sup>5</sup> Die Protagonisten blieben in den Debatten blasse Chiffren, gleichsam Bauern, Springer und Türme in einem tödlichen Schachspiel.

### III.

In der weiteren Entwicklung der Geschichtsschreibung bis in die 1990er-Jahre bemühten sich Historiker, die Bedeutung der Wannsee-Konferenz in den mühsam rekonstruierten Entscheidungsprozess zur «Endlösung» einzuordnen.<sup>6</sup> Laut Protokoll war die Versammlung einberufen worden, um einige grundlegende Fragen zur Organisation des Genozid-Programms zu beantworten. Freilich liess sich diese angekündigte Begründung der Konferenz nur schwerlich mit dem damaligen Stand des historischen Wissens zum Entscheidungsprozess in Einklang bringen. Je mehr die Geschichtswissenschaft zu der Überzeugung gelangte, Hitler habe vermutlich im Sommer 1941 die Entscheidung zur «Endlösung» getroffen, umso weniger ergab die im Protokoll vermerkte Behauptung Sinn, dass die Besprechung der Staatssekretäre am 20. Januar 1942 die vorläufigen Grundlagen für einen noch zu entwickelnden Gesamtplan habe schaffen sollen. Im Rahmen des umfangreichen Rätsels des Holocaust galt das Treffen daher bis in die 1990er-Jahre in gewissem Sinne als besondere Denkaufgabe. Nicht von ungefähr konnte Eberhard Jäckel noch 1995 schreiben: «Das Merkwürdigste an der Wannsee-Konferenz ist, dass man nicht weiss, warum sie stattgefunden hat.»<sup>7</sup>

Die Lektüre geschichtswissenschaftlicher Arbeiten zur Konferenz aus den 1970er- und 1980er-Jahren zeigt, dass die Dominanz Hitler-bezogener oder strukturalistischer Ansätze nicht ausschliesst, dass Historiker die Rolle bestimmter Personen der NS-Führungsebene unter die Lupe nahmen. In der Frage, ob die Befehle Hitlers oder die von Konkurrenz getriebenen Eigeninitiativen seiner Untergebenen entscheidend waren, wurden häufig, um die Argumentation zu stützen, die Handlungen bestimmter Funktionsträger des Regimes angeführt. Mit Blick auf Wannsee wurden individuelle Initiativen umso stärker betont, je unklarer Sinn und Funktion der Konferenz erschienen. Die Person Heydrichs nahm in diesem Kontext fast zwangsläufig eine Schlüsselrolle ein. Schliesslich handelte es sich eindeutig um eine von ihm organisierte Veranstaltung.

In der frühen Nachkriegszeit sah man in Heydrich das böse Genie, auf dessen Schultern sich sein nachgiebiger Chef Himmler gestützt habe. Wie Robert Gerwarth kürzlich darlegte, hatte sich diese Überbewertung von Heydrichs Bedeutung gegenüber Himmler schon während des Krieges abgezeichnet. Damals konzentrierte das britische SOE (Special Operations Executive) Energien und Hoffnungen in beträchtlichem Mas-

se auf die Ermordung Heydrichs. In Wirklichkeit führte Heydrichs Tod im Mai 1942 aber zu einer Reihe von Entscheidungen Himmlers, die das Tempo des Mordens auf schreckliche Weise beschleunigten.<sup>8</sup> Spätere Studien tendierten zwar weniger dazu, Himmler zu unterschätzen, dennoch interpretierten sie das Treffen am Wannsee auf eine Art und Weise, die Heydrichs eigene Ziele in den Vordergrund stellte. In der Darstellung der Konferenz, die Helmut Krausnick 1965 in seiner einflussreichen Arbeit über die Ursprünge der «Endlösung» vorlegte, traten andere Protagonisten kaum in Erscheinung, wenn sie überhaupt Erwähnung fanden.<sup>9</sup> Je mehr man die Konferenz als vom eigentlichen Entscheidungsprozess abgelöst sah, umso mehr deutete man sie als machttaktischen Zug Heydrichs. Ganz in diesem Sinne bewertete Wolfgang Scheffler Heydrichs Position Ende 1941 als bedroht. Himmler erweiterte zusehends die Aufgaben der SS-Kräfte, die nicht dem Reichssicherheitshauptamt (RSHA) unterstanden, insbesondere der regionalen SS- und Polizeiführer und der Inspektion der Konzentrationslager (IKL) bzw. des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes der SS (WVHA) unter der Leitung von Oswald Pohl.<sup>10</sup> Vor diesem Hintergrund habe das Treffen am Wannsee Heydrich die Möglichkeit geboten, seine eigene Bedeutung zu demonstrieren, indem er die Repräsentanten der zivilen Verwaltung in seine Pläne einband. Ganz anders Eberhard Jäckel, für den Heydrich eine im Aufstieg begriffene Führungsfigur war: Neben seinen Zuständigkeiten in Himmlers Herrschaftsbereich konnte Heydrich angesichts seiner neuen Aufgabe als stellvertretender Reichsprotector von Böhmen und Mähren endlich aus Himmlers Schatten heraustreten und seine Geltung zur Schau stellen.<sup>11</sup> Beide Interpretationen rückten die Bestrebungen des machthungrigen Untergebenen in den Vordergrund und sahen dabei den im Protokoll genannten Zweck des Treffens eher als Vorwand.

In den Augen der breiten Öffentlichkeit ist die Konferenz bis heute untrennbar auch mit Adolf Eichmann verbunden, dessen 1961 in Jerusalem vorgetragene Aussage die Besprechung am Wannsee international bekannt machte. Dass Eichmanns Bedeutung für die Besprechung überbewertet wurde, war eine der ironischen Folgen des Gerichtsverfahrens. Eigentlich hatte Eichmann den Stellenwert der Konferenz betont, um seine eigene Rolle herunterzuspielen. Er wollte zeigen, dass am Wannsee zivile Entscheidungsträger das Mordprogramm auf eine Art und Weise befürwortet hatten, die sogar Heydrich positiv überraschte. Eichmann wollte sich damit als schlichten Handlanger eines Plans präsentieren, der sich hoher Zustimmung erfreute. Durch den Prozess erlangte Eichmann weltweit Bekanntheit, die durch irreführende Berichte wie Robert Kempners «Eichmann und Komplizen», die ihn zum Dreh- und Angelpunkt der Veranstaltung machten, weiter aufgebauscht wurde. Dies bewirkte das Gegenteil dessen,



was Eichmann mit seiner Aussage beabsichtigt hatte.<sup>12</sup> Für die meisten Historiker stand allerdings weiterhin fest, dass Eichmann bei Weitem die niedrigste Position unter allen Anwesenden einnahm. Er konnte organisatorische Unterstützung leisten, verfügte jedoch weder über institutionelle noch über persönliche Durchsetzungskraft.

Nicht zuletzt aufgrund der schlechten Quellenlage war es schwierig, die Rolle der übrigen Teilnehmer zu bewerten. Eine stenografische Originalmitschrift der Konferenz ist nicht überliefert. Das von Eichmann für Heydrich erstellte Ergebnisprotokoll mag zwar tendenziös und selektiv gewesen sein, aber nicht so weit unhaltbar, als dass es einen Protest hervorgerufen hätte, der dann auch Eingang in die Akten fand. Das Protokoll selbst ist eine ausführliche Niederschrift eines Vortrags von Heydrich mit einigen wenigen Einwüfen anderer Teilnehmer. Die meisten Teilnehmer sind lediglich als anwesend verzeichnet, ansonsten tauchen sie im Protokoll nicht auf. Historiker haben diese karge Quelle mit Dokumenten ergänzt, die über andere Treffen zu verwandten Themen vor und nach der Konferenz berichten. Auch sind einige Unterlagen der teilnehmenden Ministerien erhalten geblieben, die uns einen Eindruck von deren Zielen vermitteln. Ferner gibt es Zeugenaussagen aus der allerersten Zeit nach dem Krieg. Zu nennen sind hier vor allem die Aussagen bei Befragungen, die die Amerikaner im Zusammenhang mit dem sogenannten Wilhelmstrassen-Prozess durchführten. Des Weiteren liegen u. a. die 1961 verfassten Memoiren von Bernhard Lösener sowie Eichmanns Autobiografie «Götzen» und seine Aussage in Jerusalem vor.<sup>13</sup>

Auf dieser Grundlage bedachten die Darstellungen der Konferenz bis in die 1990er-Jahre drei weitere Personen einer gewissen Aufmerksamkeit. Unabhängig davon, worum es am Wannsee eigentlich ging, sind sich Historiker einig, dass Heydrich tatsächlich versucht hatte, die Befugnisse der SS auf Kosten anderer Regierungsstellen auszuweiten. Er hatte dabei vor allem die zivilen Ministerien im Blick, die sich weiterhin mit «Judenfragen» befassten, und zwar insbesondere mit der Stellung jüdischer «Mischlinge» und mit Juden in «Mischehen». Das betraf vor allem das Reichsministerium des Innern, das Reichsjustizministerium und die Reichskanzlei. Hierbei waren einige Historiker der Auffassung, dass Wilhelm Stuckart vom Reichsministerium des Innern und Friedrich Wilhelm Kritzinger von der Reichskanzlei Heydrichs Bestrebungen entgegenwirkt hätten.<sup>14</sup> Belege für den Konflikt zwischen den Ministerien finden sich in den Aufzeichnungen zu den verschiedenen Treffen von Vertretern der Reichsministerien und des RSHA zwischen 1941 und 1942 sowie in Nachkriegsaussagen. Wir wissen, dass sich das Reichsministerium des Innern und die Reichskanzlei den Plänen gegen die jüdischen «Mischlinge» widersetzen, während das Reichsjustizministerium wiederum zögerte, den Zwangsscheidungen von «Mischehen» zuzustim-

men. Die einzige Intervention, die das eigentliche Wannsee-Protokoll von einem Vertreter dieser Institutionen verzeichnet, kam in Form eines bemerkenswerten Vorschlags von Stuckart. Dieser regte an, die «Mischlinge 1. Grades» (d.h. Menschen mit zwei jüdischen Grosseltern) nicht in die «Endlösung» einzubeziehen, sondern zu sterilisieren und Zwangsscheidungen aller «Mischehen» vorzunehmen.

Wie interpretierten also Historiker die Rolle der Ministeriumsvertreter am Wannsee? Für Uwe Dietrich Adam, Hans Mommsen und Dieter Rebenitsch war es vor allem die Reichskanzlei, die bestrebt war, radikale Massnahmen gegen die verbliebenen geschützten jüdischen Gruppen abzuwenden.<sup>15</sup> Hans Heinrich Lammers, der Minister, habe 1942 durch Lavieren versucht, die Entscheidung über neue Richtlinien zu verhindern. (Was die «Mischlinge» letztendlich vor ihrer systematischen Vernichtung schützte, war allerdings Hitlers Zögern, da er befürchtete, Mordaktionen könnten möglicherweise die Kriegsmoral der Deutschen beeinflussen und die Kirchen weiter entfremden.) Kritzinger, Lammers' rechte Hand und auf der Konferenz Repräsentant der Reichskanzlei, schien sich als wichtiger Fürsprecher des Versuchs, radikale Pläne auf die lange Bank zu schieben, hervorzutun. Die Offenheit, mit der sich Kritzinger nach dem Krieg zur Konferenz äusserte, unterschied sich deutlich von der Haltung aller übrigen Teilnehmer, die von den Alliierten befragt wurden. Historiker sahen ihn daher als pflichtbewussten und aufrechten Staatsdiener, dessen Hauptschuld lediglich darin bestanden habe, nicht offen gegen die vielen Massnahmen Stellung bezogen zu haben, an denen die Reichskanzlei beteiligt war.<sup>16</sup>

Zwiespältiger fiel die Bewertung von Stuckart (Reichsministerium des Innern) aus. Besonders stark zweifelte Rebenitsch dessen angebliche oppositionelle Haltung an.<sup>17</sup> Die meisten Historiker, wie Adam, waren wohlmeinender. Dafür sorgte nicht zuletzt ein Bericht von Bernhard Lösener, seinerzeit Leiter der «Judenabteilung» in Stuckarts Behörde. Veröffentlicht wurde Löseners Darstellung 1961 in den Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte von Walter Strauss, der von 1949 bis 1963 Staatssekretär im Bundesjustizministerium war. Strauss wollte einem anderen früheren Kollegen von Stuckart und Lösener helfen: Hans Globke, der inzwischen Adenauers Bundeskanzleramt leitete und aufgrund seiner Beteiligung an antijüdischen Gesetzen und Massnahmen in der NS-Zeit von einem DDR-Gericht in Abwesenheit verurteilt worden war. Löseners Bericht zufolge war Stuckart bestrebt, die radikalsten Pläne abzuwehren. Seinen Sterilisationsvorschlag nahm man als taktischen Rückzug, der in dem Bewusstsein geäussert worden sei, er würde sich in Wirklichkeit als undurchführbar erweisen.<sup>18</sup>

In der Rückschau fällt bei diesen Arbeiten aus den 1960er- und 1970er- Jahren auf, wie sehr sogar couragierte und wegweisende deutsche Historiker geneigt waren, zwei-

felhaften Nachkriegsaussagen Glauben zu schenken. Das gilt für Rebenitschs Bewertung der Aussagen von Lammers in Nürnberg, für Mommsens Einschätzung der Nachkriegsaussage von Kritzinger und für Adams Beurteilung der veröffentlichten Darstellung von Lösener.<sup>19</sup> Zwar war diesen Historikern durchaus bewusst, dass die Ministerien bei ihrem angeblichen oder tatsächlichen Widerstand gegen die Vorstösse der SS nicht nur von etwaigen moralischen Erwägungen geleitet wurden. Wie Lösener erklärt hatte, gab es zwischen den Institutionen beträchtliche Eitelkeiten. Für das Innen- und das Justizministerium hätten Zugeständnisse angesichts ihrer beanspruchten Vorrechte in der «Mischlings-» oder «Mischehefrage» erhebliche Macht- und Geltungseinbussen gegenüber den ehrgeizigen Männern in Heydrichs Herrschaftsbereich bedeutet. Gleichwohl hielten auch die besten Arbeiten der damaligen deutschen Geschichtsforschung an der Auffassung fest, dass die letzten Spuren des Anstands nicht aus den Ministerien verschwunden waren. Es ergab sich das Bild eines Kampfes zwischen einem Ethos, das in der traditionellen Beamtenschaft (insbesondere in der Reichskanzlei) fortbestand, und dem Geist, der in der SS und bei den Parteiradikalen vorherrschte. Diese Wahrnehmung spiegelt sich auch in den beiden Filmen über das Ereignis wider. Beide zeigen bezüglich der «Mischlingsfrage» eine Pattsituation zwischen Stuckart und Heydrich sowie einen bestürzten oder zaudernden Kritzinger, unglücklich über die Ambitionen des aggressiven Heydrich.

Weit weniger geneigt, im Zweifelsfall zugunsten der Ministeriumsvertreter zu entscheiden, waren geschichtswissenschaftliche Aussenseiter wie der deutschpolnische Autor jüdischer Herkunft Joseph Wulf<sup>20</sup> oder Historiker aus dem Ausland. In seiner bahnbrechenden Geschichte zur Vernichtung der europäischen Juden zeichnete Raul Hilberg die Wannsee-Konferenz als ein beredtes Zeugnis für die Sorgfalt und Umsicht, die alle massgeblichen Institutionen an den Tag legten, um die Hindernisse für den Holocaust zu beseitigen.<sup>21</sup> In seinen Augen handelte es sich bei der Zusammenkunft um eine Problemlösungsübung, bei der eine Reihe intelligenter und pflichtbewusster Männer die Webfehler des Vernichtungsplans ausbesserte. Hilberg liess daher die Unterschiede zwischen den verschiedenen Behörden weitgehend ausser Acht, was Rebenitsch wiederum kritisch kommentierte.<sup>22</sup>

Vernichtend fiel Christopher Brownings Darstellung von Martin Luther aus, der am Wannsee das Auswärtige Amt vertrat. Browning konnte zeigen, wie ehrgeizige Gestalten danach strebten, ihr Renommee zu steigern, indem sie die Fahne des mörderischen Antisemitismus hochhielten. Luther war vor seinem Eintritt in das Auswärtige Amt Geschäftsmann gewesen. Browning zufolge hatte er sich seinen Platz am Konfe-

renztisch unter anderem mit der radikalen Haltung verdient, die er im Herbst 1941 gegenüber den Juden in Serbien eingenommen hatte. Als im Auswärtigen Amt ein Ersuchen eingegangen war, jüdische Männer in Serbien vor den Tötungen durch die Wehrmacht zu schützen, wies Luther dieses Ansinnen zurück und zeigte sich als ein erklärter Befürworter der Morde.<sup>23</sup> Browning betonte, dass Luthers Chef Ribbentrop später auf ähnliche Weise dem Druck der Radikalisierung in «Judenangelegenheiten» nachgab, um die Geltung des Auswärtigen Amtes sicherzustellen. Browning räumte also institutionellen Zwängen Vorrang gegenüber einem tief verwurzelten Antisemitismus ein und bewegte sich insofern auf dem Terrain der deutschen Funktionalisten.

#### IV.

Seit den 1980er-Jahren lässt sich ein Wandel in der geschichtswissenschaftlichen Perspektive auf die NS-Rassenpolitik und den Genozid feststellen. Die Forschung befasste sich nun zunehmend mit dem Diskurs und den Zielen der Rassenpolitik. Dabei setzte sich die Überzeugung durch, dass nicht allein irrationale Befehle oder Machtgier die Protagonisten angetrieben hatten, sondern dass sie ihr Handeln durchaus für sinnvoll hielten. Die Wende bei den wissenschaftlichen Studien begann mit der «Entdeckung» einer beträchtlichen Anzahl von Experten und berufsständischen Eliten, die die NS-Tötungspolitik vorwegnahmen oder sich als Mitarbeiter in den Dienst des Regimes stellten. Unter ihnen waren «Rassenkundler», Demografen, Geografen und Mediziner. Götz Aly und andere nahmen weite Teile berufsständischer Eliten ausserhalb von NSDAP und Polizeiapparat in den Blick und konnten darlegen, dass eine wissenschaftliche Ausbildung keinen Schutz gegen die mörderischen NS-Projekte bot, sondern sich als überraschend kompatibel mit den Zielen der Nationalsozialisten erwies.<sup>24</sup>

Mit der Öffnung der ehemals sowjetischen sowie der osteuropäischen Archive in den 1990er-Jahren zeigte eine neue Historikergeneration Interesse an den zentralen Akteuren im NS-Politik- und Polizeiapparat. Nicht zuletzt dank des Einflusses von Christopher Brownings bahnbrechender Studie «Ordinary Men (dt.: «Ganz normale Männer») setzte gleichzeitig eine umfassende Nutzung des riesigen Fundus von deutschen Gerichtsakten ein, die von der Forschung allzu lange vernachlässigt worden waren.<sup>25</sup> Auf der Grundlage dieser neuen Quellen konzentrierten sich einige Historiker auf gewisse Institutionen, auf Untergliederungen der SS, regionale Dienststellen von Gestapo und Ordnungspolizei usw. Andere hingegen betrachteten die Entwicklung und Durchsetzung der Rassenpolitik in verschiedenen Ländern. Besondere Aufmerksamkeit fanden die osteuropäischen und sowjetischen «Bloodlands» (Timothy Snyder), wo

der Massenmord zum Genozid wurde. Forscher befassten sich weiter mit einzelnen Gerichtsverfahren sowie mit fotografischen Dokumentationen von Gewalt oder mit Aussagen von Opfern. Angeregt durch die wegweisenden Arbeiten von Browning und des israelischen Forschers Omer Bartov untersuchte eine wachsende Zahl von Autoren zudem in Lokalstudien die Gewalt auf der untersten Ebene des NS-Regimes.<sup>26</sup>

Das Ergebnis dieses explodierenden Interesses an der Mitverantwortung war eine Reihe exzellenter biografischer Studien zu Tätern auf allen Befehlsebenen.<sup>27</sup> In den letzten Jahren entstanden mehrere Untersuchungen zu Täterinnen sowie zu den nicht-deutschen Kollaborateuren am Morden. Im Zuge von Raul Hilbergs Publikation «Perpetrators, Victims, Bystanders» aus dem Jahr 1992 (dt.: «Täter, Opfer, Zuschauer») ist schliesslich ein jüngerer Forschungstrend zu nennen, der die frühere, klare Grenzziehung zwischen direkter Täterschaft und einer gesamtgesellschaftlichen Beteiligung der deutschen Bevölkerung mehr und mehr verwischt.<sup>28</sup>

Wenn diese Arbeiten etwas eint, dann ist das zunächst die Ausweitung des Personenkreises, von dem man annahm, dass er auf irgendeine Weise in die Morde verstrickt gewesen sei. Über die erwähnten Berufsgruppen und weite Teile der Polizei hinaus wurde nun auch der Wehrmacht die Beteiligung an Gräueltaten und an massenhaften Tötungen von Zivilisten nachgewiesen. Zweitens war bei vielen dieser Arbeiten die These leitend, dass sich die Ausführenden der NS-Rassenpolitik und des Genozids mit Überzeugung und Eigeninitiative an den Verbrechen beteiligt hatten. Eindeutiges Kennzeichen des Wandels, der sich nun abzeichnete, war das Verschwinden des Begriffs «Funktionär». Bis in die 1980er-Jahre war er für den wissenschaftlichen Diskurs charakteristisch gewesen und wurde nun durch den des «Täters» ersetzt. Dies implizierte, dass wesentlich mehr Menschen als bisher angenommen nicht nur die Verantwortung, sondern auch den Vorsatz für die von ihnen verübten Verbrechen teilten.<sup>29</sup> Als sich die Täterforschung zu einer eigenen Subdisziplin entwickelte, wurde ihr der Konsens zu eigen, dass die gesamte Hierarchiekette über einen beunruhigenden Handlungsspielraum für individuelle Entscheidungen, Initiativen und Aktivitäten verfügt hatte.<sup>30</sup> Bezüglich der NS-Verbrechen hatte die Rechtsprechung überraschend früh nach dem Krieg festgestellt, dass die deutschen Diener des NS-Staates nicht die Rechtfertigung für sich in Anspruch nehmen konnten, sie hätten unter Zwang gehandelt. Entschieden verschob jetzt die Geschichtswissenschaft ihr Hauptaugenmerk von Befehl auf Initiative. Neil Gregor nannte dies die «voluntaristische Wende».<sup>31</sup>

Handlungsspielraum und Eigeninitiative variierten zweifelsohne je nach Institution oder Hierarchieebene. So konnten beispielsweise auf der allerhöchsten Führungsebene

der SS einzelne Akteure beträchtlichen Einfluss auf die Ausgestaltung und das Tempo der NS-Politik nehmen. Die niedrigeren Ränge hatten nur eingeschränkte Möglichkeiten, den Gang der Ereignisse selbstständig zu beeinflussen. Allerdings waren der Elan und die Bedenkenlosigkeit ganzer Gruppen von begeisterten Männern von prägender Triebkraft für die NS-Mordmaschinerie.

Für einige Historiker offenbarte die Bereitschaft der Eliten, die Vernichtungspolitik zu konzipieren, sie zu befürworten und schliesslich auch auszuführen, letztlich das mörderische Potenzial des modernen Staates. Dies galt zweifelsohne für die erste Welle der Arbeiten aus den späten 1980er- und frühen 1990er-Jahren. In deren Fokus standen die berufsständischen Eliten, die in die «Euthanasie»-Politik oder in mörderische demografische Planungen verwickelt waren. Götz Aly, Susanne Heim und andere betonten die professionelle Rationalität und fachliche Logik dieser «Architekten der Vernichtung». Sie wiesen damit eine ältere Sichtweise zurück, der zufolge die Rassenpolitik des NS das irrationale Hirngespinnst eines kleinen Kreises völkischer Fantasten gewesen sei.<sup>32</sup>

Ab Mitte der 1990er-Jahre hat jedoch das Erklärungsmodell einer auf kalter Rationalität beruhenden Moderne viel an Boden verloren. Zweifelsohne geschah dies unter dem Einfluss der Erfahrung eines neuerlichen gewalttätigen ethnischen Nationalismus auf dem Balkan. Nunmehr bezog sich die Forschung auf charakteristische rassistisch-nationalistische Ideen, die in Teilen der deutschen Gesellschaft in der Zwischenkriegszeit hatten Fuss fassen können. Galten die Protagonisten allzu lange schlicht als pflichtbewusste Untergebene oder ehrgeizige Karrieristen, verfolgten die Forscher nunmehr die Triebkräfte der NS-Rassenpolitik bis zu einer breiten Schicht intelligenter junger Männer zurück, deren Weltbild sich bereits deutlich vor 1933 mit den Ideen der Nationalsozialisten deckte. Von tief greifendem Einfluss auf diesen Trend war Ulrich Herberts 1996 veröffentlichte Biografie über Werner Best, Heydrichs «rechter Hand».<sup>33</sup> Bests radikaler ethnischer Nationalismus hatte sich bereits in den 1920er-Jahren herausgebildet. Daneben lenkte Herbert die Aufmerksamkeit jedoch auch auf Bests Habitus und politischen Stil, der diese Philosophie als nüchternen Realismus (oder in Bests Diktion als «heroischen Realismus») verbrämte. Michael Wildt entwickelte dieses Modell später im Rahmen seiner Studie über SD und Reichssicherheitshauptamt («Die Generation des Unbedingten») weiter.<sup>34</sup> Herberts Konzept war für zahlreiche jüngere Untersuchungen richtungweisend, darunter auch Arbeiten mit direkter Bedeutung für die Wannsee-Konferenz.<sup>35</sup>

Als ich 2002 – zum 60. Jahrestag der Wannsee-Konferenz – meine kritische Synthese publizierte, waren die Ergebnisse dieser neuen Welle einer stärker täterorientierten Forschung bereits erkennbar, auch wenn einige der für die Beurteilung der Konfe-

renz wichtigen Biografien – zu Stuckart von Hans-Christian Jasch und zu Heydrich von Robert Gerwarth – erst später erschienen.<sup>36</sup> Offenkundig war damals, dass sich das Verständnis der Konferenz in drei Punkten verändert hatte: Erstens erschien der Zeitpunkt der Konferenz zunehmend plausibler. Es zeichnete sich immer deutlicher ab, dass sich im Herbst 1941 die «Endlösung» Schritt für Schritt als umfassende Mordpolitik herauskristallisiert hatte und dass diese Entwicklung nicht von einer klaren Entscheidung Hitlers im Sommer 1941 bestimmt worden war. Obwohl sich nicht ausschliessen lässt, dass es einen entsprechenden Befehl gegeben hatte, trugen die ergriffenen Beschlüsse wie auch die Probleme, denen sich Himmlers regionale Eliten in den Ostgebieten gegenübersehen, dazu bei, dass sich aus dem Massenmord in den besetzten Teilen der Sowjetunion etwas viel Umfassenderes herausbildete. Damit erscheint nicht nur die Terminsetzung der Konferenz verständlicher, sondern auch die Kompetenzstreitigkeiten werden erklärbarer, um deren Beilegung Heydrich bemüht war, als die Ausgestaltung der nationalsozialistischen «Judenpolitik» in diese entscheidende Phase trat. Es ist dabei unerheblich, ob man sich Christian Gerlachs Sichtweise anschliesst, dass Hitler Anfang Dezember 1941 eine Entscheidung bezüglich des Genozids an den Juden traf oder nicht.<sup>37</sup> Dank der Wiederentdeckung von Himmlers Terminkalender liessen sich Heydrichs Aktivitäten in den Zusammenhang einer Reihe von Treffen stellen, die Himmler zu etwa derselben Zeit organisierte. Unser Verständnis, dass die Konferenz während einer entscheidenden Phase der Koordinierung des Genozids stattfand, bestätigte sich hierdurch ein weiteres Mal.<sup>38</sup>

Ein zweiter Punkt ist gleichermassen bedeutsam. Der älteren Meinung zufolge bestand eine kulturelle Kluft zwischen den zivilen Dienststellen und denen von Partei und SS. Diese Annahme wurde durch ein wesentlich differenzierteres und fluideres Konzept von Ideennetzwerken ersetzt, die über institutionelle Grenzen hinausreichten. Die Vorstellung, furchtsame, gebildete Staatsdiener hätten sich SS-Verbrechern gegenübergesehen, konnte nicht länger aufrechterhalten werden. Die meisten der bestausgebildeten Männer am Tisch waren langjährige Nationalsozialisten. Manche von ihnen – wie Stuckart und Klopfer – bekleideten hohe SS-Ehrenränge. Von den acht Personen mit Dokortitel waren sechs entweder «Alte Kämpfer» der NSDAP (Freisler, Meyer, Stuckart) oder hatten schon weit vor 1933 enge Kontakte zur Partei unterhalten (Bühler, Schöngarth, Leibbrandt);<sup>39</sup> die zwei anderen waren schon viele Jahre vor der Machtübernahme in rechtsgerichteten, völkisch-nationalen Kreisen politisch aktiv gewesen: Rudolf Lange hatte der Burschenschaft Germania, Gerhard Klopfer dem Deutschen Hochschulring angehört<sup>40</sup> – ein deutlicher Beleg dafür, wie sehr radikale nationalistische Ideen schon vor 1933 in Deutschlands gut ausgebildeter Jugend verbreitet gewesen waren.

In einigen Fällen schufen Freundschaftsbande und gemeinsame Ideen Verbindungen zwischen den verschiedenen Institutionen. Am bemerkenswertesten ist diejenige zwischen dem Chefarchitekten des SD, Werner Best, dem «Ideologen» Gerhard Klopfer und dem Staatsbediensteten Wilhelm Stuckart, die im Herbst 1941 das neue Fachorgan «Reich – Volksordnung – Lebensraum», eine «Zeitschrift für völkische Verfassung und Verwaltung» gründeten.<sup>41</sup> Offenkundig waren Männer wie Stuckart oder Freisler ebenso stark von der ethnisch-rassistischen Machtpolitik der Nazis überzeugt wie Parteifunktionäre oder die Männer im RSHA. Warum diese Einsicht aus dem Blickfeld der Wissenschaft geriet, macht die 2012 von Jasch vorgelegte Biografie über Stuckart verständlicher: Sie zeigt, wie sehr die apologetischen Nachkriegserzählungen von Stuckart und Lösener fingiert waren.<sup>42</sup>

Schliesslich brachten neuere Arbeiten neben der Verzahnung von zivilen Amtsträgern und SS-Vertretern noch weitere enge Verbindungen ans Licht – nämlich zwischen den Mördern an den Schreibtischen und denen vor Ort. Solche Verbindungen bestanden vor allem im Reichssicherheitshauptamt der SS, waren aber nicht darauf beschränkt. Jene Männer, die mit bluttriefenden Händen am Wannsee eintrafen – Lange und Schöngarth –, hatten denselben universitären und juristischen Hintergrund wie die meisten ihrer Kollegen im Staatsdienst.

## V.

Wenn wir die Männer, die am 20. Januar 1942 am Wannsee zusammensassen, in den Vordergrund stellen, überbetonen wir womöglich ihre Rolle? Verlieren wir auf diese Art jene Kräfte aus dem Blick, denen sie unterworfen waren?<sup>43</sup> Eine Möglichkeit, dies zu erwägen, besteht in der Frage, ob das Ergebnis ein anderes gewesen wäre, wenn jene Männer anders gehandelt hätten. Zweifellos ist jedes politische System von der Beteiligung vieler Einzelner abhängig. Hätten sich alle Lokführer geweigert, die Züge zu den Lagern zu fahren, wären dort weniger Menschen getötet worden. Unter historischen Aspekten ist jedoch die Frage bedeutsamer, ob sich das Verhalten dieser Personen davon unterschied, was andere unter denselben Umständen getan hätten – oder anders ausgedrückt, ob ihr Beitrag erkennbare Spezifika aufwies. Um bei dem soeben erwähnten Beispiel zu bleiben: Raul Hilberg hat sich skeptisch dazu geäußert, ob es erkenntnisbringend sei, von «Nazi-Lokführern» zu sprechen. In Bezug auf ihre Pflichterfüllung war es kaum von Belang, ob die Lokführer Parteimitglieder waren oder nicht. Tatsächlich hätte es einer aussergewöhnlichen Persönlichkeit bedurft, um den Führerstand zu verlassen.



Die Männer am Wannsee waren natürlich alles andere als einfach nur Lokführer. Aber konnten sie wirklich die Politik gestalten? Historiker tendieren ganz allgemein dazu, keine Biografien von mittleren Staatsbediensteten zu verfassen, da sie in ihnen Ausführende, nicht aber Gestalter von Politik sehen. Wenn überhaupt, werden sie eher im Kontext von Milieuschilderingen erwähnt – wenn etwa vom Meinungsklima am Quai d’Orsay oder vom Aufstieg der Mandarine die Rede ist. Das NS-System liess ehrgeizige, talentierte Parteimänner rasch die Karriereleiter erklimmen, sodass ihr Einfluss in einigen Fällen den ihrer Vorgesetzten überstieg. Zu dieser Gruppe gehörten zweifellos Stuckart und Freisler im Justizministerium. Dennoch lässt sich kaum behaupten, individuelle Persönlichkeiten seien für die Richtung entscheidend gewesen, die die «Judenpolitik» nahm. Selbst Heydrich, der bei Weitem mächtigste Mann der Konferenz, agierte innerhalb des Rahmens, den Himmler vorgab. Heydrichs Ermordung wenige Monate später hatte keinen messbaren Einfluss auf die Vernichtungspolitik, ausser dass sie Himmler dazu führte, die Mordaktionen in Polen zu beschleunigen. Auch wenn ihre Tätigkeit auf kollektiver Ebene für die Entwicklung der Politik unentbehrlich war, gaben diese Männer auf individueller Ebene grösstenteils nicht die Ziele vor.

Damit ist nicht ausgeschlossen, dass die Stuckarts und Heydrichs ein ganz spezifisches Talent und Engagement dafür besaßen, vorgegebene Ziele in praktische Politik umzusetzen. Die ältere Geschichtsschreibung hat sehr wohl berücksichtigt, dass der Nationalsozialismus ambitionierten und skrupellosen Männern die Möglichkeit bot, sich zu profilieren. In diesem Sinne wussten die Historiker, dass die Diener des Regimes keine «Durchschnittsbürger» waren, was talentierte Verwaltungsbeamte in Spitzenpositionen freilich auch nur selten sind. Die neuere Geschichtsschreibung berücksichtigt, dass gemeinsame Vorstellungen, etwa von territorialer Säuberung oder schonungslosem ethnischen Nationalismus, den tatkräftigen Dienern des Regimes als persönliche Handlungsmaximen dienten. Problematisch an derartigen Überlegungen zur Wirkungskraft von Ideen ist der sehr weite Weg, den die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz in sehr kurzer Zeit zurücklegten. Nur wenige Jahre zuvor schien Massenmord noch nicht einmal im Entferntesten ein Teil ihrer Vorstellungswelt oder ihres Vokabulars gewesen zu sein. Bei vielen dieser Protagonisten ist es schwierig, deutliche Belege für ihren Antisemitismus vor 1933 zu finden. Einige, wie Heydrich oder Müller, scheinen sich überhaupt kaum für Politik interessiert zu haben.

Versucht man, zwischen den Ämtern und den Männern, die diese Ämter bekleideten, näher zu unterscheiden, steht man grossen Hürden gegenüber. In den meisten Fällen sind die Quellen nur lückenhaft überliefert. Aufgrund der Brüche von 1933 und 1945 sind kontinuierliche Äusserungen der Männer der Wannsee-Konferenz zu be-

stimmten Fragen, sofern überhaupt vorhanden, nur schwer einzuordnen. Wir zweifeln, wie die Rhetorik der NS-Zeit oder die Apologien der Nachkriegszeit zu deuten sind. Nach 1945 waren viele der Verwaltungsbeamten undurchschaubar, wie Christoph Kreuzmüller in seinem Beitrag zu Neumann in diesem Band belegt. In diesem Sinne vermögen die individuellen Biografien selten einen lebendigen mikrohistorischen Einblick zu geben. Es lässt sich kaum klar abgrenzen, was die Protagonisten mit an den Tisch brachten und was die Umstände und Strukturen diesen talentierten und willigen Kollaborateuren aufdrängten. Auch deshalb ist es so schwierig, zwischen Überzeugung und Opportunismus, zwischen Handlungsmacht und Struktur zu unterscheiden.

Vielleicht ist dies jedoch genau der entscheidende Punkt: Was den Biografien letztlich ihre Aussagekraft verleiht, ist jene Spannung, die zwischen zwei entgegengesetzten Polen zutage tritt: auf der einen Seite die gemeinsam geteilten Ideen, die Tatkraft und der Habitus, die die Wannsee-Konferenz ermöglichten, und auf der anderen Seite die beachtliche intellektuelle und moralische Distanz, die die Protagonisten, für die noch wenige Jahre zuvor eine Teilnahme an einer Konferenz über Völkermord unvorstellbar gewesen wäre, aufbringen mussten.

*Mark Roseman*

*Aus dem Englischen übersetzt von EnergyTranslations, Berlin*

- 1 Der Verfasser dankt Christoph Kreuzmüller und Roberta Pergher ganz herzlich für die Durchsicht des Manuskriptes und ihre Hilfe bei Problemen der Übersetzung.
- 2 Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, haben in ihrem 1992 erschienenen Band kurze Biografien der Teilnehmer verfasst.
- 3 Arendt, Eichmann in Jerusalem; Sereny, Darkness; Haffner, The Meaning of Hitler [dt.: Anmerkungen zu Hitler].
- 4 Zur Diskussion über die Historiografie siehe Kershaw, Nazi Dictatorship.
- 5 Herbert, Vernichtungspolitik, S. 9-66.
- 6 Roseman, Die Wannsee-Konferenz, S. 401-414.
- 7 Jäckel, On the purpose, S. 39.
- 8 Gerwarth, Heydrich.
- 9 Broszat/Jacobsen/Krausnick, Konzentrationslager.
- 10 Scheffler, Wannsee-Konferenz, S. 18; Reitlinger, Endlösung, S. 102.
- 11 Jäckel, On the purpose.
- 12 Kempner, Eichmann.
- 13 Lösener, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, S. 262-312; Eichmann, Götzen, S. 222-225.
- 14 Unter anderen siehe Mommsen, Aufgabenkreise, S. 369-398; Adam, Judenpolitik; Rebutisch, Führerstaat.
- 15 Rebutisch, Führerstaat.
- 16 Mommsen, Aufgabenkreise.
- 17 Rebutisch, Führerstaat, S. 110.

- 18 Lösener, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern.
- 19 Christian Gerlach betont, dass vieles, was Eichmann sagte, einfach übernommen wurde. Bettina Stangneth zeigt in ihrem Beitrag, dass Eichmann regelmäßig die „Wahrheit“ über seine Funktion bei der Besprechung am Wannsee manipulierte.
- 20 Siehe hierzu Poliakov, Dritte Reich und seine Diener.
- 21 Hilberg, Destruction [dt.: Die Vernichtung der europäischen Juden], S. 166 f.
- 22 Rebentisch, Führerstaat und Verwaltung, S. 437 und Fußnote 207.
- 23 Browning, Final Solution [deutsch: Die „Endlösung“].
- 24 Aly/Heim, Vordenker der Vernichtung.
- 25 Browning, Ganz normale Männer.
- 26 Um dieser neuen Forschung gerecht zu werden, ist hier nicht der Ort. Für Überblicke der sich entwickelnden Historiografie der Täter siehe Paul, Die Täter der Shoah; Matthäus, Historiography; Roseman, Beyond Conviction?
- 27 Zwei der einflussreichsten Biografien waren Herbert, Best; Longerich, Heinrich Himmler.
- 28 Hilberg, Perpetrators [dt.: Täter, Opfer, Zuschauer].
- 29 Natürlich hat der Begriff „Täter“ eine engere funktionale Bedeutung und bezeichnete nur die Personen, die auf irgendeine Art und Weise an den Naziaktivitäten beteiligt waren. So verwendet Raul Hilberg den Begriff. Dies war jedoch nicht die vorherrschende Bedeutung. Vgl. Hilberg, Perpetrators. Zur näheren Erläuterung der Arbeit über Täter siehe Paul, Die Täter der Shoah; Matthäus, Historiography.
- 30 Lüdtke, Fehlgreifen, S. 75.
- 31 Gregor, Nazism.
- 32 Aly/Heim, Vordenker der Vernichtung.
- 33 Herbert, Best.
- 34 Wildt, Generation des Unbedingten.
- 35 Für eine Kritik siehe Mommsen, Probleme der Täterforschung, S. 425–433.
- 36 Roseman, Die Wannsee-Konferenz.
- 37 Gerlach, Wannsee-Konferenz, S. 7–45.
- 38 Der Dienstkalender Heinrich Himmlers.
- 39 Vgl. Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 201 f.
- 40 Herbert, Best, S. 285.
- 41 Ebenda, S. 284.
- 42 Jasch, Staatssekretär Wilhelm Stuckart.
- 43 Siehe dazu Mommsen, Probleme der Täterforschung.

# Otto Adolf EICHMANN

## Reichssicherheitshauptamt

### Der Organisator

Unbekannter Fotograf,  
o. D. [1941]  
akg-images, 4217270



Adolf Eichmann (1906-1962)

Es war der glänzendste Tag seiner Karriere, und doch wollte er am Ende nur am Katzentisch gesessen und Bleistifte für den Protokollanten gespitzt haben. Der Mann, den Reinhard Heydrich am 20. Januar 1942 feierlich zu seinem Ansprechpartner für alle interinstitutionellen Fragen zur gemeinsamen Durchführung der «Endlösung der Judenfrage in Europa» ernannt hatte, mochte keine zwanzig Jahre später nichts mehr davon wissen, dass die gesamte Planung der Konferenz am Wannsee von dem für Hermann Göring vorformulierten Ermächtigungsschreiben vom 31. Juli 1941 bis zur Redaktion des Protokolls über seinen Schreibtisch gelaufen war. Aber da war er auch nicht mehr der 35 Jahre alte dynamische Chef des Judenreferats im Reichssicherheitshauptamt mit massgeschneiderter neuer Uniform und gerade erst erfolgter Beförderung zum SS-Obersturmbannführer, sondern Angeklagter in der «Strafsache 40/61, Der Staat Israel gegen Otto Adolf Eichmann, Sohn des Karl Adolf Eichmann».<sup>1</sup>

## Kindheit und Familie

Auch am Wochenende vor der Konferenz war Eichmann bei seiner Familie in Prag. Er hatte dort im damaligen 18. Bezirk unweit vom Regierungssitz, wo seit Kurzem auch Heydrich residierte, ein repräsentatives Haus mit Garten gemietet. Der Wohnort war ein ausdrücklicher Wunsch seiner Frau, die lieber zusammen mit ihrer Schwester und deren Familie leben, vor allem aber nicht zurück nach Berlin wollte. Eichmann hatte seiner Frau etliche Umzüge in kurzer Zeit zugemutet. Zunächst wohnten beide in Berlin-Britz, dann folgte Vera Eichmann ihrem Mann nach Wien in den 2. Bezirk und schliesslich nach Prag, wo ihr Mann 1939 eine weitere Zentralstelle für die organisierte Vertreibung der Juden und ausserdem Theresienstadt als vermeintliches «Vorzeige-Ghetto» installierte. Als er dann nach wenigen Monaten zurück in die Reichshauptstadt beordert wurde und mit dem Haus in der Kurfürstenstrasse 116, dem ehemaligen Sitz des Jüdischen Brüdervereins, ein eigenes Gebäude für das künftige «Judenreferat» des Reichssicherheitshauptamtes zugeteilt bekam, entschied man sich, dass es keinen weiteren Umzug der Familie geben würde – ein vorteilhaftes Arrangement, da Eichmann ständig auf Reisen war und so seine Frau mit den Söhnen in stabilen Verhältnissen und angenehmer Gesellschaft wusste. Nach dem Attentat auf Heydrich Ende Mai 1942 arrangierte Eichmann ausserdem Personenschutz für die Seinen. Das Haus Molischova 22 (heute U Laboratofe im Stadtteil Prag 6) war keine protzige Adresse, bot aber bequem Platz für zwei Familien. Im Januar 1942 war Vera hochschwanger mit dem dritten Kind. Eichmann behielt Prag als offiziellen Wohnsitz und nutzte die Freiheit, in Berlin mal zur Untermiete, mal im Dienstsitz und, wie jeder wusste, oft auch bei wechselnden Freundinnen zu wohnen. Für Fahrten war ein Dienstwagen mit Fahrer zur Stelle. Ausserdem stand für ihn ein eigenes Zimmer in Theresienstadt bereit. Auch am 19. Januar 1942 absolvierte Eichmann auf der Rückfahrt von der Familie nach Berlin eine Inspektion in Theresienstadt, das auf der knapp fünfstündigen Fahrt auf der Strecke lag, bevor er sich weiter zur Konferenz an den Wannsee befördern liess.<sup>2</sup>

Auch wenn es kein Geheimnis war, dass Eichmann Verhältnisse mit anderen Frauen hatte, war und blieb die Familie der feste Bezugspunkt in seinem Leben.

Adolf Eichmann wurde 1906 in Solingen als erstes Kind von Karl Adolf Eichmann und der sieben Jahre älteren Maria, geb. Schefferling, geboren. Beide hatten etwas überstürzt geheiratet, der Stammhalter wurde schon drei Monate später evangelisch getauft und nach dem Grossvater benannt: Otto Adolf. Vier Geschwister sollten folgen. Die Kinder wuchsen behütet auf, denn nach dem Umzug vom Rheinland nach Linz in

Österreich ging es der Familie wirtschaftlich gut. Man lebte in der Bischofstrasse, also in guter Lage mitten in der Stadt in einer eleganten Einkaufsstrasse. Als Ältester der protestantischen Gemeinde gehörte der Vater zu den angesehenen Bürgern der Stadt. Man ermöglichte den Kindern, was man konnte. Adolf Eichmann lernte Reiten, Fechten, Tanzen, Selbstverteidigung und das Geigenspiel.

Mit zehn Jahren verlor er seine Mutter, doch als sein Vater vier Jahre später wieder heiratete, fand der älteste Sohn das nur vernünftig. Ein Mann mit vier Kindern konnte nicht allein bleiben. Der Stiefsohn akzeptierte die neue Frau im Haus, nannte sie durchaus liebevoll seine «zweite Mutter», und sein Verhältnis zu den kurz darauf geborenen zwei Halbbrüdern war eng. Einer von beiden sollte viele Jahre später die Frau seines Bruders unterstützen und die Verteidigung vor Gericht organisieren. Geschichten über angebliche Hänseleien in der Schule oder das vermeintlich jüdische Aussehen sind eine Erfindung aus der Zeit, in der Boulevardjournalisten Schlagzeilen brauchten und ehemalige Kollegen sich geschickt als Zeitzeugen andienten.

Dass Eichmann nicht gern zur Schule ging, sich nicht so sehr für Bücher interessierte, wie es der Vater gern gesehen hätte, und auch eine Ausbildung abbrach, ist weit weniger bemerkenswert als die Tatsache, dass ihm das nicht schadete. Die Familie fing ihn auf, ermöglichte erste Arbeitsversuche, bis Eichmann den Beruf fand, der ihm Spass machte: Er wurde Handelsvertreter für Benzin, arbeitete also in einer der Zukunftsbranchen seiner Zeit, und half, ein Tankstellennetz in Oberösterreich aufzubauen.

Sein Einkommen war gut, das eigene Motorrad verschaffte Prestige und Freiheit. Eichmann wusste sich gut zu benehmen und galt als gesellig und hilfsbereit. Er war beruflich viel unterwegs, lebte aber weiterhin bei seinen Eltern, und auch seine Entscheidung, sich 1932 der österreichischen NSDAP anzuschliessen und sich von der SS anwerben zu lassen, änderte nichts am Familienzusammenhalt. Im Gegenteil: Der Vater folgte dem Sohn in die Partei, in der schon etliche Bekannte aktiv waren. Als Eichmann 1935 heiratete, wurde seine Frau selbstverständlicher Teil der Familie, obwohl sie katholisch war.

Nach 1945 sollte der Vater jedem erzählen, dass sein Sohn das schwarze Schaf der Familie sei, dass er aus Enttäuschung alle Fotos verbrannt habe. Wie er selbst in den Besitz «arisierter Güter» gekommen sei, wollte er auch nicht erklären. In Wirklichkeit hielten Vater und Sohn bis zum Tod Karl Adolf Eichmanns im Februar 1960 unverbrüchlich zusammen und noch in den schwierigsten Zeiten Kontakt. Die Geschwister unterschrieben am Ende geschlossen das Gnadengesuch für ihren Bruder Adolf.<sup>3</sup>

## Karriere

Als Eichmann sich 1933 entschloss, zurück nach Deutschland zu gehen, war er schon so in die nationalsozialistische Bewegung integriert, dass man ihm einen Koffer voll geheimer Papiere anvertraute, die er zuverlässig über die Grenze schmuggelte. Da die Eltern die Staatsangehörigkeit ihres ältesten Sohnes nicht hatten ändern lassen, war der Grenzübertritt unproblematisch, denn Eichmann reiste mit deutschen Papieren.

In der militärischen Grundausbildung im SS-Ausbildungslager fiel er vor allem durch zwei Dinge auf: Seinen grossen Ehrgeiz mitzuhalten und seine Neigung zur Überschreitung seiner Kompetenz. Er handelte sich ein Disziplinarverfahren ein, als er ohne jede Befugnis versuchte, einem Kaffeehausbesucher «jüdische Musik» zu verbieten, und vorsorglich dessen Personalien aufnehmen wollte. Erst nach der Schlägerei stellte sich heraus, dass der angegriffene Liebhaber von Richard Tauber dummerweise einen viel höheren Rang in der SS hatte und Eichmann sich selber nicht einmal ausweisen konnte, weil er seine eigenen Papiere nicht fand.

Kompetenzüberschreitung begleitet Eichmanns Karriere auch in den kommenden Jahren. Allerdings hatte er mit dieser Methode immer häufiger Erfolg, ja, seine Vorgesetzten feierten ihn sogar dafür. Sei es, dass er im Namen der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien ein Grundstück seiner Geliebten ankaufte, um dort das erste Lager für Juden in Österreich zu errichten; sei es, dass er 1938 in Wien die Reichsbank düpierte, weil er eigenmächtig Wechselkurse für Juden festsetzte – Heinrich Himmler und Reinhard Heydrich, so erzählte Eichmann später gern, lachten über diese «Streiche». Eichmann avancierte durch genau diese Anmassungen zum Mann für die schwierigen Fälle.

Am 12. November 1938 – wenige Tage nach dem Novemberpogrom und fast genau drei Jahre vor der Wannsee-Konferenz – liess man ihn kurzfristig von Wien nach Berlin zur «Besprechung über die Judenfrage unter Vorsitz von Feldmarschall Göring», also die Konferenz im Reichsluftfahrtministerium, einfliegen, damit Goebbels, Göring, Minister und Staatssekretäre hören konnten, wie man durch gezieltes Ignorieren üblicher Dienstwege die Judenvertreibung beschleunigt. In der Sitzung am 20. März 1941 im Propagandaministerium war Goebbels von Eichmanns Vortrag derart beeindruckt, dass er ihn persönlich bat, doch bitte auch Berlin «judenrein» zu machen. Wenn Eichmann später in Jerusalem erklärt, dass er anlässlich der Wannsee-Konferenz das erste Mal «hohe Herren» des Staates persönlich getroffen habe, ist das schlicht gelogen. Tatsächlich traf er schon vorher sogar Minister, die seinen Namen kannten und in ihm den Fachmann «für jüdische Angelegenheiten» sahen. Seit seiner Wiener

Erfolge galt Eichmann als geschickter Entwickler neuer Methoden, Juden unter Druck zu setzen und ausser Landes zu treiben.<sup>4</sup>

Ab 1939 und seiner tatkräftigen Mitwirkung bei der Bevölkerungsumsiedlung im überfallenen Polen hagelte es Beförderungen statt der von allen Seiten geforderten Disziplinarverfahren. Eichmann konnte sogar ungestraft einen SS-General zum Duell fordern, obwohl es sich dabei um Karl Wolff handelte, Himmlers Verbindungsoffizier zu Hitler. Und er Überstand – mit anschliessender Beförderung – eine Beschwerde des SS-Brigadeführers Friedrich Uebelhoer: Um höhere Deportationszahlen durchzusetzen, hatte er sich im Auswärtigen Amt als intimer Kenner des Ghettos Litzmannstadt ausgegeben, ohne überhaupt dort gewesen zu sein. 1943 löste seine Ankündigung, höchstpersönlich Jagd auf Juden in Monaco zu machen, einen diplomatischen Zwischenfall aus, der das Auswärtige Amt zur Weissglut trieb, weil man dort Wochen brauchte, um auch nur herauszufinden, was eigentlich geschehen war. Eichmann beherrschte den Trick, in der Selbstinszenierung immer noch ein Stück erfolgreicher zu erscheinen, als er es ohnehin schon war.<sup>5</sup>

Was ihn dabei so überzeugend machte, war nicht zuletzt sein Alter. Wir haben uns sehr daran gewöhnt, in dem Judenreferenten den jungen Emporkömmling zu sehen. Tatsächlich gehörte Eichmann zu den älteren Männern der nationalsozialistischen Bewegung. Die meisten Kollegen im Reichssicherheitshauptamt – wie etwa Rudolf Lange und auch viele seiner eigenen Mitarbeiter – waren jünger. Eichmann durfte den Ehrenwinkel der Alten Kämpfer an der Uniform tragen, das Zeichen des Parteieintritts vor 1933. Im Unterschied zu den meisten hatte er ausserdem eingehende berufliche Erfahrung und damit auch ein anderes Selbstbewusstsein als junge Hochschulabsolventen.

Zu seinem sicheren Auftreten kam neben einem gewissen schauspielerischen Talent die Fähigkeit, aus kleinsten Informationen grösstmöglichen Nutzen zu schlagen. Eichmann erreichte schon 1935 grosse Bewunderung seiner Kollegen vom Sicherheitsdienst (SD), weil er wusste, von welcher Seite man ein hebräisches Buch aufschlägt. Auf der Grundlage einer angelesenen Geschichte konnte er geschickt sogar in den eigenen Reihen Gerüchte nähren, in Palästina geboren zu sein. Dass er seit seinen ersten Tagen im Judenreferat des Sicherheitsdienstes tatsächlich die Welt der Bücher entdeckt hatte und sich alles anlas, was er über das Judentum finden konnte, reichte aus, um ihn zum unangefochtenen «Spezialisten» zu machen. Ein Einäugiger unter Blinden hat es leicht. Zwei, drei Brocken Jiddisch genügten schon, um als Sprachexperte anerkannt zu werden. Eichmanns Fähigkeit, aus jeder Kleinigkeit eine überzeugende Geschichte zu spinnen, wenn er sie gebrauchen kann, könnte an einen Hochstapler erinnern – wenn man vergässe, welche Verbrechen er auch mithilfe seiner Tricksereien vorantrieb. Das



Unterlaufen von Hierarchien und Kompetenzen war kein gelegentlicher Spass. Es wurde zur Methode, all jene zu manipulieren, die noch an die Geltung bürokratischer Regeln, Ränge und Formulare glaubten. Viele Jahre später erläuterte Eichmann, dass es nur deshalb hatte gelingen können, Juden millionenfach zu ermorden, weil die Bürokratie in seinem Amt ein gezielt aufgebautes Mittel zur Manipulation anderer war. Die Fertigkeit, andere Ministerien mit schlichtem Papier in Schach zu halten, war zweifellos genau das, was Himmler, Heydrich und Eichmanns direkter Vorgesetzter, Heinrich Müller, an ihrem Protégé schätzten. Es gab also viele Gründe, Eichmann auch mit der Vorbereitung und Organisation der Konferenz am Grossen Wannsee zu betrauen.<sup>6</sup>

Tatsächlich war Eichmann der einzige Referatsleiter des Reichssicherheitshauptamtes, der seine Position nie wechselte, auch wenn sein Referat immer wieder andere Dienstbezeichnungen und verschiedene Zuständigkeiten bekam, also nicht nur IV B 4, sondern auch IV R, IV D 4 und IV A 4b heissen sollte. Es reichte aber schon früh, einfach nur vom Eichmann-Referat zu sprechen, und jeder wusste, dass damit die Kurfürstenstrasse 116 und deren Hausherr gemeint waren.

Ausserdem gelang es Eichmann, seine Mitarbeiter erfolgreich im eigenen Ressort zu halten. Mit besonderer Geheimhaltung allein ist das nicht zu erklären, wie ein Blick in die wechselvolle Besetzung von Leiterposten der Konzentrationslager zeigt. Es gelang ihm, mit dem Judenreferat ein Team aufzubauen, das auch deshalb so mörderisch effektiv war, weil von der Sekretärin bis zu den über Europa verstreuten «Judenberatern» alle gern für ihren Chef arbeiteten. Wer zu den regelmässigen Tagungen nicht anreisen konnte, entschuldigte sich mit Bedauern. Es sei, so berichtete die Sekretärin, immer sehr gesellig gewesen im Judenreferat. Eichmann habe sie alle gleich behandelt und viel Wert auf Kameradschaft gelegt. Bei den gemeinsamen Musikabenden habe der Chef Geige gespielt, aber da er fand, dass das Geigenspiel eines Untergebenen viel besser sei, habe er meist die zweite Geige gespielt. Auch wenn sich nach dem Ende des Nazi-Regimes keiner mehr daran erinnern wollte: Eichmann genoss Respekt, und es bestand kein Anlass für ihn, sich am 20. Januar 1942 noch eigens vorzustellen. Jeder der anderen Teilnehmer wusste längst, wer er war.<sup>7</sup>

## Der Eingeweihte

Als Heydrich zur Vorbereitung und Planung der Wannsee-Konferenz Eichmann hinzuzog und ihn dann zum Koordinator der «Endlösung» machte, ging es also keineswegs darum, die lästigen Arbeiten zu delegieren. Bei einem derart heiklen Unterfangen wie der Idee, das verfahrenre Kompetenzgerangel zwischen den Institutionen im Hand-

streich zugunsten des Reichssicherheitshauptamtes zu entscheiden, brauchte es nicht nur jemanden, der restlos von der Notwendigkeit überzeugt war, Millionen von Menschen systematisch zu ermorden. Es brauchte auch Eichmanns diplomatisches Geschick und seinen Mut zu der Dreistigkeit, die Wahrheit nie so ernst zu nehmen wie die Absicht, Zustimmung um jeden Preis zu erlangen. Eichmann hatte immer wieder bewiesen, dass er in der Lage war, jede Statistik, jede «Information» im Zweifel einfach zu erfinden, wenn ein Vorgesetzter sie verwenden wollte. Aber vor allem war Eichmann mit seinem Ruf, der unangefochtene Spezialist für die Judenfrage zu sein, der Joker im Spiel um die Federführung des Projektes, um die so viele Ministerien kämpften, weil es Adolf Hitler so wichtig war. Neben den grossen Fragen von Amt und rechtlicher Zuständigkeit brauchte es für die tägliche Organisationsarbeit eines solchen Wahnsinnsprojekts einen Mann, der alles koordinierte. Und es stand von vornherein fest, dass dafür nur einer die Erfahrung, das Talent, den richtigen Rang und die «Fachkenntnis» hatte: der Judenreferent des Reichssicherheitshauptamtes. Kein anderes Amt, kein Ministerium hatte auf der Konferenz am 20. Januar 1942 einen Mann anzubieten wie ihn.<sup>8</sup>

Schon Alois Schintlholzer, der SS-Mann, der Eichmann 1950 von seinem Versteck in der Lüneburger Heide durch ganz Deutschland bis an die österreichische Grenze fuhr, wusste zu berichten, dass sie die ganze Fahrt über vor allem über eines gesprochen hatten: den Judenmord und die Zahl der Ermordeten. Auch wer Eichmann in den 1950er-Jahren in Argentinien wiedererkannte, fragte ihn meist nach der Bilanz der Judenvernichtung. Die Vermutung, dass er zu den wenigen gehörte, die überhaupt noch einen Überblick hatten, war vollkommen richtig, denn Eichmann war bereits zu Beginn der 1930er-Jahre im Sicherheitsdienst der SS mit der Beobachtung der Juden und dem Erstellen der Judenkartei befasst, und diese Tätigkeit war keineswegs geheim. Er verfasste bereits Schulungsmaterial über Judentum und Zionismus, als andere sich noch mit Massnahmen zur «Ausschaltung des Judentums aus dem deutschen Kultur- und Wirtschaftsleben» beschäftigten. Wann immer die Verfolgung in ein neues Stadium trat, war Eichmann ganz vorn dabei.

Als sich Österreich dem Hitler-Reich anschloss, ging Eichmann nach Wien, und das nicht nur, um dort die berüchtigte Zentralstelle für jüdische Auswanderung zu betreiben, sondern auch, um die beiden ersten Lager für Juden zu initiieren, in denen schon zu diesem Zeitpunkt Mitarbeiter seiner Zentralstelle Menschen quälten. Auch den ersten Versuch, Hunderte von Menschen in aller Öffentlichkeit in Züge zu verfrachten und aus Wien in den Osten, nämlich nach Nisko am San, zu deportieren, in eine unwirtliche Gegend also, die wesentlich aus Sümpfen bestand, begleitete er. Dabei

interessierte den Sicherheitsdienst der SS vor allem, wie die Bevölkerung auf eine solche unerhörte Aktion reagierte. Es ging eben immer auch um Modellversuche, und Eichmann modellierte mit. Als nach dem Angriff auf Polen Umsiedlungen und Massenerschiessungen begannen, fuhr Eichmann dorthin, um sich persönlich ein Bild von den angewandten Methoden zu machen; und noch bevor die Einladungen zur Wannsee-Konferenz verschickt wurden, wusste er, was Gaswagen waren, weil er sich diese Mordtechnik in Kulmhof/Chelmno hatte vorführen lassen. Den Vorwurf, dass er sich nur akademisch vom Schreibtisch aus mit der «Judenfrage» beschäftigt hätte, konnte ihm also noch nicht einmal Rudolf Lange machen, der selber direkt von Massenerschiessungen der Einsatzgruppe A aus Lettland zur Konferenz anreiste. Es trafen sich zwei Männer, die Bescheid wussten – vor allem um die hohe Belastung, die das Erschiessen von Frauen und Kindern für die Psyche der Soldaten bedeutete.

Im Judenreferat des Reichssicherheitshauptamtes liefen alle Zahlen über die Opfer zusammen, auch dann, wenn die betreffenden Mordoperationen nichts mit dem Judenreferat zu tun hatten. Die von Eichmann in verschiedenen Stadien des Massenmords genannten Zahlen der Ermordeten entsprechen tatsächlich etwa dem heutigen Stand der Forschung. Auch wenn Heinrich Himmler gelegentlich an Kritik nicht sparte, weil er mit den Statistiken aus dem Eichmann-Referat nicht zufrieden war, wusste doch jeder, dass man keine Daten zum Judenmord erheben konnte, ohne in der Kurfürstenstrasse 116 vorbeizugehen. Wenn Heydrich also am 20. Januar 1942 mit einem Bogen voller Zahlen beeindrucken konnte, dann verdankte er das Eichmann oder doch der Autorität seines Referats, das ausserdem auch Notizen zur Eröffnungsrede geliefert haben will. Dass auch diese Zahlen alles andere als gut recherchiert waren, hat weder Heydrichs noch Eichmanns Ruf geschadet.<sup>9</sup> Schon für die Sitzung im Reichsluftfahrtministerium 1939 hatten beide mit Statistiken renommiert, die wesentlich für die Wirkung auf die anderen zusammengeklaut waren.<sup>10</sup>

Eichmann war selbstverständlich nicht «der kleine Referent», der nur «Bleistift spitzend am Katzentisch sass», wie er nach der Urteilsverkündung 1961 und mit allem Pathos «angesichts des Galgens» glauben machen wollte.<sup>11</sup> Er erlebte von der ersten Reihe aus, dass der Plan von Himmler und Heydrich aufging und die Konferenz zu dem wurde, was er später sprechend eine «Machtvollkommenheitserweiterung» für das Reichssicherheitshauptamt und ihn selber nannte. Ob er während der Konferenz das Wort erteilt bekam, geht aus dem Protokoll nicht hervor. Heydrich eröffnete die Konferenz auf der Grundlage von Eichmanns Entwürfen, und die Datenblätter aus dessen Referat bildeten die Basis für die Diskussion. Eichmann liefert deutlich unterschiedliche Angaben darüber, wie lange die Besprechung tatsächlich gedauert hat,

denn er sprach mal von neunzig Minuten, mal von mehreren Stunden. Am Ende jedoch hatte Heydrich ihn mit dem neu zugeschnittenen Referat IV B 4, das nämlich erst seit einem Monat schlicht «Juden» hiess, als obersten Judenreferenten inthronisiert.

Das war zweifellos auch deshalb einer der grössten Momente in Eichmanns Karriere, weil seine zentrale Position der sichtbare Ausdruck einer neuen interministeriellen Komplizenschaft war. Wen wundert es, dass Heydrich auch ihn mit einem Cognac feierte, als beide mit Müller nach der Konferenz noch ein wenig zusammensassen? Selbst wenn Eichmann auf der Konferenz wirklich nichts gesagt haben sollte, wie er später behauptete, waren seine Worte doch ständig zu hören. Dass er hinterher das Protokoll zu dem redigierte, was wir heute das Wannsee-Protokoll nennen, gibt seiner Stimme ein kaum zu überschätzendes Gewicht. Mit dem Protokoll legte das Reichssicherheitshauptamt nicht nur das Resultat der Besprechung fest, sondern nahm auch Einfluss auf den Eindruck, der von diesem Treffen am 20. Januar 1942 nach aussen entstand. Eichmann erzählte später von einer langen Verteilerliste.<sup>12</sup>

Man kann sagen, dass Adolf Eichmann die Wannsee-Konferenz sogar gleich dreimal inszenierte: einmal durch akribische Vorbereitung in enger Absprache mit seinen Vorgesetzten vom Sommer 1941 bis zum Konferenztag; ein zweites Mal durch die Herstellung des Protokolls, mit dem er und seine Vorgesetzten nicht nur den Beschluss der Verhandlungen niederlegen wollten, sondern das auch in vielerlei Hinsicht politisch in weit grösserem Masse wirken sollte, weil es nicht nur für die Konferenzteilnehmer geschrieben war, sondern auch beispielsweise Goebbels erreichte, der auf der Konferenz nicht vertreten war. Die dritte Inszenierung vollbrachte der SS-Obersturmbannführer schliesslich ausser Dienst, nämlich indem er nach 1945 alles tat, um dieser Konferenz ganz besondere Aufmerksamkeit zu verschaffen.

## Nach der Konferenz

Der Tod Heydrichs nach dem Attentat in Prag traf Eichmann tief, erlaubte ihm aber auch, seine eigene Bedeutung noch einmal zu steigern. Niemand stellte seine Berufung infrage. Er stand nun für einige Monate in der Hierarchie an dritter Position hinter Heinrich Himmler und Heinrich Müller, weil Heydrichs Position erst nach einigen Monaten wieder besetzt wurde. Eichmanns «Judenberater» versuchten überall im deutschen Einflussgebiet, die Verfolgung der Juden zu intensivieren und die Deportationen zu beschleunigen. 1944 ging Eichmann persönlich mit über einhundert Mitarbeitern nach Budapest und realisierte die Deportation von fast einer halben Million Menschen nach Auschwitz – in nur sechs Wochen. Er überstand alle Konflikte mit anderen Minis-

terien unbeschadet. Nur die Auseinandersetzung über den Umgang mit «Mischlingen», die schon auf der Konferenz am Grossen Wannsee zu Diskussionen geführt hatte, gestaltete sich insbesondere mit dem Innenministerium und der Reichskanzlei schwierig. Wir wissen bis heute nicht genau, wie viele Folgekonferenzen zu diesem Thema es tatsächlich gab. Sicher ist aber, dass sie unter anderem in Eichmanns Amt stattgefunden haben. Eichmann versuchte bis zum letzten Moment, die Vernichtung aller europäischen Juden zu erreichen. Sogar mit dem Bau der letzten Gaskammern und dem abermaligen Einsatz von Gaswagen wenige Wochen vor Kriegsende kann man ihn in Verbindung bringen.<sup>13</sup>

Während die nationalsozialistische Funktionseelite in den letzten Kriegsmonaten vorsorglich darum bemüht war, sich für die Zeit nach dem «Endsieg» zu präparieren, also Akten vernichtete und bereits Absprachen untereinander traf, hielt sich Adolf Eichmann von all dem nachweislich fern. Dabei hätte auch er alle Gelegenheit dazu gehabt, denn Anfang 1945 ging es in der Kurfürstenstrasse 116 zu wie in einem Taubenschlag. Sein Dienstsitz wurde zum Treffpunkt, und das nicht nur für die Kollegen von Gestapo und Reichssicherheitshauptamt. Auch hochrangige Nazis gaben sich jetzt dort ein Stelldichein, wo man zuvor nicht gern gesehen wurde. In den letzten Kriegsjahren war auch Paul Blobel, der Leiter des Sonderkommandos 1005, mit seinen Männern in Eichmanns Dienststelle einquartiert worden; und die Zuständigen für das, was man harmlos «Enterdung»<sup>14</sup> nannte, waren zumeist betrunken und vergassen auch schon mal, die Räumungsfahrzeuge zu reinigen, bevor sie wieder nach Berlin kamen. Was diese Adresse 1945 dennoch so attraktiv machte, war die schlichte Tatsache, dass es bei Eichmann etwas gab, was es sonst nicht mehr gab: eine Kantine und eine gut gefüllte Speisekammer. Die meisten anderen Dienstgebäude rund um die Wilhelmstrasse waren längst ausgebombt. Eichmann fand sich also unversehens in der Rolle des Gastgebers für genau diejenigen wieder, die nur wenige Monate später allen erzählen sollten, dass sie den Namen Eichmann noch nie in ihrem Leben gehört hätten.

Aber es war nicht nur der Hunger. In der Kurfürstenstrasse 116 war nämlich noch etwas ganz anderes im Angebot: echte Amtspapiere von echten deutschen Beamten für neue, falsche Identitäten. Wer Rang und Namen hatte, verspürte 1945 das dringende Bedürfnis, möglichst gleich beides auf einmal loszuwerden oder doch wenigstens die eigene Karriere ein klein wenig umzuschreiben. Über Wochen entstanden neue Existenzen wie am Fliessband – ganz amtlich. Eichmann zeigte für dieses Treiben in seinem Haus demonstrativ Verachtung. Als sein ach so verehrter Vorgesetzter Heinrich Müller ihn fragte, welche Identität der Judenreferent denn gern hätte, reagierte der mit einer lässigen Geste:

Eichmann deutete auf seine Handfeuerwaffe und tönte in Treue fest und voller Stolz, für ihn gebe es kein Leben ohne den Führer: «Ich werde mit Freuden in die Grube springen im Bewusstsein, dass mit mir 5 Millionen Juden darinliegen.»<sup>15</sup>

Aber dem Getöse von Führertreue und SS-Ehre zum Trotz verfolgte Adolf Eichmann seit Monaten konsequent ganz andere Ziele. Wir wissen nicht genau, wann Eichmann damit begonnen hatte, sein Leben ohne den «Führer» zu planen. Es gibt Hinweise, dass er es schon 1941 tat, weil er den Angriff auf die Sowjetunion für einen Fehler Hitlers hielt und für den Anfang vom Ende. Sicher ist, dass Eichmann seit Mitte 1944 für sich und seine Familie vorsorgte. Er nutzte jede Gelegenheit, um von Budapest aus nach Linz zu seinem Vater zu fahren. Seinen Mitarbeitern erzählte er danach von fantastischen Begegnungen mit dem «Grossmufti von Jerusalem» Amin al-Husseini. Der logierte, nachdem sein Hotel in Berlin ausgebombt worden war, fürstlich in einem Linzer Hotel. Die angebliche Freundschaft erwies sich jetzt noch einmal als nützlich, um Eichmann die Treffen mit seinem Vater zu ermöglichen. Die falschen Papiere, die er längst hatte, mussten sicher deponiert werden. Man entschied sich für das Rheinland, weil dort ein Onkel wohnte. Ein Jagdhaus der Familie wurde für Eichmanns Frau und die drei Söhne bereitgestellt, ihr Auskommen gesichert. Versteckmöglichkeiten, Strategien, Treffpunkte und Fluchtwege mussten besprochen werden. Wie sollte man den Kontakt halten, vor allem, wo sollten all die Familienfotos hin, die Fahnder mit Sicherheit suchen würden? Was den Kindern sagen, damit sie nicht versehentlich etwas verrieten? Als Adolf Eichmann würde er nie wieder nach Hause kommen, ja noch nicht mal Kontakt halten können. Man würde Hilfe brauchen, Netzwerke organisieren müssen.

Seine Kameraden und Vorgesetzten, das erkannte Eichmann ganz klar, waren dafür nicht mehr die Richtigen. Sie würden ihn bei erster Gelegenheit ans Messer liefern, um den eigenen Hals zu retten, und dafür auch offensichtliche Zuständigkeiten bestreiten. Tatsächlich sollte sogar sein alter Freund und Nachfolger von Heydrich, Ernst Kaltenbrunner, in Nürnberg sowohl die Bekanntschaft als auch die direkte Zusammenarbeit leugnen. Und Dieter Wisliceny, einer der engsten Mitarbeiter und persönlichen Freunde Eichmanns, half nach Kriegsende tatkräftig und mit allem Wissen bei der Suche nach dem Mann, der einen seiner Söhne nach dem Freund benannt hatte.

Eichmann stand auch längst viel zu weit oben auf den Fahndungslisten der Alliierten. «Ich war bekannt wie ein bunter Hund», sagte er Jahre später nach gelungener Flucht. Die Kameraden, sogar die engsten Mitarbeiter, würden die ersten willigen Jagdhelfer sein. Als sie ihm Anfang 1945 zu der bevorstehenden Beförderung zum SS-Standartenführer gratulierten und mit ihm feiern wollten, winkte er ab. Er hatte gleich zwei

Gründe, sich nicht darüber zu freuen. Zum einen hing er längst an seinem Ruf als berüchtigtster SS-Obersturmbannführer im Reichssicherheitshauptamt, zum anderen hatte er sich von seinen Vorgesetzten inzwischen so weit distanziert, dass er von ihnen keine Auszeichnung mehr wollte. Aber er kannte sie alle gut genug, um seine wahren Absichten vor ihnen verbergen zu können, obwohl sie ihn seit Jahren im täglichen Umgang und auch in Extremsituationen erlebt hatten.<sup>16</sup>

## Flucht und Prozess

Zum Ende des Krieges trafen sich die übrig gebliebenen Offiziere des Reichssicherheitshauptamtes in Österreich. Nach der Kapitulation verliess Eichmann die Gemeinschaft und tauchte unter mehreren falschen Namen in Kriegsgefangenenlagern der Amerikaner unter. Als sein Name durch die Berichterstattung vom Nürnberger Prozess Ende 1946 in Zeitungen und im Radio auftauchte, floh er und versteckte sich mit den falschen Papieren aus dem Rheinland in der Lüneburger Heide. Mithilfe der argentinischen Einwanderungsbehörde, verschiedener Fluchthelfer aus SS-Kreisen und der Katholischen Kirche gelang ihm 1950 die Flucht nach Argentinien. Unterstützt von anderen alten Kameraden konnte Eichmann 1952 seine Familie nachholen. Er arbeitete durchaus erträglich für ein Staatsunternehmen, dann als Verwalter für einen früheren SS-Mann und schliesslich für Mercedes-Benz in Buenos Aires.

In dieser Zeit beteiligte er sich an einem politisch motivierten Buchprojekt und sprach offen über seine Taten. Eichmanns wahre Identität war in der Gruppe geflohenen Nazis und deren Familien kein Geheimnis. Es sind genau diese Begegnungen mit alten Kameraden, die ihn dazu motivierten, ein Buch über seine «Lebensleistung» zu verfassen. Interessanterweise kommt in Eichmanns Manuskript die Wannsee-Konferenz aber noch gar nicht vor. Er scheint sie selber nicht wichtig genommen zu haben, bis er lernte, wie gross die Wirkung dieses Ereignisses und insbesondere die des Protokolls auf andere war.

1955 hatten Léon Poliakov und Joseph Wulf das Wannsee-Protokoll in ihrer Dokumentensammlung «Das Dritte Reich und die Juden» veröffentlicht. Eichmann erfuhr erst 1957 durch dieses Buch, dass noch eine Kopie des inkriminierenden Dokuments vorhanden war, dass also nicht, wie befohlen, sämtliche Kopien vernichtet worden waren. Von diesem Moment an suchte der Mann, der das Protokoll 1942 zu dem gemacht hatte, was wir heute davon kennen, nach einer Möglichkeit, die Wannsee-Konferenz so zu er- und verklären, dass es vor allem einem bis heute nutzt, nämlich ihm.



Eichmann studiert im Gerichtssaal in Jerusalem ein von ihm selber gezeichnetes Organisationsschema des Reichssicherheitshauptamtes. Unbekannter Fotograf, 1961; Israel National Photo Collection, D 409-057

Obwohl der bundesdeutsche Geheimdienst schon 1952 wusste, wo sich der ehemalige Judenreferent versteckt hielt, dauerte es Jahre, bis der israelische Geheimdienst Eichmann 1960 aufspürte, entführte und vor Gericht stellte. Vor, während und noch nach dem Prozess widmete sich Eichmann hingebungsvoll weiteren Darstellungen des Ereignisses vom 20. Januar 1942, die sich – je nach Adressat und Absicht – verwirrend widersprechen und vor allem die anderen Teilnehmer der Konferenz, aber auch diverse Nicht-Anwesende von Adolf Hitler bis zu Hans Globke belasten sollen. Dennoch verweigerte er in Jerusalem jedes Ersuchen, als Zeuge in anderen Prozessen auszusagen.



Eichmanns Erzählungen gehören fraglos zur Pflichtlektüre für jeden, der sich mit der Manipulierbarkeit von Geschichtsschreibung durch Zeitzeugen beschäftigt. Genützt hat es ihm an Ende nichts. Er starb 1962 in Israel am Strang. Und dennoch tut man gut daran, Eichmanns Warnung ernst zu nehmen, dass das Einwirken auf kommende Generationen ihm stets ein besonderes Anliegen war.<sup>17</sup>

## Motive

Bevor er entführt und in Israel vor Gericht gestellt wurde, hatte Eichmann keinen Hehl daraus gemacht, dass er aus Überzeugung gehandelt hatte und stolz darauf war, einen gehörigen Anteil an der Tat gehabt zu haben, die wir nur das grösste Menschheitsverbrechen aller Zeiten nennen können. Sein Handeln und seine ausführliche Darlegung seiner Gründe in Aufzeichnungen und Gesprächen machen ausserdem deutlich, dass Eichmann nicht einfach nur die markigen Sprüche der allgemeinen Hetze nachplapperte, sondern eine komplexe Weltanschauung hatte, die er insbesondere nach 1945 den veränderten Umständen anpasste. Grob umrissen war Eichmann davon überzeugt, dass «die Juden» und «die Deutschen» sich im Kampf um die Weltherrschaft gegenüberstanden, den nur einer von beiden würde gewinnen können. Da Eichmann, genau wie Hitler, Juden für die klügere «Rasse» hielt, weil sie über die gefährliche Waffe der Intellektualität verfügten, war die deutsche «Rasse» auch berechtigt, mit allen Mitteln gegen diese Gefahr vorzugehen. Wer sich in dieser Auseinandersetzung von einem moralischen Gesetz oder menschlicher Rücksichtnahme zurückhalten liess, handelte demnach fahrlässig. Moral und Vernunft, das wurde Eichmann nicht müde zu erklären, waren überholte Konzepte und gefährliche noch dazu, weil sie nur den Juden nutzten, um «die Wehrkraft» aller anderen zu zersetzen. Der Deutsche hatte allein der «Stimme des Blutes» zu folgen. Wenn es etwas gab, das Eichmann sich vorwarf, dann waren es seine Inkonsequenz, mangelnde Härte und gelegentliche menschliche Schwäche. Die Ermordung der Juden Europas, so dachte nicht nur Eichmann, war die Pflicht der deutschen Regierung, die ihr Volk zu schützen hatte, und Eichmann war als Teil der Funktionselite bemüht, dieser Aufgabe gewissenhaft nachzukommen.<sup>18</sup>

Persönlich genoss Eichmann es ganz offensichtlich, dass die Beteiligung an der grossen, als weltgeschichtlich verstandenen «Aufgabe» auch grosses Ansehen und Macht über andere Menschen bedeutete. Er wollte auch unbedingt den vermeintlichen Kampf mit dem so gefährlichen Gegner gewinnen und zog Lustgewinn daraus, genau diejenigen zu manipulieren und zu betrügen, denen er unterstellte, alle Welt nach ihrer Pfeife tanzen zu lassen. Die Vorstellung, klüger, schneller und besser zu sein, verleitete

ihn noch als Angeklagter vor einem israelischen Gericht zu gravierenden Fehlern in seiner Verteidigung. Eichmann sah sich in einem Krieg gegen die Juden, der auch mit dem Fall des NS-Regimes nicht aufgehört hatte. Er versuchte, in Aufzeichnungen und durch die Teilnahme an Gesprächen, aber sogar noch durch bewusste Manipulation aller der Juristen, Historiker und jedem, die ihn verstehen wollte, den Kampf fortzusetzen. Dazu zählen auch seine unermüdlichen Warnungen an die nachkommenden Generationen vor der unsichtbaren Gefahr und die ermunternden Worte an die muslimische Welt, das Vernichtungswerk der Nationalsozialisten fortzusetzen. Was nach Wahnsinn klingt, war letztlich nur die konsequente Folgerung aus der durchaus verbreiteten Annahme, dass Vernunft nur ein Irrweg und die Gleichheit der Menschen als Vernunftwesen also nichts als Illusion sein kann. Eichmanns Handeln beruhte auf der strikten Umsetzung der allenfalls halbwissenschaftlichen Rassentheorie und der damit verbundenen Leugnung jeder moralischen Grenze, wenn es darum geht, die eigene «Rasse» zu erhalten. Auch wenn Eichmann vor Gericht alles tat, um sich selber als unbedeutendes Rädchen im Getriebe darzustellen, und sich darauf herauszureden versuchte, nur Befehle befolgt zu haben, hat er seine Taten nie bereut. Denn Reue, sagte er sogar noch vor Gericht, sei nur etwas für Kinder.

*Bettina Stangneth*

- 1 Bis heute ist nur ein Versuch einer umfassenden Eichmann-Biografie erschienen: Cesarani, Adolf Eichmann. Weil dort aber ein grosser Teil zugänglicher Quellen ungenutzt blieb und sich auch einige Datierungsfehler eingeschlichen haben, geht die folgende Darstellung auf die Originalquellen zurück. Da die Anführung aller Quellen den vorgegebenen Rahmen sprengt, vgl. in Zweifelsfällen auch Stangneth, Eichmann.
- 2 Auskunft über Eichmanns jeweilige Wohnorte geben die erhaltenen Dokumente in seiner SS- und RuSHA-Akte, BArch (ehem. BDC). Zu Eichmanns Familienverhältnissen und dem Privatleben vgl. die Angaben seines Mitarbeiters und Freundes Dieter Wisliceny vom 27.10.1946, Bratislava, sog. Cell 133-Dokument: 36-seitiger handschriftlicher Bericht betr. ehemaliger SS-Obersturmbannführer Adolf Eichmann. Dokument der Anklage Nr. T/84 im Eichmann-Prozess. Wie alle Dokumente des Prozesses zugänglich in: State of Israel, Ministry of Justice, The Trial of Adolf Eichmann, Vol. I-IX; Eichmanns eigene Aussagen im Polizeiverhör und im Prozess ebenda, Vol. I-VIII. Zum Besuch in Theresienstadt vgl. Tagesbefehl des Ältestenrats Nr. 29, Dokument der Anklage T/846.
- 3 Vgl. zu Eichmanns Herkunft seine RuSHA-Akte; Eichmanns Aussagen gleich zu Beginn des Polizeiverhörs, in: State of Israel, Ministry of Justice, The Trial of Adolf Eichmann, Vol. VII-VIII; Vera Eichmann 1962 im Interview mit «Paris Match», Typoskript im Nachlass Robert Servatius, BArch, AllProz 6/252; zum Katholizismus seiner Frau insb. Sassen-Transkript, Tonband Nr. 3, BArch NL 1497. Legenden um Eichmanns ärmliche Kindheit und sein angeblich jüdisches Aussehen gehen auf

- frühe Aussagen und Interviews des für publikumswirksame Lügen bekannten Wilhelm Höttl zurück, eines Kollegen von Eichmann, zuletzt in: «Der Endloser» aus der Reihe «Hitlers Helfer II», ZDF-Erstaussstrahlung 1998. Zum Kontakt der Familie nach 1945 siehe Äusserungen von Eichmanns Bruder Robert, diverse Berichte von Simon Wiesenthal. Zum Gnadengesuch vgl. BArch, AllProz6/182.
- 4 Zum Disziplinarverfahren gegen Eichmann und Fritz Schaub vgl. Bericht des SS- Sturmführers vom 23.4.1934, YVA, 0-51/61; Meldung Eichmanns vom 30.4.1943, BArch (ehem. BDC), SSO, Eichmann, Adolf. Zum Grundstücksankauf siehe Eichmanns Ankaufempfehlung für das Anwesen der Amalia Taliafuss an die Gestapoleitstelle Wien, 5.4.1939, Faks. in: Friedman, Lowenherz; vgl. Stangneth, Eichmann, S. 223; Anderl, «Umschulungslager». Zur Affäre mit der Reichsbank vgl. Dokumente der Anklage im Eichmann-Prozess T/135 und T/149: Berichte und Vermerke Eichmanns zum Besuch des Reichsbankrates Wolf im Reichswirtschaftsministerium Wien, 16.6.1938, und Otto von Bolschwing, Bericht über die Reise des Bankrats Dr. Wolf und Assessor Siegert nach Wien, 20.6.1938; Aktennotiz Hagen, 25.5.1938, Besprechung Reichsbankrat Wolf und Six, BArch Berlin-Hoppegarten, Dok./K. 99, Bd. 3; vgl. Venus/Wenck, Die Entziehung jüdischen Vermögens, S. 65 f. Zur Konferenz im Luftfahrtministerium siehe Telegramm Heydrich an Stahlecker, 11.11.1938, der Eichmanns Anwesenheit für den nächsten Tag bei der Konferenz fordert (BArch R 58/486,28). Eichmann stattete Heydrich mit Erfolgswahlen aus, die nur zum Teil stimmten, und übertrieb systematisch den Anteil, der wirklich auf die Zentralstelle zurückging. Protokoll der Konferenz vgl. Dokument der Anklage, T/114 (auch IMT 1816-PS). Protokoll der Sitzung vom 20.3.1941, erstellt am 21.3.1942, Reichspropagandaleitung Hauptamt Reichsring, abgedruckt bei: Adler, Der verwaltete Mensch, S. 152 f.
  - 5 Die Duellforderung machte schnell die Runde und wurde entsprechend häufig erwähnt, vgl. am ausführlichsten Sassen-Transkript, Tonband 14,8 f., BArch NL 1497. Zur Affäre Uebelhoer vgl. u.a. Fernschreiben Regierungspräsident Litzmannstadt, Übelhör[!], vom 9.10.1941 an Himmler, Dokument der Anklage T/220; IVB4a gez. Heydrich an Himmler, 19.10.1941, Dokument der Anklage T/222; Briefwechsel General Thomas, Wehrwirtschafts- und Rüstungshauptamt/Himmler, 11.10.1941, Dokument der Anklage T/248. Eichmann erhielt sein Beförderungsschreiben am 11.10.1941 mit Wirkung vom 9.11.1941 (SS-Akte). Zur angeblichen Jagd auf Juden in Monaco vgl. Dokumente der Anklage T/492 ff.; Thadden, Aufzeichnung der Besprechung vom 21.9.1943 und weitere Korrespondenz ebenda.
  - 6 Ausführlich zu Eichmanns Methoden der Manipulation durch gezielte Instrumentalisierung der Bürokratie vgl. Stangneth, Bekenntnisse des Täuschers.
  - 7 Aus unerfindlichen Gründen gehen in der Literatur Referatsbezeichnungen und Zuständigkeiten sogar in einschlägigen Werken durcheinander. Zu Eichmanns Zuständigkeiten gehören zeitweise «Räumung», «Besetzte Gebiete», «Einziehung volks- und staatsfeindlichen Vermögens und Aberkennung der deutschen Staatsbürgerschaft», «Weltanschauliche Gegner, Konfessionen, Juden», «Politische Kirchen und Sekten» und «Emigranten». Vgl. Geschäftsverteilungspläne des RSHA und SSO-Akte. Eindrucksvolle Zeitzeugen- Dokumente zur unterschiedlichen Wahrnehmung Eichmanns finden sich in den Fernsehdokumentationen «Erscheinungsform Mensch: Adolf Eichmann» von Rolf Defrank, Hamburg Aurora Television Productions, 1978-1979 und «Adolf Eichmann – Begegnungen mit einem Mörder» von Clara Glynn, BBC/NDR 2002.
  - 8 Bezeichnenderweise ist bis heute kein Vorschlag eines anderen Ministeriums bekannt, Eichmann die auf der Wannsee-Konferenz zugewiesene Funktion streitig zu machen, obwohl Heydrich kurz darauf starb.
  - 9 Vgl. Kreutzmüller, Eichmanns Zahlen.

- 10 Es ist nur schwer vorstellbar, dass Eichmanns Vorgesetzte nichts mit der Unzuverlässigkeit und oft auch Manipulation der Zahlen zu tun hatten, auf die sie sich stützten. Dass sich Zahlen besonders gut eignen, um harte Fakten vorzutäuschen, ist keine Erfindung unserer Zeit.
- 11 Adolf Eichmann, Auch hier angesichts des Galgens. Handschriftliche Aufzeichnung zur Jahreswende 1961/62. Abschrift im Nachlass Servatius, BArch, AllProz 6/165.
- 12 Alle Äusserungen Eichmanns zur Wannsee-Konferenz abgedruckt bei: Kampe/Klein (Hrsg.), Wannsee-Konferenz.
- 13 Vgl. die von der Forschung bis heute weitgehend unbeachteten Verhöre Eichmanns von Frauen im März 1945, die aus Ravensbrück nach Theresienstadt verlegt worden waren. Aussage Charlotte Salzburger, Prozess Sitzung 42. Eichmann hat ihrer Darstellung, dass es dabei um den Versuch der Unterdrückung von Informationen über die letzten Massentötungen ging, nicht widersprochen und war von der Wiederbegegnung sichtlich unangenehm berührt. Stefan Hördler hat, ohne Kenntnis dieser Quelle, nachgewiesen, dass die letzten Massentötungen mit Gas vermutlich zwischen dem 15. und 24.4.1945 vom mobilen Sonderkommando Moll durchgeführt wurden: Hördler, Schlussphase des Konzentrationslagers, S. 244.
- 14 Nachdem auch Himmler begriffen hatte, dass das Reich nicht tausendjährig sein würde, man also mit der Entdeckung der Massengräber rechnen musste, befahl er die Vernichtung der Spuren der Vernichtung: Das Sonderkommando 1005 sollte die Überreste der Menschen, die während der Aktion Reinhard ermordet worden waren, wieder «enterden», also alles wieder ausgraben und beseitigen, was den Massenmord verraten konnte.
- 15 Aussage Dieter Wisliceny, IMT 4,412 (3. Januar 1946). Vgl. Stangneth, Eichmann, S. 91-93.
- 16 Vgl. ausführlich Die Nachkriegskarriere eines Namens, in: Stangneth, Eichmann, S. 91-107. Eichmanns Misstrauen sowohl in seine Vorgesetzten als auch in seine Untergebenen war ebenso berechtigt wie sein Geschick erstaunlich war, daraus noch eine Zeit lang Vorteile ziehen zu können, weil er ihr Verhalten rechtzeitig richtig eingeschätzt hatte. Wie alle Beförderungen, die 1945 wie üblich zum Gedenken an die «Machtergreifung» im Januar ausgelobt wurden, also ab April Geltung gehabt hätten, trat auch Eichmanns Ernennung nicht mehr in Kraft. Das Kriegsende kam schneller.
- 17 Stangneth, Eichmanns Erzählungen, in: Kampe/Klein (Hrsg.), Wannsee-Konferenz, S. 139-150.
- 18 Vgl. ausführlich Stangneth, Eichmann, S. 266-300. Zur nationalsozialistischen Denkungsart in ihrer systematischen Reichweite vgl. Stangneth, Böses Denken, S. 130-142.

# Reinhard Heydrich

## Reichssicherheitshauptamt

### Der Vollstrecker des nationalsozialistischen Terrors

Unbekannter Fotograf,  
o.D. [1941/42]  
ullstein bild, 1011103339



■ «Das Judentum ist als solches selbstverständlich durch die Gesetzgebung von Nürnberg als jüdische Rasse und jüdisches Volk isoliert. Damit ist ein direktes Zufließen jüdischen Blutes in den Volkskörper verhindert. Der mittelbare Einfluss jüdischen Geistes ist aber noch lange nicht endgültig gehemmt. Einmal sitzen unbewusst noch bei vielen, vor allem in Wissenschaft und Geisteswelt, jüdische, liberale und freimaurerische Infektionsreste. Auf der anderen Seite hat uns unsere eigene deutsche Geschichte gezeigt, dass das jüdische Ziel ewig bleibt: Die Beherrschung der Welt durch eine mehr oder weniger sichtbare jüdische Oberschicht. [...] In der Aussenpolitik arbeitet der Jude mit den Apparaten, die schon restlos seiner Führung unterliegen, dem Bolschewismus und den im Ausland noch intakten Freimaurerlogen.»<sup>1</sup>

Wenige führende Nationalsozialisten haben seit Ende des Zweiten Weltkriegs mehr Aufmerksamkeit von Journalisten, Filmemachern und Schriftstellern auf sich gezogen als Reinhard Heydrich, der junge «Todesengel» des «Dritten Reiches». Seine steile Karriere in Hitlers Diktatur wie auch das Attentat in Prag, dem er 1942 zum Opfer fiel, sind Gegenstand von mehreren Dutzend Spiel- und Dokumentarfilmen (beginnend mit Fritz Langs bereits 1943 erschienenem Hollywood-Film «Hangmen also Die»). Heinrich Manns «Lidice» (1942) setzte den Opfern der nationalsozialistischen Racheaktion für Heydrichs Tod ein literarisches Denkmal, während sich neuere Romane wie Lau-

rent Binets Bestseller «HHhH» (2010) dem Thema Heydrich aus postmoderner Perspektive annähern.

Wer also war der Mann, der mit gerade einmal 38 Jahren den Vorsitz der Wannsee-Konferenz führte und bis zu seinem Tod 1942 zusammen mit Hitler und Himmler die Zügel der nationalsozialistischen Judenpolitik in den Händen hielt? Reinhard Heydrich spielte eine dreifache Schlüsselrolle im komplexen Machtsystem des «Dritten Reiches». Als Leiter der Terror- und Sicherheitszentrale des NS-Regimes, des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), als Chefbeauftragter für die «Endlösung der Judenfrage» und als Stellvertreter Hitlers im Protektorat Böhmen und Mähren vereinte er trotz seines jungen Alters eine Machtfülle wie nur wenige andere im «Dritten Reich».<sup>2</sup>

### Vom privilegierten Bürgersohn zum radikalen SS Führer

Der Aufstieg des 1904 in Halle an der Saale geborenen Sohnes einer wohlhabenden katholischen Musikerfamilie, seine Transformation vom unsicheren und eher apolitischen Einzelgänger zum selbstbewusst auftretenden und ideologisch gefestigten Leiter des RSHA und Cheforganisator der Judenverfolgung verlief deutlich anders als etwa bei seinem Vorgesetzten Heinrich Himmler oder seinem langjährigen Stellvertreter Dr. Werner Best und war alles andere als geradlinig: Heydrich genoss eine typische bildungsbürgerliche Jugend im wilhelminischen Deutschland ohne jede erkennbare Besonderheiten, die die spätere Aggressivität und Grausamkeit hätten fördern können. Sein Vater war ein erfolgreicher Operntenor, Komponist und Konservatoriumsdirektor, seine Mutter entstammte einer angesehenen Familie aus Dresden, wo Heydrichs Grossvater Eugen Krantz Direktor des international renommierten Königlich-Sächsischen Konservatoriums war. Heydrichs Kindheit war also in jeder Hinsicht privilegiert. Er ging auf ein progressives, nicht-konfessionelles Realgymnasium, auf dem moderne Fremdsprachen und Naturwissenschaften im Vordergrund standen, machte das Abitur, was damals einer kleinen Minderheit vorbehalten war, begann schon früh mit musischer Erziehung und war Messdiener in der kleinen katholischen Gemeinde der preussischen Stadt Halle an der Saale.<sup>3</sup>

Wie viele spätere Nationalsozialisten und Teilnehmer der Wannsee-Konferenz gehörte Heydrich zur sogenannten Kriegsjugendgeneration. Als Teenager teilte er die Krisenerfahrungen seiner Generation: die Kriegsniederlage von 1918, die Revolution und die Hyperinflation der frühen 1920er-Jahre, die das einst beachtliche Vermögen der Heydrichs vernichtete. All diese Erfahrungen prägten ihn nachhaltig, wenngleich er – im Unterschied zu den meisten anderen späteren Spitzenfunktionären des «Dritten

Reiches» – durch sie zunächst weder zum glühenden Antisemiten noch zum Parteigänger der noch jungen nationalsozialistischen Bewegung wurde. Vielmehr enthielt sich Heydrich in den 1920er-Jahren jedweder politischen Aktivität. Laut eigenen Angaben hat der Teenager zwar nach 1918 in Halle als Freikorpsmitglied gekämpft, doch seine Beteiligung an paramilitärischen Aktivitäten nach dem Ersten Weltkrieg war allenfalls marginal und scheint eher Ausdruck jugendlicher Abenteuerlust als ein frühes politisches Bekenntnis zum radikalen Nationalismus gewesen zu sein. Auch Anzeichen eines aufkeimenden biologischen Antisemitismus sucht man bei Heydrich in dieser Zeit vergeblich.<sup>4</sup>

Durch den wirtschaftlichen Niedergang der Familie der Möglichkeit beraubt, beruflich in die Fußstapfen seines Vaters zu treten und das Konservatorium in Halle zu übernehmen, trat Heydrich 1922 in die seit 1918 sehr kleine Reichsmarine ein, die ihm in unsicherer Zeit ein festes Einkommen und gesellschaftliches Ansehen versprach.<sup>5</sup> Die Marineleutnantskarriere endete allerdings abrupt und unerwartet, als er auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise wegen eines gebrochenen Heiratsversprechens, vor allem aber wegen arroganten Auftretens gegenüber dem zur Klärung der Affäre zusammengetretenen militärischen Ehrenrat aus der Marine ausgestossen wurde. Die unehrenhafte Entlassung von 1931 stellte den eigentlichen Wendepunkt in Heydrichs Leben dar. Arbeits- und orientierungslos, ohne familiäre Unterstützung, auf die er hätte zurückgreifen können, folgte er dem Rat seiner jungen Verlobten Lina von Osten, einer glühenden Nationalsozialistin, sich um einen Verwaltungsposten bei der damals noch winzigen und politisch unbedeutenden SS in München zu bewerben.<sup>6</sup> Lina von Osten spielte insofern eine Schlüsselrolle in Heydrichs Leben. Sie war zu diesem Zeitpunkt politisch wesentlich interessierter als ihr Verlobter, und Heydrichs Eintritt in die SS war auch und nicht zuletzt dem Bemühen geschuldet, gegenüber Lina und ihrer nicht minder nationalistisch eingestellten Familie seine Heiratsfähigkeit unter Beweis zu stellen.

Bis zu diesem Zeitpunkt hätte Heydrichs Leben eine ganz andere Wendung nehmen können. Tatsächlich besass er ausser seinem verbissenen Willen, nie wieder zu scheitern, nur wenige offensichtliche Talente für seine künftige Rolle als Chef des politischen Polizeiapparats und des Sicherheitsdienstes (SD) sowie als Organisator des Massenmordes im Zweiten Weltkrieg. Ohne Vorkenntnisse auf dem Gebiet der politisch-polizeilichen Arbeit und geheimdienstlichen Aufklärung und ohne den Stallgeruch des «alten Kämpfers» der NS-Bewegung musste sich Heydrich neu erfinden, um in dem für ihn fremden, politisch radikalen Berufsfeld zu bestehen. «Mängel» seiner frühen Biografie – die sich hartnäckig haltenden (wenn auch falschen) Gerüchte über seine



Reinhard Heydrich als Leiter der bayerischen Polizei an seinem Schreibtisch, 11. April 1934.  
Fotograf: Friedrich Franz Bauer; BArch, Bild 152-50-10

angebliche jüdische Abstammung, die 1932 zu einer demütigenden und karrierebedrohenden Parteiuntersuchung führten, und sein mangelndes politisches Engagement vor 1931 – kompensierte er durch permanenten Aktivismus und Risikosuche, durch den Radikalismus des späten Konvertiten sowie durch das ständige Bemühen, andere zu übertreffen, ob im Sport, bei der Arbeit oder im Erarbeiten radikaler Politikvorschläge.<sup>7</sup>

Heydrichs politische Radikalisierung, sein steiler Lernprozess in Sachen NS-Ideologie und seine Selbststilisierung als «idealer SS-Mann» fallen somit erst in die Jahre 1931 bis 1936. Entscheidend für seine zukünftige Entwicklung waren die Erfahrungen und persönlichen Begegnungen, die er innerhalb der SS machte, einem sehr spezifischen politischen Milieu aus in der Regel jungen, ideologisch radikalen und aufstiegsorientierten Männern, die sich Gewaltfantasien zur Säuberung Deutschlands von seinen «inneren Feinden» hingaben und gleichzeitig die bürgerlichen Moralvorstellungen der Vätergeneration als überholt und ungeeignet ablehnten, um Deutschlands «nationale Wiedergeburt» zu sichern.<sup>8</sup> Dabei erwies er sich in ideologischer Hinsicht schnell als gelehriger Schüler Heinrich Himmlers. Sehr viel stärker noch als Hitler war Himmler die zentrale Bezugsperson in Heydrichs beruflichem Leben nach 1931. Entgegen allen nach 1945 gestreuten Gerüchten verstanden sich die beiden Männer auf Anhieb



und ergänzten sich in ihren «Talenten»: auf der einen Seite der romantisch-rassistische Schwärmer Himmler mit ausgeprägter Begabung für den im «Dritten Reich» essenziellen Aufbau von innerparteilichen Netzwerken und unleugbarem Geschick in der «Menschenführung», wie es im NS-Jargon hiess. Auf der anderen Seite Heydrich, der Himmler aufgrund der ihm gewährten zweiten beruflichen Chance unbedingt und dauerhaft ergeben war, mit ausgeprägtem Organisationstalent, rücksichtsloser Durchsetzungskraft und brennendem Ehrgeiz. Ihre komplementären Eigenschaften halfen Heydrich und Himmler bei der sukzessiven Ausweitung der Kompetenzen der vormals kleinen und unbedeutenden SS zum entscheidenden Machtfaktor bei der Bekämpfung eines ausufernden und zunehmend biologistisch definierten Gegnerspektrums.<sup>9</sup> Die rauschhafte Erfahrung des rasanten Aufstieges, durch den der eben noch beruflich gescheiterte ehemalige Marineleutnant auf ständig wachsende Machtressourcen zurückgreifen konnte, sollte Heydrich in dem Glauben bestärken, dass seine Hinwendung zur radikalsten Organisation innerhalb der NS-Bewegung richtig gewesen sei und auch für die Zukunft ungeahnte Möglichkeiten verspreche.

Obwohl er ursprünglich eher aus opportunistischen Gründen in die SS eingetreten war, wandelte er sich binnen weniger Jahre zum Überzeugungstäter. Die Verwirklichung von Hitlers utopischer Gesellschaft, davon war Heydrich zunehmend überzeugt, erforderte den unbarmherzigen und gewaltsamen Ausschluss aller «Elemente», die er und Himmler für «gefährlich» erachteten, eine Aufgabe, die allein von der in der «Gegnerbekämpfung» geschulten und ideologisch zuverlässigen SS ausgeführt werden könne. Nur indem die deutsche Gesellschaft von allem «gereinigt» würde, was als «fremd, krank und feindselig» gewertet wurde, konnte in dieser Perspektive eine neue «Volksgemeinschaft» entstehen und der unausweichliche Krieg gegen den ideologischen Hauptgegner des Reichs, die Sowjetunion, gewonnen werden.<sup>10</sup>

Die Mittel zur «Reinigung», die Heydrich vorschwebten, sollten sich zwischen 1933 und 1942 dramatisch verändern, zum Teil in Reaktion auf Umstände und Ereignisse jenseits seiner Kontrolle (vom Beginn des Zweiten Weltkriegs bis hin zum Scheitern verschiedener Deportationspläne), zum Teil als Ergebnis des zunehmenden Machbarkeitswahns, der viele ranghohe SS-Führer, Militärs und Siedlungsplaner nach dem deutschen Überfall auf Polen erfasste: die fixe Idee, dass eine einmalige historische Gelegenheit gekommen sei, um mit Deutschlands «inneren und äusseren Feinden» abzurechnen. Während systematische Massenmorde an Juden selbst für Heydrich bis zum Beginn des Kriegs 1939 undenkbar waren, wurden seine Ansichten zu dieser Frage während der folgenden zweieinhalb Jahre immer radikaler. Eine Verbindung aus kriegsbedingter Brutalisierung, Enttäuschung über fehlgeschlagene Vertreibungsplä-

ne, der Druck von lokalen Verwaltern in den besetzten Gebieten und eine weltanschaulich motivierte Entschlossenheit, die «Judenfrage» ein für alle Male zu lösen, führten zu einer «kumulativen Radikalisierung» (Hans Mommsen), die sich in immer weiter ausufernden Massenmorden an jüdischen und slawischen Bevölkerungsgruppen niederschlug.<sup>11</sup>

War es vor Kriegsbeginn vor allem die von Heydrich etablierte Zentralstelle für jüdische Auswanderung gewesen, die die «Judenfrage» im Deutschen Reich durch forcierte Auswanderung lösen sollte, so war es ab September 1939 eine andere Institution, ebenfalls unter Heydrichs Leitung, die die operative Judenverfolgung koordinierte: das Reichssicherheitshauptamt (RSHA). Das RSHA, das nach monatelangen Vorbereitungen am 27. September 1939 in Berlin offiziell seine Arbeit aufnahm, war eine Einrichtung neuen Typs: ein organisatorisches Amalgam aus Sicherheitspolizei (also der bereits verschmolzenen Kriminalpolizei und der Politischen Polizei) und dem SD als Nachrichtendienst der Partei. Im Unterschied zu konventionellen Polizeiparaten diente es nicht nur dem Zweck, Verbrecher nach begangener Tat zu verfolgen, sondern es hatte überdies die Aufgabe, Staat und Gesellschaft *vorbeugend* von politischen und rassistischen Gegnern zu säubern, was Heydrich bereits Mitte der 1930er-Jahre gefordert hatte und was sein Apparat bereits seit Jahren praktizierte. Während des Krieges sollte das RSHA nach dem Willen Heydrichs zu einem zentralen Instrument bei der Schaffung einer utopischen Neuen Ordnung werden. Die «Erfolge» des RSHA in den kommenden Jahren forcierten Heydrichs stetigen Aufstieg weiter, bis der SS-Obergruppenführer und General der Polizei im Herbst 1941 zum stellvertretenden Reichsprotektor von Böhmen und Mähren ernannt wurde.

### Ein Massenmörder

Der Zweite Weltkrieg eröffnete Heydrich und Himmler eine zweifache Chance für weiteren Machtzuwachs: einerseits durch die Ausweitung ihrer polizeilichen Kompetenzen vom Reichsgebiet auf die besetzten Gebiete, andererseits durch die Ernennung Himmlers zum Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums mit Führererlass vom 7. Oktober 1939 und jene Heydrichs zum Chefplaner für die «Endlösung der Judenfrage». Als Koordinator der personell zu grossen Teilen aus seinem Apparat bestückten Einsatzgruppen war Heydrich bis 1942 sehr viel direkter an den Massenmorden an jüdischen Zivilisten beteiligt als etwa Himmler, ohne dass daraus eine persönliche oder professionelle Konkurrenz erwachsen wäre.

Für Reinhard Heydrich als Gastgeber der Wannsee-Konferenz war der offizielle Anlass der Zusammenkunft in «seinem» Gästehaus am Grossen Wannsee ein doppelter: Zunächst ging es darum, wie Heydrich in seiner Einladung Ende November 1941 geschrieben hatte, «unter Beteiligung der in Frage kommenden anderen Zentralinstanzen alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht für eine Gesamtlösung der Judenfrage zu treffen». Als weiteren Grund für die notwendige «Aussprache» gab er an, dass «seit dem 15.10.1941 bereits in laufenden Transporten Juden aus dem Reichsgebiet einschliesslich Protektorat Böhmen und Mähren nach dem Osten evakuiert werden».<sup>12</sup> Die Deportation der Juden aus dem Reich warf vor allem die Frage auf, ob auch «Mischlinge» und die jüdischen Partner in «Mischehen» in die «Endlösung» einbezogen werden sollten.<sup>13</sup> Den vielleicht wichtigsten Grund des Treffens, zumindest aus Heydrichs Perspektive, nannte er in dem Brief nicht, auch wenn die Eingeladenen ihn ohnehin verstanden haben dürften: die Bestätigung der keineswegs unumstrittenen federführenden Rolle der SS-Führung bei der Planung und Umsetzung der «Endlösung».

Die Gäste nahmen in der Hierarchie des «Dritten Reiches» einen mit Heydrich durchaus vergleichbaren Rang auf der Staatssekretärebene ein, auch wenn keiner von ihnen eine ähnliche Machtfülle besass. Aus Heydrichs charakteristischer dichotomischer Weitsicht liess sich die Gästeliste grob in Verbündete und vermeintliche Gegenspieler aufteilen. Die grösste Gruppe am Tisch stellten die Vertreter jener Reichsministerien, die unmittelbar mit Aspekten der nationalsozialistischen Judenverfolgung befasst waren und deshalb potenzielle oder tatsächliche Rivalen der ambitionierten SS-Führung waren: Wilhelm Stuckart (Reichsministerium des Innern), Roland Freisler (Reichsjustizministerium), Erich Neumann (Behörde für den Vierjahresplan), Friedrich Wilhelm Kritzinger (Reichskanzlei) und Martin Luther (Auswärtiges Amt). Die beiden Vertreter des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete, Alfred Meyer und Georg Leibbrandt, fielen ebenfalls in diese Kategorie; sie vertraten zudem mit Hans Franks Staatssekretär im Generalgouvernement, Josef Bühler, eine zweite Gruppe, nämlich die Behörden der deutschen Zivilverwaltung in den besetzten Ostgebieten, zu denen Heydrich ein chronisch schlechtes Verhältnis hatte.<sup>14</sup>

Daneben hatte Heydrich zwei Vertreter der SS- und der Parteidienststellen an den Wannsee gebeten, die sich in erster Linie mit «Rassefragen» beschäftigten: Gerhard Klopfer, den Stellvertreter Martin Bormanns in der Parteikanzlei, und Otto Hofmann, Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes. Aus seinem eigenen Amt hatte Heydrich zwei für die operative Judenverfolgung zentrale Mitarbeiter hinzugebeten, nämlich Gestapo-Chef Heinrich Müller und seinen «Experten für Judenfragen», Adolf Eich-



Am 12. Januar 1942 gratulierte Heydrich Hermann Göring zu dessen 49. Geburtstag. Durch seine persönliche Anwesenheit versicherte er dem Reichsmarschall acht Tage vor der Wannsee-Konferenz auch seine Loyalität. Unbekannter Fotograf; bpk, Bild-Nr. 30008532

mann. Den SS- und Polizeiapparat im besetzten Osten vertraten Eberhard Schöngarth, Chef der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement und Vertreter des Höheren SS- und Polizeiführers (HSSPF) Krüger, und Dr. Rudolf Lange, Stellvertreter von Franz Walter Stahlecker als Chef von Sipo und SD und Leiter der Einsatzgruppe A im Generalkommissariat Ostland. Lange war unter anderem für die Massenerschießungen von mehr als 30'000 Juden in Riga Ende November 1941 verantwortlich.<sup>15</sup> Das Verhältnis Heydrichs zu diesen Mitarbeitern war kollegial, aber hierarchisch. Freunde im eigentlichen Sinne hatte der emotional kühle Chef des RSHA nur wenige, darunter vor allem Herbert Backe, Staatssekretär (ab 1942 Minister) im Reichsernährungsministerium. Backe hatte sich 1941 als zentrale Figur bei der Ausarbeitung des «Hungerplans» profiliert – der Idee, Millionen von Zivilisten in der Sowjetunion dem Hungertod auszusetzen, um die Versorgung der deutschen Truppen zu garantieren.

Heydrich eröffnete die Konferenz mit dem erneuten Hinweis, dass Göring ihn persönlich mit der «Vorbereitung der Endlösung der europäischen Judenfrage» beauftragt habe. Die Besprechung diene allein dem Zweck, in grundsätzlichen Fragen Klarheit zu schaffen. Der Reichsmarschall erwarte von ihm einen «Entwurf über die organisatori-

schen, sachlichen und materiellen Belange im Hinblick auf die Endlösung der europäischen Judenfrage». Dies erfordere auch und nicht zuletzt eine «Parallelisierung der Linienführung» bei der Behandlung der «Judenfrage» durch unterschiedliche Instanzen des «Dritten Reiches». Heydrich stellte unmissverständlich klar, wer bei dieser «Parallelisierung» den Ton angeben würde, nämlich nicht die Zivilverwaltung im Generalgouvernement und auch nicht das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete. «Die Federführung bei der Bearbeitung der Endlösung der Judenfrage», heisst es im Protokoll, liege «ohne Rücksicht auf geographische Grenzen» beim Reichsführer SS und dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD, also bei Heydrich.<sup>16</sup>

Heydrich hatte bewusst die Formulierung «ohne Rücksicht auf geographische Grenzen» gewählt, um zu unterstreichen, dass weder Alfred Rosenberg als Reichsminister für die besetzten Ostgebiete noch Generalgouverneur Hans Frank befugt waren, innerhalb ihres Machtbereichs Entscheidungen hinsichtlich der Judenpolitik zu treffen. Um seine Autorität in «Judenfragen» weiter zu unterstreichen, verwies Heydrich vor den Konferenzteilnehmern noch einmal auf die «Erfolge» seines Apparats im Kampf gegen die Juden. Seit dem Einmarsch deutscher Truppen in die Sowjetunion habe sich die Lage jedoch völlig verändert. Die Auswanderung aus Deutschland sei keine Option mehr und im Herbst 1941 von Himmler sogar verboten worden. Stattdessen sah Heydrich eine temporäre Lösungsmöglichkeit, die Hitler vor Kurzem gebilligt habe: «die Evakuierung der Juden in den Osten». Die Deportationen aus dem Reich und dem Protektorat nach Litzmannstadt (Łódź), Minsk und Riga hätten bereits wichtige «praktische Erfahrungen» gebracht, die «im Hinblick auf die kommende Endlösung der Judenfrage von wichtiger Bedeutung» seien.<sup>17</sup>

Die von Heydrich zynisch angesprochenen «praktischen Erfahrungen» bezogen sich auf die seit Oktober 1941 laufenden Deportationen aus Deutschland, Österreich und dem Protektorat, die sehr uneinheitlich verlaufen waren. Während die etwa 20'000 aus Luxemburg, Frankfurt am Main, Köln, Berlin, Prag und Wien stammenden Juden, die zwischen dem 15. Oktober und 3. November 1941 nach Litzmannstadt transportiert worden waren, unter elenden Bedingungen im dortigen Ghetto untergebracht wurden, traf es andere Deportierte noch schlimmer. Um Platz für Deportationstransporte aus Hamburg zu schaffen, waren im November 1941 annähernd 12'000 Juden aus dem Minsker Ghetto von Sicherheits- und Ordnungspolizeieinheiten erschossen worden. In Kaunas und Riga waren Ende November erstmals auch deutsche Deportierte gleich nach Ankunft der Transporte ermordet worden, darunter fast 5'000 Männer, Frauen und Kinder aus Berlin, München, Frankfurt am Main sowie aus Breslau und Wien, die in Kaunas von Mitgliedern des Einsatzkommandos 3 erschossen wurden. In Riga wur-

den zwischen dem 29. November und 1. Dezember neben 13'000 lettischen Juden aus dem Rigaer Ghetto auch 1'000 aus Berlin stammende Deportierte unmittelbar nach der Ankunft erschossen, was allerdings auf Proteste der Zivilverwaltungen und die Ablehnung Himmlers stiess, der zuvor in einem Telefonat mit Heydrich explizit «keine Liquidation» des Berliner Transports angeordnet hatte. Die Verschiedenartigkeit des Vorgehens an den Zielorten der Transporte offenbarte, dass die Berliner Zentrale kein einheitliches Konzept bezüglich der aus Deutschland deportierten Juden vorgegeben hatte. Das waren eben die «Probleme», die Heydrich in seiner Einladung vom 29. November 1941 als Grund für die «Aussprache» in Wannsee genannt hatte.

Nach seiner allgemeinen Einleitung konkretisierte Heydrich auch, was mit den deportierten Juden geschehen würde: «Unter entsprechender Leitung sollen nun im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In grossen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden strassenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Grossteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem unzweifelhaft um den widerstandsfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist. (Siehe die Erfahrung der Geschichte).»<sup>18</sup> Über das Schicksal der nicht «arbeitsfähigen» Frauen und Kinder sprach er dabei nicht explizit, doch ist anzunehmen, dass er sie ebenfalls für der «Sonderbehandlung» zuzuführende «Keimzelle [n] eines neuen jüdischen Aufbaues» hielt.

Inhaltlich waren Heydrichs Ausführungen zur «Judenfrage» nicht völlig neu. Wie bereits Anfang 1941 ging er auch auf der Wannsee-Konferenz davon aus, dass eine umfassende «Lösung der Judenfrage» erst nach dem Krieg möglich sei, und zwar durch eine Kombination von Deportationen nach Osten, Zwangsarbeit und Massenerschiessungen. Bis dahin konnten die systematischen Massenerschiessungen von Juden, die in der Sowjetunion während des vergangenen Sommers begonnen hatten, fortgesetzt und ausgeweitet werden.

Einen weiteren Schwerpunkt des langen Monologs auf der Wannsee-Konferenz bildete die Frage, ob «Halbjuden» und Juden in «Mischehen» in die «Endlösung» einbezogen werden sollten. Diese Frage war für den Gastgeber von grosser Bedeutung. Nach den Nürnberger Gesetzen galten nur diejenigen als Juden, die von drei oder vier jüdischen Grosseltern abstammten, während Personen mit einem oder zwei jüdischen Grosseltern als «Mischlinge» klassifiziert wurden. Im Laufe des Jahres 1941 hatten besonders radikale antisemitische Nationalsozialisten ihre Bemühungen

verstärkt, die Sonderstellung der «Mischlinge» abzuschaffen, also «Mischlinge» und «Volljuden» rechtlich gleichzustellen. Auch Heydrich zeigte ein reges Interesse an der Frage, vor allem als es notwendig wurde festzulegen, welche Gruppen aus dem Reich deportiert werden sollten. Was die deutschen Juden in «Mischehen» anging, deren Zahl damals unter 20'000 lag, schlug Heydrich ebenfalls eine radikale Lösung vor: Seiner Ansicht nach sollten alle «Volljuden» deportiert werden, die mit einem «deutschblütigen» Partner verheiratet waren. Mit der abschliessenden Bitte des Gastgebers an die Teilnehmer, ihn bei der weiteren Arbeit an der Lösung des «Judenproblems» zu unterstützen, wurde die Konferenz beendet.

Alles in allem dauerte sie nicht länger als anderthalb Stunden, wobei laut Protokoll der überwiegende Teil der ursprünglich geplanten «Aussprache» aus Monologen Heydrichs bestand. Insgesamt fiel das Treffen aus Sicht des Gastgebers positiv aus. Wie sich sein Untergebener Adolf Eichmann während seines Nachkriegsprozesses in Jerusalem erinnerte, lud ihn Heydrich nach dem Ende der Wannsee-Konferenz ein, ihm und Gestapo-Chef Müller «bei einem Glas Kognak und einer Zigarette Gesellschaft zu leisten». Da Heydrich für gewöhnlich weder trank noch rauchte, muss er an diesem Tag in ausgesprochener Feierlaune gewesen sein.<sup>19</sup>

Heydrichs Zufriedenheit war zumindest teilweise berechtigt. Er hatte sich von der Konferenz drei Dinge erhofft: erstens die offizielle Zustimmung der NS-Zentralinstanzen und der Behörden im besetzten Osten zu den bereits angelaufenen Deportationen als Teil einer umfassenden «Lösung der Judenfrage»; zweitens die Bestätigung der keineswegs unumstrittenen federführenden Rolle der SS-Führung bei der Planung und Umsetzung der «Endlösung»; drittens Einigkeit darüber, welche Personen aus dem Reich deportiert werden sollten. Mindestens zwei dieser Ziele hatte er erreicht. Die Anwesenden hatten die Führungsrolle Heydrichs bei der «Endlösung der Judenfrage» akzeptiert. Die Vertreter des Reichsinnenministeriums, des Generalgouvernements und des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete hatten sich mit seinen Plänen einverstanden gezeigt und sogar neue radikale Lösungsvorschläge für die besetzten polnischen Gebiete unterbreitet, indem sie anregten, die Juden in ihrem Herrschaftsreich gleich vor Ort zu ermorden. Der seit Langem schwelende Konflikt mit den Zivilbehörden im Generalgouvernement schien damit beigelegt. Heydrich und Franks Stellvertreter hatten sich prinzipiell darauf verständigt, dass die Zahl der Juden im Generalgouvernement zunächst durch Massenmorde verringert werden müsse, bevor weitere Juden dorthin abgeschoben werden sollten. Zwar gab es auch nach der Konferenz im Januar 1942 immer wieder Kompetenzstreitigkeiten, doch die «Grundlinie hinsichtlich der praktischen Durchführung der Endlösung der Judenfrage» sei nun «erfreulicher-

weise [...] festgelegt», schrieb Heydrich kurze Zeit später in einem Brief an Unterstaatssekretär Luther vom Auswärtigen Amt.<sup>20</sup> In der Frage der «Mischlinge» und der «Mischehen» hatte Heydrich allerdings keinen Durchbruch erzielen können. Sowohl das Reichspropagandaministerium als auch das Reichsjustizministerium fürchteten die Folgen von Zwangsscheidungen. Im Oktober 1942 sollten sich Reichsjustizminister Otto Georg Thierack und Himmler darauf einigen, zumindest während des Krieges keine «Mischlinge» zu deportieren.<sup>21</sup>

Am Tag nach der Wannsee-Konferenz informierte Heydrich den Reichsführer SS telefonisch über die Ergebnisse der Konferenz. Zu diesem Zeitpunkt war Heydrich bereits wieder in Prag, wo ihm eine weitere zentrale Aufgabe anvertraut worden war: Im September 1941, nur zwei Monate nach dem Beginn des «Unternehmens Barbarossa» und in einem entscheidenden Augenblick des Übergangs zum systematischen Massensold an sowjetischen Juden sowie der beginnenden Deportation von Juden aus dem Reichsgebiet und dem Protektorat, hatte Hitler ihn zum stellvertretenden Reichsprotektor von Böhmen und Mähren ernannt. Dies hatte einerseits mit wachsenden Widerstandsaktivitäten im Protektorat zu tun, die die Produktivität der kriegswichtigen tschechischen Rüstungsindustrie bedrohten. Noch wichtiger allerdings war, dass Heydrich nach Prag geschickt wurde, um die nächste Phase der nationalsozialistischen Rassenpolitik einzuleiten und zu überwachen, nämlich einerseits den Beginn der soeben von Hitler sanktionierten Deportation aller Juden aus Deutschland und dem Protektorat und andererseits die Vorbereitung der restlosen Germanisierung des Protektorats, also der vollständigen rassischen, politischen und kulturellen Eingliederung von Böhmen und Mähren ins Deutsche Reich.<sup>22</sup> Die «Lösung der Judenfrage», für die Heydrich seit Ende der 1930er-Jahre die unmittelbare Verantwortung trug, war somit lediglich ein erster Schritt auf dem Weg zur blutigen Entflechtung der komplexen ethnischen Zusammensetzung Europas durch ein gross angelegtes Projekt der Vertreibung, Umsiedlung und Ermordung von Millionen Menschen in Osteuropa.

Als stellvertretender Reichsprotektor von Böhmen und Mähren – ein Amt, das er bis zu seinem Tod im Juni 1942 bekleidete – leitete Heydrich als ersten Schritt zur Germanisierung des Protektorats ein hoch ambitioniertes Programm einer rassischen Klassifizierung und des Kulturimperialismus in die Wege. Allerdings war es Heydrich völlig bewusst, dass die vollständige Germanisierung Osteuropas bis zum Sieg der Wehrmacht über die Rote Armee aufgeschoben werden musste. Allein logistisch gesehen war es unmöglich, schätzungsweise 30 Millionen Slawen im eroberten Osten zu vertreiben, umzusiedeln oder zu ermorden und gleichzeitig gegen eine zahlenmässig überlegene Allianz von Feinden auf dem Schlachtfeld den Krieg zu gewinnen. Die Vernichtung der Juden Europas, einer wesentlich kleineren und leichter identifizierbaren Minderheit, warf beträchtlich weniger logistische Probleme auf. Für Heydrich und



Himmler bot die schnelle Verwirklichung der «Endlösung» zudem einen grossen strategischen Vorteil gegenüber rivalisierenden Instanzen in den besetzten Gebieten: Indem sie ihre Zuverlässigkeit bei der Ausführung der genozidalen Intentionen Hitlers bewiesen, empfahl sich die SS dem Führer als die am besten geeignete Organisation zur Verwirklichung eines noch viel grösseren Nachkriegsprojekts: der umfassenden rassistischen Neuordnung Europas.<sup>23</sup>

Heydrich erlebte das Scheitern dieser grössenwahnsinnigen und genozidalen Fantasien nicht mehr. Sein Leben wurde im Mai 1942 an einer Haarnadelkurve in Prag verkürzt, wo zwei Fallschirmagenten slowakischer und tschechischer Abstammung ein Attentat auf ihn verübten. Pläne für ein solches Attentat auf Heydrich waren seit Ende September 1941 vom britischen Geheimdienst und der tschechoslowakischen Exilregierung in London unter Präsident Edvard Beneš entwickelt worden. Die überlieferten Geheimdienstdokumente zu dem Attentat zeigen deutlich, dass der Plan, Heydrich zu töten, vor allem aus Verzweiflung geboren war: Seit der Niederlage Frankreichs im Sommer 1940 und der Evakuierung des britischen Expeditionsheeres aus Dünkirchen stand die britische Führung unter starkem Druck, die militärische Initiative zurückzugewinnen. Zwar verschafften der britische Sieg in der «Luftschlacht um England» und der deutsche Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 Grossbritannien eine kurze Atempause, doch der Krieg war damit noch lange nicht gewonnen.<sup>24</sup> Ein Attentat auf einen ranghohen Nationalsozialisten war deshalb sowohl von britischer als auch von tschechischer Warte aus gesehen von grosser Symbolwirkung, signalisierte man doch, dass der tschechoslowakische Widerstandswille ungebrochen war und die Deutschen jederzeit mit Angriffen hinter der Frontlinie rechnen mussten. Als Chef des RSHA und Kopf des Besatzungsregimes in Prag war Heydrich ein attraktives Angriffsziel, zumal bekannt war, dass er Sicherheitsvorkehrungen ablehnte. Auch am Tag des Attentats sollte er ohne Sicherheitseskorte in einem offenen Wagen durch Prag fahren, was ihm letztlich zum Verhängnis wurde.

Nachdem Heydrich Anfang Juni an den Folgen des Attentats in Form einer Blutvergiftung gestorben war, verabschiedete sich die nationalsozialistische Führung von dem Verstorbenen mit einer pompösen Totenfeier in der Neuen Reichskanzlei – dem grössten Staatsbegräbnis in der Geschichte des «Dritten Reiches». Ausserdem befahl Hitler eine gross angelegte Racheaktion, der nicht nur die Einwohner des Dorfes Lidice zum Opfer fielen, sondern auch weitere 10'000 politische Gegner in Böhmen und Mähren, Unterstützer des Attentats und deren Familienangehörige. Himmler selbst fand die wohl passendste «Ehrung» für Heydrich, indem er der bald folgenden systematischen Ermordung von einer Million polnischen Juden zwischen Juni 1942 und Sommer 1943 den Tarnnamen «Aktion Reinhard» gab – eine treffende «Auszeichnung» für jenen Mann, der seit dem Novemberpogrom von 1938 die Zügel der deutschen Judenpolitik in den Händen gehalten hatte.<sup>25</sup>

Heydrichs Witwe Lina war 31 Jahre alt und hochschwanger, als ihr Mann in Berlin in einem Staatsakt beigesetzt wurde. In den folgenden zwei Jahren lebte sie mit ihren Kindern weiterhin auf dem Familiensitz in Jungfern Breschan (Panenské Březany), wo ihr erstgeborener Sohn Klaus 1943 bei einem Autounfall ums Leben kam. Im April 1945 befahl Himmler, die Familie angesichts des unaufhaltsamen Vorrückens der Roten Armee nach Bayern zu evakuieren. Während die Welt des «Dritten Reiches» zusammenbrach, hatte die Witwe Heydrichs Glück im Unglück. Bald nach der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands machte sich Lina mit ihren Kindern auf den Weg nach Fehmarn zu ihren Eltern. Ein Ersuchen der Regierung Beneš, Lina nach Prag auszuliefern, lehnte die Militärverwaltung der britisch besetzten Zone 1947 ab.

Auch sonst drückten die Besatzungsbehörden im Fall Lina Heydrich ein Auge zu. Im Zuge der sogenannten Entnazifizierung wurde sie ungeachtet des Vorwurfs der Misshandlung von Zwangsarbeitern in Jungfern Breschan offiziell entlastet und durfte ihr Haus auf Fehmarn wieder in Besitz nehmen, das 1945 vorübergehend vom britischen Militär konfisziert worden war. Hier unterhielt die Witwe Heydrich die kleine Pension «Imbria Parva», in der sich häufig ehemalige SS-Kameraden ihres Mannes zu Wiedersehensfeiern trafen und Erinnerungen an «bessere Zeiten» austauschten. 1956 und 1959 gewann Lina Heydrich zudem mehrere Prozesse gegen die Bundesrepublik, die ihr zunächst ein Anrecht auf eine Witwenrente abgesprochen hatte. Obwohl der Staatsanwalt eine Fülle von Beweisen für die führende Rolle ihres verstorbenen Mannes bei der Judenvernichtung vorlegte, entschied das Gericht, dass Lina Heydrich ein Anrecht auf die Rente einer Generalswitwe habe, deren Mann an der Front gefallen war. Als wollte sie den Staatsanwalt und die Medien verhöhnen, die das Urteil des Gerichts empört kritisiert hatten, wählte sie als Titel für ihre Memoiren, die in den 1970er-Jahren erschienen, «Leben mit einem Kriegsverbrecher». Sie starb im August 1985, voller Verachtung für eine Gesellschaft, die es ablehnte, die «Opfer» zu würdigen, die ihre Familie während des Krieges erbracht hatte.

Zum Zeitpunkt ihres Todes war Lina Heydrich mit ihrer eigenwilligen Geschichtsdeutung weitgehend isoliert. Für die überwältigende Mehrheit der Deutschen war zu diesem Zeitpunkt klar, dass Reinhard Heydrich auch gemessen an den Standards seiner Zeit ein Verbrecher gewesen war. Der zentrale Vollstrecker der nationalsozialistischen Terrorpolitik war bis zu seinem Tod 1942 an allen wesentlichen Entscheidungen zum Ausbau des SS- und Polizeiapparats und zur Eskalation des millionenfachen Judenmords beteiligt. Heydrichs Rolle bei der Umsetzung der Vernichtungspolitik Hitlers und Himmlers machen ihn zu einer Schlüsselfigur des «Dritten Reiches» und dessen mörderischer Verfolgungspolitik.

- 1 Heydrich, Bekämpfung der Staatsfeinde, S. 121.
- 2 Zu Heydrichs Lebensweg und Rolle im «Dritten Reich», siehe Gerwarth, Heydrich.
- 3 Zur Kindheit siehe Gerwarth, Heydrich; Aronson, Reinhard Heydrich, S. 16 f.
- 4 Zum allgemeinen Klima siehe Donson, Youth, S. 239; Herbert, «Generation der Sachlichkeit», S. 115-144.
- 5 Vgl. Deschner, Heydrich, S. 26 f.
- 6 Vgl. Heydrich, Kriegsverbrecher, S. 7 f.; Gerwarth, Heydrich, S. 59-64.
- 7 Vgl. Aronson, Reinhard Heydrich, S. 63; Flachowsky, Neue Quellen, S. 317 f.
- 8 Vgl. Conze, Adel, S. 151-176.
- 9 Zu Himmler vgl. Longenrich, Heinrich Himmler; zum Verhältnis der beiden: Gerwarth, Heydrich, S. 71 f.
- 10 Gerwarth, Heydrich, S. Ulf. Einen wichtigen Einblick in Heydrichs Gegnerkonzeption Mitte der 1930er-Jahre erlaubt seine Schrift Wandlungen unseres Kampfes.
- 11 Mommsen, Realisation, S. 97-144; ders., Nationalsozialismus, S. 785-790.
- 12 Heydrich an Luther, 29.11.1941, PA AA, R 100857, Inland II g 177, Bl. 188.
- 13 Zur NS-Politik gegenüber den «Judenmischlingen» siehe Essner, Die «Nürnberger Gesetze», S. 410 f.; Noakes, Development, S. 291354. Zu einer eingehenden Untersuchung des Schicksals der Hamburger «Judenmischlinge» siehe Meyer, «Jüdische Mischlinge», S. 163-189.
- 14 Zu den Teilnehmern siehe Roseman, Die Wannsee-Konferenz, S. 95 f.; Kaiser, Die Wannsee-Konferenz, S. 24-37. Lebensläufe der Teilnehmer in: Pätzold/Schwarz (Hrsg.), Tagesordnung: Judenmord, S. 201-245.
- 15 Vgl. Roseman, Die Wannsee-Konferenz, S. 95-97.
- 16 Protokoll der Besprechung über die Endlösung der Judenfrage, 15 Seiten (Bl. 166-180), hier Bl. 168, <http://www.ghwk.de/ghwk/deut/protokoll.pdf> (28.11.2016).
- 17 Ebenda, Bl. 170.
- 18 Ebenda, Bl. 172 f.
- 19 Vgl. Cesarani, Adolf Eichmann, S. 161.
- 20 Heydrich an Luther, 26.2.1942, PA AA, R 100857, S. 156.
- 21 Zu den beiden anschließenden Konferenzen über die Behandlung von «Mischlingen» und «Mischchen» im Jahr 1942 siehe Hilberg, Vernichtung, hier Bd. 2, S. 436 f.; Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, S. 372. Siehe auch das Protokoll der Besprechung im RSHA vom 6. März 1942, IFZ, Eich 119.
- 22 Vgl. Kershaw, Hitler, S. 641; Der Dienstkalender Heinrich Himmlers, S. 217. Zum Protektorat allgemein: Bryant, Prague in Black.
- 23 Vgl. Longenrich, Heinrich Himmler.
- 24 Zum Attentat: Haasis, Tod in Prag; MacDonald, Killing; Burian/Knizek/Rajlich/Stehlik, Assassination.
- 25 Vgl. Brandes, Die Tschechen, hier Bd. 1, S. 263 f.; Mastny, The Czechs, S. 215 f.; Steinkamp, Lidice, S. 126-135.

## Otto HOFMANN

Rasse- und Siedlungshauptamt  
der SS

Ein Pragmatiker  
der Rassenpolitik?



Otto Hofmann (1896 - 1982)

Unbekannter Fotograf, o. D. [ca. 1939]  
BArch, R 9361-1/17613 (SIg. BDC)

■ «Das R. u. S. H., soviel ich mich entsinne, hat sich mit der Judenfrage im Sinne einer propagandistischen Behandlung oder einer Durchführung einer Executive nicht befasst.»<sup>1</sup> Das erklärte Otto Hofmann, ehemaliger SS- Gruppenführer und General der Waffen-SS und Polizei sowie langjähriger Amtschef des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS (RuSHA), dem amerikanischen Ermittler Larry Wolf im Mai 1947 in Nürnberg. Hofmann stand damals vor dem amerikanischen Militärgerichtshof in Nürnberg, angeklagt unter anderem der Verbrechen gegen die Menschlichkeit.<sup>2</sup> Wenn die von ihm vertretene Institution, wie er vorgab, nichts mit der propagandistischen Behandlung der «Judenfrage» oder der Durchführung des Genozids zu tun gehabt hatte, warum zählte Hofmann dann zu den hochrangigen Teilnehmern der Wannsee-Konferenz?

Anliegen dieses Beitrages ist es, Hofmann kurz vorzustellen und die Organisation, die er auf der Wannsee-Konferenz vertrat, zu verorten. Im Anschluss sollen die juristische Ahndung der von Hofmann verübten Verbrechen und seine Nachkriegsbiografie diskutiert werden.

## Völkischer Radikaler in der SS

Otto Ludwig Karl Adam Hofmann wurde am 16. März 1896 in Innsbruck als Sohn des Kaufmanns Adam Hofmann und dessen Frau Hermine Rosmanith geboren.<sup>3</sup> In München besuchte er Volksschule und Gymnasium, seit seinem achten Lebensjahr lebte er im Haus seines Stiefgrossvaters, eines Majors a. D. Wenige Tage nach Kriegsbeginn meldete er sich als Freiwilliger und kämpfte zunächst bei einem Feldartillerie-Regiment, ab März 1917 dann als Verbindungsoffizier bei einer österreichischen Fliegerkompanie. Nachdem ihn im Juni 1917 ein russischer Kampfflieger abgeschossen hatte, geriet er für fünf Wochen in Kriegsgefangenschaft, konnte aber fliehen und begann eine Ausbildung zum Flugzeugführer. Dabei brachte er es bis zum Rang eines Leutnants der Reserve und erhielt zahlreiche Auszeichnungen, darunter das Eisene Kreuz erster und zweiter Klasse.<sup>4</sup>

Im März 1919 aus dem Militärdienst entlassen, schloss sich Hofmann, der bislang nichts anderes gelernt hatte, als Soldat zu sein, zunächst einem Freikorps an, der Batterie von Axthelm, und kämpfte bis Herbst 1919 an der Grenze Bayerns zur Tschechoslowakei. Seinen Übergang ins Zivilleben begann er im Jahr 1920 als Mitarbeiter seines Schwiegervaters, eines Weingrosshändlers in Nürnberg. Als die Ehe, aus der eine Tochter hervorging, 1925 geschieden wurde, machte sich Hofmann als Vertreter grosser Weinfirmen selbstständig. 1927 heiratete er erneut, die aus Rheydt (heute ein Teil Mönchengladbachs) stammende Gertrud Maria Strerath.<sup>5</sup> Das Paar hatte zwei Söhne, geboren 1935 und 1936.

Hofmann war ein «Alter Kämpfer»: Nach eigenen Angaben war er bereits zu Beginn des Jahres 1923 in die NSDAP eingetreten und gehörte ihr bis zu ihrem Verbot im November 1923 an.<sup>6</sup> Nach der Neugründung der Partei trat er allerdings erst per 1. August 1929 erneut ein und erhielt die Mitgliedsnummer 145 729. Am 1. April 1931 folgte der Eintritt in die SS unter der Mitgliedsnummer 7646. Dort machte Hofmann eine steile Karriere: Nachdem er sich erste Meriten bei der Motorisierung verschiedener SS-Abschnitte erworben hatte, führte er seit Anfang August 1933 die Geschäfte des Stabsführers im SS-Oberabschnitt Nord- West (Braunschweig) unter SS-Gruppenführer Friedrich Jeckeln, mit dem ihn auch ein persönliches Vertrauensverhältnis verband.<sup>7</sup>

Nach einem Einsatz als Führer verschiedener SS-Standarten und des SS-Abschnitts XV (Hamburg) wechselte er im September 1935 hauptamtlich zur SS. Anfang 1937 als SS-Führer zum RuSHA versetzt, war der ehemalige Weinvertreter zunächst SS-Führer im Rasse- und Siedlungswesen (RuS-Führer) im SS-Oberabschnitt West (Düsseldorf). In seine Zuständigkeit fielen die weltanschauliche Schulung der SS, dazu die SS-Auslese, SS-Fürsorge und Volkstumspolitik.

Ab Februar 1939 leitete er das für Abstammungsnachweise der SS-Angehörigen zuständige Sippenamt.<sup>8</sup> Seine Verdienste beim Aufbau des SS-Sippenamtes brachten ihm die Beförderung zum SS-Brigadeführer und die kommissarische Leitung des Rassenamtes im RuSHA ein.<sup>9</sup> Für das Rassenamt organisierte er 1939/40 die Musterungen von Volksdeutschen und «Wiedereindeutschungsfähigen» im besetzten Polen, wofür ihn der damalige RuSHA-Chef Günther Pancke ausdrücklich lobte. Schliesslich wurde Hofmann 1940 «für die Dauer des Krieges» zum Chef des Rasse- und Siedlungshauptamtes ernannt.<sup>10</sup>

Seit Beginn des Zweiten Weltkrieges gestaltete der Chef des RuSHA im Auftrag des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) Heinrich Himmler die rassenpolitische Seite der Germanisierungs- und Umsiedlungspolitik im besetzten Europa, insbesondere in den Ländern Osteuropas.<sup>11</sup> Grundlage bildete der vermeintliche «Rassewert» der Menschen, getreu Himmlers Gedanken, dass nur «rassisch hochwertige» Menschen in einem «germanischen Europa» unter deutscher Vorherrschaft leben sollten. Etwa 500 sogenannte Rassenexperten des RuSHA waren für die Erfassung von mehreren Millionen Menschen (SS-Angehörige und ihre Ehefrauen, Volksdeutsche, Nichtdeutsche) zuständig.<sup>12</sup> Ihre Eindrücke notierten sie – getrennt nach 21 anthropologischen Merkmalen – auf einer sogenannten Rassenkarte, das Ergebnis verdichteten sie zur sogenannten Rassenformel, welche die weitere Behandlung der Menschen präjudizierte. In den annektierten polnischen Gebieten entschieden Mitarbeiter des RuSHA über die Vertreibung unerwünschter Polen, deren Betriebe «Volksdeutsche» erhalten sollten, und kontrollierten die Durchführung der «Aussiedlung» vor Ort. Zugleich wählten SS-Eignungsprüfer die «rassisch Hochwertigen» aus der Masse der Vertriebenen zur «Wiedereindeutschung» aus. Auch in den anderen besetzten Regionen Europas unterhielt das RuSHA Aussenstellen.

Als Chef weitete Hofmann die Tätigkeitsfelder des RuSHA stetig aus, das nun zusätzlich folgende Aufgaben erhielt: Auslese von Kandidaten der Allgemeinen SS und Waffen-SS und ihren Bräuten sowie dann von Zivilisten im Rahmen der «Germanisierungspolitik», Ausbildung des für die Auslese zuständigen Eignungsprüfernachwuchses, Mitarbeit bei der Aussiedlung «rassisch unerwünschter» Polen und der Ansiedlung von «Volksdeutschen», Nachweis von Juden und «Judenmischlingen», Aufbau der SS-Landwirtschaftsbetriebe im Osten, Fürsorge und Versorgung für SS-Familien, Versehrte und Hinterbliebene sowie Genealogie und wissenschaftliche Ahnenforschung. Diese Kompetenzausweitung des Hauptamtes hatte im März 1943 ein ernstes Zerwürfnis mit Himmler zur Folge, der Hofmann für seine konzeptionellen Alleingänge scharf kritisierte und ihn schliesslich von seinen Aufgaben als RuSHA-Chef entband.<sup>13</sup> Mit

Wirkung vom 20. April 1943 setzte Himmler in seiner Funktion als Reichsführer SS (RFSS) ihn als Höheren SS- und Polizeiführer Südwest mit Sitz in Stuttgart ein (in Personalunion auch als RuS-Führer), um ihm die Chance zur «praktischen Bewährung» zu geben.<sup>14</sup> Doch Hofmann erregte erneut das Missfallen des RFSS, dieses Mal wegen der überstürzten Räumung des Elsass durch SS- und Polizeieinheiten im November 1944.<sup>15</sup>

Trotz dieses angespannten Verhältnisses zum SS-Chef wurde Hofmann bereits im Juni 1943 zum SS-Obergruppenführer und General der Polizei befördert,<sup>16</sup> im Juni 1944 erfolgte die Ernennung zum General der Waffen-SS und Polizei.<sup>17</sup> Zudem erhielt er zahlreiche SS-Ehrungen (Totenkopfring, Ehrendegen, Ehrendolch, Julleuchter) und selbst im Dezember 1944 noch die «Weihnachtsspende des Reichsführers SS» von 500 RM.<sup>18</sup> Weitere nationalsozialistische Auszeichnungen waren das Goldene Parteiabzeichen, das Kriegsverdienstkreuz Erster und Zweiter Klasse sowie die Dienstauszeichnung der NSDAP in Bronze.<sup>19</sup>

Dabei war Hofmann schon in den 1930er-Jahren in der SS nicht unumstritten. Bereits im März 1935, als er noch die 21. SS-Standarte in Magdeburg führte, hatte sein direkter Vorgesetzter ihn in seinem Personalbericht zwar als «ehrlieh, offen, zuverlässig» charakterisiert, aber betont, dass sich Hofmann gern vordränge und von seinem eigenen »Ich« sehr eingenommen sei. Sein Freund Jeckeln hingegen urteilte: «Hofmann ist ein SS-Führer, der seine Standarte mit grossem Eifer und viel Geschick führt. Im Dienst energisch, ausserdienstlich guter Kamerad, wird er seiner Aufgabe voll gerecht.»<sup>20</sup> Disziplinarisch wurde Hofmann mehrfach auffällig: Ein SS-internes Ermittlungsverfahren gegen ihn 1933 verlief im Sande, er war beschuldigt worden, in seiner Eigenschaft als SS-Mitglied zugleich als Spitzel für die Polizeidirektion Nürnberg tätig gewesen zu sein.<sup>21</sup> Im August des Jahres 1934 erteilte ihm der RFSS nach einem weiteren Ermittlungsverfahren einen strengen Verweis: Hofmann hatte gemeinsam mit seinem Freund eine Tanzveranstaltung in Leipzig gesprengt, die Hakenkreuzfahne heruntergerissen und die Beteiligten beschimpft, da diese dort Jazz gespielt hatten.<sup>22</sup>

Hofmann lebte mit seiner Familie im alten Westen der Berliner Innenstadt, seit 1939 in der Woyschstrasse 48 (heute Genthiner Strasse), unweit des Dienststitzes von Eichmann.<sup>23</sup> Zu seinem Büro in der Hedemannstrasse 24 – vis-à-vis des RSHA – waren es nur 2,4 Kilometer zu Fuss. Auch privat gelang es Hofmann, aus seiner Position Nutzen zu ziehen. So setzte er seine Tochter aus erster Ehe im Jahr 1943 im deutschen Siedlungsgebiet Hegewald nahe Himmlers Hauptquartier in Shitomir und 1944 im Heiratsamt des RuSHA ein.<sup>24</sup> Seine Frau hingegen wurde im Haushalt von einer «wiedereindeutschungsfähigen» Polin unterstützt. Hierbei handelte es sich um ein junges Mädchen, das die Eignungsprüfer des RuSHA im Rahmen des «Wiedereindeut-

schungsverfahrens» als «rassisch hochwertig» bewertet hatten und das nun im Altreich zu einer Deutschen erzogen werden sollte. De facto wurden die Betroffenen von ihren Dienstherrinnen nicht selten als Zwangsarbeiterinnen behandelt, wohl auch im Hause Hofmann.<sup>25</sup> In einem Brief an einen befreundeten SS-Führer erläuterte der RuSHA-Chef: «Ich selbst beschäftige in meinem Haushalt eine junge rückdeutschungsfähige Polin, die nur dadurch im Zaum gehalten werden kann, dass man streng zu ihr ist.»<sup>26</sup> Hofmann vermittelte solche Zwangs-Haushaltshilfen auch an viele Freunde, Bekannte und verdiente Parteigenossen. Als langjähriger SS-Führer war er in der SS gut vernetzt und unterhielt persönliche Freundschaften mit zahlreichen Protagonisten des Judenmords, u. a. mit Friedrich Jeckeln und Ludolf-Hermann von Alvensleben (später Chefadjutant Himmlers, Führer des Volksdeutschen Selbstschutzes in Westpreussen und SS- und Polizeiführer in der Ukraine) sowie Richard Hildebrandt, langjähriger Höherer SS- und Polizeiführer in Danzig-Westpreussen und später sein Nachfolger im RuSHA.

### **Eigensinn und Eigeninitiative: Hofmann auf der Wannsee-Konferenz**

Als die westliche Welt durch eine Notiz der New York Times vom 21. August 1945 von der Besprechung am Grossen Wannsee erfuhr, war dies auf das Engste mit dem Namen Otto Hofmann verknüpft. Amerikanische Ermittler hatten die an Hofmann gerichteten Einladungsschreiben Reinhard Heydrichs vom 29. November 1941 und vom 8. Januar 1942 in den Akten des RuSHA gefunden.<sup>27</sup> Welche Rolle spielte der Mann auf der Wannsee-Konferenz, den die New York Times als «chief of the infamous SS Race and Settlement Office» vorstellte und aus dessen Akten sie «conclusive proof that the extermination of Europe's Jewry was plotted by the Nazi inner circle» entnahm?<sup>28</sup>

Um es vorwegzunehmen: Hofmann war kein passiver Teilnehmer der Besprechung am Grossen Wannsee und mit den laufenden Überlegungen zur «Lösung der Judenfrage» bestens vertraut. So hatte er 1941 häufig mit Heydrich korrespondiert, um Massnahmen zur Umsetzung der Germanisierungspolitik in Osteuropa zu diskutieren.<sup>29</sup> Beide waren gemeinsam mit Wilhelm Stuckart und Gerhard Klopfer von Himmler zu ständigen Mitgliedern des neu geschaffenen Obersten Prüfungshofes für Volkszugehörigkeitsfragen in den eingegliederten Ostgebieten ernannt worden. In dieser Eigenschaft hatten sie strittige Fälle des «Eindeutschungsverfahrens» zu klären.<sup>30</sup> Zudem unterhielt das Sippenamt (später Ahnentafelamt) im RuSHA eine «Judenmischlingskartei», die dazu dienen sollte, jüdische «Mischlinge» im Reich, aber auch in den ver-



schiedenen Regionen Europas aufzuspüren. Schliesslich war das RuSHA wesentlich in die Umsiedlungspolitik der SS in Osteuropa eingebunden, und Hofmann als SS-Mitglied stärkte die Position der SS auf der Konferenz.

Dort meldete er sich mehrfach mit eigenen Vorschlägen zu Wort. Seine erste Intervention betraf die Ingangsetzung der «Endlösung» in Ungarn; hier kalkulierten Heydrich und Eichmann immerhin mit rund 742'800 zu Ermordenden.<sup>31</sup> Damit stellten die ungarischen Juden die drittgrösste nationale Gruppe dar, nach den Juden aus der Sowjetunion (5 Millionen) und aus dem Generalgouvernement (2,28 Millionen). Hofmann erklärte, «einen Sachbearbeiter des Rasse- und Siedlungshauptamtes zur allgemeinen Orientierung dann nach Ungarn mitsenden zu wollen, wenn seitens des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD die Angelegenheit dort in Angriff genommen wird».<sup>32</sup> Das RuSHA betrachtete sich aufgrund der Kenntnisse seiner Rasseexperten und der im Sippenamt gesammelten Judenkarteen aus Europa als zuständige Instanz für den Nachweis jüdischer Abstammung, daher ist davon auszugehen, dass Hofmann auf diese Weise die Einbeziehung möglichst vieler Menschen in die Vernichtungspolitik sicherstellen wollte. Aus dem Protokoll geht nicht hervor, was die anderen Teilnehmer darüber dachten, man einigte sich lediglich darauf, den entsprechenden RuSHA-Mitarbeiter, «der nicht aktiv werden soll, vorübergehend offiziell als Gehilfen zum Polizei-Attaché abzustellen».<sup>33</sup>

Wichtiger und zugleich strittiger waren Hofmanns Vorschläge zum Umgang mit den Personen, die teilweise jüdische Eltern oder Grosseltern hatten. Ihr Schicksal und dasjenige der in «Mischehen» lebenden jüdischen Ehepartner war bekanntlich ebenfalls Gegenstand der Konferenz. Die «Mischlingsfrage» avancierte zur Nagelprobe für die Effektivität der angestrebten «Reinhaltung des deutschen Volkskörpers» durch Massenmord – und hier verfügten Hofmann und das RuSHA über die einschlägige Expertise aufseiten der SS.

Im Mai 1939 hatte eine Volkszählung im Reichsgebiet immerhin 112'500 Menschen als «jüdische Mischlinge» ausgewiesen, mit den besetzten und annektierten Gebieten war jedoch eine weitaus grössere Zahl Betroffener in deutscher Hand.<sup>34</sup> Laut Konferenzprotokoll sollten «Mischlinge 1. Grades» «im Hinblick auf die Endlösung der Judenfrage den Juden gleichgestellt», also in die Deportations- und Mordplanung mit einbezogen werden.<sup>35</sup> Als Grundlage galten die Nürnberger Gesetze. Für diesen Personenkreis, also Menschen mit zwei jüdischen Grosseltern, verlangte Hofmann jedoch, «dass von der Sterilisierung weitgehend Gebrauch gemacht werden muss; zumal der Mischling, vor die Wahl gestellt, ob er evakuiert oder sterilisiert werden soll, sich lieber der Sterilisation unterziehen würde».<sup>36</sup> Damit signalisierte er, dass ihm bewusst war, dass «Evakuierung» mit «Ermordung» gleichzusetzen war.<sup>37</sup> Zugleich wider-



Hofmann bei einem Vortrag in den Niederlanden.  
Aufnahme eines SS-Propagandafotografen,  
Juli 1942; BArch, Bild 183-B26445

sprach er den Vorstellungen Heydrichs, der «Mischlingen 1. Grades» nur im Ausnahmefall gestatten wollte, nach «freiwilliger Sterilisierung» im Reich zu bleiben, denn Hofmann meinte, dass die Sterilisation zur «biologischen Unschädlichmachung» des «Mischlings» hinreichend sei.<sup>38</sup> Die «Mischlinge 2. Grades» sollten, so Heydrich, hingegen als Deutsche gelten, ebenfalls mit einigen Ausnahmen (wenn beide Eltern «Mischlinge» waren, ein «rassisch besonders ungünstiges Erscheinungsbild» vorlag oder eine schlechte polizeiliche bzw. politische Beurteilung).<sup>39</sup> Nach Hofmanns Plädoyer für «freiwillige Sterilisationen» schaltete sich sofort Wilhelm Stuckart vom Reichsministerium des Innern ein und forderte, zur «Zwangssterilisation» aller Mischlinge 1. Grades «zu schreiten». Nur so sei es möglich, die Verwaltungsarbeit gering zu halten und trotzdem «den biologischen Tatsachen Rechnung zu tragen».<sup>40</sup>

Damit war klar, dass hinsichtlich der konkreten Modalitäten der «Endlösung der Mischlingsfrage» deutlich weniger Übereinstimmung bestand als bei der Durchführung der «Endlösung» als solcher. Weitere Besprechungen waren nötig, an denen jeweils auch Vertreter des RuSHA teilnahmen, so am 6. März 1942 und am 24. Oktober 1942 in Eichmanns Dienststelle in der Kurfürstenstrasse 116.<sup>41</sup> Die Besprechung von

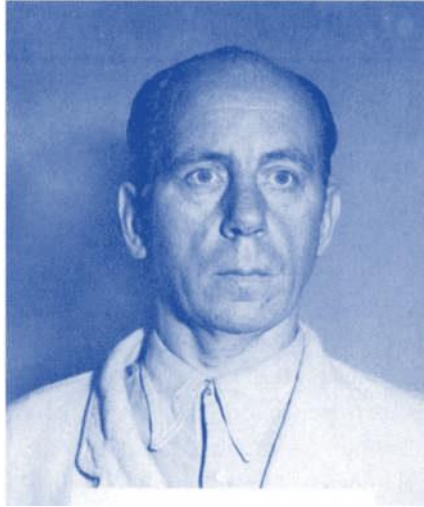
März 1942 diskutierte zwar Stuckarts Forderung einer umfassenden Zwangssterilisation, stellte diesem Plan dann aber Hofmanns Vorschlag der «freiwilligen Sterilisierung der verbleibenden Mischlinge als Gegenleistung für ihre gnadenweise Belassung im Reich» entgegen.<sup>42</sup> Dieser Plan schien leichter umsetzbar als die harte Linie Stuckarts, wie aus Stellungnahmen der beteiligten Ministerien hervorging.<sup>43</sup>

Hinsichtlich der «Mischlinge 2. Grades» verfolgte Hofmann weitergehende, d.h. radikalere Pläne zur «Reinhaltung des deutschen Blutes». Im März 1943 war es eine seiner letzten Amtshandlungen als Chef des RuSHA, Himmler um eine Entscheidung zu bitten, ob es nicht besser sei, diesen Personenkreis «nicht ausnahmslos den Deutschblütigen zuzuschlagen, sondern dieselben einer rassischen Sichtung durch das Rasse- und Siedlungshauptamt-SS zu unterziehen». Eine solche Massnahme sollte dazu dienen, «jene Mischlinge 2. Grades, bei denen jüdische Rassenmerkmale deutlich hervortreten, in der Behandlungsweise den Mischlingen 1. Grades gleichzustellen».<sup>44</sup> Hofmann stützte sich auf ein entsprechendes Gutachten seines Rassenamtschefs, des Rassenanthropologen Professor Dr. Bruno Kurt Schultz, das er dem Reichsführer SS gleich mit übersandte. Himmler billigte das Gutachten und schickte es an Reichsleiter Martin Bormann. Der erstellte daraufhin eine Anweisung an die Gauleiter und Kreisleiter zur «Bewertung der Erbanlagen von jüdischen Mischlingen 2. Grades bei ihrer politischen Beurteilung durch die Partei».<sup>45</sup>

Mit Himmler und Bormann schlossen sich also die beiden zu jenem Zeitpunkt neben Hitler wichtigsten Entscheidungsträger des NS-Regimes der Initiative Hofmanns «zur Endlösung der Judenmischlingsfrage» an, ohne dass dies unmittelbar zu einer massenhaften Ermordung oder Zwangssterilisation der betroffenen Menschen im Reich geführt hätte; lediglich ihre Diskriminierung wurde verschärft.<sup>46</sup> Anders als beispielsweise im Protektorat, wo «jüdische Mischlinge» ab 1941 einer «rassischen Überprüfung» unterlagen und ab 1942 im Fall «rassischer Untauglichkeit» ihre deutsche «Volkszugehörigkeit» verloren, erschien die «Endlösung der Judenmischlingsfrage» im Altreich erst nach Kriegsende praktikabel.

### «Betrogener Idealist»?

«Der grösste Irrtum der Anklage liegt wohl darin, dass sie Hofmann für die Judenverfolgung verantwortlich macht.»<sup>47</sup> In dieser Behauptung kulminierte die Strategie von Otfried Schwarz, Hofmanns Verteidiger im sogenannten Nürnberger Nachfolgepro-



† **HOFMANN, Otto**

Hofmann nach seiner Verhaftung in Nürnberg  
Public Relations Photo Section, Office Chief  
Counsel for War Crimes, APO 696-A

zess VIII gegen die mit der Volkstumspolitik befassten Institutionen der SS (oft verkürzt bezeichnet als «RuSHA-Case»). In dem Verfahren versuchten die US-amerikanischen Ankläger, die nationalsozialistische Umsiedlungs- und «Germanisierungspolitik» im besetzten Europa als «part of a systematic program of genocide» zu ahnden.<sup>48</sup> Dazu sassen neben den Vertretern des RuSHA wie Hofmann und dessen Nachfolger Richard Hildebrandt auch SS-Führer aus dem Stabshauptamt RKF (unter anderem der Amtschef Ulrich Greifelt und SS-Raumplaner Konrad Meyer), der Volksdeutschen Mittelstelle und des SS-Vereins Lebensborn e. V auf der Anklagebank. Insgesamt handelte es sich bei den Angeklagten um 13 SS-Führer und eine Frau.<sup>49</sup>

Die drei Hauptanklagepunkte nach dem Alliierten Kontrollratsgesetz Nr. 10 umfassten 1) «Verbrechen gegen die Menschlichkeit», 2) «Kriegsverbrechen» und 3) «Mitgliedschaft in der SS als einer verbrecherischen Vereinigung». Zur Untermauerung des Genozid-Vorwurfs brachte die Anklage insgesamt neun Unterpunkte vor: a) Kindswegnahme zum Zwecke der «Germanisierung», b) Zwangsabtreibungen an Zwangsarbeiterinnen, c) Ermordung der Kinder von Zwangsarbeiterinnen, d) Bestrafung von Geschlechtsverkehr zwischen Zwangsarbeitern und deutschen Frauen, e) Behinderung der Reproduktion feindlicher Staatsangehöriger, f) Zwangsvertreibung und

Umsiedlung, g) Zwangsgermanisierung, Zwangsarbeit und Zwangsrekrutierung, h) Plünderung fremden Eigentums, i) Beteiligung an der Verfolgung und Vernichtung der Juden.<sup>50</sup> All diese Punkte, die jeweils im Einzelnen auch Hofmann zur Last gelegt wurden, untermauerten die Ankläger mit einer Vielzahl von Beweisdokumenten und Zeugenaussagen; und aus der Rückschau muss festgestellt werden, dass die Anklagebehörde die Verantwortung Hofmanns für die verbrecherische Umsiedlungs- und Germanisierungspolitik im besetzten Europa (deren wichtigste Grundvoraussetzung wiederum der Judenmord darstellte) korrekt erfasste. Warum, so fragt man sich, wurde Hofmann dann nicht härter bestraft?

Die Erklärung liegt zum einen in der sehr effektiven Strategie der Verteidigung, die Hofmann als «betrogenen Idealisten» darstellte. «Er hat an die nationalsozialistische Idee geglaubt und darin nur das Gute gesehen. Er hat nach den von Himmler für die SS verkündeten Gesetzen von Treue, Ehre und Opferbereitschaft gelebt, war unbestechlich und versuchte, seinen Untergebenen ein verständnisvoller und gerechter Vorgesetzter und ein makelloser Vorbild zu sein. Er führte ein gutes Familienleben. Seinen Mitmenschen half er, wo er nur konnte.»<sup>51</sup> Zum anderen gelang es Hofmann (Gleiches gilt für seine Mitangeklagten), sich selbst erfolgreich als gutwillig und ehrenhaft, die von ihm vertretene Institution dagegen als unwichtig und machtlos zu inszenieren – eine Lesart, die auch in der historischen Forschung bis Mitte der 1990er-Jahre dominierte.<sup>52</sup> In seinen Vernehmungen wälzte Hofmann die ganze Verantwortung auf Himmler, das Reichssicherheitshauptamt und bereits verstorbene oder vermisste SS-Angehörige ab.<sup>53</sup>

Zudem waren er und die anderen Angeklagten aus dem RuSHA aktiv an der Vertuschungsstrategie der Verteidigung beteiligt. Sie verfassten gemeinsam die Handreichung «Geschichte und Aufgaben des Rasse- und Siedlungshauptamtes SS. Ein Leitfaden für unsere Verteidiger».<sup>54</sup> Darin argumentierten sie abwiegelnd, die Hauptaufgabe des RuSHA sei stets die «Sorge für eine Gesunderhaltung der Familie des SS-Angehörigen als der wichtigsten Grundlage des Volkes und Staates» gewesen.<sup>55</sup> Diese Behauptung war eine bewusste Falschaussage. Das belegen die gewichtigen Beweise für die Verantwortung der Mitarbeiter im RuSHA, deren Rassemusterungen die Grundlage für die Zwangsumsiedlungspolitik in den besetzten Gebieten Europas, für die «Sonderbehandlung» von Zwangsarbeitern sowie für die Praxis von Kindeswegnahme und Zwangsabtreibungen lieferten.

Auch die Stellungnahme des Verteidigers Schwarz zu Hofmanns Teilnahme an der Wannsee-Konferenz entsprach dieser Strategie des Abwiegelns und der Falschaussagen: «Hofmann war ohne sein Zutun und ohne sachlichen Zusammenhang, offenbar aufgrund einer persönlichen Laune Heydrichs, zu der Besprechung über die Endlösung

der Judenfrage eingeladen worden. Er konnte nicht anders, als der Einladung des nach Himmler mächtigsten Mannes Folge zu leisten. Bei der Besprechung hat Hofmann im Gegensatz zu Heydrich in einem für die jüdischen Mischlinge 1. Grades günstigen Sinne Stellung genommen. Wäre er ein Judenhasser gewesen, so hätte er Heydrich zustimmen müssen. Durch seinen Einwand wurde die Frage auf die lange Bank geschoben. Die Besprechung hatte kein Ergebnis. Die Sterilisation der Mischlinge ist schliesslich auch unterblieben»<sup>56</sup>

In seinen zahlreichen Befragungen durch den Ermittler Larry Wolf versuchte Hofmann genau diesen Eindruck zu bestätigen. So leugnete er, von der Existenz der «Judenmischlingskartei» des RuSHA gewusst zu haben, die dazu diente, jüdische «Mischlinge» im Reich, aber auch in den verschiedenen Regionen Europas aufzuspüren. Auf der Wannsee-Konferenz wollte er nur versehentlich gewesen sein.<sup>57</sup> Beide Aussagen sind nicht glaubhaft: Zum einen hat Hofmann selbst ab 1939 das Sippenamt geleitet und auch später als RuSHA-Chef einschlägige Anordnungen zur Beschlagnahme von «Judenkarteien» und «Registern» in Frankreich, den Niederlanden und Norwegen erlassen.<sup>58</sup> Zum anderen hatte er sich auf der Besprechung der Staatssekretäre mit grossem Engagement und eigenen Ideen mehrfach zu Wort gemeldet. Zudem war die Existenz der Judenmischlingskartei im Sippenamt des RuSHA in SS-Kreisen weit bekannt, wenn man der Aussage des ehemaligen Höheren SS- und Polizeiführers (HSSPF) Russland Mitte, Erich von dem Bach-Zelewski, Glauben schenkt. Dieser führte als Zeuge der Anklage aus, «dass in Berlin im Rasse- und Siedlungshauptamt eine Judenkartei bestand, die über die rassische Zusammensetzung einer jeden Familie Auskunft geben konnte bis weit in die früheren Jahrhunderte hinein». Diese sei bei der Identifikation von Juden im besetzten Europa von grossem Nutzen gewesen, da «aufgrund dieser Kartei, dieser Judenkartei, die Vorarbeiten von der Sicherheitspolizei geleistet wurden vor dem Einmarsch in fremde Gebiete [...], um schlagartig zugreifen zu können».<sup>59</sup>

Obgleich weder an der Existenz der Judenmischlingskartei noch an den Initiativen des RuSHA zur «Endlösung der Judenmischlingsfrage» der leiseste Zweifel bestand, setzte sich in Nürnberg die relativierende Linie der Verteidigung durch.<sup>60</sup> Zwar wurde Hofmann 1948 in allen drei Hauptpunkten schuldig gesprochen, doch sein Strafmass fiel mit 25 Jahren Zuchthaus vergleichsweise milde aus. Unter Punkt eins (Genozid/»Verbrechen gegen die Menschlichkeit») hielten die Nürnberger Richter die Vorwürfe aus dem Bereich Zwangsgermanisierung und Zwangsumsiedlung aufrecht. Lediglich vom Vorwurf der Plünderung fremden Eigentums wurde Hofmann freigesprochen.<sup>61</sup> Den Anklagepunkt «Beteiligung des RuSHA an der Verfolgung und Vernichtung der Juden» hatten die Richter aus Mangel an Beweisen fallengelassen und argu-

mentiert, die verbrecherische Umsiedlungspolitik habe sich gegen Polen und Juden gleichermaßen gerichtet.<sup>62</sup> Dies war zwar objektiv richtig, hatte aber zur Folge, dass Judenmord und Umsiedlung nicht etwa als ineinander verschränkte und sich wechselseitig radikalisierende Prozesse erschienen, sondern dass der Wannsee-Konferenz-Teilnehmer Hofmann von jedem Vorwurf der Beteiligung am Judenmord reingewaschen wurde.<sup>63</sup> Wie viele andere musste Hofmann nur einen Bruchteil seiner Strafe verbüßen und kam 1954 in den Genuss der Amnestie durch den amerikanischen Hochkommissar John Jay McCloy.<sup>64</sup> Er begann ein unauffälliges Leben als kaufmännischer Angestellter im württembergischen Künzelsau, wo er mit seiner Familie ein Haus bezog.

In der Bundesrepublik wurde er im Rahmen zweier Strafverfahren vernommen, nachdem die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg (ZSt) zwischen 1959 und 1982 in vier Vorermittlungsverfahren wegen Verdachts auf Beteiligung an nationalsozialistischen Gewaltverbrechen ermittelt hatte.<sup>65</sup> Insbesondere der Eichmann-Prozess in Jerusalem 1961 sorgte dafür, dass die Wannsee-Konferenz erneut in das Blickfeld der Justizbehörden geriet. Im Rahmen dieser Ermittlungen wurde Hofmann in den Jahren 1962, 1965 und 1966 mehrfach vernommen.<sup>66</sup> In zwei Fällen führten die Vorermittlungen sogar zu konkreten Strafverfahren gegen ihn. Das erste Verfahren der Staatsanwaltschaft Heilbronn (1959-1961) legte ihm Beteiligung an Tötungsverbrechen im Konzentrationslager Natzweiler in seiner Eigenschaft als HSSPF Südwest zur Last.<sup>67</sup> In einem zweiten Verfahren ermittelte die Staatsanwaltschaft Stuttgart gezielt gegen die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz (1982).<sup>68</sup> Beide Verfahren wurden jedoch eingestellt. Das Dilemma der Staatsanwälte bestand u. a. darin, dass Hofmann bereits in Nürnberg für seine Tätigkeit als Chef des RuSHA und die Beteiligung an Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt worden war. Damit konnte er nach deutschem Recht nicht erneut in derselben Sache belangt, sondern lediglich als Zeuge vernommen werden.<sup>69</sup>

Hofmann selbst tat das Seine, um seine Verantwortung für die Identifizierung von Juden und «jüdischen Mischlingen», für Rasseprüfungen im Rahmen des «Wiedereindeutschungsverfahrens» und insbesondere für die Anordnung der Tötung von als «rassisch minderwertig» qualifizierten osteuropäischen Zwangsarbeitern herunterzuspielen. Er hatte zwar nachweislich als HSSPF in Stuttgart die Ermordung von Zwangsarbeitern angeordnet, die gegen das Verbot des Geschlechtsverkehrs mit deutschen Frauen verstossen hatten, und auch bereits zuvor hatte er als Chef des RuSHA seine Eignungsprüfer angewiesen, wie in diesen «Sonderbehandlungsfällen» zu verfahren sei. Dennoch erklärte er 1966 auf Befragen durch Ermittler des LKA Baden-Württem-

berg dreist: «Beim RuS-Hauptamt bestand über den Begriff ‚Sonderbehandlung‘ keine genaue Vorstellung. Es mag darunter auch ein Verbringen in ein Konzentrationslager, eine Gefängnisstrafe oder auch die Todesstrafe verstanden worden sein.»<sup>70</sup> Die Ermittler erkannten Hofmanns Strategie der Abwiegelung und Verschleierung, konnten aber nichts dagegen tun: «Obwohl der Zeuge Hofmann der Vernehmung bereitwillig folgte, entsteht trotzdem der Eindruck, als halte er mit wesentlichem Wissen zurück. Er erklärte mehrmals, ohne dass er dies protokolliert haben wollte, dass vorliegender Sachverhalt bereits Gegenstand vor dem Amerikanischen Militärgericht in Nürnberg gewesen sei. Aus diesen Akten gingen auch die näheren Umstände der Sonderbehandlungsverfahren hervor.»<sup>71</sup>

Anders als die von ihm der «Sonderbehandlung» überantworteten Zwangsarbeiter und die Opfer des Holocaust konnte Otto Hofmann sein Leben hochbetagt beschließen. Er verstarb am 31. Dezember 1982 im Alter von 86 Jahren in Bad Mergentheim.<sup>72</sup>

## Resümee

Der Lebenslauf Hofmanns zeigt zunächst die typischen Stationen eines völkischen Radikalen aus der «Aufbaugeneration» der SS: Teilnahme am Ersten Weltkrieg, Freikorps, frühzeitiger Eintritt in Partei und SS, Karriere in der SS bis zur Leitung eines SS-Hauptamtes, höchster Dienstrang bei Allgemeiner SS und Waffen-SS.

Hofmann war ein überzeugter Rassist und Antisemit, der als Chef des RuSHA die nationalsozialistische Volkstums- und Rassenpolitik im besetzten Europa entscheidend prägte und in dieser Eigenschaft auch die Ermordung der europäischen Juden vorantrieb.<sup>73</sup> Ein von Himmler «betrogener Idealist», wie sein Nürnberger Verteidiger behauptete, war er ganz sicher nicht. Auf der Wannsee-Konferenz entwickelte Hofmann Eigensinn und Eigeninitiative, insbesondere hinsichtlich der für ihn als Pragmatiker der Rassenpolitik so entscheidenden «Endlösung der Judenmischlingsfrage». Auch nach der Konferenz arbeitete er mit einem entsprechenden Gutachten seines Rassenamtschefs auf eine dauerhafte «Reinhaltung des deutschen Blutes» durch «biologische Unschädlichmachung» der «Mischlinge 1. und 2. Grades» hin. Dabei scheute er auch nicht die Konfrontation mit Himmler, wenn es um die konkrete Gestaltung der Rassen- und Umsiedlungspolitik im besetzten Osteuropa ging.

Eine rechtliche Ahndung seiner Verantwortung für die nationalsozialistische Umsiedlungs- und Vernichtungspolitik erfolgte 1948 durch das amerikanische Militärgericht in Nürnberg, allerdings verbüsste Hofmann von den 25 Jahren Haft, zu denen er



verurteilt wurde, nur neun und befand sich 1954 erneut in Freiheit. Sein Leben als un-auffälliger Angestellter wurde auch von den zahlreichen bundesrepublikanischen Ermittlungsverfahren kaum überschattet. Wegen der umfassenden Anklage in Nürnberg («Teil einer genozidalen Politik») konnte Hofmann ohne das Vorhandensein neuer Verbrechenstatbestände nicht erneut verurteilt werden, sondern wurde lediglich mehrfach als Zeuge befragt. Insofern ist es eine Ironie der Geschichte, dass der Nürnberger Prozess mit seiner weitgefächerten Anklage Hofmann seinen geruhsamen Lebensabend ermöglichte.

*Isabel Heinemann*

- 1 Zeugenvernehmung Otto Hofmanns durch Larry Wolf am 20. Mai 1947, IfZ, 75-797-31.
- 2 Hofmann war im achten Nürnberger Nachfolgeprozess angeklagt, dem sogenannten RuSHA-Case. Zu den Nürnberger Nachfolgeprozessen vgl. Priemel/Stiller (Hrsg.), NMT. Darin auch mein Beitrag zum Fall VIII: Heinemann, Rasse, S. 100-126. Zu Hofmann vgl. weiterhin Heinemann, «Rasse, Siedlung, deutsches Blut»; dies., Otto Hofmann.
- 3 Für die Angaben zu Hofmanns Biografie, Dienstverhältnissen, Ehrungen etc. vgl. seine SS-Personalakte in: BArch (ehem. BDC), SSO, Hofmann, Otto. Vgl. auch die eidesstattliche Erklärung Hofmanns vor dem Militärgericht in Nürnberg, 19.6.1947, IfZ, ZS-797-65.
- 4 Vgl. Wehrdienstnachweis Otto Hofmann, BArch (ehem. BDC), SSO, Hofmann, Otto, S. 44.
- 5 Zu Hofmanns Eheschliessung vgl. seine RuS-Akte, BArch R 9361-III-79662.
- 6 Vgl. Hofmanns Angaben in seinem undatierten Lebenslauf (1936) in seiner SS-Personalakte, BArch (ehem. BDC), SSO, Hofmann, Otto.
- 7 Stellenbesetzungsvorschlag des Führers des SS-OA Nord-West, SS-Gruf. Friedrich Jeckeln, 15.1.1934. Zum 15. Januar 1934 wurde Hofmann offiziell ernannt, BArch (ehem. BDC), SSO, Hofmann, Otto.
- 8 Anschreiben Chef RuSHA an RFSS, 12.1.1939, Bestätigung durch RFSS, 20.1.1939, BArch (ehem. BDC), SSO, Hofmann, Otto.
- 9 Vgl. BArch (ehem. BDC), SSO, Hofmann, Otto.
- 10 Zunächst zum Chef des RuSHA ernannt mit Wirkung vom 9. Juli 1940 «für die Dauer des Krieges». Schreiben des RFSS an Otto Hofmann, 17.7.1940, BArch (ehem. BDC), SSO, Hofmann, Otto.
- 11 Vgl. dazu die Reichstagsrede Hitlers vom 6.10.1939; vgl. Wildt, Ordnung. Zum RKF vgl. Koehl, RKF DV; Stiller, Gewalt und Alltag; dies., Germanisierung; Longerich, Heinrich Himmler; Wolf, Herrschaftsrationalität; Heinemann, Wissenschaft.
- 12 Für das gesamte Verfahren vgl. Heinemann, Rasse.
- 13 Vgl. Briefentwurf Himmlers an Otto Hofmann vom 12.3.1943; Niederschrift Himmlers über eine Besprechung mit Otto Hofmann, 13.3.1943, BArch (ehem. BDC), SSO, Hofmann, Otto.
- 14 Vgl. Briefentwurf Himmlers an Otto Hofmann vom 12.3.1943; Niederschrift Himmlers über eine Besprechung mit Otto Hofmann, 13.3.1943; Erlass des Führers vom 20.4.1943; Telegramm Hofmanns an den RFSS über Dienstantritt zum 21.4.1943, 22.4.1943; Schreiben des RFSS an Hofmann, 29.9.1943, BArch (ehem. BDC), SSO, Hofmann, Otto.
- 15 Vgl. Himmler an den HSSPF Südwest, 29.11.1944, BArch (ehem. BDC), SSO, Hofmann, Otto.

- 16 Vgl. Beförderung durch Adolf Hitler, 21.6.1943, BArch (ehem. BDC), SSO, Hofmann, Otto.
- 17 Vgl. Ernennung durch Adolf Hitler, 20.6.1944, BArch (ehem. BDC), SSO, Hofmann, Otto.
- 18 Vgl. Dankesschreiben Hofmanns an Himmler, 31.12.1944, BArch (ehem. BDC), SSO, Hofmann, Otto.
- 19 Vgl. Eidesstattliche Erklärung Hofmann, 19.6.1947, IfZ, ZS-797-65.
- 20 Stellungnahme des Führers des SS-Abschnittes XVI, SS-Oberf. Harnys vom 19.3.1935, Stellungnahme des Führers des SS-OA Nordwest, SS-Gruf. Jeckeln, vom 23.3.1935, BArch (ehem. BDC), SSO, Hofmann, Otto.
- 21 Vgl. Meldung Hofmanns an den Führer der SS-Gruppe Süd, SS-Gruf. Jeckeln, 12.6.1933, BArch (ehem. BDC), SSO, Hofmann, Otto.
- 22 Verweis des RFSS vom 22.8.1934; Vernehmung Hofmanns vom 9.5.1934; Gnadengesuch Hofmanns vom 17.10.1934; Ablehnung durch den RFSS mit Schreiben vom 10.12.1934. Vgl. auch das gesamte in der Personalakte befindliche Ermittlungsverfahren, BArch (ehem. BDC), SSO, Hofmann, Otto.
- 23 Vgl. Schreiben Otto Hofmanns an das Wehrbezirkskommando Berlin VI, Abteilung Luftwaffe, 11.8.1939, BArch (ehem. BDC), SSO, Hofmann, Otto.
- 24 Briefentwurf Himmlers an Otto Hofmann, 12.3.1943; Schreiben Otto Hofmanns an den RFSS, 20. März 1943; Schreiben Hofmanns an den Chef des RuSHA, 14.12.1943; Brief Hofmann an RFSS, 18.1.1945, BArch (ehem. BDC), SSO, Hofmann, Otto.
- 25 Vgl. Heinemann, Rasse; Poradowsky, Obóz «Rasowy».
- 26 Der Chef des RuSHA, gez. Otto Hofmann, an den SS-OGruf. Heissmeyer vom 25.9.1942, BArch NS 2/82.
- 27 Vgl. Staatsarchiv Nürnberg, PS-709.
- 28 Zwar schrieb die New York Times fehlerhaft «Philip Hoffmann», es ist jedoch unzweifelhaft, dass Otto Hofmann gemeint war. Nazi Jewish Files Found, in: New York Times, 21.8.1945, abgedruckt bei: Kampe/Klein (Hrsg.), Wannsee-Konferenz, S. 61.
- 29 Vgl. Heydrich an Hofmann über Massnahmen zur Senkung der Geburtenrate der Polen, 3.5.1941, BArch NS 2/68; Heydrich an Hofmann über rassische Musterungen von Angehörigen der DVL, 26.5.1941, AGK 167/41; Der Dienstkalender Heinrich Himmlers, Eintrag vom 20.3.1941: Himmler, Heydrich, Hofmann und andere hohe Funktionäre aus Partei und SS besuchen gemeinsam die Umsiedlungs-Ausstellung «Planung und Aufbau im Osten» in Berlin.
- 30 Vgl. Brief RFSS/RKF an die Mitglieder des Obersten Prüfungshofes für Volkszugehörigkeitsfragen, 14.4.1942, BArch NS 2/80.
- 31 Protokoll der «Besprechung über die Endlösung der Judenfrage» am 20.1.1942, Bl. 171, <http://www.ghwk.de/ghwk/deut/protokoll.pdf> (28.11.2016).
- 32 Ebenda, S. 10. In einem Schreiben vom 24.4.1942 an Himmler präzisierte Hofmann, er habe mit Heydrich vereinbart, «dass ich z. B. einen Angehörigen des Rassenamtes zu gegebener Zeit nach Ungarn entsenden will, der dort insbesondere die Judenfrage studieren soll». Hofmann an den RFSS, 24.4.1941, BArch NS 2/58.
- 33 Protokoll der «Besprechung über die Endlösung der Judenfrage» am 20.1.1942, Bl. 175, <http://www.ghwk.de/ghwk/deut/protokoll.pdf>.
- 34 Nach der Volkszählung vom 17.5.1939 lebten 71'126 «Mischlinge ersten Grades» und 41'456 «Mischlinge zweiten Grades» im Deutschen Reich. Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 552, Heft 4: Die Juden und jüdischen Mischlinge im Deutschen Reich, zit. nach: Meyer «Jüdische Mischlinge», S. 162.
- 35 Protokoll der «Besprechung über die Endlösung der Judenfrage» am 20.1.1942, S. 10.
- 36 Ebenda, S. 13 f.

- 37 Das erkannten später auch die Richter im Prozess gegen die Angehörigen des Auswärtigen Amtes, dem sogenannten Wilhelmstrassen-Prozess. Vgl. Urteil im Fall XI der Nürnberger Nachfolgeprozesse, BArch, All. Proz. 1, LVI Z/2, S. 515.
- 38 Vgl. Protokoll der Besprechung über die «Endlösung der Judenfrage» am 20.1.1942, Bl. 178 f., <http://www.ghwk.de/ghwk/deut/protokoll.pdf>.
- 39 Ebenda, S. 12.
- 40 Ebenda, S. 14. Zu Stuckart vgl. den Beitrag von Hans-Christian Jasch in diesem Band.
- 41 Am 6. März 1942 waren dies zwei SS-Führer aus dem Rassenamt des RuSHA, SS-Hauptsturmführer Preusch und SS-Obersturmführer Dr. Hans Georg Grohmann, am 24. Oktober 1942 wiederum Preusch und dazu der Chef des Rassenamtes, SS-Obersturmführer Georg Harders. Vgl. Besprechungsniederschrift über die am 6. März 1942 im RSHA, Referat IV B 4 stattgefundene Besprechung über die Endlösung der Judenfrage, abgedruckt bei: Kempner, Eichmann und Komplizen, unpag.; Schreiben Stuckarts an Freisler, Klopfer, Neumann, Luther, Meyer, Heydrich und Hofmann vom 16.3.1942, Dok. Nr. NG-2586-I; Zusammenfassung der Konferenz vom 27.10.1942, Dok. Nr. NG-2586-M; Sitzungsprotokoll mit einem Schreiben des Referats IV B 4, geh. Rs., an den Gesandtschaftsrat Dr. Klingenfuss im AA vom 3.11.1942, abgedruckt bei: Kempner, Eichmann und Komplizen, unpag.
- 42 Besprechungsniederschrift über die am 6. 3.1942 im RSHA, Referat IV B 4 stattgefundene Besprechung über die Endlösung der Judenfrage, abgedruckt bei: Kempner, Eichmann und Komplizen, unpag.
- 43 Vgl. Klein, Die Wannsee-Konferenz, S. 58-61, hier S. 61.
- 44 Schreiben des RuSHA-Chefs, gez. SS-Gruf. Otto Hofmann, an den RFSS vom 17.3.1943 über die «Endlösung der Judenmischlingsfrage», BArch NS 19/1049.
- 45 Gutachten Schultz' vom 18.1.1943 «zur rassenbiologischen Beurteilung der Jüdischen Mischlinge II. Grades», BArch NS 19/1047; Schreiben des RFSS an den Reichsleiter Martin Bormann, 22.5.1943; Rundschreiben des Leiters der Partei-Kanzlei, 22.8.1943 über die Bewertung der Erbanlagen von jüdischen Mischlingen 2. Grades bei ihrer politischen Beurteilung durch die Partei, BArch NS 19/1047. Ein gleiches Schreiben ging am 3.9.1943 an das RuSHA und das RSHA.
- 46 Z. B. durch Zulassungsbeschränkungen zu Schulen, Verpflichtungen zur Zwangsarbeit etc. Vgl. Noakes, Development, S. 348-352. Vgl. auch Hilberg, Vernichtung, Bd. 2, S. 444 f.
- 47 Eröffnungsstatement für Otto Hofmann, BArch K, All. Proz. 1, XXXXIV, Rep. 501, JI, S. 23 f.
- 48 Indictment: Count One – Crimes Against Humanity, in: Trials of War Criminals before the International Military Tribunals, Bd. IV, 2, S. 669 f.
- 49 Bei der Frau handelte es sich um Inge Viermetz vom Lebensborn e. V. Die Prozessakten nebst den umfangreichen Dokumenten von Anklage und Verteidigung liegen im Staatsarchiv Nürnberg, eine Kopie im BArch, All. Proz. 1, Rep. 501. Ein Auszug der Prozessakten findet sich in der Dokumentenedition Trials of War Criminals before the International Military Tribunals, Bd. 4,2 und 5,1. Zu den Nürnberger Nachfolgeprozessen vgl. das Standardwerk von Priemel/Stiller (Hrsg.), NMT, zum Fall VIII vgl. meinen Beitrag ebenda, S. 100-126.
- 50 Anklage Otto Hofmann, vgl. Opening Statement of the Prosecution, BArch, All. Proz. 1, XXXXIV, Rep. 501, Bd. 3, S. 69-81. Indictment: Count One – Crimes Against Humanity, in: Trials of War Criminals before the International Military Tribunals, Bd. IV, 2, S. 669 f.
- 51 Eröffnungsrede für den Angeklagten Otto Hofmann vor dem Militärtribunal I in Nürnberg im Fall 8 gegen Greifelt und andere. Gehalten von Dr. Otfried Schwarz, Verteidiger, BArch, All. Proz. 1, XXXXIV, Rep. 501, J 1, S. 29.
- 52 So Koehl, RKFDV; Buchheim, Rechtsstellung; Kater, Ahnenerbe; Lilienthal, Lebensborn.

- 53 Vgl. seine Zeugenaussagen im Verfahren: BArch, All. Proz. 1, XXXXIV, Rep. 501. R-3271, R-3274.
- 54 Geschichte und Aufgaben des Rasse- und Siedlungshauptamtes SS. Ein Leitfaden für unsere Verteidiger, BArch, All. Proz. 1, XXXXIV, Rep. 501, C 5.
- 55 Ebenda, S. 22.
- 56 Eröffnungsstatement für Otto Hofmann, BArch, All. Proz. 1, XXXXIV, Rep. 501, J1, S. 23 f.
- 57 Vernehmung Otto Hofmann durch Larry Wolf, 20. 5.1947, IfZ, ZS-797-30, S. 31 f.
- 58 Hierzu im Detail Heinemann, Otto Hofmann.
- 59 Vernehmung Erich von dem Bach-Zelewskis im Fall VIII der Nürnberger Nachfolgeverfahren, 24.10.1947, BArch, All. Proz. 1, Rep. 501, XLIV, A 6, S. 396.
- 60 Vgl. Closing Brief of the Prosecution on the Organization of the Race- and Settlement Main Office, BArch, All. Proz. 1, Rep. 501, XXXIV, Be 47, S. 124-128.
- 61 Vgl. Urteil gegen den Angeklagten Otto Hofmann, BArch, All. Proz. 1, XXXXIV, Rep. 501, S. 1, S. 141.
- 62 Vgl. ebenda, S. 1, S. 130; Opinion and Judgement, in: Trials of War Criminals before the International Military Tribunals, Bd. V, S. 152.
- 63 Zur Verschränkung von Judenmord und Umsiedlungs- sowie Germanisierungspolitik vgl. Aly, «Endlösung».
- 64 Hierzu detailliert Heinemann, Rasse.
- 65 In diesen Vorermittlungsverfahren der ZSt ging es u. a. um die Tätigkeit Otto Hofmanns als Chef des RuSHA und als HSSPF Südwest: Vorermittlungsverfahren gegen Angehörige der SS wegen Mordes im Konzentrationslager Natzweiler, ZSt, AR-Z 33/61; Vorermittlungsverfahren gegen die Angehörigen des Rasse- und Siedlungshauptamtes der SS, ZSt, AR 122/65; Vorermittlungsverfahren gegen die ehemaligen Höheren SS- und Polizeiführer der SS, ZSt, AR 1501/65; Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Berlin gegen Teilnehmer der Wannsee-Konferenz, ZSt, AR 72/82.
- 66 Vgl. die Vernehmungen Hofmanns vom 17.4.1962, ZSt, AR-Z 33/61; vom 27.4.1965, ZSt, AR 1501/65; 10.11.1966, ZSt, AR 1501/65 und AR 122/65.
- 67 Staatsanwaltschaft Hechingen 1 Js 4288/59 und 1 Js 6069/60; Staatsanwaltschaft Heilbronn 1 Js 6 247/1959 wegen Beihilfe zum Mord; Einstellungsverfügung 27.9.1961, ZSt, 419 AR-Z 33/61.
- 68 Staatsanwaltschaft Stuttgart 7 Js 497/82, Strafanzeige gegen die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz wegen Völkermordes; Einstellungsverfügung vom 30.9.1982, ZSt, 415 AR 269/82.
- 69 Vgl. z.B. die Begründung im Einstellungsvermerk der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Heilbronn vom 27.9.1961, gez. Dr. Lorenz, 1 JS 6 247/59.
- 70 Vernehmung Hofmanns durch das LKA Ludwigsburg, 10.11.1966, ZSt, AR 122/65.
- 71 Bericht des LKA Ludwigsburg an die ZSt, 11.11.1966, ZSt, AR 122/65.
- 72 Vgl. Meldung des Einwohnermeldeamtes Künzelsau (wo Hofmann bis zuletzt wohnte) an die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg vom 6.8.1984; Eintrag ins Sterberegister Bad Mergentheim Reg. Nr. 623/1982, ZSt, Personenkartei Otto Hofmann.
- 73 Zu diesem spezifischen Tätertyp (jünger und etablierter als die «Generation des Unbedingten») vgl. die Ausführungen bei Herbert, Best, S. 42-50; Wildt, Generation des Unbedingten, S. 847-871.

## Rudolf Lange

Reichssicherheitshauptamt  
Akademiker,  
Weltanschauungskrieger,  
Massenmörder



Rudolf Lange (1910-1945)

Unbekannter Fotograf, o. D. [1942]  
BArchR 9361-111/113921 (Sig. BDC)

Der mit damals gerade 31 Jahren jüngste Teilnehmer an der Staatssekretärsbesprechung war der promovierte Jurist Rudolf Erwin Lange. Er sollte überhaupt nur knapp 35 Jahre alt werden – am 23. Februar 1945 starb der mit dem Deutschen Kreuz in Gold und beiden Eisernen Kreuzen hoch dekorierte SS- Standartenführer bei der Verteidigung der Posener Festungsanlagen gegen die heranrückende Rote Armee. Anfang Februar 1945 waren sich Heinrich Himmler und Ernst Kaltenbrunner einig gewesen, einen solchen im NS-Jargon einsatzfreudigen und schneidigen SS-Führer noch auszeichnen zu müssen. «Es ist in erster Linie seinem Mut und seiner Tapferkeit zu verdanken, dass die in Feindeshand gefallene Dienststelle der Sicherheitspolizei und des SD in Posen wiedererobert werden konnte. Im Verlaufe dieser Kampfhandlungen wurden vor der Dienststelle sieben feindliche Panzer vernichtet.»<sup>1</sup> Derlei Draufgängertum ergänzte sich mit anderen nationalsozialistischen Führereigenschaften wie etwa der Festnahme zahlreicher «Saboteure und Deserteure» sowie dem Aufspüren und Rückführen verstreuter Soldaten zur «Stärkung der Schlagkraft» der deutschen Verteidiger. Lange wurde während der militärisch aussichtslosen Kämpfe schwer verwundet, und entweder starb er beim Eindringen der Roten Armee in die Verteidigungsanlage, oder er setzte seinem Leben selbst ein Ende.<sup>2</sup> Sein Grab befindet sich auf dem Soldatenfriedhof in Poznari-Milostowo.

## Studium und Karriereplanung

Tatsächlich handelt es sich bei Rudolf Lange um einen fast schon idealtypischen Gestapovertreter aus der Kriegsjugendgeneration. Geboren am 18. April 1910 im kleinen sächsischen Ort Weisswasser, verbrachte der Sohn eines Reichsbahnnamtmanns seine ersten Lebensjahre im vorpommerschen Treptow, bevor er als Zehnjähriger mit den evangelischen Eltern nach Stassfurt im preussischen Regierungsbezirk Magdeburg zog. Die frühe Krisenzeit der Weimarer Republik und die kurze, trügerische Erholungsphase Mitte der 1920er-Jahre erlebte der zehn- bis achtzehnjährige Lange als Schüler am dortigen Reform-Realgymnasium und absolvierte hier zu Ostern des Jahres 1928 seine Abiturprüfungen. Danach immatrikulierte er sich an den Universitäten Jena, München und Halle für Rechtswissenschaften. Viel später, im Sommer 1942, wird der Sozialaufsteiger über die Studienzeit nur kurz und summarisch berichten. Studium und Promotion waren ihm kaum zwei Sätze wert, aber wichtig schien ihm doch zu erwähnen, dass er vor der Machtübernahme «keinen politischen Parteien und Verbänden» angehört hatte.<sup>3</sup> Die antidemokratische und antisemitische Jenaer Burschenschaft «Germania», eine pflichtschlagende Studentenverbindung mit langer Tradition, lieferte seit Studienbeginn das soziale Umfeld des kaum zwanzigjährigen Studenten. Langes Gesicht war von Säbelschmissen durchfurcht, seine medizinische Vita verzeichnet eine 1930 auskurierte Gonorrhoe. Seine Mitgliedschaft bei «Germania» überdauerte auch die Umwandlung der Studentenverbindung in die studentischen NS-Kameradschaften ab 1936; er trat dem Altherrenbund bei.

Im Juli des Jahres 1932 legte Lange die erste juristische Staatsprüfung ab, begann mit seiner Promotion über das «Direktionsrecht des Arbeitgebers» und erlebte die nationalsozialistische Machtübernahme – mit allen hierzu gehörenden schweren Verstößen gegen die Grundprinzipien von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – als Rechtsreferendar bei den Justizbehörden in Stassfurt, Magdeburg, Torgau und Naumburg. Fünf Wochen im Sommer des Jahres 1933 verbrachte er freiwillig im Arbeitsdienstlager in Gartz an der Oder. Im November trat er in die SA ein. Beide Entscheidungen lenken wegen ihrer Freiwilligkeit den Blick auf Lange als noch nicht 25 Jahre alten künftigen Volljuristen, weil sie eine besondere Zustimmung zum neuen NS-System signalisieren. Lange wurde, auch später, nicht Mitglied im Bund der NS-Juristen oder dem späteren NS-Rechtswahrerbund. Vielmehr entschied er sich für den freiwilligen Arbeitsdienst und die junge, aktivistische SA als für ihn attraktivere Möglichkeit zur Mitarbeit. Jugendlicher Schwung zählte mehr als eine NS-Standesorganisation, die für den Sohn eines Reichsbahnnamtmannes ohnehin ein eher exklusiver akademischer Elitenverband gewesen sein mochte.

Einblicke in die Verwaltung erhielt der junge Referendar als letzte Station seiner Vorbereitungszeit auf die grosse juristische Staatsprüfung bei der Staatspolizeistelle in Halle an der Saale Ende des Jahres 1935. Nachdem der mittlerweile promovierte Referendar im August 1936 das zweite Staatsexamen hinter sich gebracht hatte, erfolgte dann der nahtlose Übergang zur probeweisen Beschäftigung im Berliner Geheimen Staatspolizeiamt. Jetzt, im September des Jahres 1936, schien Rudolf Lange sein Berufsziel gefunden zu haben. Die folgenden Monate des Jahres 1937 lesen sich denn auch wie eine eindeutige Ausrichtung auf die nun winkende Karriere bei SS und Polizei. Er trat aus der SA aus, entweder schon bei Arbeitsbeginn im Geheimen Staatspolizeiamt oder im September 1937 – hier widersprechen sich die Quellen.<sup>4</sup> Gleichzeitig wurde er Mitglied in der SS. Er trat aus der evangelischen Kirche aus und beantragte seine Mitgliedschaft in der NSDAP. Am 24. August des Jahres 1937 wurde Lange Regierungsassessor und damit Beamter, eine Nachricht, die ihn beim zweimonatigen Wehrdienst als Kanonier beim II. Flak-Regiment 12 in Berlin-Lankwitz erreichte. Assessor, Parteimitglied, gedienter Wehrmacht-Unterführer-Anwärter und «Übernahme in den SD des RFSS als Staffelsturmmann» am 30. September 1937 – der 27 Jahre alte Jurist musste sich jetzt nur noch bewähren.<sup>5</sup>

### Gestapopreferent in Wien

Im Mai 1938 bekam er seine Chance. Lange wurde als Leiter des Referats IIB der neuen Gestapoleitstelle Wien abgeordnet, die erst seit etwa zwei Monaten existierte und noch im Aufbau begriffen war. Sie sollte bald zur personalstärksten sicherheitspolizeilichen Regionalbehörde des Grossdeutschen Reiches werden.<sup>6</sup> Langes Aufgabenbereich lag damals in der exekutiven «Gegnerbekämpfung» mit dem Fokus auf Juden und Kirchen. Im folgenden Jahr bis Juni 1939 sass er damit an einer der entscheidenden Stellen bei der Verfolgung der Wiener und österreichischen Juden. Bedenkt man die ausserordentlich brutalen Verhaftungsaktionen gegen politische Gegner und Juden gleich zu Amtsantritt Langes, dann die fürchterlichen Ausschreitungen gegen die Juden während des Novemberpogroms sowie die beständige Zuarbeit beim staatlich organisierten Raub jüdischen Vermögens, so gewinnt man auch ohne lückenlose dokumentarische Quellenüberlieferung ein Bild von der Tätigkeit des jungen Gestapo-Referatsleiters.<sup>7</sup>

Auch der Amtsdirektor der Israelitischen Kultusgemeinde Wien machte schon bald Bekanntschaft mit Lange. Am 29. Juli 1938, die Zentralstelle für jüdische Auswanderung war noch nicht gegründet, wurde Joseph Löwenherz telefonisch in Langes Büro

zitiert, wo er auch auf den Wiener Obersenatsrat Schaufler und weitere städtische Beamte traf. «Herr Dr. Lange leitete die Besprechung damit ein, dass die Absicht besteht, die jüdischen Patienten in den Fonds- und Gemeindespitälern abzusondern, weil es arischen Pflegerinnen kaum zuzumuten ist, dass sie jüdische Patienten befürsorgen.» Lange zwang Löwenherz, in kürzester Zeit alle Vorbereitungen für die Übernahme zu treffen.<sup>8</sup>

Ausserdem war Lange etwa zur selben Zeit an der Organisation mindestens eines illegalen Transportes von rund 400 Wiener Juden nach Palästina beteiligt gewesen. Eichmann und er sollen sogar gemeinsam bei Abfahrt eines Zuges am Bahnhof gewesen sein.<sup>9</sup> Doch das Ziel, die Juden über Griechenland, Rhodos und Zypern nach Palästina einzuschleusen, misslang. Der SD-Führer des Oberabschnitts Donau, Walter Stahlecker, als Vorgesetzter Eichmanns und zugleich als Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Wien Vorgesetzter Langes, missbilligte derlei Aktivitäten. An das Sicherheitshauptamt berichtete er aus der Rückschau am 12. August 1938: «Es entspricht den Tatsachen, dass am 9.7.1938 ein Dampfer mit rund 400 [...] jüdischen Auswanderern nach Palästina ausgelaufen ist. Diese Einwanderung nach Palästina ist eine illegale gewesen.»<sup>10</sup> Als sich dann kurz nach der Einrichtung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung herausstellte, dass der Transport gescheitert und die Juden auf dem Weg zurück nach Wien waren, wurde Lange angewiesen, die Menschen ins Polizeigefängnis in der Karajangasse einzuquartieren und für die Vermittlung legaler Palästina-Papiere zu sorgen.<sup>11</sup> Wenn Heydrich am 20. Januar 1942 rückschauend einen Überblick über die «legalen» Massnahmen zur Beschleunigung der Auswanderung der Juden gab, dann mochten sich Eichmann und Lange an ihre dienstlichen Kontakte in Wien wenige Jahre zuvor erinnern haben.<sup>12</sup>

Über Langes Eigenschaften während der Wiener Zeit besitzen wir nur Charakterisierungen durch seinen Nachfolger Dr. Karl Ebner, der angesichts seiner drohenden Todesstrafe vor dem Volksgericht in Wien 1948 ein Bild von sich zeichnete, das ihn als menschlichen Gestapoangehörigen darstellen sollte.<sup>13</sup> Er charakterisierte Lange als hoch ideologisierten, ehrgeizigen Referatsleiter, der seine Mitarbeiter zu weltanschaulichen Überzeugungstätern radikalisiert habe. «Es kostete mich mindestens ein halbes Jahr, die grossen Bemühungen um den in die Leute hineingepumpten Radikalismus, die teilweise auf fruchtbaren Boden gefallen waren, wieder etwas auszugleichen.»<sup>14</sup> Es entlastet Lange kaum, dass dies eine offensichtliche Schutzbehauptung war, die der spätere Vertreter der Gestapoleitstelle hier in die Welt zu setzen versuchte; vielmehr lässt sich von einer identischen Dienstauffassung der beiden Referatsleiter ausgehen.



## Leitungspositionen im Reichsgebiet

Lange wurde im Juni 1939 zum stellvertretenden Leiter der Gestapoleitstelle Stuttgart und kurz darauf zum Regierungsrat ernannt. Doch im Schwäbischen blieb er nicht einmal ein Jahr. Bei den schnell wechselnden Zwischenstationen der lokalen Gestapostellen in Weimar und Erfurt und nach der Beförderung zum SS-Hauptsturmführer vertrat er sogar den Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD im Wehrkreis IX in Kassel.

Am 17. September 1940 folgte dann der nächste Karrieresprung: Mit dreissig Jahren war der Hauptsturmführer nun der Stellvertreter von Walter Blume, dem gerade einmal vier Jahre älteren damaligen Chef der Gestapoleitstelle Berlin.<sup>15</sup> Lange, noch ledig, wohnte zur Untermiete beim «Gebrauchswerber» Josef Paul Sieg und dessen Familie in Charlottenburg, Waitzstrasse 10. Doch nach einem halben Jahr Dienst in der Reichshauptstadt zum SS-Sturmbannführer befördert, wurde Lange nun im Rahmen der Personalplanung für die Aufstellung der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD nach Pretzsch an der Elbe abgeordnet, wo er als Stabsmitglied der Einsatzgruppe A unter seinem alten Vorgesetzten Stahlecker Verwendung fand. Nun war er im Laufe des Überfalls auf die Sowjetunion innerhalb der etwa 1'000 Mann umfassenden Sicherheitspolizeitruppe zuständig für die konzeptionelle Bearbeitung von Gestapo- und Kripomassnahmen (Abt. IV/V). Nach eigenen Angaben hatte er auch ein sogenanntes Teilkommando geführt, also eine nach Bedarf zusammengestellte hochmobile kleine Gruppe, die abseits der Haupttroupen der Einsatz- und Sonderkommandos kleinere Ortschaften heimsuchte, um dort befehlsgemäss alle ideologischen Feinde und potenziellen Gegner, in deutscher Perspektive also Juden, Kommunisten, Versprengte, Ortsfremde oder allgemein Verdächtige, zu ermorden.<sup>16</sup>

## In Riga

Die lettische Metropole Riga war die grösste und wichtigste Stadt entlang der Route der Einsatzgruppe A in den drei baltischen Ländern. Schon am 1. Juli 1941 war sie im Windschatten der deutschen Wehrmacht in die Stadt eingerückt und hatte die sicherheitspolizeiliche Arbeit begonnen. Auch der Stab Stahleckers hatte hier zunächst seinen Sitz und koordinierte von hier und dem litauischen Kaunas aus im Wesentlichen die Marschwege und Aufgaben der verschiedenen Einsatzkommandos oder mobiler Teile hiervon. Als Stabsverantwortlicher für die Gegnerbekämpfung war Lange nun für die exekutive Verfolgung ausgemachter Feinde zuständig, und die Einsatzgruppe

schuf sich hier mit der lettischen Hilfspolizei unter Viktor Arajs schon sehr früh ein einheimisches Kommando, das stramm antisemitisch und antikommunistisch, aber vor allem hoch eigeninitiativ die Rahmenbefehlslage ausfüllte.<sup>17</sup> Im Spätsommer 1941 war Riga eine Grossstadt, in der weniger Pogromstimmung herrschte als vielmehr ein Terror kollaborationswilliger Hilfspolizisten, der ganz auf der Linie deutscher Anordnungen lag. Arajs-Kommando und Sicherheitspolizei hatten eigene Haftstätten eingerichtet oder übernommen; willkürliche Verhaftungen, Verschleppungen, Mord und Totschlag waren an der Tagesordnung.<sup>18</sup>

Dies änderte sich auch nicht, als sich im Zuge der Einführung der deutschen Zivilverwaltung am 17. Juli 1941 eine weitere Besatzungsorganisation ausbreitete. Riga war nun Dienstsitz des Reichskommissars für das Ostland, des Generalkommissars in Lettland sowie des deutschen Oberbürgermeisters. Und auch Himmler installierte mit dem Höheren SS- und Polizeiführer Ostland (HSSPF) hier seinen regionalen Stellvertreter.<sup>19</sup> Dass Lange sich inmitten dieser Ansammlung wesentlich diensthöherer Besatzungsvertreter in Richtung Berlin empfehlen konnte, lag an seinem Gespür für die erwünschte und unerwünschte Erfüllung der Rahmenbefehle. So folgte er bei der Durchsetzung der Stadt Riga als Ankunftsort für deutsche Juden ganz der Linie seines Amtschefs Heydrich und setzte sich damit von den Vorstellungen der Zivilverwaltung ab. Nur kurze Zeit, nachdem der Chef des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) Riga, Minsk und Kaunas als Ausweichorte für die Ankunft deutscher, österreichischer und tschechischer Juden ventiliert und Stahlecker dies dem Generalkommissar Drechsler am 11. Oktober 1941 mitgeteilt hatte, traf Rudolf Lange vor Ort diese Entscheidung gegen die Zivilverwaltung und suchte den Bauplatz für das spätere Lager Salaspils aus. Da sich der Baufortschritt dieses Lagers für deportierte und lettische Juden sehr viel langsamer gestaltete, improvisierte Lange die Einquartierung der ersten vier Transporte in das frühere Staatsgut Jungfernhof. Ein halb verfallenes Gutsgelände, das bereits von SS und Polizei in Pacht übernommen worden war, nahe der Eisenbahnstation Skirotava lag und sich günstig gelegen zum Bauplatz von Salaspils befand, wurde zum provisorischen Unterbringungsgelände für etwa 4'000 Menschen aus Nürnberg, Stuttgart, Wien und Hamburg.<sup>20</sup>

Rudolf Lange zeigte sich aus Berliner Perspektive als konflikt- und improvisationsfähiger SS-Sturmbannführer. Doch auch die Grenzen schien der junge Jurist aus Weisswasser instinktiv zu spüren. Als der gerade berufene HSSPF Friedrich Jeckeln eigeninitiativ zum Massenmord an den angekommenen Juden in Kaunas schritt und den dortigen Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD (KdS) und dessen Mannschaften einsetzte, da verweigerten kurz darauf die KdS-Leute in Riga wohl die Gefolgschaft. Jeckeln plante dieselbe Aktion mit denjenigen Berliner Juden, die am 30.

November 1941 in Riga-Skirotava ankamen. Jeckens Initiative führte zwar zum Mord an den 1053 Berliner Juden, war aber nicht von Himmler gedeckt. Langes Männer kamen dann hinzu, als dieser Massenmord beendet war und nun die lettischen Juden aus dem Ghetto erschossen wurden, um Platz für die ankommenden deutschen Juden zu schaffen.<sup>21</sup> Bei der zweiten Massenerschießungsaktion gegen die noch im Ghetto verbliebenen lettischen Juden am 8. Dezember 1941 waren die stationierten Kräfte der Sicherheitspolizei wieder dabei. Zwei Tage später erreichten die ersten deutschen Transporte dann das Ghettoelände; dagegen protestierte nun der Gebietskommissar. Doch Lange liess sich wiederum nicht beirren.

Langes Beförderung zum KdS im Generalbezirk Lettland liegt uns mit einem abschriftlichen Schreiben Streckenbachs an ihn vor, das das Datum 3. Dezember 1941 trägt.<sup>22</sup> Das RSHA lobte wohl seinen robusten Einsatz. Lange selbst hingegen wird in einem nur wenig später verfassten Lebenslauf angeben, er sei im Februar 1942 zum KdS ernannt worden, ein Widerspruch, der sich bisher nur schwer auflösen lässt.<sup>23</sup> Auf der Teilnehmerliste des Wannsee- Protokolls war er zum 20. Januar 1942 jedenfalls als KdS Lettland ausgewiesen. Daher erscheint es plausibel, dass er im Gegensatz zum dienstlich kaum mit der Deportation befassten Stahlecker zur Wannsee-Konferenz geladen wurde. Lange konnte nicht nur zu den Massenmorden an Juden im Rahmen seiner Einsatzgruppentätigkeit referieren, er stand sozusagen für die praktische Durchsetzung der alleinigen Kompetenz Heydrichs bezüglich der Konzeption der «Endlösung der Judenfrage», notfalls gegen alle bisherigen Widerstände seitens der zivilen Besatzungsverwaltung, wie sie etwa von Alfred Meyer und Georg Leibbrandt vertreten wurden.

Darüber hinaus war der KdS Lettland gerade von den Erschießungsgruben in Birknieki vor der Stadt Riga gekommen. Mithilfe des Arajs-Kommandos waren dort am 19. Januar 1942 nahezu alle Juden ermordet worden, die vier Tage vorher aus dem Ghetto in Theresienstadt abgefahren waren. Da Lange um die Probleme wusste, die sich der HSSPF Jeckeln mit der Ermordung der Berliner Juden am 30. November eingehandelt hatte, und die böhmischen Juden aus Theresienstadt zu Heydrichs Protektorat gehörten, ist aus der historischen Rückschau klar, dass dieser Massenmord an Deportierten niemals ohne Einverständnis des Gastgebers am Wannsee begangen worden wäre. Lange verkörperte mit seiner Anwesenheit auch die neue Qualität der deutschen Vernichtungspolitik. Was am 30. November 1941 noch verboten war, das war am Vorabend der Wannsee- Konferenz erlaubt: der Massenmord an den Deportierten, egal ob arbeitsfähig oder nicht.<sup>24</sup>



Dieser Schnappschuss stammt aus der Akte beim SS Rasse- und Siedlungshauptamt. Er zeigt Lange an einem kalten, aber sonnigen Tag am Rande eines Waldes vor einem Auto, dessen Fahrertür geöffnet ist. Das Foto ist neben dem Porträt als SS-Sturmbannführer für dieselbe Personalakte eine der wenigen bekannten Aufnahmen von Rudolf Lange.

Unbekannter Fotograf [1942]

BArch R 9361-111/113921 (Sig. BDC)

### Rudolf Lange und der Holocaust

Wenn man Lange also nicht nur als unbedingten Gefolgsmann Heydrichs bei der Durchsetzung der Deportationen nach Riga betrachten will, sondern von seiner Rolle als Praktiker des Massenmordes auch einen Klärungsprozess hinsichtlich des Stadiums der «Endlösung» erwartet, dann ist es wichtig, die Tätigkeit des KdS auch unmittelbar nach der Konferenz weiter zu verfolgen. Jetzt kannte er die weit über Lettland hinausreichende Strategie seines Chefs, die Gesprächsrunde mit ihren für uns nicht mehr nachvollziehbaren Diskussionen und die Erwartungshaltung an regionale Entscheidungsträger wie ihn. Als er nach der Konferenz nach Riga zurückkehrte, waren zwei Transporte mit Berliner und sächsischen Juden unterwegs. Zwei Transporte aus Wien und je einer aus Berlin und Dortmund waren noch avisiert. Lange leitete am 30. oder 31. Januar eine Massenerschießungsaktion gegen die gerade ankommenden Berliner oder Wiener Juden. Am Samstag, den 31. Januar, konnte man die «Deutsche Zeitung im Ostland» an den Rigaer Kiosken kaufen und auf der zweiten Seite den Kolumnentitel lesen: «Dieser Krieg wird das Judentum vernichten.» Lange erfuhr die Bestätigung seines Handelns auch aus der Zeitung, in der die Rede Hitlers vom Vortag abgedruckt war.<sup>25</sup> Am 5. Februar schliesslich erfolgte eine grössere Selektion unter den bereits im Ghetto lebenden Wiener und Berliner Juden nach ihrer Arbeitsfähigkeit.<sup>26</sup>

Genau in dieser ersten Februarwoche muss in Rudolf Langes Büro ein Lagebericht entstanden sein, der uns gut verdeutlicht, wie offen – oder besser: wie verdeckt – der

KdS über die Massenmorde unter seiner Kommandoführung referierte:

«Seit Dezember 1941 treffen aus dem Reich in kurzen Abständen Judentransporte ein. Insgesamt sind bisher 19'000 Juden aus dem Reich und dem Protektorat nach Riga abgeschoben worden. Sie sind teils im Ghetto, teils in einem provisorisch ausgebauten Auffanglager, teils in einem neuerrichteten Barackenlager in der Nähe von Riga untergebracht worden. Von diesen reichsdeutschen Juden ist nur ein geringer Teil arbeitsfähig. Zu etwa 70-80 % handelt es sich um Frauen und Kinder sowie alte arbeitsunfähige Männer. Die Sterblichkeitsziffer steigt bei den evakuierten Juden ständig. Vor allem die alten und gebrechlichen Juden sind nicht mehr widerstandsfähig genug, um den aussergewöhnlich harten Winter zu überstehen. Um jeder Seuchengefahr im Ghetto und in den beiden Lagern von vornherein zu begegnen, wurden in Einzelfällen ansteckend erkrankte Juden (Ruhr und Diphtherie) ausgesondert und exekutiert. Um ein Bekanntwerden dieser Massnahme bei den hiesigen Juden und bei den Juden im Reich zu vermeiden, wurde der Abtransport als Verbringung in ein jüdisches Alters- und Krankenhaus getarnt. Ausserdem wurden einige geisteskranke Juden in derselben Weise ausgesondert. Der Bau des neuen Barackenlagers für die Juden aus dem Reich wird unter Einsatz aller arbeitsfähigen Juden, die in den bereits fertiggestellten Baracken untergebracht sind, weitergeführt. Das Lager wird im Frühjahr soweit ausgebaut sein, dass alle evakuierten Juden, die den Winter überstehen, in dieses Lager eingewiesen werden können.»<sup>27</sup>

In seinem Berichtswesen nahm Lange die Konferenzthematik also wieder auf. Er referierte im Grunde über Arbeitsfähigkeit und -Unfähigkeit, wobei der Mord an nicht Arbeitenden mit der Witterung verschleiert wurde. Im Frühjahr 1942 steigerten sich die Morde an Arbeitsunfähigen weiter zu einem abgestimmten lokalen Massaker gegen die Deportierten auf dem Jungfernhof und im Ghetto. Die sogenannte Aktion Dünamünde kostete weiteren etwa 4'800 Menschen das Leben. Lange liess sie an ausgehobenen Gruben im Wald von Bikernieki erschliessen. Der KdS in Riga agierte genauso, wie es das Wannsee-Protokoll umschrieb.<sup>28</sup>

Zahlreiche Überlebende der Deportationen haben entweder nach dem Krieg anlässlich von Strafverfahren ausgesagt oder ihre Erinnerungen verfasst. Für sie alle war der SS-Sturmbannführer Lange ein bekannter Mann. Immer wieder tauchte er aus für sie nicht nachvollziehbaren Gründen im Jungfernhof, im Ghetto oder an der Lagerbau-

stelle Salaspils auf, und stets fielen ihm dann Juden zum Opfer. Aus sicherheitspolizeilicher Perspektive jedoch war Lange nur ein besonders agiler Regionalchef, der anlässlich der Ankunft von Transporten am Bahnhof Riga-Skirotava Präsenz zeigte oder die Lagerbaustelle Salaspils aus dienstlichen Gründen überwachte. Es entsprach ganz der barbarischen Erwartungshaltung seiner Vorgesetzten in Berlin, wenn er auch minimalste Verstösse sofort und unbarmherzig mit der Waffe «bestrafte». Sobald Lange auf Arbeitsstellen ausserhalb des Ghettos erschien, waren die Juden in Lebensgefahr.

Ohnehin waren für den KdS arbeitende Juden eher ein Ärgernis. Doch der überaus starke Arbeitskräftemangel in der lettischen Hauptstadt liess es nicht zu, arbeitsfähige Juden, die noch dazu deutsch sprachen, einfach zu ermorden. Der KdS war immer wieder dazu gezwungen, taktische Zugeständnisse an die zivile Arbeitsverwaltung zu machen. Und so verliessen tagtäglich mehrere tausend Juden das Ghettoelände in Arbeitskolonnen, um an zahlreichen Stellen eingesetzt zu werden. An manchen Arbeitsplätzen wurden die Juden sogar dauerhaft untergebracht; es handelte sich um sogenannte Kasernierungen, die Lange ebenfalls sicherheitspolizeilich zu genehmigen hatte. Selbst die KdS-Dienststelle wurde zum Arbeitsplatz für viele Juden.<sup>29</sup> Als zwischen dem 15. August und dem 26. Oktober 1942 noch einmal etwa 5'000 Menschen aus Berlin und Theresienstadt nach Riga deportiert wurden, liess Lange diese Menschen gar nicht mehr einquartieren. Sie wurden, ob arbeitsfähig oder nicht, der Zivilverwaltung sofort entzogen, indem man sie mit Bussen und Lastwagen direkt in den Wald von Bikernieki an die Erschiessungsgruben fuhr. Nur wenige Personen überlebten, weil sie als Arbeitskräfte an der Zivilverwaltung vorbei für die Sicherheitspolizei in Riga oder für die «Organisation Todt» eingesetzt wurden.<sup>30</sup>

Während dieser Zeit der Ankunft der Transporte, der Erschiessung der böhmischen Juden und der zahllosen Einzelexekutionen verliebte sich Lange in eine der Sekretärinnen des Abteilungsleiters III in Stahleckers Gruppenstab. Seit dem Herbst 1941 war Lange der kaum volljährigen Fremdsprachenstenotypistin im Büroalltag immer wieder begegnet. Else Schmitt kam von einer Dienstverpflichtung bei der Einwandererzentralstelle Litzmannstadt nach Riga und feierte dort kurz darauf ihren 21. Geburtstag. Im Mai 1942 schied sie auf eigenen Wunsch aus, und wenig später heirateten beide standesamtlich in Mannheim, der Heimatstadt der Braut.<sup>31</sup> Von jetzt an lebte das Ehepaar Lange in Riga am Kronwaldring 7 gegenüber einem idyllischen Stadtpark entlang der Ringstrasse um die Altstadt.

Als im Juli 1943 eine Tochter geboren wurde, lag der Vater gerade in einer schweren Auseinandersetzung mit der zivilen Arbeitsverwaltung um die Einsatzhoheit über die Juden. Mittlerweile hatte Himmler sich entschlossen jüdische Ghettoinsassen in Riga zu KZ-Häftlingen umzuwidmen, um auf diese Weise den ungehinderten Zugriff auf das Schicksal der jetzt noch lebenden Menschen zu erhalten. Der KdS sabotierte

die längst etablierte Routine, wonach Juden unter Vermittlung der deutschen Arbeitsverwaltung täglich zur Arbeit gebracht wurden. Lange liess die Kolonnen stoppen und mit dem Hinweis ins Ghetto zurückführen, er habe vorher die Kriegswichtigkeit des Arbeitseinsatzes zu bewerten. Gleichzeitig wurde ein kleines KZ-Gelände im Kaiserwald Riga ausgesucht, durch das die Juden mindestens einmal durchgeschleust werden sollten, um sie als KZ-Häftlinge zu registrieren.<sup>32</sup> Wieder setzte Lange die Prioritäten gegenüber der Zivilverwaltung durch. Er liess die jetzt noch auf dem Ghettogelände lebenden Kinder und alten Leute am 2. November 1943 nach Auschwitz deportieren, während die Angehörigen an den letzten Zwangsarbeitsplätzen schufteten, die noch vom Ghetto aus versorgt wurden.<sup>33</sup>

Wann genau Rudolf Lange, mittlerweile zum SS-Obersturmbannführer befördert, Riga verliess, kann nicht rekonstruiert werden. Seine letzten Aufgaben bestanden einmal in der Abwicklung des Enterungskommandos 1005, das in der Region um Riga für die Exhumierung und Verbrennung von Leichen deutscher Grausamkeiten vor dem Einrücken der sowjetischen Armee zuständig war. Zum anderen betrieb Lange zusammen mit dem SS-Wirtschaftler die Auflösung der zahlreichen Aussenkommandos des KZ Riga-Kaiserwald.<sup>34</sup> Seit dem 1. Januar 1945 war er als KdS in Posen eingesetzt, wo er noch im selben Monat zum SS-Standartenführer befördert wurde. In Posen im eingegliederten Reichsgau Wartheland tobten im Januar und Februar 1945 heftige Kämpfe, da die Stadt zur Festung erklärt worden war. Bei den letzten Kämpfen um die Zitadelle, das Kernwerk Posen, starb Rudolf Lange. Er hatte bis zum Schluss die an ihn gerichteten Erwartungen erfüllt und dabei eine Blutspur von vielen tausend Toten hinterlassen.

## Resümee

Persönliche, private Unterlagen dieses Mannes aus «Heydrichs Elite» sind wohl nicht überliefert.<sup>35</sup> Wir wissen nicht, ob Lange in einen antisemitischen Haushalt hineingeboren wurde oder ob sein studentisches Milieu in dieser Hinsicht prägend war. SA-Eintritt und freiwilliges Arbeitsdienstlager konturieren erstmals eine Identifizierung mit dem Nationalsozialismus, mehr aber auch nicht. Täterprägungen zu rekonstruieren ist damit allein nicht möglich. Aus den dann folgenden dienstlichen Spuren, die er hinterlassen hat, kann jedoch ein Karriereweg ohne Brüche oder auch nur disziplinarische Schwierigkeiten abgeleitet werden. Seine Berufsstationen führten ihn mit Wien 1938 und Riga 1941 zweimal an noch nicht etablierte Dienstorte im Aufbau, wo er die Rah-

menbefehlslagen eigeninitiativ ausfüllte. Der Druck zur Emigration der Wiener Juden unter allen Umständen sowie später die massenmörderische Verfolgung von lettischen und deportierten Juden erscheinen aus der Rückschau wie Testfelder für die Grenzen von Langes Handlungsspielräumen. Welche eingesetzten Mittel würden dem Zweck noch dienlich sein? Waren selbst illegale Emigrationstransporte noch erlaubt? War es risikoreich, die Auseinandersetzung mit der Zivilverwaltung zu suchen, um die Ankunft der Verschleppungstransporte unter allen Umständen durchzusetzen? Was bedeutete es für die eigene Karriere, die Erschiessung der Berliner Juden am 30. November 1941 nicht mitzumachen, wenn diese doch von Himmlers HSSPF verantwortet wurden?

Vor derlei Fragen stand Rudolf Lange mit wenig Berufserfahrung im Alter zwischen Ende zwanzig und Anfang dreissig. Er traf jedes Mal eigenverantwortliche Entscheidungen, und genau dies entsprach der Rollenerwartung des Reichssicherheitshauptamtes an ihn. Insofern war Rudolf Lange ein typischer Vertreter der initiativfreudigen, akademisch gebildeten jungen Männer, die die Sicherheitspolizei umwarb und auf deren identifikatorische Dienstinitiativen diese Organisation setzte. Rudolf Lange erfuhr seine Entscheidungen als richtig und erwünscht, als er zum KdS Riga ernannt wurde, und er fand sich darüber hinaus in einer hochrangigen Besprechungsrunde wieder, die ihm aus erster Hand seinen individuellen regionalen Tatbeitrag in eine europaweite Strategie kontextualisierte. Die Wannsee-Konferenz war Langes protokollarisch bedeutsamster dienstlicher Termin.

*Peter Klein*

- 1 Sämtliche biografischen Rahmendaten zu Person und Werdegang von Dr. Rudolf Lange basieren auf der überlieferten Personalakte im BArch SSO, Lange, Rudolf, sowie dem Rasse- und Siedlungshauptamt-Fragebogen anlässlich seines Heiratsgesuches. Nachweise aus diesen Akten werden nur bei Zitierungen geführt. Verleihungsvorschlag Deutsches Kreuz in Gold, 5.2.1945, gez. Kaltenbrunner mit Notiz «RFSS einverstanden» v. 6.2.1945, BArch (ehem. BDC) SSO, Lange, Rudolf, unpag.
- 2 Eidesstattliche Erklärungen des Ic des Festungskommandanten, Hans-Kurt Moser vom 21.4.1948 und 15.3.1951, 1 Js 9/65 LG Berlin, Dossier Lange.
- 3 Handschriftl. Lebenslauf 1942, Rudolf Lange, BArch (ehem. BDC) SSO, Lange, Rudolf.
- 4 Angrick/Klein, «Endlösung», S. 54, Anm. 27.
- 5 Handschriftl. Lebenslauf zum R. u. S.-Fragebogen, undat., BArch (ehem. BDC) SSO, Lange, Rudolf.
- 6 Weisz, Polizeikörper, S. 439-462; Mang, Gestapo-Leitstelle. Umfassend: Weisz, Geheime Staatspolizei.
- 7 Eindrücklich die Augenzeugenberichte, in: Barkow/Gross/Lenarz (Hrsg.), Novemberpogrom 1938, S. 711-876. Für die Täterperspektive siehe: Bailer/Form (Hrsg.), Tagesrapporte der Gestapoleitstelle Wien 1938-1945. Hier sind etwa 750 Tagesrapporte von ca. 820 abgesandten komplett abrufbar.



- 8 Aktennotiz, Wien, 29. 7.1938, Leo Baeck Institute Archive, Joseph Loewenherz Collection (AR 250559), Folder 1, Bl. 30-32.
- 9 Rabinovici, Instanzen, S. 118 f.
- 10 Der SD-Führer des SS-Oberabschnitts Donau, III 12, an das Sicherheitshauptamt, Abt. III 12, Berlin, betr. Emigrantenorganisation in Wien, 12.8.1938, RGVA 500-1-675, Bl. 4f.
- 11 FS vom SD-Hauptamt an den SD-Führer des OA Donau, III 12, betr. Illegaler Judentransport nach Palästina, gez. Hagen, vom 12.9.1938, RGVA, 500-1-675, Bl. 36.
- 12 Protokoll der Besprechung über die Endlösung der Judenfrage, 15 Seiten (Bl. 166-180), hier Bl. 169, <http://www.ghwk.de/ghwk/deut/protokoll.pdf> (28.11.2016).
- 13 LG Wien Vg 12i Vr. 1223/47 ./ Dr. Karl Ebner. Zu Ebner siehe Mang, Unperson.
- 14 Zit. nach Schubert, Judenmörder, S. 12.
- 15 Zu Blume als Vertreter des Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes vgl. Wildt, Generation des Unbedingten, S. 180-184.
- 16 Krausnick/Wilhelm, Einsatzgruppen, S. 281-637; Handschriftl. Lebenslauf zum R. u. S.- Fragebogen, undat., BArch (ehem. BDC) SSO, Lange, Rudolf.
- 17 Vestermanis, «Endlösung», S. 426-449; Ezergailis, Holocaust in Latvia, S. 173-202; Felder, Lettland, S. 203-228. Zuletzt Plavnieks, Pursuit.
- 18 Angrick/Klein, «Endlösung», S. 63-137.
- 19 Zum Aufbau und den Reibereien zwischen den einzelnen Besatzungsorganisationen vgl. Jüngerkes, Deutsche Besatzungsverwaltung.
- 20 Zu Zahl und Namen der dorthin Deportierten vgl. Scheffler/Schulle, Buch der Erinnerung. Zu Abfahrts- und Ankunftsdaten sämtlicher Transporte vgl. Gottwaldt/Schulle, «Juden deportationen», S. 110-136, 248-259. Zum Jungfernhof Scheffler, Schicksal, S. 9-13.
- 21 Klein, Erlaubnis, S. 923-947; Dieckmann, Besatzungspolitik, S. 960-967.
- 22 Der RFSSuChdDtPol, lAld Nr. 12103/41 g.VO, an den SS-Sturmbannführer, Regierungsrat Dr. Lange, Riga, v. 3.12.1941, BArch (ehem. BDC), SSO Lange, Rudolf.
- 23 Zwischen dem 6. und 14. Januar 1942 wurden Bekanntmachungen in lettischen Tageszeitungen zur Vernichtung des Dorfes Audriņi durch SS-Obersturmbannführer Eduard Strauch als KdS Lettland gezeichnet, vgl. Rezeknes Zinas, Nr. 4, 14.1.1942, S. 1; Daugavas Vestnesis, Nr. 4, 6.1.1942, S. 1. Handschriftl. Lebenslauf zum R. u. S.-Fragebogen, undat., BArch (ehem. BDC) SSO, Lange, Rudolf.
- 24 Klein, Wannsee-Konferenz als Echo, S. 197 f.
- 25 Deutsche Zeitung im Ostland, 2. Jg., Nr. 31, 31.1.1942, S. 2. Ganz ähnlich bei der auflagenstarken «Feldzeitung», die in Riga gedruckt wurde; auf S. 2 hiess es als Titellage über alle Spalten: «Dieser Krieg wird die Vernichtung des Judentums sein»; Feldzeitung, Nr. 368, Riga, Sonnabend 3.1.1942, S. 2.
- 26 Angrick/Klein, «Endlösung», S. 237-245.
- 27 Undat. Lagebericht «Judentum», LVVA Riga, P 1026-1-3, Bl. 262-264, abgedruckt bei: Angrick/Mallmann/Mathhäus/Cüppers (Hrsg.), Besatzungsherrschaft, Dok. 98, S. 257 f.
- 28 Angrick/Klein, «Endlösung», S. 338-345.
- 29 Ebenda, S. 276-297, 323-337.
- 30 Ebenda, S. 378-390.
- 31 R. u. S-Fragebogen und handschriftlicher Lebenslauf Else Schmitt, BArch (ehem. BDC), SSO Lange, Rudolf, unpag.
- 32 Jahn, Riga-Kaiserwald, S. 17-63.
- 33 Schneider, Reise, S. 154 f.
- 34 Angrick/Klein, «Endlösung», S. 391-405, 416-446.
- 35 Banach, Heydrichs Elite.

# Heinrich MÜLLER

Reichssicherheitshauptamt

Prototyp des  
Schreibtischtäters



Heinrich Müller (1900 -1945)

Unbekannter Fotograf, o. D.  
[nach November 1941]  
BArch, Sig. BDC,  
VBS 286/6400030508

«Dass dort, wo gehobelt wird, Späne fallen, lässt sich nun einmal nicht vermeiden und es liegt auf der Hand, dass der Gegner stets versuchen wird, die gegen ihn gerichteten Massnahmen nach Möglichkeit aufzubauschen mit dem Ziel der Mitleiderregung und Hoffnung auf Abstellung. Gerade der Jude versucht, seitdem die Arbeiten zur Abdrängung dieses Gegners seinerzeit in verstärktem Masse von mir in Angriff genommen wurden, laufend durch anonyme Schreiben an fast alle Stellen des Reichsgebietes seinem verdienten Schicksal hierdurch zu entgehen.»<sup>1</sup>

Mit diesem deutlich antisemitischen Schreiben antwortete Heinrich Müller kurz nach der Wannsee-Konferenz Unterstaatssekretär Martin Luther im Auswärtigen Amt wegen einer anonymen Beschwerde über die «Lösung der Judenfrage im Warthegau». Müller, Chef der Geheimen Staatspolizei, war der engste Mitarbeiter von Reinhard Heydrich und dessen Nachfolger Ernst Kaltenbrunner sowie der Vorgesetzte Adolf Eichmanns. Sein Spitzname «Gestapo-Müller» war eng verbunden mit der Institution, die er leitete. Er war an vielen NS-Gewaltverbrechen führend und koordinierend beteiligt:<sup>2</sup> Dies reichte von den Mordaktionen der Einsatzgruppen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion über den Mord an den sowjetischen Kriegsgefangenen<sup>3</sup> bis zum Massenmord an den europäischen Juden.

Im Folgenden soll in einem kursorischen Überblick versucht werden, Müllers Beteiligung an der Verfolgung der Juden in Deutschland und am Massenmord an den Juden in Europa vor und nach der Wannsee-Konferenz herauszuarbeiten.

## Kindheit und Jugend

Heinrich Müller kam am 28. April 1900 in München als Sohn des katholischen Verwalters und gelernten Gärtners Alois Müller, der als Sanitätsfeldwebel und Polizeibeamter arbeitete, und dessen Frau Anna, geborene Schreindl, zur Welt.<sup>4</sup> Der Sohn wechselte zwar mehrfach die Schule, galt aber als guter Schüler.<sup>5</sup> 1914 begann er als Flugzeugmonteurlehrling bei den Bayerischen Flugzeugwerken, nach dem Ende der Lehrzeit im Juni 1917 meldete er sich als Freiwilliger zur Fliegertruppe.<sup>6</sup> Im April 1918 wurde Müller an die Westfront versetzt und 1919 als mehrfach ausgezeichnete Unteroffizier mit einer «Kriegsbeschädigung» demobilisiert.

Ende 1919 wurde Müller als Anwärter bei der Polizeidirektion München eingestellt, am 1. Mai 1921 zum Kanzleihilfen, am 1. August 1922 zum Kanzleiassistenten und am 1. April 1923 zum Polizeiassistenten befördert.<sup>7</sup> Er war ehrgeizig: Im März 1923 holte er als Externer den Realschulabschluss an der Münchener König-Ludwigs-Kreisrealschule als Schuljahresbester nach.<sup>8</sup> Zu dieser Zeit arbeitete er bei der Politischen Polizei, die bei der Aufklärung politischer Straftaten wie Hochverrat und Verstößen gegen das Republikschutzgesetz Leitungsfunktionen für ganz Bayern besass.<sup>9</sup> Müllers Tätigkeitsfeld waren die Beobachtung und Bekämpfung der kommunistischen Bewegung.<sup>10</sup> Im April 1929 bestand er mit der Note «sehr gut» als einer der Lehrgangsbesten die Prüfung für den mittleren Dienst und stieg zum Polizeisekretär auf.

## An die Spitze der Gestapo

Wie mehr als 90 Prozent der Angehörigen der Politischen Abteilung der Polizeidirektion München wurde Müller in die neu gegründete Bayerische Politische Polizei (BPP) übernommen<sup>11</sup> und von deren neuem Chef Reinhard Heydrich am 1. Mai 1933 zum Polizeiobersekretär und am 16. November 1933 zum Kriminalinspektor ernannt.<sup>12</sup> Im April 1934 folgte der frisch als Sturmführer in die SS aufgenommene Müller ebenso wie seine Kollegen Anton Dunkern, Reinhard Flesch, Franz Josef Huber und Josef Meisinger dem zum Leiter des Preussischen Geheimen Staatspolizeiamts ernannten

Heydrich nach Berlin. Flesch und Müller übernahmen gemeinsam die Leitung der Unterabteilung III I (Weltanschauliche Gegner). Müller war hier für die Dienststellen III A (Kommunistische und Marxistische Bewegung, Leitung: Müller), III C (Reaktion, Opposition, Österreichische Angelegenheiten, Leitung Huber), III D (Schutzhaft, Leitung: Tesmer) und III H (Angelegenheiten der NSDAP und ihrer Organisationen, Leitung: Meisinger) zuständig.<sup>13</sup> Damit war die Grundstruktur für Müllers künftigen Verantwortungsbereich gelegt.

Unmittelbar nach den Mordaktionen gegen die SA-Führung und politische Gegner vom 30. Juni 1934, an deren Koordination Müller von der Berliner Prinz-Albrecht-Strasse 8 aus mitgewirkt hatte,<sup>14</sup> wurde er zum 4. Juli 1934 zum SS-Obersturmführer ernannt und am 1. November 1934 zum Kriminaloberinspektor befördert.<sup>15</sup> Flesch bekam im Herbst 1935 die Leitung der Unterabteilung III I übertragen, Müller – ebenso wie Flesch jetzt SS-Hauptsturmführer – wurde sein Vertreter und behielt die Leitung der Dienststelle III A (Kommunistische und marxistische Bewegung und deren Nebenbewegungen).<sup>16</sup> Als Flesch Ende 1935 nach Bayern zurückversetzt wurde, übernahm Müller dessen Aufgaben und wurde – inzwischen zum SS-Sturmbannführer aufgestiegen – im Zuge der Reorganisation der deutschen Polizei im Sommer 1936 zum Leiter der Abteilung II des Geheimen Staatspolizeiamtes ernannt.<sup>17</sup>

Die geradezu giftige politische Beurteilung der Gauleitung München-Oberbayern von Anfang 1937 verzögerte seinen Werdegang nur unwesentlich.<sup>18</sup> Dort hiess es u.a.:

«Gesinnungsgemäss gehörte er dem nationalen Lager an und bewegte sich hier zwischen der Deutschnationalen Volkspartei und Bayer. Volkspartei. Keinesfalls war er aber Nationalsozialist. Was die charakterlichen Eigenschaften Müllers anbelangen, so werden diese in einem noch schlechteren Lichte als seine politischen begutachtet. Er geht rücksichtslos vor, bedient sich seiner Ellenbogen und versteht es jederzeit seine Tüchtigkeit zu zeigen, schmückt sich aber auch ungeniert mit fremden Federn.»<sup>19</sup>

Im Juni 1937 nahm Müller seine Beförderung zum Oberregierungs- und Kriminalrat entgegen. Er avancierte schnell: Am 20. April 1939 wurde er SS-Oberführer, am 1. Juli 1939 folgte die Ernennung zum Reichskriminaldirektor, im Dezember 1940 zum Generalmajor der Polizei und zum SS-Brigadeführer und am 29. November 1941 zum SS-Gruppenführer. Diese steile Karriere macht deutlich, von welcher zentralen Bedeutung Müller für den NS-Verfolgungsapparat war.



Im November 1939 lässt sich Heinrich Himmler von engen Mitarbeitern über die Fortschritte der Ermittlungen gegen Georg Elser informieren, der am 8. November im Münchener Bürgerbräukeller ein Attentat auf Hitler verübt hatte. Das Foto wurde im Völkischen Beobachter veröffentlicht. Von links: SS-Obersturmbannführer Franz Josef Huber, Reichskriminaldirektor und Chef der deutschen Kriminalpolizei, SS-Oberführer Arthur Nebe, Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei Heinrich Himmler, SS-Gruppenführer und Chef der Sicherheitspolizei Reinhard Heydrich, Reichskriminaldirektor und Chef der Geheimen Staatspolizei, SS-Oberführer Heinrich Müller.  
 Fotograf: Heinrich Hoffmann; BArch, Bild 183-R98680

Im Juni 1924 heiratete Müller die zwei Monate ältere Sophie Dischner aus Pasing. Der Schwiegervater Otto Dischner, der die Regionalzeitung «Der Würmtalbote» verlegte, galt zumindest aus Sicht der NSDAP als Anhänger der Bayerischen Volkspartei (BVP).<sup>20</sup> Nach der Hochzeit wohnte Müller in Pasing, bis er 1934 nach Berlin umzog. Hier lebte er längere Zeit in der «Pension am Knie» in der Charlottenburger Hardenbergstrasse 37, bevor er 1938 eine eigene Wohnung in Berlin-Steglitz, Kühlebornweg 11, bezog. Erst zu dieser Zeit kam seine Frau mit den beiden Kindern, dem 1927 geborenen Sohn Reinhard und der 1936 geborenen Tochter Elisabeth, aus München nach. 1941 bezog die Familie ein Haus in der Steglitzer Corneliusstrasse 22 in einer gutbürgerlichen Wohngegend. Die Ehe – so sein Biograf Seeger – «war von Spannungen belastet».<sup>21</sup> Tatsächlich hatte Müller bis 1939 über lange Jahre hinweg ein Verhältnis

mit einer engen Mitarbeiterin, der Polizeiobersekretärin Barbara Hellmuth, die seit 1919 im Polizeipräsidium München tätig war.<sup>22</sup> 1940 ging Müller dann eine enge Beziehung zu der 1913 geborenen Anna Schmid ein, die als Sekretärin bei der Reichsbahndirektion angestellt war. Über beide Verhältnisse war Sophie Müller informiert. Schmid charakterisierte sie als «bescheidene und einfache Frau, die mit dem Aufstieg ihres Mannes nicht ganz mitkam».<sup>23</sup> Ende 1944 sorgte Müller dafür, dass seine Familie nach Süddeutschland in Sicherheit gebracht wurde; von seinen Geliebten verabschiedete er sich im April 1945 in Berlin. Beide berichteten nach dem Krieg in Vernehmungen, dass Müller sehr an seinen Kindern, vor allem an seinem Sohn, gegangen habe sowie «bescheiden» und ein «Naturfreund» gewesen sei.

Die Charakterisierungen ehemaliger Mitarbeiter, die natürlich bestrebt waren, ihren eigenen Anteil an den NS-Gewaltverbrechen zu verschleiern, weichen erheblich davon ab. Franz Josef Huber urteilte nach dem Krieg:

«Das Machtstreben war seine hervorstechende Eigenschaft. Er liess nicht in sein Amt hineinblicken. Er war einer echten Freundschaft gar nicht fähig, wie er viel zu ich-bezogen war [...] Müller war überdurchschnittlich intelligent, fleissig, nüchtern und sehr zurückhaltend. Charakteristisch ist sein stets fest geschlossener Mund. Er ist praktisch nie aus dem Büro herausgekommen. Er kannte kein echtes Vergnügen. Auch nach kleinen Vergnügungen arbeitete er noch im Büro. Seine Ehe war gestört. Erst gegen Ende des Krieges begann er Cognac zu trinken. Er rauchte ununterbrochen Brasil-Cigarren. [...] Er hat sich vor niemand gefürchtet, auch nicht vor Heydrich.»<sup>24</sup>

Müllers Verhältnis zum Nationalsozialismus ist schwer zu rekonstruieren. Seine Aufnahme in die NSDAP erfolgte erst 1939, er erhielt die sehr hohe Mitgliedsnummer 4583 199.<sup>25</sup> Ihm wurde ein rigider Antikommunismus bescheinigt. Schmid erinnerte sich:

«Ich hatte auch nicht den Eindruck, dass Müller ein ausgesprochener Nationalsozialist gewesen ist. Ich wusste nur, dass er ein absoluter Gegner der Kommunisten war. Darüber habe ich mich des Öfteren mit ihm unterhalten. Zu Himmler hatte Müller kein besonders gutes Verhältnis. Die beiden mochten sich nicht. Dagegen war sein Verhältnis zu Heydrich ausgezeichnet.»<sup>26</sup>

Müllers Machtbereich erweiterte sich permanent: Das Geheime Staatspolizeiamt, nach dessen Gründung im Herbst 1939 das Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA), koordinierte die Verfolgung von politischen Gegnern und rassistisch Verfolgten

in ganz Deutschland.<sup>27</sup> Alle Einweisungen politischer Häftlinge in Konzentrationslager waren von ihm zu bestätigen, alle grundsätzlichen Bestimmungen über die politische Verfolgung wurden hier formuliert oder ausgefertigt.<sup>28</sup> Seit 1936 konnte Müller «verschärfte Vernehmungen», also Folterungen, anordnen,<sup>29</sup> seit Herbst 1939 auch Exekutionen, ohne dass diesen ein Verfahren vorausgehen musste.<sup>30</sup>

Müller arbeitete seit 1934 in der dritten Etage des Geheimen Staatspolizeiamts in der Berliner Prinz-Albrecht-Strasse 8.<sup>31</sup> Das Gebäude wurde bei einem der grössten Luftangriffe auf Berlin am 3. Februar 1945 schwer beschädigt. Als Ausweichquartier stand Müller am Wannsee in einer Baracke ein Büro zur Verfügung. Im heutigen Haus der Wannsee-Konferenz soll er sich noch am 20. April 1945 mit Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz getroffen haben. Zentral in der Innenstadt, in der Kurfürstenstrasse 115-116, lag die Dienststelle von Müllers Untergebenem Eichmann. Dieser berichtete in seinem Verhör vor der israelischen Polizei 1961, dass ab Februar 1945 RSHA-Chef Kaltenbrunner und die Amtschefs des RSHA – darunter auch Müller – dort ihre Mittagsbesprechungen abgehalten hätten. Müller verlegte im März 1945 sein Büro dorthin. Das Gebäude war, inmitten der Trümmerlandschaft, im Frühjahr 1945 von Behelfsstellungen und Tunneln umgeben, Eichmann bezeichnete es später als «Fuchsbau».

### Im Zentrum des Judenmords

Als engster Mitarbeiter Heydrichs war Müller spätestens seit 1938 an allen Entrechtungs- und Verfolgungsmassnahmen beteiligt. Gegenüber seiner Vertrauten Anna Schmid reklamierte er sogar die Initiative zu jüdenfeindlichen Massnahmen für sich: Er habe «veranlasst und er habe sich ausgedacht, dass die Juden Judensterne<sup>1</sup> tragen müssten».<sup>32</sup> Tatsächlich wurde bereits auf einer grossen Besprechung am 15. August 1941 im Reichspropagandaministerium über die Kennzeichnung mindestens der Berliner Juden gesprochen. Der Judenreferent des Reichsinnenministeriums Bernhard Lösener notierte in einem Vermerk: «Zur Frage der Kennzeichnung führte der Referent des Reichssicherheitshauptamtes, Sturmbannführer Eichmann aus, es sei deshalb kürzlich wieder ein Antrag an den Reichsmarschall gerichtet worden. Dieser habe die Sache zurückgeschickt mit dem Bemerkung, darüber müsse der Führer entscheiden. Das Reichssicherheitshauptamt habe deshalb den Antrag umgearbeitet; dieser werde dem Reichsleiter Bormann zugeleitet, damit er dem Führer Vortrag halte.»<sup>33</sup> Vier Tage später, am 19. August 1941, setzte Goebbels dann die Kennzeichnung der Juden durch.

Eichmanns Bemerkungen deuten die Initiative des RSHA und des zuständigen Amtschefs Müller an.

Obschon die Vorbereitung der Verfolgungsmassnahmen gegen deutsche Juden bis 1938 beim Sicherheitsdienst des Reichsführers SS (SD) lag,<sup>34</sup> wurde der hier federführende Referent Eichmann bereits im Frühjahr 1938 exekutiv tätig, als er in Wien die Zentralstelle für jüdische Auswanderung leitete.<sup>35</sup> Schon vorher hatte sich abgezeichnet, dass die Judenpolitik immer stärker auf exekutive und repressive Massnahmen setzte, realisiert wurden diese von der Gestapo, später vom Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes. Hier ist als Ausgangspunkt vor allem der Novemberpogrom 1938 zu nennen. Den von Goebbels initiierten und regional von NSDAP und SA durchgeführten Pogrom nutzte die Sicherheitspolizei für ihre eigenen Ziele. Obwohl die SS-Führung von der Aktion überrascht wurde, informierte Müller bereits am 9. November 1938 um 23.55 Uhr alle Stapo- und Stapoleitstellen über die «Aktionen gegen Juden insbesondere gegen deren Synagogen» und ordnete an: «Es ist vorzubereiten die Festnahme von 20-30'000 Juden im Reiche. Es sind auszuwählen vor allem vermögende Juden. Nähere Anordnungen ergehen noch im Laufe dieser Nacht.»<sup>36</sup> Die Stossrichtung der Aktion war klar: Der Auswanderungsdruck auf die deutschen Juden sollte noch einmal gesteigert werden. Am 10. November 1938 teilte Müller mit, dass die Konzentrationslager Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen jeweils 10'000 Häftlinge aufnehmen könnten, erbat Informationen über die geplanten Transporte<sup>37</sup> und liess verlauten, dass auch nach Beendigung der «Protestaktionen» «die Festnahme-Aktionen durch Staatspolizei fortgesetzt werden».<sup>38</sup> Erst am Abend des 16. November 1938 ordnete Heydrich dann die Einstellung der Aktion an und legte fest, unter welchen Bedingungen die jüdischen Häftlinge wieder entlassen werden konnten.<sup>39</sup>

Wenige Tage später, am 12. November 1938, wurde im Reichsluftfahrtministerium unter Görings Vorsitz über die weitere Entrechtung der deutschen Juden beraten.<sup>40</sup> Neben Heydrich nahmen aller Wahrscheinlichkeit nach auch Müller ebenso wie, aus Wien herbeigeordnet, Eichmann an dieser Sitzung teil. Letzterer galt als Schöpfer des «Wiener Modells», der forcierten Vertreibung von Juden aus dem deutschen Machtbereich, er hatte mit seiner «Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien» Heydrich offenbar beeindruckt,<sup>41</sup> denn mehrfach wies dieser Göring während der Besprechung darauf hin. Eine unmittelbare Folge war die Ermächtigung Görings vom 24. Januar 1939 zur Bildung einer «Reichszentrale für die jüdische Auswanderung» im Reichsministerium des Innern, deren Leitung der Chef der Sicherheitspolizei übernehmen sollte. Damit hatte Göring die Lenkung und Beschleunigung der Auswanderung der deutschen Juden in Heydrichs Hände gelegt und ihm die exekutive Verantwortung für die weitere Juden-



politik in Deutschland übertragen.<sup>42</sup> Von dieser Ermächtigung führte ein gerader Weg zur Ermächtigung Görings an Heydrich vom 31. Juli 1941.<sup>43</sup>

Am 11. Februar 1939 teilte Heydrich den Obersten Reichsbehörden und den Ländern mit, dass Geschäftsführer der «Reichszentrale für die jüdische Auswanderung» «SS-Standartenführer Oberregierungsrat Müller» sei.<sup>44</sup> Damit war die Befehlskette Himmler – Heydrich – Müller – Eichmann innerhalb des SS- und RSHA-Apparates etabliert, die von zentraler Bedeutung für den Massenmord an den europäischen Juden werden sollte. Nach dem deutschen Überfall auf Polen und der Errichtung des RSHA waren es diese Akteure, die die weitere Radikalisierung der Judenpolitik vorantrieben.

An der Aufstellung der Einsatzgruppen für den deutschen Überfall auf Polen war Müller nur zu Beginn im Juli 1939 beteiligt; die Verantwortung dafür wurde Werner Best, dem Verwaltungschef der Sicherheitspolizei, übertragen.<sup>45</sup> Am 21. September 1939 teilte Heydrich den Amtschefs des RSHA, darunter auch Müller, und den Einsatzgruppenführern mit, dass die Juden aus dem Reichsgebiet innerhalb eines Jahres nach Polen vertrieben werden sollten: «Als Siedlungskommissar für den Osten wird RFSS eingesetzt. Die Juden-Deportation in den fremdsprachigen Gau, Abschiebung über die Demarkationslinie ist vom Führer genehmigt».<sup>46</sup> Kurz darauf gingen die Vertreter des RSHA davon aus, dass Hitler die Genehmigung zur «Umschichtung von 300'000 unbemittelten Juden aus dem Altreich und der Ostmark angeordnet» hatte.<sup>47</sup>

Müller gab am 6. Oktober 1939 Eichmann den Auftrag, die «Abschiebung» von 70'000 bis 80'000 Juden aus Kattowitz und Mährisch-Ostrau über die Weichsel vorzubereiten, «um auf Grund dieser derart gesammelten Erfahrungen die Evakuierungen grösserer Massen durchführen zu können».<sup>48</sup> Daraufhin wurden nach dem 18. Oktober 1939 in fünf Transporten rund 3'900 Juden in das Gebiet um Nisko am San im Südosten Polens verschleppt und viele von ihnen mit Schreckschüssen über die Demarkationslinie in das kürzlich von sowjetischen Truppen besetzte Gebiet gejagt.<sup>49</sup> Da die «Umsiedlung sowie Abschiebung von Polen und Juden in das Gebiet des künftigen polnischen Reststaates einer zentralen Leitung» bedürften, ordnete Müller bereits einen Tag später an, dass «grundsätzlich eine Genehmigung der hiesigen Dienststelle vorliegen» müsse.<sup>50</sup> Eichmann teilte er mit, dass das OKW «nicht alle Transporte in die Gegend von Lublin bis Mitte November verboten habe. Es sei möglich, einzelne Deportationstransporte mit Juden aus Wien einzuschieben.»<sup>51</sup> Tatsächlich war es wegen der militärisch notwendigen Truppentransporte in den folgenden Wochen jedoch nicht möglich, grössere Deportationen durchzuführen, woraufhin Müller am 21. De-

zember 1939 alle Staatspolizei(leit)stellen in Kenntnis setzte, dass Himmler «bis auf weiteres eine Abschiebung von Juden aus dem Altreich einschliesslich der Ostmark und dem Protektorat in die besetzten polnischen Gebiete verboten» habe.<sup>52</sup> Am selben Tag wurde zur «zentrale[n] Bearbeitung der sicherheitspolizeilichen Angelegenheiten bei der Durchführung der Räumung im Ostraum» Eichmanns Sonderreferat in der Kurfürstenstrasse eingerichtet,<sup>53</sup> um die weiteren Deportationen zu koordinieren, es war Müller direkt unterstellt.<sup>54</sup> Am 12. Februar 1940 ordnete Müller schliesslich die «Beschränkung der Freizügigkeit von Juden im Reichsgebiet und Zusammenfassung in grösseren Orten» an, um sie einfacher überwachen zu können.<sup>55</sup>

Doch die grossen Pläne des RSHA liessen sich zunächst nicht realisieren, da Göring am 23. März 1940 bis auf Weiteres alle Deportationen verbot.<sup>56</sup> Insofern wundert es nicht, dass Müller am 24. April 1940 noch «Richtlinien für die Judenauswanderung» vorlegte: «Die jüdische Auswanderung aus dem Reichsgebiet ist nach wie vor auch während des Krieges verstärkt zu betreiben. Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD hat den Herrn Ministerpräsidenten Generalfeldmarschall Göring, mit dessen ausdrücklicher Zustimmung die Fortsetzung der jüdischen Auswanderung erfolgt, davon unterrichtet, dass wehr- und arbeitseinsatzfähige Juden nach Möglichkeit nicht in das europäische Ausland, keinesfalls aber in die europäischen Feindstaaten auswandern dürfen.» Ein «Abschub von Juden, gleichgültig welcher Staatsangehörigkeit, in das Generalgouvernement»<sup>57</sup> fände hingegen nicht statt. Dies bedeutete jedoch nicht, dass die Deportationspläne des RSHA aufgegeben wurden. So hiess es etwa in dem am 15. August 1940 von einem engen Mitarbeiter Eichmanns dem Auswärtigen Amt übermittelten Memorandum zum «Madagaskar-Projekt», das vier Millionen Juden aus dem deutschen Herrschaftsbereich betreffen sollte: «Die zentrale Steuerung [für «Altreich, Sudetengau, neue deutsche Ostgau»] liegt in Händen der Reichszentrale für jüdische Auswanderung Berlin.»<sup>58</sup> Am 4. August 1941 regelte Müller dann grundsätzlich die «Behandlung der Juden ausländischer Staatsangehörigkeit».<sup>59</sup>

Im Frühjahr und Sommer 1941 war Müller mehrfach in der Grenzpolizeischule in Pretzsch, wo die Einsatzgruppen auf ihren Einsatz in der Sowjetunion und die ersten Mordaktionen vorbereitet wurden,<sup>60</sup> und nahm aller Wahrscheinlichkeit nach auch an der Abschlussbesprechung am 17. Juni 1941 im RSHA in Berlin teil.<sup>61</sup> Am 28. Juni 1941 bestimmte er das Referat IV A 1 als «zentrale Dienststelle für den Einsatz Russland».<sup>62</sup> Den Briefkopf «Amtschef IV», jedoch statt der Unterschrift Müllers diejenige Heydrichs, trug ein Fernschreiben vom 29. Juni 1941 an die Einsatzgruppenführer, wonach «den Selbstreinigungsbestrebungen antikommunistischer oder antijüdischer Kreise» kein Hindernis zu bereiten sei. Sie seien «im Gegenteil, allerdings spurenlos

auszulösen, zu intensivieren wenn erforderlich und in die richtigen Bahnen zu lenken». <sup>63</sup> Da das Fernschreiben den Briefkopf seines Amtes trug, ist es nur folgerichtig, dass der erste Bericht über ein Massaker an Juden im Memelgebiet am 1. Juli 1941 an Müller adressiert war. <sup>64</sup>

Am 3. Juli 1941 schliesslich ordnete Heydrich die Errichtung eines Kommandostabes und eines Einsatznachrichtenführers des RSHA an, die Leitung wurde dem Gestapo-Chef übertragen. Müller sollten fortan jeden Morgen bis 9.30 Uhr die eingetroffenen Berichte vorgelegt werden, die dieser dann weiterzuleiten hatte. <sup>65</sup> So wurden die Einsatzgruppenmeldungen von Anfang an unter seiner Kontrolle zusammengestellt und als «Ereignismeldungen UdSSR» übermittelt. Die ersten sieben zusammenfassenden Ereignismeldungen aus dem Juni 1941 tragen alle seine Unterschrift; später verzichtete er darauf. <sup>66</sup> Müller reagierte auf Meldungen durchaus mit Einzelweisungen und erbat beispielsweise am 1. August 1941 «besonders interessantes Anschauungsmaterial», «da dem Führer von hier aus lfd. Bericht über die Arbeit der Einsatzgruppen im Osten vorgelegt» werden sollte. <sup>67</sup> Als Ende August 1941 einige Gebietskommissare im Reichskommissariat Ostland eine Einstellung der «Kommunisten- und Judenaktionen» zu erreichen suchten, befahl Müller, «diese Ersuchen abzulehnen und sofort nach hier zu berichten». <sup>68</sup> Und am 30. August 1941 teilte er den Einsatzgruppenführern mit: «Chef der Sipo und des SD bittet Sie, auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen nach Möglichkeit bei Massen-Exekutionen das Ansammeln von Zuschauern, auch wenn es sich um Wehrmachtsoffiziere handelt, zu verhindern.» <sup>69</sup> Ein wesentlicher Teil des Berichtswesens war die Übermittlung die Opferzahlen: Am 4. Juli 1942 bestimmte Müller, dass die Einsatzgruppen in Zukunft «monatlich die Zahl der im Rahmen der sicherheitspolizeilichen Befriedungsaktionen sonderbehandelten Personen nach: 1. Partisanen, 2. Kommunisten und Funktionäre, 3. Juden, 4. Geistesranke, 5. sonstige reichsfeindliche Elemente, Gesamtzahl, bisheriger Stand, endgültige Gesamtzahl» zu melden hatten. <sup>70</sup>

Als Heydrich im Oktober 1941 sein neues Amt als Stellvertretender Reichsprotektor für Böhmen und Mähren angetreten hatte, rückte die koordinierende Funktion Müllers noch stärker als bisher auch in den Akten in den Vordergrund. Nur wenige Tage nach dem Beginn der Deportationen aus dem Deutschen Reich teilte Müller am 23. Oktober 1941 mit, Himmler habe angeordnet, dass «die Auswanderung von Juden mit sofortiger Wirkung zu verhindern» sei, nur die «Evakuierungsaktionen» blieben hiervon unberührt. Einen Tag später legte Müller den grundsätzlichen Erlass über das «Verhalten Deutschblütiger gegenüber Juden» vor. «Freundschaftliche Beziehungen zu Juden» konnten jetzt zur Einweisung ins Konzentrationslager führen: «Der jüdische

Teil ist in jedem Falle bis auf Weiteres unter Einweisung in ein Konzentrationslager in Schutzhaft zu nehmen.»<sup>71</sup>

Angesichts der Befehlskette Heydrich – Müller – Eichmann ist es nur konsequent, dass alle drei an der Wannsee-Konferenz teilnahmen. Darüber aber, wie sich Müller auf der Konferenz verhielt, gibt es – ausser dem Anwesenheitsvermerk im Protokoll – keine Überlieferung. Er wirkte jedoch massgeblich an der Umsetzung des hier von Heydrich vorgestellten Konzepts mit. Eichmann hielt in einer seiner späteren Aufzeichnungen fest: «Bei den Begrüssungsworten Heydrichs musterte ich die übrigen Anwesenden eingehend. [...] Mein eigener Vorgesetzter, [Gruppenführer] Müller, sass da wie ein gut erzogener Schüler. Er hatte seine Hände auf dem Schooss gefaltet und bot ein Bild der Bescheidenheit.»<sup>72</sup> Eichmann beschrieb auch die berühmte Szene nach der Konferenz: «Ich weiss noch, dass im Anschluss an diese ‚Wannsee-Konferenz Heydrich, Müller und meine Wenigkeit an einem Kamin gemütlich sassen ..., nicht um zu fachsimpeln, sondern uns nach den langen anstrengenden Stunden der Ruhe hinzugeben.»<sup>73</sup>

Müller soll für Heydrich – so Andrej Angrick – die «institutionelle Klammer» für den Praktiker des Massenmords Rudolf Lange und den Deportationsspezialisten Eichmann gewesen sein.<sup>74</sup> Doch Müller war mehr; er war derjenige, der sowohl die Tötungsaktionen der Einsatzgruppen überwachte und erfasste als auch – als Vorgesetzter Eichmanns – über die tatsächliche Durchführung der Deportationen zu entscheiden hatte. Müller war es auch – worauf Angrick hinweist – der nach Heydrichs Tod den Gesamtverlauf der «Aktion 1005» – die Vertuschung der Spuren der Massenmorde – überwachte.<sup>75</sup> Im Herbst 1941 hatte er Eichmann nach Minsk entsandt, um Judenexekutionen zu beobachten. Im Januar 1942 erstattete Eichmann ihm dann Bericht über die Vernichtungsaktionen im Gaswagenlager Chelmo/Kulmhof. Im israelischen Polizeiverhör schilderte er später Müllers Reaktion auf seinen Bericht:

«Müller pflegte nie etwas zu sagen. Nie! Nicht in diesen Sachen, auch nicht in anderen Sachen. Er war immer sehr wortkarg und ruhig, sagte nur die notwendigsten Sachen. Sagte ja oder nein. Und wenn er weder ja noch nein sagte, dann pflegte er meistens zu sagen: ‚Kamerad Eichmann ./, das war nicht ja, nicht nein. Er war wortkarg.‘»<sup>76</sup>

Nach der Wannsee-Konferenz erteilte Müller Weisungen für die Deportationen der Juden aus Deutschland. Am 15. Mai 1942 unterschrieb er die «Richtlinien zur technischen Durchführung der Evakuierung von Juden in das Altersghetto Theresienstadt».<sup>77</sup> Nicht einmal eine Woche später drängte er die Gestapo(leit) stellen im Reich:

«Im Zuge der Evakuierungsmassnahmen Lublin/Izbica konnten, abgesehen von einzelnen Ausnahmen, sämtliche Evakuierungsdienststellen im Altreich die nach den Richtlinien für eine Evakuierung in Betracht kommenden Juden erfassen. Um die im Osten noch vorhandenen Aufnahmemöglichkeiten für eine weitere Evakuierung restlos ausnützen zu können, bitte ich die Zahl jener im dortigen Dienststellenbereich bisher verbliebenen Juden anzugeben, die unter genauester Beachtung der Richtlinien noch evakuiert werden können.»<sup>78</sup>

Am 16. Juni 1942 ordnete Müller an, die Familienangehörigen von jüdischen KZ-Häftlingen «bei der Wiederaufnahme der Transporte nach dem Osten abzuschieben».<sup>79</sup> Am 1. Juli 1942 befahl er die Schliessung aller jüdischen Schulen und die Deportation des Lehrpersonals.<sup>80</sup> Und ebenfalls an diesem Tag übermittelte er die Anordnung des Reichsverkehrsministeriums, dass Juden «die Benutzung von Warteräumen, Wirtschaften und sonstigen Einrichtungen der Verkehrsbetriebe» verboten sei.<sup>81</sup>

Nach einem Gespräch mit Himmler am 23. Juni 1942<sup>82</sup> gab Müller dessen Anweisung an Eichmann weiter, «dass sämtliche in Frankreich ansässigen Juden sobald als möglich abgeschoben werden sollen».<sup>83</sup> Eichmann fuhr sofort nach Paris und bereitete die Transporte vor. Er hielt Müller stets auf dem Laufenden, verschwieg ihm aber auch einiges – u. a., dass am 15. Juli 1942 ein Deportationszug aus Frankreich nach Auschwitz ausfallen musste, weil angeblich nicht genügend «staatenlose Juden» zur Verfügung standen.<sup>84</sup>

Am 11. August 1942 schliesslich berichteten Müller und Eichmann über die geplanten Deportationen der Juden aus Rumänien, die bald beginnen sollten.<sup>85</sup> Doch dieser Teil der auf der Wannsee-Konferenz angekündigten Deportationen liess sich nicht realisieren; Marschall Antonescu zog seine Einwilligung zurück. Wie sehr Müller sich hierbei auch um Details kümmerte, wird im September 1942 deutlich, als er Himmlers Stabschef Wolff versicherte, die jüdischen Arbeiter der Beskiden-Erdölgesellschaft erst dann zu deportieren, wenn Ersatzkräfte gestellt werden könnten.<sup>86</sup>

Bei der Vorbereitung der Deportationen der Juden aus den besetzten Ländern stimmte sich Müller eng mit dem Auswärtigen Amt ab.<sup>87</sup> Als es im Januar 1943 Probleme mit der italienischen Militärverwaltung bei der Deportation von Juden mit ausländischer Staatsangehörigkeit im neu besetzten Teil Frankreichs gab,<sup>88</sup> liess Müller sich vom BdS Paris, Helmut Knochen, über die Details unterrichten und beschwerte sich schliesslich am 25. Februar 1943 beim Auswärtigen Amt: «Gerade die Einstellung der Italiener in Hinblick auf die europäische Gesamtlösung hat die von erstrebten

Massnahmen ausserordentlich erschwert und bereits heute schon zum Teil unmöglich gemacht, weil sich die Regierungen der verschiedensten europäischen Länder auf die Haltung des Achsenpartners herausreden. Diese italienische Gesamthaltung in der von uns zu bearbeitenden Frage durchkreuzt schlechthin vollends die vom Führer bei jeder Rede und Proklamation publizierte Forderung.»<sup>89</sup> Ende März 1943 fuhr Müller nach Rom, um eine Regelung «im deutschen Sinne» zu erreichen.<sup>90</sup> Doch dem Generalinspekteur der italienischen Polizei, Lospinoso, gelang es, sich Müller zu entziehen. Erst am 22. Juni sprach Knochen mit Lospinoso und unterrichtete Müller.<sup>91</sup> Am 28. Juni konnte Knochen Müller dann die Wiederaufnahme der Deportationen aus Frankreich ankündigen, weil die französische Regierung alle nach dem 10. August 1927 naturalisierten Juden für staatenlos erklärte, und erbat «250 Führer und Männer für die Dauer von 10 Tagen auf Abruf im Reich bereitstellen zu lassen».<sup>92</sup> Dies lehnte Müller jedoch unter Verweis auf die dünne Personaldecke des RSHA ab.<sup>93</sup>

Wie eng die Abstimmung Müllers mit dem Auswärtigen Amt war, zeigt auch eine Vortragsnotiz von Legationsrat Eberhard von Thadden. Dieser besuchte am 16. Oktober 1943 «weisungsgemäss» Müller «wegen der technischen Durchführung der Judenfrage in den neu besetzten Gebieten». Sie besprachen dabei die Lage in Albanien, Kroatien, den bisher von Italien besetzten Zonen Griechenlands und Frankreichs sowie in Italien. Müller, die militärischen Realitäten bedenkend, hatte dabei «offensichtlich auch seinerseits wegen der praktischen Durchführung des Führerbefehls, betreffend Festnahme von 8'000 Juden in Rom gewisse Sorge».<sup>94</sup> Tatsächlich wurden bei der Aktion in Rom am selben Tag nur etwa 1250 Juden festgenommen, von denen rund 1'000 zwei Tage später nach Auschwitz deportiert wurden.

Spätestens im März 1944 gab Müller den Befehl zur Deportation der ungarischen Juden an Eichmann weiter.<sup>95</sup> In weniger als zwei Monaten wurden dann ab Mai 1944 mehr als 420'000 Juden aus Ungarn deportiert und die meisten von ihnen in Auschwitz ermordet. Auch an diesem «letzten Kapitel» der «Endlösung» wirkte Müller mit.

Im Sommer 1944 leitete er persönlich die «Sonderkommission 20. Juli 1944» und beteiligte sich auch selbst an den Verhören.<sup>96</sup> In einem Ordensvorschlag vom Oktober 1944 hiess es: «Die politisch-weltanschaulich von Müller einheitlich ausgerichtete Geheime Staatspolizei hat weiter ein erhebliches Verdienst an der raschen Niederschlagung, Erfassung und Ausmerzungen der Verräter vom 20. Juli 1944 und ihres Anhangs.»<sup>97</sup>

Im April 1945 entschloss sich Müller, Berlin nicht zu verlassen. Am 24. April 1945 traf er seine Geliebte noch einmal in der Kurfürstenstrasse. Müller, in ordnungsgeschmückter Uniform, soll «völlig amtlich und sehr beherrscht» gewesen sein. Er gab

ihr bei diesem Treffen eine Zyankaliampulle und sagte, er habe «nur wenig Zeit und müsse noch in die Reichskanzlei, inzwischen sei Göring gefangengenommen worden».<sup>98</sup>

## Das Ende

In der Nacht vom 1. auf den 2. Mai 1945 sahen sowohl Hitlers Fahrer Erich Kempka, Hitlers Pilot Hans Baur als auch Johann Rattenhuber, der Chef des Reichssicherheitsdienstes, Müller im Bunker der Reichskanzlei. Sie forderten ihn auf, mit ihnen gemeinsam zu fliehen. Müller lehnte mehrfach ab.<sup>99</sup> Einige Zeit sass Müller in dieser Nacht auch mit den ebenfalls zum Selbstmord entschlossenen Hans Krebs und Wilhelm Burgdorf zusammen. Hitlers Adjutant Otto Günsche berichtete: «Der [Müller] teilte mit, er werde sich in der Reichskanzlei erschiessen, denn um nichts in der Welt wolle er den Russen in die Hände fallen.»<sup>100</sup> Sicher ist, dass Müller am Morgen des 2. Mai 1945 gemeinsam mit SS-Obersturmbannführer Schädle noch das Lazarett unter der Reichskanzlei besuchte.

Als sowjetische Truppen wenig später das Areal besetzten, fanden sie die Leichen von Krebs, Burgdorf und Schädle, die alle Selbstmord begangen hatten. Müllers Leiche war nicht dabei. Nach dem Krieg hielten sich hartnäckig Gerüchte, der Gestapo-Chef habe überlebt.<sup>101</sup> Sie alle trafen nicht zu. Müller war seit dem 2. Mai 1945 tot. Erst im August 1945 wurde auf dem Gelände des ehemaligen Reichsluftfahrtministeriums eine Leiche in Generalsuniform gefunden, bei ihr Dienstaussweise auf den Namen Heinrich Müller.<sup>102</sup> Der Tote wurde in dem mittleren von drei Massengräbern auf dem alten Jüdischen Friedhof Grosse Hamburger Strasse bestattet.<sup>103</sup> Müller, einer der Hauptverantwortlichen für die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen, liegt auf diesem Friedhof inmitten von mehr als 2'700 Kriegstoten und mehr als 3'000 Juden, die zwischen 1672 und 1827 hier bestattet wurden.

## Resümee

Müllers Biograf Andreas Seeger charakterisierte den Gestapo-Chef wie folgt: «Heinrich Müller knüpfte das eigene Fortkommen stets an die Bedürfnisse des Regimes. Seine Karriere war per se für die Machthaber die sicherste Gewähr für Loyalität. Er war der prosaische Typ eines Funktionärs, der monoman seiner Arbeit als Polizeibeamter nachging. Seine charakterlichen Eigenschaften ermöglichten dem aus einfachen

Verhältnissen stammenden Polizeifachmann den Aufstieg aus der Menge der fähigen Beamten. Er kannte weder Mitleid noch Skrupel, wenn es um die Verfolgung von ‚Reichsfeinden‘ ging. Menschenverachtend, aber ohne Sadismus, zynisch, doch ohne persönliche Befriedigung am Töten, war er ein Produkt obrigkeitsstaatlicher Traditionen und wurde zu einem der wichtigsten Handlanger des NS-Regimes bei den vom Staat angeordneten Verbrechen.»<sup>104</sup>

Doch Heinrich Müller war kein blosser Handlanger, er war Akteur, er war Täter, er war Massenmörder. Massenerschiessungen von Juden in den besetzten Gebieten der Sowjetunion, Deportationen aus Deutschland und Europa, Beseitigung der Spuren – an alledem war Müller in seiner Dienststellung führend beteiligt. Doch all seine über Ehrgeiz und Machtstreben hinausgehenden Motive, vor allem seine weltanschaulichen Überzeugungen, liegen auch heute noch weitgehend im Dunkeln.

*Johannes Tüchel*

- 1 Schreiben Müllers, 28.2.1942, PA AAA, Inland II A 11/3.
- 2 Vgl. dazu ausführlich die bisher beste Biografie Heinrich Müllers Seeger, «Gestapo- Müller», S. 86 ff. Eine Kurzfassung bietet: ders., Heinrich Müller, S. 346 ff. Die Arbeit von Bornschein, Gestapochef Heinrich Müller, bietet keine über Seeger hinausgehenden Erkenntnisse. Die SS-Führer-Personalunterlagen über Müller sind spärlich. Ausführliche Informationen über Müller enthalten die Verfahrensakten der Zentralen Stelle Ludwigsburg (415 AR 422/60) und der Staatsanwaltschaft Berlin (1 Js 1/68 RSHA). Der sehr kleine Nachlass von Müllers Ehefrau Sophie im Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (ED 404) ist bis Ende 2026 gesperrt.
- 3 Vgl. Otto, Wehrmacht, Gestapo, S. 143 ff.
- 4 Lebenslauf Heinrich Müllers, 11.8.1937, BArch (ehem. BDC), SSO, Müller, Heinrich.
- 5 Vgl. Seeger, «Gestapo-Müller», S. 12.
- 6 Lebenslauf Heinrich Müllers, 11.8.1937, BArch (ehem. BDC), SSO, Müller, Heinrich.
- 7 Die folgenden Angaben nach dem Vorschlag zur Ernennung Müllers zum Generalmajor der Polizei, BArch R 2/12150, fol. 135 f.
- 8 Aussage von Heinrich Zänker, 22.2.1954, BArch B 162/3233, Bl. 5.
- 9 Zu den Aufgaben der Abteilung VI vgl. Faatz, Vom Staatsschutz zum Gestapo-Terror, S. 51.
- 10 Vgl. Seeger, «Gestapo-Müller», S. 30 ff.
- 11 Vgl. Faatz, Vom Staatsschutz zum Gestapo-Terror, S. 398.
- 12 Die folgenden Angaben nach dem Vorschlag zur Ernennung Müllers zum Generalmajor der Polizei, BArch R 2/12150, fol. 135 f. Interessant ist, dass Müller in seinem eigenen Lebenslauf (wie Anm. 3) diese Ernennung bereits auf den Oktober 1933 legte.
- 13 Geschäftsverteilungsplan des Geheimen Staatspolizeiamtes, 25.10.1934, BArch R 58/840, fol. 34 ff.
- 14 Vgl. Herbert, Best, S. 144.
- 15 Auch diese Beförderung datierte Müller in seinem Lebenslauf falsch auf 1935.



- 16 Geschäftsverteilungsplan des Geheimen Staatspolizeiamtes, 1.10.1935, BArch R 58/840, fol. 60 ff.
- 17 Erlass Heydrichs, 30.6.1936, BArch R 58/239, fol. 136.
- 18 Aronson, Reinhard Heydrich, S. 96; Seeger, «Gestapo-Müller», S. 14, S. 40.
- 19 Politische Beurteilung der Gauleitung München Oberbayern für Heinrich Müller, 4.1.1937, BArch (ehem. BDC), SSO, Müller, Heinrich.
- 20 Alle Angaben in diesem Absatz nach diversen Unterlagen BArch (ehem. BDC), SSO, Müller, Heinrich.
- 21 Seeger, «Gestapo-Müller», S. 78 ff.
- 22 Vernehmungsniederschrift Barbara Hellmuth, 12.12.1960, BArch B 162/3233, Bl. 40 ff.
- 23 Vernehmungsniederschrift Anna Schmid, 13.2.1961, BArch B 162/3233, Bl. 59 ff.
- 24 Vernehmungsniederschrift von Franz Josef Huber, 3.10.1961, BArch B 162/3233, Bl. 129 ff. Andere Charakterisierungen Müllers bei Seeger, «Gestapo-Müller», S. 39 ff; Walter Hagen (d. i. Wilhelm Höttl), Die Geheime Front, S. 75, bezeichnet Müller als eine «hintergrundlose Persönlichkeit».
- 25 SS-Offizierspersonalkarte Heinrich Müller, BArch (ehem. BDC), SSO, Müller, Heinrich.
- 26 Vernehmungsniederschrift Anna Schmid, 13.2.1961, BArch B 162/3233, Bl. 59 ff.
- 27 Erlass des RFSSuChDtPol vom 27.9.1939, BArch R 58/245, fol. 215 f. Zum Kontext vgl. Paul, «Kämpfende Verwaltung», S. 42 ff.
- 28 Vgl. Seeger, «Gestapo-Müller», S. 78 ff.
- 29 Auszug aus der Abwehrbesprechung im Gestapo Berlin am 19.10.1936, LA NRW, RW 34/24, fol. 2.
- 30 Zu den von der Himmler, Heydrich und Müller ohne Gerichtsurteil angeordneten Exekutionen allgemein vgl. Tuchel/Schattenfroh, Zentrale des Terrors, S. 103 ff. mit den dort abgedruckten «Durchführungsbestimmungen für Exekutionen», 6.1.1943.
- 31 Vgl. Geschäftsverteilungsplan des Geheimen Staatspolizeiamtes, 25.10.1934, BArch R 58/840, fol. 35 und Standortverzeichnis der Dienststellen des Reichssicherheitshauptamtes, 7.12.1943, BArch R 58/840, fol. 345.
- 32 Vernehmungsniederschrift Anna Schmid, 13.2.1961, BArch B 162/3233, Bl. 59 ff.
- 33 Zit. nach Lösener t, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern, S. 303. Zur Problematik dieses Dokuments vgl. Stangneth, Eichmanns Erzählungen, S. 146.
- 34 Vgl. Wildt (Hrsg.), Judenpolitik des SD.
- 35 Michael Wildt hat zu Recht darauf hingewiesen, dass es unter Berücksichtigung des Funktionsbefehls Heydrichs vom 1. Juli 1937 nur eine logische Folge war, dass Eichmann dann in den entstehenden RSHA-Apparat eingegliedert wurde, zuerst als Sonderreferent IV R, dann als Referatsleiter IV D 4, später als Referatsleiter IV B 4 Vgl. Wildt, Generation des Unbedingten, S. 360.
- 36 Blitz-Fernschreiben, 9.11.1938, BArch R 58/272, fol. 128.
- 37 Blitz-Fernschreiben, 10.11.1938, BArch R 58/272, fol. 137.
- 38 Ebenda, fol. 138.
- 39 Blitz-Fernschreiben, 16.11.1938, BArch R 58/272, fol. 149.
- 40 Vgl. Stenographische Niederschrift (Teilübertragung) der Besprechung vom 12. November 1938, in: IMT, Bd. XXVIII, S. 499 ff (IMT-Beweisdokument 1816-PS).
- 41 Vgl. Safrian, Eichmann-Männer, S. 23 ff.
- 42 Schreiben Görings an den Reichsminister des Innern, 24.1.1939, LAB, Pr. Br. Rep. 57, Nr. 375.
- 43 Vgl. zu dieser für die «Endlösung der Judenfrage» zentralen Ermächtigung Hermann Görings an Reinhard Heydrich vom 31. Juli 1941 auch S. 270 im Beitrag von Christoph Kreutzmüller sowie <http://www.ghwk.de/ghwk/deut/texte/ermaechtigungsschreiben.htm> (24.11.2016).

- 44 Schreiben Heydrichs an die Obersten Reichsbehörden vom 11.2.1939, LAB, Pr. Br. Rep. 57, Nr. 375.
- 45 Vgl. Mallmann/Böhler/Matthäus, Einsatzgruppen in Polen, S. 116 f.
- 46 Besprechungsprotokoll, 21.9.1939, in: Berenstein/Rutkowski, Dokument o konferencjiw, S. 68 ff.
- 47 Vgl. den Vermerk von Rolf Günther, 9.10.1939, abgedruckt bei: VEJ, Bd. 3, S. 118 f.
- 48 Vermerk Eichmanns, 6.10.1939, zit. nach: Mallmann/Böhler/Matthäus, Einsatzgruppen in Polen, S. 65.
- 49 Vgl. Gottwaldt/Schulle, «Judendeportationen», S. 31 ff.
- 50 Fernschreiben, 19.10.1939, zit. nach: Safrian, Eichmann-Männer, S. 79.
- 51 Safrian, Eichmann-Männer, S. 79.
- 52 Erlass Müller, 21.12.1939, BArch R 58/276, fol 245.
- 53 Erlass Heydrichs, 21.12.1939, BArch R 58/276.
- 54 Auf einer Besprechung in Berlin am 30.1.1940, an der neben Müller alle wesentlichen an der Deportation von Polen und Juden beteiligten Funktionäre des Polizei- und Regierungsapparates teilnahmen, betonte Heydrich die Bedeutung des Referates «IV D 4 zwecks zentraler Steuerung der Räumungsaufgaben». Protokoll der Besprechung, 30.1.1939, Staatsarchiv Nürnberg, KV-Anklage, NO 5322, auch nach anderer Fassung abgedruckt bei: VEJ, Bd. 4, S. 218 ff.
- 55 Erlass des RSHA, gez. Müller, 12.2.1940, zit. nach: VEJ, Bd. 3, S. 165 ff.
- 56 Vgl. Aktenvermerk, 1.4.1940, zit. nach: Jüdisches Historisches Institut Warschau (Hrsg.), Faschismus – Getto – Massenmord, S. 54.
- 57 Erlass, 24.4.1940, zit. nach: VEJ, Bd. 3, S. 207 f.
- 58 RSHA: Madagaskar-Projekt, PA AAA, Inland II g 177, fol. 199 ff., hier fol. 206 f.
- 59 Erlass RSHA IV B 4 b, 4.8.1941, BArch R 58/459, fol. 209 u. RS.
- 60 Vgl. Ogorreck, Einsatzgruppen, S. 59.
- 61 Vgl. ebenda, S. 82 f.
- 62 Runderlass des RSHA, 28.6.1941, zit. nach: Angrick/Mallmann/Matthäus/Cüppers (Hrsg.), Besatzungsherrschaft, S. 35.
- 63 Fernschreiben Heydrichs, 29.6.1941, zit. nach: ebenda, S. 35 f.
- 64 Bericht der Stapostelle Tilsit, 1.7.1941, abgedruckt bei: ebenda, S. 41 f.
- 65 Runderlass des RSHA, 3.7.1941, abgedruckt bei: ebenda, S. 49 f.
- 66 Vgl. die «Ereignismeldungen UdSSR» 1 bis 8, abgedruckt bei: Mallmann/Angrick/ Matthäus/Cüppers (Hrsg.), «Ereignismeldungen UdSSR», S. 40 ff.
- 67 Funkspruch Müllers, 1.8.1941, abgedruckt bei: Angrick/Mallmann/Matthäus/Cüppers (Hrsg.), Besatzungsherrschaft, S. 86.
- 68 Funkspruch Müllers, 25.8.1941, abgedruckt bei: ebenda, S. 109.
- 69 Funkspruch, 30.8.1941, abgedruckt bei: ebenda, S. 117.
- 70 Schnellbrief des RSHA IV D 5, 4. 7.1942, gez. Müller, abgedruckt bei: ebenda, S. 366.
- 71 Erlass RSHA IV B 4b, 24.10.1941, BArch R 58/276, fol. 312 und Fernschreiben, 24.12.1941, CDCJ Paris, XXVI-5.
- 72 Eichmann, Meine Flucht, S. 91.
- 73 Arendt, Eichmann in Jerusalem, S. 149.
- 74 Angrick, Inszenierte Selbstermächtigung, S. 249.
- 75 Ebenda, S. 257.
- 76 Von Lang, Eichmann-Protokoll, S. 72.
- 77 Erlass RSHA IV B 4,15.5.1942, Zentrale Stelle Ludwigsburg, Ordner Verschiedenes 133.
- 78 Fernschreiben, 21.5.1942, IfZ, Fa 506/8.
- 79 Fernschreiben, 16.6.1942, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen, Judendeportationen aus dem Reichsgebiet, MS, Ludwigsburg o. J., Band 2, Ani. 80/1.

- 80 Erlass RSHA IV B 4 b 921/42, 1.7.1942, BArch R 58/276, fol. 341.
- 81 Erlass Der Reichsminister des Innern, Pol. S IV B 4 b, 1.7.1942, BArch, R 58/276, fol. 342.
- 82 Vgl. Der Dienstkalender Heinrich Himmlers, S. 465.
- 83 Vermerk von Eichmann und Dannecker, 1.7.1942, abgedruckt bei: Klarsfeld, Vichy-Auschwitz, S. 390.
- 84 Notiz SS Ostuf. Röhke, IV J Paris, 15.7.1942, CDCJ Paris, RF-1226, zit. nach: Klarsfeld, Vichy-Auschwitz, S. 406 f.
- 85 Vgl. Der Dienstkalender Heinrich Himmlers, S. 513.
- 86 Schreiben Müllers an SS-Obergruppenführer Karl Wolff vom 17.9.1942, BArch NS 19/1757.
- 87 Vgl. Browning, «Endlösung», S. 92 ff.
- 89 Vgl. die entsprechenden Dokumente in: Klarsfeld, Vichy-Auschwitz, S. 477 ff.
- 90 Schreiben, 25.2.1943, zit. nach: Klarsfeld, Vichy-Auschwitz, S. 495 ff.
- 91 Fernschreiben Müllers, 2.4.1943, zit. nach: Klarsfeld, Vichy-Auschwitz, S. 519.
- 92 Vgl. die entsprechenden Dokumente in: Klarsfeld, Vichy-Auschwitz, S. 536 ff.
- 93 Fernschreiben, 28.6.1943, gez. Knochen, zit. nach: Klarsfeld, Vichy-Auschwitz, S. 538.
- 94 Fernschreiben Müllers, 2.7.1943, CDCJ Paris, XXVII-23.
- 95 Vortragsnotiz Eberhard von Thaddens, 22.10.1943, PA AAA, Inland II A 36.
- 96 Vgl. zur problematischen Quellenlage für die genaue Datierung sowie für den Gesamtzusammenhang: Gerlach/Aly, Das letzte Kapitel, S. 249.
- 97 Vgl. Hett/Tuchel, Reaktionen des NS-Staates, S. 377 ff.  
Vorschlagsliste Nr. 1 für die Verleihung des Ritterkreuzes zum Kriegsverdienstkreuz mit Schwertern vom 7.10.1944, BArch (ehem. BDC), SSO, Müller, Heinrich. Am 10. Oktober
- 98 1944 verlieh Hitler Müller die vorgeschlagene Auszeichnung, die von Kaltenbrunner und Himmler befürwortet worden war.
- 99 Aussage von Anna Schmid, 13.2.1961, BArch B 162/3233, Bl. 59 ff., sowie Seeger, «Gestapo-Müller», S. 63.
- 100 Vgl. zum Folgenden mit ausführlichen Belegen: Tuchel, «... und ihrer aller wartete der
- 101 Strick», S. 214 ff.
- 102 Aussage Günsches, in: Eberle/Uhl (Hrsg.), Das Buch Hitler, S. 454.
- 103 Vgl. Seeger, «Gestapo-Müller», S. 70 ff.
- 104 Vgl. ausführlich: Tuchel, «... und ihrer aller wartete der Strick», S. 217 ff.  
Vernehmung von Walter Lüders, 7.10.1963, BArch B 162/3234, Bl. 426 ff. sowie Seeger, «Gestapo-Müller», S. 69.  
Seeger, «Gestapo-Müller», S. 27.

# Eberhard SCHÖNGARTH

## Reichssicherheitshauptamt

### Ein unterschätzter Praktiker des Massenmords



Passfoto als Zivilist, am Revers  
das Abzeichen der NSDAP.  
Unbekannter Fotograf, o. D.  
[wahrscheinlich zwischen 1933 und 1935]  
Yad Vashem Archives, 5511 Item 80024

Eberhard Schöngarth (1903 – 1946)

■ «Er war ein sauberer, korrekter Offizier, aber durch die Kämpfe im Osten stark beeinflusst. Im Osten wurden Methoden angewandt, die sehr unschön waren. Er brachte die Methoden aus dem Osten mit.»<sup>1</sup>

Ohne näher ins Detail zu gehen, deutete der ehemalige Höhere SS- und Polizeiführer (HSSPF) in den Niederlanden, Hanns Albin Rauter, in seinem Nachkriegsprozess auf das brutale Vorgehen seines Nachfolgers Eberhard Schöngarth hin. Dieser gehört zu den unbekannteren Teilnehmern der Wannsee-Konferenz. Das mag daran liegen, dass seine Anwesenheit aufgrund seiner Funktion als Reinhard Heydrichs verlängerter Arm im besetzten Polen bislang als selbstverständlich angesehen wurde und Schöngarth auch nicht die erste Wahl Heydrichs für die Einladungsliste war. Denn zunächst war, ganz im Sinne der damaligen Hierarchieebenen, der ranghöhere HSSPF im Generalgouvernement, Friedrich-Wilhelm Krüger, eingeladen worden.<sup>2</sup> Für Schöngarths Anwesenheit auf der Wannsee-Konferenz sprechen dennoch mehrere Gründe.

### Von Berlin nach Krakau – eine Gestapo-Karriere

Geboren am 22. April 1903 in Leipzig als Sohn eines Braumeisters, gehörte Eberhard Schöngarth zu jenen Vertretern der «Kriegsjugendgeneration», die den Ersten Weltkrieg lediglich an der «Heimatfront» erlebt hatten. Früh orientierte er sich im völkisch-nationalistischen Umfeld. Eigenen Angaben zufolge nahm er 1920 am Kapp-Putsch teil und war Mitglied im Freikorps Thüringen, im Wiking-Bund und im Jungdeutschen Orden. 1922 trat er der NSDAP und der SA bei. Im Zuge des Hitler-Putsches wurde er 1923 verhaftet, später aber amnestiert. Zu dieser Zeit absolvierte er eine Lehre bei der Deutschen Bank. 1928 bestand er die erste juristische Staatsprüfung in Naumburg und wurde 1929 an der Universität Leipzig zum Thema «Die Zurückweisung von Kündigungen des Arbeitsvertrages» mit «cum laude» promoviert.<sup>3</sup> Nach der grossen Staatsprüfung, die er sogar mit der auch damals seltenen Note «gut» bestand, war er als Gerichtsassessor sowie als Hilfsrichter an verschiedenen Landgerichten im preussischen Justizdienst tätig.<sup>4</sup> Zwischen 1933 und 1935 arbeitete Schöngarth im Höheren Dienst bei der Reichspostdirektion Erfurt.

Schöngarths Gestapo-Karriere begann am 1. November 1935 im kirchenpolitischen Referat des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin. Warum es ihn dorthin zog, ist nicht festzustellen. Ein Schreiben an das Reichsinnenministerium, in dem Heydrich Schöngarth aufgrund «seiner Verdienste um die Bewegung für eine Verwendung in der Geheimen Staatspolizei» empfahl, legt nahe, dass er auf Heydrichs oder Himmlers Wunsch hin in die Reichshauptstadt ging.<sup>5</sup> Zunächst auf Probe angestellt, wurde er im April 1936 aufgrund seiner «guten juristischen Kenntnisse» und «umfassende[n] Verwaltungspraxis» vorzeitig als Regierungsassessor übernommen und «endgültig»<sup>6</sup> in den Dienst der Gestapo gestellt. Bereits Anfang 1936 trat er in den Sicherheitsdienst der SS, den SD, ein. In den folgenden zwei Jahren leitete er die Dienststellen der örtlichen Staatspolizeistellen in Dortmund, Arnsberg, Bielefeld und Münster. Die Beurteilungen waren stets positiv. Schöngarth sei «offen und ehrlich», sein Wille sei «stark», und er «setzt sich durch». Seine Einstellung zur nationalsozialistischen Weltanschauung sei «vollkommend bejahend». Auch sei er ein «alter verdienter Kämpfer, der sich restlos für die Belange der SS und des SD einsetzt».<sup>7</sup>

1935 heiratete Schöngarth die drei Jahre ältere Dorothea Gross, aus der Ehe gingen zwei Söhne hervor. Als Religion gab er in seinem Personalbogen – für SS-Angehörige typisch – «gottgläubig» an.<sup>8</sup> Nach seiner Ernennung zum Oberregierungsrat im August 1939 wurde er im Dezember als Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD nach Dresden versetzt und übernahm wenig später zusätzlich in Reichenberg die Geschäfte des Inspektors der Sicherheitspolizei und des SD beim Reichsstatthalter im Sudeten-

land.<sup>9</sup> Im Mai 1940 nahm er als Leutnant der Reserve bei der Luftwaffe am Westfeldzug teil. Im Dezember desselben Jahres wurde er aufgrund seiner dienstlichen Stellung zum Oberstleutnant der Polizei ernannt. Nur wenige Wochen später, am 23. Januar 1941, schlug Reichsinnenminister Frick Hitler vor, Schöngarth zum Oberst der Polizei zu befördern. Die entsprechende Ernennung und eine Beförderung zum SS-Oberführer folgten kurze Zeit später.<sup>10</sup>

Bereits am 20. November 1940 hatte Schöngarth die Nachfolge Bruno Streckenbachs als Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD (BdS) im Generalgouvernement übernommen, seine offizielle Bestallung erfolgte am 30. Januar 1941.<sup>11</sup> Die Dienststelle des BdS mit Sitz in der Magdeburger Strasse 1 in Krakau entsprach dem strukturellen Aufbau des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin und unterstand diesem unmittelbar.<sup>12</sup> Hauptaufgabe des BdS im besetzten Polen waren die Bekämpfung und Überwachung möglicher politischer Gegner, der polnischen Führungsschicht und der Kirchen. Zudem war der BdS für die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung zuständig und arbeitete dabei engstens mit den Stellen des Höheren SS- und Polizeiführers im Generalgouvernement (HSSPF Ost Friedrich-Wilhelm Krüger) zusammen, die Himmler als Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei direkt unterstellt waren.

Zusammen mit den stationären Kommandeuren der Sicherheitspolizei und des SD (KdS) in den Distrikten spielten die BdS-Stellen als verlängerter Arm des RSHA eine zentrale Rolle bei der brutalen Besatzungspolitik. Dies wurde spätestens mit der «Ausserordentlichen Befriedungsaktion» (AB-Aktion) im Mai 1940 deutlich. Sie begann zeitgleich mit dem Überfall auf Frankreich am 10. Mai und hatte das Ziel, die polnische Intelligenz sowie die Widerstandsbewegung auszuschalten, ohne dass die Weltöffentlichkeit etwas davon mitbekam.<sup>13</sup> Im Verlauf dieser «Aktion» wurde bereits der sich anbahnende Kompetenzkonflikt zwischen Zivilverwaltung und SS deutlich, bei dem es auch um die Frage der «Oberaufsicht» über die jüdischen Ältestenräte ging.<sup>14</sup>

Nach seiner Einsetzung in das Amt des BdS war Schöngarth unmittelbar an der Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung sowie der polnischen Führungsschicht im Generalgouvernement beteiligt. Ende Juni 1941, kurze Zeit nach dem Überfall auf die Sowjetunion, besprach er sich mit dem Reichskriminaldirektor und Chef der Einsatzgruppe B, Arthur Nebe, über die Aufstellung von KdS-Unterstützungstrupps aus Warschau und Lublin.<sup>15</sup> Mit seinem eigens aufgestellten Einsatzkommando zur besonderen Verfügung (z. B. V.) traf Schöngarth bereits Anfang Juli 1941 im Gefolge der Einsatzgruppe C in Lemberg ein und veranlasste kurz nach der Ankunft die Ermordung der jüdischen Bevölkerung.<sup>16</sup> Am 5. Juli töteten Schöngarths Männer

die in Lemberg ansässigen polnischen Professoren und deren Angehörige. Der BdS beantragte auf eigene Initiative die Aufstellung besonderer Einsatzkommandos zur «Erfüllung [von] Aufgaben sicherheitspolizeilicher und SD-mässiger Art» in der Westukraine und in Weissrussland.<sup>17</sup>

Nach den Massentötungen in Lemberg wurden Teilkommandos in die anliegenden Ortschaften entsandt.<sup>18</sup> Schöngarth instruierte während einer «Probeerschliessung» seine Männer und erklärte dabei den Ablauf vom Ausheben der Gruben über die Heranführung der Opfer bis zu den Arten des Erschiessens und der Lagerung der Leichen. Im Anschluss an die Exekutionen kam es zu Trinkgelagen.<sup>19</sup> Bevor Schöngarth wieder zurück nach Krakau ging, meldete er in seinem Tätigkeitsbericht an das RSHA vom 3. August 1941 die Tötung von 3947 Personen im Zeitraum vom 21. bis 31. Juli 1941.<sup>20</sup>

Sowohl der BdS als auch das RSHA sahen die Hauptaufgabe der Sicherheitspolizei darin, in Ostgalizien Massenerschiessungen durchzuführen.<sup>21</sup> Dies fand einen traurigen Höhepunkt im «Blutsonntag von Stanislaw» am 12. Oktober 1941, dem etwa 10'000 bis 12'000 jüdische Männer, Frauen und Kinder zum Opfer fielen. In dieser Zeit befasste sich die zentrale «Judenpolitik» im Generalgouvernement zunächst mit der Isolierung der Ghettos, da eine Abschiebung der Internierten in den Osten absehbar wurde. Schöngarth erliess am 21. November 1941 einen Schiessbefehl gegen ausserhalb der Ghettos «umherwandernde» Juden.<sup>22</sup>

### **Die Konflikte im Generalgouvernement und die Wannsee-Konferenz**

Im Winter 1941/42 eskalierte der seit Längerem schwelende Konflikt zwischen SS-Führung und Zivilverwaltung bezüglich der Ausübung und Kontrolle der Polizeigewalt im Generalgouvernement. Mit der Einsetzung Friedrich-Wilhelm Krügers als HSSPF Ost im Oktober 1939 hatte Himmler schon kurz nach dem Überfall auf Polen begonnen, den umfassenden Machtanspruch des Generalgouverneurs Hans Frank zu untergraben. Offiziell war der HSSPF dem Generalgouverneur zwar unmittelbar unterstellt; in der Praxis kümmerten sich Himmler und Krüger jedoch wenig um die Belange Franks.<sup>23</sup>

Krüger war massgeblich an der Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden und der polnischen Führungsschicht beteiligt.<sup>24</sup> 1894 in Strassburg geboren, hatte der Offizierssohn als Leutnant am Ersten Weltkrieg teilgenommen, war mehrfach verwundet und schliesslich hoch dekoriert entlassen worden. Zwischen 1919 und 1920 war er Freikorpsmitglied und arbeitete später als Prokurist und Expedient eines Buchverlages. Nach einer Tätigkeit als Vorstandsmitglied bei der Berliner Müllabfuhr



Auf einem leicht retuschierten Pressefoto überreicht Hans Frank dem HSSPF Friedrich-Wilhelm Krüger die Ernennungsurkunde zum «Staatssekretär für das Sicherheitswesen» im Generalgouvernement. Im Hintergrund sind Schöngarth (links) und ein Unbekannter zu sehen.

Fotograf: Otto Rosner, Anfang Mai 1942; NAC 2-4470

machte er sich als Kaufmann selbstständig. Der Duzfreund Himmlers trat 1929 in die NSDAP ein und wurde 1931 Mitglied der SS.<sup>25</sup> Das Verhältnis zwischen Himmler und Krüger scheint über längere Zeit sehr eng gewesen zu sein. Obwohl sechs Jahre jünger, trat Himmler gegenüber Krüger stets als wohlwollender «Übervater» auf. In der überlieferten Korrespondenz ermahnte er «seinen Krüger» immer wieder in väterlicher Weise, er solle doch selbstständiger werden und mit den verschiedenen Stellen besser



zusammenarbeiten. Krügers Pedanterie und seine intrigante Persönlichkeit sorgten jedoch immer wieder für Konflikte,<sup>26</sup> sodass Himmler zunehmend gereizt auf Krügers ständige Anrufe reagierte und ihn zeitweilig nicht mehr durchstellen liess.<sup>27</sup> Im Oktober 1943 wurde Krüger in den Stab Himmlers «weggelobt» und im Mai 1944 zur Waffen-SS versetzt. Er nahm sich im Mai 1945 das Leben.

Doch bevor er in Ungnade fiel, war Krüger als HSSPF zum mächtigsten Mann im Generalgouvernement aufgestiegen. Er fühlte sich allein Himmler verpflichtet und nahm nur von ihm Befehle entgegen. Generalgouverneur Frank galt ihm dagegen als «Hampelmann».<sup>28</sup> Nichtsdestotrotz arbeiteten die Zivilverwaltung und die Stellen des HSSPF bis ins Jahr 1940 relativ gut zusammen. Himmler hatte nämlich zunächst Auseinandersetzungen mit der Wehrmacht auszutragen. Beschwerden des Oberbefehlshabers Ost, Generaloberst Johannes Blaskowitz, über die Methoden der SS in Polen, führten dazu, dass Himmler im März 1940 dazu vor der Wehrmachtführung Stellung nehmen musste.<sup>29</sup> In der Folge wurde Blaskowitz auf Betreiben von Hans Frank im Mai 1940 als Wehrmachtsbefehlshaber in Polen entlassen. Eigentlich hätte Himmler dem Generalgouverneur dankbar sein müssen, dass dieser ihm bei der Demontage von Blaskowitz sekundierte.<sup>30</sup>

Doch nachdem die Machtverhältnisse zwischen Wehrmacht und SS im besetzten Polen geklärt waren, brach 1940 der Machtkampf zwischen Frank und Himmler aus. Bei den Auseinandersetzungen ging es um die «Volkstumspolitik», die Himmler als «Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums» (RKF) für sich reklamierte, vor allem aber auch um die Unterstellungsverhältnisse und damit um den Zugriff des Generalgouverneurs auf die polizeiliche Exekutive. Bereits die Ernennung Krügers zum Beauftragten des RKF im Generalgouvernement schränkte Franks Machtstellung ein.<sup>31</sup> Versuche Franks, sich den HSSPF zu unterstellen, scheiterten auf ganzer Linie.<sup>32</sup> In dieser schwierigen Gemengelage hatte Schöngarth als BdS zwischen drei direkten Vorgesetzten zu agieren: Heydrich in Berlin bzw. Prag, Hans Frank, Generalgouverneur in Krakau, und Himmlers Vertreter im Generalgouvernement, Friedrich-Wilhelm Krüger. Dies musste über kurz oder lang zu Konflikten führen.

Der Machtkampf zwischen Frank und Himmler kulminierte im Winter 1941/42 in der Affäre um Franks langjährigen Freund Karl Lasch. Der Gouverneur von Galizien, der eine Affäre mit Franks Ehefrau Brigitte unterhielt, wurde am 24. Januar 1942 offiziell wegen Verstosses gegen Zoll- und Devisenbestimmungen verhaftet. Daraufhin wurde ein «Verfahren wegen Volksschdlingsverbrechen [...] allergrösstem Stils» gegen ihn eröffnet.<sup>33</sup> Die Ermittlungen übernahm u. a. Schöngarth als «beauftragter» Staatsanwalt. Er warf Lasch die Verschiebung von Teppichen und Kunstobjekten vor

und belastete ihn zudem mit dem Vorwurf der Wehrkraftzersetzung und der «Rassenschande». Frank musste seinen Freund fallen lassen, und Lasch wurde am 12. März der Staatsanwaltschaft in Breslau übergeben.<sup>34</sup> Anfang Juni 1942 starb er aus ungeklärter Ursache im Gefängnis.<sup>35</sup> Hans Frank distanzierte sich von Lasch, um von seinen eigenen korrupten Machenschaften abzulenken. Gleichzeitig konnte er sich seines «Rivalen» in Liebesangelegenheiten geschickt entledigen, ohne dieses heikle Thema gross in die Öffentlichkeit zu tragen. Himmler indes machte Frank unmissverständlich klar, wie das Machtgefüge im «Gangstergau» verteilt war. So kann der Fall Lasch auch als Morddrohung Himmlers an Frank verstanden werden.

Auch bezüglich der «Endlösung der Judenfrage», die das Schicksal von mehr als 2,2 Millionen Juden im Generalgouvernement betraf, bestanden Kompetenzstreitigkeiten, die sich auch auf den Verteiler für die Einladungen zur Wannsee-Konferenz auswirken sollten. So beschwerte sich Krüger Ende November 1941 bei Himmler und Heydrich darüber, «dass der Generalgouverneur bestrebt sei, die Behandlung des Judenproblems völlig an sich zu ziehen».<sup>36</sup> In Heydrichs Auftrag verfasste Eichmann daraufhin zwei Einladungsentwürfe für die ursprünglich auf den 9. Dezember 1941 angesetzte Besprechung. Neben Krüger, der bereits mit dem ersten Anschreiben vom 29. November 1941 eingeladen worden war, sollte nunmehr Staatssekretär Bühler anstelle seines ursprünglich geladenen Chefs Hans Frank an der Sitzung teilnehmen. Heydrich wollte das Kompetenzgerangel zwischen den Institutionen offenbar in seinem Sinne klären.<sup>37</sup> Aus diesem Grund blieb der im «letzten Einladungsschreiben angeführte Kreis der geladenen Herren» in der zweiten Einladung vom 8. Januar 1942 dann auch unverändert.<sup>38</sup>

Eine Woche vor der Konferenz sprach Himmler mit Schöngarth, um sich auf eine am selben Tag stattfindende Besprechung mit Bühler vorzubereiten.<sup>39</sup> Am Folgetag nahm der BdS an einem Abendessen teil, bei dem neben Himmler und Heydrich auch die meisten SS-Hauptamtschefs anwesend waren.<sup>40</sup> Möglicherweise wurde in der halb-offiziellen Atmosphäre dieses Abendessens bestimmt, dass Schöngarth zu der Zusammenkunft am 20. Januar 1942 kommen sollte. In Bezug auf die Hierarchieebene des NS-Systems wäre allerdings der Himmler direkt unterstellte HSSPF Krüger die korrekte Besetzung gewesen, da hier die örtliche Führung der Ordnungspolizei (Orpo) und der BdS zusammenliefen. Für Krügers Abwesenheit bei der Konferenz lassen sich mehrere Gründe anführen: Erstens laborierte er zu diesem Zeitpunkt an einem gebrochenen Arm. Zweitens war er wahrscheinlich während des Gesprächs mit Himmler und Heydrich Ende November über die geplanten Kompetenzverteilungen informiert worden. Eine näherliegende Erklärung ist aber, dass Heydrich vermutlich keinen Eklat, sondern einen einvernehmlichen Sitzungsverlauf anstrebte, der weder durch persönli-

che Animositäten noch durch Kontroversen über die Polizeiarbeit im Generalgouvernement getrübt werden sollte. Eine gleichzeitige Anwesenheit von Krüger und Frank oder von Krüger und Bühler wäre dem abträglich gewesen.<sup>41</sup>

Die Teilnahme an der Wannsee-Konferenz war mutmasslich eine Art Höhepunkt in Schöngarths Karriere. Immerhin sass er inmitten von Staatssekretären an der Seite seines Chefs. Wie Rudolf Lange, Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Lettland, der ebenfalls an der Konferenz teilnahm, war auch Schöngarth ein Praktiker des Massenmordes und mit den Methoden der Einsatzgruppen vertraut. Die Erfahrungen, die er während seiner Beteiligung an den Massentötungen in Lemberg und Umgebung gemacht hatte, vermittelte er wenig später als Leiter der Schule der Sicherheitspolizei in Bad Rabka an angehende SS-Offiziere. Dort standen neben Vorträgen hoher SS-Führer auch Erschiessungs- und Folterseminare auf dem Programm, die den Lehrstoff am lebenden Menschen illustrierten.<sup>42</sup>

Dass sich Schöngarth bei der Konferenz zu Wort gemeldet hätte, ist nicht überliefert, gleichwohl wurden Themen angesprochen, die sein Aufgabengebiet als BdS direkt betrafen. Darunter der im Protokoll festgehaltene verklausulierte Mordaufruf, der besagte, dass die «evakuierten Juden [...] Zug um Zug in sogenannte Durchgangsghetos verbracht [werden sollten], um von dort aus weiter nach dem Osten transportiert zu werden».<sup>43</sup> Die zu errichtenden Durchgangsghetos lagen unter anderem in Izbica und Piaski im Distrikt Lublin.<sup>44</sup> Insofern war es für Schöngarth sicherlich interessant zu erfahren, wer dort künftig die Befehlsgewalt innehaben würde und wie die Transporte mit den diversen Stellen koordiniert werden sollten. «Evakuierung nach dem Osten» war nichts anderes als eine Chiffre für den systematisierten Massenmord in Ostpolen.<sup>45</sup>

Nach der Besprechung am Wannsee konnte Schöngarth sicher sein, dass er als Heydrichs verlängerter Arm im Generalgouvernement frei agieren und auf die Unterstützung der zivilen Behörden zählen durfte. Dies untermauerten Bühlers im Protokoll niedergelegte Aussagen, denen zufolge er forderte, dass mit der «Endlösung» im «Generalgouvernement begonnen» werden solle, weil das «Transportproblem keine Rolle» spiele. Auch dass Bühler vor Heydrich einknickte und diesen als «federführend» bei der Ermordung der europäischen Juden akzeptierte, verdeutlicht den Machtgewinn des RSHA.<sup>46</sup> Denn die in Lagern durchzuführenden Tötungsaktionen lagen eigentlich nicht in Heydrichs Kompetenzbereich. Bei der Errichtung der späteren Vernichtungslager der «Aktion Reinhard», Sobibor, Treblinka und Belzec, war nicht das RSHA «federführend»; diese Aufgabe oblag vielmehr direkt Himmler und seinen HSSPF.<sup>47</sup> Schöngarth war gemeinsam mit Odilo Globocnik, dem SS- und Polizeiführer des Distrikts Lublin, für die Aufnahme der Deportierten zuständig; die Reichsbahn

hatte beiden die Transportzüge zu melden.<sup>48</sup> Dabei arbeitete der BdS eng mit der Generaldirektion der Ostbahnen und mit Eichmanns Referat zusammen.<sup>49</sup> Mit der Aussage, die Juden sollten «strassenbauend» in den Osten «geführt» werden, sprach Heydrich explizit die Vernichtung durch Arbeit an und deutete den mutmasslich bereits Mitte Oktober 1941 begonnenen Bau von Zwangsarbeitslagern entlang der Durchgangsstrasse IV (DG IV) an.<sup>50</sup> Der BdS wurde hier vor vollendete Tatsachen gestellt und lediglich über den bereits laufenden Bau informiert. Er selbst hatte keine Verfügungsgewalt über dieses Prestigeprojekt Himmlers.<sup>51</sup>

Im Sommer 1942 kam es dann zu massiven Auseinandersetzungen um die jüdischen Zwangsarbeiter, die in Rüstungsbetrieben und für die Wehrmacht arbeiten mussten.<sup>52</sup> Grund war Himmlers Geheimschreiben an Krüger vom 19. Juli 1942, das als Startschuss für die Deportation und Ermordung aller arbeitenden Juden gelten kann.<sup>53</sup> Krüger begann schnell, die jüdischen Zwangsarbeiter aus den Betrieben zu holen, was zu Protesten der Arbeitgeber führte, die einen Engpass an Fachkräften befürchteten. Auch Schöngarth merkte damals an, dass die Juden in der Rüstungswirtschaft nicht zu ersetzen seien.<sup>54</sup> Diese Fragen wie auch seine Annäherung an Hans Frank bezüglich einer Lockerung der repressiven «Polenpolitik» sollten im Sommer 1943 schliesslich für Schöngarths Ablösung sorgen.

### Abstieg auf Raten

Ab Juni 1942 wurde gegen Schöngarth wegen des Verdachts auf Unterschlagung, Korruption, Plünderungen und Kunstschiebungen ermittelt.<sup>55</sup> Im Fokus stand sein freundschaftliches Verhältnis zu dem Niederländer Pieter Menten, der bereits in der Vorkriegszeit mit dubiosen Geschäftspraktiken aufgefallen war. Kurz nach Kriegsbeginn 1939 hatte sich Menten dann als vereidigter Sachverständiger und Wirtschaftsberater für die deutschen Besatzer in Polen betätigt und war zum Treuhänder jüdischer Kunsthandlungen ernannt worden. Mit der Abwicklung jüdischer Firmen verdiente er im Laufe der Zeit prächtig.<sup>56</sup> Menten war vom SS-Orden und seiner Ideologie fasziniert. Nicht ohne persönlichen Stolz schrieb er an das SS- und Polizeigericht VI in Krakau, dass er sich «als erster Holländer [...] bei Kriegsausbruch mit Russland dem Einsatzkommando z.b. V. zur Verfügung» gestellt habe.<sup>57</sup> Aufgrund seiner Bekanntschaft mit Schöngarth wurde er im Sommer 1941 dem Einsatzkommando z.b. V. als Dolmetscher zugeteilt und durfte zudem als «SS-Sonderführer» eine SS-Uniform tragen, was nicht selbstverständlich war. Schöngarth und seine engsten Mitarbeiter waren ständige Gäste in Mentens Haus, bei ihren Besuchen kam es regelmässig zu Alkoholexzessen.<sup>58</sup>

Im Zuge der Ermittlungen gegen Schöngarth und dessen Umfeld wurde Menten des Kunstraubes beschuldigt und festgenommen. Auf Veranlassung Himmlers musste er das Generalgouvernement für immer verlassen. Seinen beträchtlichen Besitz durfte er dennoch mitnehmen.<sup>59</sup> Im Verlauf der Ermittlungen konnte der Chef des SS- und Polizeigerichts VI in Krakau, Kurt Sachs, die Vorwürfe gegen den BdS zwar bekräftigen, doch musste er das Belastungsmaterial später dem SS-Richter beim RFSS übergeben.<sup>60</sup> Zu diesem Zeitpunkt sah Himmler noch von einer Absetzung Schöngarths ab, denn er wollte weitere negative Aufmerksamkeit für die im Generalgouvernement weitverbreitete Korruption innerhalb des Besatzungspersonals vermeiden, dessen Angehörige im Volksmund als «Osthyänen» bezeichnet wurden.

Spätestens Ende 1942 sah sich Schöngarth dann einer Intrige von Krüger ausgesetzt. Der hatte sich bei Himmler darüber beschwert, dass der BdS entgegen seiner Anweisung an einer Regierungssitzung mit anschließendem Essen in der Krakauer Burg teilgenommen habe und «Verständnis für die Anschauungen und Auffassungen der Zivilverwaltung» aufbringe. Krüger ging sogar noch weiter und kritisierte, dass das «augenblickliche Verhältnis von Oberführer Schöngarth zum Generalgouverneur, zu Staatssekretär Dr. Bühler und auch zu den einzelnen Regierungsmitgliedern [...] im umgekehrten Verhältnis zu den Gründen» stehe, ihn im Amt zu belassen. Gleichzeitig forderte er Himmler explizit auf, entweder ihn selbst oder den BdS des Amtes zu entbinden, da ein Bruch zwischen ihnen entstanden sei.<sup>61</sup> Himmler machte in einem klärenden Gespräch mit den beiden Anfang Dezember 1942 deutlich, dass er zwar den Eindruck habe, Schöngarth sei «schwach und lau» geworden, beließ ihn aber im Amt.<sup>62</sup>

Doch dann erklärte Schöngarth mit Blick auf den erstarkenden polnischen Widerstand auf einer Regierungssitzung am 20. April 1943, dass «eine Verschärfung der Lage [...] zwangsläufig eintreten» werde, «wenn man nicht erkenne, dass die bisherige Behandlung des polnischen Volkes in vielen Punkten falsch gewesen sei. Man müsse den Mut aufbringen, endlich den deutschen Kurs zu ändern.»<sup>63</sup> Angesichts der von Himmler und Krüger weiterhin verfolgten repressiven Polenpolitik klang dies fast nach einem internen Putsch. Zwar wurde Schöngarth trotz seiner angefochtenen Stellung Anfang 1943 noch zum SS- Brigadeführer und Generalmajor der Polizei befördert, im Juli dann aber als BdS abgesetzt und im September 1943 zunächst zur Waffen-SS im SS-Flak-Ausbildungs- und Ersatzregiment München strafversetzt. Seine Nachfolge in Krakau trat Walther Bierkamp an.

Nach kurzer Einarbeitungszeit kam Schöngarth als Kompanieführer zur 4. SS-Polizei-Panzergranadier-Division mit Standort in Lamia/Griechenland.<sup>64</sup> An dem Massaker in Distomo im Juni 1944, an dem Angehörige der Division beteiligt waren, nahm

Schöngarth sehr wahrscheinlich nicht mehr teil, da er schon im Mai in die okkupierten Niederlande versetzt wurde und in Den Haag ab Juni erneut die Funktion des BdS bekleidete. Dort traf er seinen Freund Pieter Menten wieder. Schöngarth nahm sein altes Betätigungsfeld wieder auf und erteilte am 11. September 1944 den «Niedermachungs-befehl» zur «Bekämpfung von Terroristen und Saboteuren».<sup>65</sup> Als der niederländische Widerstand in der Nacht vom 6. auf den 7. März 1945 einen Anschlag auf den Höheren SS- und Polizeiführer Nord-West, Hanns Albin Rauter, verübte, ordnete Schöngarth die Erschiessung von 250 Niederländern an.<sup>66</sup> Bereits am 8. März wurden am Anschlagort bei Woeste Hoeve 117 Niederländer hingerichtet. Insgesamt fielen dieser Vergeltungsaktion 263 Menschen zum Opfer. Am 10. März wurde der BdS mit der Vertretung Rauters als HSSPF beauftragt.<sup>67</sup>

Während des Nachkriegsprozesses vor einem britischen Militärgericht gab Schöngarth zu, dass er wegen des Attentats auf Rauter die Erschiessung von 100 Menschen befohlen hatte. Im Verlauf des Prozesses gestand er zudem, Befehle zur Erschiessung von 150 bis 200 Menschen gegeben zu haben. Diese seien jedoch stets aufgrund «ordentlicher» Todesstrafen verurteilt worden.<sup>68</sup>

Hauptgrund der Verhandlung war aber sein Befehl, einen alliierten Piloten zu erschossen, der am 21. November 1944 über Enschede, nahe der Villa Hooge Boekel, abgestürzt war. Offiziell ging es also um die völkerrechtswidrige Tötung eines Kriegsgefangenen.<sup>69</sup> Die Villa war 1944 durch eine Abteilung des Sicherheitsdienstes der SS beschlagnahmt worden; vom 20. bis 21. November fand hier eine Konferenz mit anschließendem Umtrunk statt. Während der Vernehmung durch das Militärgericht wurde Schöngarth gefragt, ob er damals das Flugzeug gehört und gesehen habe. Der Angeklagte antwortete, er habe zu diesem Zeitpunkt im Haus ein Gespräch mit einem seiner Untergebenen geführt. Auch Fallschirmspringer wollte er keine beobachtet haben. Konkret nach der Behandlung von Kriegsgefangenen befragt, erklärte er, dass darüber nicht gesprochen worden sei, dazu habe es keinen Grund gegeben. Während des Kreuzverhörs wurde er auch nach seiner Rolle bei der Behandlung von Kriegsgefangenen befragt, woraufhin er erklärte, dass er damit nichts zu tun gehabt habe, da abgeschossene Piloten Sache der Luftwaffe gewesen und somit nicht – wie Agenten – in seine Zuständigkeit gefallen seien.<sup>70</sup> Auf Nachfragen der Anklage, ob er den Erschiessungsbefehl erteilt habe, verneinte Schöngarth dies stets. Allerdings beschrieb er detailliert den offiziellen Ablauf einer Exekution durch Standgerichte der Sicherheitspolizei und des SD. Auf die Frage, wo die Männer gelernt hätten, Genickschüsse abzugeben, erwiderte Schöngarth, dass es für diese Art der Exekution keine Befehle gegeben habe. Dass dies jedoch vorgekommen sei, schloss er nicht aus und verwies auf Erfahrungen aus dem Osten. Das Gericht sah es aufgrund von Zeugenaussagen als er-

wiesen an, dass Schöngarth die Verantwortung für die Tötung des Piloten trug und den Exekutionsbefehl gegeben hatte. Der ehemalige BdS wurde am 16. Mai 1946 in Hameln hingerichtet.<sup>71</sup>

Schöngarths Tätigkeit im Generalgouvernement sowie seine Anwesenheit auf der Wannsee-Konferenz hatten in den Nachkriegsvernehmungen keine Bedeutung.<sup>72</sup> Doch war er auf der Konferenz neben Rudolf Lange einer der Praktiker, denen das Blut förmlich noch an den Händen klebte. Ehemalige Mitarbeiter beschrieben ihn einerseits als sehr eloquent und jovial, andererseits als aufbrausend und unbeherrscht. Den einen galt er als trunksüchtiger, brutaler und schlechter Chef, für die anderen war er ein «sauberer korrekter Offizier».<sup>73</sup>

*Olaf Löschke*

- 1 Zit. nach Cohen, Een onbekende tijdgenoot, S. 173, Anmerkung 20.
- 2 Vgl. Einladungsschreiben vom 29.11.1941, u.a. abgedruckt bei: Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 88-90.
- 3 Schöngarth, Zurückweisung.
- 4 Im Anhang des Personalfragebogens vom 30. August 1933 wird Schöngarth mit dem Titel Dr. jur. utr. (doctor iuris utriusque) vom 17. Oktober 1929 geführt. Damit war er Doktor sowohl des weltlichen als auch des Kirchenrechts. Später wurde auf den Zusatz verzichtet. Vgl. Personalfragebogen vom 30.8.1933, BArch R 3001/75144.
- 5 Preussische Geheime Staatspolizei, Der Stellvertretende Chef, Schreiben Heydrichs an den Reichsminister des Innern, z. Hd. ORR von Wedelstädt vom 21.2.1936, BArch (ehem. BDC), SSO, Schöngarth, Eberhard.
- 6 Anfang April 1936 wurde Schöngarth zum Regierungsassessor mit dem Dienstalster vom 6. Juni 1932 im preussischen Landesdienst ernannt und wechselte am 1. April 1936 vom Postdienst zur Preussischen Geheimen Staatspolizei in der inneren preussischen Verwaltung. Vgl. Ernennungsurkunde vom 3.4.1936, BArch (ehem. BDC), SSO, Schöngarth, Eberhard.
- 7 Personalbericht vom 15. Juli 1938, BArch (ehem. BDC), SSO, Schöngarth, Eberhard. 1. März 1933: Eintritt in die SS (Nr.: 67 174), kurze Zeit später «Wieder»-Eintritt in die NSDAP (Mitglieds-Nr. 2848 857). An seiner Übernahme bestand ein «besonderes dienstliches Interesse». Schreiben Heydrichs an das RMdI vom 21.2.1936.
- 8 Vgl. Ernennungsvorschlag Fricks vom 23.1.1941, Sonderarchiv Moskau, Fonds 720-2-48- 28. Noch bis 1933 hatte Schöngarth angegeben, evangelischer Konfession zu sein. Vgl. Personalfragebogen vom 30.8.1933, BArch R 3001/75144.
- 9 Vgl. BArch R 601/1820, Bl. 074; Vermerk vom 16.6.1943, BArch (ehem. BDC), SSO, Schöngarth, Eberhard.
- 10 Vgl. Ernennungsvorschlag Fricks vom 23.1.1941, in: Sonderarchiv Moskau, Fonds 720-2- 48-28. In der SS bekleidete Schöngarth damals den Rang eines SS-Standartenführers. Auf Wunsch Himmmlers wurde er zum SS-Oberführer ernannt. Vgl. BArch (ehem. BDC), SSO, Schöngarth, Eberhard.
- 11 Zu Bruno Streckenbach siehe Mallmann/Böhler/Matthäus, Einsatzgruppen in Polen, S. 20 f.; Wildt, Generation des Unbedingten, S. 55-57. Der Chef der Einsatzgruppe I in Polen wurde im Juni 1940 zum Chef des Amtes I im RSHA ernannt.

- 12 Vgl. Birn, Die Höheren SS- und Polizeiführer, S. 87-91. Zu den BdS siehe auch Ramme, Der Sicherheitsdienst der SS, S. 225. Zur Kritik an Ramme vgl. Wildt, Generation des Unbedingten, S. 31, Anm. 44.
- 13 Zur AB-Aktion siehe u. a. Schenk, Hans Frank, S. 188-191; Eisenblätter, Grundlinien, S. 173-178.
- 14 Polizeisitzung vom 30.5.1940, abgedruckt bei: Präg/Jacobmeyer (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs, S. 215 f. Ende 1939 kam es in Krakau und Kielce zu grösseren «Aktionen» gegen die polnische Intelligenz. Vgl. Eisenblätter, Grundlinien, S. 159.
- 15 Vgl. Tätigkeitsbericht des Chefs der Einsatzgruppe B für die Zeit vom 23. Juni 1941 bis 13. Juli 1941, BStU, ZUV 9, Bd. 31, Bl. 3-17, abgedruckt bei: Klein (Hrsg.), Einsatzgruppen, S. 378 f. Zu den Unterstützungstrupps aus dem Generalgouvernement siehe Gerlach, Einsatzgruppe B, S. 52-70.
- 16 Vgl. Schenk, Professorenmord, S. 93-100; Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung, S. 59-65.
- 17 Zit. nach Ereignismeldung UdSSR Nr. 25 vom 17.7.1941, BArch R 58/214. Diese Ereignismeldung verweist gleichzeitig auf die Bildung von Judenräten und die Einführung des Kennzeichnungszwanges.
- 18 Einsatzorte der Kommandos mit Stand vom 12.7.1941 in Kowel, Rowno, Luck und Lemberg, Rawa-Ruska, Przemysl, Drohobycz und Tarnopol. KTB, Bfh. Rückw. H.Geb. 103, «Betrifft: Massnahmen auf dem Ic Gebiet», vom 14.7.1941, BArch R 70 Sowjetunion 18, Bl. 1.
- 19 Vgl. Schenk, Professorenmord, S. 97 f.
- 20 Ereignismeldung Nr. 43 vom 3.8.1941, BArch R 58/215, Bl. 159. Sandkühler geht bei dem Lemberger Massaker von mindestens 4'000 ermordeten Juden aus. Vgl. Sandkühler, «Endlösung», S. 119. Innerhalb von zwei Monaten wurden Dieter Schenk zufolge etwa 9247 Menschen von Schöngarths Truppe in Galizien ermordet. Vgl. Schenk, Professorenmord, S. 98.
- 21 Vgl. Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung, S. 295.
- 22 Ebenda, S. 142-147, hier S. 147. Zum Schiessbefehl vgl. ebenda, S. 163.
- 23 Vgl. Schnellbrief Himmlers vom 4.10.1939 an Krüger, Einsetzung Krügers als HSSPF sowie die Einsetzung Beckers als Chef der Ordnungspolizei und Bruno Streckenbachs als BdS. BArch (ehem. BDC), SSO, Krüger, Friedrich-Wilhelm.
- 24 So war Krüger mit seinem SS und Polizeiführer (SSPF) Jürgen Stroop für die Zerschlagung des Warschauer Ghetto-Aufstands im Frühjahr 1943 sowie die Vernichtung des jüdischen Ghettos verantwortlich. Vgl. Scheffler/Grabitz, Ghetto-Aufstand.
- 25 Eintritt in die NSDAP am 15. November 1929 mit Mitglieds-Nr. 171199, Eintritt in die SS am 1. Februar 1931 mit SS-Mitglieds-Nr. 6123. Vgl. die Dokumentenzusammenstellung von Friedman, Der Höhere SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement; BArch (ehem. BDC), SSO, Krüger, Friedrich-Wilhelm.
- 26 Schon Ende 1939 kritisierte Himmler im Zusammenhang mit gescheiterten Verhandlungen seinen «lieben Krüger» scharf und hielt ihm vor Augen, dass er bereits «einmal in [seinem] Leben gescheitert» sei. Persönlicher Brief Himmlers an Krüger vom 29.12.1939, BArch (ehem. BDC), SSO, Krüger, Friedrich-Wilhelm, Bl. 1059 f.
- 27 Vgl. Aktennotiz Himmlers vom 15.8.1940, BArch (ehem. BDC), SSO, Krüger, Friedrich-Wilhelm, Bl. 838.
- 28 Schenk, Hans Frank, S. 184. Himmler erteilte seinem HSSPF das Verbot, Bühler in jeglicher Form Bericht zu erstatten. Vgl. Birn, Die Höheren SS- und Polizeiführer, S. 198 f.
- 29 «Ich tue nichts, was der Führer nicht weiss.» Zit. nach: Krausnick/Wilhelm, Einsatzgruppen, S. 105. Zu Himmlers Vortrag siehe Müller, Dokumentation; Longerich, Heinrich Himmler, S. 448 und S. 477. Generalmajor von Tippelskirch bemerkte gegenüber Himmler zu den Vorgängen in Polen, dass ihm «nicht Härte [missfalle], sondern [die] Gefahr der Verrohung». Vgl. Mallmann/Böhler/Matthäus, Einsatzgruppen in Polen, S. 54-69, hier S. 69.



- 30 Frank forderte Mitte Februar 1940 bei Göring die Ablösung des Oberbefehlshabers Ost.  
Vgl. Schenk, Hans Frank, S. 188.
- 31 Vgl. Eisenblätter, Grundlinien, S. 134; Longeric, Heinrich Himmler, S. 449-451.
- 32 Vgl. Eisenblätter, Grundlinien, S. 133. Zum Beginn der Auseinandersetzungen siehe ebenda, S. 135-144. Zu Franks Versuchen, die Befehlshaber der Polizeiparten für sich zu gewinnen vgl. Birn, Die Höheren SS- und Polizeiführer, S. 198-200.
- 33 Geheimschreiben Hans Franks an Oberregierungsrat Stademann persönlich vom 16.3.1942, Strafsache gegen Lasch, BArch R 3001/20040, Bl. 02/397.
- 34 Ebenda.
- 35 Fast einen Monat nach Laschs Verhaftung wurde gegen ihn ein Verfahren eingeleitet, um ihm die Doktorwürde zu entziehen. Dieses Verfahren zog sich über knapp ein Jahr hin und wurde mit dem lapidaren Kommentar eingestellt, dass sich die «Entziehung [erübrige], da Lasch verstorben» sei. Vgl. Schreiben des Rektors der Universität Köln an das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Bildung vom 2.2.1943, BArch R 4901/12860, Bl. 104; Eisenblätter, Grundlinien, S. 246; Mlynarczyk, Judenmord, S. 85.
- 36 Zit. nach Aktenvermerk Eichmanns vom 1.12.1941, Faksimile abgedruckt bei: Kampe, Die Wannsee-Konferenz, S. 25-27. Ein Eintrag im Dienstkalender Heinrich Himmlers vom 28. November 1941 weist ein Treffen zwischen Krüger, Heydrich und Himmler von 16:00-16:30 Uhr mit dem Besprechungspunkt «Angelegenheit Frank» aus. Vgl. Der Dienstkalender Heinrich Himmlers, S. 277.
- 37 Vgl. Roseman, Die Wannsee-Konferenz, S. 86.
- 38 Schreiben Heydrichs an Hofmann vom 8.1.1942, abgedruckt bei: Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 100.
- 39 Zum Gespräch Bühlers mit Himmler am 13. Januar 1942 siehe den Beitrag von Ingo Loose in diesem Band.
- 40 Vgl. Präg/Jacobmeyer, Dienstagebuch des deutschen Generalgouverneurs, Einträge vom 13.-14. Januar 1942, S. 315 und 317.
- 41 HSSPF Ost an den Chef des SS-Personalhauptamtes vom 3.1.1942: «Infolge eines leichten Sportunfalls, den der SS-Obergruppenführer Krüger am 30. Dezember 1941 erlitten hat», sei «mit einem Dienstantritt vor Ende Januar 1942 nicht zu rechnen.» BArch (ehem. BDC), SSO, Krüger, Friedrich-Wilhelm. Schreiben Krügers an Himmler vom 17.1.1942: «Mein Gesundheitszustand bessert sich von Tag zu Tag. [...] ich [hoffe], dass Anfang der kommenden Woche bereits der Oberarm wieder entschient werden kann [...]» BArch NS 19/2653. Vgl. Klein, Die Wannseekonferenz 1995, S. 13 f.; Gerlach, Wannsee-Konferenz, S. 18.
- 42 O'Neil, The Rabka Four, S. 67-84.
- 43 Zit. nach: Protokoll der Besprechung über die Endlösung der Judenfrage, 15 Seiten (Bl. 166-180), hier Bl. 173, <http://www.ghwk.de/ghwk/deut/protokoll.pdf> (28.11.2016).
- 44 Vgl. Kuwalek, Durchgangshghettos, S. 199.
- 45 Mit der Deportation nach Osten war sicherlich auch das Lager Maly Trostinez bei Minsk gemeint. Vgl. Rentrop, Tatorte.
- 46 Vgl. Protokoll der Besprechung über die Endlösung der Judenfrage, Bl. 180.
- 47 Vgl. Klein, Die Wannsee-Konferenz 1995, S. 9.
- 48 Vgl. Transportrichtlinien Adolf Eichmanns, Hauptstadtarchiv Düsseldorf, Film A28, Bl. 15-18 und Bl. 20R, Faksimile abgedruckt bei: Gottwaldt/Schulle, «Judendeportationen», S. 148-155, S. 170-177.
- 49 Vgl. Schreiben von Ganzenmüller an Wolff vom 28. Juli 1942: «Seit dem 22.7. fährt täglich ein Zug mit je 5'000 Juden von Warschau [...] nach Treblinka, ausserdem zweimal wöchentlich ein Zug mit 5'000 Juden von Przemysl nach Belzek [!]. [...] Die Züge werden mit dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei im Generalgouvernement vereinbart. [...]» BArch NS 19/2655. Geheimschreiben Eichmanns an Wolff vom 17.9.1942, Betreff

„Endlösung der Judenfrage“: „[...] ich [habe] den Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Krakau anweisen lassen, die Evakuierung dieser Juden nur in solchem Ausmaß vorzunehmen, als Ersatzkräfte eingesetzt werden können.“ BArch NS 19/1757.

- 50 Vgl. Protokoll der Besprechung über die Endlösung der Judenfrage, Bl. 172.
- 51 Mit der Führung wurde der SSPF Friedrich Katzmann beauftragt. Zur Durchgangsstraße IV siehe Kaienburg, Jüdische Arbeitslager, S. 19–21.
- 52 Vgl. Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung, S. 235.
- 53 Vgl. Geheimschreiben RFSS an Krüger vom 19. 7. 1942, BArch NS 19/4064, Bl. 1. Im September 1942 forderte Wilhelm Keitel den Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement auf, alle „für militärische Hilfsdienste und in der Rüstungswirtschaft beschäftigten Juden [...] sofort durch Polen (Nichtjuden) zu ersetzen.“ Vgl. Schreiben Keitels an den Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement vom 5. 9. 1942, BArch NS 19/2462.
- 54 Vgl. Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung, S. 235.
- 55 Vgl. Theel, SS- und Polizeigerichtsbarkeit, S. 75.
- 56 Vgl. Schenk, Professorenmord, S. 136.
- 57 Zit. nach: ebenda, S. 137.
- 58 Vgl. ebenda, S. 138.
- 59 Ebenda, S. 137–139, S. 165–167. Im ersten Nachkriegsprozess gegen Menten bestätigten Augenzeugen, dass er bei Erschießungen im galizischen Podhorodce am 7. Juli 1941 anwesend war. Vgl. Rechtshilfverfahren der Niederlande an die DDR im Fall Pieter Menten. BArch DP 3/2128. Menten wurde 1977 zu 15 Jahren Haft verurteilt, wegen eines Verfahrensfehlers aber wieder freigelassen. Dies löste einen Justizskandal aus. 1979 wurde der Fall erneut aufgenommen. Menten wurde 1980 zu zehn Jahren Haft und der Zahlung einer Geldstrafe verurteilt. 1985 erfolgte seine Entlassung.
- 60 Theel, SS- und Polizeigerichtsbarkeit, S. 75, Anmerkung 72.
- 61 Vgl. Schreiben Krügers an Himmler, Personalangelegenheit Dr. Schöngarth, BArch NS 19/2028, Bl. 2–6.
- 62 Vgl. Gesprächsniederschrift einer Besprechung Himmlers mit Krüger und Schöngarth vom 2. 12. 1942, BArch NS 19/2028, Bl. 7.
- 63 Regierungssitzung vom 20. 4. 1943, in: Der Dienstkalender Heinrich Himmlers, S. 652. Am selben Tag verübte der polnische Widerstand ein Attentat auf Krüger, das dieser unverletzt überlebte. Der BdS leitete die Ermittlungen, die sich bis Anfang Juni 1943 hinzogen.
- 64 Vgl. Personalverfügung des SS-Führungshauptamtes vom 10. 11. 1943, BArch (ehem. BDC), SSO, Schöngarth, Eberhard.
- 65 Van Riet, Handhaven, S. 255.
- 66 Vgl. Hirschfeld, Fremdherrschaft, S. 38; Cohen, Een onbekende tijdgenoot, S. 170.
- 67 Vgl. Fernschreiben Himmlers vom 10. 3. 1945, BArch (ehem. BDC), SSO, Schöngarth, Eberhard.
- 68 Military Court for the Trial of War Criminals, Burgsteinfurt, Germany 7. und 8. 2. 1946, S. 43–44, National Archives, Kew, WO 235/102A. Siehe zu diesem Fall auch die Akten der Generalstaatsanwaltschaft, National Archives, Kew, WO 311/1304.
- 69 Es handelte sich sehr wahrscheinlich um Americo S. Galle, Co-Pilot einer B-17 (Fliegende Festung) der 493. Bombergruppe der US Army Air Force, dessen Flugzeug bei Enschede abstürzte. Vgl. O’Neil, The Rabka Four, S. 175–189.
- 70 Military Court for the Trial of War Criminals, Burgsteinfurt, Germany 7. und 8. 2. 1946, S. 39, National Archives, Kew, WO 235/102A.
- 71 Ebenda, S. 42. Military Government – Germany, Military Court – War Criminals, Death Warrant, 16. 5. 1946, National Archives, Kew, WO 235/102A.
- 72 Vgl. Pohl, Nationalsozialistische Judenverfolgung, S. 392.
- 73 Zit. nach: Cohen, Een onbekende tijdgenoot, S. 173, Anm. 20.

# Josef BÜHLER

## Regierung des Generalgouvernements Ein Hintermann



Josef Bühler (1904 - 1948)

Unbekannter Fotograf, o. D. [ca. 1933/34]  
BArch R 3001, 53056

Als das Polnische Oberste Volkstribunal (Najwyższy Trybunał Narodowy) in Krakau am 17. Juni 1948 den Prozess gegen den ehemaligen Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements eröffnete, erweckte Josef Bühler den Eindruck, als könne er gar nicht verstehen, dass das Ganze ihm und seinem Handeln während der deutschen Besatzung in Polen zwischen 1939 und 1945 gelten sollte.<sup>1</sup> Dabei hatte der Angeklagte zuvor bereits in mehreren Strafprozessen als Zeuge ausgesagt, und sein Vorgesetzter, Generalgouverneur Hans Frank, war in Nürnberg 1946 zum Tode verurteilt worden. Insofern musste Bühler sich dessen bewusst sein, dass auch er mit der Höchststrafe zu rechnen hatte. Und doch mag er die Hoffnung gehabt haben, als lediglich «weisungsgebundener Beamter»<sup>2</sup> mit dem Leben davonzukommen. Er glaube, so Bühler, dass «es ihm mit Gottes Hilfe gelingen werde», das Gericht davon zu überzeugen, dass «ich meine Hände nicht mit dem Blut Unschuldiger befleckt und nicht zum Terror, Mord und Raub gereicht habe».<sup>3</sup> Tatsächlich jedoch sollte sich Bühlers Teilnahme an der Wannsee-Konferenz als einer der zentralen Anklagepunkte in seinem Prozess erweisen.

## Bühlers Aufstieg

Josef Bühler kam am 16. Februar 1904 in Waldsee in Württemberg als das elfte von zwölf Kindern des Bäckermeisters Friedrich und dessen Frau Maria, geb. Achilles, zur Welt. Bühler wuchs in einer katholischen Familie auf und beharrte noch während seines Verhörs vor dem polnischen Untersuchungsrichter 1948 darauf, er sei «katholisch immer geblieben, von der Kirche nicht ausgetreten».<sup>4</sup> Nach Internatsbesuch und Abitur 1922 begann Bühler in München ein Jurastudium. Mit Ausnahme seines ältesten Bruders, der Pfarrer wurde, blieb Josef das einzige Kind der Familie, das ein Hochschulstudium absolvierte. Sein Studium führte ihn bis zur Promotion und zum zweiten juristischen Staatsexamen 1930 noch nach Kiel, Berlin und Erlangen. Bühler heiratete Ende der 1930er-Jahre die deutlich jüngere Hedwig Almus (Jg. 1920), eine gemeinsame Tochter kam 1943 zur Welt, ein Sohn 1945.

An die Rechtsanwaltskanzlei des nur vier Jahre älteren Hans Frank, der in dieser Zeit regelmässig Hitler und die NSDAP vor Gericht vertrat, will Bühler 1930 durch einen reinen Zufall geraten sein: «Wie war ich zufrieden, als ich nach bestandenen zweiten Staatsexamen 1930 eine normale gesicherte Existenz in der Anwaltskanzlei des damaligen Rechtsanwalts Frank fand.»<sup>5</sup> Zwei Jahre lang blieb Bühler in Franks Kanzlei als Rechtsanwalt und Anwaltsassessor, dann eröffnete sich die Gelegenheit, in den Staatsdienst überzutreten, als Frank am 10. März 1933 zum bayerischen Justizminister ernannt wurde. Bühler gehörte zu der grossen Zahl derer, die nun erst der NSDAP beitraten, entsprechend hoch war seine Mitgliedsnummer 1 663 751 vom 1. April 1933.<sup>6</sup> 1948 gab er an, einer der «stärksten Beweggründe» für seinen Parteeintritt sei der «mir erkennbar gemachte und schon in früheren Zeiten wiederholt geäusserte Wunsch» Franks gewesen.<sup>7</sup> Auch nach 1933 blieb Bühlers gesamte berufliche und politische Karriere, ja sein ganzes Leben bis zu seinem Todesurteil auf das Engste mit Frank verbunden.<sup>8</sup>

Im März 1933 wechselte Bühler, der seit Oktober 1932 als Gerichtsassessor am Amtsgericht München tätig gewesen war, als Amtsanwalt und Amtsgerichtsrat in das bayerische Justizministerium.<sup>9</sup> Zugleich übernahm er eine Führungstätigkeit im Nationalsozialistischen Rechtswahrerbund (NSRB).<sup>10</sup> Seine juristische Karriere setzte sich ein Jahr später fort, als er im Oktober 1934 – erneut auf Betreiben Franks – zum Reichsjustizministerium nach Berlin berufen, zugleich 1935 zum Oberstaatsanwalt am Oberlandesgericht München ernannt wurde. Schliesslich wurde Bühler – ebenfalls 1935 – zum Ministerialbüro von Frank abkommandiert, dessen Tätigkeit als Reichsminister ohne Geschäftsbereich (seit 1934) sich vor allem auf die von Frank im Sommer 1933 gegründete Akademie für Deutsches Recht erstreckte. Bühler wurde Präsidiumsmit-

glied der Akademie sowie Mitarbeiter der akademieeigenen Zeitschrift, trat jedoch nur mit wenigen eigenen Veröffentlichungen hervor.<sup>11</sup>

### Staatssekretär im Generalgouvernement

Auch seinen nächsten Karriereschritt, die Abordnung nach Krakau, hatte Bühler allein seiner nun schon knapp zehnjährigen Loyalität gegenüber Frank zu verdanken. Bühler war Ende August 1939 zur Wehrmacht einberufen worden, wurde aber bereits wenige Tage später von Frank reklamiert, nachdem dieser von Hitler mit der Verwaltung des besetzten Polens beauftragt worden war. Während die westpolnischen Gebiete im Oktober 1939 dem Deutschen Reich einverleibt wurden, blieb der Status des zeitgleich geschaffenen Generalgouvernements absichtsvoll in der Schwebe. Von Beginn an bestand eine destruktive Grundtendenz, der zufolge das Generalgouvernement lediglich als Arbeiterreservoir, «Trümmerhaufen»<sup>12</sup> und «rassische Müllkippe» dienen sollte. Die Nationalsozialisten glaubten sich mit dem Generalgouvernement zudem im Besitz eines Gebietes, in das auch die deutschen Juden deportiert werden könnten. Das Reichssicherheitshauptamt ergriff unter der Leitung von Adolf Eichmann noch im Herbst 1939 erste Massnahmen zur Deportation deutscher und österreichischer Juden ins Generalgouvernement.<sup>13</sup> Die Akademie für Deutsches Recht schrieb über die «Rechtsgestaltung deutscher Polenpolitik» in einer im Januar 1940 abgeschlossenen Vorlage: «Es ist nicht möglich, ein Volk von der Grösse und Tradition des polnischen zu vernichten, die europäische Geschichte der letzten Jahrhunderte kennt keinen solchen Vorgang. [...] Wie immer sich die Verhältnisse in Osteuropa entwickeln werden – dem polnischen Volk steht eine harte und schwere Zukunft bevor. Es wird in jeder Hinsicht Not leiden und daher hassen müssen.»<sup>14</sup>

Bühler war zunächst Stabsleiter des Generalgouverneurs in Krakau und wurde am 8. Dezember 1939 zum Chef des Amtes des Generalgouverneurs für die besetzten polnischen Gebiete bestellt.<sup>15</sup> Am 8. März 1940 wurde Bühler dann als Nachfolger von Arthur Seyss-Inquart zum «Staatssekretär der Regierung des Generalgouvernements» im Range eines Ministerialrats. Auch wenn Bühler in seinen späteren Verhören betonte, seine Tätigkeit sei «weitgehend durch die Erledigung persönlicher Aufträge des Generalgouverneurs ausgefüllt» gewesen,<sup>16</sup> so hatte er doch eigene Handlungsspielräume, zumal auf solchen Gebieten, für die sich der despotisch-theatralische Generalgouverneur in seinem «Frank-Reich» – so ein zeitgenössischer Sprachwitz – nur wenig interessierte: Dies war in erster Linie das Gesetzes- und Verordnungswesen sowie die



Leicht retuschiertes Pressefoto anlässlich eines Gesprächs mit (von links nach rechts) Friedrich-Wilhelm Krüger, Heinrich Himmler, Hans Frank und Josef Bühler – in Staatssekretärs-Uniform mit Reithosen

Unbekannter Fotograf, o. D. [vermutlich Mitte März 1942]; NAC 2-3142

Organisation der Besatzungsverwaltung im Generalgouvernement.<sup>17</sup> Im April 1940 legte Bühler persönlich in einem allgemeinen Rundschreiben die «Grundsätze für das Verhalten der Deutschen in Polen» fest. «Feindesland» erfordere «besondere körperliche und geistige Leistungsfähigkeit», auch sei ein «gesellschaftlicher Verkehr mit Polen oder Juden beiderlei Geschlechts» von jedem Deutschen zurückzuweisen, überdies «würdelos und gesundheitsgefährdend».<sup>18</sup> Der Katholik Bühler betonte zudem, es sei mit der «Haltung eines seiner Ehre bewussten Deutschen nicht vereinbar», Gottesdienste mit Beteiligung polnischer Geistlicher zu besuchen.<sup>19</sup> Als Leiter der Verwaltungsakademie in Krakau (seit Juli 1941) war Bühler zudem für die parteipolitische Ausbildung bzw. Ausrichtung der Beamten im Generalgouvernement im Sinne des Führerprinzips verantwortlich.<sup>20</sup>

In die Zuständigkeitskonflikte zwischen Frank und Heydrich bzw. Himmler geriet Bühler schon im Frühsommer 1940, als der Höhere SS- und Polizeiführer Ost Friedrich-Wilhelm Krüger sich bei Himmler wortreich darüber beschwerte, dass Frank während seiner Abwesenheit Bühler zum Stellvertreter ernannt hatte. Dies bedeute, so Krü-

ger, «dass nicht nur der zivile Verwaltungssektor der SS und Polizei gegenüber damit einen politischen Vorsprung erzielt hat, sondern dass auch die Person, d.h. Dr. Bühler als Chef des Amtes, mir als Höherer [sic] SS- und Polizeiführer im Falle seiner Vertretung des Generalgouverneurs übergeordnet ist».<sup>21</sup> Der Konflikt zwischen der Zivilverwaltung und dem SS- und Polizeiapparat unter Krüger setzte sich fort und steht in einem direkten Zusammenhang mit Bühlers Teilnahme an der Wannsee-Konferenz.

Zivilverwaltung und Polizei arbeiteten im Übrigen jedoch bei den deutschen Massenverbrechen im Generalgouvernement zusammen, sodass sich Bühler auch bei den überwiegend von Krüger und den ihm unterstellten SS-Einheiten begangenen Massentötungen nach 1945 vor Gericht schwerlich auf einen mangelhaften Informationsstand berufen konnte. Auch sämtliche amtliche Verlautbarungen der Distriktchefs bedurften Bühlers Genehmigung.<sup>22</sup> Die monatlichen, oftmals sehr ausführlichen Lageberichte der Kreishauptmänner und Distriktsgouverneure gingen direkt an ihn und schilderten detailliert den Fortgang der Judenvernichtung in den einzelnen Distrikten, die brutalen Razzien bei der Erfassung von über einer Million polnischer Zwangsarbeiter bis Sommer 1943, die katastrophale Versorgungslage sowie die sich ab 1942 massiv verschlechternde Sicherheitslage und das Erstarken der polnischen Widerstandsbewegung.<sup>23</sup>

Im März 1942 hatte Bühler persönlich den Distriktgouverneur von Lublin darüber informiert, dass in der Umgebung von Lublin Transitghettos für Tausende «evakuierte» Juden aus dem Deutschen Reich (und der Slowakei) eingerichtet würden – vor dem Hintergrund der Wannsee-Konferenz und der einsetzenden Massenmorde im Rahmen der «Aktion Reinhard» musste auch Bühler klar sein, dass es sich bei den Ghettos nur um Vorhalthelager handelte, in denen die jüdischen Opfer nach Arbeitsfähigen und zu ermordenden Menschen selektiert wurden.<sup>24</sup> Auf einer Sitzung am 25. Januar 1943 sprach Frank zu seinen Mitarbeitern (einschliesslich Bühler): «Wir wollen uns daran erinnern, dass wir alle miteinander, die wir hier versammelt sind, in der Kriegsverbrecherliste des Herrn Roosevelt figurieren. Ich habe die Ehre, Nummer 1 zu sein. Wir sind also sozusagen Komplizen im welthistorischen Sinne geworden.»<sup>25</sup>

Parallel zur sogenannten Polenstrafrechtsverordnung in den eingegliederten polnischen Gebieten, mit der die polnische und jüdische Bevölkerung praktisch vollständig entrechtet wurde,<sup>26</sup> wurde in einem von Frank gezeichneten Erlass «über die Ausübung des Gnadenrechts im Generalgouvernement» vom 20. Dezember 1941 den Distriktsgouverneuren das Gnadenrecht übertragen – in der Mehrzahl ging es um Fälle, in denen Juden unerlaubt das Ghetto verlassen hatten, was seit Oktober 1941 offiziell mit der Todesstrafe geahndet wurde. In einem ergänzenden Schreiben Bühlers vom 12.

Januar 1942 – eine Woche vor der Wannsee-Konferenz – informierte er darüber, dass der Erlass lediglich den Sinn habe, «die alsbaldige Vollstreckung der Urteile in den Fällen zu ermöglichen, die zur Gewährung eines Gnadenerweises keinen Anlass bieten. Das wird die grosse Mehrzahl der Fälle sein.»<sup>27</sup> Bühlers Rolle in der Gnadenkommission fasste der polnische Untersuchungsrichter 1948 wie folgt zusammen: «Aus den vorhandenen Akten ist ersichtlich, dass Frank von seinem Begnadigungsrecht öfters Gebrauch gemacht hat als Sie.»<sup>28</sup>

Seit November 1943 war nicht mehr Krüger, sondern Wilhelm Koppe der HSSPF Ost. Die persönlichen Beziehungen zwischen Bühler und Koppe waren ungleich besser als zuvor mit Krüger und sogar, so Bühler in Nürnberg, «in kameradschaftliche Form gekleidet». Überdies einigten sich Bühler und Koppe im Februar 1944 darauf, dass das «bewegliche jüdische Vermögen» nach der Ermordung der rechtmässigen Eigentümer von der SS der Regierung des Generalgouvernements zur Verfügung gestellt würde.<sup>29</sup>

### Bühler auf der Wannsee-Konferenz im Januar 1942

Im Laufe des Jahres 1941 häuften sich auf verschiedenen Ebenen Überlegungen, die jüdische Bevölkerung im deutschen Machtbereich zu ermorden, nachdem sich zuvor verschiedene Projekte der Aussiedlung und Deportation zerschlagen hatten oder an regionalen Widerständen gescheitert waren.<sup>30</sup> Nach dem Scheitern des Madagaskarplans hatte Hitler Generalgouverneur Frank zugesichert, dass die Juden «in absehbarer Zeit aus dem Generalgouvernement entfernt werden würden».<sup>31</sup> Im Sommer 1941 hatte das Ostministerium vor dem Hintergrund der Massaker der Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion allgemeine «Richtlinien für die Behandlung der Judenfrage» erarbeitet. Darin hiess es unzweideutig: «Alle Massnahmen zur Judenfrage in den besetzten Ostgebieten müssen unter dem Gesichtspunkt getroffen werden, dass die Judenfrage nach dem Kriege für ganz Europa generell gelöst werden wird. Sie sind daher als vorbereitende Teilmassnahmen anzulegen [...]. Andererseits können die bei der Behandlung der Judenfrage in den besetzten Ostgebieten gemachten Erfahrungen für die Lösung des Gesamt-Problems richtungweisend sein, da die Juden in diesen Gebieten zusammen mit den Juden des Generalgouvernements das stärkste Kontingent des europäischen Judentums bilden.»<sup>32</sup>

Zu diesem Zeitpunkt hatte Gauleiter Arthur Greiser im Reichsgau Wartheland bei Heydrich und Himmler bereits die Erlaubnis dazu eingeholt, 100'000 Juden im Warthegau zu ermorden. Im ersten stationären Vernichtungslager in Kulmhof am Ner (Chelmno nad Nerem) nordwestlich von Litzmannstadt (Łódź) begann am 8. Dezem-



ber 1941 der Massenmord mittels Motorenabgasen aus Lkws. Auch Frank im Generalgouvernement suchte nach einer Möglichkeit, die im Generalgouvernement lebenden Juden loszuwerden. Zunächst war von Heydrich offensichtlich gar nicht vorgesehen, einen oder mehrere Vertreter aus dem Generalgouvernement zu der ursprünglich für den 9. Dezember 1941 geplanten Besprechung am Wannsee einzuladen. Doch infolge eines Gesprächs von HSPPF Krüger bei Himmler Ende November 1941, bei dem Krüger die Vermutung äusserte, dass «der Generalgouverneur bestrebt sei, die Behandlung des Judenproblems völlig an sich zu ziehen», entschied Heydrich nach Rücksprache mit Eichmann Anfang Dezember 1941, «im Interesse einer Bereinigung und Klärung» des Konflikts zwischen Krüger und Frank sowohl Staatssekretär Bühler als auch HSSPF Krüger einzuladen.<sup>33</sup>

Heydrichs Einladung kam für Generalgouverneur Frank wie gerufen. So äusserte er sich in einer Regierungssitzung am 16. Dezember 1941 gegenüber den Anwesenden unmissverständlich über seine Absichten:

«Ich werde daher den Juden gegenüber grundsätzlich nur von der Erwartung ausgehen, dass sie verschwinden. Sie müssen weg. Ich habe Verhandlungen zu dem Zweck angeknüpft, sie nach dem Osten abzuschieben. Im Januar findet über diese Frage eine grosse Besprechung in Berlin statt, zu der ich Herrn Staatssekretär Dr. Bühler entsenden werde. Diese Besprechung soll im Reichssicherheitshauptamt bei SS-Obergruppenführer Heydrich gehalten werden. Jedenfalls wird eine grosse jüdische Wanderung einsetzen. [...] Aber was soll mit den Juden geschehen? Glauben Sie, man wird sie im Ostland in Siedlungsdörfern unterbringen? Man hat uns in Berlin gesagt: weshalb macht man diese Scherereien; wir können im Ostland oder im Reichskommissariat auch nichts mit ihnen anfangen, liquidiert sie selber.<sup>34</sup> Meine Herren, ich muss Sie bitten, sich gegen alle Mitleidserwägungen zu wappnen. Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist. [...] Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschiessen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen, und zwar im Zusammenhang mit den vom Reich her zu besprechenden grossen Massnahmen. Das Generalgouvernement muss genauso judenfrei werden, wie es das Reich ist.»<sup>35</sup>

Das Protokoll der Wannsee-Konferenz enthält über Bühlers Teilnahme eine sehr aufschlussreiche Passage:

«Staatssekretär Dr. Bühler stellte fest, dass das Generalgouvernement es begrüßen würde, wenn mit der Endlösung dieser Frage im Generalgouvernement begonnen würde, weil einmal hier das Transportproblem keine übergeordnete Rolle spielt und arbeitseinsatzmässige Gründe den Lauf dieser Aktion nicht behindern würden. Juden müssten so schnell wie möglich aus dem Gebiet des Generalgouvernements entfernt werden, weil gerade hier der Jude als Seuchenträger eine eminente Gefahr bedeutet und er zum anderen durch fortgesetzten Schleichhandel die wirtschaftliche Struktur des Landes dauernd in Unordnung bringt. Von den in Frage kommenden zweieinhalb Millionen Juden sei überdies die Mehrzahl der Fälle arbeitsunfähig. Staatssekretär Dr. Bühler stellt weiterhin fest, dass die Lösung der Judenfrage im Generalgouvernement federführend beim Chef der Sicherheitspolizei und des SD liegt und seine Arbeiten durch die Behörden des Generalgouvernements unterstützt würden. Er hätte nur eine Bitte, die Judenfrage in diesem Gebiet so schnell wie möglich zu lösen.

Abschliessend wurden die verschiedenen Arten der Lösungsmöglichkeiten besprochen, wobei sowohl seitens des Gauleiters Dr. **Meyer** als auch seitens des Staatssekretärs Dr. Bühler der Standpunkt vertreten wurde, gewisse vorbereitende Arbeiten im Zuge der Endlösung gleich in den betreffenden Gebieten selbst durchzuführen, wobei jedoch eine Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden müsse.»<sup>36</sup>

Was Bühler hier als «gewisse vorbereitende Arbeiten» bezeichnet, meinte nichts anderes als einen regional geplanten und durchgeführten Massenmord. Ähnlich eindeutig war der im Protokoll ebenfalls Bühler zugeschriebene Hinweis, dass von den im Generalgouvernement betroffenen Juden «die Mehrzahl der Fälle arbeitsunfähig» sei und das Transportproblem keine Rolle spiele – eben aus dem Grund, dass Transporte weiter «in den Osten» gar nicht geplant und der Bau der Vernichtungslager der «Aktion Reinhard» längst im Gange (Betzec) bzw. geplant war (Sobibor) oder kurze Zeit später begonnen wurde (Treblinka, April 1942).

Als Eichmann 1960 in israelischer Haft von Avner Less gefragt wurde, was mit der Formulierung gemeint sei, von den 2,5 Millionen Juden im Generalgouvernement «sei überdies die Mehrzahl der Fälle arbeitsunfähig», antwortete er, Bühler habe andeuten wollen, dass «sie getötet werden sollen».<sup>37</sup> Bühler sei, so Eichmann, neben Stuckart die «grösste Überraschung» gewesen. Angeblich hatte Heydrich von ihm keine «freudige Zustimmung», zumindest keine uneingeschränkte Anerkennung der zentralen Zuständigkeit der SS erwartet.<sup>38</sup> Im Gegensatz dazu spricht jedoch vieles dafür, dass etwaige

Zuständigkeitsfragen in einem Gespräch zwischen Himmler und Bühler geklärt wurden, das nachweislich eine Woche vor der Konferenz in Berlin stattfand. Bühler zumindest soll von dem Zusammentreffen am 13. Januar 1942, das er selbst angeregt hatte, «begeistert» gewesen sein, und so bot seine Stellungnahme am Grossen Wannsee durchaus keine Überraschung.<sup>39</sup> Da das Generalgouvernement in der ursprünglichen Konzeption als Abschubgebiet hatte fungieren sollen, lässt sich vermuten, dass mit Bühler vorab geklärt wurde, die Juden im Generalgouvernement vorrangig zu ermorden, um anschliessend dann vermehrt Juden aus dem Reich dorthin abschieben zu können. Als Himmler Mitte März 1942 das Generalgouvernement besuchte und mit Frank, Krüger und Bühler zusammentraf, unterstrich er, er sei sich «der Bedeutung dieses Landes für die gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben des Reiches im Osten» bewusst, Frank bedankte sich im Gegenzug für «die hervorragenden Leistungen» der «Männer aus SS und Polizei» im Generalgouvernement.<sup>40</sup>

Es war Bühler, der kurz zuvor, Anfang März 1942, geäussert hatte, er habe «sein Einverständnis erklärt, dass im Lauf des nächsten Monats insgesamt 14'000 Juden vorübergehend im Distrikt Lublin Aufenthalt nehmen».<sup>41</sup> Und auch in den kommenden Monaten, als die Massenmorde in den Vernichtungslagern der «Aktion Reinhard» auf Hochtouren liefen, blieb Bühler über den Verlauf der Morde informiert. «Hier haben wir», so Frank Anfang August 1943, «mit dreieinhalb Millionen Juden begonnen, von ihnen sind nur noch wenige Arbeitskompanien vorhanden, alles andere ist – sagen wir einmal – ausgewandert».<sup>42</sup>

## Vor Gericht

Bühler wurde am 30. Mai 1945 im bayerischen Schrobenhausen nördlich von München verhaftet und dann als ein Zeuge im Zusammenhang mit der Anklage gegen den schon Anfang Mai festgesetzten ehemaligen Generalgouverneur Frank nach Nürnberg gebracht. Bühler war Kronzeuge der Verteidigung, und seine durchweg apologetische Aussage war demnach wenig überraschend, auch wenn sie Frank stärker be- als entlastete.<sup>43</sup> Franks und auch Bühlers Verteidigungsstrategie war einfach: Beide versuchten systematisch, die Verbrechen, wie sie im Generalgouvernement «gegen die Menschlichkeit» begangen worden waren, auf den HSSPF Ost Krüger und seine Vorgesetzten Heydrich und Himmler abzuschieben. Dem widersprachen jedoch zahlreiche äusserst brutale Äusserungen, die überliefert waren. Allerdings vergab das Gericht die Chance, Bühler konkreter zu seinem Beitrag insbesondere zur «Judenpolitik» im Generalgou-

vernement zu befragen, auch wenn Oberjustizrat Lev N. Smirnov Bühler und Frank in einer Reihe von Aspekten eine direkte Beteiligung an Verbrechen nachwies.

Zum Aufstand im Warschauer Ghetto im April 1943 folgte Bühlers Aussage in Nürnberg noch immer der zynischen Lesart der deutschen Täter: «Ich habe erfahren, was so ziemlich jeder erfahren hat, dass ein Aufstand im Ghetto ausgebrochen sei, der von langer Hand vorbereitet war; dass die Juden das Baumaterial, das ihnen für Luftschutzzwecke in das Ghetto geliefert wurden, zur Einrichtung von Befestigungsanlagen benutzt hätten, und dass während des Aufstandes den deutschen Kräften heftiger Widerstand geleistet wurde»<sup>44</sup>

Faktisch war Bühler der erste der Teilnehmer, der die Wannsee-Konferenz nach 1945 erwähnte. Nachdem er sie zuvor vor US-Verhöroffizieren zunächst verschwiegen hatte,<sup>45</sup> gab er seine Teilnahme im Februar 1946 erstmals zu, als er durch die polnischen Staatsanwälte Jerzy Sawicki und Stefan Kurowski ausgiebig verhört wurde.<sup>46</sup> Er habe am 13. Januar 1942 Heydrich um eine Einzelbesprechung gebeten, in der es vor allem darum gegangen sei, dass sich «infolge des eigenmächtigen Hereinführens jüdischer Bevölkerung in das Generalgouvernement» katastrophale Verhältnisse eingestellt hätten. Heydrich habe ihm daraufhin mitgeteilt, dass eben dies der Grund für die Einladung an Frank bzw. ihn, Bühler, gewesen sei. Weiter behauptete Bühler, Heydrich habe ihm mitgeteilt, dass die Juden «im Nordosten Europas, in Russland» angesiedelt würden, woraus er die «bestimmte Überzeugung mitgenommen» habe, «dass die Umsiedlung der Juden, wenn auch nicht den Juden zuliebe, so um des Rufes und des Ansehens des deutschen Volkes willen, in humaner Weise vor sich gehen würde».<sup>47</sup> Einige Tage später gab Bühler mit Bezug auf die Konferenz sogar zu, dass dort der «Plan der Judenvernichtung diskutiert» worden sei.<sup>48</sup> Demgegenüber gab er vor dem Militärtribunal lediglich zu, auf der Sitzung sei es um «Judenfragen» gegangen. «Als die jüdischen Ghettos geleert wurden», habe er, Bühler, angenommen, «dass sie nach dem Nordosten Europas ausgesiedelt wurden, wie mir diese Absicht der Chef des Reichssicherheitshauptamts bei der damaligen Besprechung im Februar [recte: Januar] 1942 ausdrücklich erklärt hat».<sup>49</sup> Seinen für die Interpretation des Protokolls entscheidenden Wortbeitrag erwähnte Bühler wohlweislich nicht – weder vor dem Militärtribunal noch vor den polnischen Ermittlern –, und das Protokoll war in den Unterlagen des Auswärtigen Amtes noch nicht gefunden worden.

Der vollkommen zerstörte polnische Staat, der mehrere Millionen Opfer, ein Fünftel seiner Bevölkerung sowie immense materielle und immaterielle Verluste zu beklagen hatte, sah sich am Kriegsende vor die schwierige Frage gestellt, wie mit den deutschen Kriegsverbrechern umgegangen werden sollte, derer Polen würde habhaft werden können. Die «Moskauer Erklärung» hatte bestimmt, dass deutsche Kriegsverbre-

cher an die jeweiligen Länder ausgeliefert würden. Aber sollte man Kriegsverbrecher überhaupt vor Gericht stellen oder standrechtlich behandeln, sollte man in einem Gerichtsverfahren womöglich nur eine Strafbeimessung vornehmen oder doch die Unschuldsumutung gelten lassen?<sup>50</sup>

Kurz darauf kam es zur Einrichtung erster Sonderstrafgerichte sowie zur Gründung einer Polnischen Militärmission zur Untersuchung deutscher Kriegsverbrechen, die bei den Alliierten die Auslieferung deutscher Kriegsverbrecher zur Aburteilung in Polen vorantreiben sollte. Auch wenn es vor dem Urteil des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg 1946 bereits einzelne Verurteilungen gegen deutsche Kriegsverbrecher in Polen gegeben hatte, wirkten sich die Prozessordnung, die Anklagepunkte und die Urteilspraxis von Nürnberg unübersehbar auf die Aburteilung von Kriegsverbrechern in Polen aus.<sup>51</sup>

Am 21. Juni 1946 nahm das Oberste Volkstribunal (NTN) seine Arbeit auf.<sup>52</sup> Bis August 1948 – Bühler war der letzte Verurteilte des NTN – wurden 49 Personen verurteilt; 31 Mal wurde die Todesstrafe verhängt. Insgesamt lieferten die Alliierten über 1'800 Personen an Polen aus, überwiegend aus der amerikanischen Besatzungszone. Zu den wichtigsten Prozessen vor dem NTN gehörten die gegen Reichsstatthalter Arthur Greiser, gegen die Kommandanten der Konzentrationslager Auschwitz und Plaszów, Rudolf Höss und Amon Göth, gegen Angehörige des Lagerpersonals der Konzentrationslager Majdanek und Auschwitz sowie gegen Bühler.

Am 25. Mai 1946 wurde der Zweiundvierzigjährige von den amerikanischen Streitkräften nach Polen überstellt. Bis sein eigener Prozess eröffnet wurde, sollten jedoch noch zwei Jahre vergehen. In den Verhören vor Prozessbeginn blieb Bühler seiner Verteidigungsstrategie treu. Er habe seine Aufgabe im Generalgouvernement als rein fachlich, nicht politisch angesehen. Den umfangreichen Zwangsarbeitereinsatz von Polen habe er für einen freiwilligen Einsatz gehalten, auch wenn er zugeben musste, die Verordnung zur Arbeitspflicht gekannt und eigenhändig einzelnen Gemeinden Kontingente zur Arbeitergestellung auferlegt zu haben. «Dabei habe ich als Deutscher», so Bühler, «selbstverständlich berechnete Interessen meines Volkes zu erfüllen gesucht, stets aber danach getrachtet, gegenüber dem fremden Volkstum, gegen das ich innerlich niemals einen Hass in mir getragen habe, im Rahmen des Gerechten und im Rahmen des Menschlichen zu bleiben».<sup>53</sup>

Ansonsten log Bühler wiederholt das Blaue vom Himmel herunter. Krüger hatte sich im Mai 1945 in amerikanischer Kriegsgefangenschaft das Leben genommen, Frank war 1946 hingerichtet worden, es lag also nahe zu versuchen, alle belastenden Anklagepunkte so weit wie möglich auf diese beiden abzuschieben. Wenn Bühler diskriminierende Massnahmen gegen Polen und Juden durch die ihm unterstehende deut-

sche Verwaltung vorgehalten wurden, konnte er sich entweder nicht erinnern, bestritt seine Zuständigkeit oder er betonte seinen Widerstand. «Bis jetzt haben Sie», wurde ihm von dem exzellent vorbereiteten Untersuchungsrichter Jan Sehn vorgehalten, «stets von ihren Protesten gegen Anwendung von Gewaltmassnahmen gesprochen. Ich vermisste diese Proteste in dem Beweismaterial.»<sup>54</sup>

Hinsichtlich der Wannsee-Konferenz hatte sich Bühler frühzeitig auf eine Argumentation festgelegt, am 20. Januar 1942 nämlich über den «Führerauftrag» informiert worden zu sein, «sämtliche europäische Juden zu sammeln und nach dem Nordosten Russlands umzusiedeln».<sup>55</sup> Offenbar war Bühler zu diesem Zeitpunkt noch immer der Auffassung, dass das Protokoll der Konferenz nicht bekannt sei; sein Redebeitrag wurde ihm erstmals vom Ermittlungsrichter aus dem Protokoll in Erinnerung gerufen.<sup>56</sup> «Mein Wunsch», so Bühler, «die Juden möchten so schnell wie möglich aus dem Generalgouvernement ausgesiedelt werden, war nicht zuletzt von der Erwägung diktiert, dass damit die Juden aus den traurigen Verhältnissen der Ghettos im Generalgouvernement und aus den Händen der Polizei befreit werden würden. – Untersuchungsrichter: Also diese Ihre Erklärung war [um] der Juden willen gemacht? – Beschuldigter: Ich sagte, in beiderseitigem Interesse.»<sup>57</sup>

Die Anklageschrift, die die Staatsanwälte im Mai 1948 vorlegten, umfasste 200 Seiten, die Beweismittel umfassten in 139 Ordnern über 33'000 Seiten – es dürfte dies mit insgesamt fast 300 Prozessakten die umfangreichste geschlossene Materialsammlung über die deutsche Besatzungsherrschaft im Generalgouvernement sein.<sup>58</sup> In enger und expliziter Anlehnung an die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse war Bühler angeklagt, sich Verbrechen gegen den Frieden, Kriegsverbrechen sowie Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht zu haben. Als Teil der Anklage, für die «Verfolgung und Vernichtung im Allgemeinen der polnischen Bürger jüdischer Volkszugehörigkeit oder jüdischer Abstammung» mitverantwortlich gewesen zu sein, nahm Bühlers Teilnahme an der Wannsee-Konferenz eine zentrale Rolle ein.<sup>59</sup> Vor allem Bühlers Hinweis, dass jede «Beunruhigung» bei der örtlichen Bevölkerung vermieden werden sollte, sah die Staatsanwaltschaft als Beleg dafür, dass es durchaus nicht um eine Umsiedlung, sondern um Massenmord gegangen sei. Durch seine Teilnahme an der Wannsee-Konferenz sei Bühler «für die Teilnahme an allen Verbrechen, die die deutschen Behörden im GG den Juden gegenüber begangen haben, verantwortlich».<sup>60</sup>

Bühlers Prozess dauerte vom 17. Juni bis 5. August 1948. Der erfahrende Richter Alfred Eimer, der bereits vor 1939 als Richter bzw. Staatsanwalt am Bezirksgericht in Poznan tätig gewesen war, hatte vor dem Prozess gegen Bühler bereits dem Verfahren



In der Hauptverhandlung bekannte sich Bühler nicht schuldig und beharrte darauf, auf der Wannsee-Konferenz sei lediglich von der Umsiedlung der Juden nach Nordrussland die Rede gewesen, obwohl nun auch Bühler wusste, dass das Protokoll im März 1947 aufgefunden worden war. Auf der Wannsee-Konferenz sei, so Bühler, nicht über Vergasungen oder Tötungsanstalten gesprochen worden, lediglich über die Umsiedlung der jüdischen Bevölkerung. Seitens der Staatsanwälte wurde Bühler jedoch Franks Rede vom 16. Dezember 1941 entgegengehalten, in der Frank ganz offen von der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung gesprochen hatte.<sup>62</sup> Zudem liess Nachman Blumenthal, Direktor der Hauptkommission für jüdische Geschichte in Polen, als Prozessgutachter keinen Zweifel daran, was die Begriffe Aussiedlung, Umsiedlung, Evakuierung und Auswanderung im Konferenzprotokoll tatsächlich bedeuteten.<sup>63</sup> Während seiner Haftzeit musste Bühler im Verfahren gegen Ludwig Fischer, den Gouverneur des Distrikts Warschau, aussagen. Dort erklärte Bühler, er sei im Januar 1942 nach Berlin gefahren, um die furchtbaren Lebensbedingungen der Juden im Generalgouvernement zu verbessern. Damit erntete er im Gerichtssaal verbitterte Heiterkeit.<sup>64</sup>

Im Urteil vom 10. Juli 1948 wurde Bühler schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt.<sup>65</sup> Bühler repräsentiere, so das Gericht in seiner Urteilsbegründung, «einen bestimmten Typ von Kriegsverbrecher, namentlich einen Schreibtischtäter [poln. «przestępca gabinetowy»], der zwar keine Verbrechen persönlich beging, aber unmittelbar Anteil an ihrer Ausführung hatte», vor allem mittels ihrer Legalisierung «im Rahmen nationalsozialistischen Rechts». Allerdings hielt das Gericht Bühler zugute, dass er in seinen öffentlichen Auftritten und seinen Kontakten mit der polnischen Bevölkerung nicht die Brutalität gezeigt hatte, die für Frank charakteristisch gewesen war, ferner, dass Bühler seit 1930 unter dem starken Einfluss Franks gestanden hatte. Allerdings habe sich dies nicht strafmindernd auswirken können, weil das Gericht der Überzeugung war, dass Bühler die Bedeutung der Wannsee-Konferenz nicht nur gekannt habe, sondern dort auch in die Details der Judenvernichtung im Generalgouvernement im Besonderen und in Europa im Allgemeinen eingeweiht wurde und ihre Durchführung im Rahmen seiner Arbeit und Zuständigkeiten fortan unterstützte.<sup>66</sup> Bühlers Teilnahme an der Wannsee-Konferenz hatte auf diese Weise einen wesentlichen Einfluss auf das Strafmass. Die Gnadengesuche von Bühlers Ehefrau sowie von Kardinal Michael von Faulhaber aus München, ferner von Bühlers Verteidigern und nicht zuletzt auch Bühlers eigene Bitte um Begnadigung wurden Anfang August 1948 von Staatspräsident Boleslaw Bierut abgelehnt.<sup>67</sup> Wie bei allen anderen Todesurteilen des Obersten Volkstribunals auch, wurde auch Bühlers Urteil durch Erhängen voll-



streckt – am 21. August 1948 um 18 Uhr im Krakauer Gefängnis Montelupich. Es scheint wie ein Zynismus der Geschichte: Der einzige Wertgegenstand, der sich zum Schluss in Bühlers persönlichem Besitz befand, war eine goldene Zahnkrone.<sup>68</sup>

Bühler hatte während seines gesamten beruflichen Lebens praktisch immer im Hintergrund gestanden, seine organisatorische Arbeit war für den weithin sichtbaren Exponenten des NS-Regimes im besetzten Polen, Hans Frank, jedoch unabdingbar gewesen, insofern scheint Bühler sehr gut in das verbreitete, wenn auch umstrittene Bild eines Schreibtischtäters hineinzupassen. Bühler versammelte im besetzten Polen viel Macht in seinen Händen und war als Franks Stellvertreter nicht nur ein sehr gut informierter Mitwisser der deutschen Verbrechen, sondern trug auch das Seine bei zur Planung und Durchführung der deutschen Besatzungspolitik und des Holocaust im Generalgouvernement.

*Ingo Loose*

- 1 Für zahlreiche Hinweise danke ich herzlich Dr. Joanna Lubecka, Krakow.
- 2 Verhörprotokoll vom 2.-5. Mai 1948, Archiwum Instytutu Pamięci Narodowej (IPN), GK 196/385, Bl. 40.
- 3 Verfahrensprotokoll vom 17. Juni 1948, IPN, GK 196/241, Bl. 52.
- 4 Verhörprotokoll vom 2.-5. Mai 1948, IPN, GK 196/385, Bl. 3; für das Folgende ebenda, Bl. 3 ff.
- 5 Verfahrensprotokoll vom 17. Juni 1948, IPN, GK 196/241, Bl. 62.
- 6 Personalakte Josef Bühler im RJM, BArch R 3001/53056, Bl. 32-38, hier Bl. 32.
- 7 Verhörprotokoll vom 2.-5. Mai 1948, IPN, GK 196/385, Bl. 16.
- 8 Kiessmann, Hans Frank, S. 41-51; Schenk, Hans Frank.
- 9 Zum Folgenden siehe Polish War Crimes Liaison Detachment an Military Governor, U.S. Zone, Germany, vom 23. April 1946, IPN, GK 196/386, Bl. 93 f.; Personalakte Josef Bühler im RJM, BArch R 3001/53056, hier Bl. 35 f.
- 10 Bis 1936 Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (BNSDJ).
- 11 Bühler, Das Reichsjustizkommissariat, S. 1581-1584; ders., Nationalsozialistische Strafrechtspolitik, S. 232 f.
- 12 Präg/Jacobmeyer (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs, S. 91.
- 13 Safrian, Eichmann und seine Gehilfen, S. 68-81.
- 14 Rechtsgestaltung deutscher Polenpolitik nach volkspolitischen Gesichtspunkten, IPN, GK 196/252, Bl. 1-40, hier Bl. 3.
- 15 In Berlin residierte darüber hinaus ein Bevollmächtigter des Generalgouverneurs in der Standartenstrasse 14 in Tiergarten (heute: Herbert-von-Karajan-Strasse).
- 16 Verhörprotokoll vom 2.-5. Mai 1948, IPN, GK 196/385, Bl. 37.
- 17 Vgl. Bühler, Deutsche Ordnung, S. 51-55.
- 18 Grundsätze für das Verhalten der Deutschen in Polen, gez. Bühler, vom 24.4.1940, IPN, GK 196/252, Bl. 121.
- 19 Regierung des Generalgouvernements, gez. Bühler, an die Herren Chefs der Distrikte in Krakau, Lublin, Radom, Warschau vom 25. Januar 1941, BArch R 52 11/252, Bl. 22. Vgl. auch Ronikier, Pamiętniki, S. 218.

- 20 Vgl. Anklageschrift vom 31. Mai 1948, IPN, GK 196/240, Bl. 25.
- 21 HSSPF Ost, gez. Krüger, an RFSS und Chef der Deutschen Polizei Himmler vom 3. Juni 1940, IPN, GK 196/254, Bl. 190-192; vgl. Roseman, Die Wannsee-Konferenz, S. 123.
- 22 Präg/Jacobmeyer (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs, S. 341.
- 23 Vgl. Loose, Zygmunt Klukowski und das Generalgouvernement 1939-1945.
- 24 Zit. nach: Kuwalek, Das Vernichtungslager Belzec, S. 130.
- 25 Präg/Jacobmeyer (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs, S. 612; IMT, Bd. 12, S. 103.
- 26 Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten vom 4. Dezember 1941, in: RGBl. 1,1941, S. 759-761.
- 27 Regierung des GG, gez. Bühler, an die Herren Gouverneure vom 12. Januar 1942 betr. Ausübung des Gnadenrechts (Abschrift), IPN, GK 196/312, Bl. 27 f., hier Bl. 27.
- 28 Verhörprotokoll vom 2.-5. Mai 1948, IPN, GK 196/385, Bl. 84-91, Zitat Bl. 91; vgl. Schenk, Hans Frank, S. 186 f.; Musial, Deutsche Zivilverwaltung, S. 338; Wrzyszczyk, Okupacyjne sdownictwo niemieckie, S. 212-216.
- 29 IMT, Bd. 12, S. 112, 115.
- 30 Brechtken, «Madagaskar für die Juden».
- 31 Zit. nach: VEJ, Bd. 3, S. 59; Präg/Jacobmeyer (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs, S. 337.
- 32 Richtlinien des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete für die Zivilverwaltung in den besetzten Ostgebieten (Braune Mappe), Teil II: Reichkommissariat Ukraine, GARF, 7021-148-183; abgedruckt bei: VEJ, Bd. 8, S. 87-89, hier S. 87.
- 33 Zit. nach: VEJ, Bd. 9, S. 144 f.
- 34 Mitte Oktober 1941 hatte Alfred Rosenberg, Minister für die besetzten Ostgebiete, Frank mitgeteilt, dass er keine Juden aus dem Generalgouvernement aufnehmen würde. Vgl. Hilberg, Vernichtung, S. 505.
- 35 Präg/Jacobmeyer (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs, S. 452-459, hier S. 457 f.; vgl. Hilberg, Vernichtung, S. 505-507.
- 36 Protokoll der Besprechung über die Endlösung der Judenfrage, 15 Seiten (Bl. 166-180), hier Bl. 179 f., <http://www.ghwk.de/ghwk/deut/protokoll.pdf> (28.11.2016).
- 37 Zit. nach: Kampe/Klein (Hrsg.), Die Wannsee-Konferenz, S. 86.
- 38 Ebenda, S. 96; vgl. Roseman, Die Wannsee-Konferenz, S. 141.
- 39 Der Dienstkalender Heinrich Himmlers, S. 316. Vgl. Hilberg, Vernichtung, S. 421-425.
- 40 Reichsführer SS Himmler bei Dr. Frank, in: Krakauer Zeitung Nr. 63 vom 15. März 1942, S. 1; zu Himmlers Krakau-Besuch am 13./14. März 1942 vgl. Schenk, Hans Frank, S. 267.
- 41 Zit. nach: Pohl, Von der «Judenpolitik» zum Judenmord, S. 107.
- 42 Präg/Jacobmeyer (Hrsg.), Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs, S. 715.
- 43 Vgl. Schenk, Hans Frank, S. 393.
- 44 Ebenda, S. 86.
- 45 Sawicki, Przed polskim prokuratorem, S. 196-199.
- 46 Verhör mit Jerzy Sawicki in Nürnberg am 14. Februar 1946, IPN, GK 196/386, Bl. 186. Zwei Tage später versuchte Bühler recht unbeholfen (ebenda, Bl. 208), seine Teilnahme damit zu leugnen, dass die Konferenz gar nicht stattgefunden habe.
- 47 IMT, Bd. 12, S. 79.
- 48 Verhör mit Jerzy Sawicki in Nürnberg am 19. Februar 1946, IPN, GK 196/386, Bl. 224.
- 49 IMT, Bd. 12, S. 114.
- 50 Vgl. zum Folgenden Borodziej, «Hitleristische Verbrechen», S. 399-437; Musial, NS- Kriegsverbrecher, S. 25-56; Lubecka, Karanie niemieckich zbrodniarzy, S. 11-44.
- 51 Sawicki, Prawo norymberskie, S. 54-63; Kobierska-Motas, Ekstradycja przestępców, S. 5-27.

- 52 Prusin, Polands Nuremberg, S. 1-25.
- 53 Verhörprotokoll vom 2.-5. Mai 1948, IPN, GK 196/385, Bl. 21.
- 54 Ebenda, Bl. 65, 83.
- 55 Ebenda, Bl. 93-96.
- 56 Ebenda, Bl. 107 f., 124.
- 57 Ebenda, Bl. 110. Vgl. Angrick, Inszenierte Selbstermächtigung?, S. 242.
- 58 Anklageschrift gegen Josef Bühler und Begründung vom 31. Mai 1948, IPN, GK 196/240, Bl. 1-198.
- 59 Ebenda, Bl. 27.
- 60 Ebenda, Bl. 181 f., 189.
- 61 Verfahrensprotokoll vom 5. Juli 1948, IPN, GK 196/244, Bl. 116.
- 62 Verfahrensprotokoll vom 17. und 18. Juni 1948, IPN, GK 196/241, Bl. 87-89,95 f., 173-175.
- 63 Gutachten von Nachman Blumenthal vom 25. Juni 1948, IPN, GK 196/243, Bl. 40-86, bes. Bl. 81 f.
- 64 Verhörprotokoll Josef Bühler im Verfahren gegen Ludwig Fischer vom 10. Februar 1947, IPN, GK 162/348, Bl. 106, 131.
- 65 Urteil gegen Josef Bühler vom 10. Juli 1948, IPN, GK 196/245, Bl. 1-98 (Abschrift in: IPN, Kr 425/63, Bl. 23-122).
- 66 Ebenda, Bl. 33, 98, 52 f., 82-84.
- 67 Ebenda, Bl. 99 [Umschlag]/! ff.
- 68 Protokoll über die Vollstreckung des Todesurteils vom 21. August 1948, IPN, Kr 425/63, Bl. 7; Auflistung des persönlichen Nachlasses vom 25. Oktober 1948, ebenda, Bl. 197.

# Roland FREISLER

## Reichsjustizministerium

### Politischer Soldat Hitlers



Roland Freisler (1893 - 1945)

Nach der Ernennung zum preussischen Staatssekretär: posierend mit Parteiabzeichen und Zeitung.

Unbekannter Fotograf, o. D. [1933]  
SV-Bi Iderdienst, 00059078

«Bei den Begrüßungsworten Heydrichs musterte ich die übrigen Anwesenden eingehend. Freisler, der Justizminister [Staatssekretär im Reichsjustizministerium; d. Verf.], sass sehr aufrecht da, drückte seinen Hintern in den Sessel und drehte in seiner ausgestreckten Hand andauernd einen Bleistift. [...] Keine einzige Stimme des Widerspruchs wurde laut. Bei jeder Pause, die er [Heydrich] machte, nickten sie [die Teilnehmer] heftig mit dem Kopf, obwohl es ganz klar war, das[s] die Endlösung nichts anderes bedeutete als Vernichtung.»<sup>1</sup> Folgen wir Adolf Eichmann, so trat Roland Freisler während der Wannsee-Konferenz nur durch seine Beflissenheit hervor und blieb darüber hinaus völlig unauffällig.

Ein überraschender Eindruck, ruft doch gerade der Name Freisler ansonsten kaum Bilder von Unscheinbarkeit hervor. Als «Rasender Roland» – ein Spitzname, den sich Freisler scèon als junger Anwalt im Kassel der späteren 1920er- Jahre erwarb – oder als «Richter in roter Robe» ist er als der Mann im Gedächtnis, der erst in demütigendem Tonfall Angeklagte vor dem Volksgerichtshof beschimpfte, ihre zu erwartenden Todesurteile avisierte und diese dann schliesslich lautstark verkündete. Ein, wie er selbst am 15. Oktober 1942 anlässlich seiner Bestallung zum Präsidenten des Volksgerichtshofs an Adolf Hitler schrieb, «politischer Soldat», der bereit war «so zu urteilen, wie er glaubt, dass Sie, mein Führer, den Fall selbst beurteilen würden».<sup>2</sup> Geprägt wurde dieser

Eindruck von Radikalität und bedingungsloser Führertreue vor allem durch die Veröffentlichung der von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels 1944 in Auftrag gegebenen und dann als «geheime Reichssache» eingestuften Filmaufnahmen von Freislers drakonischer Prozessführung als Präsident des 1. Senats des Volksgerichtshofs während der Prozesse gegen die Verschwörer des 20. Juli 1944.<sup>3</sup>

Ein Übriges trugen schliesslich die kurz nach Kriegsende einsetzende und Jahrzehnte andauernde Diskussion um den verbrecherischen Charakter der NS-Justiz und die mangelnde juristische Auseinandersetzung vor allem mit den Richtern des Volksgerichtshofs sowie die Versorgung von Freislers Witwe bei. Freislers Rolle als Rechtsanwalt während der 1920er- und 1930er-Jahre, seine Aktivitäten als rhetorisch geschickter völkisch-nationalsozialistischer Politiker, seine Tätigkeit als Verfasser diverser juristischer Fachartikel und Bücher über Ehe-, Erb- und Strafrecht, als Herausgeber und Autor von juristischen Zeitschriften und Kommentaren, als Staatssekretär des Reichsjustizministeriums und eben auch als Teilnehmer der Wannsee-Konferenz spielen in der Wahrnehmung von Freisler eine eher untergeordnete Rolle. Wer also war dieser Mann, der am 3. Februar 1945 bei einem Bombenangriff der Amerikaner auf Berlin umkam und am 20. Januar 1942 vermeintlich so «still» an der Wannsee-Konferenz teilnahm?

### Der «Rasende Roland»

Freisler wurde am 30. Oktober 1893 in Celle als erster Sohn des Diplomingenieurs Julius Freisler aus Klantendorf/Mähren und dessen Ehefrau Charlotte Auguste Florentine, geb. Schwerdtfeger, aus Celle geboren. Die Karriereschritte des Vaters erforderten bis 1908 wiederholt Umzüge der evangelisch-reformierten, gläubigen Familie. Schliesslich kam Freisler nach den Zwischenstationen Hameln<sup>4</sup> und Aachen nach Kassel, wo er 1912 als Klassenbester am Wilhelmsgymnasium in Kassel-Wilhelmshöhe<sup>5</sup> sein Abitur machte. Kassel wurde von nun an zum Lebensmittelpunkt Freislers. Aus inhaltlichen Überlegungen entschied er sich, als die Wahl eines Studienorts anstand, dennoch für die juristische Fakultät der thüringischen Universität Jena, wo er – wie nach ihm Gerhard Klopfer und Rudolf Lange – ein Studium der Rechtswissenschaften aufnahm. Wie schon zu Schülerzeiten in Kassel engagierte sich Freisler an der Universität politisch und trat in die rechtsgerichtete Studentenverbindung SBV Alemannia Jena im Schwarzburgbund ein.<sup>6</sup>

Der Beginn des Ersten Weltkrieges änderte – wie für viele andere junge Männer dieser Generation – die Lebensplanung des angehenden Juristen. Am 4. August 1914

trat er als Fahnenjunker in das 167. Infanterieregiment ein. Ende 1914 in der – später auf deutscher Seite glorifizierten – Schlacht bei Langemarck (Flandern) verwundet, wurde Freisler nach einem Lazarettaufenthalt 1915 an die Ostfront versetzt, wo ihn am 18. Oktober 1915 russische Einheiten gefangen nahmen. Zu diesem Zeitpunkt war Freisler bereits ein nach einem Einsatz als Spähtruppführer mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnete Leutnant. Entsprechend wurde er von den russischen Truppen behandelt und nach der Oktoberrevolution 1918 als Kommissar für Lebensmittel in der Verwaltung eines Kriegsgefangenenlagers eingesetzt. Nach eigener Aussage war er für die Proviantversorgung zuständig und nicht mit politischen Aufgaben betraut.<sup>7</sup> Diese Tätigkeit als Kommissar in der Lagerverwaltung unter den Bolschewik! sorgte in den Folgejahren, vor allem aber nach 1933, für teils heftige Diskussionen. Hitler bezeichnete Freisler zeitweilig sogar als «Bolschewik». In seinem Lebenslauf vom 22. Januar 1921 berichtete Freisler hingegen eher unaufgeregt von seiner «Heimkehr» aus russischer Kriegsgefangenschaft und dem Erlernen der russischen Sprache in der lang andauernden Gefangenschaft.<sup>8</sup> Der «Völkische Beobachter» wiederum berichtete etwas ausschmückender in einem Artikel zum 40. Geburtstag Freislers vom 4. November 1933 von dessen Flucht aus der Haft und suggerierte, dieser sei erst spät Kommissar geworden und habe das Beste aus den Umständen gemacht:

«Er war dann bis 1920 in Russland, von wo aus ihm die Flucht nach Deutschland glückte, nachdem er kurz zuvor von den Bolschewiken zum Kommissar für Lebensmittel und Industrie gemacht worden war. In die Heimat zurückgekehrt, unterzog sich Dr. Roland Freisler am orientalischen Seminar der russischen Sprachprüfung, die er mit Gut bestand.»<sup>9</sup>

Freislers Kriegsgefangenschaft endete mit der Auflösung der Gefangenenlager im Juli 1920. Wenig später folgte die reguläre Entlassung Freislers aus dem alten Heer.<sup>10</sup> Nach diesen für Freisler einschneidenden und prägenden Jahren setzte er sein Studium der Rechtswissenschaften in Jena fort. Sein Ehrgeiz war ungebrochen. Bereits 1922 promovierte er bei Justus Wilhelm Hedemann (1878-1963)<sup>11</sup> und Otto Koellreutter (1883-1972)<sup>12</sup> zum Thema «Grundsätzliches über die Betriebsorganisation»<sup>13</sup> und wurde von den beiden später ebenfalls profiliert nationalsozialistisch aktiven Doktorvätern mit der seltenen Bestnote «summa cum laude» belohnt. Zweitgutachter Koellreutter sah Freislers Arbeit trotz der schliesslich vergebenen Spitzennote nicht unkritisch, blieb der Verteidigung fern und bemerkte «eine ausgesprochene dogmatische Begabung», einen unkritischen Umgang Freislers mit allem Neuen und eine Neigung, dem Zeitgeist zuzu-

jubeln – eine interessante Einschätzung, bedenkt man die spätere Entwicklung Freislers und Koellreutters eigene Karriere im Nationalsozialismus.<sup>14</sup>

Ein Jahr nach der Promotion wurde Freislers Dissertation in die «Schriften des Instituts für Wirtschaftsrecht» der Universität Jena aufgenommen und veröffentlicht.<sup>15</sup> Bereits in jungen Jahren wurde der spätere Teilnehmer der Wannsee-Konferenz als ernst zu nehmender Jurist innerhalb der Justizszene der Weimarer Republik beachtet. Am 2. Oktober 1923 legte Freisler schliesslich in Berlin sein grosses Staatsexamen ab und beschloss damit seine juristische Ausbildung. Zusammen mit seinem mittlerweile ebenfalls in Jura promovierten Bruder Oswald liess sich Freisler Anfang 1924 als Anwalt in Kassel nieder.<sup>16</sup> Die Brüder teilten sich die Rechtsgebiete nach Neigung auf. Während Oswald das Zivilrecht übernahm, war Roland als Strafrechtler und Verteidiger aktiv. Als solcher fiel Freisler früh dem Senat des Reichsgerichts in Leipzig, der für den Oberlandesgerichtsbezirk Kassel zuständig war, als kämpferischer und scharf formulierender Anwalt in politischen Verfahren auf.<sup>17</sup> Zum Markenzeichen seiner anwaltlichen Tätigkeit in Kassel gehörten die Strafverteidigung in politischen Verfahren gegen antisemitisch oder rechtsgerichtet eingestellte Angeklagte und ab 1925 vermehrt auch die Verteidigung von Mitgliedern der SA und NSDAP, deren Parteimitglied er selbst am 9. Juli des Jahres mit der niedrigen Mitglieds- Nr. 9679 wurde.

Das stark von ihren politischen Überzeugungen beeinflusste Verhalten beider Brüder trug ihnen immer wieder Verweise, Geldstrafen und ehrengerichtliche Verfahren ein. Wechselweise wurden ihnen anwaltliche Pflichtverletzung, Missachtung der Würde der Gerichte, Beleidigung und andere ähnlich gelagerte Fehlverhalten vorgeworfen.<sup>18</sup> Im Verfahren gegen den Nationalsozialisten Philipp Fischer wegen Beleidigung eines jüdischen Kaufmanns äusserte Freisler: «Wir Folgmannen Hitlers stehen auf dem Standpunkte, dass ein Jude überhaupt nicht Gegenstand einer Beleidigung sein kann.»<sup>19</sup> Das Ehrengericht attestierte ihm daraufhin: «Seine Ausführungen können also nicht den Zweck gehabt haben, die Rechte eines Auftraggebers wahrzunehmen, vielmehr hat er [Roland Freisler] die Gelegenheit benutzt, um seiner Verachtung der Juden öffentlich Ausdruck zu geben.»<sup>20</sup> Mit dieser öffentlich gemachten Einstellung zum Judentum war Freisler keiner der sogenannten Märzgefallenen, sondern – und darauf legte er ab 1933 offenbar durch das Tragen entsprechender Parteiabzeichen am Anzug Wert – ein alter Kämpfer, ein überzeugter Nationalist, der sein parteipolitisches Engagement auch nach machtpolitischen Entfaltungsmöglichkeiten entschied.

Mit dem rechtsgerichteten Völkisch-Sozialen Block, mit dem er schon seit 1923 sympathisierte, gelangte Freisler 1924 als Abgeordneter ins Stadtparlament von Kassel. Seinem Eintritt in die NSDAP kurz nach der frühzeitigen Entlassung Hitlers aus

der Landsberger Haft folgte eine steile parteipolitische Karriere des redegewandten, nun für die NSDAP im Stadtparlament von Kassel tätigen Juristen. Bald wurde er zum stellvertretenden Gauleiter von Hessen-Nassau-Nord und äusserte offen seine Ambitionen auf den Posten des amtierenden Gauleiters Dr. Walter Schultz. Dieser konnte Freislers Aufstieg 1928 nur durch seine engen Kontakte zu Rudolf Hess verhindern und charakterisierte Freisler als «launenhaft», «hektisch und lärmend».<sup>21</sup> Der so Zurückgesetzte blieb freilich fordernd und manipulativ. Zur Hochzeit mit der gerade 18-jährigen Marion Russegger am 23. März 1928 lud er viele NS-Grössen aus Hessen ein.<sup>22</sup> Da die Ehe der beiden lange kinderlos blieb – die beiden Söhne Harald und Roland kamen erst Ende der 1930er-Jahre zur Welt<sup>23</sup> – feilte Freisler weiter intensiv an seiner beruflichen und parteipolitischen Karriere.

Öffentlichkeitswirksam und parteipolitisch geschickt setzte sich Freisler 1930 durch einen Missbilligungsantrag gegen den Kasseler Polizeipräsidenten Dr. Adolf Hohenstein in Szene, der für die Durchsetzung des von der Preussischen Staatsregierung erlassenen Verbots des Uniformtragens in der Öffentlichkeit zuständig war. Die NSDAP Kassel unterlief dieses Verbot unter Führung Freislers bewusst und trat an verschiedenen Stellen der Stadt in Uniform auf. In der Folge ebenso ihre politischen Gegner. Als Konsequenz kam\* es zu Krawallen in der Kasseler Innenstadt. Freisler warf Hohenstein als verantwortlichem Polizeipräsidenten empört vor, nicht genügend gegen die Kommunisten unternommen zu haben. Als Jude sei er zudem, noch dazu sekundiert von einem sozialdemokratischen Kommandeur der Schutzpolizei, zu objektivem Handeln gegen Nationalsozialisten nicht fähig. Zu diesem Zeitpunkt war Freisler längst überregional als «Führer der Nationalsozialisten in Kassel» und «unbelehrbarer Judenfeind» bekannt.<sup>24</sup> Wegen übler Nachrede und Beleidigung zu einer Geldstrafe von 300 RM verurteilt, forcierte er weiter öffentlichkeitswirksame und sich für ihn als Anwalt auch finanziell lohnende Auseinandersetzungen mit dem politischen Feind.<sup>25</sup>

1931 verteidigte er zusammen mit Hans Frank, Hitlers Anwalt und seit 1930 Leiter der Rechtsabteilung der Reichsführung der NSDAP, den SA-Führer Wolf-Heinrich Graf von Helldorff – den späteren Polizeipräsidenten von Potsdam und Berlin – im Prozess wegen der antijüdischen «Kurfürstendammkrawalle» vom 12. September 1931 in der Reichshauptstadt und erreichte in zweiter Instanz ein mildes Urteil.<sup>26</sup> Ab 1932 war Freisler neben seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt und Stadtverordneter in Kassel (von 1924 bis 1933) auch Abgeordneter im Preussischen Landtag (1932 bis 1933), seit 1933 sass er für die NSDAP auch im Reichstag.



## Vom Staatssekretär zum Blutrichter

Anlässlich der Wahl Hitlers zum Reichskanzler organisierte Freisler im Januar 1933 die Besetzung des Rathauses von Kassel und sorgte für die Beflaggung des Kasseler Gerichtsgebäudes mit Hakenkreuzfahnen. Nachdem auch die überregionale Presse hierüber berichtet hatte, wurde Freisler zum Ministerialdirektor im Preussischen Justizministerium unter Dr. Hanns Kerrl ernannt und fungierte dort als Leiter der Personalabteilung. In dieser Funktion übte er Druck auf jüdische Mitarbeiter aus. Im Völkischen Beobachter vom 30. Oktober 1933 hiess es dazu rückblickend: «Er kam Ende März 1933 als Mitarbeiter des Preussischen Justizministers Hanns Kerrl zunächst als Ministerialdirektor ins Justizministerium und wurde dann Ende Mai zum Staatssekretär im Preussischen Justizministerium ernannt. In dieser Eigenschaft ist er an den Reformen der preussischen Justiz hervorragend beteiligt gewesen.»<sup>27</sup> Im Sommer 1933 wurde der frischgebackene preussische Staatssekretär von Hermann Göring zum Mitglied im Preussischen Staatsrat ernannt, ebenso wie die späteren Wannsee-Konferenzteilnehmer Wilhelm Stuckart und Erich Neumann.

Der Aufstieg in die preussische Ministerialverwaltung hatte aus Freislers Sicht aber auch Nachteile. Nur widerwillig beantragte Freisler am 19. Juni 1933 die Löschung aus dem Anwaltsregister beim Land- und Amtsgericht Kassel. Er bezog zu dieser Zeit ein Jahresgehalt von 24'000 RM, hielt es aber in Ermangelung zusätzlicher Anwaltseinkünfte für angebracht, für Juli 1933 um eine Haushaltsbeihilfe zu bitten, da seine Ehefrau Marion noch einen Monat den Haushalt in der Hinzpeter Strasse 8 in Kassel habe weiterführen müssen. Darüber hinaus liess sich Freisler häufig als Gutachter engagieren und kassierte hierfür Honorare.

Am 1. April 1934 wurde Freisler, der knapp zwei Monate zuvor das goldene Parteiabzeichen der NSDAP erhalten hatte, im Zuge der Zusammenlegung der preussischen Ministerien mit denen des Reiches Staatssekretär im Reichsjustizministerium unter Dr. Franz Gürtner.<sup>28</sup> Dienstsitz war die Wilhelmstrasse 65.<sup>29</sup> Das goldene Parteiabzeichen trug er fortan bei allen öffentlichen Auftritten. Privat quartierte sich der Neuberliner mit seiner Frau im vornehmen Zehlendorf in der Herderstrasse 9 ein.<sup>30</sup> Freisler profilierte sich unter Gürtner wie zuvor unter Kerrl als Experte für Straf-, Ehe- und Erbrecht. Gerade in Sachen Ehe- und Erbrecht war er damit sehr früh mit Fragen der sogenannten Mischlinge beschäftigt und setzte hier eigene rechtliche Vorstellungen wie zum Beispiel im Erbhofgesetz durch bzw. beeinflusste Gesetzesvorlagen entsprechend.<sup>31</sup> In der 1933 von Hans Frank in München gegründeten Akademie für Deutsches Recht fungierte Freisler als Vorsitzender des Strafrechtausschusses, Leiter der Abteilung wissenschaftliche Arbeiten und Schriftleiter der von der Akademie herausgebe-

nen Zeitschrift. 1934 erhielt die Akademie für Deutsches Recht den Status einer öffentlichen Körperschaft des Reichs, was wiederum den von ihr herausgegebenen Publikationen und damit Freislers Schriften das Signum offizieller Veröffentlichungen gab.

1935 lobte Frank Freisler als «Verteidiger des Nationalsozialismus auf dem Gebiet der Rechtserneuerung».<sup>32</sup> Dieses Lob schloss auch ein, dass Freisler 1934 die sogenannten Röhm-Putsch-Morde für richtig erklärt und damit eine radikale «vorbeugende» Strafrechtspraxis unterstützt hatte. Zu den Mitgliedern der Akademie zählten aus Freislers beruflichem und privatem Umfeld sein Doktorvater Justus Wilhelm Hedemann, der Zweitkorrektor Koellreutter, der Staatssekretär im Reichsjustizministerium und spätere Interimsjustizminister Dr. Franz Schlegelberger, der erste Präsident des Volksgerichtshofs und spätere Justizminister Otto Georg Thierack,<sup>33</sup> der Staatssekretär im Reichserziehungs- und später Innenministerium Stuckart und sogar der Nichtjurist Friedrich Minoux, in dessen ehemaliger, 1940 an die SS-Stiftung Nordhav verkaufter Villa unter Beteiligung der Akademiemitglieder Freisler und Stuckart auf der «Wannsee- Konferenz» über die sogenannte Endlösung beraten wurde.

Nachdem Freisler in einer Pressemitteilung des Reichsjustizministeriums anlässlich seines 43. Geburtstages im Oktober 1936 wiederum als «Vorkämpfer des NS Volksrechts» bezeichnet worden war,<sup>34</sup> geriet seine bis dahin so fulminant fortschreitende Karriere ein Jahr später überraschend ins Straucheln. Grund war Freislers inzwischen in Berlin als Rechtsanwalt und Notar tätiger Bruder Oswald. Im von Goebbels medienwirksam inszenierten Berliner Katholikenprozess vor dem Volksgerichtshof verteidigte Oswald Freisler im Frühjahr 1937 drei Mitbeschuldigte des Hauptangeklagten Dr. Joseph Rossaint und erreichte ihren Freispruch. Insbesondere das Auftreten Oswald Freislers vor Gericht – er erschien zunächst in Zivil und mit goldenem Parteiabzeichen am Revers seines Anzugs – provozierte heftige Reaktionen von Reichspropagandaminister Joseph Goebbels, der unter Verweis auf das Verwandtschaftsverhältnis an Reichsjustizminister Gürtner schrieb, «dass ein Parteigenosse, noch dazu ein Ehrenzeichenträger, keine Wahlverteidigung vor dem obersten Gericht in einem Hochverratsprozess zu führen hat».<sup>35</sup> Auch wenn Goebbels vermutlich zunächst irrtümlich angenommen hatte, Oswald Freisler habe den Hauptangeklagten Rossaint im Hochverratsverfahren wegen Bildung einer Einheitsfront zwischen Katholiken und Kommunisten verteidigt: Die Folge war eine Debatte über die Verteidigerrolle von Freisler bei einem von Goebbels inszenierten, hochpolitischen Prozess. Oswald Freisler wurde auf Wunsch Hitlers als Ergebnis der Interventionen von Goebbels durch Verfügung der Kanzlei des Führers aus der NSDAP ausgeschlossen<sup>36</sup> und beging vermutlich deshalb

am 4. März 1939 Selbstmord – in privater und beruflicher Hinsicht ein Einschnitt und Makel für den Staatssekretär Freisler.<sup>37</sup>

Ein Blick auf die Publikationslisten und seine intensivierete Vortrags- und Reisetätigkeit verdeutlicht, dass Roland Freisler insbesondere während und nach dieser Affäre 1938 und 1939 versuchte, sich als führender Jurist, aber auch als völkisch und antisemitisch denkender deutscher Politiker auf europäischer Ebene zu profilieren. Im April 1938 veröffentlichte er unter dem Titel «Grundsätzliches zur Strafverfahrenserneuerung. Die Zweckgebundenheit des Strafverfahrens und seine rechtliche Ordnung» einen wegweisenden Artikel, den er mit den Worten «Das deutsche Strafrecht soll der Erhaltung des deutschen Volkes und der Sicherung des nationalsozialistischen Staates dienen» einleitete, um sodann die Notwendigkeit einer Erneuerung des deutschen Strafrechts im Sinne eines «Volksrechts» zu betonen.<sup>38</sup> Im Herbst 1938 folgte eine für Freisler bemerkenswerte und im Nachgang viel beachtete Reise nach Rom zum gross angelegten ersten internationalen kriminalbiologischen Kongress. Vom 3. bis zum 8. Oktober 1938 führte Freisler auf Wunsch des italienischen Justizministeriums eine insgesamt 50-köpfige deutsche Delegation an, die neben Praktikern der Kriminalbiologie aus Mitgliedern der Reichsjustizverwaltung, des Reichsrechtsamts der NSDAP, der Akademie für Deutsches Recht, Wissenschaftlern, Vertretern des Reichsministeriums des Innern, des Auswärtigen Amtes sowie des OKW bestand. Freisler war freilich nicht nur Delegationsleiter, sondern am 7. Oktober 1938 auch Redner auf der mit 500 Delegierten aus 34 Ländern gut besuchten Veranstaltung. Zu Kriminalität, Verbrechensbekämpfung und Persönlichkeitsforschung äusserte er:

«Verbrechensvorbeugung im Allgemeinen! Das ist ein Bekenntnis! Und darin, dieses Bekenntnis auf dem ersten Kongress dieser Art herausgestellt zu haben, liegt ein hoher Verdienst. Hygiene ist noch wichtiger als Heilung; denn sie trocknet die Sümpfe aus, aus denen die Blasen der Einzel- und Masseninfektion aufsteigen können. Sie entzieht den erregenden Bakterien mit dem Brut- und Nährboden die Lebens- und damit die Wirkungsmöglichkeit. Wir Deutschen haben die Scheidung des Rechts von der Gesittung überwunden, wir bekennen uns dazu, dass die Gebote des Rechtes auf dem Boden der völkischen Gesittung wachsen.»<sup>39</sup>

In seinem Bericht über diese Reise an die Reichskanzlei beschrieb Freisler sichtlich stolz noch ein weiteres Ereignis: sein Treffen mit Benito Mussolini im Palazzo Venezia in Rom. Dabei betonte er, dass «der Duce sich mit mir u. a. über die am Tage vorher erlassenen Rassegesetze Italiens» unterhalten habe.<sup>40</sup> Bei dieser sehr besonderen und

seine Delegationsleitung noch einmal aufwertenden Ehrung Freislers in Rom blieb es nicht. Am 6. Januar 1939 konnte er in einem Schreiben an das Justizministerium mitteilen, den Orden «Cavaliere di Gran Croce dell'Ordine della Corona d'Italia» von König Viktor Emanuel III. anlässlich der Teilnahme am kriminalbiologischen Kongress in Rom erhalten zu haben.<sup>41</sup> Die Italienwoche zeigte also nicht nur Freislers hohe Anerkennung in Italien und seine inhaltlich hier sehr deutliche Stellungnahme zu rassistischen Themen, sondern stärkte auch seine Position gegenüber dem älteren, international überaus anerkannten, sich aber parteipolitisch erst spät engagierenden zweiten Staatssekretär im Reichsjustizministerium Schlegelberger.<sup>42</sup>

Einen Monat nach der Romreise und dem Gespräch mit Mussolini über die italienischen Rassegesetze nahm Freisler als Vertreter des Reichsjustizministeriums zusammen mit Stuckart, Neumann, Heydrich und Eichmann am 12. November 1938 an der sogenannten Göring-Konferenz zur Judenfrage im Reichsluftfahrtministerium teil, auf der unter anderem die Sühneleistung (Judenvermögensabgabe) für die Schäden der Pogromnacht vom 9. November von einer Milliarde Reichsmark für die deutschen Juden besprochen wurde.<sup>43</sup> Judenpolitik, die Förderung der deutschen Minderheiten im europäischen Ausland und die nationalsozialistische Rechtserneuerung blieben für Freisler wichtige Themen. Im Herbst 1940 folgte eine Reise nach Ungarn, auf der er über das «Rechtsdenken im neuen Europa» referierte, den ungarischen Justizminister traf und Vertretern der dortigen deutschen Volksgruppe versicherte, das Deutschtum habe auch in Ungarn «Heim und Hort» gefunden.<sup>44</sup>

Bei der Beschäftigung mit Rassefragen auf europäischer Ebene und der Fortentwicklung eines neuen nationalsozialistisch geprägten «Volksrechts» blieb es nicht. Am 8. Juli 1940 erreichte das Reichsministerium der Justiz ein Schreiben des Vormundschaftsrichters und Amtsgerichtsrats Dr. Lothar Kreyssig, der sich gegen die «Euthanasie»-Morde in Brandenburg wandte, denen auch seine Mündel zum Opfer fielen. Damit erhielt Freisler Einblick in die Tötung von sogenanntem lebensunwerten Leben.<sup>45</sup> Kreyssig hatte von ungewöhnlichen Todesfällen von Geisteskranken in Hartheim erfahren und sah es als seine richterliche Pflicht an, gegen diese aus seiner Sicht gesetzeslosen Tötungen vorzugehen: «Es ist mir kaum mehr zweifelhaft, dass die schubweise aus den Unterbringungsorten abtransportierten Kranken in der genannten Anstalt getötet worden sind.»<sup>46</sup> Er gehe davon aus, dass man «in Anstaltspflege befindliche Geisteskranke ohne Wissen der Angehörigen, der gesetzlichen Vertreter und der Vormundschaftsgerichte, ohne die Gewähr eines geordneten Rechtsganges und ohne gesetzliche Grundlage zu Tode bringt»,<sup>47</sup> und schloss: «Recht ist, was dem Volke nützt. Im Namen dieser furchtbaren, von allen Hütern des Rechts in Deutschland noch immer unwider-

sprochenen Lehre sind ganze Gebiete des Gemeinschaftslebens vom Rechte ausgenommen, vollkommen z. B. die Konzentrationslager, vollkommen nun auch die Heil- und Pflegeanstalten.»<sup>48</sup>

Dieser Bericht zog zwei Unterredungen im Reichsjustizministerium nach sich. In der ersten stimmte Freisler, der mit Kreyszig ein Vieraugengespräch führte, dem aufgewählten Vormundschaftsrichter in dessen formalrechtlicher Kritik zu. Er riet Kreyszig sogar überraschend zu einer Anzeige gegen den Chef der mit der «Euthanasie» beauftragten Kanzlei des Führers, Reichsleiter Philipp Bouhler, betonte aber letztlich, dass die nationalsozialistische Revolution ein neues Rechtsbewusstsein hervorgebracht habe. Im weiteren Gespräch verwies Freisler auf Planungen des Justizministeriums für ein «geregeltes» Verfahren der «Euthanasie» – er erwähnte Sachverständigenausschüsse und Spruchgremien –, stellte jedoch nicht die Tötungen an sich infrage.

Einige Monate später wurde der weiter widerständige Kreyszig – er zeigte tatsächlich Bouhler wegen Mordes an und verbot einigen Landesheilanstalten schriftlich, Personen, die unter richterlicher Vormundschaft des Amtsgerichts Brandenburg standen, ohne seine vorherige Zustimmung zu verlegen<sup>49</sup> – schliesslich zu Justizminister Gürtner vorgeladen. Gürtner betonte im Gespräch mit Kreyszig, dass er sich von der Legalität der Massnahmen überzeugt habe. Zur Legitimation verwies er schliesslich auf das Ermächtigungsschreiben Hitlers vom 1. September 1939. Mit diesem Dokument sei der Wille des Führers evident geworden, und das schaffe Recht: «Ja, wenn Sie den Willen des Führers als Rechtsquelle, als Rechtsgrundlage nicht anerkennen können, dann können Sie nicht Richter bleiben.»<sup>50</sup> Nach Paragraph 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums wurde Kreyszig, der Gürtners Aussage nur in dem Punkt zustimmte, dass er nicht mehr Richter sein könne, in den Ruhestand versetzt.<sup>51</sup>

Ende 1941 war Freisler mit antijüdischen Massnahmen beschäftigt. Am 31. Oktober 1941 ordnete er das Tragen des Davidsterns in Reichsjustizhaftanstalten an<sup>52</sup> und verfügte wenig später im Januar 1942, dass Juden und Polen in Justizstrafanstalten nicht mehr als «Herr» angesprochen werden sollten.<sup>53</sup> Mit dem Reichsstatthalter des Reichsgaus Wartheland, Arthur Greiser, arbeitete Freisler ab Sommer 1941 ausserdem intensiv an der Regelung der strafrechtlichen Behandlung von Juden und Polen in den eingegliederten Ostgebieten und hielt sich mit seiner Frau auch privat in der Umgebung von Posen auf. Mit Greiser war er sich einig, dass die Verhängung der Todesstrafe oder KZ-Haft durch eigens einzurichtende Standgerichte die einzig richtige Bestrafung auch für kleinere Delikte in Bezug auf Polen und Juden sei.

Im Zuge dieser Gespräche im Reichsgau Wartheland traf Freisler im Juni 1941 auch den späteren Teilnehmer der Wannsee-Konferenz Klopfer, der ihm zusicherte,

dem Chef der Parteikanzlei, Reichsleiter Martin Bormann, entsprechend vorzutragen, dass er der Einigung Freislers mit Greiser in Sachen Polen- und Judenstrafrechtsverordnung zustimme.<sup>54</sup> Vier Tage vor der Wannsee-Konferenz erläuterte Freisler die inzwischen begonnenen Deportationen aus dem Reich in die Ostgebiete im Rahmen der Frage des Geltungsbereichs der im Dezember 1941 in Kraft getretenen Polenstrafrechtsverordnung: Das neue Strafrecht gelte selbstverständlich auch für diejenigen Juden, «die etwa aus den übrigen Teilen des Reiches in die eingegliederten Ostgebiete kommen». Von den in Polen agierenden Richtern und Staatsanwälten erwarte er zum einen, dass diese sich «als Soldaten in der politischen Truppe des Deutschtums fühlen, der die Erfüllung der deutschen Aufgabe im eingegliederten Osten übertragen ist», und zudem als Juden diejenigen betrachteten, die nach den «allgemeinen reichsdeutschen Bestimmungen Juden seien».<sup>55</sup>

Am 20. Januar 1942 war Freisler einer von acht anwesenden Juristen bei der Wannsee-Konferenz. Freisler und Stuckart hatten als Juristen mit der Vorbereitung der schliesslich 1935 vom Innenministerium zusammen mit der Behörde des Stellvertreters des Führers federführend ausgearbeiteten Nürnberger Rassegesetze die gesetzlichen und verwaltungstechnischen Rahmenbedingungen für die Ausgrenzung und Deportation deutscher Juden und deren rassische Definition geschaffen. Mit Freisler war zudem ein Jurist im Reichsjustizministerium tätig und bei der Konferenz zugegen, der sich früh wie kaum ein anderer intensiv mit Fragen des Ehe- und Erbrechts und der Definition und Bedeutung der «Mischehe» sowie der Bedeutung des «artgleichen Blutes» und dessen Vererbung an die Folgegenerationen beschäftigt und diese Vorstellungen umgesetzt hatte. Bereits 1933 hatte er in der von Justizminister Kerrl herausgegebenen «Denkschrift zum nationalsozialistischen Strafrecht»<sup>56</sup> betont, den «Rasseverrat» als Straftatbestand ins angestrebte neue nationalsozialistische Strafrecht aufnehmen zu wollen. Im August 1937 formulierte Freisler in einem für die ergänzende Schriftenreihe «Beiträge zur Rechtserneuerung» der Zeitschrift «Deutsche Justiz» geschriebenen Artikel zum Begriff der rassischen Mischehe in Abgrenzung zur religiösen Mischehe: «Aber wir denken an die Artgleichheit des Blutes. [...] Der Nationalsozialismus hat das durch die Nürnberger Gesetze des Parteitages der Freiheit getan.» Nürnberg also zum grundsätzlichen Massstab bei der Einbeziehung der «Mischlinge» gemacht zu haben, dürfte Freisler zufrieden gestimmt haben. Dennoch wurde für Freisler diese Frage auf der Konferenz nicht abschliessend ausdiskutiert, denn seine Vorstellungen zu Rassermischung und Vererbung umfassten mehrere Generationen und er hatte somit weiterreichende Pläne, als das Protokoll festhielt. Auch die Nachfolgekonzferenzen zu diesem Thema im Frühjahr und Herbst 1942 dokumentieren den Diskussionsbedarf unter den



Nur wenige Tage nach der Wannsee-Konferenz hielt Freisler in Staatssekretärsuniform in Den Haag eine Rede zur «Rechtsauffassung des jungen Europa».  
Unbekannter Fotograf, 26. Januar 1942; NIOD, 27997

Teilnehmern. Im Nachgang der Konferenz äusserten einige von ihnen hierzu eigene Vorstellungen. In einem Geheimschreiben vom 16. März 1942 an alle Teilnehmer der Wannsee-Konferenz betreffend «Endlösung der Judenfrage» schrieb Stuckart: «Es besteht völlige Klarheit und Einmütigkeit darüber, dass jüdisches Blut, auch soweit dessen Träger Halbjuden sind, aus dem deutschen und darüber hinaus aus dem europäischen Blutstrom auszuscheiden, d.h. in erster Linie jede Blutmischung mit Deutschen oder Artverwandten zu verhindern» sei.<sup>57</sup>

Am 5. April 1942 erläuterte Schlegelberger – Interimsjustizminister nach dem Tod des langjährigen Reichsjustizministers Gürtner im Januar 1941 –, dass bei der «Endlösung der Judenfrage» vor allem eine klare Abgrenzung des Personenkreises notwendig sei. Dies bedeute, Massnahmen der «Endlösung» sollten «Volljuden» und «Mischlinge ersten Grades» betreffen, «Mischlingen zweiten Grades» hingegen solle die Wahl gelassen werden, sich unfruchtbar machen oder sich deportieren zu lassen.<sup>58</sup> Die von Stuckart geforderten Zwangsscheidungen kämen nicht infrage, wohl aber eine deutliche Erleichterung der Scheidungsverfahren. 1942 trafen Freisler und Stuckart

offenbar auch noch zur Besprechung anderer brisanter politischer Themen zusammen. Am 6. August 1942 schrieb Freisler im Zusammenhang mit der Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen kriegswirtschaftliche Vorschriften an den Reichsminister des Innern: «Ich muss davor warnen, an die Stelle der Strafjustiz eine andere, etwa die Verwaltungsgerichtsbarkeit, zu setzen. Unter Bezugnahme auf die Besprechung mit Herrn Staatssekretär Dr. Stuckart bitte ich, falls gegen meine Vorschläge Bedenken bestehen, diese zum Gegenstand der Besprechung der Staatssekretäre zu machen.»<sup>59</sup>

Das Jahr 1942 brachte Freisler darüber hinaus weitere Karriereschritte und persönliche Veränderungen. Sechs Tage nach der Wannsee-Konferenz reiste er ins niederländische Den Haag, um vor einem grösseren Publikum und in Anwesenheit von Reichskommissar Dr. Seyss-Inquart einen Vortrag zum Thema «Das Rechtsdenken des jungen Europa»<sup>60</sup> zu halten. Im Spätsommer 1942 wurde Freisler im Ergebnis einer Personalrochade<sup>61</sup> im Justizwesen – nicht ganz freiwillig – Präsident des seit 1934 bestehenden höchsten politischen Gerichts: des Volksgerichtshofes. Eigentlich den Posten des Reichsjustizministers anstrebbend, füllte Freisler das ihm von Hitler am 20. August zugeordnete höchste Richteramt dennoch seiner juristischen Denkweise entsprechend aus, versäumte es aber nicht, noch wegweisende juristische Veröffentlichungen abzuschliessen, etwa seinen Kommentar zum «Deutschen Recht».

Unter seiner Ägide als Präsident des Volksgerichtshofs und Vorsitzender Richter des 1. Senats kam es zur höchsten Zahl an Todesurteilen des Volksgerichtshofs überhaupt und auf seine Initiative hin zu deutlich weniger «unverständlich milden Urteilen».<sup>62</sup> Freisler erwarb sich den Ruf eines «Blutrichters» und wurde folgerichtig – auch weil er sich die Verfahren selbst zuordnen konnte – Richter in den politisch besonders wichtigen Verfahren. 1943 verurteilte er in München die meisten Mitglieder der «Weissen Rose» ebenso wie 1944 und 1945 in den Verfahren gegen die am Hitlerattentat vom 20. Juli 1944 Beteiligten die Mehrheit der Angeklagten zum Tode. Dennoch schlug Freisler ein gewisses Misstrauen der NS-Führung entgegen.<sup>63</sup> Goebbels sah nach Gesprächen mit Hitler Anlass, Freisler vorab persönlich zu empfangen, um ihn zu «bestandpunkten, wie der Prozess vor sich zu gehen habe», ein Verhalten, das dem Thieracks 1942 ähnelte, der seinem Nachfolger im Amt als Präsident des Volksgerichtshofs darauf hinwies, dass dieser noch keine Erfahrungen als Richter habe. Freisler jedenfalls verhielt sich gerade bei den Verfahren gegenüber den Beteiligten am Hitler-Attentat als «politischer Soldat», der so urteilte, wie es der Führer erwartete: ohne Ansehen der Person und ohne Gnade. Unter den am 15. August 1944 Angeklagten befand sich Wolf-Heinrich Graf von Helldorff, den Freisler nach den Kudammkrawal-



len noch erfolgreich verteidigt hatte. Auch ihn demütigte Freisler vor Gericht und verurteilte ihn schliesslich zum Tode.<sup>64</sup>

Am 3. Februar, einem Prozesstag gegen die Verschwörer des 20. Juli, kam Freisler bei einem Bombenangriff ums Leben. In der am 16. Februar 1945 veröffentlichten Todesanzeige rühmte Justizminister Thierack den Verstorbenen: «Von 1933 an in der Justizverwaltung an verantwortlicher Stelle stehend, hatte Dr. Freisler rechtsschöpferisch und rechtsgestaltend einen erheblichen Anteil daran, dass sich die nationalsozialistische Rechtsauffassung im deutschen Rechtsleben durchsetzen konnte.» Freisler habe mit «fanatischer Entschlossenheit» als Nationalsozialist «das Wohl der Gesamtheit über alles stellend» zeitlebens gehandelt.<sup>65</sup> Zur Beerdigung erschien Thierack dennoch nicht.

Nach Kriegsende nahm Marion Freisler ihren Mädchennamen an und zog nach München. Ihre Versorgungsbezüge riefen nun teils heftige Diskussionen in der Öffentlichkeit hervor, was auch daran lag, dass Marion Russegger 1953 als «unbelastet» aus dem Entnazifizierungsverfahren hervorgegangen war und damit in vollem Umfang als «Universalerbin» ihres im Amt verstorbenen Mannes galt. Roland Freisler wiederum hatte seiner Frau bereits 1944 seine Hinterlassenschaft mit den Worten «Sie soll eben alles erben» vermacht. 1955 bezeichnete der «Spiegel» Freisler als «klüger als fast alle seine Spiessgesellen». <sup>66</sup> Ab 1974 erhielt die Witwe eine Schadensausgleichsrente vom zuständigen Versorgungsamt, da man dort annahm, ihr Mann hätte im Falle des Überlebens seine Karriere fortsetzen können. Erst nach dem Tod Marion Russeggers im Jahr 1997 wurde das entsprechende Versorgungsgesetz geändert.

## Resümee

Freisler war ein ehrgeiziger Jurist, überzeugter Nationalsozialist, Antisemit und radikal urteilender Richter. Er wusste lange vor der Wannsee-Konferenz von Morden als Mittel der nationalsozialistischen Politik und hiess diese gut. Der «Rasende Roland» war europaweit als Politiker und Jurist gut vernetzt, im Ausland gelegentlich sogar angesehener als im eigenen Land, und daher kannte er zumindest einige Positionen anderer Länder zur Juden- und Rassefrage gut. Für den Vertreter des Justizministeriums bestand kein Zweifel daran, dass es auf der hochrangig besetzten Wannsee-Konferenz um die Vernichtung der jüdischen Bevölkerung in Europa ging. Sein Beitrag an diesem 20. Januar 1942 war die Forcierung einer von ihm schon früh geforderten, möglichst radikalen «Mischlingspolitik». Damit war er mitverantwortlich für die weitgefaste Definition der künftigen Opfer. Zwar begann kurz nach den enttäuschend ver-

laufenen Nürnberger Juristenprozessen und der frühzeitigen Entlassung vieler Verurteilter Anfang der 1950er-Jahre eine intensive kritische Auseinandersetzung mit der Person Freisler. Doch wurde er als «Anwalt des Teufels» zum Symbol für alle Blutrichter, in dessen Schatten die anderen nationalsozialistischen Juristen ihre Karrieren weitgehend ungestört fortsetzen konnten.<sup>67</sup>

*Silke Struck*

- 1 Adolf Eichmann, *Meine Flucht. Bericht aus der Zelle in Jerusalem*, 39 Seiten [März 1960], Manuskript, National Archive Washington, RG 263 CIA Name File Adolf Eichmann, o. Pag. [Bl. 37 f.] [http://nsarchive.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB150/box14\\_do\\_file\\_voll/doc72.pdf](http://nsarchive.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB150/box14_do_file_voll/doc72.pdf) (19.10.2016).
- 2 Zit. nach: Ortner, Hinrichter, S. 148.
- 3 Film «Verräter vor dem Volksgerichtshof», BArch 3179.
- 4 Dort wurde am 29. Dezember 1895 Roland Freislers Bruder Oswald geboren.
- 5 Das Willhelmsgymnasium in Kassel existiert noch heute und verweist auf Roland Freisler als seinen Schüler. Weiteres zu den frühen Jahren Freislers bei: Ortner, Hinrichter, S. 50 f.
- 6 Siehe auch <http://schwarzburgbund.de>. Freisler wurde aus der Verbindung ausgeschlossen, als er die Studentenbewegung umzuwandeln versuchte.
- 7 Vgl. Ortner, Hinrichter, S. 51.
- 8 Universitätsarchiv Jena, Bestand K, Nr. 308. Der Historiker Manfred Overesch urteilt in seiner Analyse des Lebenslaufs, Freisler habe darin «auffällig» betont, «unverschuldet» in Kriegsgefangenschaft gekommen zu sein, weshalb er nach dem Frieden von Brest-Litowsk in die Heimat hätte entlassen werden können. Vgl. Overesch, Gott, S. 74 f.
- 9 Staatssekretär Freisler 40 Jahre, in: *Völkischer Beobachter*, 4. November 1933.
- 10 Personalbogen, o. D., BArch R 3001/56247.
- 11 Er war seit 1933 Mitglied in der von Hans Frank gegründeten Akademie für Deutsches Recht.
- 12 NSDAP-Politiker und Rechtswissenschaftler, nach 1945 Engagement gegen die Entnazifizierung.
- 13 Ursprünglich lautete das Thema der Dissertation «Die zivilrechtliche Stellung der Betriebsvertretung». Um aktuelle Gesetzesänderungen einzubeziehen, änderte Freisler in Abstimmung mit seinem Doktorvater Hedemann das Thema. Siehe dazu Overesch, Gott, S. 78.
- 14 Overesch, Gott, S. 83.
- 15 1923 erschien die Studie Freislers bereits in zweiter Auflage in den Schriften des Instituts für Wirtschaftsrecht der Universität Jena.
- 16 Oswald Freisler promovierte 1923 mit der Note «ausreichend». Sein Karriereweg war wesentlich an den Bruder und dessen parteipolitisches Engagement gebunden. 1927 trat auch er in die NSDAP ein und war 1929 Gründungsmitglied des Bundes nationalsozialistischer deutscher Juristen (BNSDJ, später NSRB). Er wurde 1933 Mitglied der Akademie für Deutsches Recht. 1937 erlebte er dann jedoch nach der erfolgreichen Verteidigung von katholischen Widerstandsangehörigen den Ausschluss aus der NSDAP. 1939 beging Oswald Freisler unter nicht geklärten Umständen Selbstmord; BArch R 3001/56246 (Personalakte Reichsjustizministerium).
- 17 Vgl. Ortner, Hinrichter, S. 50 f.

- 18 «Zusammenstellung der ehrengerichtlichen und strafgerichtlichen Verfahren, der Aufsichtsmaßnahmen gegen Rechtsanwalt Oswald Freisler und der Äusserungen über seine Persönlichkeit», BArch R 3001/56246, Bl. 355-357.
- 19 Anklageschrift des Generalstaatsanwalts Cassel vom 15. Juni 1924 gegen die Rechtsanwälte Dr. Roland und Dr. Oswald Freisler wegen Pflichtverletzung, BArch R 3001/56246, Bl. 172 f.
- 20 Anklageschrift vom 15. Juni 1924, BArch R 3001/56246, Bl. 172 f.
- 21 Zit. nach: Ortner, Hinrichter, S. 55.
- 22 Ortner, Hinrichter, S. 53
- 23 Harald am 1. November 1937, Roland am 12. Oktober 1939. Beide Kinder wurden getauft. Entsprechende Geburtsanzeigen finden sich in der Personalakte Freislers aus dem Reichsjustizministerium, BArch R 3001/56247.
- 24 Aus den Gerichtssälen, in: CV Zeitung Nr. 49, 5. Dezember 1930, S. 628.
- 25 Ortner, Hinrichter, S. 56.
- 26 Urteil des Landgerichts, 9. Februar 1932, LAB, A Rep. 358-01, 20. Vgl. Hördler, Entgrenzung, S. 299.
- 27 Staatssekretär Pg. Freisler 40 Jahre, Völkischer Beobachter, 30. Oktober 1933. Konkret trat Freisler laut seiner Personalakte am 27. März 1933 seinen Dienst im Preussischen Justizministerium an, BArch R 3001/56247. Siehe auch Freisler u. a., Denkschrift.
- 28 Zu Dr. Franz Gürtner (26. August 1881 – 29. Januar 1941) vgl. BArch R 3001/58396-58400 sowie R 3001/82231 und 82232.
- 29 Roland Freisler tauchte lange nur unter seiner Dienstadresse Wilhelmstrasse 65 im Berliner Adressbuch auf. 1934 (Teil I, S. 594) und 1935 (Teil III, S. 14) wurde er als Staatssekretär im Reichsjustizministerium, 1935 zusätzlich als Mitglied des Reichstages gelistet. Erst 1943 führte ihn das Berliner Adressbuch (Teil IV, S. 1414) unter seinen Dahiener Privatadressen Habelschwerter Allee 9/Hüttenweg 14 a auf. Die Wohnhäuser Freislers in Dahlem gingen laut seinem Testament vom 1. Oktober 1944 nach seinem Tod auf seine Ehefrau Marion Freisler über. Wer von beiden Eheleuten die Häuser finanziert hatte, war Teil der Auseinandersetzung nach 1945 um den Berliner Besitz.
- 30 BArch Ortskartei der NSDAP, Film 3200/E0079, BL 480.
- 31 Vgl. RGBl. Teil I, 29. September 1933, Bl. 686, 2. Abschnitt, § 13.
- 32 Zit. nach: Neliba, Staatssekretäre des NS-Regimes, S. 4.
- 33 Siehe zu Otto Thierack: BArch R 3001/78253.
- 34 BArch R 3001/56247, Bl. 53.
- 35 Schreiben Joseph Goebbels an Dr. Franz Gürtner vom 27. April 1937, BArch R 3001/56246, Bl. 78.
- 36 Vermerk RJM vom 23. Dezember 1937, BArch R 3001/56246, Bl. 131.
- 37 Vgl. Niedostadek, Roland Freisler. Siehe auch Schreiben RJM vom 23. März 1939 an das Devisenamt Berlin, BArch R 3001/56246, Bl. 162.
- 38 Freisler, Strafrechtserneuerung, S. 13.
- 39 Freisler/Schlegelberger (Hrsg.), Römischer Kongress, S. 9.
- 40 BArch R 43/11 1418a, Bl. 30 f. Freisler traf in Rom neben dem Duce bei mehreren Frühstückstreffen und Sopers noch mit dem italienischen Justizminister Arrigo Solmi, dem Präsidenten des Kassationshofs Mariano D'Amelio sowie dem deutschen Botschafter in Rom Mackensen zusammen.
- 41 BArch R 3001/56247, Bl. 78. Weder anlässlich der Verleihung des Ordens noch später wird es je zu einem Treffen Freislers mit Hitler kommen.
- 42 Zu Schlegelberger und den Staatssekretären im RJM vgl. Neliba, Staatssekretäre, S. 2-36.
- 43 Stenografische Niederschrift, 12. November 1938, in: IMT, Bd. 28, S. 499-540, PS-1816.
- 44 Siehe BArch R 3001, 56247, Bl. 96-100.

- 45 Binding/Hoche, Freigabe der Vernichtung. Ein Buchtitel, der als geistiges Fundament der «Euthanasie» bezeichnet werden kann und auf den auch Kreyszig in seinem Bericht anspielt.
- 46 Nachlass Lothar Kreyszig, Schreiben des Vormundschaftsrichters in Brandenburg/Havel Dr. Lothar Kreyszig vom 8. Juli 1940 an den Minister der Justiz (Abschrift), Evangelisches Zentralarchiv Berlin, EZA 614/161, Bl. 5.
- 47 Ebenda, BL 5 f.
- 48 Ebenda, BL 6 f.
- 49 Vgl. Gruchmann, Unbequemer Amtsrichter, S. 471.
- 50 Zit. nach: Bericht des Amtsgerichtsrats i. R. Dr. Lothar Kreyszig vom 16. Oktober 1969, Institut für Zeitgeschichte München, ZS-1956, Bl. 6.
- 51 Zur Biografie Lothar Kreyszigs siehe: Gruchmann, Unbequemer Amtsrichter, S. 463-490.
- 52 Vgl. Wachsmann, Gefangen, S. 160 f.
- 53 Vgl. Möhler, Volksgenossen, S. 19.
- 54 Schreiben Roland Freislers vom 24. Juni 1941 an Arthur Greiser, BArch R 3001/20849, Bl. 108 f.
- 55 Freisler, Polenstrafrecht, S. 45.
- 56 Kerrl, Nationalsozialistisches Strafrecht. Siehe speziell zu Freislers Haltung zum «Rasseverrat» und zu seiner Rolle beim «Blutschutzgesetz»: Gruchmann, Blutschutzgesetz, S. 419.
- 57 Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 121 f.
- 58 PA AA Berlin, R 100857, Bl. 1661 f.
- 59 BArch R 3001/25003, Bl. 11.
- 60 [http://europeana.eu/portal/record/2021622/detail\\_no\\_jsp\\_action\\_detail\\_imid\\_27997.html](http://europeana.eu/portal/record/2021622/detail_no_jsp_action_detail_imid_27997.html) (1.12.2016).
- 61 Der Interimsjustizminister und ehemals erste Staatssekretär im Reichsjustizministerium, Schlegelberger, wurde in den Ruhestand versetzt, der erste Präsident des Volksgerichtshofs Otto Georg Thierack Reichsjustizminister und Freisler Präsident des Volksgerichtshofs. Siehe Schreiben der Reichskanzlei vom 24. August 1942 an den RJM in: BArch R 3001/26248, Bl. 256.
- 62 Am 27. Juni 1942 hatte Freisler noch als Staatssekretär deutlich die Urteile der Berliner Sondergerichte in Sachen Heimtücke als zu mild kritisiert. Siehe dazu und zur Statistik der Urteile des Volksgerichtshofs: Anklage gegen Dr. Paul Reimers, StA beim LG Berlin, 3 P (K) Js 6/79, BL 76 und 203.
- 63 Siehe auch Müller, Furchtbare Juristen, S. 150 f.
- 64 Longerich, Joseph Goebbels, S. 637.
- 65 Deutsche Justiz, Nr. 3, 16. Februar 1945, S. 33.
- 66 «Sie soll alles erben», in: Der Spiegel, Nr. 30/1955, S. 16 f, hier S. 17.
- 67 Vgl. Geldner, Roland Freisler; Artikelserie in der Kölner «Neuen Illustrierten»; Buchheit, Richter. Später folgten die Auseinandersetzungen um die Volksgerichtshofsrichter Rehse und Reimers sowie diverse Artikel im «Spiegel» zum Kontext Freisler und der Justizgeschichte im NS.

# Gerhard KLOPFER

## Partei-Kanzlei

### Völkischer Ideologe und Bürger der Bundesrepublik

Nach der Ernennung zum Staatssekretär  
in der Partei-Kanzlei.  
Unbekannter Fotograf, 27. November 1942  
BArch, Bild 119-09-44-12



Gerhard Klopfer (1905-1987)

■ Am 2. Februar 1987 erschien in der Ulmer Südwest-Presse eine Todesanzeige, deren Inhalt Aufsehen erregte: «Wir trauern um Dr. Gerhard Klopfer nach einem erfüllten Leben zum Wohle aller, die in seinem Einflussbereich waren», hiess es in der Bekanntmachung, die von seiner Ehefrau, seiner Schwester, vier Töchtern mit Ehemännern und 19 Enkeln unterzeichnet war.<sup>1</sup> Keine verwerfliche Formulierung, hätte es sich bei jenem Klopfer nicht um den ehemaligen Staatssekretär in Martin Bormanns Partei-kanzlei gehandelt, der alle anderen Teilnehmer der Wannsee-Konferenz überlebt hatte. Als «empörend» bezeichnete der damalige Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Berlins, Heinz Galinski, die Würdigung Klopfers, zumal in Berlin erst wenige Tage zuvor der 45. Jahrestag der Wannsee-Konferenz begangen worden war.<sup>2</sup> Die SPD-Fraktion im Ulmer Gemeinderat sah im Wortlaut der Todesanzeige eine Verhöhnung der Opfer des NS-Regimes und forderte die Ulmer Staatsanwaltschaft – letztlich erfolglos – auf, «juristische Schritte» zu unternehmen wegen des Verdachts der «Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener».<sup>3</sup> In den folgenden Tagen berichtete die Lokalpresse in mehreren Artikeln über die Vergangenheit des SS-Gruppenführers, der 30 Jahre lang in Ulm gelebt hatte, «ohne gross aufzufallen».<sup>4</sup>

Bis heute gehört Gerhard Klopfer zu den weniger bekannten NS-Funktionären. Dabei sass er als Staatssekretär in der Parteikanzlei an einer zentralen Schaltstelle zwischen Partei und Staat. Wie im Folgenden gezeigt wird, sind seine Karriere im NS-Staat, aber auch sein Lebensweg nach 1945 nahezu beispielhaft für die Angehörigen der «Generation des Unbedingten».<sup>5</sup>

### Kriegsjugend und Karriere

Gerhard Klopfer wurde am 18. Februar 1905 als Sohn des Gutsinspektors Otto und seiner Ehefrau Ida Klopfer, beide evangelisch, im schlesischen Schreibersdorf (dem heutigen Pisarzowice, ca. 30 km südöstlich von Görlitz) geboren. Kurz nach Beginn des Ersten Weltkrieges wechselte der junge Klopfer von der örtlichen Dorfschule auf das Gymnasium im benachbarten Lauban (dem heutigen Lubah).

Im Jahr 1923, zum Höhepunkt der Inflation, legte Klopfer sein Abitur ab und begann in Breslau Jura zu studieren. Wenig später wechselte er an die Universität Jena, an der auch Roland Freisler eingeschrieben war. Hier engagierte er sich im völkisch gesinnten Deutschen Hochschulring, wo er spätere Weggefährten wie Werner Best und Wilhelm Stuckart kennenlernte. Nachdem er 1927 das erste Staatsexamen mit «gut» bestanden hatte, promovierte er 1929 über «Die Treuepflicht des Arbeitnehmers im Arbeitsverhältnis». Sein Referendariat absolvierte er in Breslau. 1931 legte er das zweite Staatsexamen mit «gut» in Berlin ab und war als Assessor am Amtsgericht und später am Landgericht Düsseldorf tätig.<sup>6</sup>

Am 1. April 1933 trat Klopfer in die NSDAP ein. Im gleichen Monat erfolgte der Eintritt in die SA. Nach kurzer Tätigkeit als Staatsanwalt und Richter in Düsseldorf von November bis Dezember 1933 kam er ins Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten von Walther Darré, bevor ihn Werner Best im Dezember 1934 in einen Planungsstab der preussischen Gestapo holte. Ein Jahr später wechselte Klopfer zu Rudolf Hess in den Stab des Stellvertreters des Führers.

Hess brauchte fachlich gut ausgebildete und ideologisch zuverlässige Juristen, um die Arbeitsfähigkeit seines Stabs zu gewährleisten. Nach den gewonnenen Märzwahlen 1933 war er von Hitler zum Stellvertreter des Führers ernannt worden. In dieser Funktion sah er sich vor zwei Anforderungen gestellt: zum einen die zentralen Führungsaufgaben innerhalb der Partei zu übernehmen und zum anderen die Interessen der Partei gegenüber dem Staatsapparat zu vertreten. Für Letzteres stattete Hitler seinen Stellvertreter mit umfangreichen Befugnissen aus. Der Stab des Stellvertreters des

Führers war am Gesetzgebungsverfahren beteiligt und hatte ein Vetorecht bei der Beförderung höherer Beamter. Er sah seine Funktion darin, die Ziele der nationalsozialistischen Bewegung möglichst ohne Kompromisse mittels Gesetzen umzusetzen. Bei der Verfolgung politischer Gegner trat er dabei stets für die radikalsten Lösungen ein. Nachdem Hess im Mai 1941 unter mysteriösen Umständen nach Schottland geflogen war, wurde der Stab des Stellvertreters des Führers in Parteikanzlei umbenannt, deren Leitung Martin Bormann übernahm.<sup>7</sup>

Dass Klopfer seine Aufgaben in der Parteikanzlei tadellos erledigte, zeigt der rasante Verlauf seiner Karriere. Dies war nur möglich, weil bei seinen Beförderungen von den üblichen «Reichsgrundsätzen» abgesehen wurde. Als Bormann im Mai 1938 die Beförderung Klopfers zum Ministerialrat vorschlug, stellte das Reichsministerium des Innern fest, dass dies eigentlich gegen die «Reichsgrundsätze über die Einstellung, Anstellung und Beförderung der Reichs- und Landesbeamten» versties. Gerhard Klopfer war mit seinen 33 Jahren noch zu jung, um Ministerialrat zu werden, und er hatte noch nicht lange genug als planmässiger Beamter gedient. Dennoch stellte das Innenministerium seine Bedenken mit der Begründung zurück, dass der Stellvertreter des Führers besonderen Wert auf die Beförderung lege, «da Klopfer der persönliche Referent des Stabsleiters Bormann ist und sowohl Art und Umfang seiner Tätigkeit als auch die in Erfüllung seiner Obliegenheiten gezeigten Leistungen eine vorzugsweise Beförderung recht fertigen».<sup>8</sup> Schon im darauffolgenden Jahr konnte Klopfer seine Beförderung zum Ministerialdirigenten entgegennehmen.

Der Stab des Stellvertreters des Führers war nun organisatorisch in drei Abteilungen gegliedert: Innere Angelegenheiten (Abteilung I), Aufgaben der Parteiführung (Abteilung II) und Staatliche Fragen (Abteilung III). Da die Mitarbeiter der Abteilung III wie ihre Kollegen in den Reichsministerien staatliche Aufgaben wahrnahmen, wurden sie nach Beamtenrecht eingestellt, befördert und bezahlt. Die Mittel dafür kamen aus dem Haushalt des Ministeriums, in dessen Aufgabengebiet ihre Tätigkeit fiel.<sup>9</sup>

Klopfers unmittelbarer Vorgesetzter war bis 1941 Walther Sommer, ein «äusserst problematischer, sehr schwer zu beschreibender Mann, der sich in einem provozierenden Ausleben rabaukenhafter Allüren gefiel».<sup>10</sup> Bormann und Hess hatten Zweifel, dass Sommer mit seinem mangelnden taktischen Geschick die Interessen der Parteikanzlei vertreten könne. Kurz bevor Hess nach Schottland flog, inszenierte Bormann Sommers Ernennung zum Präsidenten des neu geschaffenen Reichsverwaltungsgerichts. Einen geeigneten Nachfolger sahen Bormann und Hess in Klopfer. Er wurde



Gerhard Klopfer mit seiner ersten Frau Hildegard. Das Foto entstand im Zusammenhang mit ihrem für SS-Mitglieder obligatorischen Antrag auf Heiratsgenehmigung vom August 1937.

Unbekannter Fotograf, 1937; BArch R 9163-III 98446

dafür im April 1941 zum Ministerialdirektor befördert und sass nun als Leiter der Abteilung III an der zentralen Schaltstelle zwischen Partei und Staat.<sup>11</sup>

Zwar ist der rekonstruierte Bestand der Akten der Parteikanzlei zu lückenhaft, als dass sich ein genaues Profil Klopfers erstellen liesse.<sup>12</sup> Fest steht jedoch, dass dieser allein durch seine Stellung als Leiter der Abteilung III einer der einflussreichsten Verwaltungsbeamten des «Dritten Reiches» war. Da Martin Bormann zur Reisebegleitung Hitlers gehörte und sich nur selten in der Parteikanzlei in der Wilhelmstrasse 54 auf-



hielt, war Klopfer der zentrale Ansprechpartner für die Ministerialverwaltung vor Ort. Die Koordination der Zusammenarbeit mit den Ministerien ebenso wie die Ausarbeitung von Gesetzen und Verordnungen lagen in seinem Verantwortungsbereich.

Wöchentlich traf er sich hier für Arbeitsbesprechungen mit dem Chef der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers.<sup>13</sup> Mit Effizienz und Schnelligkeit wirkten Klopfer und seine Abteilung an der Umsetzung von Führererlassen und detaillierten Durchführungsverordnungen mit.<sup>14</sup> Insgesamt verbesserte sich die Zusammenarbeit zwischen Parteikanzlei und Ministerialbürokratie unter Klopfers Leitung.<sup>15</sup> Er hatte den Ruf eines «versierten und intelligenten Verwaltungsmannes»,<sup>16</sup> mit dem man auch informell «Unebenheiten ausbügeln»<sup>17</sup> konnte. Parallel zu seinem Aufstieg in der Parteikanzlei machte Klopfer Karriere in der SS, in die er 1935 aufgenommen wurde und in der er bis zum SS-Gruppenführer aufstieg.<sup>18</sup>

In der SS-Personalakte wird Klopfers «persönliche Haltung» als «korrekt und zuvorkommend» beschrieben, «Willenskraft und persönliche Härte» seien «ausreichend vorhanden», seine «geistige Frische» wird als «sehr regsam und lebhaft» angegeben. Laut Gesamtbeurteilung war Klopfer ein «einsatzbereiter und strebsamer SS-Führer mit sehr guten Kenntnissen auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts».<sup>19</sup>

Dass Klopfer nicht nur ein ausführender Verwaltungsbeamter war, wie er nach dem Krieg gern behauptete, sondern ein überzeugter Nationalsozialist mit ideologischem Gestaltungswillen, zeigt auch seine Mitherausgeberschaft von «Reich – Volksordnung – Lebensraum. Zeitschrift für völkische Verfassung und Verwaltung». Sie erschien von 1941 bis 1943 und beschäftigte sich mit Fragen der Rassenpolitik und der Neustrukturierung der eroberten Gebiete. Die Zeitschrift richtete sich in erster Linie an die Führungselite der SS. Neben Klopfer gehörten Werner Best, Wilhelm Stuckart, der Staatsrechtler Reinhard Höhn und der Leiter der Rechtsabteilung im Oberkommando der Wehrmacht, Rudolf Lehmann, zum Herausgeberkreis.<sup>20</sup>

Als Leiter der Abteilung III in der Parteikanzlei pendelte Klopfer regelmässig zwischen der Berliner Dependence der Parteikanzlei in der Wilhelmstrasse und dem Braunen Haus in München. Seinen Hauptwohnsitz hatte er seit 1937 in der Reichssiedlung Rudolf Hess in Pullach. Diese Mustersiedlung aus Einfamilienhäusern mit Gärten wurde eigens für die in München arbeitenden NS-Funktionäre erbaut. Hier wohnte Klopfer mit seiner Frau Hildegard, geborene Müller, die er 1937 geheiratet hatte, im Sonnenweg 10. Seine vier Töchter, die 1938, 1940, 1941 und 1943 geboren wurden, wuchsen hier auf.<sup>21</sup>

### Klopfer und die «Mischlingsfrage»

Wahrscheinlich wäre Gerhard Klopfer als einer von Dutzenden hohen NS- Funktionären in Vergessenheit geraten, hätte er nicht zum Teilnehmerkreis der Wannsee-Konferenz gehört. Nach dem Krieg behauptete er, er sei zusammen mit dem Ministerialdirektor Friedrich Wilhelm Kritzinger im Auto zur Besprechung gefahren, ohne zu wissen, was sie bei der Konferenz erwarten würde.<sup>22</sup> Laut Protokoll meldete sich Klopfer während der Wannsee-Konferenz nicht zu Wort. Er hatte auch keinen Grund dazu. Denn bei dem eigentlichen Diskussionsgegenstand der Konferenz, dem Umgang mit den «Mischlingsjuden», vertrat Heydrich den gleichen Standpunkt wie er. Unter Berücksichtigung bestimmter Ausnahmen sollten «Mischlinge ersten Grades» Juden «im Hinblick auf die Endlösung» gleichgestellt werden, während «Mischlinge zweiten Grades» von der «Evakuierung» auszunehmen seien.<sup>23</sup> Parteikanzlei und Reichssicherheitshauptamt (RSHA) bildeten bei der Organisation der Judenverfolgung eine Allianz, wie die Vorgeschichte der Wannsee-Konferenz zeigt.

Schon das Nürnberger Reichsbürgergesetz, das die staatsbürgerliche Gleichstellung für Juden, wie sie seit 1871 existiert hatte, abschaffte, war der Parteikanzlei nicht weit genug gegangen. Denn es fehlte eine Definition, wer eigentlich Jude sei.<sup>24</sup> Schon damals hatte die Parteikanzlei gefordert, Menschen mit einem jüdischen Grosselternteil gesetzlich als Juden zu klassifizieren. In den Beratungen zur 1. Durchführungsverordnung zum Reichsbürgergesetz und Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre von 1935 drängte die Parteikanzlei wieder zu dieser Regelung. Der Entwurf des Innenministeriums sah hingegen vor, Menschen, die von einem jüdischen Grosselternteil abstammten, als «Vierteljuden» den «Deutsch-Jüdischen Mischlingen» zuzurechnen. Jude sollte nur sein, wer von drei jüdischen Grosseltern abstammte. Der Parteikanzlei war die Definition des «Mischlings» zu grosszügig. Sie forderte eine weitere gesetzliche Differenzierung zwischen «Vierteljuden» und «Halbjuden» und schlug dafür die Einführung von Einzelfallprüfungen vor, bei der Erscheinungsbild und Charakter ausschlaggebend sein sollten. Als Jude zu definieren seien «Nachkommen von Ostjuden, solche mit stark jüdischem Aussehen, Erbkrankte, wie all diejenigen [...], die einen schlechten Leumund oder gar verbrecherische Neigung» besässen.<sup>25</sup>

Letztendlich wurde ein Kompromiss gefunden. Die am 14. November 1935 veröffentlichte Verordnung sah vor, dass die gesetzliche Zuordnung von «Halbjuden» davon abhängig gemacht werden sollte, ob diese der jüdischen Religion angehörten oder der Ehepartner jüdisch war. Traf dies zu, waren sie als «Geltungsjuden» von der «Reichsbürgerschaft» ausgeschlossen, sonst hingegen den «Mischlingen» zuzuordnen. Durch-

setzen konnte sich die Parteikanzlei hingegen bei der Durchführungsverordnung zum «Blutschutzgesetz». Eine Eheschliessung zwischen «Halbjuden» und «Deutschblütigen» wurde verboten.<sup>26</sup>

Bewegung in die «Mischlingsfrage» kam erst wieder nach Beginn des Krieges. Impulse und Koordination gingen inzwischen vom neu gebildeten und im Wesentlichen von Werner Best konzipierten Reichssicherheitshauptamt aus. Im Januar, März, August und September 1941 hatte es Besprechungen zwischen dem RSHA, der Dienststelle des Vierjahresplans und der Parteikanzlei gegeben. Man einigte sich darauf, «Mischlinge» grundsätzlich den «Juden» gleichzustellen und in «Ausnahmefällen», die eine Grössenordnung von etwa 10'000 Personen betraf, Sterilisationen vorzunehmen. Den Besprechungsprotokollen folgend war es erneut die Parteikanzlei, vertreten durch Herbert Reischauer, die radikale Vorschläge einbrachte. In einer Besprechung am 15. Januar 1941 schlug Reischauer vor, die in «privilegierten Mischehen» lebenden Juden als staatenlos zu erklären und in die Deportationen einzubeziehen. Bei der Besprechung im August 1941 forderte er, in den von Deutschland besetzten Gebieten die Definition des Juden auch auf «Mischlinge» auszuweiten.<sup>27</sup> Zu diesem Zeitpunkt wurde Klopfer zum Ministerialdirektor befördert und war Leiter der Abteilung III «Staatliche Angelegenheiten» in der Parteikanzlei. Er dürfte also zumindest bestens informiert gewesen sein über die Massnahmen bei der «Mischlingsfrage» und den vielen anderen Verordnungen gegen Juden. Da diese im Umlaufverfahren entstanden, ist anzunehmen, dass Klopfer mehr an Gesetzesausarbeitungen beteiligt war, als sich heute durch die überlieferten Akten beweisen lässt.<sup>28</sup>

Inhalt und Diskussion der Wannsee-Konferenz dürften für Klopfer also wenig überraschend gewesen sein. Auch wenn bei der «Mischlingsfrage» keine Einigung erzielt wurde, konnten Klopfer und Heydrich doch zufrieden sein mit dem Ergebnis der Besprechung. Laut Protokoll hatte Stuckart vorgeschlagen, «Mischlinge» zu sterilisieren und «Mischehen» zwangsweise zu scheiden. Beides war ein «Entgegenkommen» gegenüber Heydrichs Intentionen gewesen.<sup>29</sup> Die Massnahmen wurden dann aber doch nicht umgesetzt. Bei interministeriellen Besprechungen im März und Oktober 1942 zeigte sich, dass eine massenhafte Zwangssterilisation praktisch nicht durchführbar war. Bei der Zwangsscheidung von Ehen befürchteten das Reichspropaganda- und das Reichsjustizministerium den Protest der katholischen Kirche. Im Oktober 1943 kamen Justizminister Otto Georg Thierack und Heinrich Himmler überein, «Mischlinge» nicht zu deportieren, solange der Krieg andauere.<sup>30</sup>

Selbst als die Deportationen und die systematische Ermordung der europäischen Juden in Gang gesetzt waren, beschäftigte sich die Parteikanzlei mit weiteren antijüdischen Verordnungen. Ein Beispiel, an dem sich Klopfers direkte Beteiligung nachwei-

sen lässt, war die Benachteiligung der Juden bei der Verteilung von Lebensmittelkarten. Das Protokoll einer interministeriellen Besprechung am 29. Juni 1942 führt penibel auf, welche Lebensmittel nicht mehr an Juden ausgegeben werden durften und dass auch Kinder, Schwangere, Wöchnerinnen und stillende Mütter jüdischer Abstammung keine Sonderzulagen mehr bekommen sollten.<sup>31</sup> Im selben Jahr erreichte Klopfer den Höhepunkt seiner Karriere. Am 22. November 1942 wurde er zum Staatssekretär befördert. Zu diesem Zeitpunkt unterstanden ihm 48 Beamte.<sup>32</sup>

### «Dann haben Sie während der Sitzung geschlafen»

Klopfers tiefe Verstrickung in den Völkermord an den Juden wirft die Frage auf, wie es dazu kommen konnte, dass er sich nur ein paar Jahre später unbemerkt in die bundesdeutsche Gesellschaft integrieren und sich als Rechtsanwalt niederlassen konnte. Nach Kriegsende gelang es ihm zunächst unterzutauchen. Erst am 1. März 1946 wurde er in München festgenommen. Bei der Festnahme trug er falsche Papiere, ausgestellt auf den Namen Otto Kunz, bei sich. Klopfer durchlief mehrere Internierungslager: Er war zunächst, zur gleichen Zeit wie Wilhelm Stuckart, in Dachau inhaftiert, dann in Ludwigsburg und anschliessend in Nürnberg-Langwasser.

Zu diesem Zeitpunkt liefen in Nürnberg schon die Kriegsverbrecherprozesse. Klopfer wurde dort während des Wilhelmstrassen-Prozesses als Zeuge befragt und zwischen März 1947 und Januar 1948 insgesamt zehn Mal von den amerikanischen Anklägern verhört. Die Verhöre, die Peter Beauvais und der stellvertretende Chefankläger Robert Kempner führten, müssen sehr spannungsgeladen gewesen sein. Kempner stammte aus Deutschland, hatte wie Klopfer in Berlin und Breslau Jura studiert, allerdings einige Jahre vor ihm, und im Innenministerium gearbeitet, bevor er in die USA floh. Er kannte also die Ministerialbürokratie und die Zusammenhänge genau, in denen Klopfer gearbeitet hatte. Die Ermittler hatten umfangreiches Material gegen Klopfer zusammengetragen, darunter das Protokoll der Wannsee-Konferenz, Schriftverkehr über die «Mischlingsfrage» und über die Durchführungsverordnungen der Nürnberger Gesetze.

Klopfer verhielt sich bei den Verhören äusserst geschickt. Er bestritt nichts, was die Ermittler nicht ohnehin schon wussten, in allen anderen Angelegenheiten gab er sich ahnungslos. Alle politische Verantwortung schob er auf seinen Vorgesetzten Martin Bormann, der als verschollen galt. Den Ermittlern gelang es auch nicht, Klopfer durch die Konfrontation mit dem Protokoll der Wannsee-Konferenz unter Druck zu

setzen. Klopfer behauptete, es sei in Heydrichs Vortrag nur um die «Auswanderung der Juden» gegangen. Auf den Einwand: «Es scheint aber schon so, dass Ihnen damals ganz genau gesagt worden ist, was mit den Juden zu geschehen hat», antwortete Klopfer: «Ich weiss nichts davon», worauf Peter Beauvais meinte: «Dann haben Sie während der Sitzung geschlafen, finde ich.»<sup>33</sup> Zu einer Anklage Klopfers in Nürnberg kam es nicht. Die amerikanischen Anklagebehörden beendeten ihre Arbeit und übergaben den Fall an die Nürnberger Spruchkammer.

Bei den Spruchkammern handelte es sich um Laiengremien, die mit unbelasteten Deutschen besetzt wurden. Jeder Deutsche über 18 Jahre musste einen Meldebogen ausfüllen, in dem er Auskunft über die persönliche Verstrickung mit dem Nationalsozialismus zu geben hatte. Auf Grundlage dieser Fragebögen führten die Spruchkammern Verfahren durch, in denen sie die Betroffenen mithilfe von fünf Kategorien beurteilen bzw. verurteilen konnten: Hauptschuldige, Belastete, Minderbelastete, Mitläufer oder Entlastete.

Wie verlief nun das Spruchkammerverfahren im Fall Klopfer? Die Anklage forderte, Klopfer als Hauptschuldigen zu verurteilen, und begründete dies mit dessen hoher Stellung im Staatsapparat und in der SS. Die Ankläger hatten zur Beweisführung 27 Dokumente zusammengestellt, darunter das Protokoll der Wannsee-Konferenz. Die Strategie der Verteidigung bestand darin, diesen Dokumenten jegliche Beweiskraft abzuspüren, Klopfers Stellung als Staatssekretär und SS-Gruppenführer kleinzureden und die Kammer davon zu überzeugen, dass Klopfer seine Rolle dahingehend wahrgenommen habe, radikale Gesetzesvorhaben abzumildern. Als vermeintliche Beweise dafür reichte die Verteidigung zwei Dutzend eidesstattliche Erklärungen ein, die von Mitarbeitern aus der Parteikanzlei und von Kollegen aus den Ministerien stammten, die meist selbst bei anderen Verfahren auf der Anklagebank sassen. Mehrere Zeugen behaupteten, Klopfer habe gemeinsam mit Albert Speer dafür gesorgt, dass Hitlers sogenannter Befehl der «verbrannten Erde» nicht ausgeführt wurde. Dieser Befehl sah vor, in den Gebieten, die kurz vor der Eroberung durch die Alliierten standen, jegliche Infrastruktur zu zerstören. Klopfers persönlicher Referent in der Parteikanzlei, Dr. Karl Lang, schrieb, er habe «in Dr. Klopfer einen Menschen kennen gelernt, dessen unermüdliches positives Wirken den bösen Kräften, die im nationalsozialistischen Staat wirksam waren, immer wieder unter steter Gefährdung der eigenen Existenz Boden abgerungen hat».<sup>34</sup> Oder Stuckart: «Dr. Klopfer versuchte immer ausgleichend zu wirken und den radikalen Forderungen Bormanns die Schärfe zu nehmen. Auch in der Judenfrage nahm Dr. Klopfer stets einen gemässigten, von Vernunft und Menschlichkeit bestimmten Standpunkt ein.»<sup>35</sup>

Nach Abwägen der Argumente von Anklage und Verteidigung kam die Kammer zu folgender Einschätzung:

«Bormann hat dem pflichtbewussten Beamten [Klopfer] vollkommen vertraut. Er hat ihn auch als guten Nationalsozialisten angesehen, sonst hätte er ihn nicht so lange in dieser Position gelassen. Seine Mitarbeit insbesondere seine Tätigkeit als Berater Bormanns war eine sehr wesentliche Unterstützung des Nationalsozialismus. Dass die persönliche Einstellung des Betroffenen nationalsozialistisch war, dass er das Parteiprogramm bejahte, darüber bedarf es wohl keines besonderen Beweises.»<sup>36</sup>

Auf Klopfers Teilnahme an der Wannsee-Konferenz bezugnehmend, heisst es im Urteil: «Wenn auch dem Betroffenen durch dieses Dokument keine verbrecherische Handlung nachgewiesen werden kann, so war er doch über die Durchführung der Judenfrage [...] informiert und hat auch weiterhin an der Ausarbeitung des Mischling-Problems mitgearbeitet.»<sup>37</sup> Den eidesstattlichen Erklärungen schenkte die Kammer keinerlei Glauben, denn bei ihnen sei «unschwer ein sophistisches Beweisen des gegenseitigen Nichtverantwortlichseins» zu erkennen.<sup>38</sup>

Allerdings machte die Spruchkammer mildernde Umstände geltend. Erstens folgte sie der Darstellung der Verteidigung, dass Klopfer nicht die Kompetenzen eines Staatssekretärs und eines SS-Gruppenführers innegehabt habe, obwohl er diese Titel trug. Zweitens schenkte sie Klopfers Darstellung Glauben, dass er in einzelnen Fällen Gesetze und Verordnungen – wie im Fall des Führerbefehls zur verbrannten Erde – abmildern konnte, und drittens berücksichtigte die Kammer Klopfers aktuelle Lebenssituation. Er hatte eine fünfköpfige Familie und eine hochbetagte Mutter zu versorgen. So stufte die Nürnberger Spruchkammer den ehemaligen Staatssekretär als minderbelastet ein. Er wurde zu einer Geldstrafe von 2'000 Mark verurteilt und durfte während einer Bewährungsfrist von drei Jahren nur einfachen Erwerbstätigkeiten nachgehen.

Klopfers mildes Spruchkammerurteil ist keinesfalls ein Einzelfall, sondern beispielhaft für die Entnazifizierung hoher NS-Funktionäre. Dass ein als hauptschuldig Angeklagter in einem Spruchkammerverfahren heruntergestuft wurde – wie im Fall Klopfer –, entsprach fast der Regel. Nimmt man die Gesamtheit aller Spruchkammerverfahren, dann forderte die Anklage in 3,5 Prozent aller Verfahren die Verurteilung als Hauptschuldige. Als solche verurteilt wurden aber nur 0,03 Prozent. So kommt der Historiker Lutz Niethammer zu dem Fazit: «Je schwerer die Formalbelastung, je tiefer der Betroffene also in den inneren Kreis der NS-Organisation eingedrungen, je höher er in ihnen aufgestiegen, je früher er in sie eingetreten war und je mehr Mitglied-

schaften er angehäuft hatte, desto milder wurde er von der Spruchkammer behandelt.»<sup>39</sup>

Dieses Fazit trifft exakt auf Klopfer zu. Nach dem Urteil der Spruchkammer wurde er aus seiner mittlerweile vierjährigen Haft entlassen. Während der von der Spruchkammer verhängten Bewährungsfrist arbeitete er als Tischler. Seine ehemalige Sekretärin Emma Hölzle vermittelte ihm eine Anstellung im Betrieb ihres Schwiegervaters, einer Bau- und Möbelschreinerei in Altenstadt an der Iller, 30 Kilometer südlich von Ulm. Ab 1952 arbeitete Klopfer nebenher als «Helfer in Steuersachen» für verschiedene Unternehmen in der Region.

### Rückkehr in ein bürgerliches Leben

Nach der Beendigung der Entnazifizierung gab es in der Bundesrepublik parteiübergreifend den Willen, wesentliche Merkmale der Entnazifizierung und die damit verbundenen Berufsverbote und Verurteilungen rückgängig zu machen. Das kündigte Konrad Adenauer schon in seiner ersten Regierungserklärung im September 1949 an. Über die Verbrechen des Nationalsozialismus verlor er kein Wort, liess sich aber über die Entnazifizierung der Alliierten aus, die «viel Unglück und viel Unheil» angerichtet habe. Er versprach, bei der Alliierten Hohen Kommission dahingehend vorstellig zu werden, dass für die von alliierten Militärgerichten verhängten Strafen Amnestie gewährt werde.<sup>40</sup> Drei Monate später verabschiedete der Bundestag – als erstes Gesetz überhaupt und mit den Stimmen aller Fraktionen – ein Straffreiheitsgesetz. Ein zweites folgte 1954. Diese Gesetze hatten zur Folge, dass bestimmte Delikte, die seit 1933 begangen worden waren, nicht mehr strafrechtlich verfolgt, oder dass Urteile, die bereits gesprochen worden waren, aufgehoben werden konnten.<sup>41</sup>

Eine andere politische Massnahme, die dafür sorgte, dass viele ehemalige Parteigenossen, die wegen ihrer Verstrickung in den Nationalsozialismus aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden waren, wieder an ihren alten Arbeitsplatz zurückkehren konnten, waren die Durchführungsgesetze zum Artikel 131 Grundgesetz. Dieses nahm den Gesetzgeber in die Pflicht, die Rechtsverhältnisse derer zu regeln, die «am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienste standen und aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind und bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden».<sup>42</sup> Gemeint waren damit Verwaltungsbeamte, Polizeibeamte, Berufssoldaten, aber auch Angehörige der Gestapo, die im Rahmen der Entnazifizierung entlassen worden waren. Bei den Beratungen im Bundestag zu den Ausführungsgesetzen des Artikels 131 wurde betont, wie vernünftig es sei, das Poten-

zial der erfahrenen Beamtschaft zu nutzen, und dass es auch sozialpolitisch wichtig sei, die ehemaligen Beamten wieder in Lohn und Brot zu bringen.<sup>43</sup>

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass Klopfer die Rückkehr in ein bürgerliches Leben gelang. Gegen Ende seiner Bewährungsfrist bemühte er sich zunächst in Bayern um eine Niederlassung als Rechtsanwalt. Das bayerische Justizministerium lehnte seinen Antrag jedoch aus formalen Gründen ab: Klopfer hatte seine juristischen Staatsexamen nicht in Bayern abgelegt. Mehr Glück hatte er beim Justizministerium in Stuttgart. Nachdem er seinen anwaltschaftlichen Probendienst in einer Memminger Kanzlei nachgeholt hatte, konnte er sich in Ulm als Rechtsanwalt niederlassen, am 29. Februar 1956 eröffnete er eine Kanzlei in der Zinglerstrasse 40 in Ulm. Aus seiner Personalakte, die noch heute im baden-württembergischen Justizministerium liegt, geht hervor, dass Klopfer in seiner Bewerbung wahrheitsgemäss Auskunft über seine Tätigkeit in der Parteikanzlei gegeben hatte. Offensichtlich hatte sich daran im Stuttgarter Justizministerium niemand gestört.<sup>44</sup>

Vier Jahre nach seiner Niederlassung wurde Klopfer wieder aktenkundig. Die Ulmer Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen wegen des Verdachts auf Beihilfe zum Mord gegen ihn auf. Das Ermittlungsverfahren hatte ein Vorspiel im Deutschen Bundestag. In der Fragestunde am 28. September 1960 wollte der SPD-Abgeordnete Franz Neumann von der Bundesregierung wissen, ob dieser bekannt sei, ob gegen den Stellvertreter Martin Bormanns, Staatssekretär Klopfer, vor einem bundesdeutschen Gericht ein Strafverfahren durchgeführt werde. Der damalige Justizminister Fritz Schäfer (CSU) antwortete, der Bundesregierung sei nichts über ein Strafverfahren gegen Klopfer bekannt, sie werde aber die Möglichkeit prüfen, ein solches einzuleiten. Neumann war durch einen Artikel in der New Yorker Zeitschrift «Aufbau» über die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz auf Klopfer aufmerksam geworden. Darin beklagte Robert Kempner, der Klopfer in Nürnberg verhört hatte, dass dieser nie von einem bundesdeutschen Gericht verurteilt worden sei.

Die Ermittlungen wurden nun der Ulmer Staatsanwaltschaft übertragen. Die Chance, Klopfer dieses Mal zu verurteilen, stand nicht schlecht. In Ludwigsburg war die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen gegründet worden, die die lokalen Staatsanwaltschaften in ihren Nachforschungen unterstützte, und in Jerusalem hatte der vom Mossad festgenommene Adolf Eichmann Aussagen zur Wannsee-Konferenz gemacht und dabei die Parteikanzlei stark belastet. Die Ermittlungen wegen Verdachts der Beihilfe zum Mord schleppten sich über eineinhalb Jahre hin. Im Mittelpunkt stand Klopfers Teilnahme an der Wannsee-Konferenz.



Klopfer äusserte sich einmal schriftlich zu den Vorwürfen und wurde einmal vom zuständigen Staatsanwalt vernommen. Er blieb bei seinen bisherigen Äusserungen, und das Ermittlungsverfahren brachte keine neuen Erkenntnisse. Am 29. Januar 1962 wurde es eingestellt mit der Begründung:

«Die Annahme eines Verbrechens der Beihilfe zum Mord nach § 211 und 49 StGB scheidet dahingehend, als dass für den Beschuldigten keine Möglichkeit vorhanden war, beeinflussend auf das Schicksal der Juden zu wirken. Nachdem Hitler, Himmler und Heydrich die Vernichtung der Juden beschlossen und zum Zeitpunkt der Wannsee-Konferenz im Januar 1942 sogar bereits mit der Durchführung der beschlossenen Massnahmen begonnen hatten, bestand für den Beschuldigten keine Möglichkeit, die Durchführung des Massenmordprogramms zu verhindern oder zu erschweren/»<sup>45</sup>

Auch hier ist Klopfer keine Ausnahme, sondern beispielhaft für den Umgang der bundesdeutschen Justiz mit NS-Tätern. Wenn gegen solche ermittelt wurde, kam es nur in einem Bruchteil der Verfahren zu einer Verurteilung. Viele Delikte wie Totschlag waren verjährt oder fielen unter die Straffreiheitsgesetze von 1949 und 1954. Oder aber die Täter konnten erst gar nicht ermittelt werden oder sie wurden für handlungsunfähig erklärt. Auch dass im Fall Klopfers wegen «Beihilfe zum Mord» ermittelt wurde, ist typisch. Hinter dem juristischen Konstrukt der «Beihilfe» steht die Annahme, dass die Hauptschuldigen, also die tatsächlichen Mörder, an alleroberster Stelle der Befehlskette standen, also Hitler, Himmler und Heydrich waren. Nach dieser Logik konnten alle anderen nur wegen Beihilfe zum Mord angeklagt werden.<sup>46</sup>

Das Ermittlungsverfahren gegen Klopfer tat seinem Ansehen in Ulm keinen Abbruch. Zeitzeugen beschreiben ihn als «preussischen Beamten von altem Schlag», der höchstens durch einen devoten Habitus auffiel. «Sah er mich, einen bekannten SPD-Funktionär, auf der Strasse, so zog er schon von weitem den Hut und verbeugte sich dabei unangemessen tief», erinnerte sich Klaus Beer, der Richter und Ulmer Gemeinderat war.<sup>47</sup> Der baden-württembergische Justizminister Heinz Eyrich liess es sich nicht nehmen, Klopfer zu dessen 75. und 80. Geburtstag zu gratulieren. Zuvor hatte er sich vom Präsidenten des Ulmer Landgerichts informieren lassen, ob der Jubilar noch praktiziere und wie sein Gesundheitszustand sei. Der Landgerichtspräsident antwortete: «Er [Klopfer] ist als Beratungs- und Prozessanwalt äusserst korrekt von vollendeten Umgangsformen als Vorbild des integren und noblen Rechtsanwalts der Alten Schule beim Landgericht sehr geschätzt und respektiert/»<sup>48</sup> Der einzige Historiker, der Klopfer je interviewte, war Dieter Rebenisch. Im Rahmen der Recherchen für seine

Habilitationsschrift traf er Klopfer am 11. Mai 1985 in seiner Ulmer Wohnung und machte sich anschliessend folgende Notiz:

«Die materiellen Verhältnisse sind auf der einen Seite sehr sparsam, auf der anderen Seite wird auf bewusste Vermögens- und Wertbildung geachtet. Der Tisch, an dem wir sassen, wird heute sicher selbst von weniger begüterten Familien nicht mehr aufgehoben. Der Kuchen wurde dagegen auf Meissner Porzellan serviert. [...] Seine negativen Urteile über das Versagen der Demokratie, die erkennen lassen, dass er von seinem ultrareaktionären Standpunkt der 30er Jahre nicht abgegangen und durch die Katastrophe des Nationalsozialismus nichts hinzugelernt hat, wirkten auf mich peinlich»<sup>49</sup>

Ausserdem erzählte Klopfer Rebentisch mehrmals, dass er einem Bauerngeschlecht entstamme und auch heute wieder eine Landwirtschaft betreibe.

«Dort baue er Dinkel an, der sich zur Herstellung von schwarzem Brot eigne. Klopfer sei überzeugt, dass auch die sogenannte schwarze Suppe der Spartaner im Grunde aus diesem Getreide hergestellt worden sei. Jedenfalls verfüge er selber, seit er Brot und Fladen aus diesem Getreide esse, über eine ungeheure geistige Spannkraft»<sup>50</sup>

Klopfers Hof befindet sich im hohenlohischen Langenburg (130 Kilometer westlich von Nürnberg) und ist heute noch im Besitz der Familie. Wie Klopfer, der nach seiner Entnazifizierung mittellos dastand, den Unterhalt des Hofes und die Pacht der Äcker finanzierte, lässt sich nicht rekonstruieren. Bis zu seinem Tod kämpfte er beim Landesamt für Besoldung und Versorgung um eine Rente unter Anrechnung seiner Dienstjahre in der Parteikanzlei. Doch Klopfer überlebte die Bearbeitungszeit seines Antrags nicht. Er starb Anfang 1987 – im gleichen Jahr, in dem sich sein Förderer Rudolf Hess im Gefängnis in Spandau das Leben nahm – und liegt in der Nähe seines Bauernhofes bei Langenburg begraben.

*Markus Heckmann*

- 1 Südwest-Presse Ulm, 2.2.1987, abgedruckt bei: Heckmann, NS-Täter, S. 13.
- 2 Frankfurter Rundschau, 5.2.1987; Die Tageszeitung, 5. Februar 1987.
- 3 Südwest-Presse Ulm, 11.2.1987.
- 4 Neu-Ulmer Zeitung, 7.2.1987.
- 5 So der Titel eines Buches von Michael Wildt über das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes.
- 6 Vgl. Heckmann, NS-Täter, S. 18-21; Nolzen, Gerhard Klopfer, S. 306.
- 7 Vgl. Longeric, Hitlers Stellvertreter, S. 8-24; Rebentisch, Führerstaat, S. 68-91.
- 8 Schreiben des Staatssekretärs im Reichsinnenministerium, Hans Pfundtner, an den Reichsminister der Finanzen vom 23.3.1938, das mit der Bitte schliesst, der Abweichung von den «Reichsgrundsätzen» zuzustimmen, Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, 101 12337.
- 9 Vgl. Rebentisch, Führerstaat, S. 80 f.
- 10 So die Charakterisierung Rebentischs, ebenda, S. 83 f.
- 11 Vgl. ebenda, S. 454.
- 12 Der grösste Teil der Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP wurde während des Krieges zerstört. In einem mehr als zehn Jahre währenden Projekt rekonstruierte das Institut für Zeitgeschichte den Aktenbestand, indem es die Bestände sämtlicher Parteistellen, Behörden und Ministerien nach Schriftverkehr mit der Partei-Kanzlei durchsuchen liess. Der rekonstruierte Aktenbestand liegt in einer vierbändigen Mikrofiche-Edition vor.
- 13 Vgl. Dienstkalender Lammers, Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, 101 29075-29124.
- 14 Gut belegt ist dies in den Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP am Beispiel des «Führerbefehls vom 13. Januar 1943», der eine Meldepflicht für Männer im Alter zwischen 16 und 65 Jahren und für Frauen zwischen 17 und 50 Jahren einführt und die Freistellung für den Dienst in Rüstung und Herr vorsah. Dieser Führerbefehl gehörte zu den Grundlagen für den späteren «Erlass des Führers über den totalen Kriegseinsatz». Vgl. Heckmann, NS-Täter, S. 29 f.
- 15 So die Einschätzung von Rebentisch, Führerstaat, S. 456.
- 16 So die Formulierung von Hans Kehrl, seit 1943 Chef des Rohstoffamtes im Rüstungsministerium und Chef des Planungsamtes im «Vierjahresplan», Kehrl, Krisenmanager, S. 252.
- 17 Vermerk an den persönlichen Referenten Heinrich Himmlers, SS-Standartenführer Dr. Rudolf Brandt, undatiert, Absender unleserlich, Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, 107 00802.
- 18 Auch hier erfolgten die Beförderungen rasch: am 20. April 1936 zum SS-Hauptsturmführer, am 20. Januar 1937 zum SS-Sturmbannführer, am 30. Januar 1939 zum SS-Obersturmbannführer, am 20. April 1939 zum SS-Standartenführer, am 20. April 1941 zum SS-Oberführer, am 30. Januar 1942 zum SS-Brigadeführer und am 9. November 1944 zum SS-Gruppenführer. SS-Personalakte Klopfer, Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, 306 00643-00678.
- 19 SS-Personalakte Klopfer, Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, 306 00365-00636, abgedruckt bei: Heckmann, NS-Täter, S. 35.
- 20 Vgl. Stolleis, Geschichte des öffentlichen Rechts, S. 308-309; Herbert, Best, S. 284.
- 21 Vgl. Meinel/Hechelhammer. Geheimobjekt, S. 12-87.
- 22 So Klopfer in einer schriftlichen Stellungnahme gegenüber der Ulmer Staatsanwaltschaft am 31. Januar 1962, Ermittlungsakten der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen Ludwigsburg, BArch 162/AR1187/61, BL 6.
- 23 Einladungsschreiben Heydrichs an Otto Hofmann, abgedruckt bei: Klein, Wannsee- Konferenz, S. 489 f.

- 24 Vgl. Noakes, „Judenmischlinge“, S. 70.
- 25 Zit. nach: ebenda.
- 26 Vgl. ebenda, S. 70–87; Longerich, Vernichtung, S. 102–115; Greenville, Die „Endlösung“, S. 91–123.
- 27 Longerich, Hitlers Stellvertreter, S. 220–222; Roseman, Villa, S. 79–83.
- 28 Aus dem rekonstruierten Bestand der Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP lässt sich relativ gut Klopfers Mitwirkung an der Umsetzung des Führererlasses vom 13. Januar 1943 zur Mobilmachung der Bevölkerung für den Kriegseinsatz rekonstruieren, vgl. Heckmann, NS-Täter, S. 29 f.
- 29 Vgl. Roseman, Villa, S. 97–99.
- 30 Vgl. ebenda, S. 100 f.; Gerlach, Die Wannsee-Konferenz, S. 136 f.
- 31 Vgl. Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, 101 08002-101 08003, zit. nach: Heckmann, NS-Täter, S. 45.
- 32 Vgl. Rebentisch, Führerstaat, S. 454.
- 33 Protokoll des Verhörs am 12. 6. 1947, S. 2, Staatsarchiv Nürnberg, KV-Anklage, Interrogations K93, Klopfer, Gerhard, zit. nach: Heckmann, NS-Täter, S. 53.
- 34 Eidesstattliche Erklärung von Karl Lang, verfasst in Brackenheim/Württemberg am 20. Januar 1949, Staatsarchiv Ludwigsburg, EL 840 II Bü 867, Bl. 81/7.
- 35 Eidesstattliche Erklärung von Wilhelm Stuckart, verfasst im Nürnberger Gerichtsgefängnis am 16. 6. 1948, ebenda, Bl. 92/2.
- 36 Spruch vom 28. 3. 1949, ebenda, Bl. 18/6.
- 37 Ebenda, Bl. 18/7.
- 38 Ebenda, Bl. 18/22. Das Spruchkammerprotokoll ist in Auszügen abgedruckt bei: Heckmann, NS-Täter, S. 64 f.
- 39 Niethammer, Entnazifizierung, S. 584.
- 40 Bundeskanzler Konrad Adenauer in seiner Regierungserklärung vom 20. 9. 1949, zit. nach: Frei, Karrieren im Zwielicht, S. 310.
- 41 Vgl. Frei, Vergangenheitspolitik, S. 25–69.
- 42 Artikel 131 Grundgesetz.
- 43 Vgl. Frei, Vergangenheitspolitik, S. 69–100.
- 44 Vgl. Justizministerium Baden-Württemberg, Personalakte Dr. Gerhard Klopfer, Nr. 33947, zit. nach: Heckmann, NS-Täter, S. 70 f.
- 45 Erklärung der Ulmer Staatsanwaltschaft zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Klopfer vom 29. 1. 1962, zit. nach: Heckmann, NS-Täter, S. 81.
- 46 Vgl. Erklärung zur Einstellung des Verfahrens der Staatsanwaltschaft Ulm vom 29. 1. 1962, BArch B 162/AR 1187/61, Bl. 16 f.
- 47 Beer, Ulm, S. 259.
- 48 Aktennotiz vom 8. 2. 1980, Justizministerium Baden-Württemberg, Personalakte Dr. Gerhard Klopfer, 33947, Bl. 69, zit. nach: Heckmann, NS-Täter, S. 89.
- 49 Niederschrift Rebentischs über das Gespräch mit Klopfer am 11. 5. 1985, zit. nach: Heckmann, NS-Täter, S. 91.
- 50 Ebenda.

# Friedrich Wilhelm KRITZINGER

## Reichskanzlei

## Ein preussischer Beamter im NS-Staat



In einem privaten Fotostudio liess Kritzinger dieses Foto für seine Personalakte aufnehmen.  
Unbekannter Fotograf, o. D. [1936/1938]  
BArch R 43-1/3171, Bl. 5

Friedrich Wilhelm Kritzinger (1890-1947)

■ Friedrich Wilhelm Kritzinger gehörte nicht zu den Teilnehmern, die den Blick auf die Konferenz in der Villa am Wannsee nachhaltig geprägt haben. Das hatte mehrere Gründe: Sein früher Tod im Frühjahr 1947. Seine Tätigkeit in der Reichskanzlei, wo er mehr als Koordinator denn als politisch einflussreiche Persönlichkeit wirkte. Und nicht zuletzt das Auftreten Kritzingers, der sich in der Tradition des alten preussischen Beamtentums verortete und nicht in der Rolle eines engagierten Parteivertreters wahrgenommen werden wollte.<sup>1</sup> Diese Auffassung spiegelte sich auch in der Forschungsliteratur wider. Die letzten grösseren Arbeiten, die sich explizit mit Kritzinger beschäftigen, stammen von Hans Mommsen, der 1966 ein Gutachten über ihn für das Institut der Zeitgeschichte schrieb,<sup>1</sup> und von Dieter Rebentisch, der sich gut zwanzig Jahre später im Rahmen seiner Verwaltungsgeschichte des «Führerstaats» intensiver mit ihm beschäftigte.<sup>2</sup>

Bemerkenswert ist das Bemühen der Familie, insbesondere seines Sohnes, das Wirken des Vaters in ein positives Licht zu rücken und ihn möglichst aus dem Kontext der Wannsee-Konferenz zu lösen. Ein aufwendiger Prozess in den 1960er-Jahren, in dem die Versorgungsansprüche der Witwe verhandelt wurden, und der Briefwechsel des Sohnes mit der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz belegen dies eindrücklich.<sup>3</sup> Beide Bereiche – Leben und Nachleben Kritzingers – sollen hier gleich-

chermassen vorgestellt werden. Nicht nur die Rolle und die Aufgaben des Staatssekretärs in der Reichskanzlei werden in den Fokus genommen, sondern auch der Umgang des Sohnes mit der Verantwortung des Vaters.

### Zur Person

In einer biografischen Skizze charakterisierte Dieter Rebentisch Friedrich Wilhelm Kritzinger als den «Typ des klassischen Ministerialbeamten preussischkonservativer Prägung».<sup>4</sup> Kritzinger hatte Jura studiert, von 1914 bis 1918 am Ersten Weltkrieg teilgenommen, zuletzt als Leutnant der Reserve, wurde mehrfach verwundet, hoch dekoriert und war noch bis 1920 in französischer Gefangenschaft. Nach seinem Assessor-examen 1921 begann er als Hilfsarbeiter im Reichsjustizministerium (RJM). 1925/26 bekleidete er den Rang eines Landgerichtsrats und war – wie nach ihm auch Erich Neumann, der ebenfalls an der Wannsee-Konferenz teilnahm – im Preussischen Handelsministerium tätig. 1926 wechselte er zurück ins RJM und stieg bis 1931 zum Ministerialrat und Referenten für Staatsrecht sowie zum Geheimen Kabinettsrat auf und gehörte damit zu den wenigen Beamten, die an Kabinettsitzungen teilnehmen durften.

Kritzinger war der älteste Teilnehmer der Wannsee-Konferenz. Wie Neumann hatte er bereits in der verhassten «Systemzeit» Karriere gemacht. Aufgewachsen war er in einem protestantischen Pfarrhaus in Grünfier (Netzekreis) in der Provinz Grenzmark Posen-Westpreussen. Schon früh orientierte er sich deutsch-national und wählte nach eigener Aussage in der Weimarer Republik die antidemokratische DNVP, Hitlers späteren Koalitionspartner.<sup>5</sup> Die «Machtergreifung» Hitlers begrüßte er und hielt die Gewalttaten und Übergriffe anfangs für revolutionäre Auswüchse.<sup>6</sup>

Zunächst blieb Kritzinger im RJM, das von hoher personeller Kontinuität geprägt war.<sup>7</sup> Justizminister Franz Gürtner war Mitglied der DNVP und wurde erst nach der Aufhebung der Beitrittssperre im Jahr 1937 Mitglied der NSDAP.<sup>8</sup> Im RJM wurde Kritzinger nicht als ideologischer Gefolgsmann der neuen Machthaber, sondern als juristischer Fachmann geschätzt. Dass er für Angelegenheiten des Staatsrechts zuständig war, involvierte ihn jedoch schon früh in das verbrecherische Handeln der Nationalsozialisten. Ein markantes Beispiel, das er in einer Selbstauskunft aus dem Jahr 1946 anführte,<sup>9</sup> war der sogenannte Röhm-Putsch vom 30. Juni 1934. Kritzinger war an der Formulierung jenes Gesetzes beteiligt, das die Morde an der SA-Führung sowie dem ehemaligen Reichskanzler Kurt von Schleicher und vielen anderen – darunter zahlrei-

che Mitglieder der konservativen Elite wie Erich Klausener und Edgar Jung – kurzerhand als «Staatsnotwehr» für «rechts» erklärte.<sup>10</sup> Als weiteres Beispiel nannte Kritzinger den Raub von Gewerkschaftseigentum durch die NSDAP bzw. die Deutsche Arbeitsfront, der ebenfalls nachträglich «legalisiert» wurde.

### In der Reichskanzlei

Der Chef der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers, der enge Beziehungen zum Justizministerium unterhielt, suchte nach dem Tod eines Mitarbeiters im Jahr 1938 einen Fachbeamten als Nachfolger, der ihm den Rücken für die alltägliche Arbeit freihalten könnte. Die Reichskanzlei diente bereits damals gewissermassen als das legalistische Feigenblatt des NS-Staates. Nach eigener Aussage zögerte Kritzinger zunächst, in die Reichskanzlei zu wechseln. Umso mehr, als Lammers ihm mitteilte, dass eine wichtige Voraussetzung für die Berufung die Parteimitgliedschaft sei, die er bisher nicht vorweisen konnte. Nach der Zusicherung, dass mit diesem Schritt keinerlei parteipolitische Aktivitäten verbunden seien, und vor allem auf Drängen seines bisherigen Vorgesetzten Gürtner, der es lieber sah, wenn «seine Leute» anstelle von überzeugten Parteimitgliedern in wichtige Positionen aufstiegen, trat Kritzinger den Posten am 1. Februar 1938 an. Damit einher ging eine Beförderung zum Ministerialdirektor.

Materielle Gründe dürften für Kritzingers Entscheidung weniger den Ausschlag gegeben haben. Er war mit einer Verwandten des Reichsministers der Finanzen, einer geborenen von Schwerin und Krosigk verheiratet, deren Vater der Familie 1939 ein Haus in der Zehlendorfer Blücherstrasse schenkte.<sup>11</sup> Ob sein anfänglicher Widerstand gegen den Wechsel in die Reichskanzlei und die damit verbundene Parteimitgliedschaft so gross war, wie er nach dem Krieg behauptete, sei dahingestellt. Zweifellos waren mit dem Wechsel in die Reichskanzlei persönlicher Aufstieg und Prestigeerwerb verbunden, führte er Kritzinger doch in eine Behörde, die im Zentrum der Macht agierte. Im November 1942 avancierte er hier sogar zum Staatssekretär.

Die Reichskanzlei war, gemessen an dem immensen Arbeitsaufwand, der dort anfiel, und im Vergleich zu den Fachministerien, deren Arbeit von hier aus koordiniert wurde, mit insgesamt 75 Mitarbeitern eine kleine Institution. Trotz ihrer wachsenden Bedeutung im «Führerstaat» und obwohl sich der Umfang der Geschäftseingänge gegenüber der Weimarer Republik verzehnfachte,<sup>12</sup> wurden die zehn Planstellen des höheren Dienstes, über die die Reichskanzlei am Ende der Weimarer Republik verfügte, bis Kriegsende nur auf 14 Stellen aufgestockt. Die polykratischen Strukturen und die

Abschaffung der Kabinettsitzungen nach 1938 vergrösserten die Zahl der Eingaben bei den zentralen Institutionen des Reiches. Kritzinger sprach von 200 bis 300 Eingaben und Gesuchen, die die Reichskanzlei täglich erreichten.<sup>13</sup> Eine umfassende Prüfung aller Gesetzentwürfe der Ministerien und Eingaben war mit der dünnen Personaldecke nur eingeschränkt zu leisten. Sieht man sich die Lebensläufe weiterer Mitglieder der Reichskanzlei an, fällt auf, wie wenig die «Generation des Unbedingten»<sup>44</sup> in dieser Institution repräsentiert war. Sie war vielmehr von «Generalisten», d.h. von ausgewiesenen Fachbeamten geprägt, die eine Vielzahl von Sachgebieten bearbeiteten.<sup>15</sup>

Zu den Zuständigkeiten der von Kritzinger geleiteten Abteilung B in der Reichskanzlei gehörte das Gebiet «Juden- und Mischlingssachen». Hier wurden beispielsweise Ausnahmewilligungen von den Bestimmungen der Nürnberger Gesetze erledigt.<sup>16</sup> Sie beteiligte sich aber auch an der federführend von Staatssekretär Wilhelm Stuckart im Innenministerium bearbeiteten 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25. November 1941, die den Staatsangehörigkeitsverlust und den Vermögensverfall deutscher Juden im Zuge ihrer Deportation regelte. Die Abteilung B war zudem mit der berichtigten 13. Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 1. Juli 1943 befasst. Diese Vorschrift legte fest, dass das Vermögen von Juden nach deren Tod an das Reich fiel und dass strafbare Handlungen von Juden nicht mehr durch die Justiz, sondern direkt durch die Polizei geahndet werden sollten.<sup>17</sup>

Kritzinger war mit der Abstimmung der beiden Verordnungen befasst, die das Deportationsgeschehen und den Judenmord rechtlich flankierten und den Entzug jüdischen Vermögens legalisierten. Bei der Abstimmung zur 11. Verordnung war er es, der über den Gesetzgebungsvorschlag seines Staatssekretärskollegen Stuckart notierte, es erscheine absonderlich, «wenn ausgerechnet die Juden Schutzangehörige des Deutschen Reiches genannt werden sollten», und ob es sich im Hinblick darauf, dass «in nicht ferner Zeit die Juden aus Deutschland verschwunden sein werden», lohne, «ihnen eine besondere Rechtstellung einzuräumen». Reichsbürger seien sie ja schliesslich ohnehin nicht.<sup>18</sup>

Dieses Beispiel legt nahe, dass Kritzingers Arbeit in diesem Aufgabenbereich keineswegs durch offen widerständiges Handeln geprägt war. Dennoch behauptete er nach dem Krieg, in einzelnen Fällen u. a. durch eine Taktik bürokratischer Verschleppung die Vorgänge gebremst zu haben.

Die Stellung der Reichskanzlei wandelte sich während der nationalsozialistischen Diktatur. Infolge der Ermächtigungsgesetzgebung verlagerten sich die Entscheidungsprozesse weg vom Parlament hin zur Exekutive, insbesondere zum Führer und Reichskanzler Adolf Hitler. Das formal noch existierende Kabinett wurde immer seltener beteiligt.<sup>19</sup> Dazu kamen zahlreiche Führererlasse oder -Verordnungen, die die zentralistische Ausrichtung des Regimes stärkten.



Der Kriegsbeginn forcierte die Tendenz, alles Regierungshandeln letztgültig auf Hitler zu fokussieren. Der Beschluss des «Grossdeutschen Reichstages» im April 1942, Hitler zum Obersten Gerichtsherrn zu bestellen, der über geltendem Recht stand, machte die Reichskanzlei immer mehr zu einer reinen «Clearing-Stelle» (Mommsen), um Gesetze, Erlasse und Verordnungen zu koordinieren und sie Hitler unterschriftsreif vorzulegen. Die jeweiligen Reichsminister berichteten in der Folge nicht mehr direkt an den Reichskanzler, vielmehr hielt der Chef der Reichskanzlei Vortrag bei Hitler, um ihn über die laufenden Arbeiten und Gesetzesvorhaben zu informieren. Lammers hatte damit lange eine Schlüsselstellung im Gesetzgebungsverfahren inne.<sup>20</sup>

Das Gesetzgebungsverfahren wurde zu einem reinen Umlaufverfahren, dessen Koordinierung in der Hand des Reichsministers und Chefs der Reichskanzlei Lammers lag, der stets neben Hitler und dem jeweiligen Reichsministerium mitunterzeichnete.<sup>21</sup> Kritzinger repräsentierte damit eine Institution, die nicht operativ eingriff, sondern die Aufgabe hatte, Verwaltungsabläufe geräuschlos zu organisieren.<sup>22</sup> Die leitenden Mitarbeiter waren streng angewiesen, sich bei den Abstimmungen zwischen den Fachresorts nicht inhaltlich zu positionieren.<sup>23</sup> Dennoch hatten sie erheblichen Einfluss. Sie konnten bestimmte Sachverhalte – wie überall in der Administration – durch Verfahrensfragen beschleunigen oder hemmen und informelle Mitteilungen weitergeben oder unterdrücken.<sup>24</sup> In einem Verhör erklärte Kritzinger dazu:

«Meine Vortraege bei Hitler waren natuerlich auf Hitlers Mentalitaet abgestellt. Selbstverstaendlich waere es ein Wahnsinn gewesen, ihm zu sagen, es waere grauenhaft für die Juden, sondern man musste ihm sagen: Das wuerde grosse politische Unruhen im Volk erregen. Es war ganz klar, dass wir nicht Sachen vorbrachten, die bei Hitler nicht zogen. Gerade bei diesen Entscheidungen.»<sup>25</sup>

Beispiele für diese Vorgehensweise, auf Entscheidungen Einfluss zu nehmen, waren die Einführung des Sonderstrafrechts für Polen und Juden oder der Entzug des Staatsangehörigkeitsrechts für deutsche Juden. Die selten angewandte Taktik, den Geschäftsgang durch zusätzliche Anforderungen von Meinungsäußerungen der Ministerial- und Parteibürokratie zu verzögern, brachte letztendlich nur geringen Erfolg.<sup>26</sup> In der Regel sorgte die Reichskanzlei für einen effizienten Ablauf der Geschäftsgänge.<sup>27</sup>

Als Staatssekretär in der Reichskanzlei agierte Kritzinger in einer der zentralen Schlüsselstellen der NS-Gesetzgebung. Er war einer der «Schnittstellenmanager», die ein effizientes Funktionieren des polykratischen Herrschaftsbildes sicherstellten,<sup>28</sup>

und er stand für die «legalistische» Seite des Regimes, war aber mit Sicherheit über die Verbrechen des NS-Staates gegen Behinderte, Juden und andere Verfolgtengruppen unterrichtet. Ob er das ganze Ausmass des Mordens überschaute und ob beispielsweise die Einsatzgruppenberichte der SS über seinen Schreibtisch gingen, lässt sich jedoch nicht ermitteln.<sup>29</sup> Auch auf die Arbeitsbereiche von Rüstungsminister Albert Speer, Propagandaminister Joseph Goebbels und die SS sowie Angelegenheiten, die die besetzten und annektierten Gebiete betrafen, hatte die Reichskanzlei kaum Einfluss.<sup>30</sup>

### Kritzingers Rolle auf der Wannsee-Konferenz

Als Vertreter der Institution, bei der alle Fäden der Gesetzgebung zusammenliefen, war die Teilnahme Kritzingers an der Wannsee-Konferenz schon allein formal notwendig, weil er die zahlreichen Gesetze und Verordnungen kannte, die die Entrechtung der Juden vorantrieben, den Massmord stützten und juristisch flankierten. Doch mit grossem Enthusiasmus besuchte er die Zusammenkunft vermutlich nicht, obschon er mit den Kollegen aus den anderen Ministerien offenbar ein gutes fachliches Einvernehmen pflegte. Mit dem wesentlich jüngeren Vertreter der Parteikanzlei, Gerhard Klopfer, mit dem zusammen er am 20. Januar 1942 an den Wannsee fuhr, verband ihn sogar eine persönliche Bekanntschaft.<sup>31</sup> An der Aussprache während des Treffens dürfte sich Kritzinger, wenn überhaupt, nur wenig beteiligt haben; im Protokoll wird er mit keiner Äusserung erwähnt. Er meldete sich vermutlich nur dann zu Wort, wenn es um Gesetze und Verordnungen ging, die mit den bestehenden gesetzlichen Regelungen nicht in Einklang zu bringen waren, etwa bei der Frage, wie mit «Mischlingen» bzw. «Mischehen» umzugehen sei, die noch nicht von den Deportationen betroffen waren. Möglicherweise unterstützte er Stuckart bei dessen Bemühen, sich den Bestrebungen des Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) zu widersetzen, das «Mischlinge» mit «Volljuden» gleichsetzen wollte. Stuckart fürchtete für diesen Fall «unendliche Verwaltungsarbeit» und schlug eine Zwangssterilisierung vor.<sup>32</sup> Der Umgang mit der Kategorisierung dieser beiden Gruppen zog zahlreiche Konflikte nach sich, mit denen Kritzinger durch viele Eingaben von Betroffenen vertraut war.<sup>33</sup>

Nach der Konferenz versuchte die Reichskanzlei, sich aus der Thematik der «Endlösung» herauszuhalten. Man wollte diese Frage auf die Zeit nach Kriegsende vertagen. Offensichtlich deutete Lammers so den Wunsch Hitlers, nicht mit ihm über die «Endlösung» reden zu wollen.<sup>34</sup> Zu einer Folgebesprechung der Wannsee-Konferenz, die am 6. März 1942 auf Referentenebene stattfand und bei der es um «Mischlingsfra-

gen» ging, schickte die Reichskanzlei lediglich einen jungen Beamten, Gottfried Boley, den Kritzinger instruierte, «in keiner Weise sachlich Stellung zu nehmen, sondern nur vom Ergebnis dieser Sitzung zu berichten».<sup>35</sup> Vieles spricht dafür, dass Kritzinger sich am Wannsee ähnlich verhielt. Jedenfalls ignorierte die Reichskanzlei die unmissverständliche Aufforderung des RSHA, Stellung zum Protokoll der Folgekonferenz zu nehmen, das an die beteiligten Ressorts verschickt worden war.<sup>36</sup>

Mutmasslich war Kritzinger jedoch nach der Wannsee-Konferenz und bei der ersten Folgebesprechung in Bemühungen Stuckarts eingebunden, die sich gegen Heydrichs Vorschläge richteten. In den Akten findet sich hierzu die Abschrift eines Schreibens von Lammers an Innenminister Wilhelm Frick vom 22. Mai 1942, in dem der Chef der Reichskanzlei auf ein – leider nicht überliefertes – Schriftstück Fricks oder Stuckarts vom 12. Mai 1942 Bezug nahm. Es hatte ihm Anlass zu einem Geheimschreiben an Heydrich gegeben, das er als Anlage übersandte.<sup>37</sup> Darin forderte Lammers Heydrich auf, die Ausführungen im Schreiben des Innenministeriums vom 12. Mai 1942 «betreffend die Stellung der Mischlinge 1. Grades» bei der geplanten Unterrichtung Görings über die «Endlösung» zu berücksichtigen. Er wolle sie seinerseits «später bei dem Führer mit zum Vortrag bringen». Eine endgültige Stellungnahme Hitlers zur «Mischlingsfrage» im Sinne eines Erlasses, der die Deportationen und Morde gestoppt hätte, lässt sich in den Akten jedoch nicht nachweisen und scheint im Hinblick auf die Notwendigkeit einer dritten Konferenz am 27. Oktober 1942 auch zweifelhaft.<sup>38</sup>

Nach der Wannsee-Konferenz blieb Kritzinger Lammers' wichtigster Mitarbeiter. Während dieser die Nähe des Führers in den Feldquartieren suchte, regelte Kritzinger das Alltagsgeschäft in der Berliner Reichskanzlei und wurde für seine Dienste – am gleichen Tag wie Klopfer – zum Staatssekretär ernannt. Die persönlichen Treffen von Lammers mit Hitler wurden freilich immer seltener. Martin Bormann, Leiter der Parteikanzlei im Rang eines Reichsministers, konnte seine Stellung mit dem offiziellen Titel «Sekretär des Führers» ausbauen und beanspruchte bald das Recht, in allen den Führer betreffenden Angelegenheiten Mitsprache zu erhalten und, was noch wichtiger war, den Zugang zum Führer zu kontrollieren. Damit wurde der Einfluss von Lammers und der Reichskanzlei weiter geschwächt. Auch Lammers' Vorträge bei Hitler fanden nur noch im Beisein von Bormann statt. Kritzinger scheint in dieser Zeit den Preis für seine hohe Arbeitsbelastung gezahlt zu haben.<sup>39</sup> Er litt unter hohem Blutdruck und einer Sehschwäche und musste im Frühjahr 1943 einen sechswöchigen Genesungsurlaub antreten. Wie sehr sein professionelles Engagement gleichwohl geschätzt wurde, zeigt auch seine Rolle bei der Verlegung der Regierungsstellen aus Berlin Ende April 1945, die er zum Teil koordinierte. Danach blieb er als Staatssekretär Mitglied in der ge-

schäftsführenden Reichsregierung unter dem von Hitler eingesetzten Reichspräsidenten Grossadmiral Dönitz, die nach dem Tod Hitlers in Flensburg residierte.<sup>40</sup>

### Kritzinger in der Rückschau seines Sohnes

Aufgrund seines frühen Todes im Jahr 1947 konnte Kritzinger seine berufliche Laufbahn in der Nachkriegszeit nicht mehr reflektieren und sie auch nicht für eine breitere Öffentlichkeit inszenieren, wie dies andere NS-Täter, etwa Albert Speer oder Adolf Eichmann, versucht haben. Die Phase, in der von Kritzinger eine persönliche Rechtfertigung gefordert werden konnte, war kurz. Er wurde von dem amerikanischen Ankläger in den Nürnberger Prozessen Robert W. Kempner vernommen, der herausfinden wollte, in welche Täterkategorie Kritzinger einzuordnen sei. «Denn wenn uns z.B. jemand sagt: Die Reichskanzlei war so eine Art Briefverteilungsstelle, dann wissen wir natuerlich im ersten Augenblick, das ist ein Mittaeter, der will jetzt sagen: Ich war nur ein Angestellter bei der Briefverteilungsstelle/<sup>41</sup>

Die umfangreichen Vernehmungsprotokolle und das auf ihrer Grundlage erstellte Gutachten von Hans Mommsen bildeten schliesslich auch die Blaupause für das energische Bemühen von Kritzingers Sohn, seinen Vater post mortem in das seiner Ansicht nach richtige Licht zu setzen. Dies geschah zunächst im Rahmen von zwei umfangreichen Schriftsätzen im Widerspruchsverfahren gegen die Aberkennung der Pensionsansprüche von Kritzingers Witwe aus den Jahren 1963 und 1965. Es war Kritzinger jr. aber nicht allein um die Verteidigung der Witwenpension seiner Mutter zu tun, sondern nicht zuletzt auch um das Renommee seines Vaters. Später verfasste der Sohn für die Familie eine über 700 Seiten umfassende, unveröffentlichte Berufsbiografie des Vaters, die er 1998 abschloss.

Bemerkenswert ist hierbei, dass er sich weitgehend die soziale und professionelle Perspektive des verstorbenen Vaters zu eigen machte. Als Jurist dem Vater auch fachlich nahe, blieb er bemüht, dessen berufliche Verstrickung in ihrer handlungsleitenden Relevanz zu charakterisieren und zu legitimieren; zugleich beanspruchte er mit seinen Einlassungen die Deutungshoheit. Um seine Argumentation zu stützen, befasste er sich intensiv mit den gerichtlichen Verfahren anderer Hinterbliebener von Teilnehmern der Wannsee-Konferenz, so mit dem Verfahren, das die Witwe Stuckarts zwischen 1960 und 1969 angestrengt hatte,<sup>42</sup> oder mit dem der Witwe Neumanns im Jahr 1964 gegen die Aberkennung ihrer beamtenrechtlichen Versorgungsansprüche.

Im Fall Kritzinger wies das Landespersonalamt Hessen mit Bescheid vom 22. Februar 1963 den Anspruch auf die inzwischen seit sechs Jahren gezahlte Pension der Wit-

we zurück. In der Begründung heisst es u. a., «dass er [Kritzinger sen.] an dem Erlass mehrerer rechtsstaatswidriger Verordnungen mitgewirkt und an der Staatssekretärs-Besprechung vom 20. Januar 1942 teilgenommen habe».<sup>43</sup> In seinem Widerspruch versuchte der Sohn den Vater mit einer Arbeitsplatzbeschreibung zu entlasten, die dessen beschränkten Handlungsrahmen betonte (und damit dem Kalkül des Vaters und seiner Amtskollegen folgte), der aus seiner Perspektive häufig nur in der Abwägung «des kleinen und grösseren Übels» bestand. Der Bewertungsstab war hierbei stets eine «radikale Judenpolitik», gegen die sich die Reichskanzlei gewandt habe. Zwar habe Kritzingers Verhalten durchaus einen zwiespältigen Eindruck erweckt, beispielsweise im Zusammenhang mit der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz. Doch dem hielt der Sohn entgegen: «Die einzige berechtigte Frage wäre nur die, warum mein Vater Argumente gebraucht hat, die judenfeindlich klingen.»<sup>44</sup> Als Erklärung zog der Sohn eine Konstruktion heran, die auch andere NS-Täter gern zu ihrer Verteidigung benutzten: Der so befremdliche Eindruck, den die Handlungen seines Vaters hinterliessen, sei das Resultat einer raffinierten Täuschungstaktik, die Hitler überzeugen sollten, «d. h. sie mussten den Erlass der Verordnung selbst vom Standpunkt eines radikalen Nationalsozialisten aus als unerwünscht oder unzweckmässig erscheinen lassen».<sup>45</sup> Kritzinger jr. wollte gerade hierin einen Beleg für die Stärke und das Geschick seines Vaters erkennen: «Seine wiederholten Vorstösse, eine judenfeindliche Massnahme durch einen geschickt formulierten Einwand scheitern zu lassen, und zwar ausgerechnet durch eine Entscheidung Hitlers, sind doch an Mut, Klugheit und psychologischem Einfühlungsvermögen kaum zu übertreffen.»<sup>46</sup>

Die Ansicht, Kritzinger hätte das Amt verlassen müssen, die schon Mommsen in seinem Gutachten von 1966 vertreten hatte, versuchte der Sohn mit dem Hinweis zu widerlegen, dass sein Vater einen beruflichen Ausstieg als Feigheit und Fahnenflucht empfunden hätte. Zudem hätte ihn «ein Entlassungsgesuch mit der Begründung, er könne die Ziele der Politik nicht gut heissen, [...] ins KZ gebracht». Es wäre ebenso wenig bewilligt worden wie eine Versetzung, «da es einen Posten, der konfliktärmer gewesen wäre, nicht gab. [...] Vor allem war für meinen Vater bestimmend, dass ein Nachfolger die Arbeit nicht in seinem Sinne fortführen würde».<sup>47</sup> Kritzinger jr. verwies in diesem Zusammenhang auf die vermehrten Zugriffe der NSDAP auf höhere Stellen, die sein Vater und andere Funktionsträger, die sich selbst als parteifern verstanden, bereits damals beklagt hätten. «Er hat den Übergriffen der Partei Einhalt geboten und die radikalen Elemente der Staatsführung gezwungen, ihr Handeln dem positiven Recht und nicht anderen zweifelhaften Rechtsquellen, wie Führererlassen usw. unterzuordnen. Ihm war es auch ein echtes Anliegen, dem sich abzeichnenden Chaos auf

dem Gebiet der Verwaltung zu wehren.»<sup>48</sup> Insgesamt bestätigte dieses Szenario ein Bild, das den Beamten der Reichskanzlei als auf einer diffizilen Gratwanderung besonders couragiert zeichnete und damit die Entscheidung, im Amt zu bleiben, als alternativlos und moralisch richtig erscheinen liess. Das Urteil des Historikers Hans Mommsen, der Kritzinger u. a. als «kollaborierende[n] Beamte [n]» bezeichnet hatte, wies der Sohn ebenso als völlig falsch zurück wie die Einstufung als «Mitläufer aus Schwäche».<sup>49</sup> Kritzingers Schweigen während der Konferenz, so der Sohn, eröffne hingegen einen Interpretationsspielraum zugunsten des Vaters: «Sein Schweigen ist kein rechtswidriges Unterlassen, denn die Konferenz hat ein Ergebnis nicht gehabt.»<sup>50</sup> In emotionaler Tonlage und veränderter Rhetorik wechselte der Sohn dann die Argumentationslinie und verwies auf die persönliche Gefährdung des Vaters. Er verglich sie sogar mit der Bedrohung eines politisch Verfolgten, indem er mit Bischof Clemens August Graf von Galen einen damaligen Repräsentanten des Widerstandes und Ikone der Zivilcourage im Widerstand gegen die «Euthanasie»-Morde anführte. In einer Art dramaturgischem Höhepunkt beklagte Kritzinger jr. das moralische Dilemma der Konstellation:

«Meint man, mein Vater hätte laut protestieren sollen? [...] Ein Aufbegehren meines Vaters hätte nicht einmal eine moralische Ausstrahlung gezeitigt, denn er konnte nicht wie der Bischof von Münster mit seinem Widerstand an die Öffentlichkeit treten. [...] Er hätte sein Leben riskiert, ohne dass die geringste Aussicht bestand, durch einen offenen Widerstand auch nur einem der bedrängten und verfolgten Menschen geholfen zu haben. [...] Mein Vater tat stattdessen etwas viel wirkungsvolleres: er behielt die Entwicklung der ‚Endlösung‘, soweit er überhaupt in sie Einblick nehmen konnte, im Auge und versuchte, sie soweit wie möglich abzuschwächen.»<sup>51</sup>

Schien eben noch die Bedrängnis in einen Zustand der Machtlosigkeit zu münden, so wird nun der subversiv genutzte Handlungsspielraum hervorgehoben: Der Vater habe die Radikalisierung der Verfolgungspolitik, die er angeblich kaum kannte, im Blick behalten und interveniert, wenn dies möglich erschien. Alles in allem zeichnete der Sohn hier ein überaus widersprüchliches und wenig kohärentes Bild des professionellen Verhaltens seines Vaters. Mit deutlicher Empörung verwies er schliesslich auf die bislang unangetasteten Pensionsbezüge von Kritzingers ehemaligem Vorgesetzten und Chef der Reichskanzlei Dr. Lammers. Dieser war in Nürnberg zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt und nach wenigen Jahren entlassen worden. «Bis zu seinem Tode bezog er – als rechtskräftig verurteilter Kriegsverbrecher – jedoch immerhin die Pension eines

Ministerialrats. Hier aber will man der Witwe seines Staatssekretärs jedes Recht auf eine Hinterbliebenenversorgung absprechen, obwohl mein Vater nicht zu den verurteilten oder anzuklagenden Kriegsverbrechern gehört hat.»<sup>52</sup>

Nach der Eröffnung der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz im Jahr 1992 wurden in der Ausstellung drei Teilnehmer der Wannsee-Konferenz präsentiert, darunter Kritzinger, ohne jedoch über Fotos von ihnen zu verfügen. Die Gedenkstätte suchte Kontakt zu Verwandten und Nachkommen, um Fotos ergänzen zu können. Zu einem ersten Briefkontakt mit Kritzingers Sohn kam es im Juni 1994. Dieser prüfte das Anliegen kritisch und erkundigte sich detailliert nach dem Zusammenhang, in dem der Vater in der Ausstellung dargestellt und mit welchem Wortlaut seine Funktion kommentiert werde. Dem damaligen Direktor der Gedenkstätte, Gerhard Schoenberger, war das Delikate seiner Bitte bewusst. Er kannte die Reflexe, die solche Anfragen auslösen konnten, aus anderen Begegnungen und verwies auf die betont nüchterne Aufzählung der Fakten in der Ausstellung, evozierte das allgemeine öffentliche Interesse und appellierte an Kritzinger jr., der Gedenkstätte zu helfen.<sup>53</sup>

Im Juli 1994 lehnte Kritzingers Sohn das Ersuchen der Gedenkstätte jedoch ab und formulierte fundamentale Kritik am Konzept der Ausstellung. Er wolle die «historisch recht anfechtbare Akzentuierung nicht noch durch Überlassung eines Bildes unterstützen».<sup>54</sup> Wie bereits bei der Verteidigung des Vaters im Widerspruchsverfahren behauptete er erneut, dass die Wannsee-Konferenz als historisches Ereignis vollkommen überbewertet werde. Ihn störe allein schon der Name «Haus der Wannsee-Konferenz», der den Konferenzraum wie einen Originalschauplatz der Geschichte anspreche. Die Konferenzteilnehmer würden sich dem «unbefangenen und wenig informierten Besucher» fälschlicherweise als geschlossene Tätergruppe einprägen, «die als zuständiges Beschlussgremium<sup>4</sup> an der Idee oder der Ausführung der sog. Endlösung beteiligt war».<sup>55</sup> Seine Kritik galt also der «unterschweligen Umdeutung der Konferenz», einer «historischen Entstellung» und «steckbriefartigen» Präsentation der Teilnehmer. Diese Vorwürfe kulminierten schliesslich in einer Feststellung, hinter der sich auch ein Wunsch verbarg: Man könne, historisch betrachtet, den Vater aus diesem Kontext gänzlich entfernen und so die Nähe zu den anderen Tätern aufheben.

«Wir meinen sogar, seine [Kritzingers] Anwesenheit war buchstäblich so ‚nichtsagend<sup>4</sup>, dass man ihn namentlich überhaupt nicht aufzuführen brauchte. [...] Die ganze Konzeption der Ausstellung reiht unseren Vater völlig zu Unrecht mit Heydrich, Eichmann und Genossen gewissermassen gleichrangig in ein Verbrecheralbum ein.»<sup>56</sup>

Im Oktober 1994 bot Kritzinger jr. erneut seine Expertise an und fügte sogleich einen konkreten Textvorschlag hinzu, um eine Ausstellungstafel zur Bedeutung der Reichskanzlei im Allgemeinen und speziell zur Funktion von Lammers und Kritzinger zu korrigieren. Die Besucher sollten erfahren, dass die Reichskanzlei durch Obstruktion die Ermordung der im Reich lebenden nahezu 100'000 «Mischlinge» und anderer «Privilegierten» verhindert habe.<sup>57</sup> Der Vater würde als schweigender, aber entsetzter Beobachter der Wannsee-Konferenz gewürdigt. Die Gedenkstätte lehnte eine solche Änderung der Ausstellung selbstverständlich ab.

2005 kam es erneut zu einem Briefwechsel zwischen der Gedenkstätte und Kritzinger jr. Schoenberners Nachfolger Norbert Kampe, der eine Revision der Ausstellung plante, informierte Kritzinger über das Vorhaben. In einem Brief vom Juni 2005 äusserte Kritzinger erneut Skepsis, aber auch Neugierde und sogar eine gewisse Anerkennung für die geplante Geschichtspräsentation.<sup>58</sup> Seit 2006 ist ein ganzer Raum der Gedenkstätte ausschliesslich der Darstellung des institutioneilen Kontexts der zur Wannsee-Konferenz eingeladenen Behörden gewidmet.

## Fazit

«Nimm das Recht weg – was ist dann ein Staat noch anderes als eine grosse Räuberbande?» Dieses Zitat von Augustinus von Hippo (354-430) illustriert, dass Kritzinger sich mit seiner juristischen Arbeit für das Regime, dessen verbrecherischen Charakter er offenbar klar und früh erkannt hatte, zum Handlanger einer «Räuberbande» gemacht hat. So sagte er in einem Verhör mit Robert W. Kempner, dem Vize-Chefankläger in den von der US-Militärstaatsanwaltschaft geführten Nürnberger Nachfolgeprozessen: «Das Furchtbarste war für mich die Behandlung in den besetzten Gebieten und der Juden. Ich schämte mich, in meine Heimat zu fahren, das Grab meines Vaters zu besuchen.»<sup>59</sup> (Das Grab lag in einem früher zum Deutschen Reich, nach dem Versailler Vertrag zu Polen gehörenden Gebiet.) Die Scham über die Verbrechen des Regimes ging allerdings nicht mit der Einsicht einher, dass die eigene Tätigkeit aktive Mithilfe für das Funktionieren dieses verbrecherischen Systems war. Im Verhör in Nürnberg griff Kritzinger eine Schiffsmetapher Kempners auf und erklärte: «Wenn ein Schiff in Seenot geraet – und das Schiff Deutschland war in Seenot – dann verlaesst der Matrose das Schiff nicht, um sich in Sicherheit zu bringen, auch wenn er weiss, dass der Kapitän Schuld ist.»<sup>60</sup>

Kritzinger wirkte seit 1933 in verantwortlicher Position daran mit, eklatante Rechtsbrüche zu kaschieren und die Illusion von der Existenz eines Rechtsstaates in



I.C. — 1086-142-45 — 76406

### DETENTION REPORT

File number

SEX (1)	
<input checked="" type="radio"/> M <input type="radio"/> F <small>Ring applicable</small>	Office use only



KRITZINGER  
FRIEDRICH  
31G 350027  
22 JUNE 1945



KRITZINGER  
FRIEDRICH  
31G 350027  
22 JUNE 1945

Surname : KRITZINGER  
 First names : FRIEDRICH WILHELM  
 Aliases : *unbekannt*  
 Civil Occupation : *State Secretary*  
 Nationality : German (2)

DATE OF BIRTH (3)	PLACE OF BIRTH (3a)	WEIGHT (3b)	HEIGHT (4)
14 APRIL 1896	GRUENFIER, Prussia	148 lbs	1.81m

Ein State Secretary kann in den USA auch Minister sein. Nach seiner Inhaftierung in Nürnberg wurde deshalb von unbekannter Hand der Übersetzungsfehler auf dem Arrestbericht Kritzingers korrigiert. Unbekannter Fotograf, 22. Juni 1945; [Yad Vashem](#), 84185

der Diktatur aufrechtzuerhalten. Die Wannsee-Konferenz steht für eine wesentliche Etappe in dem Prozess, ein gigantisches Völkermordprogramm juristisch zu flankieren und zu rationalisieren. Die Pflege der legalistischen Fassade trug dazu bei, die Akzeptanz des NS-Staates und seiner Verbrechen auch bei nicht überzeugten Parteigängern zu erhöhen und ihnen die Beteiligung am System zu erleichtern. Das NS-Regime verstand sich als nationalsozialistischer Rechtsstaat. Eine Revolution ohne äusserliche Anknüpfung an die traditionellen Rechtsnormen war offenbar auch den Nationalsozialisten unheimlich.

Niemand wählt seine Familienbiografie selbst. Die Nachkommen der Teilnehmer der Wannsee-Konferenz sind, soweit bekannt, überaus unterschiedlich mit ihrem familiären Erbe umgegangen. Kritzingers Sohn übernahm mehr als 15 Jahre nach dem Tod des Vaters die Rolle von dessen juristischem und moralischem Verteidiger. Die persönliche Scham, die der Vater in mehreren Passagen seiner Vernehmung formulierte, und eine hohe Identifikation mit dem Vater dürften ihn verpflichtet haben, diesen auch emotionalen familiären Pakt einzugehen. Er kämpfte für eine empathische Bewertung der väterlichen Verstrickung. Stets reagierte er alarmiert auf zeithistorische Interpretationen, besonders gereizt begegnete er der Institutionalisierung des Geschichtsortes Haus der Wannsee-Konferenz. Sein Ziel war eine öffentliche Darstellung seines Vaters als möglichst unbedeutende Randfigur und damit eine in seinen Augen angemessene Historisierung.

- 1 Mommsen, Aufgabenkreise, S. 369-398. Eine ausführliche Bewertung des Gutachtens findet sich bei Berg, Holocaust, S. 557-563.
- 2 Rebutisch, Führerstaat; ders., Kritzinger.
- 3 Vgl. Friedrich Wilhelm Kritzinger jr., Ausarbeitung über die Tätigkeit und Haltung meines Vaters im Dritten Reich. Schriftsätze, eingereicht beim Landespersonalamt im Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren gegen Walti Kritzinger vom 22. Februar 1963, BArch N 1635/2.
- 4 Rebutisch, Kritzinger, S. 445.
- 5 Protokoll der Vernehmung Kritzingers durch Robert Kempner am 5.3.1947, IfZ-München, <http://www.ifz-muenchen.de/archiv/zs/zs-0988.pdf> (17.8.2016).
- 6 Selbstauskunft Friedrich Wilhelm Kritzinger vom 9.9.1946, S. 5, BArch N 1635, S. 3-6.
- 7 Die zwölf Ministerialräte, von denen fast die Hälfte schon seit 1920 im Hause arbeiteten, blieben 1933 sämtlich im Amt. In einem SD-Bericht (vermutlich 1941) heisst es «wenn man in das Justizministerium gehe, müsse man das Parteiabzeichen abnehmen». Zit. nach: Broszat/Fröhlich/Wiesemann (Hrsg.), Bayern, S. 612.
- 8 Vgl. Gruchmann, Justiz, S. 243.
- 9 Vgl. Selbstauskunft Friedrich Wilhelm Kritzinger vom 9.9.1946, S. 5, BArch N 1635, S. 5.
- 10 Gesetz über Massnahmen der Staatsnotwehr vom 3.7.1934, RGBl. I, S. 529. Vgl. Heller, Zivilrechtsgesetzgebung, S. 356.
- 11 Vgl. Selbstauskunft Friedrich Wilhelm Kritzinger vom 9.9.1946, S. 5, BArch N 1635, S. 18.
- 12 Vgl. Rebutisch, Führerstaat, S. 56, Anm. 105.
- 13 Vgl. Selbstauskunft Friedrich Wilhelm Kritzinger vom 9.9.1946, S. 5, BArch N 1635, S. 10.
- 14 Vgl. Wildt, Generation des Unbedingten.
- 15 Vgl. Franz-Willing, Reichskanzlei, S. 106 f.
- 16 Vgl. Mommsen, Aufgabenkreise, S. 370.
- 17 Reichsgesetzblatt 1943, S. 372; vgl. Mommsen, Aufgabenkreise, S. 393-396.
- 18 Vermerk Kritzingers an Lammers vom 13.12.1940, GStA Rep 335/11/522-NG 2610. Hitler, dem Stuckarts Entwurf zusammen mit dem Entwurf für eine Verordnung zur Deutschen Volksliste vorlag, sprach sich – wie Lammers am 20. Dezember 1940 vermerkte – dann auch «ganz entschieden» dagegen aus, dass die Juden in einem Gesetz oder einer Verordnung als «Schutzangehörige» bezeichnet würden, wovon Lammers das RMDI zeitnah unterrichtete. Zit. nach: Mommsen, Aufgabenkreise, S. 382.
- 19 Vgl. Rebutisch, Führerstaat, S. 41.
- 20 Lammers sagte in einer Vernehmung durch Robert Kempner in Nürnberg 1948 aus: «Weil das Reichskabinett nicht mehr zu Sitzungen zusammentrat, weil auch sonst der Führer die Zusammenkünfte der Minister sozusagen verboten hatte, war das einzige Mittel einer Verbindung unter den Ressorts über die laufenden Geschäfte gelegentliche Zusammenkünfte der Staatssekretäre, und die haben sich dann entwickelt in den letzten Monaten des Krieges zu fast täglichen Besprechungen, weil sonst jede Verbindung gefehlt hatte.» Zit. nach: Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 154 f.
- 21 Während das Kabinett 1933 jeden zweiten Tag zusammenkam, waren es 1934 nur neunzehnmal, 1935 zwölfmal, 1936 viermal, 1937 sechsmal und 1938 einmal; vgl. Wehler, Nationalsozialismus, S. 65. Rebutisch, Führerstaat, S. 41, bezeichnet die Sitzung am 9. Dezember 1937 als letzte ordentliche Kabinettsitzung, während die Sitzung anlässlich der «Fritsch-Krise» am 5. Februar 1938 lediglich eine Ministerbesprechung bzw. eine Rede Hitlers zur politischen Lage dargestellt habe.
- 22 Vgl. Rebutisch, Führerstaat, S. 48.
- 23 Vgl. ebenda, S. 54 f.
- 24 Vgl. ebenda, S. 55 f.

- 25 Vernehmung Friedrich Wilhelm Kritzinger durch Dr. Robert Kempner am 5. 3. 1947, IfZ ZS 988/1, S. 17.
- 26 Ausführlich dokumentiert bei Adam, Judenpolitik, S. 192–212. Letztendlich blieben diese Bemühungen aber fruchtlos: Adam schließt mit dem Fazit: „Die Polen-Strafrechtsverordnung bedeutete für alle Betroffenen das Ende des bisherigen Strafrechtssystems.“
- 27 Vgl. Mommsen, Aufgabenkreise, S. 375.
- 28 Reichardt/Seibel (Hrsg.), Der prekäre Staat, S. 19.
- 29 Hans Mommsen schreibt in seinem Gutachten über Kritzinger, „dass ihm der Gesamtumfang der Endlösung“ vielleicht nicht bewusst gewesen sei, es bestehe aber kein Zweifel, dass Kritzinger „über alle entscheidenden politischen Vorgänge, darunter Judenverfolgung und Endlösung, Einsatzgruppenproblematik, Euthanasie, Kirchenverfolgung, politische Maßnahmen in den besetzten Ostgebieten, Arbeitseinsatz usw. informiert gewesen ist und alle diesbezüglichen Gesetzesvorlagen oder Rechtsverordnungen vor ihrer Veröffentlichung kennengelernt hat“. Mommsen, Aufgabenkreise, S. 372.
- 30 Ein Bearbeiter der Akten der Reichskanzlei, Friedrich Hartmannsgruber, spricht von sektoralen, territorialen und zeitlichen Grenzen. Vgl. Retterath, Tagungsbericht.
- 31 Nach dem Tode Kritzingers riss der Kontakt zwischen der Familie Kritzinger und Gerhard Klopfer nicht ab, wie Briefe Klopfers von 1947 und 1968 ausweisen. Vgl. Brief Friedrich Wilhelm Kritzinger jr. an den Verfasser vom 12. 11. 2011 mit zwei Briefkopien.
- 32 Adam, Judenpolitik, S. 226.
- 33 Vgl. Selbstauskunft Friedrich Wilhelm Kritzinger vom 9. 9. 1946, S. 5, BArch N 1635, S. 10.
- 34 Vgl. IMT, Bd. XI, S. 61/4.
- 35 Vernehmung von Hans Ficker 20. 12. 1946, BArch Film 44312.
- 36 Vernehmung von Gottfried Boley, 10. 6. 1947, BArch Film 55001.
- 37 Schreiben von Lammers an Frick vom 22. 5. 1942, BArch R 1501/5519, Bl. 239 f.
- 38 Vgl. Essner, Die „Nürnberger Gesetze“, S. 428; Jasch, Staatssekretär Wilhelm Stuckart, S. 342 f. Lammers' Mitarbeiter, Reichskabinettsrat Dr. Dr. Ficker, bekundete, dass Lammers, veranlasst durch die Besprechung vom 6. März 1942, „im April oder Mai 1942 den ganzen Komplex bei Hitler zum Vortrag“ brachte, der dann entschieden habe, „dass die Erörterung der gesamten Angelegenheit bis Kriegsende zurückgestellt werden solle“. Aussage Fickers vom 22. 12. 1947 für Hofmann im RuSHA-Prozess (Fall 8, Hofmann Dok. Nr. 135 c), auszugsweise Abschrift als Dok. Nr. 669 der Verteidigung Stuckarts, BArch 99 US 7, Fall XI/871, Bl. 95.
- 39 Vgl. Heintzeler, Der rote Faden, S. 51.
- 40 Vgl. Kershaw, Das Ende, S. 469 f.
- 41 Vernehmung Friedrich Wilhelm Kritzinger durch Dr. Robert Kempner am 5. 3. 1947, IfZ, ZS 988, S. 14 f.
- 42 Am 1. Juni 1960 stellte der Direktor des Landespersonalamtes Hessen unter Bezugnahme auf § 3 Nr. 3 a des Gesetzes zu Art. 131 GG fest, dass dem Verstorbenen Stuckart und seinen Hinterbliebenen keine Rechte nach Kap. I des G 131 zustünden. Gegen diese Entscheidung klagte Lotte Stuckart bis zum Hessischen Verwaltungsgerichtshof (VGH), der in einem Vorlageverfahren das Bundesverfassungsgericht zur Verfassungsmäßigkeit von § 3 Nr. 3 a G 131 konsultierte und dann die Klage vollumfänglich abwies. Auch die Nichtzulassungsbeschwerte zur Revision zum BVerwG 1969 hatte keinen Erfolg. Hessisches Staatsarchiv, Wiesbaden (HessStA), Entscheidung des Hess. VGH vom 10. Dezember 1963 (Az: AS I 3/62).
- 43 Abschrift Schreiben Friedrich Wilhelm Kritzinger jr. an das Landespersonalamt Hessen vom 28. 5. 1963, S. 1, BArch N 1635/2.
- 44 Ebenda, S. 21.
- 45 Ebenda, S. 22.

- 46 Ebenda, S. 43.
- 47 Ebenda, S. 29.
- 48 Ebenda, S. 29.
- 49 Ebenda, S. 42.
- 50 Ebenda, S. 35.
- 51 Ebenda, S. 33. Hervorhebung im Original.
- 52 Ebenda, S. 46. Hervorhebung im Original.
- 53 Brief von Gerhard Schoenberner an Kritzinger jr., 23. 6. 1994, Archiv der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz (GHWK).
- 54 Brief von Kritzinger jr. an Schoenberner vom 19. 6. 1994, Archiv der GHWK, S. 4.
- 55 Ebenda, S. 1.
- 56 Ebenda, S. 4.
- 57 Brief von Kritzinger jr. an Schoenberner vom Oktober 1994, Archiv der GHWK.
- 58 Brief Friedrich Wilhelm Kritzinger jr. an Norbert Kampe, 14. 6. 2005, Archiv der GHWK.
- 59 Vernehmung Wilhelm Kritzinger durch Dr. Robert Kempner am 5. 3. 1947, IfZ, ZS 988, S. 14.
- 60 Ebenda.

# Georg LEIBBRANDT

## Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete

### Ein gelehrter Radikaler



Georg Leibbrandt (1899-1982)

Unbekannter Fotograf, o. D. [1942]  
Ullstein bild, 00263185

■ «Die Verschiedenheit der Völker [...] brachte ein weiteres Moment in der Bereicherung mit sich, sei es auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Lebens, der geistigen Haltung oder der religiösen, kulturellen, politischen und sozialen Willensbildung. [...] Es war ein Colloquium humanum, ein menschliches und geistliches Zusammenleben, bei dem jeder seine Eigenart behalten konnte [...], in dem aber über allem Nationalen die menschliche Gemeinschaft als oberstes Prinzip dominierte.»<sup>1</sup> So beschreibt Georg Leibbrandt Ende der 1960er-Jahre das Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten in der Ukraine vor dem Ersten Weltkrieg. Das Zitat aus einer Selbstdarstellung Leibbrandts mutet wie eine Vision von einem harmonischen Zusammenleben der Völker, von Kooperation, Austausch, Akzeptanz an – eine Vision, von der sich Leibbrandt nach eigener Aussage auch in seiner Tätigkeit als hochrangiger Funktionär im Aussenpolitischen Amt der NSDAP (APA) und im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete (RMO) leiten liess.

Christian Gerlach zeichnet demgegenüber ein ganz anderes Bild. So urteilt er über die Russlanddeutschen in der NS-Verwaltung: «Zu den aktivsten und fanatischsten Tätern, nicht selten zu den Strategen der Besatzungspolitik und der Massenmorde gehörten die ehemaligen Russland- oder Sowjetdeutschen. [...]»<sup>2</sup> – wie der in der Nähe von Odessa geborene Leibbrandt. Dieser Sichtweise folgt auch Ernst Piper in seiner biogra-

fischen Studie zu Alfred Rosenberg (1893-1946), dem langjährigen Vorgesetzten Leibbrandts.<sup>3</sup> Dessen Teilnahme an der Wannsee-Konferenz, bei der er gemeinsam mit Rosenbergs Stellvertreter Alfred Meyer das RMO vertrat, und die Tendenz vieler Protagonisten des NS-Regimes, ihre eigene Rolle im Nachhinein zu verharmlosen, lassen diese Perspektive – wenn man mit der neueren Täterforschung auch die «Köpfe und Planer» unter den Begriff subsumiert<sup>4</sup> – zunächst einleuchtender erscheinen.<sup>5</sup>

Die Gründe für Leibbrandts Anwesenheit auf der Besprechung am 20. Januar 1942 sollen im Folgenden untersucht werden. In den zahlreichen Publikationen zur Wannsee-Konferenz ist er bisher nur als Randfigur thematisiert.<sup>6</sup>

Seine Beteiligung an der Vernichtungspolitik gegenüber der jüdischen Bevölkerung in den besetzten Ostgebieten wird unterschiedlich beurteilt. Einige Autoren schätzen ihn als Dilettanten ein,<sup>7</sup> andere als wichtigen Experten.<sup>8</sup> Dabei ist Leibbrandt mit Otto Hofmann und Gerhard Klopfer einer von nur drei Konferenzteilnehmern, die nach dem Zweiten Weltkrieg mehrere Jahrzehnte ihres Lebens in der Bundesrepublik verbrachten und sich dort eine neue Existenz aufbauen konnten.

Im Folgenden wird Leibbrandt als wichtiger Akteur einer völkisch orientierten «Ostforschung» porträtiert,<sup>9</sup> dessen Konzepte zur Neuordnung Europas unter deutscher Vorherrschaft «humaner» scheinen als die Realität der Besatzungsherrschaft im Osten. Seine volkstumpolitischen Arbeiten zur Umsetzung dieser Konzepte wurden jedoch eindeutig im Rahmen des Nationalsozialismus und für die politischen und ideologischen Ziele des Regimes verfasst – mit allen mörderischen Konsequenzen, die daraus, ob intendiert oder nicht, erwuchsen.

### Volkstumsforscher

Georg Leibbrandt wurde am 5. September 1899 in Hoffnungsfeld (Torosowo) bei Hoffnungstal (Zebrykowe) in der Nähe von Odessa als Nachfahre deutscher Auswanderer geboren.<sup>10</sup> Er besuchte weiterführende Schulen im Baltikum in Dorpat (Tartu) und Werro (Võru) sowie in Odessa. Neben Deutsch als Muttersprache lernte er Russisch und Ukrainisch, am Gymnasium Griechisch und Latein, später auch Französisch und Englisch. 1918 war er als Dolmetscher für deutsche Besatzungstruppen in der Ukraine tätig, 1919 flüchtete er vor dem Bürgerkrieg nach Deutschland. Diese Erfahrung und der Tod einer Reihe von Familienmitgliedern infolge der Umsiedlungen unter Stalin legten den Grundstein für Leibbrandts strikten Antibolschewismus, der den Kern seiner weltanschaulichen Konzeptionen bildete.

In den 1920er-Jahren absolvierte er ein Studium der Theologie, Geschichte und Philosophie in Tübingen, für wenige Monate auch in Marburg und Leipzig. Es folgten Aufenthalte in Paris und London mit Lehrveranstaltungen in Völkerrecht und Völkerbeziehungen. Den Lebensunterhalt verdiente er sich aushilfsweise als Dolmetscher für ausländische Gäste auf den Leipziger Messen und als Hauslehrer. Während seiner Studienzeit und erneut nach 1945 war Leibbrandt in der christlichen Studentenverbindung Wingolf aktiv.

1927 promovierte er an der Universität Leipzig über die schwäbische Auswanderung nach Russland, an der auch seine Vorfahren beteiligt gewesen waren.<sup>11</sup> Während und nach einer freien Mitarbeiterschaft am Forschungsinstitut für Kultur- und Universalgeschichte seines Doktorvaters Walter Goetz<sup>12</sup> unternahm Leibbrandt Forschungsreisen nach Kanada, in die USA, dreimal in die Sowjetunion und in die Schweiz. Finanzieren konnte er diese mithilfe von Stipendien der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft und der Rockefeller-Stiftung. Zwischenzeitlich war er bei der Stiftung für deutsche Kultur- und Bodenforschung und am Potsdamer Reichsarchiv beschäftigt. Hier untersuchte er jeweils Fragen des «Auslandsdeutschtums». Seine Publikationen betonten die «kolonialisatorischen Fähigkeiten» der deutschen Siedler in Russland bzw. der Sowjetunion sowie in den USA.<sup>13</sup> Im Vorwort zu einer Quellenedition formulierte Leibbrandt das Ziel, das Buch solle «beim Deutschen selbst Liebe zu seinem Volkstum und Interesse für die Geschichte des Kolonistentums fördern helfen».<sup>14</sup> Die Edition erschien als Auftakt einer neuen Reihe des Deutschen Ausland-Instituts (DAI) in Stuttgart, welche die «Kulturleistungen der Auslandsdeutschen» darstellen<sup>15</sup> und deren Berücksichtigung in der aktuellen deutschen Aussenpolitik befördern sollte.<sup>16</sup>

Schon als Student hatte sich Leibbrandt entsprechend engagiert und z. B. einen Beitrag zu den «völkischen Pflichten» des Wingolf publiziert.<sup>17</sup> Er war Mitglied in Organisationen wie der Vereinigung auslandsdeutscher Studierender und dem Verein Deutscher Studierender Kolonisten.<sup>18</sup> Berichte über den Zustand der deutschen Minderheiten in der Sowjetunion leitete er nach einer Forschungsreise dem Auswärtigen Amt zu.<sup>19</sup> Deutlich wird diese Orientierung auch an Leibbrandts redaktioneller Mitarbeit am «Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums» während seiner Anstellung bei der Stiftung für deutsche Kultur- und Bodenforschung mit ihrer Verbindung von «Volk» und «Raum».<sup>20</sup>

## Volkstumspolitiker

Kontakte Leibbrandts zur nationalsozialistischen Bewegung lassen sich bis in die 1930er-Jahre nicht nachweisen. Erst für den USA-Aufenthalt erwähnt er eine Bekanntschaft mit dem Washingtoner Korrespondenten des «Völkischen Beobachters», Kurt Lüdecke (1890-1960).<sup>21</sup> Dieser berichtete über Leibbrandts Arbeit zu «Volkstumsfragen» nach München. So wurde man im Aussenpolitischen Amt, das im April 1933 eingerichtet worden war, auf Leibbrandt aufmerksam. Auf Vermittlung Hjalmar Schachts wurde er im APA bei Rosenberg vorgestellt.<sup>22</sup>

Als der Chefideologe Rosenberg<sup>23</sup> eine weitgehende Übereinstimmung hinsichtlich der ostpolitischen Konzeptionen feststellte – dies betraf v. a. den Plan einer Aufteilung der Sowjetunion in einzelne Nationalstaaten, das sogenannte Dekompositionskonzept<sup>24</sup> –, trug er Leibbrandt die Leitung der Abteilung Naher Osten (später: Amt Osten) des APA an. Voraussetzung dafür war der Parteibeitritt. Leibbrandt stellte zwei Anträge: einen zum 20. Juni 1933 in Berlin, einen am 17. September 1933 über die Ortsgruppe Genf. Angesichts der zu der Zeit geltenden Beitrittssperre musste Rosenberg bei der Parteikanzlei intervenieren. Erst am 30. September wurde dem Antrag stattgegeben und Leibbrandt, zurückdatiert auf den 1. Juli, mit der Mitgliedsnummer 1'976'826 in die NSDAP aufgenommen.<sup>25</sup> Seinen Posten im APA trat er im Oktober 1933 an. Gab Leibbrandt später eine Tätigkeit für die Partei schon vor 1933 an, wollte er seine eigene Stellung stärken.<sup>26</sup> Sein Eintritt in die NSDAP war ein Mittel zum Zweck des beruflichen Fortkommens und der Umsetzung der eigenen politischen Vorstellungen.

Seinen neuen Aufgaben widmete er sich mit vollem Einsatz – war es doch sein «tiefster Wunsch [...] dem deutschen Volk auf dem Wege über die Aussenpolitik nützlich zu sein».<sup>27</sup> Leibbrandts Vorgehen im APA war jedoch von wenig Systematik geprägt. Das galt z. B. für die Kontakte zu verschiedenen Emigrantengruppen, die oft auf seinen persönlichen Beziehungen beruhten.<sup>28</sup> Er versuchte, die Tätigkeiten dieser Gruppen zu steuern, solange diese «nicht die eigene Aussenpolitik belastete [n]».<sup>29</sup> Konkrete Planungen für eine spätere Gestaltung Russlands und die Behandlung der einzelnen Völker gab es in der Frühphase des Amtes kaum. Anfang der 1930er-Jahre war die spätere Eroberungspolitik noch keine realistisch erscheinende Perspektive. So blieb es zunächst bei vagen Überlegungen etwa zur Schaffung eines Gürtels aus Pufferstaaten an der Grenze zur Sowjetunion.<sup>30</sup>

Es gelang Leibbrandt jedoch, die verschiedenen im Reich tätigen Vereinigungen von Russland- bzw. Sowjetdeutschen «gleichzuschalten» und im Verband der Deutschen aus Russland (VDR) zusammenzuschliessen.<sup>31</sup> Ziel des Verbandes war es, die im Reich lebenden Angehörigen der Volksgruppe zu erfassen und zu kontrollieren. Anschliessend sollten sie auf zukünftige politische Aufgaben im europäischen Osten



vorbereitet werden. Weiterhin strebte Leibbrandt danach, «die seiner Meinung nach in den Kreisen nationalsozialistischer Amtsträger [herrschende Unklarheit] über Bestand, Wert und Bedeutung des Russlanddeutschtums zu beseitigen». Insbesondere Hitler und Himmler würden «die ‚volksbiologische Kraft‘ dieser Volksgruppe [unterschätzen], die sich dank ihrer hohen ‚natürlichen Reproduktionswerte‘ und ihrer äussersten Anspruchslosigkeit auch nach schweren Schicksalsprüfungen immer wieder als ein wertvolles kolonisatorisches Element des Ostens erwiesen habe».<sup>32</sup>

Diese Zitate zeigen eine Anpassung an den biologistischen Duktus der NS-Ideologie. Vor 1933 und nach 1945 vertrat Leibbrandt dagegen eher einen kulturalistischen Volksbegriff. Dieser ging aber ebenfalls von einer Überlegenheit des «Deutschtums» aus und liess sich so in die politischen Bestrebungen des NS-Regimes einbetten. Deutlich wird diese Anpassung auch in dem Propagandaschrifttum, das Leibbrandt nun veröffentlichte: die Schriftenreihe «Bolschewismus» sowie zahlreiche Artikel für den «Völkischen Beobachter» und die «Nationalsozialistischen Monatshefte», die sich der angeblichen Verbindung von Judentum und Bolschewismus widmeten.<sup>33</sup> Eine Verbindung zur Beschäftigung mit dem Auslandsdeutschtum war Leibbrandts strikter Antibolschewismus, den er nun umso stärker zeigte. So verfasste er zahllose Vorlagen, Denkschriften und Redemanuskripte für Rosenberg mit starken antikommunistischen Aussagen,<sup>34</sup> ergänzt um dessen antisemitische Invektiven, die er nun auch in seine eigenen Vorträge übernahm.<sup>35</sup>

Leibbrandts zentrales «volkstumpolitisches» Vorhaben war das Editionsprojekt der «Sammlung Georg Leibbrandt» (SGL).<sup>36</sup> Einerseits trug es mit seinem Versuch der historischen Begründung deutscher Herrschafts- und Territorialansprüche sowie durch die mit modernen Methoden durchgeführte Erfassung «volksdeutscher» Bevölkerungsgruppen dazu bei, herrschaftsstabilisierende Denkmuster zu etablieren.<sup>37</sup> Andererseits konnten die in Leibbrandts Umfeld gesammelten Forschungsergebnisse später beim Vorrücken der deutschen Wehrmacht sowie für die Besatzungs- und Umsiedlungspolitik herangezogen werden und dies ideologisch vorbereiten, unterstützen und legitimieren helfen.

Die Grundlage des Editionsprojekts bildeten Leibbrandts Studienreisen Ende der 1920er-Jahre. Die dabei zusammengetragenen Dokumente und Archivalien zum Russlanddeutschtum hatte er 1937/38 dem Geografen Emil Meynen übergeben.<sup>38</sup> Meynen, der spätere Direktor des bundesdeutschen Instituts für Landeskunde (IfL) der Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung, schrieb dem daraus resultierenden Editionsprojekt nach 1945 einen «wissenschaftlich kritische[n]» Charakter und eine «streng wissenschaftliche Dokumentenform» zu.<sup>39</sup>

Im Rahmen der SGL (später: Publikationsstelle Ost) wurde jedoch eine Reihe von «volkspolitischen Arbeiten» «nur für den Dienstgebrauch» geleistet. Sie machten das Projekt zur «zentralen Forschungsstelle für das Deutschtum Osteuropas». <sup>40</sup> Dazu gehörten «die Anfertigung einer Ortskartei aller deutschen Siedlungen in der Sowjetunion mit Angaben über die jeweilige Bevölkerungszusammensetzung und die topographische Festlegung dieser Siedlungen» sowie einer «Völkerkarte<sup>1</sup> der Sowjetunion». <sup>41</sup> Weiterhin wurden ukrainische und russische Presseerzeugnisse ausgewertet sowie eine Kartei wichtiger Persönlichkeiten der Russlanddeutschen angelegt, u. a. mit dem Ziel, deren «völkische Haltung» zu überprüfen. Auch eine Kartei der Literatur zum Russlanddeutschtum und eine Bibliothek wurden eingerichtet. Letztere ergänzte man später auch durch Raubgut des Sonderkommandos Künsberg, das dem Auswärtigen Amt unterstand und vor allem in den Ostgebieten systematisch Kunstschätze plünderte. Die SGL erhielt mehr als 65'000 Bände aus der Ukraine, vor allem aus Kiewer Sammlungen. Im Rahmen des «Einsatzstabes Reichsleiter Rosenberg» war Leibbrandt nicht nur in der Ukraine, sondern ebenso im besetzten Paris in den Raub von Kunst- und Kulturgütern involviert. <sup>42</sup>

### Besatzungs- und Vernichtungspolitik

Diese Aktivitäten schlugen auch eine Brücke zu Leibbrandts Verstrickung in die Vernichtungspolitik, etwa durch die Tätigkeit seines langjährigen Bekannten Karl Stumpp. <sup>43</sup> Dieser leitete von Sommer 1941 bis Frühjahr 1943 eine bis zu 80-köpfige Einheit, die Leibbrandts Hauptabteilung I (Politik) im neu geschaffenen Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete direkt zugeordnet war. Dieses «Sonderkommando Dr. Stumpp» sammelte ab August 1941 in der besetzten Ukraine u. a. «volksbiologische» statistische Angaben über die ländliche Bevölkerung. Ab Ende 1942 wurden diese Angaben für die Einteilung der deutschstämmigen Bevölkerung in die Kategorien der Deutschen Volksliste herangezogen. <sup>44</sup> Die Berichte Stumpps lassen sich zudem als «Chroniken der Ermordung der jüdischen Bevölkerung» lesen. <sup>45</sup>

Leibbrandt war im RMO direkt mit der beginnenden Judenvernichtung befasst. Das prominenteste Beispiel ist ein viel zitierter Briefwechsel mit dem Reichskommissar Ostland, Hinrich Lohse, aus dem Herbst 1941. <sup>46</sup> Leibbrandt erkundigte sich darin nach den Gründen für die «Untersagung» von «Judenexekutionen» durch Lohse. Im abschliessenden Brief von Leibbrandts Stellvertreter Otto Bräutigam <sup>47</sup> hiess es hierzu eindeutig, dass „[w]irtschaftliche Belange [...] bei der Regelung des Problems [der «Judenfrage»] grundsätzlich unberücksichtigt bleiben sollten. <sup>48</sup> Schon im Vorfeld des

Überfalls auf die Sowjetunion gab es bei der SS und auch im APA Überlegungen, die einheimische Bevölkerung zu Pogromen gegen jüdische Menschen aufzuhetzen.<sup>49</sup> Informationen über die Umsetzung dieser «Massnahmen» erhielt Leibbrandt bereits kurz nach dem Einmarsch. Im Juli 1941 hatte Bräutigam, der zunächst als Verbindungsoffizier des RMO zum Oberkommando des Heers (OKH) tätig war, in seinem Tagebuch solche Übergriffe notiert.<sup>50</sup> Ähnliche Berichte über die Erschiessung „einige[r] Tausend Juden» erreichten Leibbrandt etwa zeitgleich aus dem Baltikum.<sup>51</sup>

Insofern scheint Leibbrandts Teilnahme an der Wannsee-Konferenz erklärbar. Die Tatsache, dass das RMO als einzige beteiligte Dienststelle zwei Vertreter entsandte, ist wiederholt als Indiz für die besondere Schwere seiner Verstrickung dargestellt worden.<sup>52</sup> Sie ist jedoch eher in der Person des ranghöheren Staatssekretärs und Gauleiters Alfred Meyer begründet. Bei Besprechungen ausserhalb des RMO trat dieser meist in fachlicher Begleitung auf.<sup>53</sup> Leibbrandts Behauptung, er sei kurzfristig von Meyer angewiesen worden, mit ihm zu dem Treffen zu fahren, klingt daher glaubwürdig.<sup>54</sup>

Auch wenn Leibbrandt sich nicht selbst äusserte,<sup>55</sup> war er doch intensiv mit den dort verhandelten Fragen befasst. Von Himmlers Aktivitäten im Vorfeld der Konferenz, die eigene Position durchzusetzen, war auch Leibbrandt betroffen. Am 4. Oktober 1941 war er mit Meyer bei Reinhard Heydrich<sup>56</sup> zu Gast, am 15. November 1941 dann mit Rosenberg beim Reichsführer SS.<sup>57</sup> Im Nachgang lud er für den 29. Januar 1942 selbst zu einer Folgekonferenz ein, die sich mit der Frage des Verfahrens bei «Mischlingen» beschäftigen sollte. Das RMO trat hier für einen weit gefassten «Judenbegriff» ein, um den bürokratischen Aufwand bei der Selektion möglichst gering zu halten.<sup>58</sup>

Nach dem Krieg betonte Leibbrandt seine innere Distanz zur «Judenpolitik». In der Tat hatte es im RMO einige Versuche gegeben, die Besatzungspolitik anders zu gestalten. Diese betrafen allerdings eher den Umgang mit Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern sowie mit der einheimischen Bevölkerung, die man für den Kampf gegen den Bolschewismus gewinnen wollte. Kritik am Mord der jüdischen Bevölkerung wurde nicht geäussert.<sup>59</sup> Zwar zeigte sich Leibbrandt mit Bräutigam abgestossen von Angehörigen der Zivilverwaltung, die selbst an der Ermordung von Juden teilnehmen wollten. Berichte über die «Regelung der Judenfrage» gingen dennoch nahezu täglich auch über seinen Schreibtisch.<sup>60</sup> Als mögliche Verbündete für eine alternative Besatzungspolitik sahen Rosenberg und Leibbrandt Angehörige der Wehrmacht um den an der Hunger- und Vernichtungspolitik, später aber auch am 20. Juli 1944 beteiligten Generalquartiermeister Eduard Wagner. Im Oktober 1942 hielt sich Leibbrandt – zwischenzeitlich zum Ministerialdirektor ernannt<sup>61</sup> – für Konsultationen beim Ober-

**Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete**  
– Pressearchiv –

L

<p>Südost Echo Schles. Tzng. Schwarzes Korps Stuttg. N. S. K. Stuttg. N. Tgblt. Stett. Gener. Anz. Straßb. N. N. Tbör. Gaungt. Türkische Post</p>	<p>Rote Erde Rhein. Westf. Ztg. Revaler Ztg. Westf. Landesztg. Wlener Ztg. Wiener N. N. V. B. Dln. V. B. Wien 12 Uhr Blt.</p>
---	---

Na... Benutzung  
sofort zurück!

**Dr. Leibbrandt Ministerialdirektor**

Berlin, 11. Mai.

Der Führer hat auf Vorschlag des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, Reichsleiters Rosenberg, den Leiter der Hauptabteilung Politik im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete, Oberbereichsleiter Dr. Georg Leibbrandt, zum Ministerialdirektor ernannt.

Dr. Leibbrandt, der heute im 43. Lebensjahre steht, entstammt einer schwäbischen Kolonistenfamilie in Hoffnungslöhd (Ukraine). Schon als Student in Deutschland hatte er sich die Aufgabe gesetzt, das Deutschtum im Ostraum in allen seinen Lebensfragen zu erforschen. Durch ausgedehnte Forschungsreisen und längere Studienaufenthalte im Ausland, insbesondere in Paris, London und den Vereinigten Staaten, wurde er mit den politischen und völkischen Problemen auch in diesen Staaten bekannt, so daß er sich dadurch planmäßig die Voraussetzungen für sein späteres Wirken schuf.

Die politische Tätigkeit Dr. Leibbrandts im Rahmen der Reichsleitung der NSDAP, beginnt mit der Gründung des Außenpolitischen Amtes, in dem er bald zum Leiter des Amtes Osten berufen wurde und dem er noch heute als Oberbereichsleiter der NSDAP, angehört. Seine ausgedehnte politische Tätigkeit fand in mehreren Büchern und Schriftenreihen ihren Niederschlag. Vor allem dienen die Veröffentlichungen der „Sammlung Georg Leibbrandt“, die Schriftenreihe „Bolschewismus“ und die „Bücherei des Ostraumes“ in hervorragendem Maße dem Kampf gegen den Bolschewismus und der Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit über die Fragen Osteuropas überhaupt. Ebenso machte er sich als Mitherausgeber des „Archivs für Außenpolitik und Länderkunde“ und der „Weltpolitischen Bücherei“ sowie durch eine große Zahl aufklärerischer Vorträge einen Namen. Als langjähriger Mitarbeiter am Zentralorgan der Partei steht Ministerialdirektor Dr. Leibbrandt der Schriftleitung des „Völkischen Beobachters“ besonders nahe.

In der Presseausschnittsammlung des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete wurde die Meldung der Berliner Ausgabe des Völkischen Beobachters über die Ernennung Georg Leibbrandts säuberlich abgelegt.

BArch, Sammlung «NS-Archiv des MfS der DDRZC 14364 A.02

kommando der Wehrmacht auf.<sup>62</sup> Ende Januar/Anfang Februar 1943 wurde dann zwischen Leibbrandt, dem OKH und der Wehrmachtpropaganda ein «Reformprogramm» abgestimmt, das Rosenberg wenig später Hitler vorlegte – ohne Erfolg.<sup>63</sup>

Politische Zurückhaltung in der Besatzungspolitik mag Leibbrandt auch in einem weiteren Fall geleitet haben, den er zu seiner eigenen Entlastung angab.<sup>64</sup> Hier handelte es sich um die Klassifizierung der Volksgruppe der Karäer auf der Krim: Diese sollten trotz ihres mehrheitlich jüdischen Glaubens als turkotatarisches Volk behandelt werden. Diese Entscheidung traf Leibbrandt im Juni 1943 nach fast zweijähriger Debatte.

Von der Vernichtungspolitik waren die Karäer daher mehrheitlich nicht betroffen.<sup>65</sup> Es war eine von Leibbrandts letzten Amtshandlungen.

Im Herbst 1943 musste er aus seinem Amt ausscheiden. Ein Grund dafür waren ständige Auseinandersetzungen mit dem Reichskommissar Ukraine, Erich Koch.<sup>66</sup> Ausserdem wollte Himmler anstelle von Leibbrandt – der «mit dem Herzen bei den Ukrainern»<sup>67</sup> sei und den er der «Humanitätsduselei»<sup>68</sup> bezichtigte – einen Vertrauten im RMO installieren, um seine Führungsrolle in der Besatzungs- und Vernichtungspolitik weiter zu festigen. Für diese Rolle hatte er den Chef des SS-Hauptamtes Gottlob Berger ausgesucht, der nun die Leitung der Hauptabteilung Politik übernahm. Leibbrandt erlebte das Kriegsende auf einem Etappenposten der Marine. Seine Selbstwahrnehmung und -darstellung als ein für die Vernichtungspolitik nicht mitverantwortlicher Bürokrat werden dadurch nicht plausibler: Im Ostministerium hatte er zwischen Mitte 1941 und Mitte 1943 die Exekution des Massenmordes und der Besatzungspolitik an führender Stelle begleitet.<sup>69</sup>

### Vom Täter zum Opfer

Mit Kriegsende wurde Leibbrandt in der britischen Besatzungszone in «automatischen Arrest» genommen und im Lager Fallingbommel interniert. Im Juli 1947 vorerst entlassen, wurde er zwei Monate später erneut inhaftiert und nach Nürnberg verbracht. Dort sagte er als Zeuge im Wilhelmstrassen-Prozess aus.<sup>70</sup> In der Befragung durch den stellvertretenden Chefankläger Robert Kempner<sup>71</sup> wollte sich Leibbrandt zunächst nicht an die Wannsee-Konferenz erinnern können, dann aber erklärte er: «Ich habe dem Minister bei der ersten möglichen Gelegenheit gesagt, dass ich diesen Wahnsinn nicht teile.»<sup>72</sup> Danach verblieb Leibbrandt in alliierter Haft. Das gegen ihn angestrebte Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth wegen Beihilfe zum Mord wurde 1950 eingestellt.<sup>73</sup> Leibbrandt galt damit als rehabilitiert. Der Entnazifizierungsausschuss Kiel stuft ihn 1951 in der Schlussphase der Entnazifizierung dann sogar als unbelastet ein.<sup>74</sup>

In der Folge war Leibbrandt als «Interessenvertreter» für die Stadt Wilhelmshaven und den Kreis Friesland in Bonn tätig.<sup>75</sup> Später repräsentierte er den Salzgitter-Konzern in der Bundeshauptstadt,<sup>76</sup> zum dem auch Erich Neumann, der Beauftragte für den Vierjahresplan, enge Beziehungen unterhalten hatte. Privat widmete er sich weiter der Geschichte des «Auslandsdeutschtums» und war in der russlanddeutschen Landsmann-

schaft aktiv.<sup>77</sup> Sein Versuch, eine Stellung im Auswärtigen Amt zu erhalten, scheiterte. Als Gewährsmann sollte ihm Otto Bräutigam dienen. Als dessen NS-Vergangenheit aber Mitte der 1950er-Jahre öffentlich diskutiert wurde,<sup>78</sup> konnten sie den Plan nicht weiterverfolgen. Auch mit anderen «alten Kameraden» aus dem Umfeld der Volkstumsforschung wie Stumpp oder Meynen hielt Leibbrandt Kontakt.

Ungeachtet seiner – bei allen Ambivalenzen<sup>79</sup> – hochgradigen Verstrickung in die NS-Vernichtungspolitik hat Leibbrandt seine Tätigkeit als die eines «trockenen Wissenschaftlers»<sup>80</sup> und eines Mannes gesehen, der sich für ein hehres Ziel eingesetzt hatte: die Befreiung der Völker im europäischen Osten von der bolschewistischen Herrschaft. Dabei habe er sich nicht gegen die vielfältigen Widerstände durchsetzen können.<sup>81</sup> Entsprechend wehrte er sich gegen Anschuldigungen, die ihn in die Nähe der NS-Führungsriege rückten.<sup>82</sup> Dieses Bild versuchte er auch gegenüber Wissenschaftlern zu vermitteln, die ihn zu seinem Handeln in der NS-Zeit befragten. Für Alexander Dallin, Autor des Standardwerks «German Rule in Russia», war Leibbrandt Mitte der 1950er-Jahre jedoch «zu apologetisch gegenüber seiner eigenen Rolle», um einen «objektiven Informanten» abzugeben.<sup>83</sup> Leibbrandt war so zeit seines Lebens überzeugt, sich nichts vorzuwerfen zu müssen, ja selbst unter durchsetzungsstärkeren Protagonisten des NS-Regimes gelitten zu haben. Damit ist er ein Beispiel für jene Funktionseliten, die im Nachhinein der «Illusion [erlagen], selbst Opfer gewesen zu sein».<sup>84</sup>

Seiner Vergangenheit konnte Leibbrandt jedoch nie ganz entgehen: Vor einer Reise nach Tunis über Paris wurde er im März 1958 beim Auswärtigen Amt mit der Frage vorstellig, ob aufgrund seiner Verstrickungen eine Verhaftung in Frankreich zu befürchten sei.<sup>85</sup> Wiederholt musste Leibbrandt auch als Zeuge in Verfahren gegen NS-Täter aussagen, etwa im Rahmen der Ermittlungen gegen Hinrich Lohse oder gegen den «Rassereferenten» in seiner Hauptabteilung I, Erhard Wetzel. Auch gegen ihn selbst wurden immer wieder Verfahren eingeleitet, z. B. nach einer Anzeige der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes gegen die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz.<sup>86</sup> Das letzte dieser Ermittlungsverfahren wurde erst mit Leibbrandts Tod im Jahr 1982 eingestellt.

*Martin Munko*

- 1 Wechselwirkungen zwischen den Völkern, Manuskript, o. D., S. 35, NL Leibbrandt. Die Datierung ergibt sich aus der Verwendung des Manuskripts für verschiedene Vorträge, u. a. bei einer Kulturtagung der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland am 8./9. November 1969. Vgl. Hagin, Kultur- und Arbeitstagung 1969, bes. S. 4. – Für die Möglichkeit der Einsicht in den Nachlass seines Vaters danke ich herzlich Herrn Hansgeorg Leibbrandt, Berlin. Der vorliegende Beitrag entstand im Rahmen meines Dissertationsprojekts zu Leibbrandt. Es wurde von der Hanns-Seidel-Stiftung gefördert, für deren Unterstützung ich mich ebenfalls herzlich bedanke.
- 2 Gerlach, Kalkulierte Morde, S. 225.
- 3 Vgl. Piper, Rosenberg, S. 536.
- 4 Vgl. Roseman, Lebensfälle, bes. S. 187-190 (Zitat: S. 188).
- 5 Vgl. Munke, Täter.
- 6 Die Bezugnahmen gehen kaum über die Tatsache seiner Anwesenheit hinaus, vgl. Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz (Hrsg.), Die Wannsee-Konferenz; Klein, Die Wannsee-Konferenz 1995; Lehrer, Wannsee House; Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord; Roseman, Die Wannsee-Konferenz; zuletzt Kampe/Klein (Hrsg.), Die Wannsee-Konferenz.
- 7 Vgl. Laqueur, Deutschland und Russland, S. 231; Roseman, Die Wannsee-Konferenz, S. 128.
- 8 Vgl. Jacobsen, Nationalsozialistische Aussenpolitik, S. 61; Piper, Rosenberg, S. 292 und 535.
- 9 Vgl. Munke, Ein gescheiterter Experte.
- 10 Vgl. dazu und im Folgenden Schmaltz, Leibbrandt, S. 370-373; Klee, Das Personenlexikon zum Dritten Reich, S. 364; Wetzel, Leibbrandt, S. 295 f.
- 11 Vgl. Leibbrandt, Die Auswanderung aus Schwaben.
- 12 Vgl. Weigand, Goetz; zum Institut vgl. Middell, Weltgeschichtsschreibung, hier bes. Bd. 2: Kulturgeschichte unter Walter Goetz.
- 13 Leibbrandt, Die deutschen Kolonien, S. 5; vgl. ders., Forschungen, S. 82-94; ders., The Emigration of the German Mennonites I und II.
- 14 Leibbrandt, Die deutschen Kolonien, S. 5.
- 15 Ebenda, S. 3f. Auch die Dissertation erschien in einer Reihe des DAL Vgl. Ritter, Das Deutsche Ausland-Institut. Zuletzt Pleitner, Deutsches Auslandsinstitut.
- 16 Vgl. Leibbrandt/Dickmann (Hrsg.), Auswanderungsakten, S. 2 f.; Munke, Zwischen Russland, Deutschland und Nordamerika.
- 17 Vgl. Leibbrandt, Völkische Pflichten, S. 19-23.
- 18 Vgl. Lebenslauf Georg Leibbrandt, o. D., BArch VBS 1027-ZC, 14364 A.02.
- 19 Vgl. Die gegenwärtige Lage der Deutschen Kolonisten im Schwarzmeergebiet, März 1927, PA AA, R 60201.
- 20 Vgl. Fahlbusch, «Wo der Deutsche ... ist, ist Deutschland!»
- 21 Vgl. Layton, Kurt Lüdecke, S. 372-386; Smith, Kurt Lüdecke, S. 597-606.
- 22 Vgl. Meine Erinnerungen, maschinenschriftliches Manuskript, 1968, S. 72, NL Leibbrandt; IfZ, Zeitzeugenschrifttum, ZS 636, Bl. 14.
- 23 So in Abgrenzung zu älteren Forschungsmeinungen Piper, Rosenberg; Kroll, Rosenberg, S.147-166.
- 24 IMT, Bd. 26, Dok. 1017-PS, S. 547-554; 1030-PS, S. 576-580; Dok. 1039-PS, S. 584-627, bes. S. 616. Vgl. Zellhuber, «Unsere Verwaltung», S. 258-263.
- 25 Vgl. die Parteiakte, BArch, R 9361-V/26888 (ehern. BDC, VBS 1, N 0080).
- 26 Vgl. etwa den Antrag auf Verleihung des Ehrenzeichens für deutsche Volkspflege 1. Stufe an Leibbrandt, Rosenberg an Hess, 26.3.1941, BArch NS 8/185.
- 27 Erinnerungen, S. 43, NL Leibbrandt.

- 28 Dies betraf «volksdeutsche», russische und ukrainische Gruppen. Vgl. Golczewski, Deutsche und Ukrainer, bes. S. 667-672, S. 712-721, S. 724-728; Grelka, Ukrainische Nationalbewegung, S. 132-135, S. 152 f., S. 162-165.
- 29 Jacobsen, Nationalsozialistische Aussenpolitik, S. 450.
- 30 Vgl. ebenda, S. 450 f.
- 31 Vgl. den Aktenbestand «Verband der Deutschen aus Russland (VDR)», 4 Bde., PA AA, R 60476 - 60479, sowie grundlegend Fleischhauer, Das Dritte Reich, S. 47-60.
- 32 Fleischhauer, Das Dritte Reich, S. 48 f.
- 33 Zwei Beispiele von vielen: Leibbrandt, Rassisch-völkische Bedingtheit; ders., Moskaus Aufmarsch.
- 34 Vgl. Munke, Gemeinsam gegen den Bolschewismus, S. 73-78; ders., Russlandbilder, S. 57-63.
- 35 Im Jahr 1937 etwa bei der Reichsschulungstagung der Deutschen Arbeitsfront (DAF) am 7. Mai in Erwitte, vor der Studentenschaft der Technischen Hochschule Danzig am 13. Juni, auf einer mehr-tägigen Veranstaltung des DAI im August und am 15. Oktober beim NS-Lehrerbund in Bayreuth; vgl. die Notizen in Leibbrandts Handakten als Amtsleiter im APA, BArch NS 43/9, Bl. 253 (4.5.1937), 248 (4.6.1937), 238 (7.8.1937), 225 (12.10.1937).
- 36 Vgl. u. a. die Broschüre «Sammelbesitz Georg Leibbrandt», o. D., BArch R 153/1233.
- 37 Vgl. Eckel, Herrschaftsstabilisierende Denkmuster, S. 74-91.
- 38 Vgl. Fahlbusch, Emil Meynen, S. 422-428.
- 39 «Homework – Sammlung Georg Leibbrandt/Publikationsstelle Ost», 10.12.1946, NL Meynen, 781/7, Bl. 633 f., IfL. Tatsächlich ist im Einzelfall zwischen den Quellenpublikationen in einer ebenfalls mit «Sammlung Georg Leibbrandt» überschriebenen Publikationsreihe und den weiteren hier skizzierten Arbeiten zu unterscheiden. Für beide bleibt das von Rosenberg formulierte Ziel, mit der SGL eine «umfassende und erschöpfende Grundlage für die Feststellung der deutschen Leistungen [im europäischen Osten]» herzustellen. Parteiamtliche Mitteilung, 15.2.1940, BArch NS 43/3, BL 118.
- 40 Meynen, Sammlung Georg Leibbrandt, S. 113; vgl. Munke, Publikationsstelle Ost.
- 41 Landau, Publikationsstelle Ost, S. 488.
- 42 Vgl. Hartung, Raubzüge; Heuss, «Beuteorganisation», S. 535-556. Zu den Kenntnissen der Alliierten über Leibbrandts Beteiligung vgl. Report «The „Einsatzstab Rosenberg“, 2.3.1945, TNA, T209/26/1.
- 43 Vgl. Stumpp, Ostwanderung; Schmaltz/Sinner, Karl Stumpp. Stumpp war wie Leibbrandt kurz vor der Jahrhundertwende in der Nähe von Odessa geboren und mit einer Arbeit über die deutschen Kolonien im Schwarzmeergebiet promoviert worden.
- 44 Vgl. Fleischhauer, Das Dritte Reich, S. 185-192.
- 45 Landau, Publikationsstelle Ost, S. 492. Vgl. Schmaltz/Sinner, Nazi Ethnographie Research, S. 28-64, bes. S. 34-42; Sinner, Sonderkommando Dr. Stumpp, S. 647-651; Fleischhauer, Das Dritte Reich, S. 97-101.
- 46 Durch den Abdruck in Poliakov/Wulf, Das Dritte Reich und die Juden, S. 190 f., wurde dieser Briefwechsel bereits in den 1950er-Jahren einer breiteren Öffentlichkeit bekannt. Zu Hinrich Lohse vgl. Danker, Der schleswig-holsteinische NSDAP-Gauleiter, S. 91-120.
- 47 Vgl. Heilmann, Kriegstagebuch. Beide hatten sich in den 1920er-Jahren während Bräutigams Tätigkeit als Generalkonsul in Odessa kennengelernt.
- 48 Zuerst ediert als Dokumente 3663-PS und 3666-PS in: IMT, Bd. 32, S. 435-437, Zitat S. 437. Vgl. aber Schnepfen, Generalkonsul, S. 301-330.
- 49 Vgl. Richtlinien (Geheime Reichssache), 29.5.1941, PA AA, R 105193.
- 50 Vgl. Heilmann, Kriegstagebuch, S. 134.
- 51 Vgl. Kleist an Leibbrandt, 22.7.1941, CDJC, CXLV-504. Zu Peter Kleist siehe Buchheim, Zu Kleists «Auch du warst dabei».



- 52 Vgl. zuletzt die Einleitung der Herausgeber in: Rosenberg, Tagebücher, S. 85.
- 53 Vgl. Priamus, Meyer, S. 355.
- 54 Vgl. Erinnerungen, S. 152, NL Leibbrandt.
- 55 Vgl. Protokoll der Besprechung über die Endlösung der Judenfrage, 15 Seiten (Bl. 166-180), <http://www.ghwk.de/ghwk/deut/protokoll.pdf> (28.11.2016).
- 56 Vgl. VEJ, Bd. 7, Dok. 199, S. 550-553.
- 57 Vgl. Piper, Rosenberg, S. 587 f.; zu Leibbrandts Teilnahme vgl. Vogt, Herbst 1941, S. 124, Anm. 1090.
- 58 Vgl. das Protokoll der Sitzung (unter Leitung von Bräutigam), in: Benz/Kwiet/Matthäus (Hrsg.), Einsatz im «Reichskommissariat Ostland», S. 55-61.
- 59 Vgl. Umbreit, Die deutsche Herrschaft, S. 60; Wegner, Der Krieg gegen die Sowjetunion, S. 921 f.
- 60 So ein von Leibbrandt «i. A.» gezeichnetes Schreiben Rosenbergs vom 23.10.1942. Vgl. VEJ, Bd. 8, Dok. 202, S. 468.
- 61 Vor dem Wechsel ins RMO hatte Leibbrandt im APA ein Parteiamt inne, zuletzt als Reichsamtsleiter. Die Stellung dort behielt er auch nach dem Wechsel bei, mit Wirkung vom 9.11.41 wurde er sogar zum Oberbereichsleiter befördert. Im Ostministerium begann er als Hauptabteilungsleiter. Noch vor der Wannsee-Konferenz schlug Rosenberg Leibbrandts direkte Ernennung zum Ministerialdirektor mit der Übernahme ins Beamtenverhältnis vor. Vgl. Rosenberg an Reichsministerium des Innern und Reichsministerium der Finanzen mit Abschriften an Parteikanzlei und Reichskanzlei, 13.1.1942, in: Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP, 103 05244 f. Aufgrund der fehlenden formalen Voraussetzungen wurde die Ernennung nach längeren Diskussionen erst im Mai vollzogen. Vgl. Dr. Leibbrandt Ministerialdirektor, in: Völkischer Beobachter, 12.5.1942.
- 62 Vgl. Rosenberg, Tagebücher, S. 451.
- 63 Erinnerungen, S. 157 f., NL Leibbrandt. Vgl. Mulligan, Politics of Illusion, S. 49-51.
- 64 Vgl. Erinnerungen, S. 150 f., NL Leibbrandt.
- 65 Vgl. Friedländer, Das Dritte Reich und die Juden, S. 617-619. Zum Beginn der Diskussionen vgl. VEJ, Bd. 7, Dok. 189, S. 532-534.
- 66 Vgl. etwa Kochs Beschwerden über Leibbrandt und Mitarbeiter seiner Hauptabteilung Politik in einem Memorandum vom 16.3.1943, in: IMT, Bd. 25, Dokument 192-PS, S. 255-287, besonders S. 260 f., 265 f., 280. Vgl. auch Meindl, Ostpreussens Gauleiter, S. 323-397.
- 67 Rosenberg, Tagebücher, S. 470.
- 68 Himmler an Rosenberg, 16.6.1943, StA Nürnberg, 2638/1, fol. 207.
- 69 Vgl. zur Rolle des RMO Zellhuber, «Unsere Verwaltung», S. 217-254; Piper, Rosenberg, S. 577-597.
- 70 Vgl. Pöppmann, Im Schatten Weizsäckers, S. 320-352.
- 71 Vgl. Pöppmann, The Trials of Robert Kempner, S. 23-46.
- 72 Zit. nach: Kempner, Eichmann und Komplizen, S. 155-157.
- 73 Aktenzeichen 1c Js 1678/49. Vgl. StA Nürnberg, 2638/I-VIII.
- 74 Vgl. Entnazifizierungs-Hauptausschuss Kiel an Zentralspruchkammer Nord-Württemberg, 28.8.1951, StA Ludwigsburg, EL 902/3, Bü 8603. Ein am Heimatort seiner Familie parallel angestrigtes Verfahren hatte auf Einordnung in die Gruppe der Hauptschuldigen plädiert; vgl. Klageschrift Zentralspruchkammer Nord-Württemberg, 14.7.1951, ebenda.
- 75 Vgl. StA Oldenburg, Dep. 20 FRI, Akz. 2ssl2/062, Nr. 236.
- 76 Vgl. die Verträge im NL Leibbrandt.
- 77 Vgl. Leibbrandt (Hrsg.), Hoffnungstal und seine Schwaben.
- 78 Vgl. die Presseartikel im LA Schleswig-Holstein, Abt. 399.65, Nr. 16 (NL Hinrich Lohse).

- 79 Während seiner aktiven Tätigkeit wurden diese Ambivalenzen insofern auch im Ausland wahrgenommen, als dass einerseits Leibbrandts Einsatz für die einzelnen Völkerschaften der Sowjetunion unterstrichen wurde, er andererseits gar als «sowjetischer Agent» erschien. Vgl. die Interviews mit sowjetischen Emigranten, Widener Library, Harvard University, Harvard Project on the Soviet Social System, z. B. Schedule B, Vol. 10, Case 81, BL 2f.; Vol. 11, Case 382, Bl. 11 (dort das Zitat); Vol. 11, Case 429, Bl. 1.
- 80 StA Nürnberg, 2638/VI, Bl. 36.
- 81 Vgl. IFZ, ZS 636, Bl. 2-13.
- 82 Etwa mit einem Leserbrief an die «Welt» zu einem Artikel vom 22. Oktober 1971, in dem er als «einer der engsten Vertrauten» von Martin Bormann bezeichnet worden war. Vgl. Die Welt, 12.11.1971, NL Leibbrandt.
- 83 Interview G-12 A, 5.6.1952, Hoover Institution Archives, Alexander Dallin Collection, Box 7. Hans-Adolf Jacobsens Urteil: «Als lebende Quelle sicherlich wichtig; erzählt anschaulich und temperamentvoll. Erinnerungsvermögen gut [!], aber in vieler Hinsicht zu verifizieren.» IFZ, ZS 636, Bl. 16.
- 84 Lüdtke, Funktionseliten, S. 590. Hervorhebung im Original.
- 85 Vgl. den Schriftverkehr zwischen der Zentralen Rechtsschutzstelle des Auswärtigen Amtes, der Deutschen Botschaft in Paris und der Deutschen Botschaft in Tunis, März 1958, BArch 305/22971.
- 86 Bei der Berliner Generalstaatsanwaltschaft (AktENZEICHEN 1 P Js 686/55). Vgl. BArch 162/ 2638.

# Martin LUTHER

## Auswärtiges Amt

### Ein hemdsärmeliger Aufsteiger

Porträt – mit Parteiabzeichen.  
Unbekannter Fotograf [1942]  
Ullstein bild, 00272468



Martin Luther (1895-1945)

Die Wannsee-Konferenz wurde oft auch als Staatssekretärsbesprechung bezeichnet, weil Reinhard Heydrich ranggleiche Vertreter der Ministerialbürokratie eingeladen hatte. Neben dem hohen Amt, das viele Teilnehmer bekleideten, führten acht von fünfzehn einen Dokortitel. Dennoch war Martin Luther, der sogar ohne Abitur von der Schule abgegangen war und nun die Position eines Unterstaatssekretärs innehatte, eingeladen worden, um das Auswärtige Amt zu vertreten. Wer war dieser Mann? Warum sollte er an der Besprechung teilnehmen? Was wusste er über das damalige Stadium der nationalsozialistischen «Judenpolitik»? Worin bestand sein Beitrag zur Wannsee-Konferenz? Inwiefern trug er im Anschluss zur Umsetzung der «Endlösung» bei?

Martin Luther war ein fähiger, tatkräftiger, extrem ehrgeiziger und skrupelloser Mann. Das nationalsozialistische Regime bot ihm eine soziale Mobilität und einen Zugang zu Macht, wie es für einen Mann, dessen Biografie so sehr gegen eine erfolgreiche Karriere sprach, in Deutschland vor 1933 unvorstellbar gewesen wäre. Die Chancen, die das NS-Regime ihm erschloss, nutzte er optimal, er verschaffte sich Zutritt zu den traditionsbewussten und bisher gesellschaftlich exklusiven Reihen des höheren Dienstes im Auswärtigen Amt. In nur knapp drei Jahren gelang ihm der unglaubliche Sprung in den Rang eines Unterstaatssekretärs. Doch dann stieg ihm sein übermässiges

Karrierestreben zu Kopf. Frustriert durch den Bedeutungsverlust des Auswärtigen Amtes, die Inkompetenz von Reichsaussenminister Joachim von Ribbentrop und die düsteren Aussichten, denen sich Deutschland seiner Ansicht nach ohne Kompromissfrieden gegenübersehen würde, versuchte er, Ribbentrops Amtsenthebung zu betreiben. Der Plan schlug fehl, und Luthers Sturz vollzog sich noch steiler als sein Aufstieg. Die letzten beiden Kriegsjahre verbrachte er als bevorzugt behandelter Häftling im Konzentrationslager Sachsenhausen. Kurz nach Kriegsende starb er an einem Herzinfarkt. Vor seinem Sturz verdankte er allerdings einen grossen Teil seines Erfolges der Fähigkeit, den unbeholfenen Ribbentrop vor dessen innerparteilichen Konkurrenten zu beschützen. Zudem spannte er das Auswärtige Amt für zentrale Vorhaben der Nationalsozialisten wie die «Endlösung der Judenfrage» ein, ohne auf Entscheidungen oder Anweisungen von oben zu warten.

Martin Luther wurde am 16. Dezember 1895 in Berlin geboren. Er besuchte das Gymnasium, verliess jedoch im August 1914 die Schule, ohne das Abitur abzulegen, und trat in die Armee ein. Während des Krieges diente er in Eisenbahneinheiten und stieg 1917 zum Leutnant der Reserve auf. Nach dem Krieg nahm er Geschäftstätigkeiten auf, bei denen ihm seine Kriegserfahrungen im Bereich der Logistik von Nutzen waren, wie Transportwesen und Möbelspedition. Sein erstes Unternehmen meldete Konkurs an, was in den wirtschaftlich instabilen ersten Jahren der Weimarer Republik kein seltenes Ereignis war. Letztlich wurde er aber doch ein hinlänglich erfolgreicher Geschäftsmann. Bis 1933 war er Besitzer eines Mehrfamilienhauses geworden, für das er einen Verwalter engagierte. Finanziell war er unabhängig genug, um sich weiterhin der Politik zu widmen.<sup>1</sup>

### Ein rücksichtsloser Emporkömmling

Luther trat der NSDAP und der SA am 1. März 1932 bei. Parteipolitisch aktiv wurde er in dem wohlhabenden Bezirk Zehlendorf im Südwesten Berlins in der Ortsgruppe Dahlem. Bei seinen regelmässigen Spendensammlungen für Wohlfahrtseinrichtungen der Nazis machte er die Bekanntschaft von Frau Ribbentrop, die ebenfalls in Dahlem wohnte. Luther erhielt den Auftrag, die Villa der Ribbentrops zu renovieren und ihre Ställe zu vergrössern. Im Laufe der folgenden Jahre gelang es ihm, sich mehr und mehr bei den Ribbentrops einzuschmeicheln, indem er ihre materiellen Bedürfnisse erfüllte. Im Herbst 1936 begleitete er den neu ernannten Botschafter nach London, um den Umbau im Inneren der deutschen Botschaft zu überwachen.

Nur Monate zuvor war Luther der Dienststelle Ribbentrop beigetreten. Er wurde damit beauftragt, eine neue Parteiverbindungsstelle zu schaffen, die für die Beziehungen zu anderen Parteiorganisationen zuständig war. Ribbentrop – kein «Alter Kämpfer» – besass darin weder Geschick noch Erfahrungen. Luther machte sich nützlich, indem er den früheren Weinhändler gegen Verleumdungen und Falschbehauptungen – die in der NSDAP nicht unüblich waren – in Schutz nahm. Durch unablässiges Intrigieren erlangte Luther für seine Verbindungsstelle eine relative Selbstständigkeit innerhalb der Abteilung Ribbentrops. Dann aber wurde er plötzlich entlassen, als Ribbentrop erfuhr, dass Luthers neuer Verbindungsmann zur SS einen sehr unvorteilhaften Bericht über seine Dienststelle an den SD übermittelt hatte. Seine Wiedereinsetzung verdankte Luther der Fürsprache des Gauleiters Martin Mutschmann, des Reichsstudentenführers Dr. Scheel sowie des Leiters der Volksdeutschen Mittelstelle Werner Lorenz.<sup>2</sup>

Als Nächstes sah sich Luther mit der Herausforderung konfrontiert, nicht zurückgelassen zu werden, als Ribbentrop im Februar 1938 zum Reichsaussenminister ernannt wurde. Luther stand vor zwei Hindernissen: Der neue Minister nahm nicht viele Mitarbeiter aus der Dienststelle in sein neues Ministerium mit. Darüber hinaus war Luther der Veruntreuung von Parteigeldern angeklagt und konnte nicht in den Staatsdienst übernommen werden, solange ihm der Parteiausschluss drohte. Um Ribbentrop zum Handeln zu bewegen, legte Luther diverse Berichte darüber vor, wie Parteiorganisationen das Ministerium und die Dienststelle gegeneinander ausspielten und die mangelnde Koordination zwischen beiden ausnutzten, etwa indem sie Gelder doppelt beantragten. Noch gravierender war, dass sie ohne angemessene Überwachung Auslandskontakte unterhielten und sogar eigenständig Verhandlungen führten. Luther äusserte den wenig bescheidenen Vorschlag, dass sich ein vereinheitlichter und wachsamer Umgang mit den Parteiangelegenheiten durch die Schaffung eines neuen «Referats Partei» erreichen liesse, das er im Range eines Legationsrats leiten könnte.<sup>3</sup> Sobald Ribbentrop überzeugt war, intervenierte er aufgrund des gegen Luther schwebenden Verfahrens bei Martin Bormann. Dieser wandte sich seinerseits an den zuständigen Richter, der sein Schwiegervater war, und das Verfahren wurde eingestellt.<sup>4</sup>

Im November 1938 trat Luther in das Auswärtige Amt ein und machte sich emsig daran, Ribbentrops Position zu festigen. Im Frühling 1940 gelang Luther ein grosser Karrieresprung, als er Ribbentrop von der Schaffung eines neuen Ressorts innerhalb des Auswärtigen Amtes überzeugte: Die «Abteilung Deutschland» bestand aus sechs Referaten, Luther wurde zum Abteilungsleiter befördert. Die neue Abteilung diente als Verbindungsstelle zur Partei, war zuständig für die Auslandskontakte von staatlichen und Parteiorganisationen sowie die Verwaltung von Ribbentrops Grundbesitz. Zusätz-



Offenbar am gleichen Tag wie das eingangs gezeigte Porträt entstand dieses Foto. Mit Telefon, Füllfederhalter, Vorlagen- und Umlaufmappen posierte Martin Luther an seinem Schreibtisch in der Rauchstrasse. Unbekannter Fotograf [1942]; ullstein bild, 00272469

lich zu diesen Aufgaben oblagen ihr nun auch die Verbindung zu SS und Polizei, die Herstellung und Verbreitung von Druckwerken des Ministeriums, Auslandsreisen namhafter deutscher Persönlichkeiten sowie schliesslich die «Judenpolitik» (im Referat D III).<sup>5</sup>

Im Laufe des folgenden Jahres erweiterte Luther seinen Zuständigkeitsbereich unaufhaltsam und verdoppelte die Anzahl seiner Referate. Er wurde zusätzlich Leiter des «Sonderreferats Organisation», das Pläne zur Umstrukturierung des Ministeriums vorlegen sollte. In dieser Funktion hatte er die Befugnis, sich an jeder Stelle einzumischen, was ihn dazu veranlasste, sich in Anspielung auf seinen Namensvetter als «Reformator» des Ministeriums zu bezeichnen.<sup>6</sup> Durch Eingriffe in Personalangelegenheiten war Luther massgeblich daran beteiligt, fünf SA-Männern Posten als Botschafter bei deutschen Verbündeten in Südosteuropa zu beschaffen. Diese Beförderung von SA-Männern war nur einer der zahlreichen Anlässe für Reibungen zwischen Luther und der SS.<sup>7</sup> Im Auswärtigen Amt erfuhr er seitens der «alten Garde» sogar noch mehr Verachtung und Ablehnung. Man sah ihn als Eindringling und rücksichtslosen Emporkömmling.<sup>8</sup> Symbolisch für Luthers Position als Aussenseiter im Auswärtigen Amt war die Lage seines Büros.

Dieses befand sich nicht im Hauptgebäude an der Wilhelmstrasse, sondern in der beschlagnahmten norwegischen Botschaft in der Rauchstrasse 11, nahe des Tiergartens. Nur 32 Monate nach seinem problematischen Eintritt in das Auswärtige Amt als schlichter Legationsrat krönte Luther seinen phänomenalen Aufstieg im Juli 1941 mit der Ernennung zum Unterstaatssekretär.

### Luther und die Juden

Als Partei- und SA-Mitglied seit 1932, als Mitarbeiter der Dienststelle Ribbentrop seit 1936 wie auch als Leiter des Referats Partei im Auswärtigen Amt seit 1938 hatte Luther zunächst kein spezielles Interesse an der «Judenfrage» erkennen lassen. Erst im Mai 1940, als sich Luthers neu geschaffene Abteilung Deutschland die verbleibenden Funktionen des alten Referats Deutschland einverleibte, befasste er sich zum ersten Mal mit der «Judenpolitik» der Nazis. Statt jedoch einen seiner engen Mitarbeiter mit der Leitung des neuen Judenreferats (D III) zu betrauen, ernannte er mit Franz Rademacher einen Mann zum Leiter, den er nicht kannte. Zum Zeitpunkt seiner Ernennung war Rademacher gerade aus Montevideo (Uruguay) zurückgekehrt, wo er Geschäftsträger der deutschen Botschaft gewesen war. Gemessen an der herkömmlichen Einstellungspolitik des Auswärtigen Amtes war auch Rademacher – ein Selfmademan aus bescheidenen Verhältnissen – eher ein Aussenseiter. Zum Leiter des Judenreferats ernannt, strebte er eifrig danach, sich als «Judenexperte» und Antisemit zu profilieren. Von Verlagen aus ganz Deutschland liess er sich einen mächtigen Stapel antisemitischer Bücher kommen und pflegte die Bekanntschaft mit Paul Wurm, dem Auslandsredakteur beim antisemitischen Hetzblatt «Der Stürmer». Es muss Rademacher mit grossem Stolz erfüllt haben, als Wurm lobend äusserte, ihn «als wirklich guten Kenner der Judenfrage und alten Kämpfer» kennengelernt zu haben.<sup>9</sup>

In den nächsten fünfzehn Monaten gewährte Luther Rademacher beträchtlichen Spielraum für eigene Initiativen und unterstützte ihn, wenn nötig. Luther beteiligte sich jedoch persönlich nicht in signifikantem Umfang an der «Judenpolitik». Rademacher war sehr darauf bedacht, dass das Judenreferat nicht mit Routineaufgaben sowie den «1'000 Einzelfragen» in Bezug auf mögliche aussenpolitische Probleme und Einzelschicksale von Juden belastet werde. Da dieser Krieg «ein doppeltes Gesicht habe, einerseits ein imperialistisches – d. h. die Sicherung des für Deutschland als Weltmacht politisch, militärisch und wirtschaftlich notwendigen Raumes – und andererseits ein überstaatliches – d. h. die Befreiung der Welt aus den Fesseln des Judentums und der

Freimaurerei», sollte die Abteilung Deutschland bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen mit Frankreich nicht ins Hintertreffen gegenüber der Politischen Abteilung geraten. Um dies zu erreichen, sei die Frage zu klären, «wohin mit den Juden». Bei seinem Bemühen, sich als «Judenexperte» auf den neuesten Stand zu bringen, hatte Rademacher in den Akten alte antisemitische Pamphlete gefunden. Von diesen inspiriert, schlug er als eine Möglichkeit vor, «alle Juden» oder zumindest die «Westjuden» «aus Europa zu entfernen, beispielsweise nach Madagaskar».<sup>10</sup>

Luther trug Rademachers Idee vor, der zufolge das Referat D III damit beauftragt werden sollte, im Rahmen des Friedensvertrags eine Lösung der «Judenfrage» vorzubereiten. Ribbentrop stimmte zu.<sup>11</sup> Bei ihren Treffen mit Mussolini und Ciano am 17. beziehungsweise 18. Juni 1940 erwähnten Hitler und Ribbentrop den Plan, Madagaskar als Reservat für die Juden zu nutzen.<sup>12</sup> Als Reinhard Heydrich von dieser Entwicklung erfuhr, machte er sofort seine eigene Zuständigkeit geltend.<sup>13</sup> Rademacher wurde angewiesen, den Madagaskarplan im Einvernehmen mit der SS vorzubereiten. Den Sommer über erarbeitete Rademacher gemeinsam mit anderen eine Fassung des Auswärtigen Amtes, die eine weitgehende Beteiligung der SS vorsah. Unterdessen erstellte die SS ihre eigene Version des Plans, in der das Auswärtige Amt keine Erwähnung fand und der zufolge Heydrich alles kontrollieren würde.<sup>14</sup>

Selbst nachdem der Madagaskarplan an Bedeutung verloren hatte, als der erwartete Sieg über Grossbritannien ausgeblieben war, setzte sich dieses Muster fort: Bei «Judenangelegenheiten» mit eindeutig aussenpolitischen Implikationen ging die SS einseitig und ohne das Auswärtige Amt zu konsultieren vor. Vom 22. bis 23. Oktober wurden 6504 deutsche Juden aus Baden und der Pfalz zusammengetrieben und nach Vichy-Frankreich deportiert. Das Auswärtige Amt erfuhr davon erst aufgrund von französischen Protesten am 29. Oktober 1940. Luthers Auskunftersuchen entlockte Heydrich lediglich ein kurzes Schreiben, in dem er knapp mitteilte, die Ausweisungsmassnahme sei von Hitler angeordnet und die Ausweisung ohne Mitteilung an Frankreich sowie ohne Vorkommnisse durchgeführt worden. Weitere Versuche Luthers, mehr Informationen von der SS zu erhalten, blieben erfolglos. Ribbentrop ordnete an, die anhaltenden französischen Proteste «dilatorisch» zu behandeln. Jede Rückkehr von ausgewiesenen Juden sei völlig ausgeschlossen.<sup>15</sup> Faktisch erfuhr das Auswärtige Amt 1940 und zu Beginn des Jahres 1941 über die Umsetzung der nationalsozialistischen «Judenpolitik» mehr von einem beharrlichen Verfasser anonymer Schreiben als aus den offiziellen Mitteilungen der SS.<sup>16</sup>

Mangelnde Kommunikation und sogar Fehlinformationen seitens der SS setzten sich in den ersten Monaten nach dem Überfall auf die Sowjetunion fort. Deutscher



Botschafter in Rumänien war der SA-Mann Manfred von Killinger, dessen Ernennung Luther arrangiert hatte. Von ihm erfuhren Luther und Rademacher beispielsweise, dass «die Juden an der rumänischen Grenze einer beispiellosen Verfolgung ausgesetzt waren» und dass in *lasi* 4'000 Juden getötet worden waren. Von Heydrich hingegen ging die Beschwerde ein, der zufolge die rumänischen Aktionen in den neu besetzten Gebieten angeblich «wiederholt eine starke Judenfreundlichkeit zeigten».<sup>17</sup> Das durch mangelnde Kooperation gekennzeichnete Verhältnis zwischen SS und Auswärtigem Amt begann sich zu wandeln, als Eichmann am 21. August 1941 Rademacher anrief. Er informierte ihn vertraulich darüber, dass Hitler soeben die Kennzeichnung der deutschen Juden genehmigt habe. Eichmann fragte an, ob man ausländische Juden einbeziehen könne. Rademacher und Luther reagierten prompt. Sie erstellten eine Liste mit Vorschlägen, denen zufolge die Juden aus den besetzten Ländern sofort gekennzeichnet werden könnten. Um die Einwilligung befreundeter europäischer Staaten würde man sich bemühen. Sobald eine derartige Zustimmung gesichert wäre, könnten die Kennzeichnungen offiziell auf alle Juden ausgeweitet werden. Nicht-europäische Juden könnte man hiervon durch geheime interne Anweisungen ausnehmen. Erwartete Proteste von neutralen europäischen Staaten wie Schweden und der Schweiz würde man ignorieren. Heydrich stimmte den Vorschlägen zu, *bevor* Luther sie Ribbentrop vorlegte.<sup>18</sup>

Am 29. August fand eine interministerielle Konferenz zur Fertigstellung der Kennzeichnungsverordnung statt – Ribbentrop hatte bis zu diesem Zeitpunkt noch immer nicht geantwortet. Rademacher nahm an der Konferenz teil. Es wurde vereinbart, dass der Text keine Ausnahmen für ausländische Juden vorsehen würde. Gemäss interner Anweisungen würde die Polizei jedoch diejenigen Juden von der Kennzeichnungspflicht ausnehmen, für die das Auswärtige Amt dies verlangte. Nun kam auch Ribbentrops Stellungnahme: Für den Moment stellte er jedwede Kennzeichnung ausländischer Juden zurück.<sup>19</sup> Luther und Rademacher setzten sich für die rasche Verabschiedung der Kennzeichnungsverordnung ein und traten als Vermittler zwischen dem RSHA auf der einen Seite und Ribbentrop auf der anderen Seite auf. Dabei allerdings umgingen sie Staatssekretär Ernst von Weizsäcker vollständig. Einige Wochen später sollte Weizsäcker Auskunft darüber geben, ob das Auswärtige Amt konsultiert worden sei. Er erkundigte sich bei Luther, ob eine Konsultation stattgefunden habe, ohne dass die Angelegenheit je dem Staatssekretär vorgelegen hätte. Luther bestätigte, dass Heydrich ihn mündlich über Hitlers Entscheidung informiert habe, eine Konferenz einberufen und die Verordnung sehr schnell erlassen worden sei. Er habe direkten Kontakt zu Ribbentrop aufgenommen, weil rasches Handeln geboten war. Weizsäcker entgegnete ihm kühl, künftig möge er doch den Dienstweg einhalten.<sup>20</sup>

Sehr bald darauf aber kooperierte Luther sogar noch enger und mit weitaus verhängnisvolleren Folgen mit Heydrich, indem er die Umsetzung der nationalsozialistischen «Judenpolitik» vorantrieb und Weizsäcker erneut umging. In Serbien gewann der von Kommunisten angeführte Partisanenaufstand gegen die deutsche Besatzung im August 1941 an Dynamik. Der deutsche Botschafter in Belgrad, Felix Benzler, drängte auf eine engere Zusammenarbeit mit den serbischen Nationalisten und die Abschiebung der serbischen Juden donauabwärts oder in das Generalgouvernement.<sup>21</sup> Ribbentrop sandte seinen Vertrauten Edmund Veessenmeyer zur Erkundung aus, der sich umgehend dafür aussprach, zumindest die 8'000 männlichen Juden aus Serbien nach Rumänien zu vertreiben.<sup>22</sup> Da Deutschland jedoch gerade den rumänischen Vorstoss abgeblockt hatte, Juden über Transnistrien in die von Deutschland besetzte Ukraine auszuweisen, lehnte Ribbentrop den Vorschlag in einem Telefonat mit Luther ab.<sup>23</sup> Benzler blieb beharrlich: Sollte Rumänien nicht möglich sein, müssten die männlichen Juden in das Generalgouvernement oder auf russisches Gebiet deportiert werden. Luther wies Rademacher an, diese Möglichkeit bei Eichmann zu eruieren. Rademacher notierte Eichmanns Antwort: «Aufenthalt in Russland und Generalgouvernement unmöglich. Nicht einmal die Juden aus Deutschland können dort untergebracht werden. Eichmann schlägt Erschiessen vor.»<sup>24</sup>

Benzler appellierte direkt an Ribbentrop und behauptete, auch der Militärbefehlshaber stimme zu, dass die Deportation der 8'000 männlichen Juden in Serbien eine erste Voraussetzung für die Befriedung sei.<sup>25</sup> Überaus verärgert wandte sich Luther gleichfalls an Ribbentrop: «Wenn der Militärbefehlshaber mit Benzler dahingehend einig ist, dass diese 8'000 Juden in erster Linie die Befriedungsaktion [...] verhindern, so muss meiner Ansicht nach der Militärbefehlshaber für die sofortige Beseitigung dieser 8'000 Juden Sorge tragen. In anderen Gebieten sind andere Militärbefehlshaber mit einer wesentlich grösseren Anzahl von Juden fertig geworden, ohne überhaupt darüber zu reden.»

Luther beantragte – dieses Mal mit Billigung Weizsäckers –, die Angelegenheit mit Heydrich besprechen zu dürfen: «Ich bin überzeugt, dass wir im Einvernehmen mit ihm sehr bald zu einer klaren Lösung dieser Frage kommen können.»<sup>26</sup> Ribbentrop reagierte auf Benzlers frühere Klagen und wies Luther an, beim Reichsführer SS nachzufragen, ob er nicht die 8'000 Juden übernehmen und sie an einen anderen Ort bringen könnte.<sup>27</sup> Faktisch besass Luther nun Ribbentrops Genehmigung für eine Zusammenkunft mit Heydrich – Thema des Treffens würde allerdings nicht die Neuerörterung der Ausweisungsfrage sein.

Luther traf Heydrich vermutlich am 4. Oktober 1941. Letzterer war von seiner ersten Prag-Reise als neuer Reichsprotektor zurückgekehrt und hatte auch eine Reihe von Besprechungen mit anderen Amtsträgern in Berlin.<sup>28</sup> Heydrich wie Luther misstrauten

Benzler. Sie vereinbarten daher, Eichmanns Stellvertreter Friedrich Suhr zusammen mit Rademacher («Judenexperte» des Auswärtigen Amtes) zu entsenden, um die Lage in Belgrad zu untersuchen.<sup>29</sup> Rademacher fasste später den Grund für diese Reise zusammen: «Zweck der Dienstreise war, an Ort und Stelle zu prüfen, ob nicht das Problem der 8'000 jüdischen Hetzer, deren Abschiebung von der Gesandtschaft gefordert wird, an Ort und Stelle erledigt werden könne.»<sup>30</sup> Auf dem Formular für seine anschließende Reisekostenabrechnung benannte er den Reisegrund deutlicher: «Liquidation von Juden in Belgrad».<sup>31</sup>

Die zwei Reisenden verliessen Berlin am 16. Oktober, erreichten Belgrad am 18. Oktober und trafen mehrere deutsche Amtsträger. Es zeigte sich – wie von Luther bereits zuvor als Lösung gefordert –, dass das Militär mit den Erschiessungen der internierten männlichen Juden (und «Zigeuner») bereits begonnen hatte: Sie waren die am bequemsten und einfachsten zu handhabenden Opfer, um die aussergewöhnliche Vergeltungsquote – hundert Opfer für jeden von Partisanen getöteten deutschen Soldaten – zu erfüllen. Das heisst: Sie befanden sich bereits in deutschen Lagern, und ihre Exekution trieb den Partisanen keine Serben zu. Das Militär sah sich jedoch vor dem Problem, dass zu wenig männliche Juden zur Verfügung standen, um die selbst auferlegte Vergeltungsquote zu erfüllen, und nicht zu viele. Wollte die Armee die Vergeltungsmassnahmen fortführen, würde sie bald alle übrigen männlichen Juden in Serbien erschiessen.

Doch gegenüber der Delegation aus Berlin bestand Benzler weiter auf einer Deportation der verbleibenden männlichen Juden. Rademacher und Suhr verkündeten einvernehmlich, eine Deportation nach Rumänien, in das Generalgouvernement oder nach Russland sei unmöglich. Der Vorschlag, die verbleibenden männlichen Juden im Rahmen der militärischen Vergeltungsmassnahmen erschiessen zu lassen, setzte sich durch, und Rademacher konnte berichten: «Die männlichen Juden sind bis Ende dieser Woche erschossen, damit ist das in dem Bericht der Gesandtschaft angeschnittene Problem erledigt.» Das Schicksal der in Serbien befindlichen jüdischen Frauen und Kinder wurde gleichfalls erörtert. Den Winter über würden sie interniert. «Sobald dann im Rahmen der Gesamtlösung der Judenfrage die technische Möglichkeit besteht, werden die Juden auf Wasserwegen in die Auffanglager im Osten abgeschoben.»<sup>32</sup>

Auf seiner Rückreise verbrachte Rademacher drei Tage in Budapest. Er erreichte Berlin am 25. Oktober und legte seinen zusammenfassenden Bericht vor. Luther sandte diesen erst am 7. November an Weizsäcker, doch die Nachricht hatte sich rasch verbreitet. Am 1. November notierte von Hassell, was er von Hans Bernd von Häftens, dem stellvertretenden Leiter der Informationsabteilung des Auswärtigen Amtes und später einer der Verschwörer des 20. Juli, erfahren hatte: dass Luther über die «Schlappheit»

des Botschafters in Belgrad bezüglich der «dort zusammengetriebenen 8'000 Juden» entrüstet gewesen sei. Luther habe deshalb «Fühlung mit Heydrich genommen, der sofort einen Spezialisten hinuntergeschickt habe, um mit den Ärmsten aufzuräumen».<sup>33</sup> Angeblich erwarb sich Rademacher mit dieser Episode bei bestimmten Kreisen im Auswärtigen Amt die Bezeichnung «Judenschlächter»<sup>34</sup> Weizsäcker tat seinen Unmut kund und vermerkte, dass Benzler seine Zuständigkeit überschritten hatte. «Dasselbe trifft m. E. dann auch für das AA zu», womit er offenkundig Luther und Rademacher meinte. Er wies Luther an, Benzler schriftlich dafür zu tadeln, dass er sich über die entsprechende aussenpolitische Frage der Deportation hinaus darin eingemischt hatte, wie andere Behörden vor Ort die «Judenfrage» innerhalb der serbischen Grenzen behandelten. In dem Bewusstsein, dass Weizäckers Vorwurf in Wirklichkeit auf ihn gemünzt war, zitierte Luther Ribbentrops Anweisung, die ganze Angelegenheit mit Heydrich zu besprechen. «Ich muss also annehmen, dass es im Sinne des Herrn RAM lag, wenn sich das Auswärtige Amt in diese an sich sicherlich recht heikle Angelegenheit einschaltete.» Er weigerte sich daher, Benzler zu schreiben, und betrachtete die Sache als erledigt.<sup>35</sup>

In seiner gesamten Auswirkung lässt sich das, was Luther und Rademacher der serbischen Episode über den Status der nationalsozialistischen «Judenpolitik» entnehmen, nur verstehen, wenn man den zeitlich parallelen Empfang von zwei anderen Informationen berücksichtigt.

Als Vergeltung für die Tötung deutscher Soldaten durch den aufkeimenden Widerstand hatte das deutsche Militär in Frankreich eine grosse Anzahl Juden verhaftet, darunter auch einige Juden mit spanischen Pässen. Die spanische Regierung wies daher auf die Möglichkeit hin, alle spanischen Juden (etwa 2'000 Personen) aus Frankreich nach Spanisch-Marokko auszuweisen. Der deutsche Botschafter in Paris, Otto Abetz, reichte diese Anfrage nach Berlin weiter. Am 13. Oktober 1941 bereitete Luther ein Memorandum mit dem Vorschlag vor, Abetz möge angewiesen werden, die Möglichkeit der Umsiedlung von spanischen Juden aus Frankreich nach Spanisch-Marokko zu prüfen. (Das hätte im Einklang mit dem früheren Ziel der Nazis gestanden, die Juden aus Europa zu vertreiben.)

Vier Tage später notierte Luther nach einem Telefonat, das RSHA lehne die Umsiedlung von spanischen Juden aus Frankreich nach Spanisch-Marokko ab, weil die spanische Regierung weder über den Willen noch über die Erfahrung zu deren dortiger wirkungsvoller Bewachung verfüge. Noch ominöser wurde Luther mitgeteilt: «Darüber hinaus wären diese Juden aber auch bei den nach Kriegsende zu ergreifenden Massnahmen zur grundsätzlichen Lösung der Judenfrage dem unmittelbaren Zugriff allzu sehr entzogen.»<sup>36</sup> Am folgenden Tag vereinbarten Himmler und Heydrich das

Ende der gesamten jüdischen Auswanderung aus Europa. Den verschiedenen Dienststellen der Sicherheitspolizei und SD wurde diese Entscheidung am 23. Oktober mitgeteilt.<sup>37</sup> Von dem Stopp sämtlicher Auswanderungen von Juden erfuhr Rademacher am 4. November, er gab die Information am 14. November an Luther weiter.<sup>38</sup>

Am 23. Oktober 1941 traf Eichmann in Berlin mit seinen Deportationsexperten zusammen, darunter auch denen aus dem Osten. Man wollte – im Anschluss an die Deportationen nach Łódź, die am 15. Oktober begonnen hatten – die nächste Welle der Deportationen von Juden aus dem Reich erörtern.<sup>39</sup> Rademacher war an diesem Tag auf dem Rückweg von Belgrad und befand sich in Budapest. Nichtsdestotrotz teilte ihm sein alter Freund Paul Wurm Entscheidendes über die Zusammenkunft mit. Wurm hatte an jenem Tag Berlin besucht und liess Rademacher eine kurze Nachricht zukommen: «Lieber Parteigenosse Rademacher! Auf meiner Rückreise aus Berlin traf ich einen alten Parteigenossen, der im Osten an der Regelung der Judenfrage arbeitet. In nächster Zeit wird von dem jüdischen Ungeziefer durch besondere Massnahmen manches vernichtet werden.»<sup>40</sup>

Wenige Tage später entnahm Luther einer schwedischen Intervention zugunsten von 600 jungen männlichen niederländischen Juden, die im Frühling 1941 in ein Konzentrationslager in Deutschland geschickt worden waren, dass mehr als 400 von ihnen bereits tot waren. Die meisten waren an bestimmten Tagen gestorben, was auf vorsätzliche Massentötungen hindeutete. Luther versicherte dem Gestapo-Chef Heinrich Müller am 5. November 1941, dass «das Auswärtige Amt im Prinzip denselben Standpunkt einnimmt wie das Reichssicherheitshauptamt und seinerseits für Vergeltungsmassnahmen an unruhigstiftenden Juden eintritt». Er drängte jedoch darauf, bei der Bekanntgabe von Todesnachrichten künftig Sorge dafür zu tragen, dass nicht alle Todesfälle auf nur wenige Tage fielen, um keinen falschen Eindruck entstehen zu lassen.<sup>41</sup>

Luther und Rademacher hatten somit innerhalb der kurzen Zeitspanne von einigen Wochen in Verbindung mit Heydrich und der SS entscheidend dazu beigetragen, die Massenerschiessung der verbleibenden männlichen Juden in Serbien sicherzustellen. Ferner hatten sie von einer «Gesamtlösung» oder «grundsätzlichen Lösung» erfahren, die anstelle der früheren Vertreibungspolitik für «nach dem Krieg» oder «in naher Zukunft» vorgesehen war und die Deportation aller europäischen Juden – selbst der spanischen Juden in Frankreich und auch der jüdischen Frauen und Kinder in Belgrad – in «Auffanglager» im Osten umfassen sollte. Wir wissen nicht genau, was Rademacher Luther eventuell erzählt hatte. Aber Rademacher wusste nun, dass jene «Lösung» auch die Massenvernichtung «durch besondere Massnahmen» umfasste. Zumindest wurde Luther und Rademacher nun deutlich, welche Richtung die nationalsozialistische «Judenpolitik» in Bezug auf das Schicksal der europäischen Juden einschlug. Neben vielen

anderen Mitarbeitern im Auswärtigen Amt erhielten auch sie detaillierte Informationen zu dem, was bereits aus dem sowjetischen Gebiet durchgesickert war.

Am 30. Oktober 1941 schickte Heinrich Müller auf Anweisung von Heydrich die ersten fünf «Tätigkeits- und Lageberichte der Einsatzgruppen der Sipo und des SD» an Ribbentrop. In ihnen ging es um Ereignisse von August und September. Sie wurden vom Stab weitergeleitet und erreichten Luther am 17. November, der sie am folgenden Tag Rademacher übergab.<sup>42</sup> Luther muss klar gewesen sein, dass diese Berichte den engsten Bezug zu seinem Judenreferat aufwiesen. Am 25. November 1941 leitete Heydrich den sechsten Bericht, der den Monat Oktober zum Inhalt hatte, an Ribbentrop weiter. Am 8. Dezember verlangte Dr. Bruns aus Ribbentrops Stab eine kurze Zusammenfassung der sechs umfangreichen Berichte für den Reichsaussenminister. Einer von Rademachers Assistenten fasste die ersten fünf Berichte zusammen, Luther selbst übernahm dies für den sechsten.<sup>43</sup>

Verschiedene Punkte in Bezug auf die Kopien des Auswärtigen Amtes sind bemerkenswert: Erstens war das Auswärtige Amt nur einer von vielen Empfängern. Der zweite Bericht, der an das Auswärtige Amt ging, war eine von 53 Kopien, der dritte eine von 80 und der vierte bis sechste waren je eine von 100 Kopien. Zweitens wurden die Informationen aus der Kopie des Auswärtigen Amtes weithin verbreitet. Die Zusammenfassungen wurden Ribbentrop durch Weizsäcker und Unterstaatssekretär Ernst Woermann in der Politischen Abteilung vorgelegt, die beide das Deckblatt abzeichneten. Sie kursierten im Auswärtigen Amt in einer Reihe von Abteilungen und gingen über diverse Tische. Schlussendlich hatten mindestens fünf Personen die Originalberichte gelesen, und die Zusammenfassungen waren von sechzehn Personen abgezeichnet worden. Gewiss haben viele andere, die nicht unterzeichnet hatten, ebenfalls von ihrem Inhalt erfahren. Die Berichte und Zusammenfassungen liessen keinen Zweifel an dem Ausmass und der systematischen Durchführung der Massentötung von Juden auf sowjetischem Gebiet zu. Zusätzlich zur Auflistung zahlreicher Massenerschiessungen vermerkte der vierte Bericht, dass zwei Sonderkommandos bis Ende September 85'000 beziehungsweise 75'000 Juden liquidiert hatten. Der sechste Bericht vermeldete, dass in Kiew vom 29. bis 30. September 33'771 Juden getötet worden waren. Während die ersten Berichte noch nominelle Rechtfertigungen für die Massaker angaben, wurde das Ziel, diese Gebiete «judenfrei» zu machen, zunehmend offener verkündet. Keiner, der sie las, konnte Zweifel an der Bedeutung des Begriffs «Endlösung» haben, wie er für die sowjetischen Gebiete galt. Und in den Anfangsmonaten des Jahres 1942 wurden auch der siebte, achte, zehnte und elfte Bericht versandt (nur der neunte fehlte), die ebenfalls im Auswärtigen Amt kursierten.<sup>44</sup>

## Luther bei der Konferenz

Am 29. November 1941, als er bereits die Berichte 1-5 erhalten hatte, erreichte Luther die erste Einladung zu der Besprechung, die die Wannsee-Konferenz werden sollte. Luther war als Vertreter des Auswärtigen Amtes eingeladen und befand sich als Einziger im Rang eines Unterstaatssekretärs. Als die Versammlung heranrückte, bat Luther Rademacher, er möge Heydrich darüber informieren, dass er erkrankt sei, sehr für die Einladung danke und wenn irgend möglich teilnehmen werde. Er wies Rademacher an, für die Zusammenkunft ein Memorandum mit «unseren Wünschen und Ideen» vorzubereiten und den Staatssekretär zu informieren. Am 8. Dezember teilte Rademacher Luther mit, die Versammlung sei auf einen bisher unbenannten Termin verlegt worden, Weizsäcker sei informiert.<sup>45</sup>

Zum Zeitpunkt der Einladung hatten die Spannungen in Luthers Beziehung zur SS abgenommen. Der Grund lag in der kooperativen Umsetzung der nationalsozialistischen «Judenpolitik» bei zwei wichtigen Gelegenheiten: In direkten Verhandlungen mit Heydrich hatte Luther einen schnellen Erlass der Kennzeichnungsverordnung erreicht. Ausnahmen für einige ausländische Juden sollten später beschlossen und über interne Anweisungen weitergegeben werden. Angesichts des wiederholten Drängens des deutschen Botschafters in Belgrad, die männlichen Juden aus Serbien zu deportieren, hatte Luther Eichmanns Alternative unterstützt, sie stattdessen zu erschiessen. Wiederum nach Verhandlungen mit Heydrich hatte er Rademacher als Teil einer gemeinsamen Delegation ausgesandt, um die Deportation zu verhindern und die Erschiessungen zu erzwingen. In beiden Fällen hatte Luther rasch und quasi unabhängig gehandelt. Er bekam eine vage Genehmigung des Reichsaussenministers, ignorierte Weizsäcker und arbeitete die Einzelheiten selbst aus, statt auf spezifische Anweisungen von oben zu warten. Es ist davon auszugehen, dass Luthers Kooperation mit Heydrich im Herbst 1941 – in diesem Fall speziell bei der «Judenfrage» – den früheren Groll und das Misstrauen zwischen beiden beseitigte und zudem der Grund dafür war, dass Luther anstelle von Weizsäcker die Einladung zur Wannsee-Konferenz erhielt.

Man kann ebenso mit Gewissheit sagen, dass Luther, als er die Einladung bekam, zweierlei wusste: erstens, dass eine Lösung mit systematischem Massenmord bereits gegen Juden auf sowjetischem Gebiet umgesetzt wurde; und zweitens, dass ein – nach dem Krieg auszuführender – Plan für eine grundsätzliche oder Gesamtlösung bezüglich aller im deutschen Einflussbereich verbliebenen europäischen Juden darin bestand, sie zu «Auffanglagern» im Osten zu deportieren, wo sie sehr wahrscheinlich getötet werden würden. Rademacher hinterliess sein Kürzel auf dem Deckblatt der zusammengestellten «Wünsche und Ideen», die Luther angefordert hatte. Das Memorandum selbst

war jedoch nicht abgezeichnet. Es trägt weder Stempelabdruck noch Initialen, die belegen, dass Luther es tatsächlich je gelesen hat. Im Zentrum des Memorandums stand der Wunsch des Auswärtigen Amtes nach der Deportation aller deutschen, kroatischen, slowakischen und rumänischen Juden im «Dritten Reich», aller früher deutschen und inzwischen staatenlosen Juden in deutsch besetzten Gebieten, der serbischen Juden und der durch Ungarn an Deutschland überstellten Juden. Ferner wurde darin auch die Bereitschaft Deutschlands erklärt, alle Juden zu deportieren, die in Rumänien, der Slowakei, Kroatien, Bulgarien und Ungarn lebten. Das zweitwichtigste Anliegen war die Beeinflussung anderer europäischer Staaten zur Einführung von «Judengesetzen», bevorzugt nach Nürnberger Muster. All dies sollte «wie bisher in einem freundschaftlichen Verhältnis mit der Gestapo» erreicht werden.<sup>46</sup> Christian Gerlach führte an, die ursprünglich für den 9. Dezember angesetzte Zusammenkunft hätte ausschliesslich dazu dienen sollen, Fragen im Zusammenhang mit den deutschen Juden zu regeln.<sup>47</sup> Diese Vorstellung vom Zweck der Zusammenkunft wurde ganz eindeutig nicht vom Zusammensteller der «Wünsche und Ideen» des deutschen Auswärtigen Amtes geteilt.

Am 8. Januar 1942 erhielt Luther von Heydrich seine zweite Einladung zur Teilnahme an der auf den 20. Januar 1942 verlegten Konferenz. Am Ende seines langen Eröffnungsmonologs sagte Heydrich an jenem Tag im Januar, man würde Europa von West nach Ost nach Juden durchkämmen. Da er Luther als Vertreter des Auswärtigen Amtes zu der Konferenz eingeladen hatte, gab Heydrich die erforderliche Zusicherung ab: «Bezüglich der Behandlung der Endlösung in den von uns besetzten und beeinflussten europäischen Gebieten wurde vorgeschlagen, dass die in Betracht kommenden Sachbearbeiter des Auswärtigen Amtes sich mit dem zuständigen Referenten des Sicherheitsdienstes und des SD besprechen.» Er sah keine Schwierigkeiten für die Slowakei, Kroatien, Rumänien oder Frankreich, aber in Ungarn und Italien müssten noch einige Vorarbeiten geschehen.

An dieser Stelle scheint Luther als erster der Teilnehmer Heydrich unterbrochen zu haben. Er fiel ihm ins Wort und wies darauf hin, dass «bei tiefgehender Behandlung dieses Problems in einigen Ländern, so in den nordischen Staaten, Schwierigkeiten auftauchen werden, und es sich daher empfiehlt, diese Länder vorerst noch zurückzustellen. In Anbetracht der hier in Frage kommenden geringen Judenzahlen bildet diese Zurückstellung ohnedies keine wesentliche Einschränkung. Dafür sieht das Auswärtige Amt für den Südosten und Westen Europas keine grossen Schwierigkeiten.»<sup>48</sup>

Die Diskussion wandte sich anschliessend anderen Themen zu, und das Protokoll verzeichnet keine weitere Einmischung Luthers. Mit Heydrichs Ankündigung eines



europaweiten Deportationsprogramms und seiner Zusage von Konsultationen mit dem Auswärtigen Amt hatte Luther beides erreicht: die Erfüllung des wichtigsten «Wunsches» des Auswärtigen Amtes und den Schutz von dessen Vorrechten. Überdies sollte sich Luthers Warnung bezüglich der skandinavischen Länder als prophetisch erweisen.

In den darauffolgenden Monaten sorgten Luther und Rademacher auf verschiedene Weise für eine reibungslose Umsetzung der «Endlösung». Erstens erhob das Auswärtige Amt keine auf aussenpolitischen Erwägungen beruhenden Einwände, als Heydrich über Eichmann die Durchführung von Deportationen in verschiedenen Ländern beauftragte. Zweitens übte es häufig Druck aus oder stellte Fachwissen zu Deportationen zur Verfügung. Dies geschah durch seine eigenen Diplomaten und durch die in verschiedenen Botschaften angesiedelten «Judenberater» der SS. Drittens trachtete das Auswärtige Amt danach, die Opferzahlen zu erhöhen. Es bemühte sich um die Erlaubnis der Verbündeten Deutschlands oder der neutralen europäischen Staaten – oder zumindest um eine Erklärung ihres Desinteresses – bezüglich der Einbeziehung ihrer jüdischen Staatsbürger in Deportationen aus Deutschland und aus den von Deutschland besetzten Gebieten. Alternativ leistete das Auswärtige Amt seinen Beitrag dazu, jene Gebiete «judenrein» zu machen, indem die betreffenden Staaten genötigt wurden, «ihre» Juden zu repatriieren. Und schliesslich versuchte das Auswärtige Amt sicherzustellen, dass keine strittigen Vermögensfragen zu jüdischem Eigentum die «Endlösung» stören würden.

Luther setzte mit Sicherheit Rademacher über die Ergebnisse der Konferenz in Kenntnis; er scheint diese Informationen jedoch an niemanden sonst weitergegeben zu haben. Rademacher informierte das Kolonialreferat der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, der Madagaskarplan werde nun nicht weiterverfolgt: «Demgemäss hat der Führer entschieden, dass die Juden nicht nach Madagaskar, sondern nach dem Osten abgeschoben werden sollen.» Woermann erkundigte sich sofort nach der Quelle dieser wichtigen Entscheidung. In der Folge versicherte Luther Rademacher, er habe Woermanns Nachfrage beantwortet.<sup>49</sup> Es gibt keinen Hinweis darauf, dass Luther Weizsäcker mehr mitteilte als die Tatsache seiner Einladung. Noch mehr überrascht das Fehlen von Hinweisen darauf, dass Luther bis zum folgenden Sommer Ribbentrop wegen seiner engen Zusammenarbeit mit Heydrich konsultiert hätte, als eine wachsende Entfremdung zwischen beiden Luthers Position gefährdete.

Im Sommer 1942 führte Luthers wachsende Erbitterung über Ribbentrops uferloses Verlangen nach persönlichen Vorteilen schliesslich zum Bruch zwischen beiden sowie zu wechselseitigen Korruptionsvorwürfen. Zur selben Zeit scheint Luther zu dem Schluss gekommen zu sein, um Deutschland vor der Niederlage zu bewahren, müsste eine Art Kompromissfrieden ausgehandelt werden.

Für diesbezügliche Schmeicheleien seitens der desillusionierten jungen Neulinge in der Abteilung Deutschland war Luther empfänglich. Er war sich ausserdem darüber im Klaren, dass nur Ribbentrops Amtsenthebung dem Auswärtigen Amt die Tür zu den notwendigen Verhandlungen öffnen würde.<sup>50</sup> Im August 1942 erlangte Ribbentrop Kenntnis davon, dass der SS-Berater in Bukarest hinter dem Rücken des deutschen Botschafters von Killinger ein Deportationsabkommen direkt mit der rumänischen Regierung ausgehandelt hatte. Ribbentrop argwöhnte, dass das Auswärtige Amt mit Luthers stillschweigender Billigung übergangen worden war. Ribbentrop attackierte Luther und verlangte von ihm nicht nur eine Erklärung bezüglich der Vorfälle in Rumänien, sondern auch zu seinem Verhalten bei den «Judenangelegenheiten» insgesamt.<sup>51</sup> Statt als Entschuldigung vorzubringen, die SS habe in diesem Fall einen Vertrauensbruch begangen, zog Luther es vor, seine Handlungen und die der SS gemeinsam zu verteidigen. Dies war ein erster Schritt, um den Boden für eine mögliche Allianz mit der SS gegen Ribbentrop vorzubereiten.

Mithilfe von Rademacher und dessen Stellvertreter stellte Luther in nur zwei Tagen einen detaillierten Rechtfertigungsbericht zusammen. Zusammen mit den Begleitdokumenten handelte es sich um eine umfassende Leugnung des Vorwurfs, Luther habe sich in «Judenangelegenheiten» je inkorrekt verhalten oder unabhängig gehandelt.<sup>52</sup> Indem er jedwede Erwähnung Serbiens unterliess, versuchte Luther die Tatsache zu bemängeln, dass er den Reichsaussenminister nie über die Wannsee-Konferenz informiert hatte. Das Protokoll fügte er seinem Bericht als Begleitdokument bei. Er behauptete, er habe den Reichsaussenminister zu jener Zeit nicht informiert, weil Heydrich eine Folgekonferenz geplant hatte. Diese fand jedoch nie statt, da Heydrich durch das Protektorat in Beschlag genommen war und danach ermordet wurde. Luther erklärte mit Nachdruck: «In der Sitzung am 20.1.1942 habe ich gefordert, dass alle das Ausland betreffende Fragen vorher mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt werden müssten, was Gruppenführer Heydrich zusagte und auch loyal gehalten hat, wie überhaupt die für Judensachen zuständige Dienststelle des Reichssicherheitshauptamtes von Anfang an alle Massnahmen in reibungsloser Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt durchgeführt hat.»

Bezüglich der Ereignisse in Rumänien tat Luther so, als hätte für die einseitigen Handlungen der SS die Billigung des Auswärtigen Amtes bestanden. Ribbentrop, offensichtlich durch seinen Unterstaatssekretär nicht überzeugt, liess Emil von Rintelen, der seinem persönlichen Stab angehörte, sein Missfallen bekunden. «Der Herr Reichsaussenminister fordert Sie für die Zukunft auf, vor der Aufnahme von Verhandlungen mit einer ausländischen Regierung, die in den Tätigkeitsbereich Ihrer Abteilung fallen,

ihm die betreffende Angelegenheit vorzutragen oder vorzulegen und seine Genehmigung abzuwarten.»<sup>53</sup> Für beinahe einen Monat bremste Ribbentrop Luther aus, bis der stellvertretende Ministerpräsident Rumäniens, Mihai Antonescu, am 23. September Hitlers Hauptquartier besuchte. Nach dem Treffen von Hitler und Ribbentrop mit Mihai Antonescu muss Hitler seinem Zorn darüber Luft gemacht haben, dass das Auswärtige Amt dabei versage, die zuvor zugesagten Deportationen aus diesem Land abzuschliessen. Ribbentrop rannte buchstäblich zum Telefon, um seine früheren Anweisungen zurückzuziehen und seinen Unterstaatssekretär von der Leine zu lassen. Ein auftrumpfender Luther informierte umgehend Weizsäcker und die übrigen Abteilungsleiter: «Der Herr RAM hat mir heute telephonisch die Weisung erteilt, die Evakuierung der Juden aus den verschiedensten Ländern Europas möglichst zu beschleunigen.»<sup>54</sup>

Luthers Triumph über Ribbentrop war jedoch nur von kurzer Dauer. Man hatte ihm zwar quasi freie Hand gewährt, um neuerliche Deportationen zu betreiben, gleichzeitig aber ermittelte eine von Ribbentrop eingesetzte Kommission gegen ihn wegen Korruption.<sup>55</sup> Zudem war er dem ewigen Bohren seiner jungen Mitarbeiter und ihrem unablässigen Drängen zu Taten ausgesetzt.<sup>56</sup> Mit Walter Schellenberg, hinter dem sich Himmler für die Aufnahme von Kontakten zu den Alliierten versteckte, um selbst nicht in Erscheinung zu treten, zusammen plante Luther die Absetzung des Reichsaussenministers. Dazu, wie und warum der Plan fehlschlug, gibt es widersprüchliche Berichte. In seinen eigennützigen Memoiren behauptete Schellenberg, dass er sich bemüht habe, Himmler zur Absetzung Ribbentrops zu bewegen. Dann aber habe ein taktloser Luther durch sein fleghaftes Benehmen Himmler vor den Kopf gestossen. Ausserdem habe Luther den Plan vorzeitig in die Tat umgesetzt, indem er einen Bericht verbreitete, der den Reichsaussenminister für geisteskrank erklärte.<sup>57</sup>

Laut Walter Büttner, einem von Luthers jungen Männern, gab Himmler Luther zu verstehen, er sei bereit, Ribbentrop seinen Schutz zu entziehen. Anschliessend habe Schellenberg eilig Luthers Bericht über die Amtsunfähigkeit des Reichsaussenministers erbeten, obwohl Büttner noch dabei war, weitere Unterstützung zu organisieren.<sup>58</sup> Als Himmler schwankte und den Bericht dann Ribbentrop übergeben hatte, wurden Luther und seine Mitverschwörer in der Abteilung Deutschland am 10. Februar 1943 verhaftet.<sup>59</sup> Luther verbrachte den Rest des Krieges als bevorzugt behandelter Gefangener («Sondergefangener») im Konzentrationslager Sachsenhausen. Sein Judenreferent Franz Rademacher war nicht direkt an dem Komplott beteiligt und wurde vom Auswärtigen Amt entlassen, um bis Kriegsende in der Marine zu dienen.

## Zusammenfassung

Als Teilnehmer der Wannsee-Konferenz steht Martin Luther exemplarisch für den sozial benachteiligten, dabei aber fähigen und ambitionierten Mann, dem das «Dritte Reich» nie dagewesene Möglichkeiten für Aufstieg, Macht und Ansehen bot. Er vergalt es dem Regime mit Ergebenheit und Tatkraft, woraus sein Förderer, Joachim von Ribbentrop, und er selbst Nutzen zogen. Besonders nützlich war er für Ribbentrop als Experte für die Verteidigung von dessen Vorrechten und Zuständigkeiten bei den schmutzigen Intrigen innerhalb des Regimes. Gleichzeitig betrieb Luther zulasten seiner Konkurrenten im Auswärtigen Amt ein unerbittliches Programm bürokratischer Übergriffe und der Ausweitung von Zuständigkeiten. Bis in die letzten Monate des Jahres 1941 hatte er kein besonderes Interesse an der «Judenpolitik». Später nahm er deren gewachsene Bedeutung wahr und machte sich eifrig daran, eine lange Phase der Konfrontation mit der SS zu überwinden und sich in eine persönliche Zusammenarbeit mit Heydrich zu begeben. Dadurch stellte er sicher, dass das Auswärtige Amt in dieser Hinsicht nicht übergangen oder in den Hintergrund gedrängt und es somit zutiefst in die «Endlösung» verwickelt wurde. Luther handelte jedoch zugleich mit geringer oder ganz ohne Billigung oder Führung durch Ribbentrop. Die Wannsee-Konferenz besuchte Luther, ohne den Reichsaussenminister davor oder im Anschluss auch nur in Kenntnis zu setzen. Luther war kein Mann, der spezifischer Handlungsanweisungen bedurfte. Heydrich unterlag keiner Fehleinschätzung, als er Luther für seinen wertvollsten Verbündeten im Auswärtigen Amt hielt und ihn daher trotz seines niedrigeren Rangs und vorangegangener Konflikte zur Wannsee-Konferenz einlud.

*Christopher Browning*

*Aus dem Englischen übersetzt von EnergyTranslations, Berlin*

- 1 Zu Luthers früher Karriere siehe: BArch (ehem. BDC), Luther Partei- und SA-Akten; Jacobsen, Nationalsozialistische Aussenpolitik, S. 303-309; Seabury, Wilhelmstrasse, S. 73 f, S. 107 f. Zu Luthers geschäftlichen Erfolgen: Luther an Schroeder, 24.2.1940, PA AA Luther, Handakten, Vol. 4; Rademacher, Aussage, 1968, LG Nürnberg-Fürth, 2 Ks 3/53, Hauptakten, XI, S. 1812.
- 2 Mutschmann an Ribbentrop, 16.11.1937, und Notiz von Büttner, 13.12.1937, beide PA AA, Dienststelle Ribbentrop 12/2 (alte Unterschrift); Luther an Lorenz, 29.9.1942, PA AA, R 27644.
- 3 Luther an Ribbentrop, 13.7.1938; Versetzungsbefehl Referat Partei, 25.9.1938; Luther an Ribbentrop, 2.11.1938, alle PA AA, R 27648.
- 4 McKale, Curt Prüfer, S. 137.
- 5 Vermerk Luthers, 16.4.1940, PA AA, R 27624; Geschäftsplan, 7.5.1940, PA AA, R 100305.

- 6 Zu Luthers «bürokratischem Imperialismus» siehe: Browning, Unterstaatssekretär, insbesondere S. 320-326; Döscher, Das Auswärtige Amt, S. 204-212.
- 7 Döscher, Das Auswärtige Amt, S. 38; Conze/Frei/Hayes/Zimmermann (Hrsg.), Das Amt, S. 165 f.
- 8 Ulrich von Hassell erachtete ihn als «ungebildet, anmassend und falsch, ziemlich sicher auch korrupt». Von Weizsäcker nannte ihn «ein Reptil». Von Hassell, Tagebücher, S. 297; von Weizsäcker, Erinnerungen, S. 339.
- 9 Wurm an Rademacher, 5.6.1940, PA AA, R 99388. Zu biografischen Informationen über Rademacher siehe: Browning, «Endlösung», S. 29 f.
- 10 Rademacher, Memorandum «Gedanken über die Arbeiten und Aufgaben des Ref. D III», 3.6.1940, PA AA, R 100305; Rademacher, Affidavit, 20.7.1948, StA Nürnberg, Zz 431, Nr. 1. Für detaillierte Studien des Madagaskarplans siehe: Brechtken, Madagaskar; Jansen, Madagaskar-Plan.
- 11 Rademacher, Memorandum «Die Judenfrage im Friedensvertrage», 3.7.1940, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D: 1937-1945, Bd. X, S. 92-94; Rademacher, Memorandum, 30.8.1940, PA AA, R 100857.
- 12 Schmidt, Hitlers Interpreter, S. 178; Ciano, Ciano Diaries, 1939-43, S. 265f.
- 13 Heydrich an Ribbentrop, 24.6.1940, PA AA, R 100857.
- 14 Für den SS-Plan siehe: RSHA Madagaskar-Projekt, PA AA, R 100857. Für Rademachers verschiedene Vorbereitungen und Kontakte mit anderen siehe: Browning, «Endlösung», S. 39-42.
- 15 Heydrich an Luther, 29.10.1940; Sonnleithner an Luther, 22.11.1940, beide PA AA, R 100869; Todenhöfer an Luther, 31.10.1940, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D: 1937-1945, Bd. XI, 376.
- 16 Schumburg an Müller, 23.2.1940, PA AA, R 98465; Anonymer Brief von Gaus an Luther, 3.11.1940, PA AA, R 100869; Anonymer Brief, 15.2.1941, PA AA, R 99368.
- 17 Heydrich an Luther, 23.8.1941; von Killinger an Luther, 1.9.1941, beide PA AA, R 100883.
- 18 Rademacher an Luther, 21.8.1941; Luther Notiz, 22.8.1941; Luther an Ribbentrop, 22.8.1941, alle PA AA, R 100851.
- 19 Rademacher, Bericht, 8.9.1941; Büro RAM an Luther, 31.8.1941, beide PA AA, R 1000851.
- 20 Weizsäcker an Luther, 15.9.1941; Luther an Weizsäcker, 19. und 22.9.1941; Weizsäcker, Marginale Notiz, 24.9.1941, alle PA AA, R 100851.
- 21 Benzler an Auswärtiges Amt, 14.8.1941, PA AA, R 99424.
- 22 Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D: 1937-1945, Bd. XIII, S. 378 und 386.
- 23 Rademacher, Aussage, 30.8.1948, Nürnberg Dokument NG-3354.
- 24 Benzler an Auswärtiges Amt und Luther, Marginale Notiz, 12.9.1941; Rademacher, Marginale Notiz, 13.9.1941, alle PA AA, R 100874.
- 25 Benzler an Ribbentrop, 28. 9- 1941, PA AA, R 100874.
- 26 Luther an Ribbentrop, 2.10.1941, PA AA, R 1000874.
- 27 Büro RAM an Luther, 3.10.1941, PA AA, R 100874.
- 28 Einschliesslich eines Treffens mit Alfred Meyer vom Ostministerium, der später auch der Wannsee-Konferenz beiwohnte. Vgl. Burrin, Hitler, S.123.
- 29 Luther an Belgrad, 4., 8. und 15.10.1941, PA AA, R 100874; Rademacher, Verhör, Oktober 1966, LG Nürnberg-Fürth 2 Ks 3/53, Hauptakten, VIII, S. 1262.
- 30 Rademachers zusammenfassender Bericht, 25.10.1941, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D: 1937-1945, Bd. XIII, Teil 2, S. 570-572.
- 31 Landgericht Bamberg, Urteil in dem Strafverfahren gegen Franz Rademacher, 2 Ks 3/53, S. 44. Dieses Dokument wurde mir während meiner Nachforschungen am PA AA 1972/73 nicht zur Verfügung gestellt, war jedoch in den Gerichtsaufzeichnungen verfügbar.

- 32 Rademachers zusammenfassender Bericht, 25.10.1941, in: Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D: 1937-1945, Bd. XIII, Teil 2, S. 570-572, vgl. auch Urteil 2 Ks 3/53, S. 53-58.
- 33 Von Hassell, Tagebücher, S. 233.
- 34 Werner Picot, Verhör, April 1964, LG Nürnberg-Fürth 2 Ks 3/53, Hauptakten, X, S. 1792.
- 35 Rademacher, Memorandum, 15.11.1941; Handschriftliche Notiz von Weizsäcker, 19.11.1941; Weizsäcker an Abteilung Deutschland, 22.11.1941; Luther an Weizsäcker, 12.12.1941, alle PA AA, R 100874.
- 36 Luther, Memoranda, 13. und 17.10.1941, PA AA, R 103195.
- 37 Der Dienstkalender Heinrich Himmlers, S. 238 (Eintrag vom 18. Oktober 1941); Adler, Der verwaltete Mensch, S. 29 f.
- 38 Huene an D III, 12.11.1941; Rademachers Notiz, 14.11.1941, beide PA AA, R 99370 I.
- 39 Abromeit, Vermerk, 24.10.1941, YVA, 0-53/76/110-111.
- 40 Wurm an Rademacher, 23.10.1941, PA AA, R 99398.
- 41 Luther an Müller, 5.11.1941, PA AA, R 100876.
- 42 Müller an Ribbentrop, 30.10.1941; Picot Deckblatt, 15.12.1941, mit Initialen von Luther und Rademacher; Aktivitäts- und Lageberichte Nr. 1-5, alle PA AA, R 101122.
- 43 Heydrich an Ribbentrop, 25.11.1941; Bruns an D II, 8.12.1941; Luther an Ribbentrop, 10.12.1941; von Hahn, Bericht, 10.12.1941; Aktivitäts- und Lagebericht Nr. 6, alle PA AA, R 101122.
- 44 Aktivitäts- und Lageberichte Nr. 7-8, 10-11, und folgende Korrespondenz, Januar-April 1942, alle PA AA, R 101122. Für weitere Details siehe: Browning, «Endlösung», S. 72-76.
- 45 Heydrich an Luther, 29.11.1941, PA AA, R 100857, mit Luther und Rademacher Marginalia.
- 46 Unsigniertes und undatiertes Memorandum «Wünsche und Ideen», PA AA, R 100857.
- 47 Gerlach, Fate, S. 759-812.
- 48 Protokoll der Besprechung über die Endlösung der Judenfrage, 15 Seiten (Bl. 166-180), hier Bl. 174 f., <http://www.ghwk.de/ghwk/deut/protokoll.pdf> (28.11.2016).
- 49 Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie E: 1941-1945, Bd. I, S. 403; Woermann an Rademacher, 14.2.1942; Rademacher an Luther, 24.2.1942; Handschriftliche Notiz von Luther, 26.2.1942, alle drei PA AA, R 100857.
- 50 Browning, Unterstaatssekretär, S. 332-337.
- 51 Rintelen an Luther, 19.8.1942, mit Kopie des Berichts von Sipo-SD an Reichsführer SS, 26.7.1942; Luther an Rintelen, 19.8.1942, alle PA AA, R 100881; Rintelen Affidavit, 1949, LG Nürnberg-Fürth 2 Ks 3/53, Hauptakten, II, S. 285.
- 52 Luther an Ribbentrop, 21.8.1942, PA AA, R 100857; Rademacher, Aussage, 1968, LG Nürnberg-Fürth 2 Ks 3/53, Hauptakten, XI, S. 1836.
- 53 Rintelen an Luther 29.8.1942, PA AA, R 100857.
- 54 Luther, Memorandum, 24.9.1942, PA AA, R 100890. Nachweise, die auf Hörensagen beruhen, dass Hitler Ribbentrop am 23. September 1942 für fehlende Erfolge bei der Lösung der Judenfrage massiv kritisierte, stammen von Cecil von Renthe-Fink, dem deutschen Botschafter in Kopenhagen, der behauptet, die Geschichte von einem Mitglied von Ribbentrops Personal gehört zu haben. Vgl. Yahil, Rescue, S. 73.
- 55 McKale, Rewriting History, S. 22, 24, 37 und 39.
- 56 Vgl. Rademacher, Affidavit, July 1948, StA Nürnberg, Zz 431, Nr. 10.
- 57 Schellenberg, Aufzeichnungen, S. 290 f.
- 58 Büttner an Höhne, Februar 1967, zit. nach: Höhne, The Order of the Death's Head, S. 590.
- 59 Für einen weiteren Bericht über «Luthers Revolte» siehe auch: Döscher, Das Auswärtige Amt, S. 256-264.

## Alfred MEYER

### Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete Vom kaisertreuen Bürger zum Verwaltungsmassenmörder



Alfred Meyer (1891 - 1945)

Unbekannter Fotograf, o. D. [1941]  
Ullstein bild, 00193487

■ «Wir haben Rinteln und die Weser tapfer verteidigt. [...] Im letzten freien Stück meines Gaus nehme ich Abschied vom Führer [...], von Deutschland. Es wird frei werden und national[sozial]istisch bleiben. Ich nehme Abschied von meiner Liebsten, meinen Lieben. Möchte es ihnen gut ergehen.»<sup>1</sup> Die Sätze sind Teil eines Abschiedsbriefes, den man am 15. Mai 1945 neben dem bis zur Unkenntlichkeit verwesteten Leichnam eines Mannes fand. Fundort war der Hohenstein, ein Bergsattel des Weserberglandes, mythenumwoben als Kultstätte der germanischen Göttin Ostara. Rund vier Wochen war es her, dass hier, im Grenzgebiet der früheren preussischen Provinzen Westfalen und Hannover, der Zweite Weltkrieg zu Ende gegangen war. Ausser dem Brief lag bei dem Mann die Pistole, mit der er seinem Leben selbst ein Ende gesetzt hatte. Es machte einige Mühe herauszufinden, um wen es sich bei dem Toten handelte. Schliesslich konnte er mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit als der frühere NSDAP-Gauleiter von Westfalen-Nord, Reichsstatthalter von Lippe und Schaumburg-Lippe, Oberpräsident der Provinz Westfalen und Ständiger Vertreter des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, Alfred Meyer, identifiziert werden.

## Der Bürgersohn

Alfred Meyer wurde am 5. Oktober 1891 als Sohn des protestantischen königlich-preussischen Regierungsbaumeisters Carl Ludwig Meyer und dessen Ehefrau Elisabeth in Göttingen geboren. Nach einer beruflich bedingten Odyssee wurde die Familie Meyer im Jahr 1901 in der alten Hansestadt Soest sesshaft. Die zutiefst bürgerlichen Meyers integrierten sich schnell in das protestantische Milieu der westfälischen Kleinstadt. Sie waren durchaus wohlhabend. Als Sohn eines Essener Unternehmers hatte der Vater Alfred Meyers ein ansehnliches Vermögen in die Ehe eingebracht. Carl Ludwig Meyer, der nunmehr Leiter des preussischen Hochbauamtes in Soest und Kreisbauinspektor war, erwarb sich bald einen herausragenden Ruf unter den Honoratioren der Stadt.<sup>2</sup> So schien für den Bürgersohn Alfred Meyer alles seinen für das spätwilhelminische Kaiserreich normal-privilegierten Verlauf zu nehmen. Hierzu zählte selbstverständlich auch, dass er das Abitur ablegte: Im Herbst 1911 erhielt er neben nur sechs weiteren Kandidaten das Reifezeugnis des Staatlichen Archigymnasiums.

Eine erste politische Manifestation Meyers ist im Kontext seiner Abiturprüfung überliefert. Er wolle Berufsoffizier werden, um «dem deutschen [sic] Reiche tüchtige Soldaten heranzubilden» und sich «an der Erziehung der unteren Volksschichten zu sittlichen, kaisertreuen Soldaten [...] zu beteiligen».<sup>3</sup> Derartiges Gedankengut ist angesichts der tiefen Verwurzelung der Familie im nationalkonservativen Bürgertum wenig erstaunlich. Dabei war es für einen Bürgerlichen angesichts der zwar de jure nicht mehr vorhandenen, in der Praxis aber sehr wohl fortexistierenden Adelsprivilegien immer noch schwierig, die Laufbahn eines Berufsoffiziers einzuschlagen.<sup>4</sup> So gelang es Meyer auch nicht sofort, seinen Berufswunsch zu realisieren. Offenkundig blieben zudem grundlegende Zweifel, ob dies jemals gelingen würde. Deshalb nahm er unmittelbar nach seinem Abitur erst einmal ein Studium auf. Und zwar im Fach Rechtswissenschaften, das seinen Absolventen die Karrieretüren nicht nur weit öffnete, sondern in der wilhelminischen Gesellschaft ein ähnlich hohes Ansehen versprach wie die Offizierslaufbahn. Die Universität, an der er sein Studium mit finanzieller Unterstützung des Elternhauses aufnahm, war nicht irgendeine: Lausanne in der Schweiz sollte es sein, eine Universität, die noch heute unter Juristen den allerbesten Ruf genießt. Aber schon nach nur einem Semester verließ Meyer die Hochschule. Denn überraschenderweise erhielt er einen Platz als Fahnenjunker im 6. Rheinischen Infanterie-Regiment Nr. 68. Sein Berufswunsch ging also doch noch in Erfüllung. Am 16. Juni 1913 erhielt er sein Offizierspatent. Nur ein Jahr später sollte er indes den prächtigen bunten Rock des Offiziers gegen das feldgraue Kleid des Frontsoldaten tauschen. Meyer zog in den



Krieg. Erst im März 1920 kehrte er, mehrfach verwundet, aus französischer Kriegsgefangenschaft nach Deutschland zurück.<sup>5</sup>

### Der Gescheiterte

Das Jahr 1920 muss als der grosse Bruch in der Biografie Meyers betrachtet werden. Seine Karriere als Offizier war beendet, bevor sie begonnen hatte. Das Einhunderttausend-Mann-Heer, das der Versailler Vertrag dem Deutschen Reich noch zubilligte, stand dem Spätheimkehrer nicht mehr offen. Also nahm Meyer, inzwischen immerhin 29 Jahre alt, erneut sein Jurastudium auf. Doch auch das blieb nur Episode. Um Volljurist zu werden, hätte er auch mit Blick auf das zu absolvierende Referendariat über eine angemessene finanzielle Ausstattung verfügen müssen, da er vonseiten des Staates nicht alimentiert wurde. Mit der Unterstützung der Eltern durfte er aber mittlerweile nicht mehr rechnen. Denn die galoppierende Inflation zehrte zunehmend das elterliche Vermögen auf. Also wählte Meyer ein neues Fach. Staatswissenschaften, recht neu an deutschen Universitäten, studierte er nun und wechselte von der Universität Bonn an die in Würzburg. Hier legte er auch sein Examen ab und schloss 1923 sein Studium mit der Promotion ab.<sup>6</sup>

Über politische Aktivitäten Meyers in dieser Phase seines Lebens ist nichts bekannt. Wohl aber lassen seine Dissertation und eine damit zusammenhängende Publikation seines Doktorvaters Prof. Christian Meurer auf seinen politischen Standort schliessen. Und der war streng nationalistisch.<sup>7</sup> «Der belgische Volkskrieg» lautete das Thema der Meyerschen Doktorarbeit. Eher eine Rechtfertigungsschrift als eine wissenschaftliche Arbeit. Zentrale Aussage der Dissertation ist, dass der Bruch der belgischen Neutralität durch den Einmarsch der deutschen Truppen zu Beginn des Krieges keineswegs ein Verstoß gegen das Völkerrecht gewesen sei, da Belgien den deutschen Truppen den Durchmarsch nach Frankreich hätte gestatten sollen. So sei es selbst verantwortlich für all das, was später geschah – auch für die Gräueltaten der Deutschen. Meurer gehörte seit Juli 1922 dem Untersuchungsausschuss des Deutschen Reichstages an, der sich mit der Kriegsschuldfrage befasste, und erstellte auf der Basis von Meyers Arbeit ein Gutachten für die Enquetekommission. Der Titel des Gutachtens ist identisch mit dem von Meyers Dissertation, die Ergebnisse sind es auch.<sup>8</sup>

Die nächsten vier bis fünf Jahre in Meyers Leben waren von Beruf und Familie geprägt. Nach dem Studium nahm er eine Stelle bei der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft Graf Bismarck an. Es war wohl eine eher unterwertige Tätigkeit als kauf-



Von der Sonne geblendet, posiert Alfred Meyer mit seinen beiden erstgeborenen Töchtern hinter seiner «Zechenwohnung» in Gelsenkirchen-Bismarck.

Unbekannter Fotograf [1930]; LA Nordrhein-Westfalen, Abteilung Ostwestfalen-Lippe, Signatur D 72, Nachlass Meyer, 4

männlicher Angestellter und nicht eine als juristischer Sachbearbeiter, wie er später gerne glauben machen wollte, und ein weiterer Bruch in seiner Biografie. Gleichzeitig gründete er eine Familie. 1925 heiratete er die ebenfalls aus Soest stammende 29-jährige Buchhändlertochter Dorothee Capell. Ein Jahr später wurde die erste Tochter geboren. Bis 1939 sollten vier weitere Töchter folgen.<sup>9</sup>

Noch immer war Meyer politisch inaktiv. Die Nähe zum nationalistischen Lager war aber weiter offenkundig. Zum einen war er mit dem Pfarrer Otto Schumacher befreundet. Dieser hatte zwei Töchter der Meyers evangelisch getauft und führte im Rat der Stadt Gelsenkirchen die antidemokratische Evangelische Vereinigung. Zum anderen entfaltete Meyer Tätigkeiten im Kriegerverein Fürst Otto von Bismarck, wo er es bis zum Vorsitzenden brachte. Wie alle Kriegervereine, die ausschliesslich ehemalige Offiziere sammelten und sich damit von anderen militärischen Veteranenorganisationen der Weimarer Republik abgrenzten, war auch dieser dem Kyffhäuser-Bund angehörende Verein stramm nationalistisch, antidemokratisch und damit gegen die Weimarer Republik gerichtet.<sup>10</sup>

## Der bürgerliche Nationalsozialist

Meyers politische Biografie als Nationalsozialist begann am 1. April 1928. Es war weder ein besonderes politisches «Erweckungserlebnis» noch ein herausgehobener politischer Anlass, der Meyer an diesem Tag in die NSDAP eintreten liess. Vielmehr war es wohl nur eine Art Gruppenzwang, der ihn bewog, zusammen mit einigen Arbeitskollegen der Zeche Graf Bismarck diesen Schritt zu tun.<sup>11</sup> Doch Meyer sollte in der NSDAP rasch aufsteigen. Dabei kam ihm einerseits das rapide Mitgliederwachstum zu Hilfe, das eine ständige Um- und Neustrukturierung der Organisation mit stets neuen hierarchischen Funktionen erforderte. Andererseits profitierte Meyer aber auch von einer Reihe von Zufällen. So wechselte z. B. der «alte Kämpfer» Fritz Florian, bisher Leiter des NSDAP-Bezirks Emscher-Lippe, 1929 auf einen neuen Posten. Meyer, der bis dahin die untergeordnete Ortsgruppe Gross-Gelsenkirchen geführt hatte, sollte nun die Bezirksleitung übernehmen. Schon zum Januar 1931 schaffte er dann den Sprung in den Rang eines Gauleiters: die wichtigste Funktion, die in der NS-Parteihierarchie zu vergeben war. Der Posten des Gauleiters von Westfalen-Nord war ebenso wie der Gau selbst neu geschaffen worden. Infolge des starken Mitgliederwachstums hatte die Reichsorganisationsleitung der NSDAP es für nötig gehalten, den bisherigen Gau Westfalen in die Gaue Westfalen-Süd und -Nord zu teilen. Dass ausgerechnet Meyer und nicht ein langjähriges Parteimitglied dieses Amt zugesprochen bekam, führte jedoch zu einem gewissen Rumoren hinter den Kulissen. Die Gründe für die Ernennung Meyers bleiben indes im Dunkeln.<sup>12</sup>

Aber auch ausserhalb der Partei begünstigte der Zufall Meyers raschen Aufstieg. Wieder kam ihm der Weggang Florians zu Hilfe, dessen Mandat im Rat der Stadt Gelsenkirchen er im November 1929 übernahm. Dort sollte er bald ausschweifend agitieren, was ihn wiederum über die Stadtgrenzen hinaus, insbesondere aber auf den übergeordneten Führungsebenen der NSDAP bekannt werden liess. Dies dürfte sicherlich mit den Ausschlag dafür gegeben haben, dass er sich, obschon erst gut zwei Jahre Parteimitglied, auf der nordwestfälischen Kandidatenliste der NSDAP für die Reichstagswahlen am 14. September 1930 wiederfand. Und erneut half ihm der Zufall. Meyer wurde auf Platz zwei der Liste gesetzt, was im Normalfall kaum ausgereicht hätte, um in den Reichstag einzuziehen. Vielleicht war dies der Grund, warum sich langjährige NS-Funktionäre nicht gegen den Neuling zur Wehr setzten. So wurde Meyer angesichts des überraschenden Wahlergebnisses, das der NSDAP nie erwartete 107 Sitze einbrachte, plötzlich Mitglied des Reichstages.<sup>13</sup>

Hier lernte er Alfred Rosenberg kennen und schätzen. Rosenberg war nicht nur Vorsitzender des Kampfbundes für deutsche Kultur, der Meyer zur Akquirierung von

Spenden für die lokale NSDAP diente. Rosenberg war zu diesem Zeitpunkt auch einer der führenden aussenpolitischen Ideologen und Agitatoren. Die Bekanntschaft hatte zur Folge, dass Meyer zahlreiche Propagandareisen ins Ausland unternahm, u. a. nach Spanien, wo er im Vorfeld des Bürgerkrieges für Franco agitierte. Möglicherweise hat sich Meyer aus seiner Präsenz im Umfeld Alfred Rosenbergs einen Karriereschub erhofft, wenn dieser nach einem nationalsozialistischen Sieg auf Reichsebene zum Aussenminister berufen würde. Doch bekanntlich wurde Rosenberg nie Aussenminister. Gleichwohl sollte Meyer mithilfe des NS-Chefideologen einen weiteren Karriere-sprung machen – allerdings erst rund zehn Jahre später und im Zuge der Errichtung des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete (RMO).<sup>14</sup>

Meyer schied nach weniger als zwei Jahren wieder aus dem Reichstag aus. Schon seit April 1932 war er Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses – aus seiner Sicht ein Karriereknick. Doch erneut war der Zufall auf seiner Seite. Bei den Reichstagswahlen vom November 1932 musste die NSDAP einen erheblichen Stimmeneinbruch hinnehmen. Da die thüringischen Kommunalwahlen den Abwärtstrend zu bestätigen schienen, war man in der Parteileitung auf den Gedanken gekommen, alles daran zu setzen, bei der nächsten Landtagswahl das Ruder erkennbar herumzureissen. Und die fand ausgerechnet in dem Zwergstaat Lippe statt. Mit hohem personellen, sachlichen, organisatorischen und finanziellen Aufwand betrieb man hier deshalb einen Wahlkampf, der modern und einzigartig war.<sup>15</sup> Der von Hitler persönlich eingesetzte verantwortliche Leiter dieses Wahlkampfes war Alfred Meyer. Denn das Land Lippe lag im Einzugsbereich seines Gaus. Allerdings war Meyer als Wahlkampforganisator umstritten. Insbesondere bei Goebbels als Reichspropagandaleiter der NSDAP stiess er auf Vorbehalte.<sup>16</sup>

Die Wahl, die am 15. Januar 1933 stattfand, brachte den erwünschten Sieg, auch wenn er nicht so grandios ausfiel, wie es sich die Parteiführung erhofft hatte. Denn von einer absoluten Mehrheit war man mit 39,5 Prozent der Stimmen weit entfernt. Gleichwohl sollten die Nationalsozialisten den Präsidenten der lippischen Landesregierung stellen. Da der Sieg in Lippe auch Alfred Meyer zu verdanken war, ernannte Hitler ihn am 16. Mai 1933 zum Reichsstatthalter von Lippe und Schaumburg-Lippe.<sup>17</sup> Die Funktion des Reichsstatthalters war im Zusammenhang mit dem Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich am 7. April 1933 geschaffen worden. Damit sollten die bis dahin eigenständigen Länder dem Dirigismus des Reiches unterworfen werden.<sup>18</sup>

Mit der Übernahme dieses neuen, im Gegensatz zu einem lippischen Ministeramt prominenten staatlichen Amtes war Meyer erneut und nun endgültig dort angekommen, wo er seine standesmässige Heimat sah: im Bürgertum.

Mit der Amtsübernahme begann eine bemerkenswerte, aber nicht untypische Ämterhäufung, die zu bewältigen sich Meyer nur mittels des «Platzhalterprinzips» imstande sah. In jeder Institution und Organisation, an deren Spitze er trat, wählte er eine Person seines Vertrauens aus, die, mit fachlicher Kompetenz ausgestattet, faktisch die Tätigkeiten ausübte, die er selbst hätte wahrnehmen müssen. Doch durfte der Platzhalter dabei auf längere Sicht nicht zum Konkurrenten werden. Der regelmässige Rapport war Bestandteil dieser Konstruktion. Die enorme Ämterhäufung in Verbindung mit dem «Platzhalterprinzip» hatte zur Folge, dass Meyer inhaltlich-fachlich überall und nirgends zu Hause war.

Der nächste Schritt auf der Karriereleiter war die Ernennung zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen. Allerdings liess dieser Schritt länger auf sich warten, als es Meyer lieb war. Als die Nationalsozialisten Ende Februar 1933 den Zentrumspolitiker Johannes Gronowski aus dem Amt entfernten, wurde nicht Meyer dessen Nachfolger, sondern zunächst der nationalkonservative, gleichwohl der NSDAP angehörende Ferdinand Freiherr von Lüninck, was wohl in erster Linie der überwiegend katholischen Bevölkerungsstruktur der Provinz geschuldet war. Lüninck unterhielt beste Beziehungen zu dem früheren Reichskanzler Franz von Papen und zu dem ebenfalls antidemokratisch-konservativen Clemens August Graf von Galen, der zu diesem Zeitpunkt noch nicht zum Bischof ernannt worden war. So fest sassen die Nationalsozialisten noch nicht im Sattel, als dass man den möglichen Unmut grösserer Teile der Bevölkerung einfach hätte ignorieren können.

Bei Göring, der seit April 1933 preussischer Ministerpräsident und für die Ernennung der Oberpräsidenten zuständig war, genoss Meyer kein besonders hohes Ansehen, aber das dürfte zu diesem Zeitpunkt eher von nachgeordneter Bedeutung gewesen sein. Doch dass er erst 1938 zum Oberpräsidenten ernannt wurde, hängt wohl damit zusammen. Mit Ausnahme von Goebbels war Meyer der letzte altgediente Gauleiter, der mit diesem Amt ausgestattet wurde. Und das auch nur, weil man ursprünglich davon ausgegangen war, dass er im Gegenzug seine Funktion als Reichsstatthalter aufgeben würde. Wollte man doch Lippe und Schaumburg-Lippe an Preussen angliedern.<sup>19</sup> Das wurde allerdings nie durchgeführt.

Wie aber ging Meyer die Aufgaben des Oberpräsidenten und des Reichsstatthalters an? Beide Funktionen liessen zunächst kaum mehr als «Aufgabenerfüllung nach Weisung» zu, wie es amtsdeutsch noch heute heisst. Das neue Amt des Reichsstatthalters war von vornherein so angelegt, und das traditionelle des Oberpräsidenten wurde im Zuge der «Gleichschaltung» so zurechtgebogen. Spielräume gab es kaum, Raum für eigene Initiativen und Ideen noch weniger. Berücksichtigt man dies und dazu noch den

soldatischen Gehorsam, den Meyer Zeit seines Lebens gegenüber ihm übergeordneten Personen und Persönlichkeiten an den Tag legte, lohnt sich im Kontext seiner Biografie ein Blick auf nur wenige Aspekte.

Mit der Übernahme des westfälischen Oberpräsidentenamtes wurde Meyer auch Chef der Zivilverwaltung (CdZ).<sup>20</sup> Dieses Amt war vor dem Hintergrund der deutschen Wiederbewaffnung und der Bildung der Wehrmacht 1935 geschaffen worden. Der CdZ war in den von der Wehrmacht eroberten und besetzten Gebieten für die Zivilverwaltung zuständig. Da es sich um ein Instrument der deutschen Kriegsvorbereitung und -führung handelte, unterlag dieses Verwaltungsorgan höchster Geheimhaltung. Meyer war dem Generalkommando des VI. Armeekorps, dann dem Oberkommando der 5. Armee zugeordnet. Das Amt des CdZ übten nur Oberpräsidenten aus, an deren Sitz auch ein Wehrkreiskommando angesiedelt war. Und dies war in Münster, dem Dienstsitz des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, der Fall.

Zur Durchführung seiner Aufgaben sollte sich der CdZ nicht nur des Personals der eigenen, sondern auch benachbarter Provinzialregierungen bedienen, was faktisch eine Anordnungsbefugnis des einen gegenüber dem anderen Oberpräsidenten beinhaltete. Damit war ein struktureller Konflikt vorprogrammiert, den Meyer insbesondere mit Josef Terboven, dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz, auszutragen hatte. Dieser hatte ebenso wie Meyer die Funktion eines Gauleiters inne und war zudem ein Vertrauter und Günstling Hermann Görings, der wiederum Rosenberg und damit auch dessen Protege Meyer überaus kritisch betrachtete.

Aber auch andere Oberpräsidenten, die sich in der gleichen Situation wie Terboven befanden, äusserten Unmut. Angesichts eines solchen Konfliktpotenzials ist es wenig erstaunlich, dass die Funktion des CdZ keine Zukunft hatte. Zum 1. Juni 1940 wurde sie abgeschafft. An ihre Stelle trat die des Reichsverteidigungskommissars. Und hier kam es gewissermassen zu einem Rollentausch. Nun erhielt Josef Terboven den Posten sowie Weisungsbefugnis gegenüber Meyer, der leer ausging und damit eine doppelt herbe Niederlage einzustecken hatte.<sup>21</sup>

Ein weiterer wichtiger Punkt liess die Bilanz des Oberpräsidenten Alfred Meyer eher negativ aussehen. Hierbei handelte es sich um Konflikte mit dem Münsteraner Bischof Clemens August von Galen. Der war 1933 von den Nationalsozialisten aufgrund seiner nationalkonservativen und antidemokratischen Einstellung als brauchbarer Kirchenmann, ja nachgerade als «Glücksgriff» eingeschätzt worden. Doch das sollte sich bald ändern. Vor allem die gegen die Konfessionsschule gerichtete NS-Schulpolitik, die antichristliche bzw. neuheidnische Philosophie Alfred Rosenbergs, der auf Einladung Meyers mehrfach in Münster auf Grossveranstaltungen gesprochen hatte, und nicht zuletzt die Ermordung Behinderter im Rahmen der «Aktion T 4» riefen

den Kirchenfürsten auf den Plan. Und dieser wirkte von Münster aus, seinem bischöflichen Dienstsitz, wo auch Meyer als Oberpräsident und Gauleiter wirkte. Meyer agierte in vielfacher Hinsicht ausserordentlich ungeschickt. Besonders seine Forderung, man möge den Bischof festsetzen, d. h. verhaften, und diejenigen, die seine Gedanken weiterverbreiteten, ins Konzentrationslager schicken, zielte angesichts der internationalen Aufmerksamkeit, die von Galen genoss, in die völlig falsche Richtung und diskreditierte Meyer in hohem Masse.<sup>22</sup>

### Der Stellvertreter

Umso erstaunlicher erscheint es, dass Meyer dann doch noch eine weitere Sprosse auf der nationalsozialistischen Karriereleiter erklimmte. Im Juli 1941 wurde das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete (RMO) geschaffen, was die Öffentlichkeit aber erst im November erfuhr. Zum Minister wurde Alfred Rosenberg ernannt, zu seinem Stellvertreter Alfred Meyer. Er trug die Amts- und Dienstbezeichnung Ständiger Vertreter des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete und war damit eher ein «Beinahe-Minister» als ein Staatssekretär, wie man ihn in der Literatur zumeist bezeichnet hat. Dass er diese in der Ministerialbürokratie einzigartige Funktion wahrnahm, dürfte nicht zuletzt darin begründet liegen, dass Meyer keine seiner übrigen Funktionen aufzugeben bereit war. Auch und erst recht nicht das politisch bedeutsamste aller seiner Ämter – das des Gauleiters. Weisungsabhängiger Staatssekretär und als Gauleiter politische Führungsfigur – das war eine nicht vorstellbare Konstellation. Dass Meyer selbst seine Stellung im RMO der eines Ministers nahe empfand, bestätigen zwei Zeugnisaussagen. Otto Bräutigam, einer der engsten Mitarbeiter Meyers im Ministerium, der während des Nürnberger Tribunals als Zeuge im Verfahren gegen Alfred Rosenberg auftrat, sagte bei dieser Gelegenheit, dass Meyer sich selbst «als Gauleiter im Rang eines Ministers» sowie «etwas über einem Staatssekretär stehend» gesehen habe. Gerhard Klopfer äusserte sich im Zuge dieses Prozesses ähnlich: «Meyer war nicht Staatssekretär. Dies hat er mir des Öfteren gesagt. Er hatte ja als Gauleiter und Reichsstatthalter einen höheren Rang und Einfluss.»<sup>23</sup> Auch deshalb wird Meyer bei der Aufzählung der Konferenzteilnehmer oft zuallererst genannt.

Meyer blieb auch in seiner neuen Funktion bloss. Dies blieb offensichtlich auch Rosenberg nicht verborgen, sodass dieser, wenn auch erst im Nachhinein, kurz vor seiner Hinrichtung, feststellte, dass Meyer «nicht immer [...] die Stellung einer Obersten Reichsbehörde einnehmen konnte».<sup>24</sup> Gleichwohl versäumte Meyer es nicht, sich

auch in diesem Amt zu inszenieren. Dies tat er vorwiegend im Rahmen der Aussen-darstellung des RMO, die Rosenberg ihm seltsamerweise an vielen Stellen überliess. So auch im Zusammenhang mit dem ersten öffentlichen Tätigkeitsbericht des Ministeriums rund ein Jahr nach dessen Errichtung. In einer Rundfunkansprache wandte sich Meyer an die Öffentlichkeit und berichtete «über das erste Jahr erfolgreicher Arbeit». Er selbst war dafür natürlich mitverantwortlich.<sup>25</sup> Auch über seine Reisen in die besetzten Ostgebiete liess er die NS-Presse ausführlich berichten.<sup>26</sup>

### **Wegbereiter der «Endlösung»**

Bereits unmittelbar nach der Errichtung des RMO wurde Meyer im August 1941 offenbar mit der Frage konfrontiert, wie der offizielle Umgang des Ministeriums mit der «Judenfrage» in den besetzten Gebieten zu regeln sei. Hinrich Lohse, zu diesem Zeitpunkt Reichskommissar Ostland, hatte sich Anfang August mit der Bitte an das RMO gewandt, ihm Anweisungen zur Behandlung der Juden in seinem Gebiet zu übermitteln. Auf Dauer, so hiess es in Lohses Schreiben, sei ein Verbleib der Juden im «Ostland» undenkbar. Allerdings erschien ihm eine aufsehenerregende Deportation der gesamten jüdischen Bevölkerung nicht möglich. Stattdessen forderte er eine «Ausweitung der polizeilichen Massnahmen» auf die Juden der besetzten Gebiete.<sup>27</sup> Dies bedeutete im Klartext nichts anderes als der Ruf nach polizeilichen Einsatz-, d. h. Mordkommandos. Kaum vorstellbar, dass das an Rosenberg gerichtete Schreiben nicht über Meyers Schreibtisch ging.

Den Verantwortlichen des RMO wurde durch Lohses Anfrage klar, dass es in ihrem Hause noch keine organisatorischen Strukturen zur Regelung der «Judenfrage» gab. Meyer nahm dies zum Anlass, das Gespräch mit Reinhard Heydrich zu suchen, der seit Juli mit der «Lösung der Judenfrage» betraut war. Ziel war es, im RMO eigens Referenten- und Sachbearbeiterstellen für «Judenfragen» zu schaffen. Das Treffen, das am 4. Oktober 1941 endlich zustande kam, verlief im Ergebnis enttäuschend für das Ostministerium: Die «Behandlung der Juden» sollte in jeder Hinsicht im Aufgabenbereich der Sicherheitspolizei und des SD verbleiben. Das RMO musste also weiter auf eigene «Judenreferenten» verzichten. Ohne dieses Sachgebiet war dem RMO aber wiederum ein eigenständiger politischer Auftritt in «judenpolitischen» Angelegenheiten nicht möglich.<sup>28</sup> Man ging nunmehr, so pervers dies klingen mag, mit einer gewissen Kreativität vor.

Bereits zwei Tage vor Meyers Besprechung mit Heydrich hatte Dr. Erhard Wetzel seinen Dienst als Leiter des Referats Rassen- und Bevölkerungspolitik im RMO angetreten. Was lag da näher, als ihn auch mit der Aufgabe eines «Judenreferenten zu be-



trauen? Wetzel, Jurist und Amtsgerichtsrat, kam aus der Parteikanzlei, wo er seit 1935 im Rassenpolitischen Amt gearbeitet hatte. Er wird als einer der radikalsten dort tätigen Antisemiten charakterisiert. Angeblich hatte er stets ungehinderten Zugang zu Meyer. Dies wiederum legt die Vermutung nahe, dass alle von Wetzel ausgehenden Aktivitäten zum Umgang mit Juden auch Meyer bekannt waren, wenn sie nicht sogar von ihm selbst initiiert wurden. Nicht zuletzt den Anstrengungen Wetzels dürfte es zu verdanken sein, dass das RMO eigene Initiativen und weitreichende Vorschläge in Sachen «Endlösung» unterbreitete. Und dies alles geschah zweifelsohne mit Wissen des stellvertretenden Ministers.<sup>29</sup>

Bereits Ende Oktober 1941 erging ein von Wetzel abgefasstes Schreiben die «Lösung der Judenfrage» betreffend an Hinrich Lohse. Es war mit Leibbrandt, dem Hauptabteilungsleiter Wetzels, abgestimmt. Da es als Grundlage für eine Rücksprache mit dem Minister diente, ist davon auszugehen, dass auch Meyer von den Inhalten Kenntnis hatte. Das Schreiben ist später als «Gaskammer-Brief» bekannt geworden. In dem Brief wird Klartext gesprochen: Es ist davon die Rede, Unterkünfte und «Vergasungsapparate» herzustellen. Das Schreiben dokumentiert also die Absicht, die Juden im Einflussbereich des RMO massenhaft und schnell zu töten. Darüber hinaus führte man weiterhin Mordaktionen mithilfe sogenannter Gaswagen durch, die schon für die Krankenmorde in den besetzten Gebieten eingesetzt worden waren. Eichmann behauptete später beim Prozess in Jerusalem, die Initiative zur «Industrialisierung des Massenmordes» sei vom RMO und nicht vom Reichssicherheitshauptamt ausgegangen.<sup>30</sup>

### Der Mitorganisator des Massenmordes

Vor diesem Hintergrund nahm Alfred Meyer am 20. Januar 1942 als Vertreter des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete an der Besprechung am Grossen Wannsee teil. Begleitet wurde er von Hauptabteilungsleiter Dr. Georg Leibbrandt, den er kurzfristig angefordert hatte, um von ihm fachlich unterstützt zu werden. Rosenberg, der in der Frage des Umgangs mit den Juden zum innersten Zirkel um Hitler zählte und zugleich eine enge persönliche Beziehung zu Meyer unterhielt, durfte annehmen, dass dieser ihn und sein Ministerium angemessen vertreten würde.<sup>31</sup>

Meyer, der einzige Gauleiter in der Runde, verfügte im Gegensatz zu den anderen Teilnehmern über zusätzliche Informationen, gewissermassen aus erster Hand. Denn er war am 12. Dezember 1941 bei einem Treffen der Reichs- und Gauleiter in Hitlers Privatwohnung zugegen gewesen. Goebbels' Tagebuch zufolge hatte Hitler bei dieser

Gelegenheit nicht mehr und nicht weniger als die «Vernichtung des Judentums»<sup>32</sup> gefordert. Meyer war zudem einer der wenigen Teilnehmer der Konferenz, der im Protokoll mit spezifischen Aussagen zitiert wird.

Zum Abschluss der Beratungen wurden «verschiedene Arten der Lösungsmöglichkeiten» erörtert. Dabei vertrat Meyer ebenso wie Dr. Josef Bühler, der Vertreter des Generalgouverneurs der deutsch-besetzten Teile Polens, den Standpunkt, «gewisse vorbereitende Arbeiten im Zuge der Endlösung gleich in den betreffenden Gebieten selbst durchzuführen, wobei jedoch eine Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden müsse».<sup>33</sup> Meyer und Bühler standen für die besetzten Gebiete im Osten, die ursprünglich als Deportationsziele für die Juden Europas in den Blick genommen worden waren. Beide zeigten wenig Interesse daran, künftig für ein riesiges Elendsgebiet mit Millionen dahinvegetierender Juden verantwortlich zu sein. Angesichts dieser Perspektiven plädierten sie für die radikalste aller «Lösungen» – den Massenmord.

Die Wannsee-Konferenz liess eine Reihe von Fragen offen, die erst im Nachhinein geregelt wurden. Meyer und das RMO nahmen dabei eine führende Rolle ein. Nur neun Tage nach der Zusammenkunft berief Meyer eine Sitzung in den Räumen des Ostministeriums ein, an der – allerdings nachgeordnete – Vertreter verschiedener Ministerien, der Parteikanzlei sowie des Oberkommandos der Wehrmacht teilnahmen. Von den 16 Anwesenden gehörten allein acht dem RMO an. Geleitet hatte die Sitzung Otto Bräutigam.<sup>34</sup> Die Vertreter des RMO machten deutlich, dass ihnen daran gelegen sei, die «Judenfrage» auf rigideste Art zu «lösen». Dass die Leitungsebene des Ministeriums diese Positionierung vorgegeben hatte, steht wohl ausser Frage. Der Begriff «Jude» dürfe keinesfalls zu eng definiert werden, sondern müsse im Gegenteil im Vergleich mit den bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Regelungen weiter gefasst werden. Dies habe insbesondere die «Mischlinge» und hier besonders jene «ersten Grades» zu betreffen. Diese sollten – wie Heydrich es ja auch am Wannsee beabsichtigt hatte – den «Volljuden» gleichgestellt werden. Schliesslich einigten sich die Sitzungsteilnehmer auf einen «Vereinheitlichungsvorschlag» für alle besetzten Gebiete: Als Juden sollten demnach sämtliche Angehörigen der jüdischen Religion, nichtjüdische Ehefrauen von Juden sowie eheliche und uneheliche Kinder aus Verbindungen gelten, in denen ein Teil Jude war.<sup>35</sup>

Aus den Sitzungsaktivitäten resultierten zahlreiche Schriftwechsel mit verschiedenen an der Ermordung der Juden beteiligten Behörden und Einrichtungen. Als ein zentrales Schreiben sei ein Brief vom 16. Juli 1942 erwähnt, in dem Meyer vorschlug, «eine Entscheidung des Führers einzuholen», um auch die sogenannten Mischlinge in

die Vernichtungsaktionen einzubeziehen.<sup>36</sup> So ist es nicht nur den Aktivitäten des Reichssicherheitshauptamtes, sondern auch den eifertigen Bemühungen des Vertreters von Rosenberg zuzuschreiben, dass die Ermordung der jüdischen Bevölkerung bürokratisch abgesichert durchgeführt wurde. Alfred Meyer muss, auch wenn er nicht in der ersten Reihe stand, angesichts dieser Fakten und Geschehnisse als nationalsozialistischer Verwaltungsmassenmörder und Menschheitsverbrecher bezeichnet werden.

### Der totale Verlierer

Meyers politische Aktivitäten, die neben der «Lösung der Judenfrage» auch die Rekrutierung von Sklavenarbeitern aus den besetzten Ostgebieten betrafen,<sup>37</sup> sollten jedoch schon bald von den Existenzproblemen des RMO überschattet werden. Spätestens mit der Niederlage von Stalingrad im Februar 1943 wurde offenkundig, dass das Ostministerium zunehmend überflüssig wurde. In dem vom Rückzug der Wehrmacht gekennzeichneten Territorium gab es nichts mehr zu verwalten, geschweige denn aufzubauen. Es sei denn, man dachte an die Verwaltung des Rückzuges, was aber Aufgabe des Militärs gewesen wäre. Das Ministerium verlor an Bedeutung; bei einem Bombenangriff im Februar 1944 wurde zudem der Hauptsitz des RMO zerstört. Verteilt auf 55 Standorte in Berlin und mit einer Zentrale, die ihren Sitz nunmehr in einem Eisenbahnwaggon in Michendorf vor den Toren der Hauptstadt hatte, war es faktisch handlungsunfähig. Im Sommer bzw. Herbst 1944 wurde Ministerium endgültig abgewickelt, auch wenn es auf dem Papier noch bis zum Ende des NS-Regimes Bestand haben sollte.<sup>38</sup>

Der Untergang des RMO war für Meyer jedoch nur eine Seite der heraufziehenden Niederlage. Trafen ihn diese Entwicklungen schon hart genug und konnte er sicherlich schon erkennen, dass es auch für ihn selbst kein Entrinnen mehr geben würde, so dürfte die militärische Einnahme seines Gaus durch Amerikaner und Briten diese Erkenntnis endgültig besiegelt haben.

Noch im September 1944 hatte Meyer in geradezu infantiler Weise geglaubt, den unaufhaltsamen Vormarsch der britisch-amerikanischen Allianz stoppen zu können. Nachdem Hitler am 24. August 1944 den «Befehl zum Ausbau der deutschen Weststellung» gegeben hatte, wollte Meyer in Nibelungentreue zu seinem Führer den Westfalenwall errichten. Das Projekt scheiterte nicht zuletzt an Kompetenzstreitigkeiten. Die Offensive der Alliierten war ohnehin nicht mehr aufzuhalten. Binnen drei Tagen hatten sie das Stellungssystem überrannt.

Im September 1944 zog sich die Gauleitung Westfalen-Nord nach zunehmenden Bombenangriffen von Münster nach Haltern zurück. Über die diversen Aufenthaltsorte

Meyers in dieser Zeit ist wenig bekannt. Glaubt man dem, was die Gerüchteküche verbreitete, so hielt sich Meyer Anfang April des Jahres 1945 angeblich im Ruhrgebiet auf, um Hitlers sogenannten Nero-Befehl – die Zerstörung „alle[r] militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind für die Fortsetzung seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann»<sup>39</sup> – umzusetzen. Doch angesichts des zu diesem Zeitpunkt bereits geschlossenen Ruhrkessels ist kaum davon auszugehen, dass sich Meyer, selbst wenn es ihm gelungen wäre, von aussen in den Kessel zu gelangen, freiwillig einer solchen Gefahr ausgesetzt hätte. Ebenfalls Anfang April 1945 will man ihn und seine Familie in Heiligenkirchen bei Detmold gesichtet haben, wo seine Familie polizeilich gemeldet war, er selbst jedoch nicht. Und nach Angaben früherer Mitarbeiter nahm er angeblich noch kurz vor dem Einmarsch der alliierten Truppen an einer Gauamtsleiterbesprechung in Obernkirchen unweit von Bückeburg teil. Danach verliert sich seine Spur.<sup>40</sup> Bis man im Mai 1945 Meyers Leiche fand.

*Heinz-Jürgen Priamus*

- 1 Zit. nach: Pollack, Eidesstattliche Erklärung zum Tod Alfred Meyers, StadtA Münster, Amt 43 E, Nr. 14.
- 2 Lebenslauf, in: Meyer, Volkskrieg; vgl. Däbritz, Carl Julius Schulz, S. 279-293; Wessel, Kontinuität im Wandel, S. 142-147; Interview mit Dorothee Z., Tochter Alfred Meyers; StadtA Soest, Gesammelte Unterlagen zu Alfred Meyer.
- 3 Antrag Alfred Meyers auf Zulassung zur Reifeprüfung, StadtA Soest, Akten des Archi- Gymnasiums.
- 4 Vgl. Wehler, Das Deutsche Kaiserreich, S. 161.
- 5 Vgl. LA NRW, Abteilung Ostwestfalen-Lippe, MI I P Nr. 646, Bl. 157-160; Grassmann/ Maywald (Bearb.), Stammliste der Offiziere, S. 122; BArch (ehem. BDC), PA Alfred Meyer; Abschrift eines Urteils der Spruchkammer Berlin vom 17.9.1958, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen Ludwigsburg (jetzt: BArch Aussenstelle Ludwigsburg), Ordner Alfred Meyer.
- 6 Vgl. Immatrikulationsmanual Nr. 590 sowie Exmatrikulationsurkunde und Belegbogen Alfred Meyers, Archiv der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn; Lebenslauf Alfred Meyers, in: Meyer, Volkskrieg.
- 7 Vgl. Blumenwitz, Christian Meurer.
- 8 Vgl. Meurer, Volkskrieg.
- 9 Vgl. Sammlungsunterlagen zu Alfred Meyer; Tagebuchartige Aufzeichnungen Alfred Meyers, Privatbesitz Dorothee Z.; Einleitung des Findbuchs zu Bestand D 72, Nachlass Meyer, LA NRW, Abteilung Ostwestfalen-Lippe.
- 10 Vgl. National-Zeitung, 22.6.1936; zu Schumacher vgl. Priamus, Meyer, S. 124 f.
- 11 Vgl. PA Alfred Meyer sowie PA Böhmer und Mietz, BArch (ehem. BDC); Gauschatzamt 176 und 178, LA NRW, Abteilung Westfalen.

- 12 Zum frühen Werdegang Meyers vgl. Priamus, *Die Reihen*, S. 75-130.
- 13 Vgl. Priamus, Meyer, S. 163-169.
- 14 Zu Rosenberg und dessen aussenpolitischen Vorstellungen und Aktivitäten insbesondere im Aussenpolitischen Amt der NSDAP vgl. Piper, *Rosenberg*, S. 285-322.
- 15 Vgl. Ciolek-Kümper, *Wahlkampf in Lippe*.
- 16 Ciolek-Kümper, *Wahlkampf in Lippe*, S. 130 und S. 140 f.; *Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I: Aufzeichnungen 1923-1941, Bd. 2/III: Oktober 1932 – März 1934*, S. 82 und 85 (Eintrag vom 14. und 19. Dezember 1932).
- 17 *National-Zeitung*, 17.5.1933; zur vorangegangenen Auseinandersetzung vgl. Sengotta, *Reichsstatthalter*, S. 62 f.
- 18 Zur Statthalterfunktion vgl. Hüttenberger, *Die Gauleiter*, S. 76 f.
- 19 Vgl. Hüttenberger, *Gauleiter*, S. 78; Sengotta, *Reichsstatthalter*, S. 398 f.
- 20 Vgl. LA NRW, Abteilung Westfalen, Oberpräsidium 5221, 5223, 5235, 5236, 5237; zur Entwicklung der Funktion unter Meyer vgl. Priamus, Meyer, S. 312-324; zur Frage der Auseinandersetzung mit der Funktion des CdZ vgl. Priamus, Meyer, S. 474, Anm. 157.
- 21 Vgl. LA NRW, Abteilung Westfalen, Oberpräsidium 5221 und 5230; Priamus, Meyer, S. 324-332.
- 22 Vgl. Priamus, Meyer, S. 201-208.
- 23 Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Bd. XXIX, S. 235 f., Dokument 1997-PS, und Bd. XXVI, S. 559 f., Dokument 1019-PS, Anhang zur Denkschrift Nr. 2, S. 18 f.; Vernehmung Dr. Bräutigams am 14.1.1948, StA Nürnberg, Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth, Prov. 2638/VI, Bl. 142 f.; Niederschrift der Vernehmung Dr. Gerhard Klopfers vom 18.3.1949, Prov. 2638/VIII, Bl. 6; vgl. *Völkischer Beobachter* und *National-Zeitung*, 18.11.1941; Rebentisch, *Führerstaat*, S. 309-331.
- 24 *Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen*, S. 149.
- 25 Abdruck der Rundfunkansprache, in: *National-Zeitung*, 18.9.1942.
- 26 Vgl. exemplarisch *National-Zeitung*, 27.8.1943.
- 27 *Browning, Final Solution*, S. 70.
- 28 *Anklageschrift Leibbrandt und Bräutigam, StA Nürnberg, Staatsanwaltschaft Nürnberg- Fürth, Prov. 2638/1, S. 20; Verteidigungsschrift Leibbrandt und Bräutigam, ebenda, S. 53.*
- 29 Antrag des Verteidigers Leibbrandts, Dr. Alfred Seidl, vom 30.3.1950, auf Ablehnung des Verfahrens gegen Leibbrandt, ebenda, Prov. 2638/1; Untersuchungsbericht der Staatsanwaltschaft Hannover vom 9.12.1961 in der Strafsache Wetzel (Az. 2 Js 499/61), ebenda, Prov. 2638/11, S. 2,4 und 11; Aussage Otto Bräutigams vom 15.1.1948, ebenda, Prov. 2638/VI, Bl. 156; Zusammenfassender Bericht der Staatsanwaltschaft über das bisherige Verfahren gegen Leibbrandt vom 9.7.1949, ebenda, Prov. 2638/VIII, Bl. 148 f.; Uhle, *Neues Volk*.
- 30 Vgl. Strafsache Js 1678/49, StA Nürnberg, Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth, Prov. 2638/1; *Anklageschrift gegen Leibbrandt und Bräutigam, ebenda, S. 14; Staatsanwaltschaft Hannover, Strafsache 2 Js 499/61, ebenda, Prov. 2638/11; Schreiben Wetzels vom 25.10.1941, ebenda, Prov. 2638/111, Bl. 1-4; vgl. Uhle, Neues Volk, S. 217; vgl. Reitlinger, Haus auf Sand, S. 299 f.*
- 31 Vgl. Pätzold/Schwarz, *Tagesordnung: Judenmord*; vgl. das Faksimile des Protokolls der Besprechung über die Endlösung der Judenfrage, 15 Seiten (Bl. 166-180), <http://www.ghwk.de/ghwk/deut/protokoll.pdf> (28.11.2016).
- 32 *Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil II: Diktate 1941-1945, Bd. 2: Oktober – Dezember 1941, S. 498 f.*
- 33 *Protokoll der Besprechung über die Endlösung der Judenfrage, Bl. 180, http://www.ghwk.de/ghwk/deut/protokoll.pdf* (28.11.2016).
- 34 Vgl. Kempner, *Eichmann und Komplizen*, S. 165 f.

35 BArch R 6/74; vgl. Kempner, Eichmann und Komplizen, S. 167.

36 Ebenda; vgl. die Ausführungen zu den Sitzungen vom 26.3. und 27.10.1942, in: Bericht der Staatsanwaltschaft über das bisherige Verfahren gegen Leibbrandt vom 9. 7.1949, StA Nürnberg, Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth, Prov. Nr. 2638/VIII, Bl. 156 f.; Ermittlungsbericht der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hannover in der Strafsache 2 Js 499/61 vom 9.12.1961, ebenda, Prov. Nr. 2638/11, Bl. 45.

37 Vgl. Priamus, Meyer, S. 389-417.

38 Zum Niedergang und zur «Abwicklung» des Ostministeriums vgl. ebenda, S. 419-425.

39 «Nero-Befehl», in: NS-Archiv. Dokumente zum Nationalsozialismus, <http://www.ns-archiv.de/personen/hitler/nero-befehl/> (23.11.2016).

40 Vgl. Priamus, Meyer, S. 425-427.

## Erich NEUMANN

Beauftragter für den Vierjahresplan

Ein farbarmer,  
willfähriger Preusse



Erich Neumann (1892-1951)

Eines der wenigen offiziellen Porträts.  
Unbekannter Fotograf o. D. [1932/33]  
ullstein bild, 00213662

■ «Dann ging die Geschichte los. Am 10. 5.1945 wurde ich verhaftet», klagte Erich Neumann am 10. Januar 1947 in einem Verhör in Nürnberg.<sup>1</sup> Natürlich aber hatte «die Geschichte» viel früher angefangen: Der spätere Staatssekretär beim Beauftragten für den Vierjahresplan war schliesslich neben Friedrich Wilhelm Kritzinger der dienstälteste Beamte unter den Teilnehmern der Wannsee- Konferenz – auch wenn er in der Forschung allenfalls am Rande berücksichtigt worden ist.<sup>2</sup> Im Folgenden sollen die Stationen einer fast ungebrochenen Karriere eines Beamten vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus nachgezeichnet werden. Neben seiner Rolle beim Judenmord verdient hierbei auch die Frage besondere Beachtung, warum Neumann als einziger Teilnehmer der Wannsee- Konferenz noch vor 1945 auf eigenen Antrag aus dem Staatsdienst beurlaubt wurde.

### In den Diensten Preussens

Adolf Walter Erich Neumann wurde am 31. Mai 1892 in der Textilstadt Forst als Sohn des Fabrikanten Friedrich Wilhelm Neumann und dessen Frau Auguste Lydia geboren und evangelisch-uniert getauft. Nach dem Besuch der örtlichen Grundschule und eines

weiterführenden Internats studierte er ab 1911 Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft in Freiburg, wo er sich einer studentischen Verbindung anschloss, sowie in Leipzig und Halle. Wie sieben andere Teilnehmer der Wannsee-Konferenz hatte Neumann damit eine juristische Ausbildung. Noch im August 1914 legte er sein Referendarexamen ab und wurde danach sofort zum Kriegsdienst eingezogen. An der Ostfront eingesetzt, wurde Neumann – als Abiturient gleichsam standesgemäss – zum Leutnant befördert, 1917 aber wegen einer schweren Handverletzung aus dem aktiven Dienst entlassen. Der Fünfundzwanzigjährige begann nun seine Referendarausbildung und trat nach seinem zweiten Staatsexamen im Oktober 1920 in die preussische Innenverwaltung ein. Routinemässig wurde er wenig später als Landrat in Essen eingesetzt. Dies fiel freilich in die Zeit der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen, und es ist nicht auszuschliessen, dass diese Erfahrung den jungen Beamten, wie im Übrigen auch Wilhelm Stuckart, nachhaltig prägte. In jedem Fall «bewährte» er sich und wurde Ende 1923 zum Regierungsrat im preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe ernannt. Nach der Währungsreform und dem Ende der Inflation war er hier für Sparkassen und andere öffentliche Banken zuständig.

Anfang 1929 avancierte Neumann zum Ministerialrat und leitete im Handelsministerium das – politisch aufgeladene – Generalreferat für Reparationen, Subventionen und Kredite.<sup>3</sup> Obwohl keiner Fremdsprache mächtig, vertrat Neumann Deutschland 1931/32 auf der internationalen Schuldenkonferenz in Paris.<sup>4</sup> Offenbar erledigte er seine heikle Aufgabe mit einigem Geschick. Wenige Wochen nach dem sogenannten Preussenschlag, dem Putsch des Reichskanzlers Franz von Papen gegen die amtierende sozialdemokratische Regierung Preussens, wurde Neumann im September 1932 zum Ministerialdirektor im Preussischen Staatsministerium – Leiter des Büros des Ministerpräsidenten – ernannt.<sup>5</sup> Die Umstände legen nahe, dass die Beförderung einen politischen Hintergrund hatte.<sup>6</sup> In Nachkriegsverhören gestand Neumann immerhin, seinerzeit der Deutschen Volkspartei (DVP) nahegestanden zu haben, die für die Reichstagswahl im November 1932 eine Listenverbindung mit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), dem späteren Koalitionspartner der NSDAP, einging. Er verhehlte auch nicht einen ausgeprägten Anti-Kommunismus, präsentierte sich sonst aber als unpolitischer Beamter, dessen Ziel es war, «Volk und Staat durch sachliche Leistungen gleichmässig zu dienen, ohne Rücksicht darauf, welche Parteien jeweils am Ruder waren».<sup>7</sup> Wie er selbst eingestand, ermöglichte ihm diese Haltung, «Ämter unter ganz verschiedenen Regierungen zu bekleiden».<sup>8</sup>



## Beim Beauftragten für den Vierjahresplan

Seiner angeblich unpolitischen Haltung zum Trotz trat Neumann im Mai 1933 in die NSDAP ein – einen Monat, nachdem Hermann Göring offiziell zum preussischen Ministerpräsidenten ernannt worden war. Auch wenn der Beitritt natürlich seine Karriere flankierte und förderte, kam er doch zu spät, um innerhalb der Parteihierarchie eine besondere Bedeutung zu haben. Neumann war (und blieb) in den Augen der «Alten Kämpfer» ein Spät-Gekommener, ein «Maikäfer».<sup>9</sup> Etwas anders stellte sich die Situation in der SS dar, in die der Ministerialdirektor im August 1934 – kurz nach der Ermordung der obersten SA-Führung um Ernst Röhm – eintrat. Bis 1939 schaffte es Neumann dort immerhin bis zum SS-Brigadeführer und stand damit dem Rang nach über einem Obersten der Wehrmacht.<sup>10</sup> Eine Beförderung strebte Neumann offenbar auch in der Wehrmacht an und liess sich dafür trotz der 1917 erlittenen Verwundung im Sommer 1935, 1936 und 1937 jeweils für mehrere Wochen zu militärischen Übungen abstellen, bis er zum Rittmeister der Reserve befördert wurde.<sup>11</sup>

Auch im zivilen Leben kam der Ministerialdirektor voran. Im Mai 1933 wurde er Mitglied des Aufsichtsrats der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten sowie des Reichsschuldenausschusses. Im September 1933 avancierte er dann, wie auch seine preussischen Beamtenkollegen Roland Freisler und Wilhelm Stuckart, zum Mitglied im Preussischen Staatsrat, einem prestigeträchtigen Beratungsgremium Görings.<sup>12</sup> Wenig später trat er in den Aufsichtsrat der staatseigenen Deutschen Revisions- und Treuhand AG ein, die als Buchprüfungsgesellschaft auch an einigen Fällen von sogenannten Arisierungen, d. h. Besitzübernahmen jüdischer Gewerbebetriebe durch Nicht-Juden, beteiligt war.<sup>13</sup> Gleichzeitig war Neumann mit der Umgestaltung der Verfassung der Reichshauptstadt befasst und stand am 30. April 1934 zusammen mit Görings Staatssekretär Paul Körner zur Amtseinführung des Berliner Staatskommissars Julius Lippert auf den Stufen des Roten Rathauses Spalier.<sup>14</sup> Zudem war Neumann in die Entschuldung Wolf-Heinrich Graf von Helldorffs involviert, die dessen Ernennung zum Berliner Polizeipräsidenten begleitete.<sup>15</sup> Abgesehen davon war Neumann dafür zuständig, eine Verwaltungsreform vorzubereiten. Ob der Ministerialdirektor diese Aufgabe mit grossem Eifer verfolgte, kann bezweifelt werden, weil die Reform letztlich auf eine Eingliederung der preussischen Ministerien in die Reichsministerien und damit auf die Abschaffung der preussischen Verwaltung hinauslief. Letztlich scheiterte das Projekt aber auch an dem Unwillen Hitlers, der «eine schriftlich fixierte Reichsreform durchaus nicht wollte».<sup>16</sup>

Einen neuen Schub bekam Neumanns Karriere durch den Aufstieg seines Dienstherrn zum Beauftragten für den Vierjahresplan, der auf dem Reichsparteitag im Sep-

tember 1936 offiziell verkündet wurde. Göring funktionierte das von ihm kontrollierte Preussische Staatsministerium kurzerhand zur zentralen Dienststelle des Vierjahresplans um. Innerhalb der so geschaffenen «neuen» Behörde, die ihren Sitz – wie auch der prestigeträchtige Aero Club – im ehemaligen preussischen Herrenhaus in der Leipziger Strasse (dem heutigen Sitz des Bundesrats) hatte, war Neumann nun für die Koordination der Ressorts zuständig und leitete überdies die Geschäftsgruppe Devisen.<sup>17</sup> Mit dem Kollaps der Weltwirtschaft und der Verkündung eines Zahlungsmoratoriums hatte die Reichsmark bereits 1931 aufgehört, eine frei konvertible, internationale Währung zu sein. Angesichts exorbitanter Auslandsschulden konnten lebensnotwendige Importe nun im Prinzip nur noch in dem Rahmen getätigt werden, in dem durch Exporte auch Guthaben in fremden Währungen erwirtschaftet wurden. Da aber die forcierte Aufrüstung nicht nur bestimmte Rohstoffe wie Öl und Metalle verschlang, die importiert werden mussten, sondern auch Ressourcen band, die wiederum dem Export fehlten, kam es im Sommer 1935 zu einer Versorgungskrise, die das Regime mit dem Slogan «Butter oder Kanonen» und – mithilfe Neumanns – mit der Auflösung letzter Reserven beantwortete.<sup>18</sup> Dieses Szenario beschreibt letztlich nicht nur den Hintergrund des Aufstiegs der Vierjahresplanbehörde zu einer der «wichtigsten Machtzentren des nationalsozialistischen Staates»,<sup>19</sup> sondern auch die zentrale Rolle, die der Zuteilung von Devisen – und damit Neumanns Abteilung – im Rahmen der Wirtschaftslenkung zukam.<sup>20</sup> In der Vierjahresplanbehörde gehörte Neumann – wie Stuckart – dem Generalrat an, der als massgebliche Steuerungsinanz fungierte.<sup>21</sup>

Trotz gegenteiliger Nachkriegsaussagen schätzte der Beauftragte für den Vierjahresplan die «nüchterne und etwas steife Art» seines Mitarbeiters offenbar.<sup>22</sup> Da Göring sich vornehmlich mit Offizieren umgab, war es sicherlich auch vorteilhaft, dass Neumann eben als Offizier gedient hatte. Nachdem er ihn schon im Juni 1937 zu seiner Reise in das faschistische Italien mitgenommen hatte,<sup>23</sup> liess Göring Neumann am 23. Juli 1938 «zur Bearbeitung von Aufgaben, die auf bestimmten Gebieten des Vierjahresplanes liegen», von Hitler zum Staatssekretär ernennen.<sup>24</sup> Spätestens von nun an hatte Neumann jederzeit einen direkten, persönlichen Zugang zum zweiten Mann im NS-Staat. Auf zahlreichen Pressefotografien von öffentlichen Auftritten Görings als preussischer Ministerpräsident oder Beauftragter für den Vierjahresplan ist Neumann so im Hintergrund zu sehen. Tatsächlich aber stand er nicht nur im Hintergrund, sondern war «bei allen entscheidenden Besprechungen dabei».<sup>25</sup> Am 14. Oktober 1938 nahm Neumann beispielsweise an einer Konferenz teil, auf der Göring forderte, die «Judenfrage schnellstens [zu] lösen».<sup>26</sup>



Im April 1935 stand Neumann bei der Hochzeit Hermann Görings am Fusse des Berliner Doms Spalier. Fotograf: Georg Pahl; BArch, Bild 102-16796

Weniger als einen Monat später, am 12. November 1938, war Neumann wie auch Eichmann, Freisler, Heydrich und Stuckart bei der hochrangigen Konferenz im Reichsluftfahrtministerium anwesend, in der Göring verkündete, dass die «Judenfrage jetzt einheitlich zusammengefasst werden soll und so oder so zur Erledigung zu bringen ist. Durch telefonischen Anruf» sei er tags zuvor von Hitler beauftragt worden, die «entscheidenden Schritte zentral zusammenzufassen».<sup>27</sup> Auch wenn Neumann sich bei dieser Konferenz – wenigstens in den im Protokoll überlieferten Teilen – nicht zu Wort meldete, hatte der November-Pogrom natürlich für den von ihm geleiteten Arbeitsbereich gravierende Auswirkungen. Denn die «Auswanderung» genannte Flucht und Vertreibung Hunderttausender Juden aus Deutschland und dem besetzten Österreich war eigentlich nur zu bewerkstelligen, wenn den Juden auch ausländische Zahlungsmittel mitgegeben werden konnten. Da aber das Reich unter einem akuten Devisenmangel litt und die spärlichen Reserven fast exklusiv zum Ankauf rüstungswichtiger Rohstoffe eingesetzt werden sollten, wurde die Situation der Juden im Reich immer verzweifelter. Die Verhandlungen über die Zuteilung von Devisen für die Emigration, an denen auch Stuckart mitwirkte, wurden freilich im Detail vom Reichswirtschaftsministerium geführt, sodass Neumann hier im Hintergrund blieb.<sup>28</sup>

Auch entsandte Göring nach dem Rücktritt von Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht nicht etwa seinen Staatssekretär, sondern seinen Ministerialdirigenten Helmuth Wohlthat, um mit dem Leiter des auf der Konferenz von Evian (Juli 1938) gegründeten Komitees, George Rublee, über die Auswanderung von Juden aus Deutschland zu verhandeln.<sup>29</sup> Während er damit einerseits auf Verhandlungen zu setzen schien, liess Göring aber auch Heydrich freie Hand, nach dem Wiener Vorbild in Berlin eine Zentralstelle für jüdische Auswanderung auf- und auszubauen und dadurch den Druck auf die Juden noch weiter zu vergrössern.<sup>30</sup>

Nach der Besetzung Prags durch die Wehrmacht war Neumann auch bei den Verhandlungen zur Übernahme des Petschek-Konzerns beteiligt. Letztlich wurden die jüdischen Brüder Julius und Ignatz Petschek über eine konstruierte Steuerschuld zugunsten des Reichs enteignet und weite Teile ihres bedeutenden Braunkohle-Konzerns in die Reichswerke Hermann Göring überführt. Wenig später wurde innerhalb der Vierjahresplanbehörde zudem die Haupttreuhandstelle Ost gegründet, die eine zentrale Institution der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der polnischen Juden wurde.<sup>31</sup> Inwieweit Neumann hieran beteiligt war, ist mangels Quellen nicht nachzuvollziehen. Sicher aber ist, dass Görings zweiter Mann bereits im September 1939 die «Richtlinien für die Vorgehensweise gegenüber Juden» zur Kenntnisnahme erhalten hatte, in denen Heydrich als «Vorausnahme für das Endziel» die Konzentration von Juden in Ghettos anordnete.<sup>32</sup> Neumann profitierte überdies auch persönlich von der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz der Juden: Anfang 1940 mietete er mit seiner Frau Hildegard und seinen drei Kindern eine Villa am Botanischen Garten in Berlin, welche die jüdische Eigentümerin Margarete Grünfeld im Zuge ihrer erzwungenen Auswanderung nach Grossbritannien an den Fiskus hatte verkaufen müssen.<sup>33</sup>

Bereits am 1. September 1939 hatte Neumann – wie im Übrigen auch Kritzinger und Stuckart – an der Ersten Sitzung des Ministerrats für Reichsverteidigung teilgenommen, auf der zahlreiche Verordnungen verabschiedet wurden.<sup>34</sup> Im Zuge der militärischen Expansion war der Staatssekretär beim Beauftragten für den Vierjahresplan selbstverständlich in die Pläne zur ökonomischen Penetration und der Indienstellung der Wirtschaftskraft der besetzten Länder involviert. So schaltete er sich im Juni 1940 beispielsweise in den Streit zwischen der Dresdner und der Deutschen Bank ein, wer in Belgien und den Niederlanden welche einheimischen Banken übernehmen könne.<sup>35</sup> Vier Monate später war er auch in die Verhandlungen zur Aufhebung der Devisengrenze zwischen dem Deutschen Reich und den besetzten Niederlanden beteiligt.<sup>36</sup>

Im Januar 1941 veröffentlichte Neumann einen Artikel über die «Ziele unserer Wirtschaftspolitik» in der «Deutschen Zeitung in den Niederlanden».

Darin betonte er die absolute Vormachtstellung des Reichs infolge des «Sieges der deutschen Waffen», warnte aber zugleich, «nicht einmal Europa als Ganzes [könne], wie man wohl im Überschwang der Gefühle gemeint hat, über eine Intensivierung des innereuropäischen Güterausbaus autark werden». <sup>37</sup>Einen Monat später hob er an gleicher Stelle hervor, dass mit einer Rückkehr zur freien Wirtschaft auch nach dem Krieg nicht zu rechnen sei. <sup>38</sup>Wiederum einen Monat später, im März 1941, rechtfertigte Neumann in einem Vortrag vor der Verwaltungsakademie Berlin das Konzept der Grossraumwirtschaft. Die Aufgabenteilung der Weltwirtschaft sei «politisch aufs höchste gefährlich. Denn sie dehnt den Wirtschaftsraum über die Grenzen des eigenen Staatsraums hinweg auf Gebiete aus, die nicht mehr der eigenen militärischen Kontrolle unterliegen. Volkswirtschaften mit stark auseinanderfallenden Staats- und Wirtschaftsräumen sind deshalb mit dem Fortbestand der alten Ordnung auf Gedeih und Verderb verknüpft.» <sup>39</sup>

In enger Abstimmung mit Heydrich wirkte Neumann gleichzeitig darauf hin, die deutschen Tochterfirmen des britisch-niederländischen Unilever/Leverbrother-Konzerns stärker zu kontrollieren. <sup>40</sup>Den in diesem Zuge abgesetzten Feindvermögensverwalter Karl Blessing liess Neumann freilich in den Vorstand der Kontinentalen Öl AG aufnehmen, an deren Gründung der Staatssekretär federführend beteiligt war. <sup>41</sup>Die Gründung dieser Gesellschaft zur Ausbeutung der Ölvorkommen in Rumänien und in den besetzten Gebieten der Sowjetunion verfolgte Neumann ausdrücklich als, wie wir es heute nennen würden, Public-private Partnership – unter Beteiligung der deutschen Grossbanken. <sup>42</sup>Noch in Nürnberg sollte Neumann die Gründung mit dem Hinweis auf Verluste deutscher Positionen infolge des Versailler Vertrages rechtfertigen. <sup>43</sup>Im Zuge des Angriffs auf die Sowjetunion wurde Neumann Mitglied des Wirtschaftsführungstabs Ost, mit dem Göring die wirtschaftliche Ausbeutung der besetzten Gebiete organisieren wollte. <sup>44</sup>Hier war er zwangsläufig in die mörderischen, rassistischen Neuordnungspläne involviert, die sich mit dem Namen «Generalplan Ost» verbinden.

### Judenmord und Wannsee-Konferenz

Inwiefern Neumann bei der Planung des Judenmords eine aktive Rolle spielte, lässt sich nach Lage der Dinge nicht eindeutig beantworten. Zweifelsfrei ist, dass er über die Verfolgungsmassnahmen genau informiert war. Als Heydrich am 21. September 1939 die Richtlinien für die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei zur «Judenfrage im besetzten Gebiet» erliess, gehörte Neumann neben Stuckart zum kleinen Kreis der

Empfänger des entsprechenden Rundschreibens.<sup>45</sup> Bemerkenswerterweise aber wurde das Bestallungsschreiben zur «Endlösung der Judenfrage» vom 31. Juli 1941 – das Heydrich ermächtigte, «alle erforderlichen Vorbereitungen [...] zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa» und «in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmassnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen»<sup>46</sup> – nicht auf Görings Briefpapier geschrieben, sondern von Heydrich (oder einem seiner Mitarbeiter) auf einem einfachen Blatt Papier verfasst. Heydrich musste sich auch sicher nicht Neumanns Hilfe bedienen, um dieses Schreiben dann Göring zur Unterschrift vorzulegen, weil er einen direkten Draht zum Reichsmarschall hatte. Bei den Einladungen zur Konferenz konnte Heydrich aber natürlich Neumann nicht übergehen. Dies hätte einerseits Göring brüskiert, dem er seine Kompetenzen als Organisator der «Gesamtlösung der Judenfrage» nun einmal verdankte. Andererseits war klar, dass die systematische Ermordung der Juden Auswirkungen auch auf die Wirtschaft hatte und demzufolge das «Superwirtschaftsministerium», das die Vierjahresplanbehörde zu diesem Zeitpunkt noch darstellte, von grosser Bedeutung war. Auch war Neumanns Ostkompetenz für die Planungen sicher von Nutzen. Da Neumann als Zuträger und Sprachrohr Görings galt, waren grundsätzliche Bedenken von ihm auch nicht zu erwarten. Jedenfalls war Neumann sicher nicht als Repräsentant der Reichsbahn geladen, wie in der Forschung zuweilen gemutmasst wurde. Die Reichsbahn – bzw. das Transportministerium – war zu diesem Zeitpunkt schon tief in das Mordprogramm involviert, und das RSHA verfügte dort über feste Ansprechpartner.<sup>47</sup>

Neumanns Rolle auf der Konferenz ist schwer zu bestimmen. Eichmann erwähnte ihn jedenfalls nur am Rande – wurde aber in Jerusalem auch nicht explizit nach dem Staatssekretär beim Vierjahresplan gefragt. Doch repräsentierte Neumann am 20. Januar 1942 neben Kritzinger die alte, preussische Verwaltungselite und trug so allein durch seine Anwesenheit zum «Erfolg» der Konferenz bei. Im Protokoll verweisen zwei Absätze auf ihn: Erstens ging Heydrich in seinem «kurzen Rückblick» auf zwei Seiten des Protokolls relativ ausführlich auf den Neumann nur allzu geläufigen – und bereits geschilderten – Zusammenhang zwischen Auswanderung und Auslandsguthaben ein. Während die Auswanderung bislang immer Devisen gekostet hatte, die dem Vierjahresplan dann für Rohstoffimporte fehlten, präsentierte Heydrich seine Zentrale für jüdische Auswanderung gleichsam als Retter der Devisenbilanz und wies daraufhin, dass diese 9,5 Millionen Dollar eingenommen habe. Gleichwohl sei die Auswanderung nun aber auf Befehl Himmlers gestoppt worden, habe also keine Bedeutung mehr.<sup>48</sup>

Zweitens ergriff Neumann selbst – am Ende des Protokolls wiedergegeben – das Wort: «Bezüglich der Frage der Auswirkung der Judenevakuierung auf das Wirtschaftsleben erklärte Staatssekretär Neumann, dass die in kriegswichtigen Betrieben im Arbeitseinsatz stehenden Juden derzeit, solange noch kein Ersatz zur Verfügung steht, nicht evakuiert werden könnten».<sup>49</sup> Neumann bat also nicht darum, die jüdischen Sklavenarbeiter für die Dauer des Krieges nicht zu deportieren (was er durchaus hätte tun können), sondern nur, dass sie erst nach allen anderen deportiert werden sollten. Dies sicherte ihm Heydrich mit Hinweis auf die bereits gängige Praxis bei den laufenden Deportationen aus dem Reich zu.<sup>50</sup> Tatsächlich folgten die Deportationen aus Deutschland – namentlich auch die sogenannte Fabrikaktion in Berlin – dieser Logik. Die Vierjahresplanbehörde wurde auch jeweils zu den Nachfolgekonzferenzen eingeladen und war dort dann durch Neumanns seinerzeitigen Stellvertreter, Eberhard Liegner, vertreten.<sup>51</sup>

Die Bedeutung des Vierjahresplans war im Zuge des steilen Aufstiegs Albert Speers zu dieser Zeit freilich längst im Schwinden begriffen. Deshalb wurde auch Neumann «entbehrlich».<sup>52</sup> Am 1. August 1942 wurde er auf eigenen Antrag in den Wartestand versetzt. Ohne so sein Recht auf Pensionszahlungen zu verlieren, wurde er sodann zum Generaldirektor des Deutschen Kalisyndikats ernannt, zu dem er spätestens seit den Verhandlungen zur Übernahme des Petschek-Konzerns Kontakt gehabt hatte.<sup>53</sup> Mit dem Berufswechsel einher ging auch ein Umzug von Berlin, das immer mehr in den Bereich alliierter Bomber geriet, in das wesentlich ruhigere Uelzen – 100 km nordöstlich von Hannover.<sup>54</sup> Seine Position als Leiter der Geschäftsgruppe Devisen übernahm Ministerialdirigent Friedrich Gramsch. 1944 musste sich «Herr Staatssekretär Neumann [...] nach schwerer Angina pectoris mit Myocardinfarkt» zur Behandlung in der Schweiz begeben.<sup>55</sup> Als vorausschauender Mann hatte er zu diesem Zeitpunkt schon damit begonnen, sich auf die militärische Niederlage vorzubereiten und seine deutschen Staatsanleihen abzustossen. Sein nicht unbeachtliches Vermögen investierte der Generaldirektor nun ausschliesslich in Aktien von Industrieunternehmen.<sup>56</sup>

### Zeuge der Anklage?

Wie eingangs angedeutet, wurde Neumann kurz nach der Befreiung zunächst in Ludwigsburg und ab Juni 1946 in Nürnberg interniert. Vielfach zu wirtschaftlichen Zusammenhängen, der Rolle einzelner Wirtschaftsfunktionäre und der Aufrüstung befragt, trieb er die Ermittler wiederholt zur Weissglut, weil er sich – mit Hinweis auf

Gedächtnislücken und seinen Eid – kaum zu klaren Aussagen hinreissen liess: «Sagen Sie eigentlich jemals Ja?», herrschte ihn Paul Katscher am 23. Januar 1947 in der Mitte eines Verhörs an, das er bereits mit dem Hinweis eröffnet hatte, dass in dem vorhergehenden «Protokoll unserer letzten Unterhaltung [...] gar nichts» stehe.<sup>57</sup> Ein anderer Ermittler, Siegmund Kauffmann, wurde ironisch: «Was wissen Sie [...], ausser einem verlegenen Lächeln?»<sup>58</sup>

Der Stellvertreter des US-Chefanklägers, Robert Kempner, verfolgte am 23. April 1947 eine andere, nicht unbedingt zielführendere Strategie. Kurz nachdem das Protokoll der Konferenz gefunden worden war, fragte er Neumann direkt, ob er jemals auf einer Konferenz am Wannsee gewesen sei. Als der ehemalige Staatssekretär dies bestritt, konfrontierte er ihn direkt mit seiner Lüge: «Unangenehm, dass Sie dabei waren. Wir haben es schwarz auf weiss. Es war am 20.1.42. Wenn Sie die Wahrheit sagen wollen, können Sie mir schreiben.»<sup>59</sup> Später versuchte Kempner, der 1933 als Jude aus dem preussischen Innenministerium entlassen worden war, Neumann bei der Ehre als «preussischer Staatssekretär» zu fassen.<sup>60</sup> Keiner der Ansätze hatte Erfolg. «Neumann ist ein sehr eigenartiger Mensch», bemerkte Kempner in einem Gespräch mit Paul Körner etwas resigniert.<sup>61</sup> Dem stimmte Neumanns langjähriger Vorgesetzter zu. Neumann sei eine, «wie soll man es bezeichnen, schwere Natur».<sup>62</sup>

Ende Dezember 1947 bat Neumann, aus dem Gefängnis ins sogenannte Zeugenhaus verlegt zu werden, wo er sich eine bessere ärztliche Versorgung seines Herzleidens versprach. Zur Begründung wies er darauf hin, dass Görings persönlicher Referent, der ebenfalls in Forst aufgewachsene Erich Gritzbach, «auch im Zeugenhaus wäre. Wenn ich mich mit ihm vergleichen würde, dann würde ich nicht sagen, dass er nicht der weniger wichtige Mann wäre. Bei meiner augenblicklichen Situation würde es für mich eine Erleichterung sein, wenn ich auch hier herauskäme.»<sup>63</sup> Die Klagen über seinen angegriffenen Gesundheitszustand hatten letztlich Erfolg. Im Sommer 1948, kurz nach der Verkündung des Urteils im IG-Farben-Prozess, wurde Görings ehemaliger Staatssekretär wegen Krankheit entlassen. Neumann kehrte zu seiner Familie nach Grainau zurück und fungierte als Berater der im Westen befindlichen Betriebe des Kalikonzerns.

Am Karfreitag, den 23. März 1951, starb er an akutem Kreislaufversagen im Krankenhaus von Garmisch.<sup>64</sup> Wenige Tage später veröffentlichte seine Witwe eine grossformatige Todesanzeige für den «Staatssekretär a. D. Generaldirektor a.D», „treue[n] Vater und inniggeliebte[n] Mann».<sup>65</sup> In der Verbandszeitung des Freiburger Studentenkorps, dem Neumann angehört hatte, verfasste sein Leibbursche (Biervater) A.W. Fischer einen Nachruf, in dem er die Tüchtigkeit des «lieben Corpsbruders» betonte: «Jedes Corps ist mit Recht stolz auf diejenigen seiner Mitglieder gewesen, welche es in ihrer Lebensarbeit zu besonderem Ansehen und hoher Geltung gebracht haben. Sol-



che Männer sind den Jüngeren ein Vorbild.»<sup>66</sup> Auf der Grundlage des Artikels 131 Grundgesetz beantragte seine Witwe wenig später eine Hinterbliebenenrente. Hierbei wurde sie unter anderem von Friedrich Gramsch unterstützt, der Frau Neumann mit Robert Hallwachs in Verbindung brachte, jenem ehemaligen Ministerialdirigenten, der in Niedersachsen so etwas wie die Abwicklungsstelle des Preussischen Staatsministeriums unterhielt und ihr half, die Dienstzeiten ihres Mannes zu rekonstruieren und in bestem Licht darzustellen.<sup>67</sup>

Parallel hierzu veröffentlichte der Bund der Verfolgten des Nazi-Regimes 1952 eine erste Edition des Protokolls der Wannsee-Konferenz und erstattete Strafanzeige gegen die Teilnehmer. Daraufhin nahm die Berliner Justiz ein «Ermittlungsverfahren gegen die an dem sogenannten Wannsee-Protokoll beteiligten Personen» auf. 1956 stellte der Staatsanwalt aber fest, dass Neumann «bereits vor Jahren verstorben ist», und konzentrierte seine Ermittlungen auf Liegner, der Neumann auf den Nachfolgekonferenzen vertreten hatte.<sup>68</sup> Ganz auf der Linie seines ehemaligen Vorgesetzten behauptete Liegner, der inzwischen in leitender Stellung beim Amtsgericht Frankfurt/Main seine Karriere fortgesetzt hatte, freilich, dass er eine sehr untergeordnete Rolle eingenommen habe – mit Erfolg. 1957 wurde das Verfahren gegen ihn «mangels Beweisen eingestellt».<sup>69</sup>

## Resümee

Wer war nun Erich Neumann? Görings ehemaliger Pressereferent beschrieb Neumann in Nürnberg als «Typ des Beamten [...], der seine ganze Kraft dem Dienst gewidmet hat und seine Amtspflichten genau erfüllte».<sup>70</sup> Kurt Pätzold und Erika Schwarz charakterisierten Neumann als «farbarm».<sup>71</sup> Götz Aly und Susanne Heim haben Neumann als «zweite graue Eminenz hinter Göring» bezeichnet.<sup>72</sup> Wie auch Kritzinger verkörperte Neumann auf der Wannsee-Konferenz die Kontinuitätslinien der Beamtenschaft vom Kaiser- bis zum «Dritten Reich». Loyal, belastbar und ausgesprochen karrierebewusst, wusste er die Chancen zu nutzen, die das NS-Regime ihm bot. So wurde er Mitte der 1930er-Jahre zu einem der «big linker». Jemand, der fast alle wichtigen Personen kannte, Kontakte herstellte und zudem Görings Ad-hoc-Entscheidungen in die Nomenklatura der Bürokratie übersetzen konnte.

Auch wenn Neumann sicherlich kein nassforscher Sieg-Heil-Schreier der ersten Stunde war, gab es doch genügend Schnittmengen mit der NS-Ideologie, die es ihm ermöglichten, an das Regime anzudocken – angefangen von einem ausgeprägten Anti-

Kommunismus bis hin zu einer ebenso ausgeprägten Ablehnung der Bedingungen des Versailler Vertrages. Wie anpassungsfähig er war, zeigen zwei Beispiele: Einerseits nannte Neumann sein spätgeborenes drittes Kind 1938 Hans Adolf, andererseits verkaufte er 1944 alle deutschen Staatsanleihen, weil er wusste, dass sie im Falle einer Niederlage wertlos werden würden. Ob der preussische Karrierebürokrat auch antisemitisch eingestellt war, lässt sich mangels Quellen nicht feststellen. Wie auch immer – er trug die antisemitische Praxis entscheidend mit. Anders als Kritzinger verlor er hierüber im Nachhinein auch kein Wort der Scham. Und Mitleid empfand Neumann in Nürnberg auch nur für einen: sich selbst.

Dass Neumann als Einziger der Teilnehmer der Wannsee-Konferenz noch vor 1945 freiwillig aus dem aktiven Staatsdienst austrat, ist nicht etwa auf eine Opposition zum nationalsozialistischen Regime und dessen mörderische Politik zurückzuführen, sondern vielmehr dem Umstand geschuldet, dass der Beauftragte für den Vierjahresplan massiv an Bedeutung verloren hatte und eine Anstellung in der freien Wirtschaft einfach lukrativer war. Neumanns Schritt zeigt gleichwohl, dass es auch für die hohen Ministerialbeamten natürlich die Chance gegeben hätte, sich von dem mörderischen Regime zurückzuziehen. Diese Chance haben freilich nur die wenigsten genutzt.

*Christoph Kreuzmüller*

- 1 Protokoll einer Vernehmung von Erich Neumann, 10.1.1947, IfZ, ZS 1259.
- 2 Vgl. einzig: Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 202 f.
- 3 Lebenslauf von Erich Neumann, 15.9.1947, IfZ, ZS 1259.
- 4 Banken, Edelmetallmangel, S. 727.
- 5 Damit «übersprang» er die «Stelle des Ministerialdirigenten». Brief Robert Hallwachs an Friedrich Heinrich Neumann, 20.8.1951, GStA PK, HA I 90 A, Jüngere Registratur, 2469.
- 6 Vgl. Clark, Iron Kingdom, S. 649-653.
- 7 Lebenslauf von Erich Neumann, 15.9.1947, IfZ, ZS 1259. Vgl. Kube, Pour le mérite, S. 59. Vgl. auch Maser, Göring, S. 217.
- 8 Lebenslauf von Erich Neumann, 15.9.1947, IfZ, ZS 1259.
- 9 Vgl. Weigel, «Märzgefallene», S. 91-109.
- 10 Auskunft der WAST, 8.10. 2015.
- 11 Eintrag SS Führerkartei; Fragebogen zur Ergänzung der SS-Führerkartei, 22.10.1936, beide BArch (ehem. BDC), SSO, Neumann, Erich. Vgl. SS-Dienstaltersliste der Schutzstaffel der NSDAP, Stand 9.11.1944, Berlin 1945, S. 26.
- 12 Karteikarte Erich Neumann, o. D. [1933], GStA PK, HA I 90 A, Jüngere Registratur, 2469. Vgl. Preussisches Staatsministerium (Hrsg.), Preussisches Staatshandbuch für das Jahr 1935 (139 Jg.), Berlin 1935, S. 35 f.
- 13 Protokoll einer Vernehmung von Erich Neumann, 26.11.1947, IfZ, ZS 1259. Zur Deutschen Revisions- und Treuhand AG: Pega, Tätigkeit der Deutschen Revisions- und Treuhand AG, S. 236-260.

- 14 Foto eines unbekanntem Fotografen, 30.4.1934, LAB, Bild 110680. Vgl. Kreutzmüller, Verfassung und Verwaltung, S. 51-67.
- 15 Brief von Erich Neumann an Wolf Graf von Helldorff, 20.8.1935, BArch SA/A/001.
- 16 Protokoll einer Vernehmung von Friedrich Gramsch, 15.7.1947, IfZ, ZS 717.
- 17 Görings Mitarbeiter für die Durchführung des Vierjahresplans, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, 24.10.1936; Erster Erlass des Ministerpräsidenten Göring über die Durchführung des Vierjahresplans, 22.10.1936, in: Der Vierjahresplan. Zeitschrift für nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 1 (Januar 1937) 1. Vgl. Tooze, Wages of Destruction, S. 214-230.
- 18 Protokoll einer Vernehmung von Erich Neumann, 21. 3.1947, IfZ, ZS 1259. Vgl. Herbst, Deutschland 1933-1945, S. 119-126.
- 19 Aly/Heim, Vordenker der Vernichtung, S. 49.
- 20 Devisenwirtschaft im Angelpunkt der Wirtschaftspolitik, in: Der Vierjahresplan. Zeitschrift für nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 2 (Januar 1938).
- 21 Aly/Heim, Vordenker der Vernichtung, S. 51.
- 22 Eidesstattliche Versicherung Erich Gritzbach, 12.8.1948, IfZ, 1554/54. Vgl. Tooze, Wages of Destruction, S. 225.
- 23 Karteikarte Erich Neumann, o. D. [1936], GStA PK, HA I 90 A, Jüngere Registratur, 2469.
- 24 Ministerialdirektor Neumann zum Staatssekretär ernannt, in: Völkischer Beobachter, 24.7.1938. Vgl. Staatssekretär Neumann, in: Berliner Tageblatt, 24.7.1938. Die Stelle wurde aus dem Reichsetat geschaffen. Vgl. Preussisches Staatsministerium (Hrsg.), Preussisches Staatshandbuch für das Jahr 1939 (141 Jg.), Berlin 1939, S. 4.
- 25 Aussage von Friedrich Gramsch, 15.7.1947, IfZ, ZS 717.
- 26 Frage von Paul Katscher in einem Verhör mit Paul Kömer, 4.3.1947, IfZ, ZS 960 I.
- 27 Stenographische Niederschrift der Besprechung über die Judenfrage bei Göring, 12.11.1938, in: IMT, Bd. 28, S. 499-540, Dok. 1816 PS. Vgl. Protokoll einer Vernehmung von Erich Neumann, 18.11.1947, IfZ, ZS 1259.
- 28 Vgl. insbesondere die Protokolle der Chefbesprechungen 1938-1939, SWA, A-13125. Protokoll 30.11.1938 über eine «Göring-Anleihe»: «Das R. W. M. hatte zu einer Besprechung eingeladen, um über die Möglichkeit der Beschaffung einer Anleihe von RM. 300'000'000,- aus jüdischem Vermögen zu beraten. Es war an eine 10jährige Anleihe gedacht, die in Höhe von 15% in Devisen zurückgezahlt werden sollte, wobei die Verzinsung des Devisenbetrages mit 2 % p. a. in Aussicht genommen wurde. Die Angelegenheit konnte zu keinem Abschluss gebracht werden», ebenda. Vgl. auch Devisen-Verordnung, Notizen, SWA, A-16253.
- 29 Lebenslauf Helmuth Wohlthat, 30.4.1948 und Eidesstattliche Versicherung Günther Bergemann, 10.4.1948, beide HStA Düsseldorf, NW 1002-1, 49193. Vgl. Kieffer, Judenverfolgung, S. 414 ff.
- 30 Hauser/Kreutzmüller, Reichszentrale für jüdische Auswanderung, S. 534-536.
- 31 Rosenkötter, Treuhandpolitik.
- 32 Schnellbrief des Chefs der Sicherheitspolizei an die Einsatzgruppenchefs, 21.9.1939, in: VeJ, Bd. 4, Polen September 1939 – Juli 1941, Dok. 12, S. 88-92, hier S. 91. Vgl. auch Wildt, Generation des Unbedingten, S. 459 f.
- 33 Beschluss des Wiedergutmachungsamts, 29.8.1950, LAB, B Rep. 025-01, 712/50. Das Haus wurde bereits 1950 rückerstattet. Vgl. ebenda.
- 34 Maser, Göring, S. 174 f.
- 35 James, Deutsche Bank, S. 377.
- 36 Van der Leeuw, De handel in Duitse effecten, S. 104. Vgl. Kreutzmüller, Händler und Handlungsgelhilfen, S. 123 f.
- 37 Ziele unserer Wirtschaftspolitik, in: Deutsche Zeitung in den Niederlanden, 18.1.1941.

- 38 Wirtschaftslenkung und Unternehmerinitiative, in: Deutsche Zeitung in den Niederlanden, 12.2.1941.
- 39 Vortrag Neumann vor der Verwaltungsakademie Berlin, 29.4.1941, BArch R 26/1, 6. Vgl. Overy, War and Economy, S. 248.
- 40 Vermerk Reinhard Heydrichs, 26. 3.1941, in: VeJ, Bd. 7, Sowjetunion mit annektierten Gebieten I, Dok. 1, S. 113-117, hier S. 115.
- 41 Köpper, Bankiers unterm Hakenkreuz, S. 183-205.
- 42 Protokoll einer Vernehmung von Erich Neumann, 26.11.1947, IfZ, ZS 1259.
- 43 Aussage Erich Neumann, in einem Verhör Paul Körners, 21.8.1945, IfZ, ZS 1948/56.  
Vgl. Eichholtz, Krieg um Öl.
- 44 Aly/Heim, Vordenker der Vernichtung, S. 64-68.
- 45 Ebenda.
- 46 Ermächtigungsschreiben Hermann Görings vom 31. Juli 1941,  
<http://www.ghwk.de/ghwk/deut/texte/ermaechtigungsschreiben.htm> (24.11.2016).
- 47 Gottwaldt, Warum war die Reichsbahn, S. 343.
- 48 In Ausnahmefällen und gegen die Zahlung hoher Devisenbeträge wurde die Auswanderung gleichwohl auch nach Oktober 1941 noch gestattet. Vgl. Kreuzmüller, An Inconceivable Emigration, S. 17-28.
- 49 Protokoll der Besprechung über die Endlösung der Judenfrage, 15 Seiten (Bl. 166-180), hier Bl. 179, <http://www.ghwk.de/ghwk/deut/protokoll.pdf> (28.11.2016).
- 50 Aly/Heim, Vordenker der Vernichtung, S. 511; Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 55.
- 51 Verfügung des Staatsanwaltes, 13.9.1957, LAB, B Rep. 058, 4481.
- 52 Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 238.
- 53 Vgl. Frei/Ahrens/Osterloh/Schanetzky, Flick, S. 229-234.
- 54 Abschrift eines Briefs des Staatsanwalts an den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht, 23.1.1957, LAB, B Rep. 058, 4481.
- 55 Fotokopie Attest, Dr. Haemmerli-Schindler, Zürich, 27.1.1944, BArch R 10-V, 507.
- 56 Depotaufstellungen des Bankhauses Hardy & Co, 3.1.1944 und 2.1.1945, beide BArch R 10-V, 507.
- 57 Protokoll der Vernehmung von Erich Neumann, 23.1.1947, IfZ, ZS 1259.
- 58 Protokoll der Vernehmung von Erich Neumann, 10.11.1947, IfZ, ZS 1259.
- 59 Protokoll der Vernehmung von Erich Neumann, 23.4.1947, IfZ, ZS 1259.
- 60 Vgl. Kempner, Ankläger einer Epoche, S. 314.
- 61 Robert Kempner in einem Verhör mit Paul Körner, 6.5.1947, IfZ, ZS 960/2.
- 62 Ebenda.
- 63 Anhang zum Protokoll der Vernehmung von Erich Neumann, 15.12.1947, IfZ, ZS, 1259.
- 64 Sterbebuch des Standesamtes Garmisch-Partenkirchen, Eintrag 64, 24.3.1951.
- 65 Todesanzeige, in: Münchener Merkur, 27.3.1951. Für diesen Hinweis danke ich Sebastian Lang, München.
- 66 Erich Neumann, in: Verbandszeitung der Freiburger Burschenschaft, 1951.
- 67 Brief Robert Hallwachs an Rechtsanwalt Otto Recken, GStA PK, HA I 90 A, Jüngere Registratur, 2471.
- 68 Abschrift eines Briefs des Staatsanwalts an den Generalstaatsanwalt beim Kammergericht, 23.1.1957, LAB, B Rep. 058, 4481.
- 69 Verfügung des Staatsanwaltes, 13.9.1957, LAB, B Rep. 058, 4481.
- 70 Eidesstattliche Versicherung Erich Gritzbach, 12.8.1948, IfZ, 1554/54.
- 71 Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 202.
- 72 Aly/Heim, Vordenker der Vernichtung, S. 63.

# Wilhelm STUCKART

## Reichsministerium des Innern

### Ein heikler Gesetzesonkel



Wilhelm Stuckart (1902-1953)

Wilhelm Stuckart (30.1.1937-  
29.1.1939 Oberführer), 1939  
Ullstein bild, 00193567

- Am 24. Juli 1961 schilderte Adolf Eichmann in Jerusalem die Wannsee- Konferenz wie folgt:

«Ich weiss, dass die Herren beisammengestanden und beisammen gegessen sind und da haben sie eben in sehr unverblühten Worten die Sache genannt – ohne sie zu kleiden. Ich könnte mich dessen auch bestimmt nicht mehr erinnern, wenn ich nicht wüsste, dass ich mir damals gesagt hatte: schau, schau der Stuckart, den man immer als einen sehr genauen und sehr heiklen Gesetzesonkel betrachtete, und da hier wars eben der Ton und die ganzen Formulierungen waren hier sehr unparagrafenmässig gewesen ... (auf Nachfrage, worum es dabei ging:) Es wurde von Töten und Eliminieren und Vernichten gesprochen.»<sup>1</sup>

Wer war der «heikle Gesetzesonkel» Stuckart, über dessen Elan sich Jahre später der einstige SS-Obersturmbannführer und Chef des Judenreferats im Reichssicherheitshauptamt gewundert haben will?

«Jeden anderen Posten, wo man ihn hinstellt, [würde] er voll ausfüllen»<sup>2</sup>

Stuckart wurde am 16. November 1902 in Wiesbaden geboren und evangelisch getauft. Er gehörte damit wie rund die Hälfte der Teilnehmer der Wannsee-Konferenz der «Kriegsjugendgeneration» an. Bereits als Gymnasiast engagierte er sich bei der radikalen Deutschnationalen Volkspartei-Jugend.<sup>3</sup> Da er aus «einfachen Verhältnissen» stammte – sein Vater war Gepäckträger, seine Mutter Aufwartefrau –, musste er während seiner Studienzeit in München und Frankfurt neben seinem Jurastudium Geld verdienen, zunächst als Werksstudent bei MAN und der Nassauischen Landesbank und später in der Anwaltssozietät Liebmann und Hallgarten, zwei jüdischen Anwälten in Wiesbaden. Er schloss beide juristischen Staatsexamen mit der auch damals seltenen Note «gut» ab. Es folgten das Referendariat in Wiesbaden und eine Promotion im Handelsrecht. Danach wurde Stuckart zunächst Prozessrichter, liess sich jedoch nach kurzer Zeit – wohl wegen seiner Agitation für die NSDAP – beurlauben.<sup>4</sup> Bereits nachdem er im November 1930 das Assessorexamen abgelegt hatte, war er am 1. Dezember 1930 unter dem Namen seiner Mutter der NSDAP beigetreten.<sup>5</sup> Der frisch gebackene Jurist zog nach Stettin, wo er zunächst – wie Roland Freisler in Kassel und Berlin – als Anwalt und Rechtsberater der NSDAP und 1933 kurze Zeit als kommissarischer Oberbürgermeister, Staatskommissar für Pommern und Mitglied im pommerschen Provinziallandtag tätig war.<sup>6</sup> Am 25. August 1932 heiratete er die damals 26-jährige Lotte Gertrud Köhl, die er in Wiesbaden kennengelernt hatte. Die Ehe mit der Tochter eines Kaufmanns aus Saarbrücken markierte den Beginn von Stuckarts sozialem und gesellschaftlichem Aufstieg.

Bei der Neubesetzung von strategischen Verwaltungsposten nach der Machtübernahme in Pommern stimmte sich Stuckart als «Leiter der Rechtsstelle des Gaus Pommern» eng mit dem damaligen Kommissar im Preussischen Innenministerium Kurt Daluege ab.<sup>7</sup> Er knüpfte zudem Kontakte zu anderen Gefolgsleuten Görings wie dessen Staatssekretär Ludwig Grauert, dem preussischen Finanzminister Johannes Popitz und auch zu Erich Neumann.<sup>8</sup> Dies führte dazu, dass er im Mai 1933 mit nur 31 Jahren als Abteilungsleiter ins Preussische Kultusministerium berufen und nur kurze Zeit später von Göring zum Staatssekretär und, wie auch Roland Freisler und Erich Neumann, zum Mitglied des preussischen Staatsrates ernannt wurde. Nach der Schaffung des Reichserziehungsministeriums (REM) wurde Stuckart im Sommer 1934 als Staatssekretär im REM bestätigt. Er wirkte an der «Säuberung» der Schulen und Hochschulen auf der Grundlage des «Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» mit.<sup>9</sup> Spannungen mit Volksbildungsminister Rust führten jedoch im Herbst 1934 zu einem jähren vorläufigen Ende seiner Blitzkarriere.<sup>10</sup>



Offizielles Foto von Hitlers Leibfotograf Heinrich Hoffmann: Stuckart (Mitte), links von ihm der Chef der Reichskanzlei Hans Heinrich Lammers, Reichsinnenminister Wilhelm Frick und Martin Bormann bei Hitler vor der Unterzeichnung des Erlasses über die Bildung des Reichsprotektorates Böhmen und Mähren auf der Prager Burg am 16. März 1939. bpk, Bild-Nr. 30025452

Politisch zunächst kaltgestellt, präsentierte Stuckart im Januar 1935 Hitler eine radikale Denkschrift «Staat und Evangelische Kirche» sowie drei Gesetzesentwürfe zur Regelung von Kirchenfragen<sup>11</sup> und wurde daraufhin – nach einer kurzen Episode als Oberlandesgerichtspräsident in Darmstadt – am 11. März 1935 als Ministerialdirektor und Titularstaatssekretär zum Leiter der Verfassungsabteilung (I A) im Reichsministerium des Innern (RMdI) ernannt.<sup>12</sup> Sein Dienstsitz befand sich im alten preussischen Innenministerium Unter den Linden 72. Neben Fragen der Reichs- und Verwaltungsreform<sup>13</sup> widmete sich Stuckart in den folgenden Jahren vor allem der staats- und völkerrechtlichen Gestaltung der deutschen Expansionspolitik und entwarf so u. a. das «Wiedervereinigungsgesetz» mit Österreich.<sup>14</sup> Dies brachte ihm am 19. März 1938 die Wiederernennung zum «vollwertigen» Staatssekretär im RMdI ein.<sup>15</sup> Ein Jahr später erarbeitete er in Prag die gesetzliche Grundlage der faktischen Annexion der «Rest-Tschechei».<sup>16</sup> Auch die Zerstörung des polnischen Staates im Herbst 1939 flankierte Stuckart mit entsprechenden Führererlassen, mit denen der Westteil Polens annektiert und das «Generalgouvernement» errichtet wurde.<sup>17</sup> Am 17. Oktober 1939 war er dabei,

als Hitler in kleinem Kreis sein verbrecherisches Programm für das unterjochte Polen erläuterte.<sup>18</sup> Nur wenige Tage später, am 23. Oktober 1939, unterrichtete Stuckart auf einer Staatssekretärsbesprechung «streng vertraulich» die anderen Spitzenbeamten des Reiches über die «nach dem Willen des Führers» bei der Behandlung der polnischen Bevölkerung anzuwendenden Grundsätze.<sup>19</sup>

Der aufstrebende Staatssekretär, der 1938 für 65'000 RM eine Villa in der Strasse Am Sandwerder 28 am Wannsee gekauft hatte, entwarf nunmehr Verwaltungskonzepte für die besetzten Staaten.<sup>20</sup> Bei der Auswahl für das dorthin zu entsendende Verwaltungspersonals spielte er eine zentrale Rolle.<sup>21</sup> Auch an der «Umvolkungs- und Siedlungspolitik» des NS-Regimes war Stuckart beteiligt: In einer seiner zahlreichen Denkschriften – «Die Grenze zwischen Deutschland und Frankreich» vom 14. Juni 1940 – begründete er die Annexion französischen Territoriums und legte dar, welche «rassischen» Überlegungen hierbei eine Rolle spielen sollten.<sup>22</sup> Das wichtigste Rechtsinstrument der Germanisierungspolitik im Osten wurde ebenfalls von Stuckart und seinem Stab ausgearbeitet: die «Verordnung über die Deutsche Volksliste».<sup>23</sup>

Im Herbst 1941 gründete Stuckart mit den Juristen Reinhard Höhn, Werner Best, Rudolf Lehmann und dem späteren Wannsee-Konferenzteilnehmer und seinem Gegenüber bei der Parteikanzlei, Gerhard Klopfer, die Vierteljahresschrift «Reich, Volksordnung, Lebensraum» (RVL), die in sechs buchartigen Bänden bis Herbst 1943 erschien und deren Redaktion Höhns Institut für Staatsforschung am Kleinen Wannsee besorgte.<sup>24</sup> Die Zeitschrift diente als theoretisches Diskussionsforum für die geplante «völkische Neuordnung» Europas und als Brücke zwischen völkischer Wissenschaft und imperialistischer Praxis. Im Mai 1942 baute Stuckart sogar eine «Internationale Akademie für Staats- und Verwaltungswissenschaften» auf, zu deren Organ die RVL avancierte.<sup>25</sup>

Stuckarts Aufgaben- und Verantwortungsbereich zum Zeitpunkt der Wannsee-Konferenz lässt sich am Organigramm seiner Abteilung I im RMdI ermessen: Neben Verfassungs-, Gesetzgebungs- und Organisationsfragen gehörten hierzu: «Staatsangehörigkeit und Rasse», die «Neuordnung» im «Westen», im «Osten» und im «Südosten», das Protektorat Böhmen und Mähren und schliesslich der Bereich «Zivile Reichsverteidigung und besetzte Gebiete». Es erscheint daher plausibel, wenn sein «Rassereferent» Bernhard Lösener aussagte, dass mit Stuckarts Eintritt ins RMdI «allmählich eine merkliche Verschiebung der Machtverhältnisse im Ministerium» begonnen habe. Minister Frick sei ein schwacher Mensch ohne Interesse an seiner Tätigkeit gewesen. Stuckarts nominaler Vorgesetzter, der «leitende Staatssekretär» Hans Pfundtner, «ein früherer Konservativer», habe über keinen «Rückhalt in der Partei» verfügt.



Der «begabte, tatkräftige und ehrgeizige Stuckart» habe daher «sehr rasch die Zügel im Ministerium» an sich gerissen und sei zusehends «der tatsächliche Minister des Innern» geworden, «in dessen Händen die Fäden und Verantwortlichkeiten zusammenliefen»<sup>26</sup> Tatsächlich personifizierte Stuckart die «Verklammerung» von Staat und Partei: Als Mitglied der NSDAP und seit 1936 der SS stellte er die Verwaltung zwar bereitwillig in den Dienst der NS-Ideologie; hierbei ging es ihm aber stets darum, deren Funktionsfähigkeit und damit seinen eigenen Machtbereich auch gegen die Positionen und Partikularinteressen der Parteiführung zu verteidigen und zu erhalten.

### Stuckart und die «Lösung der Judenfrage»

Auf dem für die NS-Führung zentralen und daher prestigeträchtigen Feld der «Judenpolitik» behauptete Stuckart die Federführung für gesetzliche Massnahmen, die sich das RMdI nach dem Reichsbürgergesetz allerdings mit dem «Stellvertreter des Führers» teilte.<sup>27</sup> Stuckart und seine Mitarbeiter stimmten mit Parteivertretern 1935 die Nürnberger Gesetze und die dazugehörigen Ausführungsverordnungen ab, die den Kern der NS-Rassengesetzgebung bildeten. Sie legten den «Judenbegriff» fest, trieben die politische Entrechtung der Juden und deren systematische Trennung von der Mehrheitsgesellschaft durch strafbewehrte Kontaktverbote wie das Eheverbot und das Verbot des «ausserehelichen Verkehrs» zwischen jüdischen und nichtjüdischen Deutschen entschieden voran.<sup>28</sup> Seit März 1936 sass Stuckart dem «Reichsausschuss zum Schutze des deutschen Blutes» vor, der über die Genehmigung von Ehen zwischen «Mischlingen» und «Deutschblütigen» zu befinden hatte.<sup>29</sup> Unter Stuckarts Leitung wurden auf einer programmatischen interministeriellen Sitzung am 29. September 1936 die «grundsätzliche Richtung der gesamten Judenpolitik», die «Zurückdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben» und die Zwangsemigration der Juden erörtert.<sup>30</sup> Wie Neumann und Freisler nahm der Staatssekretär des Innenministeriums am 12. November 1938 an der «Göring-Konferenz» im Reichsluftfahrtministerium teil, die unmittelbar nach dem Novemberpogrom dazu einberufen wurde, die Juden noch härteren Diskriminierungsmassnahmen zu unterziehen sowie ihre Auswanderung und den Prozess der «Arisierung» zu beschleunigen.

Stuckart begleitete den Entrechtungsprozess auch publizistisch<sup>31</sup> und schrieb das Vorwort zum Kommentar des Reichsbürgergesetzes seines Mitarbeiters Hans Globke, der 1936 im renommierten C. H. Beck-Verlag erschien.<sup>32</sup> 1943 bemerkte er in der vierten Auflage seines gemeinsam mit Rolf Schiedermaier herausgegebenen Lehrbuches: «Rassen- und Erbpflüge in der Gesetzgebung des Reiches» rückblickend: «Das Ziel

der Rassengesetzgebung kann als bereits erreicht und die Rassengesetzgebung daher im Wesentlichen als abgeschlossen angesehen werden. Sie hat [...] zu einer vorläufigen Lösung der Judenfrage geführt und gleichzeitig die endgültige Lösung wesentlich vorbereitet. Viele Bestimmungen werden in dem gleichen Masse, in dem sich Deutschland der Erreichung des endgültigen Ziels in der Judenfrage nähert, an praktischer Bedeutung verlieren.»<sup>33</sup>

Aufschlussreich für Stuckarts Haltung in der «Judenfrage» ist ein Vermerk Löseners über ein Personalgespräch mit seinem Vorgesetzten am 19. Dezember 1941.<sup>34</sup> Hiernach beschwerte sich Lösener über ausbleibende Beförderungen und den stetigen Verlust von Kompetenzen seines Referates an das RSHA. Zudem habe er gehört, dass Berliner Juden in der Nähe von Riga kurz nach ihrer Ankunft ermordet würden. Lösener bat daher um Versetzung aus dem RMdl. Stuckart soll hierauf entgegnet haben, dass das «Verfahren gegen die evakuierten Juden» auf einer «Entscheidung von höchster Stelle» beruhe und Lösener sich damit abfinden müsse:

«[Man müsse] die Endlösung der Judenfrage doch von einem höheren Standpunkt aus betrachten. Allein in den letzten Wochen sind 50'000 deutsche Soldaten an der Ostfront gefallen; Millionen werden noch fallen, denn, Herr Lösener, der Krieg wird noch sehr lange dauern. Denken Sie daran, dass an jedem deutschen Toten die Juden schuldig sind, denn nur den Juden haben wir es zu verdanken, dass wir diesen Krieg führen müssen. Das Judentum hat ihn uns aufgezwungen. Wenn wir da mit Härte zurückschlagen, so muss man die weltgeschichtliche Notwendigkeit dieser Härte einsehen und darf nicht ängstlich fragen, ob denn gerade dieser oder jener bestimmte Jude, den sein Schicksal ereilt, persönlich daran schuldig ist.»<sup>35</sup>

Sollte Löseners Aufzeichnung zutreffen, so machen die Inhalte dieses Gesprächs deutlich, dass Stuckart schon vor der Wannsee-Konferenz Kenntnis von Judenmorden hatte – mochte ihm auch deren systematischer Charakter noch nicht bekannt sein – und dass er auch im dienstlichen Zwiegespräch mit einem engen Mitarbeiter nicht davor zurückscheute, das Morden «sachlich» zu rechtfertigen. Nur einen Tag, bevor am 25. November 1941 eine unter Stuckarts Ägide abgestimmte Verordnung in Kraft trat, die den geflüchteten und deportierten jüdischen Deutschen ihre Staatsangehörigkeit und ihr Vermögen entzog<sup>36</sup> und damit die Deportationen rechtlich flankierte, weilte Stuckart zum Mittagessen bei Himmler. Bei diesem Treffen ging es auch um die Kompetenzabgrenzung in der «Judenfrage». In Himmlers Dienstkalender ist hierzu u. a. vermerkt: «Judenfragen gehören zu mir».<sup>37</sup> Wenig später, am 1. Dezember 1941, konferierte Stu-

ckart mit Heydrich, dem HSSPF Karl Hermann Frank und anderen in Prag. Da Heydrich währenddessen «wegen der Exekutionen in Riga» auch mit Himmler telefonierte, liegt es nahe, dass auch hier die «Endlösung der Judenfrage» thematisiert wurde. –

### Stuckart auf der Wannsee-Konferenz

In einer 1947 zur Verteidigung in Nürnberg gefertigten Stellungnahme machte Stuckart zur Wannsee-Konferenz folgende Ausführungen, wobei er sich nicht scheute, auch weiterhin vom «Judenproblem» zu sprechen:

«Nach dem Nürnberger Urteil soll von Hitler der Auftrag zur Lösung der Judenfrage am 31.7.1941 an Heydrich bzw. Himmler erteilt worden sein. Ich habe hier von keinerlei Kenntnis gehabt und erstmals durch das Nürnberger Urteil davon erfahren. Von den Abtransporten von Juden habe ich, wie jeder Volksgenosse, nach deren Durchführung erfahren. [...] Alle Massnahmen sind zu allen Zeitpunkten von der Polizei ohne irgendeine Mitwirkung oder Unterrichtung meiner Person oder meiner Herren getroffen worden. Im Jahre 1942 lud Heydrich plötzlich zu der Sitzung am 20.1. in einem Gebäude am Wannsee ein. Soweit ich mich entsinne, muss der Zweck, den Heydrich mit der Sitzung verfolgt hat, ein doppelter gewesen sein: Der Generalgouverneur und der Ostminister müssen [...] Einspruch gegen die Ausladung von Judentransporten und die Ansiedlung der Juden in den ihnen unterstellten Gebieten beim Reichssicherheitshauptamt vorher erhoben haben. Heydrich hat meiner Erinnerung nach diesen Dienststellen erklärt, dass die Transporte nach dem Osten auf einem ausdrücklichen Befehl beruhen.

Der zweite Zweck der Besprechung, den Heydrich offenbar verfolgte, war eine Reihe von Gesetzesänderungen zu erreichen, die mit der Halbjudenfrage in Zusammenhang standen. Er teilte in der Sitzung mit, dass Hitler die Lösung der Halbjudenfrage befohlen habe. Er, Heydrich, sehe diese Lösung ebenfalls in der Abschiebung der Halbjuden, allenfalls komme auch die Sterilisation der Halbjuden in Betracht. Er verlangte in der Sitzung meiner Erinnerung nach zunächst eine Erstreckung des Judenbegriffs auf die Halbjuden. Er verlangte ferner die erleichterte Scheidung von Misch-Ehen zwischen Juden, Halbjuden und Deutschblütigen. Wegen dieser von ihm verlangten Gesetzesänderung [Änderung des Judenbegriffes und erleichterte Ehescheidung] sind offenbar die Reichskanzlei, die Parteikanzlei und das Reichsministerium des Innern einzuberufen gewesen.»<sup>39</sup>

Tatsächlich herrschte auf der Konferenz Dissens über die Frage der Behandlung der Menschen mit einem oder zwei jüdischen Grosseltern, die ihren deutschen Staatsbürgerstatus infolge der Judengesetzgebung noch nicht vollständig verloren hatten.<sup>40</sup> Heydrich strebte an, diese Personengruppen in die Deportationen einzubeziehen, und stellte damit auch die Machtfrage: Die Zuständigkeit und das juristische Definitionsmonopol für diesen Personenkreis,<sup>41</sup> der nach damaligen Vorstellungen ca. 70'000 bis 100'000 Menschen im «Grossdeutschen Reich»<sup>42</sup> – und viele mehr im besetzten restlichen Europa – umfasste, reklamierte neben der Parteikanzlei zumindest für die deutschen Staatsangehörigen das Reichsministerium des Innern (RMdI). Löseners Konferenzvorbereitung für Stuckart vom 4. Dezember 1941 macht deutlich, dass es schon seit dem Frühjahr 1941 diesbezüglich Meinungsverschiedenheiten mit Vertretern des Reichssicherheitshauptamtes und Parteivertretern gegeben hat.<sup>43</sup> Heydrichs Forderung, Menschen mit zwei jüdischen Grosseltern – mit einigen Ausnahmen – «im Hinblick auf die Endlösung der Judenfrage den Juden» gleichzustellen und über das Schicksal jüdischer Ehepartner in «Mischehen» «von Einzelfall zu Einzelfall» zu entscheiden, stellte des Definitionsmonopol des RMdI infrage. So erscheint Stuckarts im Protokoll zitierter Einwand, wonach «die praktische Durchführung» dieser «Lösungsmöglichkeiten zur Bereinigung der Mischehen- und Mischlingsfragen in dieser Form eine unendliche Verwaltungsarbeit» mit sich brächte, plausibel. Aus der Sicht Stuckarts – der als Stabsleiter des Generalbevollmächtigten für die Verwaltung (GBV) für Rationalisierungsmaßnahmen und die Vermeidung zusätzlichen Verwaltungsaufwandes in Kriegszeiten einzutreten hatte<sup>44</sup> – war eine Ausweitung des Kreises der Betroffenen nicht nur kriegsökonomisch fragwürdig, sondern er befürchtete wohl auch, dass eine derartige «Entgrenzung des Opferkreises» Unruhe in die Bevölkerung tragen würde. Daher schlug er vor, dass man zur «Lösung der Mischehen- und Mischlingsfrage» «zur Zwangssterilisierung schreiten» solle; «Zur Vereinfachung des Mischehenproblems müssten ferner Möglichkeiten überlegt werden mit dem Ziel, dass der Gesetzgeber etwa sagt: „Diese Ehen sind geschieden.“»<sup>45</sup>

Mit einem Geheimschreiben vom 16. März 1942 – «betr.: Endlösung der Judenfrage» – wandte sich Stuckart an die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz und verlied seiner Ansicht Nachdruck:<sup>46</sup> «Die in der Sitzung vom 20. Januar 1942 besprochene Frage, welche Stellung den jüdischen Mischlingen I. Grades künftig zugewiesen werden soll», gebe ihm Veranlassung, «die bei der Lösung dieser Frage zu erwägenden Möglichkeiten noch einmal einer Prüfung zu unterziehen.» Es bestehe «völlige Klarheit und Einmütigkeit» darüber, «dass jüdisches Blut, auch soweit dessen Träger Halbjuden sind, aus dem deutschen und darüber hinaus aus dem europäischen Blutstrom

auszuscheiden» sei. Stuckart argumentierte rassenbiologisch, dass dies «in erster Linie» bedeute, «jede Blutmischung mit Deutschen oder Artverwandten zu verhindern». Das RMdI habe es aber immer «für biologisch ausserordentlich gefährlich gehalten», «zur Hälfte deutsches Blut» «preiszugeben» und «einer gegnerischen Seite zuzuführen», bei der es «Führungspersönlichkeiten» hervorbringen könne. Am Ende seines Schreibens verstieg er sich zu der Aussage, dass «Hunderttausende von Trägern deutscher oder artverwandter Erbmasse abgestossen und in einen unserem Einfluss im Wesentlichen entzogenen kämpferischen Gegensatz zu uns gebracht werden». Hiergegen habe er so starke Bedenken, dass er «den Weg der Gleichstellung der Halbjuden mit Juden und demgemäss der Abschiebung für untragbar halte und deshalb das natürliche Aussterben der [sterilisierten] Halbjuden innerhalb des Reichsgebietes vorziehe».

Ob Stuckart den Gehalt der «Endlösung», d. h. den Mord an den Deportierten, tatsächlich nicht erfasste oder nur vorgab, ihn nicht zu kennen, damit sein Wissen nicht aktenkundig wurde, bleibt offen. Vielleicht hielt er sich auch einfach an die geltende «Sprachregelung», nach der die «Evakuierung nach Osten» auch eine Existenz der Juden im Osten in Ghettos implizierte, sodass «Mischlinge» im Osten tatsächlich «Führungspersönlichkeiten» hätten hervorbringen können. Tatsächlich blieben die meisten «Mischlinge» und Partner von «Mischehen», die auch Gegenstand der Folgekonferenzen bei Eichmann waren, zumindest im «Altreich» von der Deportation verschont. Das von Stuckart vorgeschlagene «Gesetz zur Zwangsscheidung von Mischehen» wurde noch bis in das Jahr 1943 hinein verhandelt, kam jedoch – offenbar auf Hitlers Wunsch – nicht mehr zustande.<sup>47</sup>

### Stuckart in Nürnberg

Nach der bedingungslosen Kapitulation des Reiches und der Verhaftung der letzten Reichsregierung, der Stuckart als Innen- und Erziehungsminister angehört hatte, wurde er am 26. Mai 1945 verhaftet und wirkte im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess zunächst als sachverständiger Zeuge im Verfahren gegen seinen ehemaligen Vorgesetzten Wilhelm Frick mit. 1947 wurde er selbst dann im «Wilhelmstrassen-Prozess» zusammen mit Ernst von Weizsäcker, Hans Heinrich Lammers und anderen angeklagt. Ihm wurde u. a. zur Last gelegt, im Zuge der aggressiven Ausdehnung des Deutschen Reiches die Ausarbeitung entsprechender Rechtsvorschriften überwacht zu haben, die «Teil eines Programms waren, in dessen Verlauf zehntausende fremder Staatsbürger jüdischer Herkunft in Konzentrationslager verbracht wurden, wo sie gefoltert und viele



Stuckart als Angeklagter im Wilhelmstrassen-Prozess vor einem Organigramm des Reichsministeriums des Innern, Aufnahme vom 1. Oktober 1948; [Yad Vashem Archives](#), 75238

von ihnen ermordet wurden».<sup>48</sup> Stuckart und Lammers seien in zentraler Funktion an der Gestaltung des Völkermordprogramms beteiligt gewesen («principally connected with the formulation of the genocidal policy<sup>49</sup>). Da erst kurze Zeit zuvor das Protokoll der Wannsee-Konferenz gefunden worden war, ging die Anklage auch ausdrücklich auf Stuckarts Teilnahme an der Konferenz ein:

«A program for the extermination of all surviving European Jews was set up by the defendants in the winter of 1941-42 [...]. During interdepartmental conferences on the ‚Final Solution‘ of the Jewish Question which took place in Berlin on 20 January 1942, 6 March 1942, and 27 October 1942, the policy and techniques for the ‚Final Solution of the Jewish Question were established. The policy-making session of 20 January included the state secretaries or representatives of the ministries and agencies concerned [...]. In the two other conferences the details were arranged. [...] The previous program for driving out the Jews as pauper émigrés was now supplanted by a program for the evacuation of eleven million European

Jews to camps in Eastern Europe for ultimate extermination. They were to be transported to those areas in huge labour gangs, and there the weak were to be killed immediately, and the able-bodied worked to death. Closest cooperation between the departments of which the defendants were leading officials was provided, with the RSHA in charge of the actual operations.»<sup>50</sup>

Stuckart verteidigte sich – wie auch Klopfer – sehr geschickt, indem er nur das eingestand, was sich nicht mehr abstreiten liess. Zudem orchestrierte er die Aussagen seiner ebenfalls belasteten ehemaligen Mitarbeiter dahingehend, dass seine Abteilung stets in der Defensive gegenüber den Partei- und SS-Organisationen agiert und den geringen Handlungsspielraum ausgenutzt habe, um «Schlimmeres zu verhindern».<sup>51</sup> Zu seiner Kenntnis des Judenmords äusserte er am 6. Oktober 1948 in einer Befragung durch seinen Verteidiger,<sup>52</sup> dass ihm Lösener nie etwas gesagt habe. Den Begriff «Endlösung» habe er stets mit der Auswanderung der Juden und deren «territorialer Zusammenfassung in einem Reservat im Osten» verbunden. Die «Ausrottung der Juden» sei «damals überhaupt nicht in den Bereich (seiner) Vorstellung gekommen». Das Protokoll der Wannsee-Konferenz habe er nie erhalten. Es gebe deren Inhalte «in einer ganzen Reihe von Punkten entstellt und frisirt wieder». So habe Heydrich die Vernichtung von Juden durch Arbeit mit keinem Wort erwähnt.<sup>53</sup> Seine Vorschläge zur Sterilisation und Zwangsscheidung auf der Wannsee-Konferenz hätten dazu gedient, Heydrichs Forderung nach einer Einbeziehung der «Mischlinge» und «Mischehenpartner» zu obstruieren. Diese Strategie sei schliesslich aufgegangen, da Hitler die «Lösung der Mischlingsfrage» auf die Nachkriegszeit verschoben habe. Globke bestätigte zudem, zwar selbst gewusst zu haben, «dass Juden massenweise umgebracht wurden»; er entlastete jedoch seinen ehemaligen Vorgesetzten mit der Bemerkung, dass er manchmal erstaunt gewesen sei, «wie uninformiert Dr. Stuckart» gewesen sei.<sup>54</sup>

Die Richter folgten Stuckarts Verteidigung nur teilweise und befanden ihn in Bezug auf mehrere Anklagepunkte für schuldig. Zu Anklagepunkt V, «Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Verfolgung von Juden, Katholiken und anderen Minderheiten», führten sie aus:

«Nach unserer Auffassung hat Stuckart ganz genau gewusst, welches Schicksal die nach dem Osten abgeschobenen Juden erwartete. Zweifellos waren die Gesetze und Verordnungen, die Stuckart selbst entworfen oder gebilligt hat, ein wesentlicher Bestandteil des Programms, mit dem die fast vollständige Ausrottung der Juden beabsichtigt war und auch erreicht worden ist. Wenn die Kommandanten der To-

deslager die ihnen erteilten Befehle zur Ermordung der unglücklichen Häftlinge ausgeführt haben, wenn die Leute, die die Befehle für die Abschiebung der Juden nach dem Osten ausgeführt und vollzogen haben, vor Gericht gestellt, für schuldig befunden und bestraft werden – und daran haben wir keinen Zweifel –, dann sind die Männer ebenso strafbar, die in der friedlichen Stille ihrer Büros in den Ministerien an diesem Feldzug durch Entwurf der für seine Durchführung notwendigen Verordnungen, Erlasse und Anweisungen teilgenommen haben. In all diesen Fragen hat Stuckart seine Vorbildung, sein Wissen, seine Rechtskenntnisse den Urhebern des Ausrottungsplanes zur Verfügung gestellt.»<sup>55</sup>

Die Richter sahen es als erwiesen an, «dass Stuckart ein erbitterter Feind der Juden war und während seiner Amtstätigkeit vor und während des Krieges seine Stellung benutzt hat, seine Gedanken in die Tat umzusetzen».<sup>56</sup> Stuckarts Einlassung, wonach er nur «ein besserer Büroangestellter gewesen sei», hielten die Richter für unwahr:

«Zu oft ist er von Frick ausgewählt worden, Aufgaben zu übernehmen, die Bildung, Tüchtigkeit, Erfahrung und Charakterstärke erforderten. [...] Sein Rat wurde erbeten und erteilt. Viele Originalentwürfe der Verordnungen und die meisten Durchführungsbestimmungen für judenfeindliche Massnahmen sind von ihm oder in seiner Abteilung und unter seiner Aufsicht verfasst. Als Hitler sich entschloss, die Nürnberger Gesetze zu erlassen, die den ersten Schritt in der langen Reihe der Judenverfolgung bildeten, wurde Stuckart dazu ausersehen, diese Gesetze zu entwerfen, und er hat es auch getan.»<sup>57</sup>

Stuckart wurde allerdings zugutegehalten, dass sein Verhalten in der «Mischlingsfrage» zumindest mehrdeutig war. Immerhin hatte er sich 1942 mehrmals an die Konferenzteilnehmer und auch an Himmler gewandt, um eine «Herausnahme der Mischlinge» aus den Deportationen zu erreichen.<sup>58</sup> Auch seinen Vorschlag, die «Mischlinge» zu sterilisieren, interpretierte das Gericht zugunsten Stuckarts, da es davon ausging, dass er für die «Mischlinge» einen Aufschub habe erreichen wollen.<sup>59</sup> Im Übrigen waren die Richter der Auffassung, dass Stuckart rein politisch und nicht humanitär argumentiert habe, da er «genau die psychologische Wirkung vorausgesehen hat, die in Deutschland entstehen müsste, wenn die Mischehen aufgelöst und die sog. Halbarier zu dem gleichen Schicksal wie die Juden verdammt würden».<sup>60</sup> Für das Gericht stand jedoch auch fest, «dass niemand die Unfruchtbarmachung als das kleinere Übel vorge-



schlagen hätte, wenn er nicht vollständig überzeugt gewesen wäre, dass die Deportation das grössere Übel gewesen wäre und den Tod bedeutet hätte». Schliesslich sei «innerhalb des Reichsinnenministeriums» «die Ausrottung der Juden kein Geheimnis» gewesen. Im Hinblick auf seinen schlechten Gesundheitszustand verurteilten die amerikanischen Richter den Angeklagten jedoch nur zu drei Jahren, 10 Monaten und 20 Tagen. Die Haftstrafe berücksichtigte Stuckarts Internierung und galt daher bei Urteilsverkündung bereits als verbüsst.<sup>61</sup>

Stuckart wurde demnach 1949 entlassen und erreichte im Entnazifizierungsverfahren in Hannover eine Einstufung als blosser «Mitläufer». Er begann erneut, sich politisch zu betätigen, und wurde dritter Landesvorsitzender beim «Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten» (BHE).<sup>62</sup> Der Süddeutschen Zeitung galt Stuckart im November 1951 im Hinblick auf seine besonders exponierte NS- Biografie als «NS-Statthalter im BHE».<sup>63</sup> Mithilfe seiner ehemaligen Kollegen bekam er zudem eine Stelle als Geschäftsführer des «Instituts zur Förderung der niedersächsischen Wirtschaft». In Berlin wurde im September 1951 ein weiteres Sühneverfahren gegen Stuckart angestrengt. Anders als in Hannover wurde seine Rolle im «Dritten Reich», vor allem auch seine Beteiligung an der Wannsee-Konferenz, hier unter Hinzuziehung von Dokumenten aus dem «Document Center» strenger beurteilt:

«Bei der unverantwortlichen und unmenschlichen Handlungsweise des Betroffenen musste die ganze Strenge des Gesetzes zur Anwendung gebracht werden. Er war Akademiker und als Inhaber des hohen Amtes eines Staatssekretärs musste er sich der Tragweite seiner Handlungen besonders bewusst sein; gerade ihm als Volljuristen musste klar sein, wie gross und grausam in der Auswirkung das Unrecht war, das er vertrat. Über ungezählte Menschen, die schon durch die Nürnberger Gesetzgebung unsägliches Leid erfahren hatten, wäre weiteres Leid und Verzweiflung gebracht worden. Die Spruchkammer hat daher bezüglich der Sühnemassnahmen das gesetzlich zulässige Höchstmass verhängt und dabei auch das Recht, Versorgungsleistungen aus öffentlichen Mitteln zu beziehen, auf drei Jahre aberkannt.»<sup>64</sup>

Das Verfahren konnte jedoch nicht mehr rechtskräftig abgeschlossen werden, da Stuckart am Vorabend seines 51. Geburtstages bei einem Verkehrsunfall ums Leben kam. Seine ehemaligen Kollegen im Reichsministerium des Innern ehrten ihn mit einer Todesanzeige in der Frankfurter Zeitung:

«Einem tragischen Unfall erlag unmittelbar vor Vollendung seines 51. Lebensjahres Dr. Wilhelm Stuckart, Staatssekretär im ehemaligen Reichsministerium des Innern. Ungewöhnliche Begabung, rastloser Fleiss, aufrechtes und selbstloses Wesen zeichneten den Verstorbenen aus. Seine warmherzige und kameradschaftliche Haltung, seine in zahllosen Fällen bewährte Hilfsbereitschaft und lautere Gesinnung, seine grosse Leistung und seine überragende Persönlichkeit werden von seinen ihm in Dankbarkeit und Freundschaft verbundenen Mitarbeitern nicht vergessen werden. Der Tod hat ihn jäh aus neuem Wirken gerissen. Seine Freunde und Mitarbeiter trauern tief um ihn. In ihren Herzen lebt er immer fort. Die ehemaligen Mitarbeiter im früheren Reichsministerium des Innern»<sup>65</sup>

Nach seiner eigenen Aussage war Stuckart, wie es sein Verteidiger im Wilhelmstrassenprozess in seinem Schlussplädoyer<sup>66</sup> hervorhob, in der «Judenfrage» «anständig» geblieben.<sup>67</sup> Seine Haltung in der «Mischlingsfrage» deutete er erfolgreich in Widerstand um. Nach den wenigen Informationen, die sich aus Stuckarts nur bruchstückhaft in seinem Nachlass überlieferter Korrespondenz mit seiner Ehefrau ergeben, fehlte ihm nach dem Krieg jede Reue – möglicherweise aber auch jedes Unrechtsbewusstsein – hinsichtlich seiner Beteiligung an der Entrechtung und Ermordung der Juden. Er bezeichnete sich als «blossen Befehlsempfänger und als kleines Rädchen» in einer von Hitler und der Partei dominierten Bürokratie. Tatsächlich stellte der ehrgeizige Stuckart jedoch sein beträchtliches juristisches Können voller Überzeugung in den Dienst des verbrecherischen NS-Regimes und trug aktiv dazu bei, dass durch Rechtssetzungsakte, die das Unrecht verrechtlichten und damit rationalisierten und legitierten, der Rahmen geschaffen wurde, innerhalb dessen die Verbrechen des Regimes in dieser schrecklich effizienten und arbeitsteiligen Weise erst möglich wurden.

*Hans-Christian Jasch*

- 1 Zit. nach: Longeric, Ermordung, S. 92.
- 2 Zeugnis des Notars Max Liebmann vom 4. 11. 1929, Justizpersonalakte im Sonderarchiv Moskau, Fonds 720-5-9898.
- 3 Lebenslauf Stuckarts, BArch (ehem. BDC) SSO, Stuckart, Wilhelm, 16. 11. 1902. Zu Stuckart: Jasch, Staatssekretär Wilhelm Stuckart; ders., Innenverwaltung, S. 217–271.
- 4 Vgl. Stuckarts Justizpersonalakte, Sonderarchiv Moskau, Fonds 720-5-9898.
- 5 Im März 1932 trat Stuckart erneut – diesmal unter eigenem Namen – der NSDAP und der SA bei. Im Frühjahr 1934 versuchte er dann, seine hohe Mitgliedsnummer (1 033 214) gegen die Mitgliedsnummer seiner Mutter, d. h. die Nummer seines ersten Parteibeitritts im Jahr 1930 (378 144), zu tauschen, was ihm mithilfe des ehemaligen Wiesbadener Kreisleiters Theo Habicht auch gelang. Seine ursprüngliche Behauptung, bereits 1922 der NSDAP beigetreten und seinen Mitgliedsausweis bei Sabotageakten gegen die französische Besatzungsmacht in Rheinhessen verloren zu haben, erhielt er nicht aufrecht. Vgl. Schreiben Stuckarts an die Reichsleitung der NSDAP vom 17. 2. 1934, BArch PK 1120, M 0089; Eidesstattliche Erklärung Harald von Tunkl-Hohenstadts vom 19. 4. 1952, LAB, Rep. 031-02-01, 12647, Mappe II.
- 6 Schreiben Stuckarts an die Reichsleitung der NSDAP, 17. 2. 1934, BArch PK 1120, M 0089.
- 7 Schreiben Stuckarts an Daluege, 7. 3. 1933, BArch PK 1120, M 0089.
- 8 Zeugenbefragung Grauert, 17. 7. 1953, LAB, B Rep. 031-02-01, 12647.
- 9 Vgl. Jasch, Das preußische Kultusministerium.
- 10 Vgl. den von der Reichskanzlei angelegten Vorgang, BArch R 43 II/1154, Bl. 20 f.
- 11 Schreiben Stuckarts an Lammers, 12. 1. 1935, BArch 43 II/163, Bl. 134 f. Vgl. Besier, Kirchen, S. 58 f.
- 12 Schreiben Fricks, 18. 3. 1935, BArch R 2/11685.
- 13 Vgl. Jasch, Verwaltungsgerichtsbarkeit, S. 546–576.
- 14 Gesetz zur Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. 3. 1938, RGBl. I 1938, S. 237 f.
- 15 Schreiben Pfundtner vom 18. 3. 1938, BArch R 2/11687; R 43 II/1126b.
- 16 Führererlass über die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren vom 16. 3. 1939, RGBl. I, S. 485 f.; Stuckart, Protektorat, S. 143–162.
- 17 „Erlass über die Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete“ vom 8. 10. 1939 und „Erlass über die Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete“ vom 12. 10. 1939, RGBl. 1939 I, S. 2042 f., S. 2077. Vgl. Stuckarts Mitarbeiter Hubrich, Gliederung, S. 605 f.; Rebentisch, Führerstaat, S. 172 f.
- 18 Rebentisch, Führerstaat, S. 172.
- 19 Vermerk von Georg Hubrich, 23. 10. 1939, BArch R 1501/5401.
- 20 Mit Schreiben Fricks vom 9. 8. 1940, BArch R 43 II/1136b, wurde Stuckart am 9. August 1940 bspw. zum Leiter der „Zentralstelle für das Elsass, Lothringen u. Luxemburg“ bestellt.
- 21 Vgl. Lehnstaedt, „Ostnieten“, S. 701–721.
- 22 Schöttler, „Generalplan West“, S. 83–131. Vgl. „Globke: Vielleicht war ich nicht da“, in: Der Spiegel, Nr. 24, 1961, S. 17 f.
- 23 Verordnung über die Deutsche Volksliste vom 4. 3. 1941, RGBl. I, S. 118. Vgl. Stuckart, Staatsangehörigkeit, S. 57 f. (S. 81 f.).
- 24 Zum Institut für Staatsforschung in der Königsstraße 71 (am Kleinen Wannsee): Botsch, Der SD, S. 70–95.
- 25 Jasch, Gründung, S. 709–722.
- 26 Eidesstattliche Erklärung Löseners vom 17. 10. 1947, StA Nürnberg, Interrogations; Dok. NG 1944 A. Vgl. Strauß (Hrsg.), Das Reichsministerium des Innern, S. 266 f. und 272.

- 27 Zu dieser Entwicklung vgl. im Einzelnen: Essner, Die «Nürnberger Gesetze», S. 76 f.; Mayer, Staaten; Jasch, Staatssekretär Wilhelm Stuckart, S. 110-372.
- 28 In der Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz vom 14.11.1935 (RGBl. I, S. 1333) wurde der Judenbegriff definiert.
- 29 Vgl. Runderlass, MBliV 1936, S. 11; BArch R 1501/5514, Bl. 153. Protokolle der Ausschusssitzungen sind erhalten in: BArch R 1501/ 125483. Vgl. auch: Essner, Die «Nürnberger Gesetze», S. 174 f.
- 30 Protokoll der Besprechung, BArch R 1501/5514, Bl. 199-211.
- 31 Stuckart, Völkische Grundordnung, S. 557-564.
- 32 Stuckart/Globke, Reichsbürgergesetz.
- 33 Stuckart/Schiedermaier, Rassen- und Erbpflege, S. 14.
- 34 Aufzeichnung von Dr. Bernhard Lösener, BArch R 1501/3746a, abgedruckt bei: Lenz, Handakten, S. 695 f. Vgl. auch das Protokoll der Vernehmung Löseners am 13.10.1947 durch Robert Kempner, S. 3 f., StA Nürnberg, Interrogations.
- 35 Ebenda.
- 36 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz, 26.11.1941, RGBl. 1941, S. 722 ff.
- 37 Eintrag 25.11.1941, in: Der Dienstkalender Heinrich Himmlers, S. 281.
- 38 Vgl. Klein, Wannsee-Konferenz als Echo, S. 198 und Anm. 72 unter Verweis auf die fragmentarische Überlieferung der Terminblätter Heydrichs vom 1.12.1941, AMV, Prag, 114- 9-77, Bl. 31 und den Dienstkalender Heinrich Himmlers, S. 280.
- 39 Zit. nach dem Abdruck des Schreibens von Rechtsanwalt K. Kauffmann an Stuckarts ehemaligen Kollegen Otto Ehrensberger vom 4.7.1947, BArch N 1292/125.
- 40 Vgl. Staatssekretärsvorlage Löseners vom 4.12.1941 für eine für den 9.12. vorgesehene Besprechung am Wannsee nebst Anlagen, BArch R 1501/5519, Bl. 238-247 bzw. 477-495 (Mehrfachpaginierung).
- 41 Zum Schicksal der «Mischlinge»: Noakes, Development, S. 291-354; Steiner/Freiherr v. Cornberg, Willkür, S. 144-187; Gruner, Widerstand, S. 85 f., 178 f.
- 42 Schreiben des RMDI zur «Erfassung der Juden und jüdischen Mischlinge bei der Volkszählung 1939», BArch R 1501/5519, Bl. 203-208.
- 43 Staatssekretärsvorlage Löseners, 4.12.1941, BArch R 1501/5519, Bl. 238-247 bzw. 477-495.
- 44 Mit Erlass des «Zweiten Reichsverteidigungsgesetzes» am 4. September 1938 und der Ernennung Fricks zum Generalbevollmächtigten für die Reichsverwaltung (GBV) am 27. September 1938 wurde Stuckart zu dessen Stabsleiter bestellt. Vgl. den undatierten Vermerk betr. «Die Vertretung des Generalbevollmächtigten für die Reichsverteidigung», BArch R 43 11/1293 a. Die «offizielle» Ernennung Stuckarts zum Stabsleiter GBV durch Göring erfolgte hingegen erst nach dem Überfall auf Polen am 5. September 1939 (BArch R43 II/ 1293 a, Bl. 10 f.).
- 45 Protokoll der Besprechung über die Endlösung der Judenfrage, S. 14, <http://www.ghwk.de/ghwk/deut/protokoll.pdf> (28.11.2016).
- 46 Schreiben Stuckarts an Heydrich, 16.3.1942, PA AA, R 100857. Dort auch die folgenden Zitate.
- 47 Vgl. die Entwürfe zu einem «Gesetz über die Scheidung von deutsch-jüdischen Mischehen», die das RMDI (GBV) mit dem RJM im Frühjahr 1943 abstimmt, BArch R 1501/5519, Bl. 513 f. (256 f.); Gruner, Widerstand, S. 178 f.
- 48 Abs. 44 der Anklageschrift im Fall Nr. 11, die Vereinigten Staaten von Amerika gegen Ernst von Weizsäcker et al., Nürnberg 1947, S. 42, NL Stuckart, BArch N 1292/95.
- 49 Trials of War Criminals before the Nuremberg Military Tribunals, Bd. XII, Washington o.D., S. 47 f.
- 50 Anklageschrift im Fall Nr. 11, die Vereinigten Staaten von Amerika gegen Ernst von Weizsäcker et al., Nürnberg 1947, S. 47 f., BArch N 1292/95.

- 51 Vgl. Jasch, Staatssekretär Wilhelm Stuckart, S. 388-429.
- 52 Protokoll der Befragung, 6.10.1948, in: Pätzold/Schwarz, Tagesordnung: Judenmord, S. 156 f. Dort auch die folgenden Zitate.
- 53 Ebenda. In dem Protokoll sei zudem «nur» von «Evakuierung» und «Arbeitseinsatz» «unter Trennung der Geschlechter», der zu «natürlicher Verminderung» führen würde, während der «verbleibende Restbestand» «entsprechend behandelt» werden sollte, die Rede gewesen. Die Worte «Ausrottung» oder «Vernichtung» wurden dagegen vermieden. Tatsächlich lässt auch der Text des Wannseeprotokolls nicht zwingend den Schluss zu, dass Heydrich die wahre Bedeutung des Begriffs «Endlösung» am 20. Januar 1942 tatsächlich erörterte. Dies war vielleicht auch gar nicht erforderlich, ging es doch primär um Unterstützung für die Modalitäten der Deportationen und insbesondere um die Festlegung des Opferkreises. Vgl. Essner, Die «Nürnberger Gesetze», S. 414 f.
- 54 Zitate nach: Kempner, Begegnungen, S. 223.
- 55 Kempner/Haensel, Das Urteil, S. 169.
- 56 Ebenda, S. 165.
- 57 Ebenda.
- 58 Ebenda, S. 167 f. Dort auch die folgenden Zitate.
- 59 Tatsächlich hatte die im RMDI ressortierende Gesundheitsabteilung mit der massenhaften Sterilisation von Menschen schon seit 1934 umfangreiche Erfahrungen gesammelt. Aufgrund des «Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses» wurden zwischen 1934 und 1944 zwischen 360'000 und 1,5 Millionen Menschen sterilisiert. Das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen ging in einem Schreiben vom 22. November 1955 von 1,5 Millionen Betroffenen aus, zit. nach: Pfäfflin, Zwangssterilisation, S. 32. Die SS erforschte unterdessen in deutschen Konzentrationslagern Möglichkeiten zur massenhaften Röntgenkastration, vgl. das als «Geheime Reichssache» eingestufte Schreiben der Kanzlei des Führers an Himmler vom 29.4.1944, Nürnberger Dokument NG-208, IfZ, Nürnberger Dokumente.
- 60 Kempner/Haensel, Das Urteil, S. 169 f. Dort auch die folgenden Zitate.
- 61 Ebenda.
- 62 Vgl. Politisches Unkraut überwuchert Niedersachsen. Die SRP marschiert/Ein alarmierender Bericht aus einem Lande der Bundesrepublik Anno 1951, in: Süddeutsche Zeitung, 9.11.1951, S. 3, überliefert in: BArch NL Stuckart, N 1292/94.
- 63 Ebenda.
- 64 Vgl. die Entscheidung im Sühneverfahren gegen W. Stuckart, 4.8.1952, LAB, B Rep. 031- 02-01, 12647, Mappe V.
- 65 Todesanzeige, in: Frankfurter Zeitung, 27.11.1953.
- 66 Schlussplädoyer, BArch N 1292/125, S. 28.
- 67 Zum Topos der Anständigkeit in der Apologie von NS-Tätern siehe Herbert, NS-Eliten, S. 110f. Auch Himmler strapazierte 1943 bei seinen berüchtigten Posener Reden, denen vermutlich auch Stuckart beiwohnte, den Topos der Anständigkeit, um das «Ethos» seiner Männer anlässlich des Völkermordes zu unterstreichen. Vgl. Nbg.-Dok. 1919-PS, in: Nazi Conspiracy and Aggression, Vol. IV, USGPO, S. 616-634.

# Abkürzungsverzeichnis

AMV	Archiv Ministerstva Vnitra (AMV) [Archiv des Innenministeriums], Prag
APA	Außenpolitisches Amt der NSDAP
BArch	Bundesarchiv, Berlin
BDC	Berlin Document Center
BdS	Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD
Bfh.	Befehlshaber
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BNSDJ	Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen
BPP	Bayerische Politische Polizei
BStU	Der/Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BVP	Bayerische Volkspartei
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
CDCJ	European Committee on Legal Co-operation [Europäisches Komitee zur gesetzlichen Zusammenarbeit]
CDJC	Centre de documentation juive contemporaine [Dokumentationszentrum für jüdische Zeitgeschichte], Paris
CdZ	Chef der Zivilverwaltung
CSU	Christliche-Soziale Union
CV	Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAI	Deutsches Ausland-Institut
DG	Durchgangsstraße
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVL	Deutsche Volksliste
DVP	Deutsche Volkspartei
Ek	Einsatzkommando
FS	Fernschreiben

GBV	Generalbevollmächtigter für die Reichsverwaltung
GG	Grundgesetz
GG	Generalgouvernement
GHWK	Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz
GStA PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
HessStA	Hessisches Staatsarchiv, Wiesbaden
HSSPF	Höhere SS- und Polizeiführer
HStA	Hauptstaatsarchiv
Ic	Index-Katalog
IfL	Institut für Länderkunde, Leipzig
IfZ	Institut für Zeitgeschichte, München
IKL	Inspektion der Konzentrationslager
IMT	International Military Tribunal [Internationaler Militärgerichtshof], Nürnberg
IPN	Instytutu Pamięci Narodowej [Institut für Nationales Gedenken], Polen
KdS	Kommandeure der Sicherheitspolizei und des SD
KTb	Kriegstagebuch
LA	Landesarchiv
LAB	Landesarchiv Berlin
LG	Landgericht
LKA	Landeskriminalamt
LVVA	Latvijas Valsts vēstures arhīvs [Staatliches Historisches Archiv Lettlands]
MBliV	Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung
NIOD	Instituut voor Oorlogs-, Holocaust- en Genocidestudies [Institut für Kriegs-, Holocaust- und Genozidstudien, ehemals Nederlands Instituut voor Oorlogsdocumentatie, Niederländisches Institut für Kriegsdokumentation], Amsterdam
NL	Nachlass
NMT	Nuremberg Military Tribunals [Nürnberger Militärtribunale]
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus, nationalsozialistisch
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSRB	Nationalsozialistischer Rechtswahrbund
NTN	Najwyższy Trybunał Narodowy [Oberstes Volkstribunal], Polen
OA	Oberabschnitt

OKH	Oberkommando des Heers
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
Orpo	Ordnungspolizei
ORR	Oberregierungsrat
PA	Privatarchiv
PA AA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
RAM	Reichsaußenminister
REM	Reichserziehungsministerium
RFSS	Reichsführer SS
RFSSuChdDtPol	Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei
REM	Reichserziehungsministerium
RGBL	Reichsgesetzblatt
RGVA	Rossiiskii gosudarstvennyi voennyi arkhiv (RGVA) [Russisches Staatliches Militärarchiv]
RJM	Reichsjustizministerium
RKF/RKFdV	Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums
RMdI	Reichsministerium des Innern
RMJ	Reichsministerium der Justiz
RMO	Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete
RSHA	Reichssicherheitshauptamt
RuS	Rasse- und Siedlungswesen
RuS-Führer	SS-Führer im Rasse- und Siedlungswesen
RuSHA	Rasse- und Siedlungshauptamt der SS
RVL	Zeitschrift „Reich, Volksordnung, Lebensraum“
SA	Sturmabteilung
SD	Sicherheitsdienst
SGL	Sammlung Georg Leibbrandt
Slg. BDC	Sammlung „Berlin Document Center“
SOE	Special Operations Executive [Abteilung für Spezialoperationen]
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRP/SRPD	Sozialistische Reichspartei/Sozialistische Reichspartei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
SS-Gruf.	SS-Gruppenführer
SSO	SS-Offiziersakten
SS-OA	SS-Oberabschnitt
SS-OGruf.	SS-Obergruppenführer
SSPF	SS und Polizeiführer



SS-WVHA	SS Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt
StA	Staatsarchiv
StadtA	Stadtarchiv
StGB	Strafgesetzbuch
SWA	Stiftung Warburg Archiv, Hamburg
SZ	Süddeutsche Zeitung
TNA	The National Archives, London
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
USGPO	United States Government Publishing Office
VDR	Verband der Deutschen aus Russland
VeJ	Edition «Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945»
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VGH	Hessischer Verwaltungsgerichtshof
VO	Verordnung
WAST	Deutsche Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen deutschen Wehrmacht
WJC	World Jewish Congress
WVHA	Wirtschafts-Verwaltungshauptamt der SS
YVA	Yad Vashem Archives
z. b. V.	zur besonderen Verfügung
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZS	Zeitschriftensammlung
ZSt	Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg

# Literaturverzeichnis

## A

Adam, Uwe Dietrich, Judenpolitik im Dritten Reich, Düsseldorf 1972 [Nachdruck Düsseldorf 2003].

Adler, Hans Günther, Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland, Tübingen 1974.

Akten zur deutschen auswärtigen Politik. Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts, Serie D: 1937-1945, 13 Bde., Baden-Baden u.a. 1950 ff.; Serie E: 1941- 1945, 8 Bde., Göttingen 1969 ff.

Aly, Götz, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, 2. Aufl., Frankfurt a.M. 2006.

- «Endlösung». Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt a.M. 1995.
- /Heim, Susanne, Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung, Hamburg 2004 [zuerst 1991].

Anderl, Gabriele, Die «Umschulungslager» Doppl und Sandhof der Wiener Zentralstelle für jüdische Auswanderung, in: David. Jüdische Kulturzeitschrift 58 (September 2003) und 60 (März 2004); [http://www.doew.at/cms/download/7qvab/anderl\\_umschulungslager\\_doppl\\_sandhof.pdf#17](http://www.doew.at/cms/download/7qvab/anderl_umschulungslager_doppl_sandhof.pdf#17) (29.11.2016).

Angrick, Andrej, Die inszenierte Selbstermächtigung? Motive und Strategie Heydrichs für die Wannsee-Konferenz, in: Norbert Kampe/Peter Klein (Hrsg.), Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen, Köln/Weimar/Wien 2013, S. 241-258.

- /Mallmann, Klaus-Michael/Matthäus, Jürgen/Cüppers, Martin (Hrsg.), Deutsche Besatzungsherrschaft in der UdSSR 1941-1945. Dokumente der Einsatzgruppen in der Sowjetunion, Bd. 2 (Veröffentlichungen der Forschungsstelle Ludwigsburg der Universität Stuttgart, Bd. 23), Darmstadt 2013.
- /Klein, Peter, Die «Endlösung» in Riga. Ausbeutung und Vernichtung 1941-1944, Darmstadt 2006.

- Arendt, Hannah, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, München 2011 [zuerst 1964].
- Aronson, Shlomo, Reinhard Heydrich und die Frühgeschichte von Gestapo und SD, Stuttgart 1971.

**B**

- Bailer, Brigitte/Form Wolfgang (Hrsg.), Tagesrapporte der Gestapoleitstelle Wien 1938-1945 (Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert online), Online- Datenbank, <https://www.degruyter.com/staticfiles/pdfs/produktpraesentationen/Tagesrapporte%20der%20Gestapoleitstelle%20Wien%201938-1945.pdf> (29.11.2016).
- Banach, Jens, Heydrichs Elite. Das Führerkorps der Sicherheitspolizei und des SD 1936-1945, Paderborn 2002 [zuerst 1998].
- Banken, Ralf, Edelmetallmangel und Grossraubwirtschaft. Die Entwicklung des deutschen Edelmetallsektors im «Dritten Reich» 1933-1945 (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Beihefte, Bd. 13), Berlin 2009.
- Barkow, Ben/Gross, Raphael/Lenarz, Michael (Hrsg.), Novemberpogrom 1938. Die Augenzeugenberichte der Wiener Library, London/Frankfurt a.M. 2008.
- Bauman, Zygmunt, Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust, Hamburg 1992.
- Beer, Klaus, Auf den Feldern von Ulm. In den wechselnden Winden von Adenauer bis Willy Brandt, Blaubeuren 2008.
- Benz, Wolfgang/Kwiet, Konrad/Matthäus, Jürgen, Einsatz im «Reichskommissariat Ostland». Dokumente zum Völkermord im Baltikum und in Weissrussland 1941-1944, Berlin 1998 (Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939-1945, Bd. 6).
- Berenstein, Tatiana/Rutkowski, Adam, Dokument o konferencji w Urzędzie Policji Bezpieczenstwa z 21IX 1939 r. [Das Dokument der Konferenz im Büro der Sicherheitspolizei vom 21. September 1939], in: Biuletyn Żydowskiego Instytutu Historycznego [Bulletin des Jüdischen Historischen Instituts] 49 (1964) 1, S. 68-73, <http://cbj.jhi.pl/documents/754488/69/> (30.8.2016).
- Berg, Nicolas, Der Holocaust und die westdeutschen Historiker. Erforschung und Erinnerung, Göttingen 2003.
- Besier, Gerhard, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 3. Spaltungen und Abwehrkämpfe 1934-1937, Berlin 2001.
- Binding, Karl/Hoche, Alfred, Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens, Leipzig 1920.
- Birn, Ruth Bettina, Die Höheren SS- und Polizeiführer. Himmlers Vertreter im Reich und in den besetzten Gebieten, Düsseldorf 1986.

- Blumenwitz, Dieter, Christian Meurer 1856-1935. Jurist, in: Peter Baumgart (Hrsg.), Lebensbilder bedeutender Würzburger Professoren, Neustadt a. d. Aisch 1995, S. 217-229.
- Bornschein, Joachim, Gestapochef Heinrich Müller. Technokrat des Terrors, Leipzig 2004.
- Borodziej, Włodzimierz, «Hitleristische Verbrechen». Die Ahndung deutscher Kriegs- und Besatzungsverbrechen in Polen, in: Norbert Frei (Hrsg.), Transnationale Vergangenheitspolitik. Der Umgang mit deutschen Kriegsverbrechen in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2006, S. 399-437.
- Botsch, Gideon, Der SD in Berlin-Wannsee 1937-1945, in: Norbert Kampe (Hrsg.), Villenkolonie in Wannsee 1870-1945, Berlin 2000, S. 70-95.
- Brandes, Detlef, Die Tschechen unter deutschem Protektorat, 2 Bde., München 1969 und 1976.
- Brechtken, Magnus, «Madagaskar für die Juden». Antisemitische Idee und politische Praxis 1885-1945, München 1997.
- Broszat, Martin/Fröhlich, Elke/Wiesemann, Falk (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit. Soziale Lage und politisches Verhalten der Bevölkerung im Spiegel vertraulicher Berichte, München 1977.
- Broszat, Martin/Jacobson, Hans-Adolf/Krausnick, Helmut, Konzentrationslager, Kommissarbefehl, Judenverfolgung (Anatomie des SS-Staates, Bd. 2), Olten 1965.
- Browning, Christopher R., The Final Solution and the German Foreign Office. A Study of Referat D III of Abteilung Deutschland 1940-1943, New York 1978 [deutsch: Die «Endlösung» und das Auswärtige Amt. Das Referat D III der Abteilung Deutschland 1940-1943, Darmstadt 2010].
- Ordinary Men. Reserve Police Battalion 101 and the Final Solution in Poland, New York 1992 [deutsch: Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die «Endlösung» in Polen, Reinbek 1993].
  - Unterstaatssekretär Martin Luther and the Ribbentrop Foreign Office, in: Journal of Contemporary History 12 (1977), S. 313-344.
- Bryant, Chad, Prague in Black. Nazi Rule and Czech Nationalism, Cambridge (Mass.) 2007.
- Buchheim, Hans: Rechtsstellung und Organisation des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums. In: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte, Bd. 1, München 1958, S. 239-279.
- Zu Kleists «Auch du warst dabei», in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 2 (1954) 2, Seite 177-192.
- Buchheit, Gert, Richter in roter Robe. Freisler, Präsident des Volksgerichtshofs, München 1968.

Bühler, Josef, Deutsche Ordnung im Generalgouvernement, in: Maximilian Freiherr du Prel (Hrsg.), Das General-Gouvernement, Würzburg 1942, S. 51-55.

- Nationalsozialistische Strafrechtspolitik, in: Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht 9 (1939), S. 232 ff.
- Das Reichsjustizkommissariat, in: Hans Frank (Hrsg.), Nationalsozialistisches Handbuch für Recht und Gesetzgebung, München 1935, S. 1581-1584.

Burian, Michal/Knizek, Ales/Rajlich, Jifi/Stehlik, Eduard, Assassination. Operation Anthropoid 1941-1942, Prag 2002,

[http://www.army.cz/images/id\\_7001\\_8000/7419/assassination-en.pdf](http://www.army.cz/images/id_7001_8000/7419/assassination-en.pdf) (30.11.2016).

Burrin, Philippe, Hitler and the Jews. The Genesis of the Holocaust, London 1994.

## C

Cesarani, David, Adolf Eichmann. Bürokrat und Massenmörder, Berlin 2004.

Ciano, Galeazzo, The Ciano Diaries, 1939-43, New York 1946 (Nachdruck New York 2000).

Ciolek-Kümper, Jutta, Wahlkampf in Lippe. Die Wahlkampfpropaganda der NSDAP zur Landtagswahl am 15. Januar 1933, München 1976.

Clark, Christopher, The Iron Kingdom. The Rise and Fall of Prussia, 1600-1947, London 2006.

Cohen, Adolf Emile, Een onbekende tijdgenoot. De laatste Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Nederland [Der letzte Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in den Niederlanden], in: Abraham H. Paape (Hrsg.), Studies over Nederland in oorlogstijd [Studien über die Niederlande während des Krieges], Den Haag 1972, S. 170-191.

Conspiracy. Drama, USA/GB 2001. Regie: Frank Pierson [deutsch: Die Wannsee-Konferenz].

Conze, Eckhart, Adel unter dem Totenkopf. Die Idee eines Neuadels in den Gesellschaftsvorstellungen der SS, in: ders./Monika Wienfort (Hrsg.), Adel und Moderne. Deutschland im internationalen Vergleich im 19. und 20. Jahrhundert, Köln 2004, S. 151-176.

- /Frei, Norbert/Hayes, Peter/Zimmermann, Moshe (Hrsg.), Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, München 2012.

## D

Danker, Uwe, Der schleswig-holsteinische NSDAP-Gauleiter Hinrich Lohse. Überlegungen zu seiner Biografie, in: Michael Ruck/Karl Heinrich Pohl (Hrsg.), Regionen im Nationalsozialismus, Bielefeld 2003, S. 91-120.

- Däbritz, Walter, Carl Julius Schulz, der Begründer des Blechwalzwerks Schulz, Knaut & Co., in: Essener Beiträge 46 (1928), S. 279-293.
- Deschner, Günther, Reinhard Heydrich. Statthalter der totalen Macht, Esslingen 1977.
- Dieckmann, Christoph, Deutsche Besatzungspolitik in Litauen 1941-1944, Göttingen 2011.
- Dörner, Bernward, Die Deutschen und der Holocaust. Was niemand wissen wollte, aber jeder wissen konnte, Berlin 2007.
- Döscher, Hans-Jürgen, Das Auswärtige Amt im Dritten Reich. Diplomaten im Schatten der «Endlösung», Berlin 1987.
- Donson, Andrew, Youth in the Fatherless Land. War Pedagogy, Nationalism and Authority in Germany, 1914-1918, Cambridge (Mass.) 2010.
- Dröge, Martin (Hrsg.), Die Tagebücher Karl-Friedrich Kolbows (1889-1945). Nationalsozialist der ersten Stunde und Landeshauptmann der Provinz Westfalen (Forschungen zur Regionalgeschichte, Bd. 63), Paderborn 2009.

## E

- Eberle, Henrik/Uhl, Matthias (Hrsg.), Das Buch Hitler. Geheimdossier des NKWD für Josef W. Stalin, zusammengestellt aufgrund der Verhörprotokolle des Persönlichen Adjutanten Hitlers, Otto Günsche, und des Kammerdieners Heinz Linge, Moskau 1948/49, Bergisch Gladbach 2005.
- Eckel, Jan, Herrschaftsstabilisierende Denkmuster in der Geschichtswissenschaft während des Nationalsozialismus. Eine Skizze der Voraussetzungen, Formen und Entwicklungen, in: Käte Mayer-Drawe/Kristin Platt (Hg.): Wissenschaft im Einsatz, Paderborn 2007, S. 74-91
- Eichholtz, Dietrich, Krieg um Öl Ein Erdölimperium als deutsches Kriegsziel 1938-1943, Leipzig 2006.
- [Eichmann, Adolf], Götzen. Die Autobiografie von Adolf Eichmann. Herausgegeben und kommentiert von Raphael Ben Nescher, Berlin 2016
- Meine Flucht, März 1960, in: Norbert Kampe/Peter Klein (Hrsg.), Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942, Köln/Weimar/Wien 2013.
- Eisenblätter, Gerhard, Grundlinien der Politik des Reichs gegenüber dem Generalgouvernement 1939-1945, Frankfurt a.M. 1969.
- Essner, Cornelia, Die «Nürnberger Gesetze» oder die Verwaltung des Rassenwahns 1933-1945, Paderborn 2002.
- Ezergailis, Andrew, The Holocaust in Latvia 1941-1944. The Missing Center, Riga 1996.

**F**

- Faatz, Martin, Vom Staatsschatz zum Gestapo-Terror. Politische Polizei in Bayern in der Endphase der Weimarer Republik und der Anfangsphase der nationalsozialistischen Diktatur, Würzburg 1995.
- Fahlbusch, Michael, «Wo der Deutsche ... ist, ist Deutschland!» Die Stiftung für Deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920-1933, Bochum 1994.
- /Haar, Ingo/Berg, Matthias (Hrsg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen, München 2008.
  - Emil Meynen, in: ders./Ingo Haar/Matthias Berg (Hrsg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen, München 2008, S. 422-428.
- Felder, Björn Michael, Lettland im Zweiten Weltkrieg. Zwischen sowjetischen und deutschen Besatzern 1940-1946, Paderborn 2009.
- Feldman, Gerald D./Seibel, Wolfgang, The Holocaust as Division-of-Labor-Based Crime. Evidence and Analytical Challenges, in: dies. (Hrsg.), Networks of Nazi Persecution. Bureaucracy, Business, and the Organization of the Holocaust, New York/Oxford 2005, S. 1-10.
- Fiebrandt, Maria: Auslese für die Siedlergesellschaft. Die Einbeziehung Volksdeutscher in die NS-Erbgesundheitspolitik im Kontext der Umsiedlungen 1939-1945, Göttingen 2014.
- Flachowsky, Karin, Neue Quellen zur Abstammung Reinhard Heydrichs, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 48 (2000), S. 319-327.
- Fleischhauer, Ingeborg, Das Dritte Reich und die Deutschen in der Sowjetunion (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 46), Stuttgart 1983.
- Fraenkel, Ernst, The Dual State: A Contribution to the Theory of Dictatorship, New York [u. a.] 1941.
- Franz-Willing, Georg, Die Reichskanzlei 1933-1945. Rolle und Bedeutung unter der Regierung Hitler, Tübingen 1984.
- Frei, Norbert, Karrieren im Zwielflicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt a.M./ New York 2001.
- Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.
  - /Ahrens, Ralf/Osterloh, Jörg/Schanetzky, Tim, Flick. Der Konzern, die Familie, die Macht, München 2009.
- Freisler, Roland, Das deutsche Polenstrafrecht, in: Deutsche Justiz 104 (16. Januar 1942), S. 25-33.

- Grundsätzliches zur Strafrechtserneuerung, in: Franz Gürtner (Hrsg.), Das kommende deutsche Strafverfahren. Bericht der amtlichen Strafrechtskommission, Berlin 1938.
- Grundzüge eines Allgemeinen Deutschen Strafrechts. Denkschrift des Zentralausschusses der Akademie für Deutsches Recht, Berlin 1934.
- /Schlegelberger, Franz (Hrsg.), Römischer Kongress für Kriminologie, Berlin 1939.

Friedländer, Saul, Das Dritte Reich und die Juden. Verfolgung und Vernichtung, 2 Bde., München 2006.

Friedman, Tuvia, Der Höhere SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement, SS-Obergruppenführer Krüger, hrsg. vom Institute of Documentation in Israel for the Investigation of Nazi War Crimes, Haifa 1995.

- Lowenherz in Wien, Haifa 1995.

## G

Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz (Hrsg.), Die Wannsee-Konferenz und der Völkermord an den europäischen Juden. Katalog der ständigen Ausstellung, Berlin 2006

Geldner, Anton, Roland Freisler. Der Anwalt des Teufels, München 1952.

Gerlach, Christian, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weissrussland 1941 bis 1944, Hamburg 1998.

- Die Wannsee-Konferenz, das Schicksal der deutschen Juden und Hitlers politische Grundsatzentscheidung, alle Juden Europas zu ermorden, in: ders. (Hrsg.), Krieg, Ernährung, Völkermord. Forschungen zur deutschen Vernichtungspolitik im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1998, S. 79-153 [zuerst in: WerkstattGeschichte 18 (1997) 11, S. 7-44].
- The Wannseekonferenz, the Fate of German Jews, and Hitlers Decision in Principle to Exterminate all European Jews, in: Journal of Modern History 70 (1998) 4, S. 759-812.
- Die Einsatzgruppe B 1941/42, in: Peter Klein (Hrsg.), Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (Publikationen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Bd. 6), Berlin 1997, S. 52-70.
- /Aly, Götz, Das letzte Kapitel. Der Mord an den ungarischen Juden, München 2002.

Gerwarth, Robert, Reinhard Heydrich. Biographie, München 2011 [englisch: Hitlers Hangman. The Life of Heydrich. New Haven 2011].

[Goebbels, Joseph], Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil I: Aufzeichnungen 1923-1941, 14 Bde., hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitge-



- schichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Russlands, München 1998-2006.
- Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil II: Diktate 1941-1945, 15 Bde., hrsg. von Elke Fröhlich im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte und mit Unterstützung des Staatlichen Archivdienstes Russlands, München 1993-1996.
- Goeschel, Christian, Selbstmord im Dritten Reich, Berlin 2011.
- Golczewski, Frank, Deutsche und Ukrainer 1914-1939, Paderborn 2010.
- Gottwaldt, Alfred, Warum war die Reichsbahn nicht auf der Wannsee-Konferenz vertreten? in: Norbert Kampe/Peter Klein (Hrsg.), Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen, Köln/ Weimar/Wien 2013, S. 341-354.
- /Schulle, Diana, Die «Judendeportationen» aus dem Deutschen Reich von 1941-1945. Eine kommentierte Chronologie, Wiesbaden 2005.
- Greenville, John A.S., Die «Endlösung» und die «Judenmischlinge» im Dritten Reich, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, Bd. 2 (Hamburger Beiträge zur Sozial- und Zeitgeschichte, Bd. 22), Hamburg 1986, S. 91-121.
- Gregor, Neil, Nazism – a Political Religion? Rethinking the Voluntarist Turn, in: ders. (Hrsg.) Nazism, War and Genocide. Essays in Honour of Jeremy Noakes, Exeter 2005, S. 1-21.
- Grelka, Frank, Die ukrainische Nationalbewegung unter deutscher Besatzungsherrschaft 1918 und 1941/42, Wiesbaden 2005.
- Gross, Walter, Die rassenpolitischen Voraussetzungen zur Lösung der Judenfrage, in: Deutsches Recht. Zentralorgan des NS-Rechtswahrerbundes 12 (1942) A 1/2, S. 2-9 [zuerst in: Weltkampf 18 (1941) 1/2, S. 52-63].
- Gruchmann, Lothar, Justiz im Dritten Reich 1933-1940. Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, 3. Aufl., München 2001.
- Ein unbequemer Amtsrichter im Dritten Reich. Aus den Personalakten des Dr. Lothar Keyssig, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 32 (1984) 3, S. 462-490.
  - «Blutschutzgesetz» und Justiz. Zu Entstehung und Auswirkung des Nürnberger Gesetzes vom 15. September 1935, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31(1983) 3, S. 418-442.
- Gruner, Wolf, Widerstand in der Rosenstrasse. Die Fabrik-Aktion und die Verfolgung der «Mischehen» 1943, Frankfurt a.M. 2005.

## H

Haasis, Helmut G., Tod in Prag. Das Attentat auf Reinhard Heydrich, Reinbek

2002.

- Hachtmann, Rüdiger, Wissenschaftsmanagement im «Dritten Reich». Geschichte der Generalverwaltung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Göttingen 2007.
- Haffner, Sebastian, Anmerkungen zu Hitler, München 1978 [englisch: *The Meaning of Hitler*, London 1979].
- Hagen, Walter (d. i. Wilhelm Höttl), Die Geheime Front. Organisation, Personen und Aktionen des deutschen Geheimdienstes, Linz/Wien 1950.
- Hagin, [Mattias], Kultur- und Arbeitstagung 1969 in Korntal bei Stuttgart, in: *Volk auf dem Weg* (1970) 1, S. 3-5.
- Hartung, Ulrike, Raubzüge in der Sowjetunion. Das Sonderkommando Künsberg 1941-1943, hrsg. von der Forschungsstelle Osteuropa, Bremen 1997.
- Hassell, Ulrich von, Vom andern Deutschland. Aus den nachgelassenen Tagebüchern 1938-1944, Zürich 1946.
- Haupt, Michael, Das Haus der Wannsee-Konferenz. Von der Industriellenvilla zur Gedenkstätte, Berlin 2009.
- Hauser, Dorothea/Kreutzmüller, Christoph, Reichszentrale für jüdische Auswanderung, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), *Handbuch des Antisemitismus. Judenfeindschaft in Geschichte und Gegenwart*, Bd. 5, Berlin/Boston 2012, S. 534-536.
- Heckmann, Markus, NS-Täter und Bürger der Bundesrepublik. Das Beispiel des Dr. Gerhard Klopfer, Ulm 2010.
- Heilmann, Hans Dieter, Aus dem Kriegstagebuch des Diplomaten Otto Bräutigam. Wiedergabe des Textes mit einem ausführlichen kommentierenden Anhang in: Götz Aly u. a. (Hrsg.), *Biedermann und Schreibtischtäter. Materialien zur deutschen Täter-Biographie (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, 4)*, Berlin 1987, S. 123-187.
- Heinemann, Isabel: Otto Hofmann und das Rasse- und Siedlungshauptamt. Die «Lösung der Judenfrage» als Element der rassenpolitischen Neuordnung Europas, in: Norbert Kampe/Peter Klein (Hrsg.), *Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen*, Wien/ Köln/Weimar 2013, S. 2013, S. 323-340.
- Rasse, Lebensraum, Genozid. Die nationalsozialistische Volkstumspolitik im Fokus von Fall VIII der Nürnberger Militärtribunale, in: Kim C. Priemel/Alexa Stiller (Hrsg.), *NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung*, Hamburg 2013, S. 100-126.
  - Wissenschaft und Homogenisierungsplanungen für Osteuropa. Konrad Meyer, der «Generalplan Ost» und die DFG, in: Patrick Wagner/Isabel Heinemann (Hrsg.): *Wissenschaft, Planung, Vertreibung: Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert (Beiträge zur Geschichte der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1)*, Stuttgart 2006, S. 45-72.

- «Rasse, Siedlung, deutsches Blut». Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas, 2. Aufl., Göttingen 2003.
- Heintzeler, Wolfgang, Der rote Faden. Fünf Jahrzehnte Staatsdienst, Wehrmacht, Chemische Industrie, Nürnberg, Marktwirtschaft, Kitbestimmung, Kirche, Stuttgart 1983.
- Heither, Dietrich/Gehler, Michael/Kurth, Alexandra/Schäfer, Gerhard, Blut und Pauboden. Eine Geschichte der Burschenschaften, Frankfurt a.M. 1997.
- Heller, Hans-Detlef, Die Zivilrechtsgesetzgebung im Dritten Reich. Die deutsche bürgerlich-rechtliche Gesetzgebung unter der Herrschaft des Nationalsozialismus. Anspruch und Wirklichkeit, Münster 2015,  
<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssaoar-450022> (30.8.2016).
- Herbert, Ulrich, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903-1989, Bonn 1996.
- NS-Eliten in der Bundesrepublik, in: Wilfried Loth/Bernd-A. Rusinek (Hrsg.), Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Frankfurt a.M./New York 1998, S. 93-115.
- «Generation der Sachlichkeit». Die völkische Studentenbewegung der frühen zwanziger Jahre in Deutschland, in: Frank Bajohr/Werner Johe/Uwe Lohalm (Hrsg.), Zivilisation und Barbarei. Die widersprüchlichen Potentiale der Moderne. Detlev Peukert zum Gedenken, Hamburg 1991, S. 115-144.
- Vernichtungspolitik. Neue Antworten und Fragen zur Geschichte des «Holocaust», in: ders. (Hrsg.), Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939 bis 1945. Neue Forschungen und Kontroversen, Frankfurt a.M. 1998, S. 9-66.
- Herbst, Ludolf, Das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945. Die Entfesselung der Gewalt. Rassismus und Krieg, Frankfurt a.M. 1996.
- Hett, Ulrike/Tuchel, Johannes, Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, in: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994, S. 377-390.
- Heuss, Anja, Die «Beuteorganisation» des Auswärtigen Amtes. Das Sonderkommando Künsberg und der Kulturgutraub in der Sowjetunion, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 45 (1997) 4, S. 535-556.
- Heydrich, Lina, Leben mit einem Kriegsverbrecher, mit Kommentaren von Werner Maser, Pfaffenhofen 1976.
- Heydrich, Reinhard, Bekämpfung der Staatsfeinde, in: Deutsches Recht 6 (1936), S. 121-123.
- Wandlungen unseres Kampfes, München 1935;  
<http://www.worldfuturefund.org/wffmaster/Reading/Germany/Wandlungen.htm>.

- Hilberg, Raul, *The Destruction of the European Jews*, 4. Aufl., New York 1985  
[deutsch: *Die Vernichtung der europäischen Juden*, 3 Bde., Frankfurt a.M. 1990-1992].
- *Perpetrators, victims, bystanders. The Jewish catastrophe, 1933-1945*, New York 1992 [deutsch: *Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945*. Aus dem Amerikanischen von Hans Günter Holl, Frankfurt a.M. 1992].
- [Himmler, Heinrich] Witte, Peter/Wildt, Michael/Vogt, Martina u. a (Hrsg.), *Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42*, Hamburg 1999.
- Hirschfeld, Gerhard, *Fremdherrschaft und Kollaboration. Die Niederlande unter Deutscher Besatzung 1940-1945*, Stuttgart 1984.
- Höhne, Heinz, *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS, Gütersloh 1967* [englisch: *The Order of the Death's Head. The Story of Hitler's SS*, New York 1971].
- Hördler, Stefan, *Die Schlussphase des Konzentrationslagers Ravensbrück. Personalpolitik und Vernichtung*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 56 (2008) 3, S. 222-248.
- *Entgrenzung und Eingrenzung der Gewalt. Berliner SA, SS und Polizei (1933-1939)*, in: Michael Wildt/Christoph Kreutzmüller (Hrsg.), *Berlin 1933-1945*, München 2013, S. 297-310.
- Hossfeld, Uwe/John, Jürgen/Lehmuth, Oliver/Stutz, Rüdiger (Hrsg.), *«Im Dienst an Volk und Vaterland»*. Die Jenaer Universität in der NS-Zeit, Köln/Weimar/Wien 2005.
- Hubrich, Georg, *Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete*, in: *Deutsche Verwaltung* 16 (1939), S. 605-609.
- Hüttenberger, Peter, *Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP* (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 19), Stuttgart 1969.

## I

- [IfZ], Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), *Akten der Partei-Kanzlei der NSDAP. Rekonstruktion eines verlorengegangenen Bestandes. Sammlung der in anderen Provenienzen überlieferten Korrespondenzen, Niederschriften von Besprechungen usw. mit dem Stellvertreter des Führers und mit seinem Stab bzw. der Partei-Kanzlei, ihren Ämtern, Referaten, Unterabteilungen sowie mit Hess und Bormann persönlich*, 1. Teil, bearb. v. Helmut Heiber, 3 Bde., München/Wien 1983; 2. Teil, bearb. v. Peter Longerich, 3 Bde., München/ Wien 1992; Mikrofiche-Edition des Bestandes [auf 491 Mikrofiches], München 1983-1985.

[IMT], Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (IMT), Nürnberg 14. November 1945 – 1. Oktober 1946, gemäss den Weisungen des Internationalen Militärgerichtshofes vom Sekretariat des Gerichtshofes unter der Autorität des Obersten Kontrollrats für Deutschland veröffentlicht, hrsg. von Lawrence D. Egbert und Paul A. Joosten, 42 Bde., Nürnberg 1947-1949.

## J

Jacobsen, Hans-Adolf, Nationalsozialistische Aussenpolitik 1933-1938, Frankfurt a.M./Berlin 1968.

Jäckel, Eberhard, On the Purpose of the Wannsee Conference, in: James S. Pacy/ Alan P. Wertheimer (Hrsg.), Perspectives on the Holocaust. Essays in Honor of Raul Hilberg, Boulder/San Francisco/Oxford 1995, S. 39-50.

Jahn, Franziska, Riga-Kaiserwald. Stammlager, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 8: Riga. Warschau. Kaunas. Vaivara. Plaszow. Klooga. Chelmo. Belzec. Treblinka. Sobibor, München 2008, S. 65-87.

James, Harold, Die Deutsche Bank und die Diktatur, in: Lothar Gall/Karin Schambach/Norma von Ragenfeld-Feldman u. a. (Hrsg.), Die Deutsche Bank 1870-1995, München 1995, S. 315-408.

Jansen, Hans, Der Madagaskar-Plan. Die beabsichtigte Deportation der europäischen Juden nach Madagaskar, München 1997.

Jasch, Hans-Christian, Staatssekretär Wilhelm Stuckart und die Judenpolitik. Der Mythos von der sauberen Verwaltung, München 2012.

- Zur Rolle der Innenverwaltung im Dritten Reich bei der Vorbereitung und Organisation des Genozids an den europäischen Juden. Der Fall des Dr. Wilhelm Stuckart (1902-1953), in: Die Verwaltung 43 (2010) 2, S. 217-271.
- Das preussische Kultusministerium und die «Ausschaltung» von «nichtarischen» und politisch missliebigen Professoren an der Berliner Universität in den Jahren 1933 bis 1934 aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933, in: Forum Historiae Iuris vom 25.8.2005, <http://www.forhistiur.de/zitat/0508jasch.htm> (30.8.2016).
- Das Ringen um die Verwaltungsgerichtsbarkeit, in: Die Verwaltung 38 (2005), S. 546-576.
- Die Gründung der Internationalen Akademie für Verwaltungswissenschaften. Verwaltungswissenschaften als Herrschaftsinstrument und «Mittel der geistigen Kriegsführung» im nationalsozialistischen Staat, in: Die Öffentliche Verwaltung 58 (2005), S. 709-722.

John, Jürgen/Stutz, Rüdiger: Die Jenaer Universität 1918-1945, in: Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert (Hrsg.), Traditionen, Brüche, Wandlungen. Die Universität Jena 1850-1995, Köln/Wien/Weimar 2009, S. 270-587.

Jüdisches Historisches Institut Warschau (Hrsg.), Faschismus – Getto – Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des zweiten Weltkrieges, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1961.

Jüngerkes, Sven, Deutsche Besatzungsverwaltung in Lettland 1941-1945. Eine Kommunikations- und Kulturgeschichte nationalsozialistischer Organisationen, Konstanz 2010.

## K

Kaienburg, Hermann, Jüdische Arbeitslager an der «Strasse der SS», in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 11 (1996) 1, S. 13-39.

Kaiser, Wolf, Die Wannsee-Konferenz. SS-Führer und Ministerialbeamte im Einvernehmen über die Ermordung der europäischen Juden, in: Heiner Lichtenstein/Otto R. Romberg (Hrsg.), Täter, Opfer, Folgen. Der Holocaust in Geschichte und Gegenwart, Bonn 1997, S. 24-37.

Kampe, Norbert, Dokumente zur Wannsee-Konferenz, in: Norbert Kampe/Peter Klein (Hrsg.), Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen, Köln/Weimar/Wien 2013, S. 17-115.

- Studenten und «Judenfrage» im deutschen Kaiserreich. Die Entstehung einer akademischen Trägerschicht des Antisemitismus, Göttingen 1988.
- /Klein, Peter (Hrsg.), Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen, Köln/Weimar/Wien 2013.

Kater, Michael H., Das «Ahnenerbe» der SS 1935-1945. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches, 4. Aufl., München 2001.

Kehrl, Hans, Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Friede, 6 Jahre Krieg. Erinnerungen, Düsseldorf 1973.

Kempner, Robert M. W., Ankläger einer Epoche. Lebenserinnerungen, Frankfurt a.M./Berlin/Wien 1983.

- Begegnungen mit Hans Globke, in: Klaus Gotto (Hrsg.), Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes, Stuttgart 1980, S. 213-229.
- Eichmann und Komplizen, Zürich/Stuttgart/Wien 1961.
- /Haensel, Carl (Hrsg.), Das Urteil im Wilhelmstrassen-Prozess. Der amtliche Wortlaut der Entscheidung im Fall Nr. 11 des Nürnberger Militärtribunals gegen von Weizsäcker und andere, mit abweichender Urteilsbegründung, Berichtigungsbe-

- schlüssen, den grundlegenden Gesetzesbestimmungen, einem Verzeichnis der Gerichtspersonen und Zeugen. Einführungen von Robert Kempner und Carl Haensel, Schwäbisch Gmünd 1950.
- Kerrl, Hanns, Nationalsozialistisches Strafrecht. Denkschrift des preussischen Justizministers, Berlin 1933.
- Kershaw, Ian, Das Ende. Kampf bis in den Untergang. NS-Deutschland 1944/45, München 2011.
- Hitler. 1936-1945, Stuttgart 2000.
  - The Nazi Dictatorship. Problems and Perspectives of Interpretation, London 2000.
- Kieffer, Fritz, Judenverfolgung in Deutschland eine innere Angelegenheit? Internationale Reaktionen auf die Flüchtlingsproblematik 1933-1939, Stuttgart 2003.
- Klarsfeld, Serge, Vichy-Auschwitz. Die Zusammenarbeit der deutschen und französischen Behörden bei der «Endlösung der Judenfrage» in Frankreich, aus dem Französischen übersetzt von Ahlrich Meyer, Nördlingen 1989.
- Klee, Ernst, Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945, aktualisierte Aufl., Frankfurt a.M. 2005.
- Klein, Peter, Die Wannsee-Konferenz vom 20. Januar 1942. Eine Einführung, 2., überarbeitete Aufl., Berlin 2017 (Erstauflage 1995).
- Die Wannsee-Konferenz als Echo auf die gefallene Entscheidung zur Ermordung der europäischen Juden, in: Norbert Kampe/Peter Klein (Hrsg.), Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen, Köln/Weimar/Wien 2013, S. 182-201.
  - Die Erlaubnis zum grenzenlosen Massenmord. Das Schicksal der Berliner Juden und die Rolle der Einsatzgruppen bei dem Versuch, Juden als Partisanen «auszurotten», in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München 1999, S. 923-947.
  - (Hrsg.), Die Einsatzgruppen in der besetzten Sowjetunion 1941/42. Die Tätigkeits- und Lageberichte des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (Publikationen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Bd. 6), Berlin 1997.
- Kiessmann, Christoph, Hans Frank. Parteijurist und Generalgouverneur in Polen, in: Ronald Smelser/Enrico Syring/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Die braune Elite. 22 biographische Skizzen, Darmstadt 1999, S. 41-51.
- Kobierska-Motas, Elzbieta, Ekstradycja przestępców wojennych do Polski z czterech stref okupacyjnych Niemiec 1946-1950, cz. 1-2 [Auslieferung von Kriegsverbrechern nach Polen aus den vier Besatzungszonen Deutschlands 1946-1950], Warszawa 1991-1992.

- Koehl, Robert L., RKFDV. German Resettlement and Population Policy 1939-1945. A History of the Reich Commission for the Strengthening of Germandom, Cambridge (Mass.) 1957.
- Kopper, Christoph, Bankiers unterm Hakenkreuz, München/Wien 2005.
- Krausnick, Helmut/Wilhelm, Hans-Heinrich, Die Truppe des Weltanschauungskrieges. Die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD 1938-1942, Stuttgart 1981.
- Kreutzmüller, Christoph, An Inconceivable Emigration. Richard Franks flight from Germany to Switzerland in 1942, in: Tal Bruttman/Claire Zalc (Hrsg.), Microhistory of Holocaust (War and Genocide, 24), New York/Oxford 2017, S. 7-28.
- Die Verfassung und Verwaltung der Hauptstadt, in: ders./Michael Wildt (Hrsg.), Berlin 1933-1945, München 2013, S. 51-67.
  - Eichmanns Zahlen für die Niederlande, in: Norbert Kampe/Peter Klein (Hrsg.), Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen, Köln/Weimar/Wien 2013, S. 357-378.
  - Händler und Handlungsgehilfen. Der Finanzplatz Amsterdam und die deutschen Grossbanken (1918-1945), Stuttgart 2005.
  - /Wildt, Michael, Berlin 1933-1945. Stadt und Gesellschaft im Nationalsozialismus, in: dies. (Hrsg.), Berlin 1933-1945, München 2013, S. 7-16.
- Krings, Stefan, Hitlers Pressechef. Otto Dietrich (1897-1952). Eine Biografie, Göttingen 2010.
- Kroll, Frank-Lothar, Alfred Rosenberg. Der Ideologe als Politiker, in: Michael Garleff (Hrsg.): Deutschbalten, Weimarer Republik und Drittes Reich, Bd. 1, Köln/Weimar/Wien 2001, S. 147-166.
- Kube, Alfred, Pour le mérite und Hakenkreuz. Hermann Göring im Dritten Reich, München 1987.
- Kühling, Gerd, Schullandheim oder Forschungsstätte? Die Auseinandersetzung um ein Dokumentationszentrum im Haus der Wannsee-Konferenz (1966/67), in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 5 (2008) 2, S. 211-235, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2008/id%3D4570> (31.8.2016).
- Streit um das «Haus der Endlösung». Joseph Wulf und die Initiative für ein Dokumentationszentrum im Haus der Wannsee-Konferenz, in: Norbert Kampe/Peter Klein (Hrsg.), Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen, Wien/Köln/Weimar 2013, S. 415-436.
- Kulka, Otto Dov, Landschaften der Metropole des Todes, München 2013.
- /Jäckel, Eberhard, Die Juden in den geheimen NS-Stimmungsberichten 1933-1945, Düsseldorf 2004.



Kuwalek, Robert, *Das Vernichtungslager Belzec*, Berlin 2013.

- Die Durchgangsgghettos im Distrikt Lublin (u. a. Izbica, Piaski, Rejowiec und Trawniki), in: Bogdan Musial (Hrsg.), «Aktion Reinhardt». Der Völkermord an den Juden im Generalgouvernement 1941-1944 (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau, 10), Osnabrück 2004, S. 197-232.

## L

Landau, Julia, Sammlung Georg Leibbrandt (Publikationsreihe), in: Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Matthias Berg (Hrsg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen*, München 2008, S. 611-614.

- Publikationsstelle Ost/Sammlung Georg Leibbrandt, in: Michael Fahlbusch/ Ingo Haar/Matthias Berg (Hrsg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften*, München 2008, S. 486-496.

Lang, Jochen von, *Das Eichmann-Protokoll. Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre*, Berlin 1982.

Laqueur, Walter, *Deutschland und Russland*, Berlin 1965.

Layton, Roland V. Jr., Kurt Lüdecke and «I Knew Hitler». An Evaluation, in: *Central European History* 12 (1979) 4, S. 372-386.

Lehnstaedt, Stephan, «Ostnieten» oder Vernichtungsexperten? Die Auswahl deutscher Staatsdiener für den Einsatz im Generalgouvernement Polen 1939-1944, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 55 (2007) 9, S. 701-721.

Lehrer, Steven, *Wannsee House and the Holocaust*, Jefferson (NC) 2000.

Leibbrandt, Georg, *Rassisch-völkische Bedingtheit der bolschewistischen Revolution*, in: *Nationalsozialistische Monatshefte* 7 (1937) 8, S. 1021-1024.

- The Emigration of the German Mennonites from Russia to the United States and Canada in 1873-1880, Teil I, in: *The Mennonite Quarterly Review* 6 (1932) 4, S. 205-226.
- The Emigration of the German Mennonites from Russia to the United States and Canada in 1873-1880, Teil II, in: *The Mennonite Quarterly Review* 7 (1933) 1, S. 5-41.
- *Moskaus Aufmarsch gegen Europa*, München 1938.
- *Forschungen zur Geschichte des deutschen Volkstums in Russland*, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 21 (1931), S. 81-94.
- *Die Auswanderung aus Schwaben nach Russland 1816-1823. Ein schwäbisches Zeit- und Charakterbild*, Stuttgart 1928.
- *Die deutschen Kolonien in Cherson und Bessarabien. Berichte der Gemeindeämter über Entstehung und Entwicklung der lutherischen Kolonien in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, Stuttgart 1926.

- Völkische Pflichten für den Wingolf, in: Festschrift des Leipziger Wingolf zum 60. Stiftungsfeste. 1865-1925, Leipzig 1925.
  - (Hrsg.), Hoffnungstal und seine Schwaben, 2. bearb. Aufl., Bonn 1980,
  - /Dickmann, Fritz (Hrsg.), Auswanderungsakten des Deutschen Bundestags (1817-1866) und der Frankfurter Reichsministerien (1848/49) (Schriften des deutschen Ausland-Instituts Stuttgart, Reihe C, Bd. 3), Stuttgart 1932.
- Leniger, Markus: Nationalsozialistische «Volkstumsarbeit» und Umsiedlungspolitik 1933-1945. Von der Minderheitenbetreuung zur Siedlerauslese, Berlin 2006.
- Lenz, Wilhelm, Die Handakten von Bernhard Lösener, «Rassereferent» im Reichsministerium des Innern, in: Archiv und Geschichte, Schriften des Bundesarchivs 57 (2000), S. 684-699.
- Lilienthal, Georg: Der Lebensborn e. V. Ein Instrument nationalsozialistischer Rassenpolitik (Forschungen zur neueren Medizin- und Biologiegeschichte, Bd. 1), Stuttgart/New York 1985.
- Lösener, Bernhard +, Als Rassereferent im Reichsministerium des Innern. Dokumentation. Das Reichsministerium des Innern und die Judengesetzgebung, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 9 (1961) 3, S. 264-313, [http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961\\_3\\_4\\_strauss.pdf](http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_3_4_strauss.pdf) (8.9.2016).
- Longerich, Peter, Die Wannsee-Konferenz. Der Weg zur «Endlösung», München 2016.
- Goebbels. Biographie, München 2010.
  - Heinrich Himmler. Biographie, München 2008.
  - Der ungeschriebene Befehl. Hitler und der Weg zur «Endlösung», München 2001.
  - Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung, München 1998.
  - Hitlers Stellvertreter. Führung der Partei und Kontrolle des Staatsapparates durch den Stab Hess und Bormanns Partei-Kanzlei, München 1992.
  - (Hrsg.) unter Mitarbeit von Dieter Pohl, Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust 1941-1945, München 1989.
- Loose, Ingo, Zygmunt Klukowski und das Generalgouvernement 1939-1945, in: Christine Glauning (Hrsg.), Zygmunt Klukowski. Tagebuch aus den Jahren der Okkupation 1939-1944, Berlin (voraussichtlich 2017).
- Lubecka, Joanna, Karanie niemieckich zbrodniarzy wojennych w Polsce [Die Strafverfolgung deutscher Kriegsverbrecher in Polen], in: Zeszyty Historyczne WiN-u [Historische Hefte der Vereinigung «Freiheit und Unabhängigkeit»] 20 (2011) 34, S. 11-44.

Lüdtke, Alf, Fehlgreifen in der Wahl der Mittel. Optionen im Alltag militärischen Handelns, in: *Mittelweg* 36 12 (2003), S. 61-75.

- Funktionseliten. Täter, Mit-Täter, Opfer? Zu den Bedingungen des deutschen Faschismus, in: ders. (Hrsg.), *Herrschaft als soziale Praxis*, Göttingen 1995, S. 559-590.

## M

MacDonald, Callum, *The Killing of SS Obergruppenfuehrer Reinhard Heydrich. 27 May 1942*, London 1992.

Mallmann, Klaus-Michael/Angrick, Andrej/Matthäus, Jürgen/Cüppers, Martin (Hrsg.), *Die «Ereignismeldungen UdSSR» 1941. Dokumente der Einsatzgruppen in der Sowjetunion*, Bd. 1, Darmstadt 2011.

Mallmann, Klaus-Michael/Böhler, Jochen/Matthäus, Jürgen, *Einsatzgruppen in Polen. Darstellung und Dokumentation*, Darmstadt 2008.

Mang, Thomas, *Die Unperson. Karl Ebner, Judenreferent der Gestapo Wien. Eine Täterbiographie*, Bozen 2013.

- «Gestapo-Leitstelle Wien – Mein Name ist Huber» (Schriftenreihe des DÖW zu Widerstand, NS-Verfolgung und Nachkriegsaspekten, Bd. 1), Münster 2003.

Maser, Werner, *Hermann Göring. Hitlers janusköpfiger Paladin. Die politische Biografie*, Berlin 2000.

Mastny, Vojtech, *The Czechs Under Nazi Rule. The Failure of National Resistance, 1939-1942*, New York 1971.

Matthäus, Jürgen, *Historiography and the Perpetrators of the Holocaust*, in: Dan Stone (Hrsg.), *The Historiography of the Holocaust*, New York 2004, S. 197-215.

Maunz, Theodor, *Ein Verklammerungsphänomen*, in: Ernst Rudolf Huber (Hrsg.), *Idee und Ordnung des Reiches*, Hamburg 1943, S. 29-31.

Mayer, Michael, *Staaten als Täter. Ministerialbürokratie und «Judenpolitik» in NS-Deutschland und Vichy-Frankreich. Ein Vergleich (Studien zur Zeitgeschichte, 80)*, München 2010.

McKale, Donald (Hrsg.), *Rewriting History. The Original and Revised World War II Diaries of Curt Prüfer*, Kent 1988.

- Curt Prüfer, *German Diplomat from the Kaiser to Hitler*, Kent/London 1987.

Meindl, Ralf, *Ostpreussens Gauleiter. Erich Koch – eine politische Biographie*, Osnabrück 2007.

Meinl, Susanne/Hechelhammer, Bodo, *Geheimobjekt Pullach. Von der NS-Mustersiedlung zur Zentrale des BND*, Berlin 2014.

Meurer, Christian, *Der belgische Volkskrieg*, in: *Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deut-*

- schen Reichstages 1919-1928, Reihe III, Völkerrecht im Weltkrieg, Bd. 1, Berlin 1927
- Meyer, Alfred, Der belgische Volkskrieg, Würzburg 1922.
- Meyer, Beate, «Jüdische Mischlinge». Rassenpolitik und Verfolgungserfahrung 1933-1945, Hamburg 1999.
- Meynen, Emil (Hrsg.), Sammlung Georg Leibbrandt. Quellen und Materialien zur Erforschung des Deutschtums in Osteuropa, Leipzig 1941 if.
- Middell, Matthias, Weltgeschichtsschreibung im Zeitalter der Verfachlichung und Professionalisierung. Das Leipziger Institut für Kultur- und Universalgeschichte 1890-1990, 3 Bde., Leipzig 2005.
- Młynarczyk, Jacek Andrzej, Judenmord in Zentralpolen. Der Distrikt Radom im Generalgouvernement 1939-1945, Darmstadt 2007.
- Möhler, Rainer, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde hinter Gittern. Zum Strafvollzug im «Dritten Reich», in: Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe 42 (1993), S. 17-21.
- Mommsen, Hans, Probleme der Täterforschung, in: Helgard Kramer (Hrsg.), NS-Täter aus interdisziplinärer Perspektive, München 2006, S. 425-433.
- The Realization of the Unthinkable. The «Final Solution of the Jewish Question» in the Third Reich, in: Gerhard Hirschfeld (Hrsg.), The Policies of Genocide. Jews and Soviet Prisoners of War in Nazi Germany, London 1986, S. 93-144.
  - Der Nationalsozialismus. Kumulative Radikalisierung und Selbsterstörung des Regimes, in: Meyers Enzyklopädisches Lexikon, Bd. 16, München 1976, S. 785-790.
  - Aufgabenkreise und Verantwortlichkeit des Staatssekretärs der Reichskanzlei Dr. Wilhelm Kritzinger, in: Gutachten des Institutes für Zeitgeschichte, Bd. 2, München 1966, S. 369-398.
- Müller, Ingo, Furchtbare Juristen, Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz, München 1987.
- Müller, Klaus-Jürgen, Dokumentation. Zu Vorgeschichte und Inhalt der Rede Himmellers vor der höheren Generalität am 13. März 1940 in Koblenz, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 18 (1970) 1, S. 95-120.
- Mulligan, Timothy P., The Politics of Illusion and Empire. German Occupation Policy in the Soviet Union, 1942-1943, New York 1988.
- Munke, Martin, Täter, Mitläufer, Opponent? Fremd- und Selbstwahrnehmung der Rolle Georg Leibbrandts (1899-1982) im «Dritten Reich», in: Erik Lommatzsch (Hrsg.), Fragmentierung oder glatte Linien? Biographie und biographische Selbstwahrnehmungen im 20. Jahrhundert, Berlin (voraussichtlich 2017).

- Ein gescheiterter Experte? Politisierte Wissenschaft im Nationalsozialismus. Das Beispiel Georg Leibbrandt, in: Osteuropa 66 (voraussichtlich 2017).
  - Gemeinsam gegen den Bolschewismus. Ideen und Konzepte einer «Neuen Ordnung» für Europa im Nationalsozialismus, in: Andra-Octavia Draghiciu/Fabienne Gouverneur/Sebastian Sparwasser (Hrsg.), Bewegtes Mitteleuropa (Mitteleuropäische Studien, Bd. 8), Herne 2014, S. 61-102.
  - Russlandbilder im Nationalsozialismus: Hitler, Goebbels, Rosenberg, in: Ostblicke 4 (2013), S. 43-66.
  - Zwischen Russland, Deutschland und Nordamerika. Russlanddeutsche Identitätskonstruktionen im «kurzen» 20. Jahrhundert am Beispiel von Georg und Gottlieb Leibbrandt, in: Jannis Panagiotidis/Hans-Christian Petersen/ Joachim Tauber (Hrsg.): Russlanddeutsche in einem vergleichenden Kontext. Neue Perspektiven der Forschung, Berlin (voraussichtlich 2017).
  - Publikationsstelle Ost, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2013, [ome-lexikon.uni-oldenburg.de/62681.html](http://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/62681.html) (Stand 28.8.2013).
- Musial, Bogdan, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939-1944, Wiesbaden 1999.
- NS-Kriegsverbrecher vor polnischen Gerichten, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 47 (1999) 1, S. 25-56.

## N

- Neliba, Günter, Staatssekretäre des NS-Regimes. Ausgewählte Aufsätze, Berlin 2005.
- Niedostadek, André, Roland Freisler. Williger Vollstrecker im Namen des Führers, in: Legal Tribune Online, 3. Februar 2015, <http://www.lto.de/recht/feuilleton/f/roland-freisler-volksgerichtshof-rechtsgeschichte-hitler-nsdap/> (31.8.2016).
- Niethammer, Lutz, Entnazifizierung in Bayern. Säuberung und Rehabilitierung unter amerikanischer Besatzung, Frankfurt a.M. 1972.
- Noakes, Jeremy, The Development of Nazi Policy towards the German-Jewish «Mischlinge», 1933-1945, in: Leo Baeck Institute Yearbook 34 (1989), S. 291-354.
- Wohin gehören die «Judenmischlinge»? Die Entstehung der ersten Durchführungsverordnung zu den Nürnberger Gesetzen, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus, Bd. 2, Hamburg 1986, S. 69-91.
- Nolzen, Armin, Gerhard Klopfer, die Abteilung III in der Parteikanzlei und deren «Judenpolitik» 1941/1942, in: Norbert Kampe/Peter Klein (Hrsg.), Die Wannseekonferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen, Köln/ Weimar/Wien 2013, S. 303-322.

**O**

- Ogorreck, Ralf, Die Einsatzgruppen und die «Genesis der Endlösung», Berlin 1996.
- O'Neil, Robin, The Rabka Four. Instruments of Genocide and Ground Larceny. A Warning from History, London 2011,  
<http://www.jewishgen.org/Yizkor/Galicia3/galicia3.html> (31.8.2016).
- Ortner, Helmut, Der Hinrichter. Roland Freisler, Mörder im Dienste Hitlers, Frankfurt a.M. 2014.
- Otto, Reinhard, Wehrmacht, Gestapo und sowjetische Kriegsgefangene im deutschen Reichsgebiet 1941/42, München 1998.
- Overesch, Manfred, Gott, die Liebe und der Galgen. Helmuth J. und Freya von Moltke in ihren letzten Gesprächen 1944/45, Hildesheim/Zürich/New York 2015.
- Overy, Richard James, War and Economy in the Third Reich, Oxford 2002.
- Goering: Hitlers Iron Knight, 3. Aufl., London/New York 2012 [dt. Hermann Göring. Machtgier und Eitelkeit, München 1986].

**P**

- Pätzold, Kurt/Schwarz, Erika, Tagesordnung: Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Eine Dokumentation zur Organisation der «Endlösung», Berlin 1992.
- Paul, Gerhard, Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche? Göttingen 2002.
- «Kämpfende Verwaltung». Das Amt IV des Reichssicherheitshauptamtes als Führungsinstanz der Gestapo, in: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg. «Heimatfront» und besetztes Europa, Darmstadt 2000, S. 42-81.
- Pega, Frank, Die Tätigkeit der Deutschen Revisions- und Treuhand AG von 1925 bis 1945, Dissertation, München 2009.
- Pfäfflin, Friedemann, Zwangssterilisation im Dritten Reich, in: 50 Jahre Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens, Düsseldorf 1985, S. 31-42.
- Piper, Ernst, Alfred Rosenberg. Hitlers Chefideologe, München 2005.
- Plavnieks, Richard, The Pursuit, Prosecution, and Punishment of the Latvian War Criminal Viktors Arājs, in: Yad Vashem Studies 40 (2012) 2, S. 81-106.
- Pleitner, Berit, Deutsches Auslandsinstitut (DAI), Stuttgart, in: Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, 2012, [omelexikon.uni-oldenburg.de/54021.html](http://omelexikon.uni-oldenburg.de/54021.html) (Stand 13. 5. 2015).

- Pöppmann, Dirk, Im Schatten Weizsäckers? Auswärtiges Amt und SS im Wilhelmstrassen-Prozess, in: Kim C. Priemel/Alexa Stiller (Hrsg.), NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung. Hamburg 2013, S. 320-352.
- The Trials of Robert Kempner. From Stateless Immigrant to Prosecutor of the Foreign Office, in: Kim C. Priemel/Alexa Stiller (Hrsg.), Reassessing the Nuremberg Military Tribunals. Transitional Justice, Trial Narratives, and Historiography, New York 2012, S. 23-46.
- Pohl, Dieter, Nationalsozialistische Judenverfolgung in Ostgalizien 1941-1944. Organisation und Durchführung eines staatlichen Massenverbrechens (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 50), München 1996.
- Von der «Judenpolitik» zum Judenmord. Der Distrikt Lublin des Generalgouvernements 1939-1944, Frankfurt a.M. 1993.
- Poliakov, Léon/Wulf, Joseph, Das Dritte Reich und seine Diener. Dokumente, Berlin 1956.
- Das Dritte Reich und die Juden, Berlin 1955.
- Poradowski, Ryszard, Obóz «Rasowy» przy ulicy Spornej w Łodzi w swietle relacji Wiezniów [Das «Rassenlager» an der Sporna-Strasse in Łódz/Litzmannstadt im Licht von Häftlingsaussagen], in: Biuletyn Okregowej Komisji Badania Zbrodni Hitlerowskich w Łodzi. Instytutu Pamięci Narodowej. W 50 rocznice agresji Niemiec hitlerowskich na Polske [Bulletin der Bezirkskommission zur Untersuchung von NS-Verbrechen in Łódź], Bd. 1, Łódź 1989. S. 41-56.
- Präg, Werner/Jacobmeyer, Wolfgang (Hrsg.), Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939-1945, Stuttgart 1975.
- Priamus, Heinz-Jürgen, Meyer. Zwischen Kaiserstreue und NS-Täterschaft. Biographische Konturen eines deutschen Bürgers (Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte, Beiträge, Bd. 14.), Essen 2011
- Die Reihen noch nicht fest geschlossen: Entstehung und Aufstieg der NSDAP in Gelsenkirchen, in: ders. (Hrsg.), Deutschlandwahn und Wirtschaftskrise: Gelsenkirchen auf dem Weg in den Nationalsozialismus, Teil 1: Die antidemokratische Allianz formiert sich, Essen 1991, S. 75-130.
- Priemel, Kim C./Stiller, Alexa (Hrsg.): NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung, Hamburg 2013.
- Prusin, Alexander V, Polands Nuremberg. The Seven Court Cases of the Supreme National Tribunal, 1946-1948, in: Holocaust and Genocide Studies (Spring 2010) 24, S. 1-25.

**R**

- Rabinovici, Doron, *Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938-1945. Der Weg zum Judenrat*, Frankfurt a.M. 2000.
- Ramme, Alwin, *Der Sicherheitsdienst der SS. Zu seiner Funktion im faschistischen Machtapparat und im Besatzungsregime des sogenannten Generalgouvernements Polen*, Berlin 1970.
- Rebentisch, Dieter, Friedrich Wilhelm Kritzinger (1890-1947), in: Kurt Gustav Adolf Jeserich/Helmut Neuhaus (Hrsg.), *Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648-1945*, Stuttgart 1991, S. 445-449.
- *Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939-1945*, Stuttgart 1989.
- Reichardt, Sven/Seibel, Wolfgang (Hrsg.), *Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus*, Frankfurt a.M. 2011.
- Reitlinger, Gerald, *Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939-1945*, Berlin 1956.
- *Ein Haus auf Sand gebaut. Hitlers Gewaltpolitik in Russland 1941-1944*, Hamburg 1962.
- Rentrop, Petra, *Tatorte der «Endlösung». Das Ghetto Minsk und die Vernichtungsstätte von Maly Trostinez*, Berlin 2011.
- Retterath, Jörn, *Tagungsbericht zu: Die bürokratische Dimension der NS-Herrschaft. Die Reichsverwaltung im Zweiten Weltkrieg: Konflikt, Verflechtung, Koordination*, 13.10.2015 in München, in: *H-Soz-Kult*, 26.1.2016, <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6346> (30.11.2016).
- Richarz, Monika (Hrsg.), *Jüdisches Leben in Deutschland. Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte 1780-1945*, 3 Bde., Stuttgart 1976-1982.
- Ritter, Ernst, *Das Deutsche Ausland-Institut in Stuttgart 1917-1945. Ein Beispiel deutscher Volkstumsarbeit zwischen den Weltkriegen*, Wiesbaden 1976.
- Ronikier, Adam, *Pamiętniki 1939-1945 [Memoiren 1939-1945]*, Krakow 2001.
- Roseman, Mark, *The Villa, the Lake, the Meeting. Wannsee and the Final Solution*, London 2002 [deutsch: *Die Wannsee-Konferenz. Wie die NS-Bürokratie den Holocaust organisierte*, Berlin 2002].
- *Beyond Conviction? Perpetrators, Ideas, and Action in the Holocaust in Historical Perspective*, in: Frank Biess/Mark Roseman/Hanna Schissler (Hrsg.), *Conflict, Catastrophe and Continuity. Essays on Modern German History*, New York 2007, S. 83-103.
  - *«Wannsee» als Herausforderung. Die Historiker und die Konferenz*, in: Norbert Kampe/Peter Klein (Hrsg.), *Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Doku-*



mente, Forschungsstand, Kontroversen, Wien/Köln/Weimar 2013, S. 401-414.

- Lebensfälle. Biografische Annäherungen an NS-Täter, in: Frank Bajohr/Andrea Löw (Hrsg.), *Der Holocaust. Ergebnisse und neue Fragen der Forschung*, Frankfurt a.M. 2015, S. 186-209.
- Rosenberg, Alfred, *Letzte Aufzeichnungen*, Göttingen 1955.
- *Die Tagebücher von 1934 bis 1944*, hrsg. und kommentiert von Frank Bajohr und Jürgen Matthäus, Frankfurt a.M. 2015.
- Rosenkötter, Bernhard, *Treuhandpolitik: Die «Haupttreuhandstelle Ost» und der Raub polnischer Vermögen 1939-1945*, Essen 2003.
- Rutherford, Philipp T., *Prelude to the Final Solution. The Nazi Program for Deporting Ethnie Poles, 1939-1941*, Lawrence 2007.

## S

Safrian, Hans, *Eichmann und seine Gehilfen*, Frankfurt a.M. 1995.

- *Die Eichmann-Männer*, Wien/Zürich 1993.

Sandkühler, Thomas, «Endlösung» in Galizien. Der Judenmord in Ostpolen und die Rettungsinitiativen von Berthold Beitz 1941-1944, Bonn 1996.

Sawicki, Jerzy, *Prawo norymberskie a polskie prawo káme* [Die Nürnberger Gesetze und das polnische Strafrecht], in: *Panstwo i Prawo* [Staat und Recht] 3 (1948) 3, S. 54-63.

- *Przed polskim prokuratorem. Dokumenty i komentarze*, Warszawa 1961 [deutsch: *Vor dem polnischen Staatsanwalt*, Berlin 1962].

Scheffler, Wolfgang, *Die Wannsee-Konferenz und ihre historische Bedeutung*, in: *Erinnern für die Zukunft. Ansprachen und Vorträge zur Eröffnung der Gedenkstätte*, Berlin 1992, S. 17-34.

- *Das Schicksal der in die baltischen Staaten deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden 1941-1945. Ein historischer Überblick*, in: ders./Schulle, Diana, *Buch der Erinnerung*, Bd. 1, München 2003, S. 21-26.
- /Grabitz, Helge, *Der Ghetto-Aufstand Warschau 1943 aus der Sicht der Täter und Opfer in Aussagen vor deutschen Gerichten*, München 1993.
- /Schulle, Diana, *Buch der Erinnerung. Die ins Baltikum deportierten deutschen, österreichischen und tschechoslowakischen Juden*, 2 Bde., München 2003.

Schellenberg, Walter, *Aufzeichnungen*, München 1979.

Schenk, Dieter, *Der Lemberger Professorenmord und der Holocaust in Ostgalizien*, Bonn 2007.

- Hans Frank. *Hitlers Kronjurist und Generalgouverneur*, Frankfurt a.M. 2006.

- Schlaak, Paul, Das Wetter in Berlin von 1933 bis 1945, in: Berlinische Monatsschrift 9 (2000) 9, S. 177-184.
- Schmaltz, Eric J., Georg Leibbrandt, in: Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Matthias Berg (Hrsg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen, München 2008, S. 370-373.
- /Sinner, Samuel D., Karl Stumpp, Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Matthias Berg (Hrsg.), Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen, München 2008, S. 678-682.
  - /Sinner, Samuel D., The Nazi Ethnographie Research of Georg Leibbrandt and Karl Stumpp in the Ukraine, and Its North American Legacy, in: Michael Fahlbusch/Ingo Haar (Hrsg.), German scholars and ethnic cleansing: 1919-1945, New York 2006, S. 51-85.
- Schmidt, Paul, Hitlers Interpreter, New York 1951.
- Schneider, Gertrude, Reise in den Tod. Deutsche Juden in Riga 1941-1944, Berlin 2006.
- Schnepfen, Heinz, Generalkonsul a. D. Dr. Otto Bräutigam. Widerstand und Verstrickung. Eine quellenkritische Untersuchung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 60 (2012) 4, S. 301-330.
- Schoenberner, Gerhard, Der lange Weg nach Wannsee. Von der Gründerzeitvilla zur Gedenkstätte, in: Dachauer Hefte 8 (1992), S. 150-163.
- Schöngarth, Eberhard, Die Zurückweisung von Kündigungen des Arbeitsvertrages, Erfurt 1929.
- Schöttler, Peter, Eine Art «Generalplan West». Die Stuckart-Denkschrift vom 14. Juni 1940 und die Planungen für eine neue deutsch-französische Grenze im Zweiten Weltkrieg, in: Sozial. Geschichte. Zeitschrift für historische Analyse des 20. und 21. Jahrhunderts, 18 (2003) 3, S. 83-131.
- Schubert, Werner, Dr. L., der Judenmörder von Riga: eine Dokumentation zum Leben des Dr. Rudolf Erwin Lange, geboren am 18. April 1910 in Weisswasser O. L. Kreis Rothenburg, Teilnehmer der Wannseekonferenz am 20. Januar 1942, Stabschef der Einsatzgruppe A und Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Lettland 1941-1944 (Beiträge zur Stadtgeschichte des Fördervereins Glasmuseum e. V), Weisswasser 2001.
- Seabury, Paul, The Wilhelmstrasse. A Study of German Diplomats under the Nazi Regime, Berkeley 1954.
- Seeger, Andreas, Heinrich Müller. Der Gestapo-Chef, in: Ronald Smelser/Enrico Syring (Hrsg.), Die SS. Elite unter dem Totenkopf, Paderborn 2003, S. 346-363.
- «Gestapo-Müller». Die Karriere eines Schreibtischtäters, Berlin 1996.
- Sengotta, Hans-Jürgen, Der Reichsstatthalter in Lippe 1933 bis 1939. Reichsrechtliche Bestimmungen und politische Praxis, Detmold 1976.

- Sereny, Gitta, *Into That Darkness. From Mercy Killing to Mass Murder*, New York 1974.
- Sinner, Samuel D., Sonderkommando Dr. Stumpp, in: Michael Fahlbusch/Ingo Haar/Matthias Berg (Hrsg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen*. München 2008, S. 647-651.
- Smith, Arthur L., Kurt Lüdecke. *The Man Who Knew Hitler*, in: *German Studies Review* 26 (2003) 3, S. 597-606.
- Stangneth, Bettina, *Böses Denken*, Hamburg 2016.
- «Offenes Visier war bei mir ein geflügeltes Wort.» Bekenntnisse des Täuschers Adolf Eichmann, in: Werner Renz (Hrsg.), *Interessen um Eichmann. Israelische Justiz, deutsche Strafverfolgung und alte Kameradschaft*, Frankfurt a.M. 2012, S. 181-199.
  - *Eichmann vor Jerusalem. Das unbehelligte Leben eines Massenmörders*, Zürich 2011.
  - *Eichmanns Erzählungen*, in: Norbert Kampe/Peter Klein (Hrsg.), *Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942. Dokumente, Forschungsstand, Kontroversen*, Wien/Köln/Weimar 2013, S. 139-150.
- State of Israel, Ministry of Justice, *The Trial of Adolf Eichmann. Statement made by Adolf Eichmann to the Israel Police prior to his Trial in Jerusalem*, Vol. I-VIII, Jerusalem 1995.
- State of Israel, Ministry of Justice, *The Trial of Adolf Eichmann. Microfiche Copies of the Exhibits submitted by the Prosecution and Defense*, Vol. IX, Jerusalem 1995.
- Steiner, John M./Freiherr v. Cornberg, Jobst, *Willkür in der Willkür. Befreiungen von den antisemitischen Nürnberger Gesetzen*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 46 (1998), S. 143-187.
- Steinkamp, Peter, *Lidice 1942*, in: Gerd R. Ueberschär (Hrsg.), *Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg*, Darmstadt 2003, S. 126-135.
- Stiller, Alexa, *Germanisierung und Gewalt. Nationalsozialistische Politik in den annektierten Gebieten 1939-1945*, Basel 2015.
- *Gewalt und Alltag der Volkstumspolitik. Der Apparat des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums und andere gesellschaftliche Akteure der veralltäglichten Gewalt*, in: Jochen Böhrer/Stephan Lehnstaedt (Hrsg.), *Gewalt und Alltag im besetzten Polen 1939-1945*, Osnabrück 2012, S. 45-66.
- Stolleis, Michael, *Geschichte des Öffentlichen Rechts in Deutschland. Weimarer Republik und Nationalsozialismus*, München 2002.
- Strauss, Walter (Hrsg.), *Vorbemerkung des Herausgebers zu: Dokumentation. Das Reichsministerium des Innern und die Judengesetzgebung*, in: *Vierteljahrshefte für*

Zeitgeschichte 9 (1961) 3, S. 262-264,

[http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961\\_3\\_4\\_strauss.pdf](http://www.ifz-muenchen.de/heftarchiv/1961_3_4_strauss.pdf) (8.9.2016).

Strippel, Andreas, NS-Volkstumspolitik und die Neuordnung Europas. Rassenpolitische Selektion der Einwandererzentralstelle des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (1939-1945), Paderborn 2011.

Stuckart, Wilhelm, Staatsangehörigkeit und Reichsgestaltung, in: Reich – Volksordnung – Lebensraum (1943) 5, S. 57-91.

- Das Protektorat Böhmen und Mähren im Grossdeutschen Reich, in: Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund (NRSB) (Hrsg.), Tag des Deutschen Rechts; Berlin 1939, S. 143-162.
- Die völkische Grundordnung des deutschen Volkes, in: Deutsches Recht 5 (1935), S. 557-564.
- /Globke, Hans, Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935. Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre vom 15. September 1935; Gesetz zum Schutze der Erbgesundheit des deutschen Volkes (Ehegesundheitsgesetz) vom 18. Oktober 1935. Nebst allen Ausführungsvorschriften und den einschlägigen Gesetzen und Verordnungen, München 1936.
- /Schiedermaier, Rolf, Rassen- und Erbpflege in der Gesetzgebung des Reiches, Leipzig 1938.

Stumpff, Karl, Ostwanderung. Akten über die Auswanderung der Württemberger nach Russland 1816-1822, in: Sammlung Georg Leibbrandt. Quellen zur Erforschung des Deutschtums in Osteuropa, Band 2, Leipzig 1941.

## T

Teppel, Karl, Provinz, Partei, Staat. Zur provinziellen Selbstverwaltung im Dritten Reich, untersucht am Beispiel Westfalens, Münster 1977.

Theel, Christopher, «Parzifal unter Gangstern»? Die SS- und Polizeigerichtsbarkeit in Polen 1939-1945, in: Jan Erik Schulte/Peter Lieb/Bernd Wegner (Hrsg.), Die Waffen-SS. Neue Forschungen, Paderborn 2014, S. 6-79.

Tooze, Adam, The Wages of Destruction. The Making and Breaking of the Nazi Economy, London 2006.

Tuchel, Johannes, «... und ihrer aller wartete der Strick». Das Zellengefängnis Lehrter Strasse 3 nach dem 20. Juli 1944, Berlin 2014.

- Am Grossen Wannensee 56-58. Von der Villa Minoux zum Haus der Wannsee-Konferenz (Publikationen der Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Bd. 1), Berlin 1992.
- /Schattenfroh, Reinhold, Zentrale des Terrors, Prinz Albrecht Strasse 8. Hauptquartier der Gestapo, Berlin 1987.

[TWC] Trials of War Criminals before the International Military Tribunals under Control Council Law No. 10 (TWC)]> 15 Bde., Washington 1950-1953;

## U

Uhle, Roger, Neues Volk und reine Rasse. Walter Gross und das Rassenpolitische Amt der NSDAP 1934-1945, Dissertation, Aachen 1999.

Umbreit, Hans, Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten 1942-1945, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Band 5/2, Stuttgart 1999.

## V

Van der Leeuw, A. J., De handel in Duitse effecten tijdens de bezetting [Der Handel mit deutschen Wertpapieren während der Besatzungszeit], in: Abraham H. Paape (Hrsg.), Studies over Nederland in oorlogstijd [Studien über die Niederlande während des Krieges], s'Gravenhage 1972, S. 100-116.

Van Riet, Frank, Handhaven onder de nieuwe orde. De politieke geschiedenis van de Rotterdamse politie tijdens de Tweede Wereldoorlog [Die Rechtsprechung in der Neuen Ordnung. Die politische Geschichte der Polizei von Rotterdam während des Zweiten Weltkriegs], Zaltbommel 2008.

[VEJ] Bundesarchiv/Institut für Zeitgeschichte München-Berlin/Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Freiburg/Lehrstuhl für die Geschichte Ostmitteleuropas am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin, Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933-1945 (VEJ), 16 Bde., bereits erschienen: Bd. 1-5, 7-9, 12, München 2008-2015.

Venus, Theodor/Wenck, Alexandra Eileen, Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. Eine empirische Studie über Organisation, Form und Wandel von «Arisierung» und jüdischer Auswanderung in Österreich 1938-1941, München 2004.

Vestermanis, Margers, Der lettische Anteil an der «Endlösung». Versuch einer Antwort, in: Uwe Backes, Eckhard Jesse, Rainer Zitelmann (Hrsg.), Die Schatten der Vergangenheit. Impulse zur Historisierung des Nationalsozialismus, Berlin 1990, S. 426-449.

Vogt, Martin, Herbst 1941 im «Führerhauptquartier». Berichte Werner Koeppens an seinen Minister Alfred Rosenberg, Koblenz 2002.

Volkszählung. Die Bevölkerung des Deutschen Reiches nach den Ergebnissen der Volkszählung 1939. Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 552, Berlin 1944.

**W**

- Wachsmann, Nikolaus, Gefangen unter Hitler. Justizterror und Strafvollzug im NS-Staat, München 2006.
- Wegner, Bernd, Der Krieg gegen die Sowjetunion 1942/43, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 6: Der globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941-1943, Stuttgart 1990.
- Wehler, Hans-Ulrich, Das deutsche Kaiserreich 1871-1918 (Deutsche Geschichte, Bd. 9), Göttingen 1994 [zuerst 1973].
- Der Nationalsozialismus. Bewegung, Führerherrschaft, Verbrechen. 1919-1945, München 2009.
- Weigand, Wolf Volker, Walter Wilhelm Goetz 1867-1958. Eine biographische Studie über den Historiker, Politiker und Publizisten, Boppard am Rhein 1992.
- Weigel, Bjoern, «Märzgefallene» und Aufnahmestopp im Frühjahr 1933. Eine Studie über den Opportunismus, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder, Frankfurt a.M. 2009, S. 91-109.
- Weisz, Franz, Personell vor allem ein «ständestaatlicher» Polizeikörper. Die Gestapo in Österreich, in: Gerhard Paul/Klaus-Michael Mallmann (Hrsg.), Die Gestapo. Mythos und Realität, Darmstadt 1995, S. 439-462.
- Die Geheime Staatspolizei, Staatspolizeileitstelle Wien 1938-1945. Arbeitsweise und personale Belange, Dissertation, Wien 1991.
- Weizsäcker, Ernst von, Erinnerungen, München/Leipzig/Freiburg 1950.
- Welzer, Harald, Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden, Frankfurt a.M. 2005.
- Wessel, Horst A., Kontinuität im Wandel. 100 Jahre Mannesmann 1890-1990, Gütersloh 1990.
- Wetzel, Juliane, Georg Leibbrandt, in: Hermann Weiss (Hrsg.), Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, überarb. Neuaufl., Frankfurt a.M. 2002.
- Auswanderung aus Deutschland, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Juden in Deutschland 1933-1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 413-498.
- Wildt, Michael, «Eine neue Ordnung der ethnographischen Verhältnisse». Hitlers Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939, in: Zeithistorische Forschungen/ Studies in Contemporary History 3 (2006) 1, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/1-2006/id=4759> (30.8.2016), Druckausgabe S. 129-137.
- Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes, Hamburg 2002 [englisch: An Uncompromising Generation. The Nazi Leadership of the Reich Security Main Office, Wisconsin 2009].

- (Hrsg.), Die Judenpolitik des SD 1935-1938. Eine Dokumentation (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Bd. 71), München 1995.
- Wolf, Gerhard, Ideologie und Herrschaftsrationalität. Nationalsozialistische Germanisierungspolitik in Polen, Hamburg 2012.
- Wrzyszczyński, Andrzej, Okupacyjne s<sup>o</sup>downictwo niemieckie w Generalnym Gubernatorstwie 1939-1945. Organizacja i funkcjonowanie [Die deutsche Besatzungsgewalt im Generalgouvernement 1939-1945. Organisation und Funktion], Lublin 2008.

**Y**

Yahil, Leni, The Rescue of Danish Jewry. Test of a Democracy, Philadelphia 1969.

**Z**

Zellhuber, Andreas, «Unsere Verwaltung treibt einer Katastrophe zu ...» Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete und die deutsche Besatzungsherrschaft in der Sowjetunion 1941-1945, München 2006.

## Die Autorinnen und Autoren

Dr. Christopher Browning, Frank Porter Graham Professor of History Emeritus,  
University of North Carolina at Chapel Hill.

Dr. Robert Gerwath, Professor für Moderne Geschichte, University College, Dublin.

Markus Heckmann, M. A., Historiker, Berlin.

Dr. Isabel Heinemann, Juniorprofessorin für Neuere und Neueste Geschichte,  
Westfälische Wilhelms-Universität, Münster.

Dr. Hans-Christian Jasch, Leiter des Hauses der Wannsee-Konferenz, Berlin.

Lore Kleiber, M.A., wissenschaftlich-pädagogische Mitarbeiterin, Haus der Wannsee-  
Konferenz, Berlin.

Dr. Peter Klein, Professor für Holocaust History am Touro College Berlin.

Dr. Christoph Kreuzmüller, Kurator, Jüdisches Museum Berlin.

Dr. Otto Dov Kulka, Rosenbloom Professor Emeritus of Jewish History, The Hebrew  
University of Jerusalem.

Olaf Löschke, M. A., Vorsitzender Historikerlabor e. V., Berlin.

Dr. Ingo Loose, wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Zeitgeschichte,  
München-Berlin.

Dr. Martin Munke, Referatsleiter Saxonica, Sächsische Landesbibliothek – Staats- und  
Universitätsbibliothek, Dresden.



Stefan Paul-Jacobs, M. A., Historiker, Leipzig.

Dr. Heinz-Jürgen Priamus, Historiker, Gelsenkirchen.

Dr. Mark Roseman, Pat M Glazer Chair in Jewish Studies and Professor in History,  
Indiana University, Bloomington.

Dr. Bettina Stangneth, unabhängige Philosophin, Hamburg.

Silke Struck, M. A., Museumspädagogin, Archiv/Recherchedienst Berlin.

Dr. Johannes Tuchel, Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin,  
apl. Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

# Personenregister

- Abetz, Otto 236  
Adam, Uwe Dietrich 35 f., 211  
Adenauer, Konrad 35, 191  
Alvensleben, Ludolf-Hermann von 83  
Aly, Götz 27, 37, 39, 273  
Amin al-Husseini, Mohammed 55  
Angrick, Andrej 121  
Antonescu, Ion 122  
Antonescu, Mihai 243  
Arajs, Viktor 102 f.  
Arendt, Hannah 25, 30  
Astei, Karl 15  
Axthelm, Walther von 80
- Bach-Zelewski, Erich von dem 89  
Backe, Herbert 70  
Bartov, Omer 38  
Bauer, Friedrich Franz 66  
Bauman, Zygmunt 28  
Baur, Hans 124  
Beauvais, Peter 188 f.  
Becker 141  
Beer, Klaus 193  
Beneš, Edvard 75 f.  
Benzler, Felix 234-236  
Berger, Gottlob 221  
Beria, Lawrenti 30  
Best, Werner 7, 19, 39, 41, 64, 118, 182,  
185, 187, 280  
Bierkamp, Walther 138
- Bierut, Boleslaw 158  
Binet, Laurent 64  
Blaskowitz, Johannes 134  
Blessing, Karl 269  
Blobel, Paul 54  
Blume, Walter 101, 109  
Blumenthal, Nachman 158  
Boley, Gottfried 203  
Bormann, Martin 69, 86, 116, 173, 181,  
183 f., 188-190, 192, 203, 226, 229,  
279  
Bouhler, Philipp 172  
Bräutigam, Otto 218 f., 222, 224 f., 255,  
258  
Branagh, Kenneth 13  
Browning, Christopher 14, 25, 36-38  
Bruns 238  
Bühler, Friedrich 146  
Bühler, Hedwig (geb. Almus) 146  
Bühler, Josef 15 f., 24 f., 40, 69, 135 f.,  
138, 141 f., 145-161, 258  
Bühler, Maria (geb. Achilles) 146  
Büttner, Walter 243  
Burgdorf, Wilhelm 124
- Ciano, Gian Galeazzo 232  
Cyprian, Tadeusz 157
- D'Amelio, Mariano 178  
Dallin, Alexander 222

- Daluge, Kurt 18 f., 278  
 Darré, Walther 182  
 Dietrich, Otto 19  
 Dischner, Otto 114  
 Dönitz, Karl 204  
 Drechsler, Otto-Heinrich 102  
 Dserschinski, Felix 30  
 Dunkern, Anton 112  
  
 Ebner, Karl 100, 109  
 Eichmann, Adolf 8 f., 16, 22 f., 25, 28,  
     30, 33 f., 44, 45-61, 69, 73, 82, 84 f.,  
     90, 100, 111, 116-119, 121-123, 126,  
     135, 137, 147, 151 f., 163, 171, 192,  
     204, 207, 233-235, 237, 239, 241,  
     267, 270, 277, 285  
 Eichmann, Karl Adolf 45-47  
 Eichmann, Maria (geb. Schefferling) 46  
 Eichmann, Vera 46  
 Eimer, Alfred 156  
 Elser, Georg 114  
 Eyrich, Heinz 193  
  
 Faulhaber, Michael von 158  
 Feldman, Gerald D. 14  
 Ficker, Hans 211  
 Fischer, A.W. 272  
 Fischer, Ludwig 158  
 Fischer, Philipp 166  
 Flesch, Reinhard 112 f.  
 Florian, Fritz 251  
 Fraenkel, Ernst 14  
 Franco, Francisco 252  
 Frank, Brigitte 134  
 Frank, Hans 19, 69, 71, 73, 132-137,  
     142, 145-151, 153-155, 157-160,  
     167-169, 177  
 Freisler, Charlotte Auguste Florentine  
     (geb. Schwerdtfeger) 164  
 Freisler, Harald 167, 178  
 Freisler, Julius 164  
 Freisler, Marion (geb. Russegger) 167,  
     168, 176, 178  
 Freisler, Oswald 166, 169, 177  
 Freisler, Roland 15 f., 23, 26, 40-42, 69,  
     163-179, 182, 265, 267, 278, 281  
 Freisler, Roland jr. 167, 178  
 Frick, Wilhelm 131, 203, 279 f., 285,  
     288, 292  
  
 Galen, Clemens August Graf von 206,  
     253-255  
 Galinski, Heinz 181  
 Galle, Americo S. 143  
 Gerlach, Christian 40, 44, 213, 240  
 Gerwarth, Robert 32, 40  
 Girzick, Ernst 28  
 Gläser, Ernst 15  
 Globke, Hans 35, 57, 281, 287  
 Globocnik, Odilo 136  
 Goebbels, Joseph 19 f., 27, 48, 53, 116 f.,  
     164, 169, 175, 202, 252 f., 257  
 Göring, Hermann 16, 18, 22, 45, 48, 70,  
     117-119, 124, 126, 142, 168, 171,  
     203, 253 f., 265-270, 272 f., 278,  
     281, 292  
 Göth, Amon 155, 157  
 Goetz, Walter 215  
 Gramsch, Friedrich 271, 273  
 Grauert, Ludwig 278  
 Gregor, Neil 38  
 Greifelt, Ulrich 87  
 Greiser, Arthur 150, 155, 172 f.  
 Gritzbach, Erich 272  
 Grohmann, Hans Georg 94  
 Gronowski, Johannes 253  
 Grünfeld, Margarete 268  
 Günsche, Otto 124

- Günther, Hans f. K. 15
- Gürtner, Franz 168 f., 172, 174, 178, 198 f.
- Gutterer, Leopold 19
- Habicht, Theo 291
- Häften, Hans Bernd von 235
- Haffner, Sebastian 30
- Hallwachs, Robert 273
- Harders, Georg 94
- Hartmannsgruber, Friedrich 211
- Hassell, Ulrich von 235, 245
- Hedemann, Justus Wilhelm 165, 169, 177
- Heim, Susanne 39, 273
- Helldorff, Wolf-Heinrich Graf von 19, 167, 175, 265
- Hellmuth, Barbara 115
- Herbert, Ulrich 7, 31, 39
- Hess, Rudolf 167, 182, 183, 194
- Heydrich, Klaus 76
- Heydrich, Lina von (geb. Osten) 65, 76  
 Heydrich, Reinhard 7 f., 13, 15 f., 18 f., 22-25, 32-34, 36, 39 f., 42, 45 f., 48, 50, 52 f., 55, 60, 63-77, 83-85, 88 f., 93, 100, 102-104, 107, 111-121, 126 f., 129 f., 134-137, 142, 148, 150-154, 163, 171, 186 f., 189, 193, 203, 207, 219, 227, 232-234, 236-242, 244, 256, 258, 267-271, 283 f., 287, 292 f.
- Hilberg, Raul 36, 38, 41, 44
- Hildebrandt, Richard 83, 87
- Himmler, Heinrich 8, 18 f., 32 f., 40, 42, 48-50, 52 f., 61, 64, 66-68, 71 f., 74-77, 81-83, 86, 88 f., 91, 93, 97, 102 f., 106, 108, 114 f., 118-120, 122, 126, 128, 130-138, 140-142, 148, 150 f., 153, 160, 187, 193, 217, 219, 221, 236, 243, 282 f., 288, 293
- Hitler, Adolf 16, 19 f., 27, 30-32, 35, 40, 49, 51, 55, 57 f., 63 f., 66 f., 71, 74-76, 86, 114, 118, 124, 128, 130 f., 146 f., 150, 163, 165-169, 172, 175, 182, 184, 189, 193, 198, 200-205, 210 f., 217, 220, 232 f., 243, 246, 252, 257-260, 265-267, 279 f., 283, 287 f., 290
- Höhn, Reinhard 185, 280
- Höhne, Heinz 15
- Hölzle, Emma 191
- Hördler, Stefan 61
- Höss, Rudolf 155, 157
- Höttl, Wilhelm 60
- Hoffmann, Heinrich 19, 114, 279
- Hofmann, Adam 80
- Hofmann, Gertrud Maria (geb. Strerath) 80
- Hofmann, Hermine Rosmanith 80
- Hofmann, Otto 14-16, 24 f., 28, 69, 79-95, 214
- Hohenstein, Adolf 167
- Huber, Franz Josef 112-115
- Jacobsen, Hans-Adolf 226
- Jäckel, Eberhard 32 f.
- Jasch, Hans-Christian 40 f.
- Jeckeln, Friedrich 80, 82 f., 102 f.
- Jünger, Ernst 15
- Jung, Edgar 199
- Kaltenbrunner, Ernst 55, 97, 111, 116, 128
- Kampe, Norbert 208
- Kapp, Wolfgang 130
- Katscher, Paul 272
- Katzmann, Friedrich 143
- Kauffmann, Siegmund 272
- Kehrl, Hans 195

- Keitel, Wilhelm 143  
 Kempka, Erich 124  
 Kempner, Robert 33, 188, 192, 204, 208,  
 210, 221, 272  
 Kerrl, Hanns 168, 173  
 Killinger, Manfred von 233, 242  
 Klausener, Erich 199  
 Kleist, Peter 224  
 Klopfer, Gerhard 15 f., 21, 24 f., 40 f.,  
 69, 83, 164, 181-196, 202 f., 211,  
 214, 255, 280, 287  
 Klopfer, Hildegard (geb. Müller) 184 f.  
 Klopfer, Ida 182  
 Klopfer, Otto 182  
 Knochen, Helmut 122 f.  
 Koch, Erich 221, 225  
 Köhl, Lotte Gertrud 278  
 Koellreutter, Otto 165 f., 169  
 Körner, Paul 265, 272  
 Koppe, Wilhelm 150  
 Kosiński, Stefan 157  
 Krantz, Eugen 64  
 Krausnick, Helmut 33  
 Krebs, Hans 124  
 Kreutzmüller, Christoph 43  
 Kreyssig 179  
 Kreyssig, Lothar 171 f.  
 Kritzinger, Friedrich Wilhelm 14-16, 21,  
 24, 26, 28, 34-36, 69, 186, 197-212,  
 263, 268, 270, 273 f.  
 Kritzinger jr. 204 f., 207 f.  
 Kritzinger, Walti Luise Agnes Gräfin  
 (geb. von Schwerin und Krosigk)  
 199  
 Krüger, Friedrich-Wilhelm 16, 70, 129,  
 131-138, 141-143, 148-151, 153,  
 155, 157  
 Krumey, Hermann 28  
 Kurowski, Stefan 154  
 Lammers, Hans Heinrich 35, 36, 185,  
 199, 201, 202, 203, 206, 208, 210,  
 211, 279, 285, 286  
 Lang, Fritz 63  
 Lang, Karl 189  
 Lange, Rudolf 14-16, 22 f., 25, 40 f., 49,  
 52, 70, 97-109, 121, 136, 140, 164  
 Lasch, Karl 134 f., 142  
 Lehmann, Rudolf 185, 280  
 Leibbrandt, Georg 15 f., 22, 24 f., 28, 40,  
 69, 103, 213-226, 257  
 Less, Avner 152  
 Ley, Robert 21  
 Liebmann und Hallgarten (Anwalts-  
 sozietät 278  
 Liegner, Eberhard 271, 273  
 Lippert, Julius 265  
 Lohse, Hinrich 218, 222, 224, 256 f.  
 Lorenz, Werner 229  
 Lösener, Bernhard 23, 34-36, 41, 116,  
 280, 282, 284, 287  
 Lospinoso 123  
 Lospinoso, Guido 123  
 Löwenherz, Joseph 99 f.  
 Lüdecke, Kurt 216  
 Lüninck, Ferdinand Freiherr von 253  
 Luther, Martin 14-16, 22 f., 25, 36 f., 69,  
 74, 111, 227-246  
 Mackensen, Hans Georg von 178  
 Mann, Heinrich 63  
 Maunz, Theodor 14  
 McCloy, John Jay 24, 90  
 Meisinger, Josef 112, 113  
 Menten, Pieter 137, 138, 139, 143  
 Meurer, Christian 249  
 Meyer, Alfred 15 f., 20 f., 23, 26, 40, 69,  
 103, 152, 214, 219, 245, 247-262  
 Meyer, Carl Ludwig 248

- Meyer, Dorothee (geb. Capell) 250  
Meyer, Elisabeth 248  
Meyer, Konrad 87  
Meynen, Emil 217, 222  
Minoux, Friedrich 169  
Mommsen, Hans 35 f., 68, 197, 201,  
204-206, 211  
Müller, Alois 112  
Müller, Anna (geb. Schreindl) 112  
Müller, Elisabeth 114  
Müller, Heinrich 15 f., 22 f., 25, 42, 50,  
53f., 69, 73, 111-128, 237 f.  
Müller, Reinhard 114  
Müller, Sophie (geb. Dischner) 114 f.,  
125  
Mussolini, Benito 170 f., 232  
Mutschmann, Martin 229  
  
Nebe, Arthur 114, 131  
Neumann, Auguste Lydia 263  
Neumann, Erich 15 f., 24, 28, 43, 69,  
168, 171, 198, 204, 221, 263-276,  
278, 281  
Neumann, Franz 192  
Neumann, Friedrich Wilhelm 263  
Neumann, Hans Adolf 274  
Neumann, Hildegard 268, 273  
Niethammer, Lutz 190  
  
Overesch, Manfred 177  
  
Pahl, Georg 267  
Pancke, Günther 81  
Papen, Franz von 253, 264  
Pätzold, Kurt 273  
Petschek, Ignatz 268, 271  
Petschek, Julius 268, 271  
Pfundtner, Hans 195, 280  
Piper, Ernst 214  
  
Pohl, Oswald 33  
Poliakov, Léon 56  
Popitz, Johannes 278  
Preusch 94  
  
Rademacher, Franz 23, 231-239, 241-  
243, 245  
Ramme, Alwin 141  
Rappaport, Bertold 157  
Rattenhuber, Johann 124  
Rauter, Hanns Albin 129, 139  
Rebentisch, Dieter 35 f., 193 f., 197 f.  
Rehse, Hans-Joachim 179  
Reimers, Paul 179  
Reischauer, Herbert 187  
Renthe-Fink, Cecil von 246  
Ribbentrop, Anna Elisabeth (geb.  
Henkell) 228  
Ribbentrop, Joachim von 37, 228-234,  
236, 238, 241-244, 246  
Rintelen, Emil von 242  
Röhm, Ernst 198, 265  
Roosevelt, Franklin D. 149  
Rosenberg, Alfred 71, 160, 214, 216-  
220, 224 f., 251 f., 254-257, 259, 261  
Rosner, Otto 133  
Rossaint, Joseph 169  
Ruble, George 268  
Russegger, Marion siehe Freisler,  
Marion  
Rust, Bernhard 278  
  
Sachs, Kurt 138  
Sandkühler, Thomas 141  
Sawicki, Jerzy 154, 157  
Schacht, Hjalmar 216, 268  
Schädle, Franz 124  
Schäffer, Fritz 192  
Schaufler (Obersenatsrat) 100

- Scheel, Gustav Adolf 229  
 Scheffler, Wolfgang 33  
 Schellenberg, Walter 243  
 Schenk, Dieter 141  
 Schiedermaier, Rolf 281  
 Schintlholzer, Alois 51  
 Schlegelberger, Franz 169, 178 f., 171,  
 174  
 Schleicher, Kurt von 198  
 Schmid, Anna 115 f.  
 Schmitt, Else 106  
 Schoenberner, Gerhard 207, 208  
 Schöngarth, Dorothea (geb. Gross) 130  
 Schöngarth, Eberhard 14, 16, 22 f., 25,  
 40 f., 70, 129-143  
 Schultz, Bruno Kurt 86  
 Schultz, Walter 167  
 Schumacher, Otto 250, 260  
 Schwarz, Erika 273  
 Schwarz, Otfried 86  
 Seeger, Andreas 114, 124  
 Sehn, Jan 156  
 Seibel, Wolfgang 14  
 Sereny, Gitta 30  
 Seyss-Inquart, Arthur 147, 175  
 Sieg, Josef Paul 101  
 Smirnov, Lev N. 153  
 Snyder, Timothy 37  
 Solmi, Arrigo 178  
 Sommer, Walther 183  
 Speer, Albert 189, 202, 204, 271  
 Stahlecker, Franz Walter 70, 100-103,  
 106  
 Stalin, Josef 30, 214  
 Stangl, Franz 30  
 Stangneth, Bettina 44  
 Strauch, Eduard 109  
 Strauss, Walter 35  
 Streckenbach, Bruno 103, 131, 140 f.  
 Stroop, Jürgen 141  
 Stuckart, Lotte 211  
 Stuckart, Wilhelm 14-16, 18 f., 23 f., 26,  
 28, 34-36, 40-42, 69, 83, 85 f., 94,  
 152, 168 f., 171, 173-175, 182, 185,  
 187-189, 200, 202-204, 210 f., 264-  
 269, 277-293  
 Stumpp, Karl 218, 222, 224  
 Suhr, Friedrich 235  
 Tauber, Richard 48  
 Terboven, Josef 254  
 Tesmer, Hans-Joachim 113  
 Thadden, Eberhard von 123  
 Thierack, Otto Georg 74, 169, 175 f.,  
 179, 187  
 Tippelskirch, Ernst Ludwig von 141  
 Uebelhoer, Friedrich 49  
 Veesenmeyer, Edmund 234  
 Viermetz, Inge 94  
 Viktor Emanuel III. 171  
 Wagner, Eduard 219  
 Weizsäcker, Ernst von 233-236, 238 f.,  
 241, 243, 245, 285  
 Wetzel, Erhard 222, 256 f.  
 Wildt, Michael 7, 15, 39, 126, 195  
 Wisliceny, Dieter 55, 59  
 Woermann, Ernst 238, 241  
 Wohlthat, Helmuth 268  
 Wolf, Larry 79, 89  
 Wolff, Karl 49, 122, 128  
 Wulf, Joseph 36, 56  
 Wurm, Paul 231, 237  
 Zweig, Arnold 15